

Back

# HAMBURG IN ZAHLEN



**Jahrgang 1970**

**Januar-Heft**

## INHALT

	Seite
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Hamburg am 28. September 1969 . . . . .	3
Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968 . . . . .	16
Monatszahlen . . . . .	27

### **Zeichenerklärung**

- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahl kann noch nicht angegeben werden oder wurde nicht festgestellt.
- .. = Angabe einer Zahl ist unzumänglich oder die tatsächliche Voraussetzung für die Fragestellung trifft nicht zu.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtete Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- \* = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

**Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!**

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhörn 12

Back

# HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1970

## INHALTSVERZEICHNIS

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
<b>Januar-Heft</b>		<b>Juli-Heft</b>	
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Hamburg am 28. September 1969 . . . . .	3	Die Entwicklung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel bis 1969 . . . . .	229
Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968 . . . . .	16	Die Ausstattung der Hamburger Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern – Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 . . . . .	245
Monatszahlen . . . . .	27	Monatszahlen . . . . .	250
<b>Februar-Heft</b>		<b>August-Heft</b>	
Großstädte als Zentren des Theaterlebens (Theaterstatistik in der Spielzeit 1968/69 – Ein Städtevergleich) . . . . .	43	Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 22. März 1970 . . . . .	261
Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Hamburg bis 1969 . . . . .	47	Vorausschätzung von Wahlergebnissen in Hamburg 1965, 1966, 1969 und 1970 . . . . .	270
Monatszahlen . . . . .	58	Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst in Hamburg nach dem Stand vom 2. 10. 1968 . . . . .	276
<b>März-Heft</b>		Monatszahlen . . . . .	279
Zur Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 . . . . .	75	<b>September-Heft</b>	
Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten – Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne für September 1968 . . . . .	84	Wanderungsmotive und innerstädtische Mobilitätsvorgänge – Ergebnisse einer Modellstudie . . . . .	293
Grafischer Versuch zur Darstellung von Abhängigkeiten zwischen Gebrauchsgütern und Einkommen . . . . .	97	Hamburgs Bauhauptgewerbe in den sechziger Jahren . . . . .	303
Monatszahlen . . . . .	100	Die Einzelhandelspreise in größeren Fachgeschäften in Hamburg im Vergleich zu vier weiteren Großstädten der Bundesrepublik im Oktober 1969 . . . . .	324
<b>April-Heft</b>		Monatszahlen . . . . .	329
Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985 . . . . .	115	<b>Oktober-Heft</b>	
Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Hamburg und im Bundesgebiet 1969 . . . . .	127	Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung . . . . .	341
Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968 . . . . .	133	Das Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969 . . . . .	346
Monatszahlen . . . . .	138	Monatszahlen . . . . .	366
<b>Mai-Heft</b>		<b>November-Heft</b>	
Die Entwicklung der Alkoholunfälle in Hamburg bis 1969 . . . . .	151	Der Einfluß regionaler Wanderungsströme auf Wanderungsgewinn und -verlust Hamburgs seit 1960 . . . . .	377
Personalfluktuaton in der hamburgischen Verwaltung 1968/69 – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst . . . . .	155	Zum Schuldverhalten der Fußgänger bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968 . . . . .	389
Umsätze und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968 . . . . .	164	Monatszahlen . . . . .	393
Verdienste der Industriearbeiter in ausgewählten Großstädten im Oktober 1969 . . . . .	168	<b>Dezember-Heft</b>	
Die Verdienste der Angestellten in Industrie und Handel 1962 bis 1969 . . . . .	170	Hamburg im Jahre 1970 . . . . .	403
Monatszahlen . . . . .	177	Monatszahlen . . . . .	421
<b>Juni-Heft</b>		<b>Sonderheft 1</b>	
Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems 1958 bis 1968 unter besonderer Berücksichtigung des Herzinfarktes . . . . .	189	Zentrale Standorte zur Versorgung der Bevölkerung in Hamburg 1961 . . . . .	1
Unfallbeteiligte und Verursacher bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1964 bis 1968 . . . . .	208	<b>Sonderheft 2</b>	
Monatszahlen . . . . .	218	Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968 . . . . .	3
		Die Mieten in Hamburg und seinem Umland am 25. Oktober 1968 . . . . .	5
		Wohnungsbau in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1968 . . . . .	19
		Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968 . . . . .	23

## b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

Abhängigkeiten zwischen Gebrauchsgütern und Einkommen;  
März S. 97, Juli S. 245

Alkoholunfälle; Mai S. 151

Altersstruktur, der Pensionäre; August S. 276

—, umgezogener Haushaltsvorstände; September S. 293

—, Wohnbevölkerung (Vorausschätzung); April S. 115

Anbau von Blumen und Zierpflanzen; April S. 127

Arbeitsentgelte, in Industrie und Handel; Mai S. 168 und  
S. 170, Dezember S. 408

—, im öffentlichen Dienst; März S. 84

Arbeitsstätten; Sonderheft 1 S. 1

Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe; September S. 303

Arbeitszeiten; März S. 84, Dezember S. 408

Ausstattungen der Haushalte mit Gebrauchsgütern; März  
S. 97, Juli S. 245

Baugewerbe und Wohnungsbau; Dezember S. 413

Bauhauptgewerbe; September S. 303

Beschäftigung, und Lebenshaltung; Dezember S. 407

—, im öffentlichen Dienst; Mai S. 155

Besteuerung, Umsätze; Mai S. 164

Betriebe im Bauhauptgewerbe; September S. 303

Bevölkerung; April S. 115, September S. 293, Oktober S. 341,  
November S. 377, Dezember S. 404

Bezirksversammlungswahl; August S. 261

Bildung und Kultur; Dezember S. 410

Blumen, Anbau von; April S. 127

Bürgerschaftswahl; August S. 261

Bundestagswahl, repräsentative Wahlstatistik; Januar S. 3

Dienstbezüge im öffentlichen Dienst; März S. 84

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; März S. 97, Juli  
S. 245

Einzelhandelspreise; September S. 324

Entwicklung des Flughafens; Juli S. 229

Flughafen, Entwicklung des; Juli S. 229

Fluktuationsmotive im öffentlichen Dienst; Mai S. 155

Fremdenverkehr; Dezember S. 415

Fußgänger, Straßenverkehrsunfälle; November S. 389

Gaststättenzählung, Handels- und; April S. 133

Gebäude- und Wohnungszählung; Januar S. 16, Sonderheft 2  
S. 1

Gebrauchsgüter, Ausstattung der Haushalte mit; März S. 97,  
Juli S. 245

Gehälter, in Industrie und Handel; Mai S. 170, Dezember  
S. 409

—, im öffentlichen Dienst; März S. 84

Geld, Staatsfinanzen/Steueraufkommen; Dezember S. 418

Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe;  
Juli S. 245

Güterumschlag; Dezember S. 415

Hafenumschlag; Dezember S. 415

Hamburger Verwaltung, Gehälter; März S. 84

—, Personalfluktuations; Mai S. 155

Hamburger Verkehrsmittel; Dezember S. 417

Handel, Verdienste der Angestellten; Mai S. 170

—, und Verkehr; Dezember S. 415

Handels- und Gaststättenzählung; April S. 133

Haushalte, Altersstruktur der umgezogenen Haushalts-  
vorstände; September S. 293

—, Ausstattung mit Gebrauchsgütern; Juli S. 245

Herzinfarkt, Sterbefälle an; Juni S. 189

Index, für Lebenshaltung; Dezember S. 409

—, für Wohngebäude; März S. 75

Industrie, Verdienste der Angestellten und Arbeiter;  
Mai S. 168 und S. 170

—, und Handwerk; Dezember S. 410

Kraftfahrzeugbestand; Dezember S. 417

Kreislauf, Sterbefälle; Juni S. 189

Kriminalität; Dezember S. 417

Lastenzuschuß/Wohngeld; Oktober S. 346

Laufbahnstruktur der Pensionäre; August S. 276

Lebenshaltungsindex; Dezember S. 409

Löhne; März S. 84, Mai S. 168, Dezember S. 408

Luftverkehr; Juli S. 229

Mieten; Januar S. 16, Oktober S. 346, Sonderheft 2 S. 5

Mobilitätsvorgänge; September S. 293

Natürliche Bevölkerungsentwicklung; April S. 115,  
Dezember S. 406

Neuberechnung des Preisindex für Wohngebäude; März S. 75

Öffentliche Ordnung; Dezember S. 417

Öffentlicher Dienst; März S. 84, Mai S. 155, August S. 276

Öffentlicher Personenverkehr; Dezember S. 417

Pensionäre; August S. 276

Personalfluktuations im öffentlichen Dienst; Mai S. 155

Personenverkehr; Dezember S. 417

Personenschaden, Straßenverkehrsunfälle; November S. 389

Planquadratverfahren; Sonderheft 1 S. 11

Preise, Verbraucher; September S. 324

Preisindex, für Lebenshaltung; Dezember S. 409

—, für Wohngebäude; März S. 75

Produktivität im Bauhauptgewerbe; September S. 303

Prognose, Bevölkerungs-; April S. 115, Oktober S. 341

Repräsentative Wahlstatistik, Bundestag; Januar S. 3

—, Bürgerschaft; August S. 261

Schuldquoten bei Verkehrsunfällen; Februar S. 47,

Mai S. 151, Juni S. 208, November S. 389, Dezember S. 417

Staatsfinanzen/Steueraufkommen, Geldinstitute;

Dezember S. 418

Standorte, Zentrale zur Versorgung der Bevölkerung;  
Sonderheft 1 S. 1

Sterbefälle; Juni S. 189

Steuer, Umsatz-; Mai S. 164

Straßenverkehrsunfälle; Februar S. 47, Mai S. 151,  
Juni S. 208, November S. 389, Dezember S. 417

Theaterstatistik; Februar S. 43

Umsätze; Mai S. 164, September S. 303, Dezember S. 415

Umzugsmotive; September 293

Unfälle, Straßenverkehrs-; Februar S. 47, Mai S. 151,  
Juni S. 208, November S. 389, Dezember S. 417

Verbraucherpreise; September S. 324

Verdichtungsräume; Sonderheft 1 S. 2

Verdienste; März S. 84, Mai S. 168 und 170,  
Dezember S. 408

Verkehr, Handel und —; Dezember S. 415

—, Personen-; Dezember S. 417

Verkehrsunfälle; Februar S. 47, Mai S. 151, Juni S. 208,  
November S. 389, Dezember S. 417

Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst; August S. 276

Versorgungszentren; Sonderheft 1 S. 1

Vorausschätzung, von Wahlergebnissen; August S. 270

—, Bevölkerung; April S. 115, Oktober S. 341

Wahlen; Januar S. 3, August S. 261 und 270

Wanderungen; September S. 293, Oktober S. 341,  
November S. 377, Dezember S. 404

Wohngebäude, Bestand; Januar S. 16, Sonderheft 2 S. 3

Wohngeld; Oktober S. 346

Wohnungszählung; Januar S. 16, Sonderheft 2 S. 3

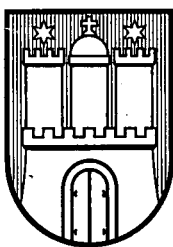
Zähler und ihre Erfahrungen; Januar S. 23

Zentrale Standorte zur Versorgung der Bevölkerung;  
Sonderheft 1 S. 1

Zierpflanzen, Anbau von; April S. 127



# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Günstigere Wanderungsbilanz im 2. Halbjahr 1969

Seit 1965 nahm die Zahl der Einwohner in Hamburg ständig ab, monatliche Wanderungsverluste von 1000 Personen waren regelmäßige Erscheinungen wobei die Anziehungskraft der außerhamburgischen Randgebiete deutlich spürbar war.

Seit Beginn des Jahres 1969 zeigt sich eine Änderung dieser Situation: Obgleich im Juni d. J. nochmals ein Wanderungsverlust von rd. 1000 Personen festgestellt wurde, lagen die entsprechenden Zahlen in den Vormonaten an der Grenze von nur 100 Personen.

Ab August 1969 scheint es Anzeichen zu geben, daß die Bevölkerungsverluste durch Abwanderung zu einem Stillstand kommen werden, möglicherweise sich sogar in leichte Wanderungsgewinne umwandeln. Das 3. Quartal 1969 erbrachte einen Gewinn von 1319 Personen. Für das Jahresende liegen zwar noch keine endgültigen Ergebnisse vor, doch versprechen vorläufige Auszählungen für die Monate Oktober und November Wanderungsgewinne, wenn auch in bescheidener Höhe. Dagegen dürfte der Dezember nochmals einen Rückschlag bringen, da erfahrungsgemäß in diesem Monat eine Abwanderung ausländischer Gastarbeiter zu erwarten ist.

### Die Studierenden an den Hamburger Ingenieurschulen im WS 1969/70

Zu Beginn des WS 1969/70 waren an den Hamburger Ingenieurschulen 3368 deutsche und 270 ausländische Studierende eingeschrieben.

Nachdem in den letzten beiden Wintersemestern ein leichter Rückgang an Studierenden festzustellen war, ist im WS 1969/70 wieder eine Zunahme der Studierendenzahlen von 3,2% bei den deutschen und 14,4% bei den ausländischen Studierenden gegenüber dem WS 1968/69 eingetreten.

Die von den deutschen Studierenden am stärksten besetzten Fächer waren — wie in den Vorjahren — Elektrotechnik und Fernmeldetechnik (685 Studierende), Allgemeiner Maschinenbau (587 Studierende) und Hochbau (402 Studierende).

Eine erfolgreiche Abschlußprüfung als Ingenieur legten im WS 1968/69 und im SS 1969 insgesamt 1136 deutsche und ausländische Prüflinge ab.

### Weiterhin ansteigende Bedeutung der Fertigteilbauweise im Hamburger Schulbau

Im Wohnungsbau und im Nichtwohnbau trat 1969 im ganzen gesehen ein Rückgang der Fertigteilbauten ein; unter den Nichtwohnbauten betrug der entsprechende Anteil — gemessen am umbauten Raum — für die Zeit von Januar bis November 1969 rd. 12% (1968 = rd. 14%). Im Schulneubau jedoch, einem Teil des Nichtwohnbaues, verlief die Entwicklung entgegengesetzt. Hier verstärkte sich die schon in den vergangenen 4 Jahren festgestellte vermehrte Anwendung der Fertigteilbauweise auch 1969 wesentlich.

So sollen von den im o. a. Zeitraum des Jahres 1969 genehmigten 80 Schulneubauten 55 in Fertigteilbauweise errichtet werden; das ergibt einen Anteil von 69% (1968 = 41%).

### 5-Milliarden-DM-Haushalt 1970

Am 10. Dezember 1969 beschloß die Hamburger Bürgerschaft den Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Rechnungsjahr 1970 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 5 026 Mio DM.

Auf der Einnahmenseite dominieren die Steuern mit 3,4 Mrd. DM, d. s. zwei Drittel der Gesamteinnahmen. Der Rest setzt sich u. a. aus Gebühren, Beiträgen, Zuweisungen, Zuschüssen, Schuldenaufnahmen und Darlehensrückflüssen zusammen.

Verläßt man bei der Betrachtung der Ausgabenseite die ressortmäßige Verteilung der Mittel auf die einzelnen Behörden und gliedert die Gesamtausgaben nach ökonomischen Gesichtspunkten in Verbrauch (Laufende Rechnung) und Investition (Kapitalrechnung), so ergibt sich ein Verhältnis von annähernd 3 zu 1.

In der „Laufenden Rechnung“ (3,8 Mrd. DM) sind es in erster Linie die Personalausgaben, z. B. für Lehrer, Richter, Polizisten, Ärzte und Pflegepersonal, Verwaltungsbeamte und -angestellte sowie für Arbeiter in den verschiedenen Betriebsdiensten, wie Strom- und Hafenbau, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw., die zu Buche schlagen. Außerdem rechnen der laufende Sachaufwand, die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und die Zinsausgaben zum Verbrauch.

Die „Kapitalrechnung“ (1,2 Mrd. DM) setzt sich aus

Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Sachen, Grunderwerb)	56 %
Vermögensübertragungen (insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen)	23 %
Darlehensgewährungen, Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, Sonstiges	21 %

zusammen.

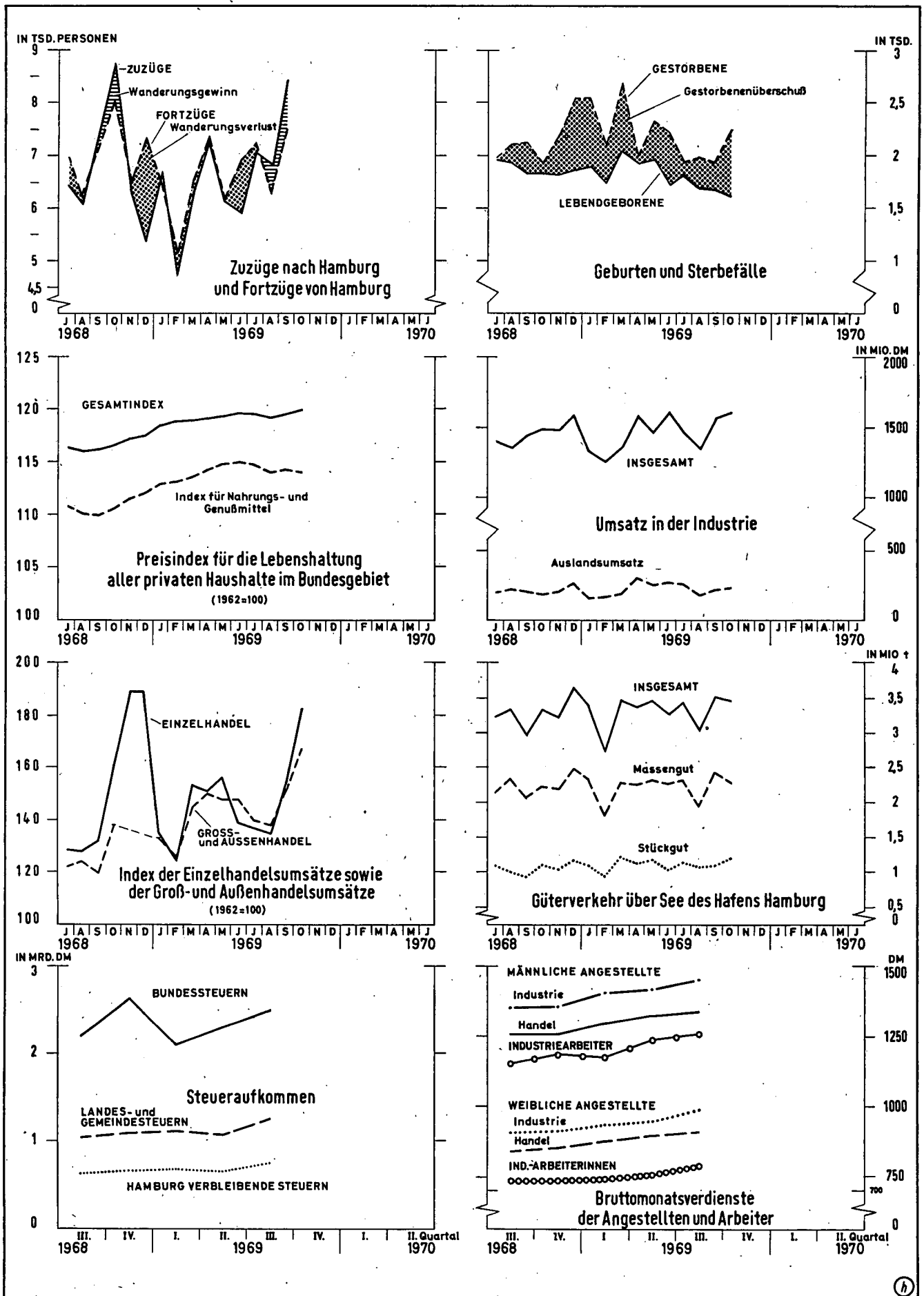
Bei den Investitionen und den Investitionsförderungen liegen das Schul- und Hochschulwesen, der Wohnungsbau und der Straßenbau an der Spitze der Ausgaben.

### Leichter Rückgang der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

In den ersten elf Monaten 1969 ereigneten sich in Hamburg weniger Unfälle mit Personenschaden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wurden in den Monaten von Januar bis November 1968 noch 10 730 Unfälle gezählt, so sank diese Zahl 1969 auf 10 487 ab (– 2,3%). Auch die Zahl der bei diesen Unfällen Verunglückten ging im gleichen Zeitraum um 2,5% auf 14 057 zurück.

Allerdings fiel der Rückgang der Personenschadensunfälle schwerpunktmäßig in die Zeit von Januar bis Juli 1969. Danach stiegen die Unfallzahlen wieder erheblich an und erreichten insbesondere in den Monaten Oktober und November neue negative Rekorde.

# Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Hamburg am 28. September 1969

Hamburger Wahlergebnisse zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 sind im vorletzten Heft dieser Zeitschrift (November 1969) veröffentlicht worden, und zwar überwiegend in der verhältnismäßig globalen Gliederung nach den acht Hamburger Wahlkreisen. Inzwischen ist noch ein Sonderbeitrag mit der kleinräumigen Darstellung dieser Wahlergebnisse erschienen; im „Wahlatlas“ sind Ergebnisse der beiden letzten Bundestagswahlen für die Hamburger Stadtteile enthalten sowie eine Sammlung von Wahlkarten, in welchen für die SPD, CDU, FDP und NPD die Stimmenanteile innerhalb der 1 226 Wahlbezirke dargestellt wurden (Hamburg in Zahlen, Jg. 1969, Sonderheft 1).

Der vorliegende Beitrag behandelt Ergebnisse der sogenannten repräsentativen Wahlstatistik. Wie bei den letzten Bundestagswahlen ist auch 1969 eine Sonderauswertung über das Wahlverhalten von Männern und Frauen nach Altersgruppen unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge durchgeführt worden. Derartige Sonderauswertungen sind nach § 52 des Bundeswahlgesetzes vom 7. 5. 1956 zulässig, unter der Voraussetzung, daß das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Bei den Ergebnissen dieser Stichprobe ist stets zu beachten, daß sie das Wahlverhalten von etwa 57 000 Hamburger Wahlberechtigten — also etwa 4 % der Gesamtzahl — repräsentieren und deshalb nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind. Am Schluß dieses Beitrages wird hierauf bei Darstellung der methodischen Grundlagen dieser Erhebung näher eingegangen.

In den folgenden Ausführungen werden häufig nur prozentuale Angaben über die Verteilung der Stimmen für die Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler aufgrund der Stichprobe gebracht. Um die Größenordnungen zu veranschaulichen sind die wichtigsten Gesamtzahlen zum Wahlergebnis vorangestellt und kurz kommentiert.

Die SPD-Bewerber in Hamburg konnten demnach rd. 671 000 oder 57,8 % aller gültigen Erststimmen auf sich vereinigen, gegenüber der letzten Bundestagswahl bedeutete dies einen Stimmenzuwachs um mehr als 86 000. Dagegen hatte die CDU im Vergleich zu 1965 rd. 60 000 Erststimmen eingebüßt, sie erhielt noch 392 000, d. h. 33,8 % der gültigen Erststimmen; der entsprechende Anteil betrug 1965 noch 38,4 %. Die relativ größten Stimmenverluste mußte 1969 die FDP hinnehmen; sie konnte nur noch gut 45 000 oder 3,9 % der Erststimmen erringen, also die Hälfte der Positionen des Jahres 1965. Die NPD erreichte knapp 34 000 oder 2,9 % der Erststimmen, dies entsprach einem Zuwachs gegenüber 1965 um rd. 14 700 Stimmen. Unter den übrigen Splitterparteien bliebe noch mit rd. 13 000 Stimmen die linksorientierte ADF zu erwähnen, sie wurde also nur von jedem hundertsten Hamburger Wähler mit der Erststimme gewählt. Bei der Verteilung der Zweitstimmen ist zu beach-

Tabelle 1

## a) Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Wahltag	Wahlberechtigte	Zahl der Wähler	Wahlbeteiligung in %	Von den abgegebenen Zweitstimmen sind		
				ungültig		gültig
				Zahl	% v. Sp. 2	
1	2	3	4	5	6	
28. September 1969	1 341 494	1 174 981	87,6	8 172	0,7	1 166 809
19. September 1965	1 392 994	1 202 934	86,4	15 855	1,3	1 187 079

## b) Verteilung der Stimmen

Parteien	28. September 1969		19. September 1965	
	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4
Gültige Zweitstimmen				
SPD .....	637 051	54,6	572 859	48,3
CDU .....	397 246	34,0	446 133	37,6
FDP .....	73 206	6,3	112 047	9,4
NPD .....	40 814	3,5	20 938	1,8
Sonstige .....	18 492	1,6	35 102	2,9
Insgesamt .....	1 166 809	100	1 187 079	100
Gültige Erststimmen				
SPD .....	670 856	57,8	584 560	49,6
CDU .....	392 088	33,8	452 116	38,4
FDP .....	45 340	3,9	92 513	7,8
NPD .....	33 886	2,9	19 171	1,6
Sonstige .....	18 414	1,6	30 773	2,6
Insgesamt .....	1 160 584	100	1 179 133	100

ten, daß die SPD rd. 33 800 weniger Zweitstimmen als Erststimmen erhielt; umgekehrt sind bei der FDP um rd. 28 000 mehr Zweitstimmen als Erststimmen registriert worden.

## Rückgang der Wahlberechtigtenzahl, mehr wahlberechtigte Frauen als Männer

Eine Auszählung der 1,341 Mio Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht konnte wegen des hohen damit verbundenen Arbeitsaufwandes nicht vorgenommen werden.

Die Repräsentativerhebung ergab, daß unter den Wahlberechtigten 56,1 % Frauen und 43,9 % Männer waren; wird diese Quote auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten angewandt, setzten sich diese aus 589 200 Männern und 752 300 Frauen zusammen. Es gab demnach rd. 163 000 mehr wahlberechtigte Frauen als Männer; auf 100 wahlberechtigte Männer kamen 128 Frauen, die also ein beträchtlich stärkeres Wählerpotential für die einzelnen Parteien stellten.

Bei der Bundestagswahl 1969 lag die Gesamtzahl der Wahlberechtigten um 51 500 niedriger als 1965, das bedeutet einen Rückgang um 3,7 %. Die Umrechnung mit den Stichprobenergebnissen führt zu dem Ergebnis, daß 1969 rd. 31 100 weniger Frauen wahlberechtigt waren als bei der vorangegangenen Wahl, der Rückgang bei den Männern betrug etwa 20 400.

Auch relativ war die Verringerung der weiblichen Wahlberechtigten — trotz hohem Frauenüberschuß —

ausgeprägter als bei den Männern. Der Rückgang machte sich mit 4 % bei den Frauen und nur 3,3 % unter den männlichen Wahlberechtigten bemerkbar.

### Fast die Hälfte der Wahlberechtigten 50 Jahre und älter, schwache Jahrgänge als Erstwähler

Nicht nur der rein zahlenmäßige Einfluß der Männer und Frauen auf das Wahlergebnis war unterschiedlich stark, auch die einzelnen Altersgruppen hatten infolge der ungleichmäßigen Altersstruktur der Bevölkerung ein unterschiedliches Gewicht.

In Tabelle 2a sind die bei den repräsentativen Wahlstatistiken 1969 und 1965 erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht aufgeführt, die Hochschätzung auf die Gesamtzahlen der Wahlberechtigten erfolgte in Tabelle 2b. Nach diesen Ergebnissen stellten im September 1969 die Wähler unter 30 Jahren 16 % der Wahlberechtigten, die mit über 60 Jahren aber

gut ein Drittel. Bezieht man die 50- bis 60jährigen noch ein, so gehörte mit einem Anteil von 49 % nahezu die Hälfte der Wahlberechtigten der älteren Generation an. Der Anteil der Erstwähler (21 bis unter 25 Jahre) betrug dagegen nur 5,4 %. Hier macht sich bemerkbar, daß jetzt die schwachen Geburtsjahrgänge aus der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945–1948) in das wahlberechtigte Alter gekommen sind. Entsprechend waren die Anteile der 25- bis 30jährigen und 30- bis 35jährigen mit 10,5 % und 10,6 % erheblich stärker, handelt es sich hier doch um die starken Vorkriegs- und Kriegsjahrgänge. Wiederum schwächer als diese Gruppe war die der mittleren Jahrgänge (35 bis unter 50 Jahre) besetzt, hier macht sich die Verringerung der Jahrgänge durch den Krieg bemerkbar.

### Gegenüber 1965 weniger junge und alte Wähler, jedoch mehr Wahlberechtigte in den mittleren Jahrgängen

Gegenüber 1965 waren erhebliche Änderungen in der Altersstruktur der Wahlberechtigten zu verzeichnen. Die Gesamtzunahme der Zahl der Wahlberechtigten um rd. 51 500 ist lediglich der Saldo aller Verschiebungen im Altersaufbau und kein Maßstab für das Volumen der gesamten strukturellen Änderungen. Diese Änderungen beruhen zwar im wesentlichen auf dem natürlichen Hineinwachsen starker oder schwacher Jahrgänge in neue Altersgruppen, haben aber – soweit den Altersgruppen spezifisches Wahlverhalten unterstellt wird – Auswirkungen auf das gesamte Wahlergebnis.

Der Rückgang der Wahlberechtigten ist einmal durch die geringere Zahl der 21- bis 25jährigen Erstwähler – annähernd 33 000 – verursacht, auch die Gruppe der 25- bis 30jährigen verzeichnete mit etwa 19 000

Tabelle 2a

### Die bei den repräsentativen Wahlstatistiken 1969 und 1965 erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zahl der Wahlberechtigten					
	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1969	1965	1969	1965	1969	1965
	1	2	3	4	5	6
a) absolut						
21 – 25 .....	1 538	2 178	1 438	2 198	2 976	4 376
25 – 30 .....	2 930	3 293	2 831	3 305	5 761	6 598
30 – 35 .....	2 889	2 291	2 927	2 410	5 816	4 701
35 – 40 .....	2 040	2 187	2 176	2 393	4 216	4 580
40 – 45 .....	2 095	1 919	2 386	2 809	4 481	4 728
45 – 50 .....	1 982	1 491	2 787	2 176	4 769	3 667
50 – 60 .....	3 535	4 782	4 974	6 241	8 509	11 023
60 – 70 .....	4 249	4 304	5 811	5 893	10 060	10 197
70 und älter .....	2 860	2 852	5 463	5 078	8 323	7 930
Insgesamt .....	24 118	25 297	30 793	32 503	54 911	57 800

b) in %						
21 – 25 .....	6,4	8,6	4,7	6,8	5,4	7,6
25 – 30 .....	12,1	13,0	9,2	10,2	10,5	11,4
30 – 35 .....	12,0	9,1	9,5	7,4	10,6	8,1
35 – 40 .....	8,5	8,6	7,1	7,4	7,7	7,9
40 – 45 .....	8,7	7,6	7,7	8,6	8,2	8,2
45 – 50 .....	8,2	5,9	9,0	6,7	8,7	6,3
50 – 60 .....	14,6	18,9	16,2	19,2	15,5	19,1
60 – 70 .....	17,6	17,0	18,9	18,1	18,3	17,7
70 und älter .....	11,9	11,3	17,7	15,6	15,1	13,7
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100

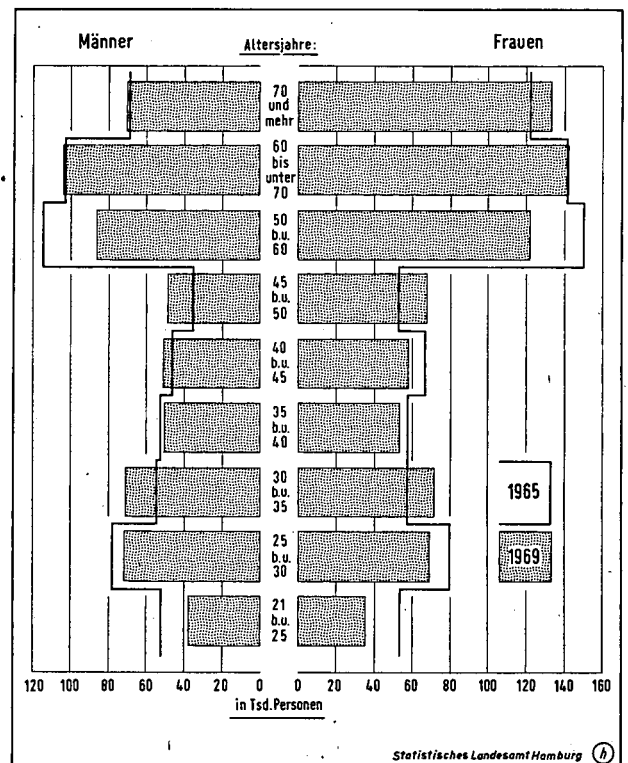
Tabelle 2b

### Die Wahlberechtigten 1969 und 1965 nach Alter und Geschlecht (errechnet nach Anteilsätzen der Repräsentativstatistiken)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte					
	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1969	1965	1969	1965	1969	1965
	1	2	3	4	5	6
21 – 25 .....	37 700	52 400	35 400	53 200	73 100	105 600
25 – 30 .....	71 300	79 300	69 200	79 900	140 500	159 200
30 – 35 .....	70 700	55 500	71 500	58 000	142 200	113 500
35 – 40 .....	50 100	52 400	53 400	58 000	103 500	110 400
40 – 45 .....	51 300	46 300	57 900	67 400	109 200	113 700
45 – 50 .....	48 300	36 000	67 700	52 500	116 000	88 500
50 – 60 .....	86 000	115 200	121 900	150 400	207 900	265 600
60 – 70 .....	103 700	103 600	142 200	141 800	245 900	245 400
70 und älter .....	70 100	68 900	133 100	122 200	203 200	191 100
Insgesamt .....	589 200	609 600	752 300	783 400	1 341 500	1 393 000

Schaubild 1

### Die Wahlberechtigten 1969 und 1965 nach Altersgruppen und Geschlecht



Wahlberechtigten einen beachtlichen Rückgang gegenüber 1965. Sodann umfaßte die Altersgruppe der 50- bis 60jährigen im Jahre 1969 fast 58 000 weniger Wahlberechtigte als bei der vorangegangenen Wahl.

Andererseits gab es erhebliche Zunahmen im Vergleich zu 1965 in den Altersgruppen der 30- bis 35-jährigen und der 45- bis 50jährigen Wahlberechtigten; mit einer Zunahme von 29 000 bzw. 28 000 Wahlberechtigten in diesen Gruppen wurde der starke Rückgang bei den 50- bis 60jährigen ausgeglichen; auch ist bemerkenswert, daß die über 70jährigen rd. 12 000 mehr Wahlberechtigte umfaßten, und zwar sind dies zum ganz überwiegenden Teil Frauen.

Folge dieser Entwicklung war, daß die über 50jährigen unter den Wahlberechtigten nunmehr knapp die Hälfte aller Wahlberechtigten bildeten; ihr Anteil hatte 1965 etwa 51 % betragen und ging auf 49 % zurück. Auch die zahlenmäßige Bedeutung der jüngeren Wahlberechtigten unter 30 Jahren verringerte sich von 19 % auf 16 %. Dagegen konnten die mittleren Jahrgänge zwischen 30 bis 50 Jahren ihren Anteil zwischen den beiden Wahlen von 31 % auf 35 % erhöhen.

#### Überwiegen der Frauen bei den über 30jährigen, mehr Männer als Frauen bei den jüngeren Wählern

Die Untergliederung der einzelnen Altersgruppen wiederum nach Männern und Frauen zeigt, daß das zahlenmäßige Überwiegen der Frauen in der Gesamtzahl der Wahlberechtigten nicht in allen Altersgruppen gleich groß oder überhaupt vorhanden war (vgl. Tabelle 2 c). Bei den jungen Wahlberechtigten bis unter 30 Jahren gab es im Gegenteil sogar mehr Männer als Frauen. Dies galt ganz besonders für die 21- bis 25jährigen: auf 100 Frauen kamen 107 Männer. Hier spielt die Anziehungskraft Hamburgs gerade auf jüngere Arbeitskräfte sicher eine entscheidende Rolle. Bei allen Altersgruppen ab 30 Jahren gab es mehr Frauen als Männer; hier wirkten sich überwiegend die Kriegsverluste wie die unterschiedlichen Lebenserwartungen von Männern und Frauen aus. Am stärksten war der Frauenüberschuß bei den Wahlberechtigten über 70 Jahren: fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten dieses Alters waren Frauen. Diese Altersgruppe erlebte auch gegenüber 1965 eine beachtliche Zunahme. Während die Zahl der Männer von 1965 bis 1969 etwa gleichblieb, stieg die Zahl

Tabelle 2 c

#### Anteil von Männern und Frauen an der Zahl der Wahlberechtigten 1969 und 1965

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren			
	1969		1965	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
21 — 25 .....	51,7	48,3	49,8	50,2
25 — 30 .....	50,9	49,1	49,9	50,1
30 — 35 .....	49,7	50,3	48,7	51,3
35 — 40 .....	48,4	51,6	47,8	52,2
40 — 45 .....	46,8	53,2	40,6	59,4
45 — 50 .....	41,6	58,4	40,7	59,3
50 — 60 .....	41,5	58,5	43,4	56,6
60 — 70 .....	42,2	57,8	42,2	57,8
70 und älter ....	34,4	65,6	36,0	64,0
Insgesamt .....	43,9	56,1	43,8	56,2

der Frauen um fast 8 %, wodurch der Frauenüberschuß dieser Gruppe von einem Verhältnis 100 : 178 auf das von 100 : 191 anstieg.

#### Gesamtdurchschnitt der Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen gleich, Anstieg gegenüber 1965

Die Wahlbeteiligung betrug 87,7 % bei den Männern und 87,4 % bei den Frauen (vgl. Tabelle 3). Dies bedeutet jeweils einen Anstieg der Wahlbeteiligung gegenüber 1965; damals wurde eine Wahlbeteiligung von 86,6 % bei den Männern und von 85,9 % bei Frauen festgestellt. Die Differenz der Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen um 0,3 Punkte im Jahre 1969 liegt noch im Fehlerbereich der Stichprobe. Praktisch bestand deshalb in Hamburg kein Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen; damit hat sich in Hamburg die Tendenz fortgesetzt, die schon bei den letzten Bundestagswahlen erkennbar war. Das gilt jedoch nicht für das gesamte Bundesgebiet: bei den letzten Bundestagswahlen — für 1969 stehen noch keine entsprechenden Zahlen zur Verfügung — lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt immer um rd. 3 Punkte unter derjenigen der Männer. Daß hier die überwiegend durch die Großstadt geprägte Bevölkerungsstruktur des Stadtstaates Hamburg eine Rolle spielt, ist ohne Zweifel. Die Frauen, die das größere Kontingent der Wahlberechtigten stellten, haben somit durch die praktisch gleichgroße Inanspruchnahme ihres Wahlrechtes in Hamburg dieses Übergewicht für die Wahlentscheidung voll in Anspruch genommen. Die Wahlbeteiligung von Männern und Frauen war jedoch nicht in allen Altersgruppen jeweils gleich groß; das Ergebnis der Gesamtzahlen ist vielmehr ein reiner Durchschnittswert.

Tabelle 3

#### Die Wahlbeteiligung 1969 und 1965 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren			
	Wähler <sup>1)</sup>		Nichtwähler	
	1969	1965	1969	1965
	1	2	3	4
Männer				
21 — 25 .....	78,3	78,9	21,7	21,1
25 — 30 .....	80,7	80,5	19,3	19,5
30 — 35 .....	84,9	82,7	15,1	17,3
35 — 40 .....	87,8	85,8	12,2	14,2
40 — 45 .....	89,9	87,1	10,1	12,9
45 — 50 .....	89,2	89,7	10,8	10,3
50 — 60 .....	91,2	89,5	8,8	10,5
60 — 70 .....	91,8	91,2	8,2	8,8
70 und älter ....	89,2	89,3	10,8	10,7
Insgesamt .....	87,7	86,6	12,3	13,4
Frauen				
21 — 25 .....	77,7	77,3	22,3	22,7
25 — 30 .....	82,9	79,5	17,1	20,5
30 — 35 .....	86,8	82,9	13,2	17,1
35 — 40 .....	86,4	85,3	13,6	14,7
40 — 45 .....	88,5	89,0	11,5	11,0
45 — 50 .....	89,8	87,8	10,2	12,2
50 — 60 .....	90,2	89,5	9,8	10,5
60 — 70 .....	90,8	89,7	9,2	10,3
70 und älter ....	85,1	83,9	14,9	16,1
Insgesamt .....	87,4	85,9	12,6	14,1

<sup>1)</sup> Einschl. Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk.

### Geringste Wahlbeteiligung bei Erstwählern

Die Aufgliederung der Wahlbeteiligung nach dem Alter bringt das überraschende Ergebnis, daß die junge Generation — was die Wahlbeteiligung betrifft — nicht eine der politisch aktivsten Gruppen war, sondern sich sogar an letzter Stelle befand. Die mit Abstand geringste Wahlbeteiligung hatten die 21- bis 25jährigen Erstwähler mit 78,3 % (Männer) bzw. 77,7 % (Frauen). Ein Viertel aller Nichtwähler war infolge der geringen Wahlbeteiligung unter 30 Jahre alt, dabei hatte diese Altersgruppe an den Wahlberechtigten nur einen Anteil von 16 %. Von den nichtwählenden Männern waren sogar 30 % unter 30 Jahre alt, bei einem Anteil dieser Gruppe an den Wahlberechtigten Männern von 18,5 %. Bei den nichtwählenden Frauen lag der Anteil der unter 30jährigen dagegen bei nur 21 % wegen des noch höheren Anteils der älteren Frauen.

### Anstieg der Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter der Wähler

Die Wahlbeteiligung steigt bei Männern wie Frauen mit dem Alter an und war am höchsten bei den 60- bis 70jährigen mit einer Wahlbeteiligung von 91,8 % (Männer) bzw. 90,8 % (Frauen). Erst bei den ältesten Wählern von 70 und mehr Jahren lag die Wahlbeteiligung wieder niedriger, und zwar bei 89,2 % bzw. 85,1 %; aber selbst diese Wahlbeteiligung der ältesten Bürger lag weit über der der Erstwähler.

Der größte Abstand zwischen der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen bestand bei den Wählern über 70 Jahren: hier lag die Beteiligung der Frauen um 4 Punkte unter der der Männer. Der Grund für die geringere Beteiligung der alten Frauen an der Wahl dürfte darin liegen, daß in den ganz hohen — verhältnismäßig stark besetzten — Altersjahrgängen die Anteilnahme am politischen Geschehen sinkt. Lag die Wahlbeteiligung der Männer in den meisten Altersgruppen über der der Frauen, so wurde der Ausgleich zum Gesamtergebnis insbesondere durch die intensivere Wahlbeteiligung der 25- bis 35jährigen Frauen geschaffen: in dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen um 2 Punkte über der der Männer. Diese politische Aktivität der jüngeren Frauen ist eine überraschende Erscheinung der letzten Bundestagswahl. Für 1965 ließ sich entsprechendes noch nicht sagen, damals war die Wahlbeteiligung von Männern und Frauen in dieser Altersgruppe etwa gleich groß. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Ergebnis auf Bundesebene wiederholt oder ob es sich hier um ein nur für den Stadtstaat typisches Phänomen handelt. Bei dieser Gruppe war auch — vergleicht man die Wahlbeteiligung von 1969 und 1965 mit 3,4 bzw. 3,9 Punkten die weitaus größte Steigerung der Wahlbeteiligung zu beobachten.

### Einfluß der jungen Wähler auf das Wahlergebnis durch geringe Wahlbeteiligung vermindert

Durch die recht unterschiedliche Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in den Altersschichten hat sich der Einfluß der einzelnen Gruppen auf das Wahlergebnis gegenüber der durch den Bevölkerungsaufbau bedingten Struktur der Wahlberechtigten geändert: waren bei den Wahlberechtigten 57,6 % der älteren Einwohner im Alter von 45 und mehr Jahren, so waren es infolge der besseren Wahlbeteiligung

Tabelle 4

### Die Wähler und Nichtwähler 1969 nach Altersgruppen und Geschlecht — in % —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Wähler			Nichtwähler		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
	1	2	3	4	5	6
21 — 30 .....	16,9	12,8	14,6	30,2	20,7	24,8
30 — 45 .....	29,0	24,3	26,4	30,1	24,7	27,0
45 — 60 .....	23,6	26,0	24,9	17,6	19,8	18,9
60 und älter ....	30,5	36,9	34,1	22,1	34,8	29,3
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100

unter den Wählern 59 % (vgl. Tabelle 4). Durch geringe Wahlbeteiligung sank der Anteil der unter 30jährigen Wähler auf 14,6 %, während diese Altersgruppe unter den Wahlberechtigten noch 15,9 % ausgemacht hatte. Bei den Männern fiel der Anteil der unter 30jährigen von 18,5 % (Wahlberechtigte) auf rd. 17 % (Wähler), während der Anteil der über 45jährigen von 52,3 % (Wahlberechtigte) auf 54,1 % (Wähler) anstieg. Die jungen Wähler haben somit ihre — zahlenmäßig — geringeren Einflußmöglichkeiten durch die geringe Wahlbeteiligung weiter vermindert.

### Leichter Rückgang der Wahlscheinwähler

8,6 % bzw. 7,6 % aller wahlberechtigten Männer und Frauen wählten im September mit Wahlschein (vgl. Tabelle 5). Das bedeutete einen leichten Rückgang gegenüber der Wahl von 1965: damals hatte der Anteil der Wahlscheinwähler bei Männern und Frauen 8,8 % betragen.

Die gegenüber 1965 erhöhte Wahlbeteiligung der Bevölkerung hat sich demnach nicht in einer ebenfalls vergrößerten Wahlschein-Wählerschaft niedergeschla-

Tabelle 5

### Urnenwähler, Wahlscheinwähler und Nichtwähler 1969 und 1965 nach Alter und Geschlecht — in % —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer		Frauen	
	1969	1965	1969	1965
	1	2	3	4
Urnenwähler				
21 — 30 .....	13,2	15,1	10,2	11,8
30 — 45 .....	23,1	19,8	19,7	18,7
45 — 60 .....	18,6	20,0	20,8	20,9
60 und älter ....	24,2	22,9	29,1	25,7
Zusammen .....	79,1	77,8	79,8	77,1
Wahlscheinwähler / Briefwähler				
21 — 30 .....	1,7	2,2	1,1	1,5
30 — 45 .....	2,3	1,7	1,5	1,5
45 — 60 .....	2,1	2,2	1,9	2,1
60 und älter ....	2,5	2,7	3,1	3,7
Zusammen .....	8,6	8,8	7,6	8,8
Nichtwähler				
21 — 30 .....	3,7	4,3	2,6	3,6
30 — 45 .....	3,7	3,8	3,1	3,3
45 — 60 .....	2,2	2,6	2,5	2,8
60 und älter ....	2,7	2,7	4,4	4,4
Zusammen .....	12,3	13,4	12,6	14,1
Insgesamt .....	100	100	100	100



gen, das Mehr an abgegebenen Stimmen wurde in den Wahllokalen abgegeben. Dies zeigt ebenfalls Tabelle 5; der gesunkene Anteil der Nichtwähler hat sich in höheren Anteilen von Wählern in Wahllokalen niedergeschlagen. Darüber hinaus sind die Anteile der Urnenwähler noch wegen der geringeren Zahl von Wahlscheinwählern gestiegen. Diese Tatsache läßt die Vermutung zu, daß mit rd. 8 % der Wahlberechtigten das Wahlscheinwähler-Potential etwa ausgeschöpft ist, d. h. der Umfang des Wählerkreises, der wählen will und aus irgendwelchen Gründen nur per Wahlschein wählen kann.

#### Frauen wählten etwas seltener mit Wahlschein

Die Zunahme von Wählern in den Wahllokalen und der leichte Rückgang der Zahl der Briefwähler führte dazu, daß sich der Anteil der Wahlscheinwähler an den Wählern verringerte, und zwar stärker als der Anteil an den Wahlberechtigten. Dies traf für die Frauen in größerem Maße zu als für die Männer (vgl. Tabelle 5 und 6).

Tabelle 6

#### Wahlscheinwähler 1969 und 1965 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer		Frauen	
	1969	1965	1969	1965
	1	2	3	4
a) absolut				
21 — 30 .....	395	558	343	494
30 — 45 .....	561	435	472	468
45 — 60 .....	501	551	585	688
60 und älter ....	606	691	954	1 201
Insgesamt .....	2 063	2 235	2 354	2 851
b) von 100 männlichen bzw. weiblichen Wahlscheinwählern standen im Alter ...				
21 — 30 .....	19,1	25,0	14,6	17,3
30 — 45 .....	27,2	19,5	20,0	16,4
45 — 60 .....	24,3	24,6	24,9	24,2
60 und älter ....	29,4	30,9	40,5	42,1
Insgesamt .....	100	100	100	100
c) von 100 männlichen bzw. weiblichen Wählern wählten mit Wahlschein				
21 — 30 .....	11,1	12,8	9,9	11,4
30 — 45 .....	9,2	8,0	7,2	7,2
45 — 60 .....	10,0	9,8	8,4	9,2
60 und älter ....	9,4	10,7	9,6	12,6
Insgesamt .....	9,8	10,2	8,7	10,2

Wie 1965 wählten von 100 männlichen Wählern rd. 10 mit Wahlschein, von 100 weiblichen Wählern waren es jedoch 1969 nur noch rd. 9, während es 1965 wie bei den Männern 10 gewesen waren (vgl. Tabelle 6).

Der Rückgang gegenüber 1965 sowie das geringfügige Überwiegen der Männer in der Ausnutzung der Wahlscheinwahl beruhte demnach im wesentlichen darauf, daß Frauen weniger Gebrauch von der Briefwahl machten. Entsprechend waren von 100 Wahlscheinwählern nur noch 53 Frauen gegenüber 56 im Jahre 1965. Bei einem Anteil der Frauen an den Wahlberechtigten von 56 % drückt auch diese Relation aus, daß die Frauen 1969 relativ weniger häufig mit Wahlschein gewählt haben als die Männer, die bei einem Anteil an den Wahlberechtigten von nur 44 % rd. 47 unter 100 Wahlscheinwählern stellten; im Jahre 1965 waren es 44 (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7

#### Urnen-, Wahlschein- und Nichtwähler 1969 und 1965 nach dem Geschlecht — in % —

Art der Wähler / Jahre		Insgesamt	Männer	Frauen
Urnenwähler	1969	100	43,7	56,3
	1965	100	44,0	56,0
Wahlscheinwähler	1969	100	46,7	53,3
	1965	100	43,9	56,1
Nichtwähler	1969	100	43,4	56,6
	1965	100	42,5	57,5

#### Junge und alte Wähler wählten am häufigsten mit Wahlschein

Der Rückgang der Wahlscheinwahl bei den Frauen insgesamt beruhte entscheidend auf dem Verhalten einer Altersgruppe: den 60 Jahre und älteren Frauen. Obwohl der Anteil dieser Altersgruppe an den Wahlberechtigten gegenüber 1965 ebenso gestiegen war wie ihre Wahlbeteiligung, wurden 1969 nur noch 9,6 % Wahlscheinwählerinnen gezählt gegenüber 12,6 % bei der vorhergehenden Bundestagswahl. Alle übrigen Verschiebungen in den Anteilen der Wahlscheinwähler zu den Wählern je Altersgruppe waren vergleichsweise gering. In der Tendenz jedoch waren sie auf einen Ausgleich der Unterschiede zwischen den Altersgruppen gerichtet: Abnahmen verzeichneten die Altersgruppen, in denen die Briefwahlteilnahme 1965 besonders hoch lag, Zunahmen bzw. geringe Abnahmen gab es bei den bisher niedrigeren Werten. Deswegen galt für 1969 nicht mehr so eindeutig wie 1965, daß Wähler unter 30 Jahren und Wähler von 60 und mehr Jahren bei weitem am häufigsten mit Wahlschein wählten. Trotzdem lagen aber auch 1969 die Werte für die unter 30jährigen Männer und Frauen (11,1 % und 9,9 %) sowie der über 60 Jahre alten Frauen (9,6 %) noch über dem Durchschnitt. Studien- und berufsbedingter Auswärtsaufenthalt bei den jüngeren, Krankheit und Gebrechlichkeit bei den älteren Wählern werden für diese Erscheinung die entscheidende Rolle spielen. Bei einem Vergleich der Altersstruktur von Wählern und Wahlscheinwählern wird diese Aussage bestätigt: die jungen männlichen wie weiblichen Wähler waren mit 19,1 % und 14,6 % bei den Briefwählern überproportional stark vertreten (Anteile von nur 16,9 % und 12,8 % bei Wählern); das gleiche galt für die Wählerinnen über 60 Jahren: einem Anteil von 36,9 % an den Wählern stand der von 40,5 % an den Briefwählern gegenüber.

#### Frauen unter den Wählern der CDU, Männer bei der NPD stark in der Mehrzahl (Tabelle 8)

Es wurde eingangs bereits erwähnt, daß rd. 752 300 Frauen rd. 56 % aller Wahlberechtigten und somit das stärkere Wählerpotential bildeten. Sie gaben ihr Votum für die einzelnen Parteien allerdings recht unterschiedlich ab, die politischen Entscheidungen der Männer wichen davon teilweise beträchtlich ab.

Der allgemeinen Verteilung der Zweitstimmen — 44 % Männer und 56 % Frauen — am nächsten kam 1969 die stärkste Partei, die SPD. Für sie wurden 44,7 % der gültigen Zweitstimmen von Männern und 55,3 % von Frauen abgegeben; das bedeutet gegenüber der Wahl von 1965 eine Zunahme der Frauenstimmen um 2,6 Prozentpunkte. Der absolute Stimmengewinn der SPD ist demnach zum überwiegenden Teil auf die Wählerinnen zurückzuführen.

Tabelle 8

Die Wähler der Parteien 1969, 1965 und 1961  
nach dem Geschlecht

Parteien	Von 100 gültigen Zweitstimmen der Parteien wurden abgegeben von Männern bzw. Frauen					
	1969		1965		1961	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6
SPD .....	44,7	55,3	47,3	52,7	46,9	53,1
CDU .....	38,3	61,7	39,4	60,6	39,8	60,2
FDP .....	48,7	51,3	44,4	55,6	43,3	56,7
NPD .....	63,6	36,4	56,9	43,1	..	..
Sonstige .....	56,6	43,4	53,4	46,6	51,3	48,7
Insgesamt .....	43,7	56,3	44,4	55,6	44,4	55,6

Die Relation von männlichen und weiblichen Zweitstimmen bei der Wählerschaft der CDU wich vom Gesamtdurchschnitt stärker ab, denn 1969 waren fast 62 % der Zweitstimmen dieser Partei von Frauen und nur 38 % von Männern abgegeben worden; zwar dominierten auch bei den früheren Wahlen die Wählerinnen innerhalb der CDU, ihr Anteil hat gegenüber 1965 jedoch noch zugenommen.

Bei der FDP war 1969 der Unterschied zwischen dem Anteil der männlichen und weiblichen Wähler (48,7 zu 51,3) relativ gering; wenn auch die Frauenstimmen innerhalb dieser Partei noch überwiegen, so haben sich doch gegenüber den beiden vorangegangenen Wahlen relativ weniger Frauen als Männer für die FDP entschieden; bei den großen Stimmenverlusten kommt diesem Anteil besondere Bedeutung zu.

Unter den Wählern der NPD gab es weit mehr Männer als Frauen; die Relation der Zweitstimmen betrug 63,6 : 36,4; interessant ist im Hinblick auf die Stimmengewinne dieser Partei, daß gegenüber der Wahl von 1965 der von Frauen für diese Partei abgegebene Stimmenanteil um 6,7 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dieser Anteil zeigte bei den übrigen Splitterparteien, die 1969 ebenfalls bevorzugt von Männern gewählt wurden, auch rückläufige Tendenz.

Tabelle 9

Die Wähler der einzelnen Parteien 1969 nach Altersgruppen  
— in % —

Parteien	Abgegebene gültige Zweitstimmen (ohne Briefwahl)	davon Wähler der Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren			
		21–30	30–45	45–60	60 und älter
	1	2	3	4	5
Männer					
SPD .....	100	18,2	31,0	21,3	29,5
CDU .....	100	14,6	25,6	26,1	33,7
FDP .....	100	21,9	33,7	23,3	21,1
NPD .....	100	9,0	24,0	34,5	32,5
Sonstige .....	100	15,9	22,1	26,4	35,6
Insgesamt .....	100	16,9	29,1	23,6	30,4
Frauen					
SPD .....	100	13,8	25,3	24,6	36,3
CDU .....	100	11,2	22,6	27,0	39,2
FDP .....	100	18,0	30,0	26,4	25,6
NPD .....	100	(6,3)	24,5	37,7	31,5
Sonstige .....	100	(13,0)	23,8	30,8	32,4
Insgesamt .....	100	12,9	24,6	25,9	36,6

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Männliche und weibliche SPD-Wähler in allen Altersgruppen  
etwa gleichmäßig repräsentiert

Das Alter der Wähler vermittelt interessante Hinweise auf das Wahlverhalten von Männern und Frauen und die Resonanz der Parteien bei den verschiedenen Altersgruppen. Um die in Tabelle 9 dargestellte Zusammensetzung der Wähler einer jeden Partei nach dem Alter besser beurteilen zu können, sei die Altersgliederung aller Wahlberechtigten vorangestellt: Wären die Stimmen von den Wählern der Altersgruppen gleichmäßig für die Parteien abgegeben worden, müßten sich folgende Anteile ergeben:

Wahlberechtigte	21—30 Jahre	30—45 Jahre	45—60 Jahre	60 Jahre und älter
Männer .....	18,5	29,2	22,8	29,5
Frauen .....	13,9	24,3	25,2	36,6

Bemerkenswert ist hierbei, daß der Altersaufbau der SPD-Wähler demjenigen aller Wahlberechtigten am nächsten kam, d. h. die SPD erhielt von Männern und Frauen aller Altersgruppen prozentual etwa gleich viele Zweitstimmen.

Unter den CDU-Wählern war die Altersschichtung wesentlich differenzierter. Auffallend ist bei den männlichen Wählern, daß die Stimmenanteile in den beiden jüngeren Altersgruppen jeweils etwa vier Prozentpunkte unter und in den beiden höheren Altersgruppen 4 Punkte über dem Gesamtdurchschnitt für alle Wahlberechtigten lagen. Auch bei den Wählerinnen zeigte sich, daß die Sympathien für diese Partei bevorzugt in den älteren Altersgruppen vorhanden waren.

Die altersmäßige Zusammensetzung der FDP-Wähler weist ebenfalls Besonderheiten auf. Diese Partei erhielt von den unter 30jährigen Männern und Frauen relativ zahlreiche Stimmen und auch die Gruppe der 30- bis 45jährigen Wähler und Wählerinnen war anteilmäßig stärker besetzt als bei den übrigen Parteien. Während die Wähler von 45 bis 60 Jahren anteilmäßig etwa dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten dieser Altersgruppe entsprachen, gaben über 60jährige Männer und Frauen der FDP nur noch verhältnismäßig wenige Stimmen.

Wie aus Tabelle 9 ersichtlich, war die Anhängerschaft der NPD überwiegend bei den über 45jährigen Wählern zu suchen. Nur knapp jeder zehnte männliche Wähler dieser Partei war unter 30 Jahre alt, bei den Frauen standen sogar nur 6 % in diesem Alter. Die größte Resonanz fand die NPD anscheinend bei ihren Wählerinnen im Alter von 45 bis 60 Jahren. Zusammenfassend sei noch einmal der Anteil der unter 45jährigen Wähler und Wählerinnen bei den einzelnen Parteien aufgeführt:

Parteien	Anteil der unter 45jährigen Wähler	
	Männer	Frauen
SPD .....	49,2	39,1
CDU .....	40,2	33,8
FDP .....	55,6	48,0
NPD .....	33,0	30,8
Sonstige .....	38,0	36,8
Alle Wahlberechtigten	47,7	38,2

Danach hatten die FDP und die SPD bei der Bundestagswahl 1969 überdurchschnittliche Anteile jüngerer Wähler, und zwar bei den Männern und Frauen.

**Mehr als zwei Drittel der männlichen Jungwähler gaben ihre Erststimme der SPD**

Die vorstehenden Aussagen über die Wähler der einzelnen Parteien nach ihrer altersmäßigen Zusammensetzung können durch die weitere Fragestellung nach den von den Wählern der 4 Altersgruppen für die Parteien abgegebenen Stimmenanteilen ergänzt werden. In Tabelle 10b ist daher angegeben, wie viele der abgegebenen Erst- und Zweitstimmen von unter 30-jährigen, 30- bis 45-jährigen usw. bei den Bundestagswahlen 1965 und 1969 auf die einzelnen Parteien entfielen. Diese Informationen geben vor allem Vergleichsmöglichkeiten über den Wahlerfolg der Parteien innerhalb der verschiedenen Altersgruppen und zeigen die Veränderungen im Wahlverhalten zwischen den beiden Wahlen an.

Als erstes überraschendes Ergebnis bei der Verteilung der Erst- oder Kandidatenstimmen für die Wahlkreisbewerber ist herauszustellen, daß die SPD-Bewerber 68 % aller männlichen Jungwählerstimmen – der unter 30-jährigen – auf sich vereinigen konnten; gegenüber der letzten Bundestagswahl – der entsprechende Anteil betrug knapp 54 % – bedeutet dies eine ganz beachtliche Steigerung. Ebenso bemerkenswert ist, daß 64 % der Jungwählerinnen der SPD

ihre Stimmen gaben, und hier war der Stimmenzuwachs mit 15,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 1965 noch ausgeprägter als bei den männlichen Altersgenossen (14,4). Daß der Wahlerfolg der SPD jedoch nicht nur auf den Stimmen dieser jungen Wähler und Wählerinnen beruhte, belegen die Zuwachsraten für die höheren Altersgruppen. Ganz allgemein waren bei den Wählerinnen gegenüber 1965 höhere Zuwachsraten für die SPD zu verzeichnen als bei den Männern.

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Erststimmen der SPD		Zweitstimmen der SPD	
	Zuwachs gegenüber 1965 in Prozentpunkten			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
21 – 30 .....	14,4	15,1	10,5	13,0
30 – 45 .....	8,1	11,4	5,5	9,9
45 – 60 .....	6,8	8,9	4,6	7,6
60 und älter ....	6,5	11,2	6,3	10,5
Insgesamt .....	8,5	11,0	6,6	9,9

Da die höheren Altersgruppen bei den Frauen stark besetzt waren, brachten die relativ hohen Steigerungsraten der SPD beträchtliche Stimmengewinne. Interessant ist noch, daß bei der Bundestagswahl 1965 die Gruppe der 30- bis 45-jährigen männlichen Wähler zu 57 % der SPD ihre Erststimme gab und damit den höchsten Anteil für diese Partei unter den Altersgruppen aufwies, während 1969 die Jungwähler mit 68 % an der Spitze standen.

Tabelle 10a

**Die Wähler in den Altersgruppen 1969 und 1965 nach der Stimmabgabe für die Parteien**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Abgegebene gültige Erststimmen (ohne Briefwahl)						Abgegebene gültige Zweitstimmen (ohne Briefwahl)					
	insge- samt	davon entfielen auf					insge- samt	davon entfielen auf				
		SPD	CDU	FDP	NPD	sonstige Parteien		SPD	CDU	FDP	NPD	sonstige Parteien
Bundestagswahl 1969												
Männer												
21 – 30 .....	3 181	2 162	761	118	71	69	3 192	1 963	801	277	89	62
30 – 45 .....	5 483	3 576	1 388	219	200	100	5 494	3 331	1 411	428	238	86
45 – 60 .....	4 459	2 443	1 475	180	268	93	4 471	2 295	1 435	296	342	103
60 u. älter .....	5 717	3 222	1 897	206	269	123	5 754	3 168	1 856	268	323	139
Insgesamt .....	18 840	11 403	5 521	723	808	385	18 911	10 757	5 503	1 269	992	390
Frauen												
21 – 30 .....	3 129	1 998	939	119	29	44	3 144	1 837	992	240	36	39
30 – 45 .....	5 951	3 553	1 962	247	116	73	5 976	3 364	2 000	402	139	71
45 – 60 .....	6 291	3 405	2 354	265	172	95	6 316	3 268	2 389	353	214	92
60 u. älter .....	8 767	4 861	3 384	276	156	90	8 919	4 828	3 472	343	179	97
Insgesamt .....	24 138	13 817	8 639	907	473	302	24 355	13 297	8 853	1 338	568	299
Bundestagswahl 1965												
Männer												
21 – 30 .....	3 776	2 023	1 349	259	52	93	3 796	1 935	1 353	338	61	109
30 – 45 .....	5 025	2 869	1 547	357	108	144	5 031	2 772	1 495	465	132	167
45 – 60 .....	5 071	2 433	1 861	445	166	166	5 085	2 372	1 790	556	178	189
60 u. älter .....	5 710	2 848	2 056	470	102	234	5 751	2 809	1 987	563	116	276
Insgesamt .....	19 582	10 173	6 813	1 531	428	637	19 663	9 888	6 625	1 922	487	741
Frauen												
21 – 30 .....	3 770	1 838	1 536	267	52	77	3 798	1 723	1 578	349	53	95
30 – 45 .....	5 955	2 878	2 335	519	83	140	5 968	2 767	2 287	666	87	161
45 – 60 .....	6 596	2 980	2 781	558	120	157	6 661	2 939	2 735	675	129	183
60 u. älter .....	8 067	3 565	3 605	611	90	196	8 178	3 569	3 580	721	100	208
Insgesamt .....	24 388	11 261	10 257	1 955	345	570	24 605	10 998	10 180	2 411	369	647

Tabelle 10 b

Die Wähler in den Altersgruppen 1969 und 1965 nach der Stimmabgabe für die Parteien

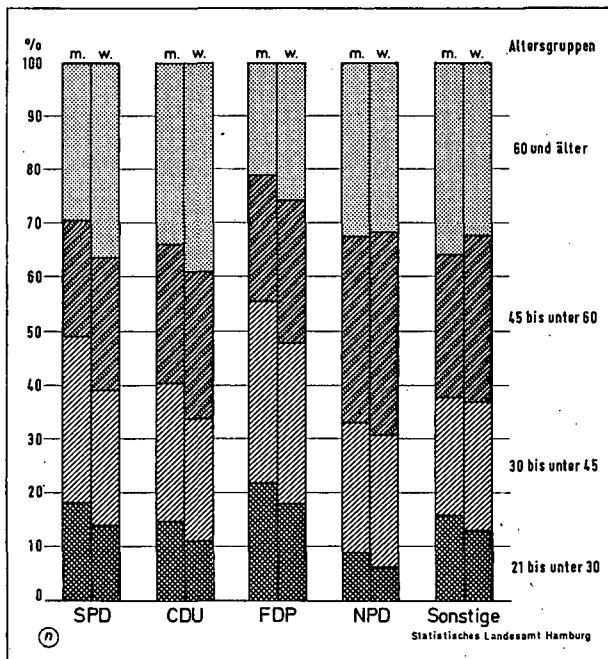
Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Abgegebene gültige Erst- bzw. Zweit- stimmen (ohne Briefwahl)	Von 100 abgegebenen gültigen Erststimmen entfielen auf					Von 100 abgegebenen gültigen Zweitstimmen entfielen auf				
		SPD	CDU	FDP	NPD	sonst. Parteien	SPD	CDU	FDP	NPD	sonst. Parteien
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bundestagswahl 1969											
Männer											
21 — 30 .....	100	68,0	23,9	3,7	2,2	2,2	61,5	25,1	8,7	2,8	1,9
30 — 45 .....	100	65,2	25,3	4,0	3,7	1,8	60,6	25,7	7,8	4,3	1,6
45 — 60 .....	100	54,8	33,1	4,0	6,0	2,1	51,3	32,1	6,6	7,7	2,3
60 und älter .....	100	56,4	33,2	3,6	4,7	2,1	55,1	32,2	4,7	5,6	2,4
Insgesamt .....	100	60,5	29,3	3,8	4,3	2,1	56,9	29,1	6,7	5,2	2,1
Frauen											
21 — 30 .....	100	63,9	30,0	3,8	(0,9)	(1,4)	58,4	31,6	7,6	(1,2)	(1,2)
30 — 45 .....	100	59,7	33,0	4,2	1,9	1,2	56,3	33,5	6,7	2,3	1,2
45 — 60 .....	100	54,1	37,4	4,2	2,8	1,5	51,7	37,8	5,6	3,4	1,5
60 und älter .....	100	55,4	38,6	3,2	1,8	1,0	54,1	38,9	3,9	2,0	1,1
Insgesamt .....	100	57,2	35,8	3,8	2,0	1,2	54,6	36,4	5,5	2,3	1,2
Bundestagswahl 1965											
Männer											
21 — 30 .....	100	53,6	35,7	6,9	1,5	2,3	51,0	35,6	8,9	1,6	2,9
30 — 45 .....	100	57,1	30,8	7,1	2,1	2,9	55,1	29,7	9,3	2,6	3,3
45 — 60 .....	100	48,0	36,7	8,8	3,3	3,2	46,7	35,2	10,9	3,5	3,7
60 und älter .....	100	49,9	36,0	8,2	1,8	4,1	48,8	34,6	9,8	2,0	4,8
Insgesamt .....	100	52,0	34,8	7,8	2,2	3,2	50,3	33,7	9,8	2,5	3,7
Frauen											
21 — 30 .....	100	48,8	40,7	7,1	1,4	2,0	45,4	41,5	9,2	1,4	2,5
30 — 45 .....	100	48,3	39,2	8,7	1,4	2,4	46,4	38,3	11,2	1,5	2,6
45 — 60 .....	100	45,2	42,2	8,4	1,8	2,4	44,1	41,1	10,1	1,9	2,8
60 und älter .....	100	44,2	44,7	7,6	1,1	2,4	43,6	43,8	8,8	1,2	2,6
Insgesamt .....	100	46,2	42,0	8,0	1,4	2,4	44,7	41,4	9,8	1,5	2,6

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Bei den Zweit- oder Parteienstimmen waren die Zuwachsraten für die SPD im allgemeinen etwas niedriger als bei den Erststimmen; so betrug die Zweit-

Schaubild 2

Die für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen nach Altersgruppen der männlichen und weiblichen Wähler in %



stimmzunahme bei den männlichen jüngeren Wählern nur 10,5 Prozentpunkte gegenüber 14,4 bei den Erststimmen. Im nächsten Abschnitt bei den Ergebnissen der Kombination von Erst- und Zweitstimmen wird darauf noch eingegangen.

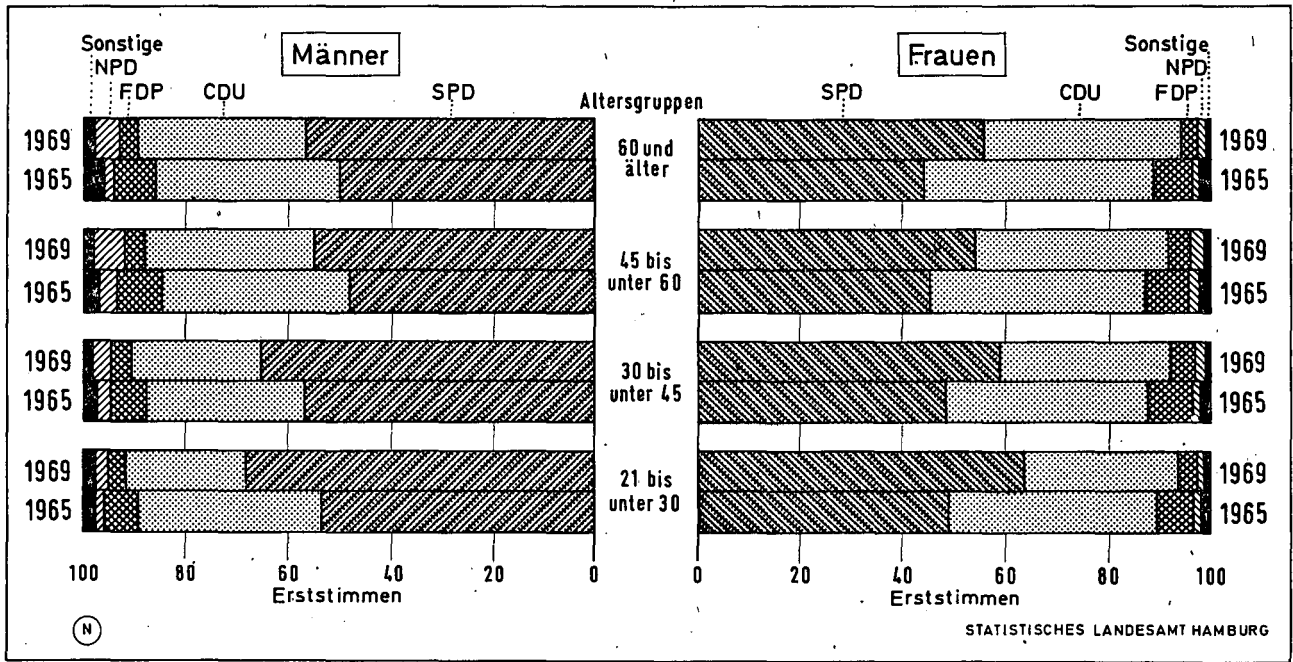
Die CDU hat, wie aus Tabelle 10 b und der folgenden Übersicht hervorgeht, Stimmen vor allem innerhalb der jüngeren Jahrgänge verloren, die relativ großen Verluste in den stark besetzten Jahrgängen der älteren Wählerinnen haben sich aber ebenfalls ausgewirkt. Der Tendenz nach war der Rückgang bei den Erststimmen etwas stärker als bei den Zweitstimmen.

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Erststimmen der CDU		Zweitstimmen der CDU	
	Abnahme gegenüber 1965 in Prozentpunkten			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
21 – 30 .....	11,8	10,7	10,5	9,9
30 – 45 .....	5,5	6,2	4,0	4,8
45 – 60 .....	3,6	4,8	3,1	3,3
60 und älter ....	2,8	6,1	2,4	4,9
Insgesamt .....	5,5	6,2	4,6	5,0

War bei der CDU die relative Abnahme bei den Jungwählern und Jungwählerinnen sehr ausgeprägt, so verlor die FDP offensichtlich mehr Stimmen von älteren Wählern. Unter den 60jährigen oder älteren waren z. B. Rückgänge an Zweitstimmen um rd. 5 Prozentpunkte zu verzeichnen, sie betrugen bei den 45-

Schaubild 3

Bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965 für die Parteien abgegebenen Erststimmen nach dem Alter der Wähler



bis 60jährigen Männern und Frauen über 4 Punkte. Bemerkenswert ist, daß bei den zwischen 30- bis 45-jährigen Wählerinnen bereits deutliche Stimmenverluste (4,5 Punkte) erkennbar waren, wogegen die männlichen Wähler dieser Altersgruppe ihre Stimmenanteile besser behaupteten (Rückgang nur 1,5 Punkte). Auch hier ist wiederum bei Beurteilung der in Prozentpunkten ausgedrückten Veränderungen die altersmäßige Schichtung der Wähler zu berücksichtigen.

Schließlich lassen sich aus den Ergebnissen der Tabelle 10b die Stimmengewinne der NPD hinsichtlich Alter und Geschlecht der Wähler näher bestimmen:

Es waren — wie sich bei der Verteilung der Erst- und Zweitstimmen deutlich abzeichnet — überwiegend Männer ab 45 Jahren, die sich dieser Partei zuwand-

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Erststimmen der FDP		Zweitstimmen der FDP	
	Abnahme gegenüber 1965 in Prozentpunkten			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
21 – 30 .....	3,2	3,3	0,2	1,6
30 – 45 .....	3,1	4,5	1,5	4,5
45 – 60 .....	4,8	4,2	4,3	4,5
60 und älter ....	4,6	4,4	5,1	4,9
Insgesamt .....	4,0	4,2	3,1	4,3

Schaubild 4

Bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965 für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen nach dem Alter der Wähler

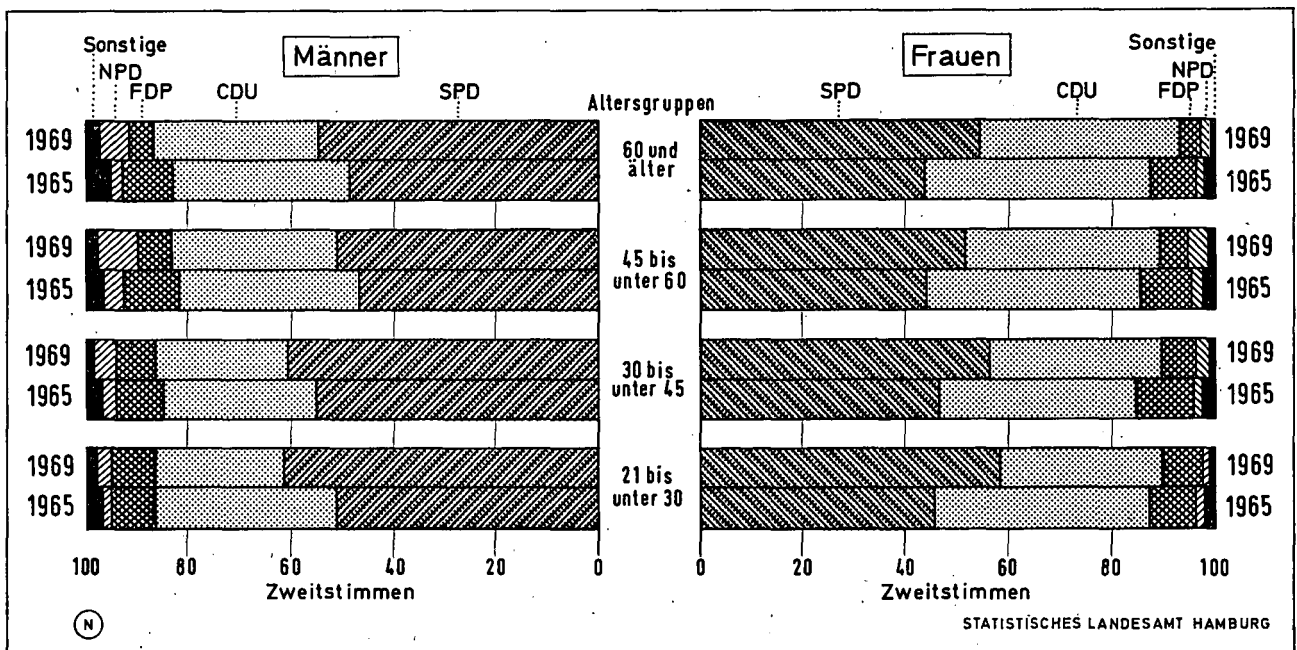
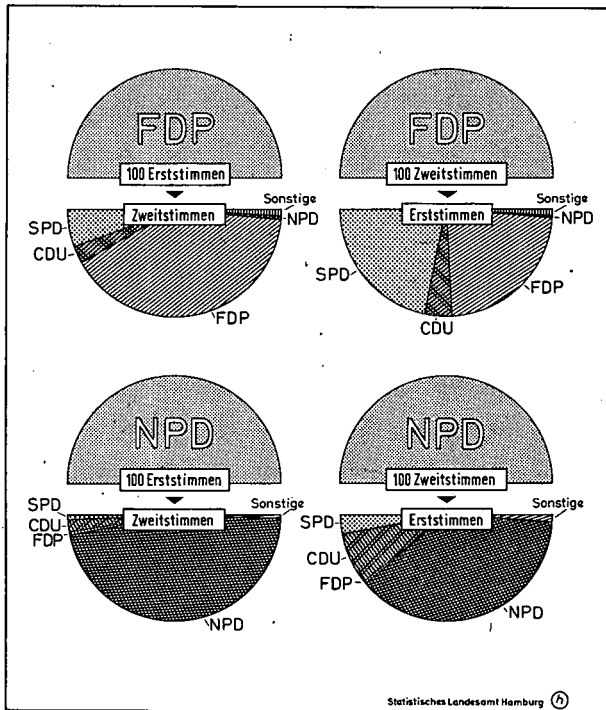


Schaubild 5

Die Kombination von Erst- und Zweitstimmen bei der FDP und NPD 1969



ten. Die Zweitstimmen der männlichen NPD-Wähler im Alter von 45 bis 60 Jahren lagen 1969 um 4,2 Punkte höher als 1965, in der Altersgruppe von 60 Jahren und darüber betrug die entsprechende Zunahme 3,6 Punkte. Dagegen konnte die NPD unter den Jungwählerinnen die Anteile weder bei den Zweit- noch Erststimmen behaupten. Beachtenswert ist auch, daß sich die Zunahme an Stimmen bei den männlichen Wählern unter 45 Jahren in Grenzen hielt.

90% der Wähler gaben Erst- und Zweitstimmen der gleichen Partei (Tabelle 11)

Von den Wählern mit gültiger Zweitstimme gaben 90,1% den Wahlkreisbewerbern derjenigen Partei die Erststimme, die sie auch mit der Zweitstimme gewählt hatten. Unter den übrigen stimmten 8% für die Kandidaten anderer Parteien, die restlichen Stimmen waren z.T. ungültig. Dies bedeutet, daß 1969 mehr Wähler von der Möglichkeit, die Kandidatenstimme anders als die Parteienstimme abzugeben, Gebrauch

Tabelle 11

Die Kombination von Erst- und Zweitstimmen der Wähler in den Altersgruppen 1969 und 1965

— in % —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	1969				Abgegebene Stimmen insgesamt	1965		
	Erst- u. Zweitstimme d. gl. Partei	Erst- u. Zweitstimme versch. Partei.	Erst- u./oder Zweitstimme ungült.			Erst- u. Zweitstimme d. gl. Partei	Erst- u. Zweitstimme versch. Partei.	Erst- u./oder Zweitstimme ungült.
	1	2	3	4		5	6	7
21—30 ..	86,0	12,9	(1,1)	100		89,0	9,3	1,7
30—45 ..	88,8	10,2	(1,0)	100		90,2	8,3	1,5
45—60 ..	90,9	7,8	1,3	100		91,8	6,0	2,2
60 u. älter	92,3	4,5	3,2	100		91,3	4,4	4,3
Insges. .	90,1	8,0	1,9	100		90,8	6,6	2,6

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

gemacht haben. Wie aus Tabelle 11 hervorgeht, gaben bei der vorhergehenden Bundestagswahl noch 6,6% der Wähler Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien gegenüber 8% im Jahre 1969.

Die Tendenz, daß jüngere Anhänger einer Partei eher bereit sind, als ältere, mit der Erststimme den Kandidaten einer anderen Partei zu wählen — etwa weil der Kandidat der eigenen Partei keine Chancen hatte, den Wahlkreis zu erringen —, hat sich wie bei früheren Wahlen bestätigt. So gab 1969 etwa jeder achte Jungwähler Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien, 1965 waren es nur 9%. Bei den über 60jährigen Wählern machten bei den beiden letzten Wahlen nur 4,5% bzw. 4,4% von dieser Möglichkeit Gebrauch; in dieser Altersgruppe ist die Zahl der ungültigen Stimmen am höchsten.

FDP-Anhänger gaben besonders häufig ihre Erststimme Kandidaten anderer Parteien

Die unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimmen für die einzelnen Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler kommt in den Ergebnissen der Tabelle 12 zum Ausdruck. Von den Zweitstimmenwählern der SPD gaben nur 3% der Männer und 4,5% der Frauen ihre Erststimme den Wahlkreisbewerbern einer anderen Partei. Rund 7% der männlichen CDU-Wähler und 8% der Wählerinnen haben ihre Kandidatenstimme anderen Parteien zu kommen lassen, wobei dies offensichtlich von den jüngeren Wählern häufiger als von den älteren praktiziert wurde.

Tabelle 12

Unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimmen für die Parteien 1969 und 1965 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die Partei entfielen Erststimmen auf Kandidaten anderer Parteien							
	1969				1965			
	SPD	CDU	FDP	NPD	SPD	CDU	FDP	NPD
	1	2	3	4	5	6	7	8
a) Männer								
21—30 ..	4,2	13,6	69,7	(25,8)	4,1	9,6	36,0	(21,3)
30—45 ..	3,5	10,1	61,0	21,4	3,2	7,6	33,5	(22,7)
45—60 ..	2,3	5,3	46,6	27,8	2,2	5,0	28,2	(14,0)
60 u. älter	2,3	3,3	35,4	21,7	2,3	3,9	22,6	(19,0)
Insges. .	3,0	7,1	54,1	24,1	2,9	6,2	29,2	18,5
b) Frauen								
21—30 ..	5,9	13,6	70,4	(27,8)	4,1	11,0	36,1	(18,9)
30—45 ..	4,8	10,3	55,0	(26,6)	4,0	7,7	31,7	(19,5)
45—60 ..	3,9	7,2	41,1	26,2	3,1	5,5	26,8	(14,7)
60 u. älter	4,2	6,4	33,2	(23,5)	4,5	5,8	24,4	(17,0)
Insges. .	4,5	8,3	48,5	25,5	3,9	7,0	28,8	17,1

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Im Vergleich zu SPD und CDU waren die Zweitstimmenwähler der FDP und NPD weit häufiger bereit, die Erststimme Kandidaten anderer Parteien zu geben; insbesondere die FDP-Wähler machten davon regen Gebrauch. Mehr als die Hälfte der männlichen Wähler dieser Partei — rd. 54% — gab Erst- und Zweitstimme verschieden ab und auch für 48,5% der Frauen traf dies zu; bei der Bundestagswahl 1965 betrugen die entsprechenden Anteile jeweils rd.



29 %. Es waren 1969 bei der FDP insbesondere die jüngeren Wähler und Wählerinnen, welche diese Entscheidung trafen. Unter den Jungwählern beiderlei Geschlechts entfielen auf 100 gültige Zweitstimmen für die FDP 70 Erststimmen auf Kandidaten anderer Parteien. Von den 60jährigen oder älteren FDP-Wählern gab noch etwa jeder dritte seine Erststimme dem Wahlkreisbewerber einer anderen Partei.

Etwa jeder vierte NPD-Wähler kombinierte seine Zweitstimme mit der Kandidatenstimme einer anderen Partei, und zwar trafen Männer und Frauen auch innerhalb der vier Altersgruppen diese Entscheidung etwa gleich oft.

Die unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimme ist ganz allgemein von den NPD-Wählerinnen und von älteren männlichen Wählern im Jahre 1965 weit weniger praktiziert worden.

Von besonderem Interesse ist nun die Frage, wie bei unterschiedlicher Stimmabgabe sich die Erst- und Zweitstimmen auf die einzelnen Parteien verteilten.

#### Zweitstimmenwähler der FDP gaben weit häufiger der SPD ihre Zweitstimme als der CDU

Bei den wenigen Zweitstimmenwählern der SPD, die sich nicht für Wahlkreisbewerber der eigenen Partei entscheiden wollten, kann eine eindeutige Präferenz für eine andere Partei nicht festgestellt werden; nach den Ergebnissen der Tabelle 13 a wurde die CDU leicht bevorzugt (1,2 % der männlichen und 1,8 % der weiblichen Erststimmen entfielen auf sie). Umgekehrt zeigt sich etwas deutlicher, daß CDU-Zweitstimmenwähler der SPD häufiger Erststimmen zukommen ließen (zwischen 5 % und 6 %) als den übrigen Parteien.

Tabelle 13 a

Die abgegebenen Erststimmen in % der Zweitstimmen 1969

Parteien	Geschlecht	Von 100 Zweitstimmen der vorstehenden Partei entfielen Erststimmen auf:					
		SPD	CDU	FDP	NPD	Sonst.	Ungült.
		1	2	3	4	5	6
SPD	m	97,0	1,2	0,7	(0,1)	0,5	0,5
	w	95,4	1,8	1,1	(0,1)	(0,3)	1,3
CDU	m	5,3	93,0	(0,6)	(0,5)	(0,1)	(0,5)
	w	5,8	91,7	0,7	(0,3)	(0,1)	1,4
FDP	m	43,5	8,0	45,9	(0,5)	(1,6)	(0,5)
	w	35,4	10,8	51,5	(0,2)	(1,1)	(1,0)
NPD	m	5,7	15,8	(0,7)	75,9	(0,7)	(1,2)
	w	(5,1)	17,1	(1,2)	74,5	(0,5)	(1,6)
Sonstige	m	13,6	(2,6)	(3,6)	(1,5)	76,7	(2,0)
	w	(15,4)	(2,3)	(1,7)	(1,0)	77,3	(2,3)
Ungültig	m	(12,7)	(5,6)	(2,1)	(0,7)	(1,4)	77,5
	w	23,9	(11,8)	(2,0)	(2,0)	(0,8)	59,5

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Weit differenzierter war die Kombination von Erst- und Zweitstimmen bei den übrigen Parteien, die in keinem Hamburger Wahlkreis Aussicht hatten, ein Direktmandat zu erreichen und deshalb mit ihren Erststimmen andere Wahlkreisbewerber in z. T. beachtlichem Umfange unterstützten.

So hatten sich von der FDP nur 46 % der männlichen und 52 % der weiblichen Zweitstimmenwähler entschlossen, auch die von der Partei aufgestellten Bewerber mit der Erststimme zu unterstützen. Die übrigen FDP-Anhänger wählten mit ihrer Erststimme ganz überwiegend die SPD und verbesserten damit das Ergebnis für die Wahlkreis Kandidaten dieser Partei; sie erhielten von den männlichen Zweitstimmenwählern der FDP 43,5 % und den Wählerinnen 35,4 % der Erststimmen, während für die CDU nur 8 % (männliche) bzw. 10,8 % (weibliche) Erststimmen aus den Reihen der FDP abgegeben wurden.

Bei der NPD, für die ebenfalls in allen 8 Hamburger Wahlkreisen je ein Bewerber zugelassen war, hatten drei Viertel der Wähler ihre Partei mit Erst- und Zweitstimmen gewählt. Die übrigen gaben ihre Erststimme zum größeren Teil der CDU. Von 100 Zweitstimmen der NPD entfielen bei den männlichen Wählern knapp 16 Erststimmen auf die CDU, 6 auf die SPD; unter den Wählerinnen betrugen die entsprechenden Anteile 17 bzw. 5.

Von den Zweitstimmenwählern der Splitterparteien — in der Tabelle als „Sonstige“ ausgewiesen — entschieden sich mit ihrer Erststimme rd. 14 % der männlichen und 15 % der weiblichen Anhänger für die SPD. Dabei ist zu beachten, daß ein Teil dieser Wähler die Erststimmen der eigenen Partei nicht geben konnten, weil eigene Wahlkreisbewerber nicht aufgestellt waren.

Schließlich ist in der Tabelle 13 b für die einzelnen Parteien und ihre männlichen und weiblichen Wähler auch noch die Relation der abgegebenen Zweitstimmen in Prozent der Erststimmen aufgeführt. Diese Ergebnisse lassen weitere Rückschlüsse auf die von den Wählern gehandhabte Stimmenkombination zu; im allgemeinen zeichnet sich die Tendenz ab, daß die

Tabelle 13 b

Die abgegebenen Zweitstimmen in % der Erststimmen 1969

Parteien	Geschlecht	Von 100 Erststimmen der vorstehenden Partei entfielen Zweitstimmen auf:					
		SPD	CDU	FDP	NPD	Sonst.	Ungült.
		1	2	3	4	5	6
SPD	m	91,5	2,5	4,8	0,5	0,5	(0,2)
	w	91,9	3,7	3,4	(0,2)	(0,4)	0,4
CDU	m	2,3	92,7	1,9	2,8	(0,2)	(0,1)
	w	2,8	94,0	1,7	1,1	(0,1)	(0,3)
FDP	m	11,4	(4,8)	80,5	(1,0)	(1,9)	(0,4)
	w	15,5	6,6	76,0	(0,8)	(0,6)	(0,5)
NPD	m	(1,4)	(3,7)	(0,9)	93,2	(0,7)	(0,1)
	w	(1,7)	(6,6)	(0,6)	89,4	(0,6)	(1,1)
Sonstige	m	13,2	(1,6)	(5,2)	(1,8)	77,7	(0,5)
	w	(13,2)	(3,6)	(5,0)	(1,0)	76,5	(0,7)
Ungültig	m	23,5	(12,7)	(2,8)	(5,6)	(3,8)	51,6
	w	36,4	25,9	(2,6)	(1,9)	(1,5)	31,7

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Erststimmenwähler einer Partei zu einem hohen Anteil derselben auch die Zweitstimme zukommen ließen. Eine Interpretation des hiervon abweichenden Wahlverhaltens ist mit dem vorhandenen Material nicht möglich; hierzu wären die Motive der betreffenden Wähler zu erforschen.

# **6400 Wähler gaben beide Stimmen ungültig ab, bei 10 500 Wählern war nur die Erststimme ungültig**

Bereits bei Kommentierung der gesamten Wahlergebnisse im November-Heft konnte festgestellt werden, daß Hamburg 1969 unter den Ländern den niedrigsten Anteil an ungültigen Stimmen hatte, und daß gegenüber den vorangegangenen Wahlen ein beträchtlicher Rückgang eingetreten ist. Bei der Bundestagswahl 1969 wurden in Hamburg 14 397 Erststimmen und 8 172 Zweitstimmen für ungültig erklärt, das waren 1,2 % bzw. 0,7 % aller abgegebenen Erst- bzw. Zweitstimmen. Ungültig sind Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Meist handelt es sich um Stimmzettel, bei denen die Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit eine Kandidaten- oder Parteienstimme — oder beide — nicht angekreuzt hatten; ungültig waren auch Stimmzettel, die auf beiden Seiten durchstrichen waren bzw. die Stimmen auf der jeweils durchstrichenen Seite (Erst- und Zweitstimmen). Schließlich mußten, wenn auf der Erst- und/oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt waren, von den Wahlvorständen die betreffenden Stimmen als ungültig deklariert werden. War auf dem Stimmzettel nur eine Stimme ungültig (Erst- oder Zweitstimme), wurde die andere, gültig abgegebene Stimme gezählt.

Die Sonderuntersuchung der ungültigen Stimmen mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik und deren Hochschätzung auf das Gesamtergebnis ergaben folgendes Bild:

Wähler mit ...	Stichprobe			Behelfsmäßig hochgerechnete Ergebnisse		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Ungültiger Erst- und Zweitstimme	110	147	257	2 700	3 700	6 400
Ungültiger Erst- aber gültiger Zweitstimme	103	317	420	2 600	7 900	10 500
Ungültiger Zweit- aber gültiger Erststimme	32	100	132	800	2 500	3 300
Insgesamt	245	564	809	6 100	14 100	20 200

Die größte Gruppe — 10 500 Stimmen — bildeten demnach die Personen, welche ihre Zweitstimme gültig, ihre Erststimme aber ungültig abgaben; gut jede zweite ungültig abgegebene Stimme zählte hierzu und es ist beachtenswert, daß drei Viertel unter ihnen von Frauen abgegeben worden sind.

Diese Wählerinnen und Wähler konnten sich — soweit ihre Entscheidung nicht durch mangelnde Kenntnis des Systems der Stimmabgabe beeinflußt war — anscheinend für keinen der aufgestellten Wahlkreisbewerber entscheiden; es ist aber auch hier daran zu erinnern, daß einige Parteien nicht in allen Wahlkreisen Bewerber aufgestellt hatten.

Erheblich kleiner war die Gruppe der Personen, welche die Zweitstimmenseite leergelassen oder durchstrichen, aber ihre Erststimme gültig abgegeben hatten. Hier waren von 3 300 Wählern — wiederum meist Frauen — Entscheidungen für Wahlkreisbewerber getroffen, den Parteien aber keine Stimmen gegeben worden. In welchem Umfang die Ergebnisse auch hier durch Unkenntnis des Wahlsystems bedingt sind, läßt sich nicht abschätzen.

Eindeutiger ist das Wahlverhalten in den Fällen zu interpretieren, in denen beide Stimmen ungültig abgegeben wurden: dies traf 1969 bei etwa 6 400 Wählern — darunter 3 700 Frauen — zu. Die meisten von ihnen hatten den Stimmzettel ganz leergelassen oder durchstrichen und wollten sich offenbar für keinen Wahlvorschlag entscheiden. In einem Teil dieser Fälle hatten Wähler auf einer Seite des Stimmzettels mehrere Kreuze angebracht und die andere Seite leergelassen oder durchstrichen, wieder andere Wähler hatten auf beiden Seiten mehrfach angekreuzt. Soweit damit nicht bewußt die Absicht verfolgt wurde, den Stimmzettel ungültig zu machen, könnte die irrice Auffassung bestanden haben, beide Stimmen dürften entweder nur als Erst- bzw. Zweitstimmen abgegeben oder es könnten pro Stimmzettel jeweils zwei Erst- und Zweitstimmen angekreuzt werden.

Daß die ungültigen Stimmen überwiegend Frauenstimmen sind, wurde bereits erwähnt und es lassen sich auch — wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht — bei der Abgabe von ungültigen Stimmen deutliche Unterschiede zwischen alten und jungen Wählern bzw. Wählerinnen feststellen.

Tabelle 14

## **Anteile der ungültigen Erst- und Zweitstimmen 1969 nach Alter und Geschlecht**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wählern gaben ab: ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
21 — 30 .....	(0,8)	(1,0)	(0,4)	(0,5)
30 — 45 .....	(0,7)	0,9	(0,5)	(0,5)
45 — 60 .....	(0,9)	1,2	(0,7)	0,8
60 und älter ....	1,8	3,3	1,2	1,6

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Demnach wählten ältere Leute häufiger mit ungültiger Stimme als die jüngeren Wähler. Die über 60jährigen Frauen wählten mit 3,3 % der Erst- und 1,6 % der Zweitstimmen besonders häufig ungültig. Zwei Gründe dürften dazu beitragen: Einmal sind die älteren Wähler bei ihrer Wahlentscheidung im allgemeinen vorsichtiger und kritischer als die jüngere Generation, zum anderen ist es zweifellos für alte Leute schwieriger als für jüngere, den Stimmzettel mit Erst- und Zweitstimme richtig zu verstehen und auszufüllen.

## **Zur Methode der repräsentativen Bundestagswahlstatistik**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Mit der Organisation der Wahl sowie der Zusammenstellung und Auswertung der Wahlergebnisse sind die Aufgaben der Amtlichen Statistik im Zusammenhang mit den Wahlen noch nicht beendet. Nach § 52 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes sind „in den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen“, denn der Umfang, in dem sich die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung an der Wahl beteiligen, und ihre Stimmabgabe für die einzelnen politischen Parteien geben wichtige Aufschlüsse über die Anteilnahme der Bevölkerung am Staatsleben sowie — bei zeitlichem Vergleich — über Änderungen im politischen Verhalten.

Wie seit 1953 wurde deshalb auch bei der Bundestagswahl 1969 die sogenannte „Repräsentative Wahlstatistik“ durchgeführt.

Die Ausführungsbestimmungen zu § 52 BWahlG enthält § 84 der Bundeswahlordnung. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ist danach bei dieser Statistik ausgeschlossen, da die Stimmabgabe des einzelnen Wählers nicht erkennbar sein darf. Die Wahlbezirke dürfen ferner nicht weniger als 290 Wahlberechtigte haben, Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen außerdem nicht veröffentlicht werden. Schließlich ist die Auszählung örtlich und zeitlich von Wahllokal und Wahlhandlung getrennt vorzunehmen.

#### Durchführung

Für die Durchführung dieser Statistik wird eine repräsentative Stichprobe aus den Wahlbezirken gezogen. Die Wahlunterlagen der ausgewählten Bezirke werden nach den Merkmalen Geschlecht und Alter ausgezählt. Als Grundlage für die Auszählung der alters- und geschlechtsmäßigen Zusammenstellung der Wahlberechtigten, der Wähler, Nichtwähler sowie der Wähler, die einen Wahlschein angefordert haben, dienen die Wählerverzeichnisse.

Für die Auswertung der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht stehen die Stimmzettel zur Verfügung, die in den Bezirken, die für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählt wurden, durch Aufdruck von Geburtsjahresgruppen für Männer und Frauen besonders gekennzeichnet sind.

Die Altersgliederung erfolgt bei der Auszählung der Wählerverzeichnisse nach 9, bei der Auszählung der Stimmzettel jedoch nur nach 4 Altersgruppen, damit auch bei Auszählung der Erst- und Zweitstimmkombinationen das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt.

Die Wahlscheinwähler wurden bei der Berechnung der Wahlbeteiligung berücksichtigt (wobei davon ausgegangen wurde, daß Wahlscheinvermerk auch Stimmabgabe bedeutete), bei der Auswertung der Stimmabgabe jedoch blieben sie unberücksichtigt, da eine Zuordnung der entsprechenden Stimmzettel zu den Ausgangswahlbezirken aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist.

Die in die Stichprobe eingehenden Wahlbezirke wurden vom Statistischen Bundesamt, für alle Bundesländer gesondert, nach dem Zufallsprinzip maschinell ausgewählt. Dafür standen Lochkarten der Wahlbezirke zur Verfügung, die auch Angaben über den jeweiligen Anteil der evangelischen Bevölkerung sowie das frühere Wahlergebnis enthielten. Zur Verbesserung der Stichprobenergebnisse wurden die Auswahlbezirke vor der Auswahl — wie schon 1965 — nach einem Schema geschichtet und angeordnet, das innerhalb einzelner Größenklassen den Anteil der evangelischen Bevölkerung (3 Gruppen) sowie den Stimmenanteil von SPD (7 Gruppen) und FDP (3 Gruppen) berücksichtigte (insgesamt 63 Gruppen). Außerdem wurde eine zusätzliche Stichprobe aus der Gesamtheit der seit 1965 neu gebildeten Wahlbezirke gezogen.

Der Auswahlsatz, der von Land zu Land unterschiedlich war und zwischen 1 % und 4 % schwankte, betrug in Hamburg 4 %. Ein geringerer Prozentsatz hätte in einem Stadtstaat mit einer relativ geringen Zahl von Wahlberechtigten keine brauchbaren Ergebnisse gebracht.

Die Stichprobe erfaßte 53 der 1 226 Wahlbezirke und 54 911 Wahlberechtigte bzw. 43 655 Wähler.

#### Repräsentation der Stichprobe

Die repräsentative Wahlstatistik hat eine breitere Basis als entsprechende Untersuchungen nichtamtlicher Stellen — 1965 wurden z. B. im gesamten Bundesgebiet 847 000 Wahlberechtigte in die Statistik einbezogen —, außerdem handelt es sich hier nicht um die Auswertung von Wählerbefragungen, sondern um die Auswertung des tatsächlichen Wahlverhaltens.

Eine Vorstellung von der Zuverlässigkeit der Stichprobe gibt die Gegenüberstellung von Total- und Repräsentativergebnissen in Tabelle 15; praktisch bestehen bei Wahlbeteiligung und Stimmenanteilen der Parteien keine Unterschiede zwischen der Stichprobe und den Totalzahlen.

Dieses Bild einer recht guten Repräsentation der einzelnen Gruppen muß für tiefere Gliederungen allerdings eingeschränkt werden.

Tabelle 15

#### Gesamt- und Repräsentativergebnis 1969

Art der Ergebnisse	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen <sup>1)</sup>		Ungült. Stimmen in % v. Sp. 2	Gültige Stimmen	davon gültig für							
		Anzahl	in % v. Sp. 1			SPD	CDU	FDP	ADF	FP	FSU	NPD	Parteilos
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Erststimmen													
Gesamtergebnis	1 341 494	1 069 023	79,7	1,3	1 055 525	618 818	349 786	39 499	12 140	2 572	1 163	30 637	910
in % von Sp. 5	..	..	..	..	100	58,6	33,1	3,7	1,2	0,3	0,1	2,9	0,1
Repräsentativergebnis	54 911	43 655	79,5	1,6	42 978	25 220	14 160	1 630	492	126	52	1 281	17
in % von Sp. 5	..	..	..	..	100	58,7	32,9	3,8	1,2	0,3	0,1	3,0	0,0
Zweitstimmen													
Gesamtergebnis	1 341 494	1 069 023	79,7	0,7	1 061 414	588 055	355 346	64 235	12 662	2 852	1 346	36 918	—
in % von Sp. 5	..	..	..	..	100	55,4	33,5	6,0	1,2	0,3	0,1	3,5	—
Repräsentativergebnis	54 911	43 655	79,5	0,9	43 266	24 054	14 356	2 607	488	136	65	1 660	—
in % von Sp. 5	..	..	..	..	100	55,6	33,2	6,0	1,1	0,3	0,2	3,6	—

<sup>1)</sup> ohne Briefwahl.

Bei der Verwendung der Zahlen ist zu beachten, daß sie auf einer 4 %igen Stichprobe — einer Gesamtzahl von rd. 54 000 in Hamburg erfaßten Wahlberechtigten — beruhen und daher nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind. Der Fehlerbereich wurde, um die Übersichtlichkeit der Tabellen zu wahren, nicht bei den einzelnen Zahlen angegeben. Zu beachten ist, daß die in den Tabellenfeldern aufgeführten Zahlen unter 1 250, d. h. 50 Fälle der Auswahl, durch ihre relative Ungenauigkeit bereits eingeschränkte Aussagekraft haben. Bei weiterer sachlicher Aufgliederung treten schwächere Felddbesetzungen in den Tabellen auf, die statistisch nicht mehr gesichert sind. Zum Teil besteht die Möglichkeit, durch entsprechende Zusammenfassung von Einzelergebnissen zuverlässige Grunddaten zu erhalten. In den Tabellen ist die Regel angewandt, daß Zahlen unter 1 250, also 50 Fälle der Auswahl und evtl. darauf bezogene Verhältniszahlen wegen der eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt sind, um damit auf ihre relative Ungenauigkeit hinzuweisen.

Für einen angenommenen Sicherheitsgrad von 95,5 % (2  $\sigma$ ) gelten folgende Anhaltspunkte über die Aussagegeschärfe der 4 %igen Stichprobe:

Fallzahl		Wahrscheinlichkeitsfehler in %
Gesamtheit	4 %-Stichprobe	
125 000	5 000	2,6
100 000	4 000	3,0
75 000	3 000	3,5
50 000	2 000	4,4
25 000	1 000	6,2
12 500	500	8,2
6 250	250	12,6
2 500	100	20,0
1 250	50	28,3

Wenn also z. B. ein Merkmal bei 1 000 Wahlberechtigten auftrat, kann geschlossen werden, daß dieses Merkmal unter den Wahlberechtigten insgesamt mit einer Häufigkeit von  $25\,000 \pm 6,2\%$  vorkam, d. h., daß der „wahre“ Wert für die Gesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,5 : 100 zwischen 23 450 und 26 550 läge.

Werner Matti / Elke Heide

## Gebäude und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968

Inhalt: 1. Erste vorläufige Ergebnisse in regionaler Gliederung.  
2. Die Zähler und Oberzähler und ihre Erfahrungen.

### 1. Erste vorläufige Ergebnisse in regionaler Gliederung

#### Vorbemerkungen

Zu Beginn des ersten Beitrages über Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in dieser Zeitschrift sei ein kurzer Hinweis auf ein technisch-organisatorisches Ereignis gegeben, das nicht unerwähnt bleiben sollte: Bereits neun Monate nach dem Zählungstichtag war die amtliche Statistik in der Lage, erste vorläufige Ergebnisse dieser Erhebung vorzulegen. Diese Leistung konnte nur durch eine optimale Ausnutzung der derzeitigen datenverarbeitungstechnischen Möglichkeiten erbracht werden und dürfte in Zukunft Kritikern das Argument nehmen, daß Großzählungen bei Veröffentlichung ihrer Ergebnisse lediglich veraltetes Zahlenmaterial lieferten.

Dieser Artikel hat zur Aufgabe, die wesentlichen Erhebungsmärkmale (Eckdaten) der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Hamburg herauszustellen<sup>1)</sup>, wobei insbesondere quantitative Veränderungen im Gebäude- und Wohnungsbestand seit der letzten Gebäudezählung 1961 und ihre Auswirkungen

auf strukturelle Verschiebungen in regionaler Sicht (Bezirke) analysiert werden sollen. Weiter wird u. a. die Höhe der Mieten in den einzelnen Bezirken mit der Durchschnittsmiete für Hamburg insgesamt sowie untereinander verglichen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, die auch die Grundlage für diesen Aufsatz bilden, sind noch als vorläufig anzusehen, da letzte Korrekturgänge bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind. Gleichwohl soll wegen der Aktualität wohnungsstatistischer Daten schon auf Grund dieser Ergebnisse eine erste Kommentierung der Zählung erfolgen.

Obgleich dies nicht der Ort ist, um methodische und begriffliche Einzelheiten dieser Erhebung zu diskutieren<sup>2)</sup>, erscheint es doch nützlich, den Erhebungsrahmen kurz zu skizzieren:

Aufgabe der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 war es:

1. Sämtliche Gebäude mit Wohnungen oder Wohngelegenheiten zu erheben. Dabei war es gleichgültig, ob diese Wohneinheiten zum Zeitpunkt der Erhebung bewohnt waren oder leerstanden.
2. Sämtliche Wohnungen und Wohngelegenheiten in diesen Gebäuden zu erfassen.

<sup>1)</sup> Siehe hierzu auch: Vorläufige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968 in Hamburg. — In: Statistische Berichte. Schriftenreihe des Statistischen Landesamts Hamburg, Jg. 1969, Reihe F, lfd. Nr. 33. — <sup>2)</sup> Zu diesem Thema siehe: Schlüter, Karl-Heinz: Zum Konzept der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. — In: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart und Mainz, Jg. 1968, S. 239 ff. und Scheewe, Peter: Das Programm der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. — In: ebenda, S. 483 ff.

Tabelle 1

**Gebäude mit Wohnungen und Wohngelegenheiten in den Hamburger Bezirken am 25. 10. 1968**  
(Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohngebäude ohne Wochenend- und Ferienhäuser			Wochenend- und Ferienhäuser mit Wohnflächen		Sonstige Gebäude mit Wohnungen			Unterkünfte		
	Gebäude	Wohnungen		von 50 und mehr qm	unter 50 qm	Gebäude	Wohnungen		Unter- künfte	Wohngelegenheiten	
		insgesamt	darin Personen				insgesamt	darin Personen		insgesamt	darin Personen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Hamburg-Mitte	15 920	92 760	240 910	—	4	1 430	3 310	7 830	4 300	4 430	12 280
Altona .....	29 320	94 100	252 210	1	—	320	610	1 520	1 620	1 710	4 780
Eimsbüttel ....	22 690	97 550	245 720	7	23	660	1 320	3 020	2 180	2 350	5 750
Hamburg-Nord ..	27 240	146 950	350 160	—	—	510	1 880	3 190	2 670	2 760	7 250
Wandsbek .....	51 420	125 220	361 890	6	30	700	1 470	3 410	5 860	6 060	16 780
Bergedorf .....	12 180	29 650	86 030	1	8	230	430	1 220	420	440	1 170
Harburg .....	20 950	70 220	195 230	5	35	550	1 020	2 820	1 670	2 010	5 900
Insgesamt <sup>1)</sup> ....	179 730	656 430	1 732 150	20	100	4 400	10 040	23 010	18 730	19 750	53 900

<sup>1)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.

3. Sämtliche Wohnparteien (Wohnungsinhaber und Mieter) in diesen Wohneinheiten zu zählen. Darüber hinaus waren sog. „Wohnparteien außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten“ (hierzu zählten vor allem Lagerbewohner) festzustellen.

Nicht erfaßt wurden somit die reinen Nichtwohngebäude (Gebäude ohne Wohneinheiten). Anstaltsgebäude wurden dagegen gezählt, wenn sie eine Wohnung oder zumindest ein Zimmer mit einer eigenen Küche oder Kochnische enthielten. Dementsprechend wurden Anstaltsbewohner nur erfaßt, wenn sie eine Wohnung oder mindestens ein Zimmer mit einer eigenen Küche oder Kochnische bewohnten. Weiter ist zu vermerken, daß Haushalte bzw. Personen mitgezählt wurden, die ihre Hauptwohnung zwar in Hamburg haben, zum Zeitpunkt der Zählung jedoch (wenn auch für längere Zeit) abwesend waren. Ebenfalls fielen in den Rahmen dieser Zählung die Personen, die ihre Hauptwohnung außerhalb von Hamburg haben, jedoch am Zählungstichtag in Hamburg zur Untermiete wohnten. Die Nichterfassung bzw. Doppelerfassung von Haushalten und Personen folgt zwingend aus dem Erhebungsauftrag: es sollten Gebäude mit Wohnungen und den darin untergebrachten Haushalten und Personen erhoben werden. Die festgestellte Zahl der Personen, die als wohnberechtigte Bevölkerung zu definieren ist,

ist somit nicht mit der (fortgeschriebenen) Einwohnerzahl Hamburgs, d. h. der Wohnbevölkerung, vergleichbar.

Schließlich noch einige Bemerkungen zum Begriffssystem dieser Zählung. Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß, abgesehen von einigen terminologischen Änderungen, die Begriffsinhalte im Vergleich zur 1961er Gebäudezählung nicht wesentlich geändert worden sind. Im einzelnen sind, verglichen mit den Begriffen der Gebäudezählung 1961, wie sie vor allem in „Statistik des Hamburgischen Staates“, Heft 68, verwandt wurden, folgende Änderungen in der Terminologie vorgenommen worden:

1. Das bisherige „bewohnte Nichtwohngebäude“ entspricht jetzt dem „sonstigen Gebäude“.
2. Für das „Behelfsgebäude“ wird heute der bundeseinheitliche Begriff „Unterkunft“ verwendet.
3. Der Begriff „Behelfswohnung“ wurde in „Wohngelegenheit“ geändert.

**Der Gebäudebestand in Hamburg am 25. Oktober 1968**

Am 25. Oktober 1968 wurden in Hamburg rund 203 000 Gebäude mit Wohnungen oder Wohngelegenheiten gezählt. Davon waren rund 179 700 oder 89 % reine Wohngebäude (einschl. landwirtschaftlicher Wohngebäude). Der Rest verteilte sich auf rund 4 400 oder 2 % sonstige Gebäude (bewohnte Nichtwohngebäude)

Tabelle 2

**Der Gebäudebestand in den Hamburger Bezirken am 6. 6. 1961 und 25. 10. 1968**  
(1968: Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohngebäude			Sonstige Gebäude			Unterkünfte		
	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hamburg-Mitte ....	14 673	15 920	+ 8,5	1 671	1 430	— 14,7	10 088	4 300	— 57,3
Altona .....	25 361	29 320	+ 15,6	676	320	— 53,0	4 536	1 620	— 64,4
Eimsbüttel .....	18 728	22 690	+ 21,2	596	660	+ 11,1	4 855	2 180	— 55,0
Hamburg-Nord ....	25 064	27 240	+ 8,7	660	510	— 22,1	5 492	2 670	— 51,3
Wandsbek .....	40 503	51 420	+ 27,0	523	700	+ 34,2	10 860	5 860	— 46,1
Bergedorf .....	9 966	12 180	+ 22,2	185	230	+ 24,9	1 428	420	— 70,3
Harburg .....	17 888	20 950	+ 17,1	423	550	+ 28,8	4 893	1 670	— 65,8
Insgesamt <sup>1)</sup> .....	152 183	179 730	+ 18,1	4 734	4 400	— 7,1	42 152	18 730	— 55,6

<sup>1)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.

und rund 18 700 oder 9 % Unterkünfte, in der großen Mehrzahl Behelfsheime. Außerdem wurden 120 Wochenend- und Ferienhäuser ermittelt.

#### Schwerpunkte der Bautätigkeit in den letzten Jahren in Wandsbek

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Gebäudezählung 1961 zeigt, daß sich auf Grund der regen Bautätigkeit in den letzten sieben Jahren der Bestand an Wohngebäuden um rund 27 500 Einheiten oder 18 % erhöht hat. Mit dieser Zuwachsrate liegt Hamburg in einer Auswahl von sieben deutschen Städten mit über 100 000 Einwohner<sup>3)</sup> zusammen mit München, Kassel und Freiburg/Breisgau an der Spitze, gefolgt von Hannover mit 15 % und Kiel sowie Düsseldorf mit je 14 %.

Wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, streuen die Zuwachsraten in den einzelnen Hamburger Bezirken jedoch beträchtlich um diesen Mittelwert. Der Bezirk Wandsbek hat mit 27 % = 10 900 Einheiten die höchste relative und absolute Zunahme an Wohngebäuden zu verzeichnen. Ihm folgen hinsichtlich der Zuwachsrate die Bezirke Bergedorf mit 22 %, Eimsbüttel mit 21 %, Harburg mit 17 % und Altona mit 16 %. Die Bezirke Hamburg-Nord und Hamburg-Mitte fallen mit 9 % bzw. 8 % stark gegenüber dem Mittelwert von 18 % ab.

In der Rangfolge der relativen Anteile der Bezirke am gesamten Reinzugang an Wohngebäuden liegt wiederum Wandsbek mit 40 % (rd. 10 900 Gebäuden) an der Spitze, in weitem Abstand gefolgt von Altona und Eimsbüttel mit je 15 % (je rd. 4 000 Gebäuden), Harburg mit über 10 % (rd. 3 100 Gebäuden), Hamburg-Nord und Bergedorf mit je 8 % (je rd. 2 200 Gebäuden) und Hamburg-Mitte mit 4 % (rd. 1 200 Gebäuden).

#### Hoher Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Bauvolumen

Die Gliederung der Wohngebäude nach der Wohnungszahl gibt einen ersten Eindruck über die quantitative Wohnungsverorgung der Bevölkerung.

<sup>3)</sup> Folgende 10 Städte waren an der beschleunigten Erstellung eines Vorwegergebnisses beteiligt: Kiel, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Kassel, Freiburg, München, Kaiserslautern, Neu.kirchen und Dudweiler. Die letzten 3 Städte haben unter 100 000 Einwohner.

Tabelle 3 zeigt, daß bei den Einfamilienhäusern mit über 26 % die stärkste Zuwachsrate gegenüber 1961 zu verzeichnen ist, während sich der Bestand an Zweifamilienhäusern lediglich um 10 % und der an Mehrfamilienhäusern um 16 % erhöht hat. Ein deutlicher Trend zum Bau von Einfamilienhäusern, wie er vor allem in den letzten Jahren in den neu erschlossenen Wohngebieten zu beobachten war, wird sichtbar, wenn man die Anteile der drei Gebäudekategorien am Reinzugang der Wohngebäude betrachtet. Hier entfielen allein 68 % (18 600 Gebäude) auf Einfamilienhäuser, 9 % (2 350 Gebäude) auf Zweifamilienhäuser und 32 % (8 800 Gebäude) auf Mehrfamilienhäuser. Diesen Zuwachsraten steht eine Abnahmequote von 9 % (2 240 Gebäude) bei den landwirtschaftlichen Wohngebäuden gegenüber.

Betrachtet man die Veränderung des Bestandes an Wohngebäuden in den drei Gebäudekategorien (ohne landwirtschaftliche Wohngebäude) unter regionalen Aspekten, so fällt zunächst der überaus hohe relative Zugang von Mehrfamilienhäusern im Bezirk Wandsbek (53 %) gegenüber 1961 ins Auge. Aber auch in absoluten Zahlen wurden in Wandsbek mit einem Bauvolumen von insgesamt rund 3 700 Mehrfamilienhäusern während der letzten sieben Jahre fast dreimal soviel Gebäude dieser Kategorie gebaut wie in Eimsbüttel, das mit 1 360 Einheiten den zweiten Platz einnimmt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einfamilienhäusern. Obwohl die Bezirke Eimsbüttel und Harburg mit 33 % bzw. 32 % die höchsten Zuwachsraten gegenüber 1961 aufweisen, wurden seit der letzten Zählung in Wandsbek knapp 6 800 Einfamilienhäuser oder gut 36 % des gesamten Hamburger Bauvolumens dieser Gebäudekategorie errichtet. Mit weniger als der Hälfte des Wandsbeker Zugangs folgten die Bezirke Altona (3 100 Gebäude) und Eimsbüttel (2 500 Gebäude).

Bedeutsam ist der recht geringe Reinzugang von 2 350 Zweifamilienhäusern gegenüber 1961 für das gesamte Hamburger Stadtgebiet, wovon allein 1 080 oder 46 % auf den Bezirk Wandsbek entfallen. In den Bezirken Hamburg-Nord und Bergedorf war sogar eine Abnahme des Bestandes an Zweifamilienhäusern zu beobachten. Die Ursache für diesen niedrigen Zuwachs dürfte einmal in der Auflösung von Einlie-

Tabelle 3

Wohngebäude (ohne landwirtschaftliche Wohngebäude) in den Hamburger Bezirken  
am 6. 6. 1961 und 25. 10. 1968 nach Zahl der Wohnungen  
(1968: Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohngebäude insgesamt			davon mit ... Wohnungen								
				1			2			3 und mehr		
	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hamburg-Mitte ....	14 178	15 850	+ 11,8	3 760	4 570	+ 21,5	1 977	2 020	+ 2,3	8 441	9 250	+ 9,6
Altona .....	24 737	29 290	+ 18,4	11 991	15 080	+ 25,8	4 158	4 740	+ 14,1	8 588	9 470	+ 10,3
Eimsbüttel .....	18 447	22 620	+ 22,6	7 518	10 030	+ 33,4	2 891	3 190	+ 10,3	8 038	9 400	+ 16,9
Hamburg-Nord ....	24 641	27 230	+ 10,5	8 182	10 320	+ 26,1	2 644	2 600	— 1,7	13 815	14 320	+ 3,7
Wandsbek .....	39 739	51 300	+ 29,1	26 387	33 170	+ 25,7	6 351	7 430	+ 16,9	7 001	10 710	+ 53,0
Bergedorf .....	9 132	10 610	+ 16,2	5 027	6 000	+ 19,4	1 810	1 810	— 0,2	2 295	2 800	+ 22,2
Harburg .....	16 706	20 460	+ 22,5	7 342	9 660	+ 31,6	3 406	3 790	+ 11,4	5 958	7 010	+ 17,6
Insgesamt <sup>1)</sup> .....	147 580	177 370	+ 20,2	70 207	88 820	+ 26,5	23 237	25 580	+ 10,1	54 136	62 970	+ 16,3

<sup>1)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.



gerwohnungen in Einfamilienhäusern, die durch die verbesserte Wohnsituation herbeigeführt wurde, sowie in der allgemeinen Präferenz der „privaten“ Bauherren für Einfamilienhäuser zu finden sein.

Schließlich sei noch kurz die Struktur des Wohngebäudebestandes (ohne landwirtschaftliche Wohngebäude) in den einzelnen Bezirken betrachtet. Dabei ist es möglich, gemäß den Anteilen der drei betrachteten Gebäudekategorien am Gesamtbestand des jeweiligen Bezirks, typische Gruppen zu bilden, und zwar:

1. Bezirke mit überwiegend (über 60 %) Ein- und Zweifamilienhäusern:
 

Wandsbek	(79 %)
Bergedorf	(74 %)
Altona	(67 %)
Harburg	(66 %)
2. Bezirke mit überwiegend (über 50 %) Mehrfamilienhäusern:
 

Hamburg-Mitte	(58 %)
Hamburg-Nord	(53 %)
3. Bezirk mit gemischtem Charakter:
 

Eimsbüttel	(58 % Ein- und Zweifamilienhäuser — 42 % Mehrfamilienhäuser)
------------	--

Eine differenziertere Analyse der Wohngebäudestruktur in den einzelnen Bezirken kann jedoch erst an Hand von Ortsteilergebnissen erfolgen.

#### Rückgang des Bestandes an Behelfsheimen um mehr als die Hälfte

Als ein wesentliches Ergebnis dieser Zählung ist der starke Rückgang der Unterkünfte, hierunter zählen in Hamburg vor allem Behelfsheime in Kleingartenvereinen, gegenüber dem Bestand von 1961 festzustellen. Insgesamt verringerte sich ihre Zahl von rd. 42 100 im Jahre 1961 um rd. 23 400 auf rd. 18 700 zum Zählungstichtag 1968. Dies entspricht einem Rückgang von über 55 % für das gesamte Stadtgebiet.

Die Ursachen für die starke Reduzierung des Bestandes an Unterkünften dürften vor allem in der Stadt-sanierung und der Neuerschließung von Industriege-

bieten begründet liegen, die in den letzten Jahren stark forciert worden sind. Der Auflösung von Kleingartenvereinen lagen für diese Zwecke keine großen Schwierigkeiten im Wege, da sich der Boden in den meisten Fällen im Eigentum der Hansestadt Hamburg befand und die Pachtverträge lediglich gekündigt zu werden brauchten. Betrachtet man die Abnahmeraten der einzelnen Bezirke (Tabelle 2), so liegen sie, mit Ausnahme von Bergedorf, zwischen rd. 46 % und rd. 66 %, was bedeutet, daß alle Bezirke einen recht hohen Rückgang ihres Behelfsheimbestandes zu verzeichnen haben. Die absolut höchsten Abnahmeziffern weisen die Bezirke Hamburg-Mitte mit rd. 5 800 Unterkünften und Wandsbek mit rd. 5 000 Unterkünften auf. Während im Bezirk Wandsbek die Kleingartenvereine vor allem der Erschließung von neuen Wohngebieten zum Opfer fielen, liegen für das Verschwinden eines großen Teiles des Behelfsheimbestandes im Bezirk Hamburg-Mitte verschiedene Gründe vor. Sie seien hier nur kurz angedeutet: Bau von Wohngebäuden im Gebiet der Horner Geest und im Stadtteil Billstedt, Bau von öffentlichen Verkehrsanlagen im Gebiet der Horner Marsch, Industrieerschließung im Stadtteil Billbrook sowie Hafenerweiterung (Containeranlage!) und Deichbaumaßnahmen auf Grund der Flutkatastrophe im Frühjahr 1962 im Stadtteil Waltershof. Außer den vorgenannten seien folgende prägnante Beispiele auf dem Gebiete der Sanierungs- und Erschließungsarbeiten erwähnt, für die ehemals durch Kleingartenvereine genutzte Flächen benötigt wurden: im Bezirk Altona vor allem für die Erschließung des Wohngebietes Osdorfer Born; im Bezirk Eimsbüttel für Gewerbeerschließung, Bau von öffentlichen Verkehrsanlagen und Wohnungsbau im Stadtteil Stellingen; im Bezirk Hamburg-Nord für den Bau der Geschäftsstadt Nord; im Bezirk Bergedorf für Industrieerschließung im Stadtteil Billwerder und im Bezirk Harburg für Industrieerschließung, Einrichtung neuer öffentlicher Verkehrsanlagen und Räumung des Geländes auf Grund der Flutkatastrophe 1962 vor allem im Stadtteil Wilhelmsburg. Die wesentlichen Ursachen für den enormen Rückgang des Bestandes an Unterkünften in den letzten Jahren konnten hier nur angedeutet werden. Eine eingehende Untersuchung dieses Themenkreises muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben.

Tabelle 4

Der Bestand an Wohnungen und Wohngelegenheiten in den Hamburger Bezirken am 6. 6. 1961 und 25. 10. 1968 (1968: Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohnungen									Wohngelegenheiten					
	Insgesamt			davon in						Insgesamt			darunter in Wohngebäuden		
				Wohngebäuden			sonstigen Gebäuden								
	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Hamburg-Mitte .....	85 890	96 070	+ 11,9	83 219	92 760	+ 11,5	2 671	3 310	+ 23,9	12 290	5 740	— 53,3	1 282	1 150	— 10,1
Altona .....	80 187	94 710	+ 18,1	79 168	94 100	+ 18,9	1 019	610	— 40,1	7 539	3 980	— 47,2	1 833	1 830	— 0,3
Eimsbüttel .....	80 711	98 860	+ 22,5	79 909	97 550	+ 22,1	802	1 320	+ 64,1	7 462	4 620	— 38,1	2 138	2 060	— 3,9
Hamburg-Nord .....	140 526	148 830	+ 5,9	139 685	146 950	+ 5,2	841	1 880	+ 123,5	9 814	4 780	— 51,3	2 260	1 710	— 24,3
Wandsbek .....	84 768	126 690	+ 49,5	84 080	125 220	+ 48,9	688	1 470	+ 114,1	11 824	7 440	— 37,0	492	1 290	+ 162,0
Bergedorf .....	21 712	30 070	+ 38,5	21 459	29 650	+ 38,2	253	430	+ 68,0	1 849	940	— 49,3	268	440	+ 62,3
Harburg .....	57 365	71 240	+ 24,2	56 835	70 220	+ 23,5	530	1 020	+ 92,8	6 393	3 210	— 49,8	698	1 020	+ 46,7
Insgesamt <sup>1)</sup> .....	551 159	666 470	+ 20,9	544 355	656 430	+ 20,6	6 804	10 040	+ 47,5	57 171	30 710	— 46,3	8 971	9 490	+ 5,8

<sup>1)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.

Der Bestand an „sonstigen Gebäuden“, das sind Nichtwohngebäude, in denen sich Wohnungen oder Wohngelegenheiten befinden, hier auch einschl. der erhobenen Wohnheime, hat sich gegenüber 1961 um 337 Gebäude auf 4 397 Gebäude vermindert. Ihr Anteil an der Gesamtmasse der erhobenen Gebäude liegt bei gut 2 %, ist also verschwindend gering. Die extrem hohe Streuung der Veränderungsrate zu 1961 in den einzelnen Bezirken (siehe Tab. 2) ist nicht ohne weiteres erklärbar und dürfte in großem Maße wohl durch Zufälligkeiten begründet sein.

#### Der Bestand an Wohnungen und Wohngelegenheiten am 25. Oktober 1968

In Hamburg wurden am Zählungstichtag 666 500 Wohnungen und 30 700 Wohngelegenheiten festgestellt. Von den Wohnungen waren 657 500 bewohnte Erstwohnungen, 2 600 dienten als Zweitwohnungen und 6 400 Wohnungen<sup>4)</sup> standen zum Zeitpunkt der Erhebung leer. Gegenüber 1961 hat sich somit der Wohnungsbestand um rd. 115 300 Wohnungen oder 21 % erhöht. Der Bestand an Wohngelegenheiten hat sich dagegen auf Grund des starken Rückgangs an Unterkünften (Wohneinheiten in Unterkünften sind ex definitione Wohngelegenheiten) um rund 26 500 Einheiten oder 46 % vermindert.

Vergleicht man, wie schon bei den Gebäuden, die Hamburger Position innerhalb der Siebenstädteauswahl hinsichtlich des relativen Wohnungszuganges seit 1961, so liegt Hamburg mit 21 % hier zusammen mit Kassel nach München und Freiburg, die eine Zuwachsrate von je 27 % aufzuweisen haben, an dritter Stelle, gefolgt von Kiel mit 16 %, Hannover mit 13 % und Düsseldorf mit 11 %.

Bei einer Betrachtung des Wohnungsbaus seit 1961 in den einzelnen Hamburger Bezirken kommt man weitgehend zu den gleichen Resultaten, wie sie sich bereits im vorigen Abschnitt bei der Darstellung der Veränderung im Gebäudebestand ergaben. Der Bezirk Wandsbek hat mit knapp 50 % (rd. 41 900 Wohnungen) die höchste Zuwachsrate an Wohnungen zu verzeichnen (siehe Tabelle 4). Auch anteilmäßig am gesamten Hamburger Reinzugang an Wohnungen

<sup>4)</sup> Hierin ist eine noch nicht ermittelte Zahl von Wohnungen enthalten, die von ausländischen Streitkräften oder Missionen privatrechtlich gemietet sind.

liegt Wandsbek mit über 36 % an der Spitze. Hinsichtlich der Zuwachsraten folgen Bergedorf mit knapp 39 % (rd. 8 400 Wohnungen), Harburg mit 24 % (rd. 13 900 Wohnungen), Eimsbüttel mit knapp 23 % (rd. 18 200 Wohnungen) und Altona mit 18 % (rd. 14 500 Wohnungen). Die Bezirke Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord haben dagegen mit 12 % (rd. 10 200 Wohnungen) bzw. 6 % (rd. 8 300 Wohnungen) nur eine weitaus unterdurchschnittliche Zuwachsrate aufzuweisen. Die Ursache für das unterschiedliche Wachstum des Wohnungsbestandes während der letzten Jahre in den einzelnen Bezirken dürfte unter anderem auf den unterschiedlichen Umfang unbebauter Flächen in den Bezirken zurückzuführen sein, die in diesem Zeitraum für den Wohnungsbau zusätzlich nutzbar gemacht werden konnten. Im Bezirk Wandsbek standen vor allem im Ortsteil Rahlstedt weite, vormals landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Verfügung. So betrug am Zählungstichtag 1961 die Wohnungsdichte im Ortsteil Rahlstedt 5 Wohnungen je ha, während sie bis Oktober 1968 auf 10 Wohnungen je ha angestiegen war. Als Gegenbeispiel für ein ähnlich strukturiertes Gebiet, das jedoch schon 1961 eine relativ hohe Wohnungsdichte besaß, mag der Ortsteil Langenhorn im Bezirk Hamburg-Nord angesehen werden. Die entsprechenden Werte lauten für 1961: knapp 9 Wohnungen je ha, für 1968: knapp 11 Wohnungen je ha.

In der Anteilsskala am Hamburger Reinzugang an Wohnungen folgen hinter Wandsbek in weitem Abstand Eimsbüttel mit knapp 16 %, Altona mit knapp 13 %, Harburg mit 12 %, Hamburg-Mitte mit Knapp 9 % sowie Bergedorf und Hamburg-Nord mit je etwas über 7 %.

#### Tendenz zu größeren Wohnungen

Die Raumzahl ist neben der Quadratmeterfläche ein übliches Maß für die Wohnungsgröße, wobei jedoch entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch die Küche als Raum mitgezählt wird. Wohn- und Schlafräume unter 6 qm Fläche wurden dagegen, wie in den zurückliegenden Zählungen auch, bei der Bestimmung der Wohnungsgröße nicht berücksichtigt. Die Tendenz zum Bau größerer Wohnungen zeigt sich in den Zuwachsraten für 4-Raum-Wohnungen (33 %) sowie in der Gruppe der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (31 %). Dagegen fällt der relative Zugang

Tabelle 5  
Wohnungen in den Hamburger Bezirken am 6. 6. 1961 und 25. 10. 1968 nach der Zahl der Räume  
(1968: Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohnungen mit Räumen ... einschließlich Küche											
	1 und 2			3			4			5 und mehr		
	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Veränderung in %
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Hamburg-Mitte ....	13 599	12 900	— 5,1	35 605	38 650	+ 8,5	26 967	32 650	+ 21,1	9 719	11 870	+ 22,1
Altona .....	9 460	8 640	— 8,6	25 550	29 410	+ 15,1	26 605	33 620	+ 26,3	18 572	23 050	+ 24,1
Eimsbüttel .....	12 053	11 430	— 5,2	27 037	32 850	+ 21,5	25 391	34 280	+ 35,0	16 230	20 310	+ 25,2
Hamburg-Nord ....	22 673	19 840	— 12,5	55 377	57 730	+ 4,3	43 885	49 480	+ 12,8	18 591	21 770	+ 17,1
Wandsbek .....	10 412	12 280	+ 17,9	26 017	36 460	+ 40,1	28 154	46 910	+ 66,6	20 185	31 050	+ 53,8
Bergedorf .....	1 867	2 100	+ 12,4	6 083	7 880	+ 29,6	7 952	12 210	+ 53,6	5 810	7 880	+ 35,6
Harburg .....	6 481	6 620	+ 2,1	22 066	23 880	+ 8,2	20 056	28 110	+ 40,1	8 762	12 630	+ 44,1
Insgesamt <sup>1)</sup> .....	76 545	73 810	— 3,6	197 735	226 860	+ 14,7	179 010	237 250	+ 32,5	97 869	128 550	+ 31,3

<sup>1)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.

an 3-Raum-Wohnungen mit nur 15 % um mehr als die Hälfte ab. In der Gruppe der Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen ist sogar ein Rückgang um 4 % gegenüber 1961 festzustellen. Dieser dürfte vor allem zu Lasten der Auflösung von Einliegerwohnungen gehen.

Im regionalen Vergleich zeigt sich im großen und ganzen ein ähnlicher Trend. Mit Ausnahme von Harburg, das die stärkste Zuwachsrate bei den Wohnungen mit 5 und mehr Räumen zu verzeichnen hat, liegen in allen anderen Bezirken die 4-Raum-Wohnungen an der Spitze der relativen Zunahmen, verglichen mit den Beständen des Jahres 1961. Bei der Gruppe der 1- oder 2-Raum-Wohnungen ist auffällig der starke Rückgang von 13 % im Bezirk Hamburg-Nord, dagegen jedoch die Zunahme von 22 % im Bezirk Wandsbek. Während für den ersten Fall das Verschwinden von Einliegerwohnungen die Erklärung für den Rückgang der Wohnungszahl in dieser Gruppe geben dürfte, da hier insgesamt nur eine relativ geringe Bautätigkeit festzustellen war, sind in Wandsbek offensichtlich eine größere Zahl von vor allem 2-Raum-Wohnungen gebaut worden.

#### Über 46 % weniger Behelfswohnungen in Hamburg

Die Wohngelegenheit oder Behelfswohnung kann gegenüber der Wohnung auf zweierlei Weise abgegrenzt werden: erstens durch ihre Lage — eine Wohngelegenheit ist, wie bereits erwähnt, jede Wohneinheit in einer Unterkunft oder in einem Keller —; zweitens durch das Fehlen einer Küche oder Kochnische — Wohneinheiten ohne Ausstattung mit einer Küche oder Kochnische sind Wohngelegenheiten, ganz gleich, ob sie sich in irgendeinem Stockwerk eines Wohngebäudes oder in einer Unterkunft befinden —.

Insgesamt ging, wie bereits erwähnt, der Bestand an Wohngelegenheiten in Hamburg seit 1961 um rund 26 500 Einheiten oder gut 46 % zurück (siehe Tabelle 4). Ausschlaggebend für diesen starken Rückgang ist besonders die Auflösung einer großen Zahl von Kleingartenvereinen mit ihren Unterkünften gewesen, auf deren Ursachen bereits im vorigen Abschnitt näher eingegangen wurde. Insgesamt verminderte sich der Bestand an Wohngelegenheiten in Unterkünften um rund 27 500 oder 58 %.

#### Wohnparteien am 25. Oktober 1968 in Hamburg

Eine Gegenüberstellung der Bestände an Wohnungen und Wohngelegenheiten mit der Zahl der Wohnparteien oder Personen ergibt einen ersten Anhaltspunkt, der konkrete Aussagen über die Wohnsituation der Bevölkerung erlaubt. Im Rahmen dieser Zählung wurden in Hamburg rd. 749 000 Wohnparteien, das sind Personengruppen, die zum Zwecke einer gemeinsamen Haushaltsführung zusammenleben, festgestellt. Diese Zahl enthält jedoch rd. 4 200 Wohnparteien „außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten“, die zum Zeitpunkt der Zählung in Lagern, vor allem in solchen, die der Arbeits- und Sozialbehörde unterstehen, untergebracht waren. Läßt man diese Wohnparteien außer Betracht, um eine Vergleichbarkeit des Ergebnisses mit dem der 1961er Zählung herbeizuführen, so ergibt sich ein Rückgang in der Zahl der Wohnparteien um rd. 7 500 oder 1 % (siehe Tab. 6).

Die wohnberechtigte Bevölkerung Hamburgs stieg dagegen, nach den vorläufigen Ergebnissen dieser Zählung, im selben Zeitraum von 1,813 Mio auf 1,835 Mio an. Der Rückgang der Wohnparteien wie auch der Anstieg der wohnberechtigten Bevölkerung dürften nach letzten Ergebnissen des Mikrozensus nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Für die wohnberechtigte Bevölkerung wird das endgültige Ergebnis der Zählung nach Abschluß der letzten Korrekturarbeiten aller Voraussicht nach eine niedrigere Zahl ausweisen. Hinsichtlich der Zahl der Wohnparteien ist von der Erhebungsseite her zu berücksichtigen, daß es oft mehr oder weniger der subjektiven Entscheidung des Wohnungsinhabers überlassen blieb, welche in seiner Wohnung lebenden Personen er zu seinem Haushalt zugehörig zählte oder als Untermieter und somit als selbständige Wohnpartei betrachtete. Auch hier wird erst das endgültige Ergebnis zeigen können, wieweit der Rückgang der Wohnparteien vielleicht auf eine Untererfassung zurückzuführen ist. Gleichwohl sollen die jetzt vorliegenden Zahlen, wenn auch mit aller Vorsicht, in diese erste Kommentierung einbezogen werden, da sie für eine abgerundete Aussage an dieser Stelle nötig erscheinen.

Als hinreichendes Indiz für eine relativ verbesserte Wohnungsversorgung der Hamburger Bevölkerung in

Tabelle 6

Wohnparteien in den Hamburger Bezirken am 6. 6. 1961 und 25. 10. 1968  
(1968: Vorläufige Ergebnisse)

Bezirke	Wohnparteien insgesamt			davon									Außerdem Wohnparteien außerhalb von Wohnungen und Wohn- gelegenheiten <sup>1)</sup> 25. 10. 1968
				Eigentümer- wohnparteien			Mieter- wohnparteien			Untermieter- wohnparteien			
	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Ver- ände- rung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Ver- ände- rung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Ver- ände- rung in %	6. 6. 1961	25. 10. 1968	Ver- ände- rung in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Hamburg-Mitte .....	120 246	109 540	— 8,9	14 119	10 430	— 26,1	84 061	90 140	+ 7,2	22 066	8 980	— 59,3	420
Altona .....	112 739	107 240	— 4,9	16 600	17 710	+ 6,7	71 126	79 460	+ 11,7	25 013	10 070	— 59,7	970
Eimsbüttel .....	116 815	113 520	— 2,8	15 074	17 130	+ 13,6	73 099	84 340	+ 15,4	28 642	12 050	— 57,9	240
Hamburg-Nord .....	183 493	164 230	— 10,5	13 532	14 000	+ 3,4	136 808	137 440	+ 0,5	33 153	12 790	— 61,4	2 030
Wandsbek .....	115 069	140 230	+ 21,9	35 179	39 790	+ 13,1	61 413	92 620	+ 50,8	18 477	7 810	— 57,7	190
Bergedorf .....	28 439	32 550	+ 14,4	8 121	8 790	+ 8,3	15 440	21 810	+ 41,3	4 878	1 940	— 60,3	140
Harburg .....	75 545	77 490	+ 2,6	15 233	15 580	+ 2,2	48 525	57 840	+ 19,2	11 787	4 070	— 65,5	200
Insgesamt <sup>2)</sup> .....	752 346	744 790	— 1,0	117 858	123 420	+ 4,7	490 472	563 670	+ 14,9	144 016	57 710	— 59,9	4 190

<sup>1)</sup> Am 6. 6. 1961 nicht ermittelt. — <sup>2)</sup> Differenzen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen entstanden.

quantitativer Hinsicht darf der starke Rückgang der Untermieterhaushalte um fast 60 % gegenüber dem Stand von 1961 angesehen werden, wenn auch dieser Satz auf Grund der erwähnten Ungenauigkeiten auf der Erhebungsseite etwas überhöht sein mag. Von den 57 700 ermittelten Untermieterwohnparteien entfielen allein rd. 41 700 auf Einpersonenhaushalte, die wohl nur zum Teil als potentielle Wohnungssuchende die Nachfrageseite des Wohnungsmarktes belasten. Der Anteil der Untermieterwohnparteien an der Gesamtzahl der Wohnparteien ist somit von 19 % im Juni 1961 auf knapp 8 % im Oktober 1968 gesunken, wogegen sich die Anteilssätze für Mieterwohnparteien um rd. 10 % auf knapp 76 % und für Eigentümerwohnparteien um rd. 1 % auf knapp 17 % erhöhten.

Auch in qualitativer Hinsicht dürfte sich die Wohnungsverorgung der Hamburger Bevölkerung verbessert haben. Einen ersten Hinweis darauf gibt die Zunahme der Wohnparteien in Wohnungen von knapp 35 000 (5 %) gegenüber 1961. Da die Gesamtzahl der Wohnparteien nach dem derzeitigen Stand der Aufbereitung etwas rückläufig ist und die Zahl der Untermieterparteien abgenommen hat, muß der Zugang aus Wohnparteien bestehen, die vormalig in Wohngelegenheiten untergebracht waren. Eine differenziertere Aussage hinsichtlich der qualitativen Wohnraumversorgung kann jedoch erst nach Vorliegen genauerer Ergebnisse erfolgen.

Betrachtet man die Entwicklung aus regionaler Sicht, so zeigt Tab. 6, daß der Rückgang der Untermieterwohnparteien in sämtlichen Bezirken recht gleichmäßig erfolgte. Den größten Zuwachs an Wohnparteien insgesamt (22 %) hatte erwartungsgemäß der Bezirk Wandsbek zu verzeichnen, was auf Zuzüge auf Grund der starken Bautätigkeit der letzten Jahre zurückzuführen ist. Wandsbek dürfte damit knapp hinter Hamburg-Nord der Bezirk mit der zweitgrößten Zahl an Wohnparteien und somit auch an wohnberechtigten Personen geworden sein.

In den Bezirken Hamburg-Nord und Hamburg-Mitte, aber auch in Altona und Eimsbüttel, sanken die Zahlen der Wohnparteien gegenüber 1961. Die Gründe dafür liegen in einer vergleichsweise geringen Bautätigkeit und somit verhältnismäßig niedrigen Zuzugsziffern, die die hohen Abgänge an Untermieterhaushalten und Wohnparteien, die ehemals in Wohngelegenheiten, vor allem in Unterkünften, untergebracht waren, nicht kompensieren konnten. Im Bezirk Hamburg-Mitte dürfte die Auflösung von Kleingartenvereinen und somit das Verschwinden von Wohngelegenheiten in Unterkünften besonders stark zu Buche schlagen. Dies beweist einmal der Rückgang bei den Eigentümerwohnparteien (— 26 %) — die Kleingartenpächter waren 1961 als Gebäudeeigentümer erfaßt worden — als auch der verhältnismäßig geringe Rückgang der Zahl der Wohnparteien in Wohnungen, die nur knapp 30 % der gesamten Abnahme an Wohnparteien ausmacht.

Schließlich sei noch eine Maßzahl erwähnt, die zusätzlichen Aufschluß über die Wohnraumversorgung der Hamburger Bevölkerung gibt, für die jedoch keine Vergleichswerte aus der Zählung von 1961 vorliegen. Auf jede wohnberechtigte Person kamen in Hamburg im Durchschnitt 23 qm Wohnfläche. In den

einzelnen Bezirken schwankt dieser Wert nur gering um den Hamburger Durchschnitt. Die höchsten Werte weisen Eimsbüttel und Hamburg-Nord auf mit je 25 qm Wohnfläche, in Altona liegt er bei 24 qm, in Bergedorf und Wandsbek bei 23 qm und in Hamburg-Mitte und Harburg bei jeweils 21 qm.

#### Mieten in Hamburg am 25. Oktober 1968

Zwecks Ermittlung der sog. „kalten“ Mieten hatte der auskunftspflichtige Haushaltsvorstand neben der Angabe des monatlich zu zahlenden Mietbetrages darüber Auskunft zu geben, ob und in welcher Höhe in diesem Betrag monatliche Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermieterzuschlag und Zuschlag für Möblierung enthalten sind, ob und in welcher Höhe er monatlich neben der Miete Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr zahlt sowie ob und in welcher Höhe der angegebene Mietbetrag wegen finanzieller Vorleistungen monatlich ermäßigt ist. Dieser Fragenkomplex ist von der Bevölkerung nicht in jedem Fall hinreichend verstanden worden, so daß insbesondere die Fragen nach den monatlichen Umlagen, Nebenkosten und Vorleistungen in einer Reihe von Fällen erst maschinell annähernd plausibel gemacht werden mußten. In die Berechnung der durchschnittlichen Quadratmetermiete gingen nur die Fälle ein, in denen die Monatsmiete mit über 10,00 DM angegeben war. Erhebungspapiere mit fehlenden Mietangaben wurden nicht berücksichtigt. Die „kalte“ Miete wurde nach folgender Formel errechnet: Monatlich zu zahlender Mietbetrag + monatliche Nebenkosten + monatlicher Anteil an den Vorleistungen — in dem zu zahlenden Mietbetrag enthaltene monatliche Umlagen.

Die für Hamburg errechnete durchschnittliche qm-Miete beträgt 2,65 DM. Ein Vergleich mit den sieben Großstädten, für die ebenfalls bereits vorläufige Ergebnisse vorliegen, ergibt, daß nach München mit 2,94 DM und Düsseldorf mit 2,78 DM das Hamburger Mietniveau an dritthöchster Stelle liegt. Es folgen Freiburg mit 2,49 DM, Kiel mit 2,45 DM, Hannover mit 2,37 DM und Kassel mit 2,32 DM.

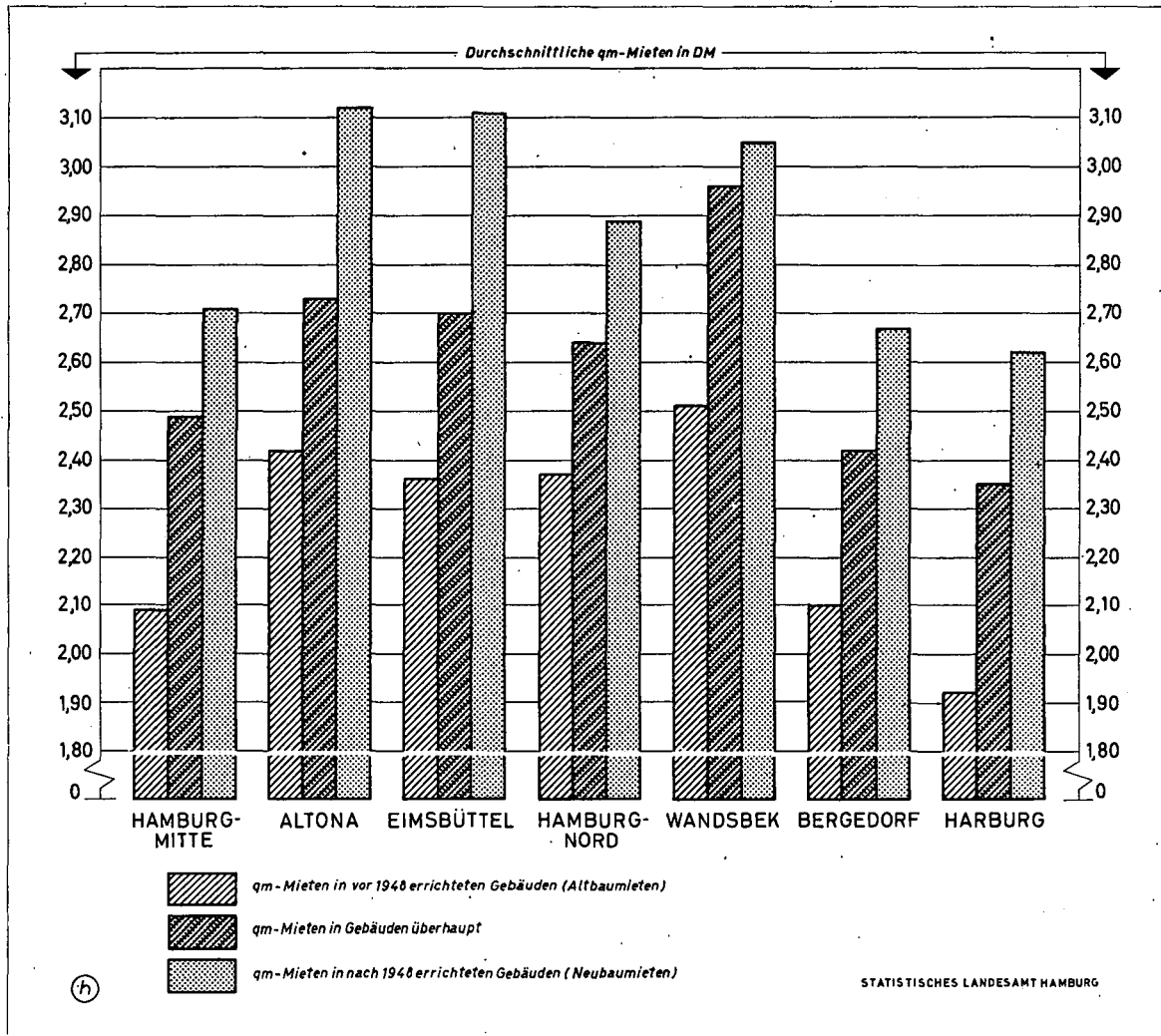
Die Höhe der Durchschnittsmieten hängt u. a. wesentlich von der relativen Höhe des Bestandes an Altbauwohnungen ab. Die für Hamburg errechnete durchschnittliche qm-Miete für Altbauwohnungen (das sind Wohnungen in Gebäuden, die bis 1948 errichtet wurden) beträgt 2,30 DM, während für Neubauwohnungen ein Satz von 2,91 DM ermittelt wurde.

Die durchschnittlichen qm-Mieten in den einzelnen Bezirken für sämtliche Wohnungen insgesamt sowie für Altbau- und Neubauwohnungen zeigt das Schaubild.

Die Bestimmungsfaktoren für die Höhe der durchschnittlichen qm-Mieten in Altbau- sowie in Neubauwohnungen sind recht vielfältiger Natur. Daher sollte es einem gesonderten Beitrag vorbehalten bleiben, die Gründe für die Miethöhen in den einzelnen regionalen Einheiten näher zu analysieren. Gleichwohl lassen schon jetzt die unterschiedlichen qm-Mieten in den einzelnen Bezirken einige Schlüsse zu. Bezirke mit überdurchschnittlich hohem Mietniveau sind Altona (2,42/3,12 DM jeweils für Alt- bzw. Neubauwohnungen), Eimsbüttel (2,36/3,11 DM) und Wands-

Schaubild

Durchschnittliche Quadratmetermieten in den Hamburger Bezirken am 25. Oktober 1968



bek (2,51/3,05 DM). Hier fallen Extremwerte der sog. „besseren“ Wohnbezirke ins Gewicht. So wurden in den Ortsteilen Othmarschen 3,54/4,46 DM und Nienstedten 3,—/4,65 DM ermittelt. In Eimsbüttel fallen die Ortsteile 311 und 312 (Rotherbaum) mit 2,36/3,65 DM und 2,73/4,22 DM ins Auge und in Wandsbek müssen die Ortsteile Wellingsbüttel mit 3,06/4,08 DM und Marienthal mit 3,01/3,44 DM in Betracht gezogen werden. Extremwerte wirken nur dann erheblich auf den Bezirksdurchschnitt ein, wenn sie relativ häufig auftreten. Daher kann eine eingehendere Analyse nur auf Ortsteilsebene erfolgen.

Unter dem Hamburger Durchschnitt liegt das Mietniveau in den Bezirken Hamburg-Nord (2,37/2,89 DM),

Hamburg-Mitte (2,09/2,71 DM), Bergedorf (2,10/2,67 DM) und in Harburg (1,92/2,62 DM). Ausschlaggebend für die unterdurchschnittlichen Mieten dürfte u. a. das Fehlen größerer exklusiver Wohnbezirke sein. Hinzu kommt speziell hinsichtlich der Altbaumieten die Altersstruktur der Gebäude in diesen Bezirken sowie deren Ausstattung. So besteht der Wohngebäudebestand in Hamburg-Mitte zu über 18 % aus Gebäuden, die bis zur Jahrhundertwende errichtet wurden. Die sehr niedrigen Altbaumieten in Harburg — sie liegen im Ortsteil 702 (Kerngebiet) beispielsweise bei 1,74 DM — dürften darüber hinaus auf eine relativ schlechte Ausstattung der Mietwohnungen zurückzuführen sein.

Hans-Jürgen Bach

## 2. Die Zähler und Oberzähler und ihre Erfahrungen

Um aus den Erfahrungen der Zähler und Oberzähler — beide Gruppen bestanden überwiegend aus öffentlich Bediensteten — bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 für künftige Zählungen zu lernen, wurde kurz nach der Erhebung ein Teil der Zähler und alle Oberzähler gebeten, einen anonymen Fragebogen auszufüllen. Dieser Bitte kamen 1767 Zähler und 701 Oberzähler nach. Obwohl die einge-

gangenen Erfahrungsberichte im streng mathematischen Sinne keine echte Stichprobe der gesamten Zählerschaft darstellen, dürften diese Aussagen doch in etwa für die Erfahrungen von Zählern und Oberzählern repräsentativ sein, umfassen sie doch fast 15 % aller Zähler (Zählbezirke) und rund 69 % aller Oberzähler.

### Im Durchschnitt 70 Haushalte je Zähler

Jeder Zähler mußte im Durchschnitt 70 Haushalte aufsuchen und die entsprechenden Wohnungs- und Haushaltsbogen austeilen, den Auskunftspflichtigen notfalls mit Rat und Hilfe zur Seite stehen und die Bogen wieder einsammeln. Hierfür benötigten die Zähler durchschnittlich 18,3 Stunden oder je Haushalt etwa eine Viertelstunde. Außerdem war den Zählern aufgetragen, eine gewisse Prüfung der Zählpapiere — vor allem hinsichtlich der Vollständigkeit und der Ordnungsangaben — vorzunehmen. Wie die Zähler angaben, betrug der Zeitaufwand hierfür im Durchschnitt 6,2 Stunden oder je Haushalt knapp 5 Minuten. Die gesamte zeitliche Belastung der Zähler belief sich damit auf 24,5 Stunden oder — auf einen 8stündigen Arbeitstag umgerechnet — auf etwas mehr als drei Arbeitstage. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß den Zählern, soweit sie Bedienstete der Freien und Hansestadt Hamburg waren, durch Senatsbeschluß für die Zählung eine Dienstbefreiung von 2½ Tagen gewährt wurde.

Die hier genannten Durchschnittswerte — 70 Haushalte und Zeitaufwand von 24,5 Stunden — sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine erhebliche Streuung in der Zahl der erfaßten Haushalte und damit natürlich auch bei dem erforderlichen Zeitaufwand seitens der Zähler gegeben hat, wie die Tabelle 7 zeigt. Die Zahl der durchschnittlich erfaßten Haushalte schwankte hier von 43 bis 216 und der durchschnittlich benötigte Zeitaufwand insgesamt zwischen 21,3 und 48,3 Stunden in den einzelnen Gruppen. Da einzelne Zähler — z. T. freiwillig — mehr als einen Zählbezirk übernommen hatten und dieses wohl bei der Mehrzahl der Zähler in den beiden höchsten Gruppen (111 bis 120 und 121 und mehr Haushalte) der Fall gewesen sein dürfte, wird durch diese „Doppelzähler“ das Bild natürlich verfälscht, da man die entsprechenden Werte eigentlich halbieren müßte, um sie mit den anderen Angaben vergleichbar zu machen. Dies ist aber aus methodischen Gründen nicht möglich, so daß hier nur auf dieses Problem hingewiesen werden kann.

Tabelle 7

**Gezählte Haushalte und Zeitaufwand der Zähler nach Gruppen der Haushalte bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nach den Erfahrungsberichten der Zähler**

Gruppen der gezählten Haushalte	Anzahl der abgegebenen Erfahrungsberichte	Durchschnittliche Zahl der Haushalte je Zähler	Durchschnittlicher Zeitaufwand in Stunden		
			für das Verteilen und Einsammeln der Zählpapiere	für das Prüfen der Zählpapiere	insgesamt
	1	2	3	4	5
bis 50 ....	231	43	16,1	5,2	21,3
51 bis 60 ....	489	58	16,8	6,3	23,1
61 " 70 ....	509	66	16,5	6,1	22,6
71 " 80 ....	291	77	18,7	6,3	25,0
81 " 90 ....	114	87	21,2	6,7	27,9
91 " 100 ....	45	96	25,7	6,4	32,1
101 " 110 ....	18	106	26,3	7,9	34,2
111 " 120 ....	13	117	39,2	9,1	48,3
121 und mehr ..	57	216	35,5	8,2	43,7
Insgesamt .....	1 767	70	18,3	6,2	24,5

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Antwort der Zähler auf die Frage, ob der ihnen zugewiesene Zählbezirk zu umfangreich war. Erwartungsgemäß nimmt der Anteil der Zähler, der diese Frage bejaht, mit zunehmender Zahl der Haushalte ebenfalls zu, und zwar von knapp 5 % der jeweiligen Zähler bei einem Zählbezirk bis zu 50 Haushalten bis rund 61 % bei 101 bis 110 gezählten Haushalten. Bei den beiden darüber liegenden Gruppen — 111 bis 120 Haushalte und 121 und mehr — waren es nur rund 45 % der jeweiligen Zähler, die ihren Zählbezirk als zu umfangreich angesehen haben. Das deutet ebenfalls darauf hin, daß es sich hierbei vielfach um freiwillig übernommene größere bzw. mehrere Zählbezirke gehandelt hat. Insgesamt haben nur etwa 15 % aller Zähler angegeben, daß ihre Zählbezirke zu umfangreich waren; diese Zahl stützt die Annahme des Statistischen Landesamtes, daß eine durchschnittliche Zahl von 70 Haushalten für einen Zähler zumutbar war, zumal von den Zählern, die bis zu 70 Haushalte zu zählen hatten, nur knapp 9 % ihren Zählbezirk als zu umfangreich empfanden.

### 45 % schon früher als Zähler eingesetzt

Von den befragten Zählern waren etwa 45 % schon bei früheren Zählungen einmal als Zähler eingesetzt; das zeigt, daß bei fast der Hälfte der Zähler schon Zählungserfahrungen aus vorhergehenden Erhebungen vorlagen, die sich auf die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 positiv ausgewirkt haben dürften. Etwa 17 % dieser Zähler waren der Ansicht, daß die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 schwieriger durchzuführen war als frühere Zählungen, wobei allerdings nähere Angaben darüber, um welche früheren Zählungen es sich handelte und warum die jetzige Zählung schwieriger war, nicht vorliegen.

### Von 100 Zählern waren 30 Frauen

Aus den eingegangenen Erfahrungsberichten geht hervor, daß 27 % der Zähler Frauen und 64 % Männer waren; von 9 % der Zähler lagen Angaben über das Geschlecht nicht vor. Werden diese non-response-Fälle anteilmäßig auf die Geschlechter aufgeteilt, so war das Verhältnis Frauen zu Männern bei den Zählern etwa 30 : 70.

Jeweils fast 40 % der Zähler waren in der Altersgruppe 25 bis 44 bzw. 45 bis 59 Jahre. Unter 25 Jahren waren rund 13,5 % und 60 und mehr Jahre waren 7,5 % aller Zähler. Bei den beiden Geschlechtern ergab sich eine von diesem Durchschnitt etwas abweichende Altersstruktur. Mit etwas mehr als einem Viertel aller weiblichen Zähler war die Altersgruppe der unter 25jährigen hier besonders stark vertreten, während andererseits nur 1,5 % aller weiblichen Zähler über 60 Jahre alt waren. Die beiden mittleren Altersgruppen hatten bei den Frauen Anteile von etwa 38 % (25 bis 44 Jahre) bzw. 35 % (45 bis 59 Jahre) aufzuweisen. Bei den Männern kamen je etwa 10 % aus der niedrigsten und aus der höchsten und je etwa 40 % aus den beiden anderen Altersgruppen.

### Überwiegend Bereitwilligkeit der Haushalte zur Auskunftserteilung

Über 90 % der Zähler haben ausgesagt, daß die befragten Haushalte meistens bereitwillig waren, die geforderten Auskünfte zu geben bzw. die Erhebungs-



bogen auszufüllen und nur etwa 7 % der Zähler hat feststellen können, daß diese Bereitschaft weniger oft anzutreffen war. So haben auch nur gut 2 % der Zähler angegeben, daß in 5 und mehr Fällen Annahme oder Rückgabe der Erhebungsbogen verweigert wurde. Dagegen haben fast 40 % der Zähler die Erfahrung machen müssen, daß nur etwa die Hälfte der Haushalte vorher über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 unterrichtet war und etwa ein Viertel aller Zähler haben eine Unterrichtung über diese Zählung sogar bei weniger als der Hälfte der Haushalte feststellen müssen. Damit hängt es wohl auch zusammen, daß etwas mehr als ein Fünftel aller Zähler Unannehmlichkeiten und Belästigungen ausgesetzt waren, wenn sie ihrem Zählgeschäft nachkommen wollten, weil sie z. B. fälschlich als Vertreter oder gar Hausierer angesehen wurden.

#### **Nur wenige Haushalte waren nicht anzutreffen**

Trotz mehrmaliger Versuche war etwa jeder 20. Haushalt von den Zählern nicht angetroffen worden; die erforderlichen Angaben wurden dann entweder mit Hilfe von Nachbarn oder später als Nacherhebung von der Zählungsdienststelle beigebracht. Im allgemeinen gab es aber keine Schwierigkeiten beim Aufsuchen oder Auffinden von Haushalten, wie gut 90 % der Zähler angaben.

Auch die Abgrenzung der Zählbezirke, wie sie die Zähler in ihren Zählerlisten vorfanden, war in 94 % der Fälle klar und eindeutig.

Gewisse Schwierigkeiten machte es für die Zähler, bei leerstehenden Wohnungen die notwendigen Angaben zu erhalten, so daß etwa 10 % der Zähler berichteten, sie hätten insbesondere über die Größe dieser Wohnungen keine Auskunft bekommen können.

#### **Jeder 8. Zähler hat Fragebogen selbst ausgefüllt**

Wie bei jeder Zählung hat sich auch bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 herausgestellt, daß trotz aller Bemühungen der Statistiker, einen möglichst einfachen und verständlichen Fragebogen zu entwickeln, nicht alle Auskunftspflichtigen in der Lage waren, den Erhebungsbogen selbst auszufüllen. So gab jeder 8. Zähler an, daß er Fragebogen vollständig selbst ausfüllen mußte, jeder 4. Zähler hat in vielen Fällen zusätzliche Auskünfte geben bzw. einzelne Angaben selbst ausfüllen müssen und nur jeder 25. Zähler hat weder zusätzliche Auskünfte geben noch einzelne Fragen selbst ausfüllen müssen. Zu den Fragen, die den Haushalten wohl besondere Schwierigkeiten machten, gehört die nach der Fläche der Wohnung in qm. Hierzu gaben fast 8 % der Zähler an, sie seien von den meisten Haushalten um Rat gefragt bzw. hätten die Fläche der Wohnungen durch Schätzung selbst feststellen müssen. Bei rund 20 % der Zähler war dieses weniger oft und bei 73 % selten der Fall.

Bei der Überprüfung der Zahl der Haushalte und der Zahl der Personen haben 40 % der Zähler feststellen können, daß diese immer ordnungsgemäß angegeben wurden und mehr als 50 % der Zähler machten die Angabe, daß dieses bei den meisten Auskunftspflichtigen der Fall war.

#### **Kaum Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Zähler und Oberzähler**

Nur knapp 2 % aller Zähler gaben an, daß es aus ihrer Sicht in der Zusammenarbeit mit den Oberzählern Schwierigkeiten gegeben hätte; insgesamt gesehen war also diese Zusammenarbeit zwischen Zählern und Oberzählern so gut wie reibungslos. Dagegen war der Anteil derjenigen Zähler, denen es nicht auf Anhieb gelang, mit ihrem Oberzähler Verbindung aufzunehmen, mit fast 7 % etwas höher. Diese Schwierigkeiten ergaben sich vor allem daraus, daß die Oberzähler, die überwiegend Lehrer waren, in ihren Schulen — oder auch zu Hause — häufig von den Zählern schlecht telefonisch zu erreichen waren, wenn die Zähler die abgeschlossene Verteilung der Zählpapiere an „ihren“ Oberzähler melden wollten, wie es der „Zählerleitfaden“ vorsah.

Entsprechende Fragen an die Oberzähler, ob diese Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit den Zählern gehabt hätten, bejahten beinahe 27 % aller Oberzähler und etwa 92 % aller Oberzähler sagten aus, daß sie sonstige Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Zählern nicht gehabt hätten. Es war vorgesehen, daß die Zähler ihre fertig bearbeiteten Zählermappen den Oberzählern nach Vereinbarung von Zeit und Ort übergeben sollten. Bei etwas mehr als zwei Dritteln der Oberzähler erfolgte die Übergabe der Zählermappen ganz oder überwiegend in der Wohnung des Oberzählers und bei etwa 30 % der Oberzähler überwiegend an einem anderen Ort, z. B. der Schule des Oberzählers. Nur etwa 4 % der Oberzähler berichteten, daß ihnen die Zählermappen überwiegend auf dem Dienstweg oder per Post zugeleitet wurden.

Von den Oberzählern gab gut ein Drittel an, daß alle ihnen vorgelegten Zählermappen ordnungsgemäß bearbeitet waren. Bei etwas mehr als einem Viertel aller Oberzähler war jeweils eine und bei einem Fünftel der Oberzähler waren jeweils zwei Zählermappen nicht ordnungsgemäß vom Zähler bearbeitet worden. Und das restliche Fünftel der Oberzähler hatte die Feststellung gemacht, daß es drei und mehr Zählermappen waren, die Bearbeitungsmängel aufwiesen.

Nach der Erledigung ihrer Arbeit hatten die Oberzähler die Zählermappen an die Zählungsdienststellen der Bezirksämter und Ortsdienststellen abzugeben. Das geschah bei 56 % der Oberzähler in Teillieferungen und bei 44 % der Oberzähler durch eine geschlossene Ablieferung.

#### **Fast 40 % der Oberzähler waren Frauen**

Als Oberzähler waren überwiegend Lehrer tätig, weil diese Gruppe der öffentlich Bediensteten nicht als Zähler eingesetzt werden konnte, um den Schulunterricht aus Anlaß der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nicht unterbrechen zu müssen. Die Oberzähler erhielten auch keine Dienstbefreiung und mußten ihre Arbeiten in ihrer Freizeit erledigen.

Von den Oberzählern waren fast 40 % Frauen und etwas mehr als 60 % Männer. Die Altersgliederung der Oberzähler zeigt die Tabelle 8.

Weit über die Hälfte aller weiblichen Oberzähler war 30 Jahre und jünger, während bei den männlichen Oberzählern auf diese Gruppe nur ein Fünftel ent-

Tabelle 8

**Altersgliederung der Oberzähler bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Hamburg nach Geschlecht<sup>1)</sup>**

Geburtsjahr	Zahl der Oberzähler					
	männlich		weiblich		Insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
1907 und früher.	45	10,8	4	1,5	49	7,1
1908 bis 1917 ..	83	19,9	28	10,3	111	16,1
1918 „ 1927 ..	76	18,2	38	13,9	114	16,5
1928 „ 1937 ..	127	30,5	49	17,9	176	25,5
1938 und später.	86	20,6	154	56,4	240	34,8
Insgesamt .....	417	100	273	100	690	100

<sup>1)</sup> Soweit Geburtsjahr und Geschlecht in den Erfahrungsberichten angegeben.

fiel. Älter als 50 Jahre waren bei den Männern ebenfalls rund ein Fünftel, bei den Frauen aber nur rund ein Achtel. Auf die mittleren Jahrgänge dazwischen entfiel bei den Männern fast die Hälfte und bei den weiblichen Oberzählern knapp ein Drittel.

**Für ihre Arbeiten benötigte ein Drittel aller Oberzähler zwischen 10 und 15 Stunden**

Jeder Oberzähler hatte etwa 12 Zähler zu betreuen und seine Arbeit bestand in der Überprüfung der Zählermappen hinsichtlich der Vollzähligkeit und der Richtigkeit der Ordnungsangaben sowie in der Weitergabe der Unterlagen an die Zählungsdienststellen in den Bezirksämtern und Ortsdienststellen. Für diese Arbeiten benötigte etwa ein Drittel sowohl der männlichen als auch der weiblichen Oberzähler zwischen 10 und 15 Stunden und ein weiteres Sechstel zwischen 15 und 20 Stunden. Unter 10 Stunden haben für ihre Arbeiten etwa 30 % der männlichen und fast 40 % der weiblichen Oberzähler gebraucht. Mehr als 25 Stunden gaben etwa 7 % bei den Männern und 5 % bei den Frauen als ihre Arbeitszeit an.

Insgesamt gesehen haben die weiblichen Oberzähler durchschnittlich weniger Zeit für die Bearbeitung der Zählermappen benötigt als ihre männlichen Kollegen. Da nichts dafür spricht, daß die männlichen Oberzähler besser und sorgfältiger gearbeitet und damit mehr Zeit benötigt haben, ist vermutlich das geringere Durchschnittsalter der weiblichen Oberzähler als Ursache für den geringeren Zeitbedarf anzusehen.

**29 % der Zähler und 17 % der Oberzähler sind bereit, bei der Volkszählung 1970 als Interviewer mitzuwirken**

Am Schluß des Fragebogens wurde Zählern und Oberzählern eine gleichlautende Frage mit folgendem Text gestellt: „Wären Sie eventuell bereit, bei angemessener Entschädigung in der Zeit von April bis Juni 1970 im Rahmen der Volkszählung eine Tätigkeit als Interviewer zu übernehmen (Besuch von etwa 200 Haushalten)?“ Auf diese Frage antworteten mit „ja“ 29 % der Zähler und 17 % der Oberzähler. Bei den Zählern nimmt die Bereitschaft zu dieser Interviewertätigkeit im Rahmen der Volkszählung mit zunehmendem Alter deutlich ab, und zwar bejahten die Frage

von den Zählern unter 25 Jahren	35,7 %
von den Zählern von 26 bis 44 Jahre	28,9 %
von den Zählern von 45 bis 59 Jahre	27,8 %
von den Zählern über 59 Jahre	22,0 %

Bei den Oberzählern wurde diese Frage mit „ja“ von 20,3 % der männlichen und 11,7 % der weiblichen Oberzähler beantwortet, wobei deutliche Unterschiede der Anteile der Bereitwilligen an der Gesamtzahl nach Altersgruppen ebenfalls zu erkennen sind; sie laufen jedoch nicht — wie bei den Zählern — den Altersgruppen parallel, sondern sind bei den männlichen Oberzählern bei den mittleren Altersklassen deutlich geringer als bei den alten (älter als 60 Jahre) und bei den jüngeren (30 Jahre und jünger) Jahrgängen.

Bei den Oberzählern schloß sich noch die Frage an, ob sie bereit wären, auch während der Volkszählung 1970 wieder eine entsprechende Oberzählertätigkeit zu übernehmen. Etwa zwei Drittel aller Oberzähler haben diese Frage bejaht, und zwar 69 % der Männer und 55 % der Frauen. Bei beiden Geschlechtern nahm die Bereitwilligkeit zu dieser Tätigkeit mit zunehmendem Alter ebenfalls zu, so daß über 70 % der Frauen in der Altersgruppe „über 60 Jahre“ und der Männer in den Altersgruppen „41 bis 50 Jahre“, „51 bis 60 Jahre“ und „über 60 Jahre“ eine Oberzählertätigkeit bei der Volkszählung übernehmen würden. Die männlichen Oberzähler im Alter von 30 Jahren und darunter sind dagegen nur zu 60 % hierzu bereit.

Detlef Schmidt

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
Meteorologische Beobachtungen						
Mittelwerte 1)						
Luftdruck	mm 2)	757,4	761,3	765,9	753,0	762,8
Lufttemperatur	°C	9,0	9,7	11,4	6,2	5,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	76,3	76,1	87	80	83
Windstärke	Meßzahl 3)	3,3	3,0	3	4	3
Bewölkung	" 4)	7,2	6,7	7	7	8
Summenwerte 5)						
Niederschlagshöhe	mm	844	825	44	107	51
Sonnenscheindauer	Std.	1 430	1 582	61	38	40
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	99	88	12	9	17
Tage mit Niederschlägen	"	271	254	15	24	21
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)						
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	288,6	269,7	.	.	267,9 r
Altona	"	270,9	260,7	.	.	261,0 r
Eimsbüttel	"	262,4	259,9	.	.	260,9 r
Hamburg-Nord	"	433,5	374,0	.	.	371,6 r
Wandsbek	"	273,0	366,3	.	.	367,3 r
Bergedorf	"	78,3	89,4	.	.	89,6 r
Harburg	"	191,2	206,9	.	.	207,1 r
Hamburg insgesamt	"	1 797,9	1 826,9	1 819,8 p	1 819,9 p	1 825,4 r
dav. männlich	"	828,5	846,1	.	.	845,9 r
weiblich	"	969,4	980,8	.	.	979,5 r
dar. Ausländer 6)	"	23,7	62,1	74,9	76,1	63,0 r
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen 7)	Anzahl	1 454	1 320	1 180 p	940 p	1 190 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	8,6	7,6 p	6,3 p	7,9 r
Ehescheidungen	"	289	376	340 p	400 p	391 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 837	2 022	1 620 p	1 410 p	1 787 r
dar. unehelich	"	158	142	130 p	135 p	128 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	%	12,3	13,2	10,5 p	9,4 p	11,9 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	"	8,6	7,1	8,0 p	9,4 p	7,2 r
Totgeborene in % der Geborenen	"	1,5	0,9	0,6 p	1,7 p	1,0 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 829	2 216	2 260 p	2 070 p	2 068 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	52	41	30 p	30 p	32 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	12,2	14,5	14,6 p	13,8 p	13,8 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene 8)	"	28,4	19,8	18,5 p	21,3 p	17,7 r
Geburten- (+) / Sterbeüberschuß (—)	"	+	— 194	— 640 p	— 660 p	— 281 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,0	— 1,3	— 4,1 p	— 4,4 p	— 1,9 r
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen	Anzahl	7 084	6 048	9 300 p	6 800 p	6 295 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"					
Fortgezogene Personen	"	5 335	6 665	8 000 p	6 000 p	6 587 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"					
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	+ 1 750	— 617	+ 1 300 p	+ 800 p	— 292 r
dav. männlich	"	+ 889	— 315	.	.	— 100 r
weiblich	"	+ 861	— 302	.	.	— 192 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 534	15 248	14 802	.	15 740
Nach Gebieten						
a) Zugezogene aus:						
Schleswig-Holstein	"	1 738	1 693	2 200 p	.	1 522 r
dar. angrenzende Kreise 9)	"	816	992	1 200 p	.	890 r
Niedersachsen	"	1 358	1 101	1 600 p	.	1 118 r
dar. angrenzende Kreise 10)	"	315	312	350 p	.	355 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 293	1 843	2 600 p	.	1 836 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	"	783	65	50 p	.	71 r
Ausland	"	819	1 278	2 800 p	.	1 673 r
Unbekannt	"	95	68	50 p	.	75 r
b) Fortgezogene nach:						
Schleswig-Holstein	"	1 435	2 483	.	.	2 534 r
dar. angrenzende Kreise 9)	"	813	1 815	.	.	1 944 r
Niedersachsen	"	928	1 183	.	.	1 111 r
dar. angrenzende Kreise 10)	"	250	485	.	.	452 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 268	1 924	.	.	1 729 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	"	86	5	.	.	4 r
Ausland	"	558	1 040	.	.	1 167 r
Unbekannt	"	60	30	.	.	42 r

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — 5) An Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — 6) Nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — 7) Nach dem Ereignisort. — 8) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
<b>Gesundheitswesen</b>						
<b>1. Krankenanstalten in Hamburg</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	11 949	11 219	11 171	11 171	11 204
Pflegelage		326 016	268 305	274 003	272 156	273 944
Bettenausnutzung 3)	%	92,1	81,9	83,0	85,2	84,9
b) Gemeinnützige Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	4 329	4 557	4 558	4 558	4 525
Pflegelage		114 534	124 798	128 704	122 875	125 760
Bettenausnutzung 3)	%	87,6	89,2	90,5	89,1	91,7
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	441	781	753	753	780
Pflegelage		10 869	19 754	20 621	19 630	21 192
Bettenausnutzung 3)	%	81,3	80,6	84,0	83,6	87,3
<b>2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	985	859	856	856	856
Pflegelage		25 791	19 697	18 446	18 367	20 041
Bettenausnutzung 3)	%	86,4	77,5	73,7	73,6	78,9
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	1 278	1 002	998	998	1 003
Pflegelage		34 269	24 286	23 190	21 678	22 748
Bettenausnutzung 3)	%	88,0	82,4	76,2	72,8	78,9
<b>3. Anstalten für Geisteskrankhe</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 574	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegelage		44 280	49 022	48 458	46 941	48 892
Bettenausnutzung 3)	%	94,7	93,4	92,4	92,6	94,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 278	1 294	1 292	1 292	1 292
Pflegelage		38 068	38 745	39 020	37 952	38 134
Bettenausnutzung 3)	%	97,9	98,1	97,4	97,9	98,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 300	1 430	1 417	1 407	1 427
Pflegelage		38 245	43 078	43 700	42 325	42 141
Bettenausnutzung 3)	%	96,6	98,6	98,6	98,9	98,4
<b>4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen<sup>4)</sup></b>						
Gestorbene insgesamt	Anzahl	1 829	2 216	2 260 p	2 070 p	2 068 r
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	"	"	15	"	"	12
Bösartige Neubildungen	"	"	422	"	"	461
Neubildungen der lymph. und blutbild. Organe	"	"	27	"	"	29
Krankheiten des Kreislaufsystems	"	"	979	"	"	961
dar. akuter Herzmuskelinfarkt	"	"	206	"	"	232
Hirngefäßkrankheiten	"	"	288	"	"	278
Krankheiten der Atmungsorgane	"	"	167	"	"	124
dar. Pneumonie	"	"	55	"	"	35
Kraftfahrzeugunfälle	"	"	33	"	"	32
Selbstmorde	"	"	50	"	"	56
<b>Kulturpflege</b>						
<b>Rundfunk und Fernsehen</b>						
Tonrundfunkteilnehmer	1 000	600,6	697,9	711,4	711,4	703,3
Fernsehrundfunkteilnehmer	"	90,7	569,5	606,6	606,6	581,4
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>						
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>5)</sup></b>						
Mitglieder	1 000	699,0	668,0	684,2	687,1	676,0
dav. Pflichtmitglieder	"	477,7	398,1	402,7	404,8	399,5
Rentner	"	163,8	215,4	225,4	226,0	221,4
Freiwillige Mitglieder	"	57,5	54,5	56,1	56,3	55,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder insges.	"	29,7	24,1	25,4	27,0	26,3
dav. männlich	"	19,7	16,4	16,9	17,9	17,7
weiblich	"	10,0	7,7	8,5	9,1	8,6

1) Am Monatsende. — 2) Ohne Säuglingsbetten. — 3) Ohne gesperrte Betten. — 4) Wegen Neueinführung der ICD 1968 sind die Ergebnisse über einzelne Todesursachen aus vorhergehenden Jahren nicht vergleichbar. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Berichtigtes Ergebnis nach dem genauen Sterbemonat.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
<b>1. Arbeitslose</b>						
Arbeitslose	Anzahl	18 641	6 215	2 973	3100	4 561
dav. männlich	"	9 968	4 067	1 608	1 671	2 659
weiblich	"	8 673	2 148	1 365	1 429	1 902
Berufsgruppen insgesamt	"	18 641	6 215	2 973	3 100	4 561
dar. Bauberufe	"	2 420	348	15	17	41
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	664	144	39	37	62
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	"	194	48	47	72
Elektriker	"	71	48	8	10	28
Chemiewerker	"	357	69	27	22	38
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	180	27	6	10	19
Graphische Berufe	"	203	94	42	51	74
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	118	20	6	6	17
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	616	97	62	59	85
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	"	313	137	156	189
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	162	186	83	73	152
Kaufmännische Berufe	"	3 126	628	412	401	523
Verkehrsberufe	"	1 550	792	207	208	489
Verwaltungs- und Büroberufe	"	2 216	987	779	832	998
Künstlerische Berufe	"	717	239	167	171	259
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>						
Offene Stellen	Anzahl	9 814	18 626	28 640	27 112	19 430
dav. männlich	"	5 178	8 324	16 167	15 256	9 274
weiblich	"	4 636	10 302	12 473	11 856	10 156
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	"	11 850	6 357	6 699	6 040	6 239
dav. männlich	"	7 483	4 484	4 505	4 087	4 366
weiblich	"	4 367	1 873	2 194	1 953	1 873
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	20 505	8 388	8 288	7 926	3 993
dav. männlich	"	19 454	7 748	7 549	7 299	3 394
weiblich	"	1 051	640	739	627	599
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	"	23 889	10 853	7 501	7 791	8 898
dav. männlich	"	13 390	6 356	3 571	3 526	4 726
weiblich	"	10 499	4 497	3 930	4 265	4 172
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>						
<b>1. Milcherzeugung</b>						
Kuhmilcherzeugung	t	2 344	1 961	1 547	1 519	1 753
dar. an Molkereien geliefert	%	80,0	87,0	87,6	87,7	87,7
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,8	9,0	9,2	10,7
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>						
Vollmilch insgesamt	t	11 234	10 988	11 542	10 581	10 610
dav. lose	"	7 445	2 987	2 349	2 294	2 794
in Flaschen	"	3 789	8 021	9 139	8 287	7 816
Mager- und Buttermilch	"	608	579	303	253	294
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)</b>						
Rinder	1 000 St.	8,9	9,9	14,4	11,7	10,6
Kälber	"	3,4	2,1	1,4	1,4	1,5
Schweine	"	49,0	43,1	38,1	35,5	37,3
Schafe	"	3,6	1,5	1,2	1,3	1,2
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>						
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,7	9,2	13,1	10,0	10,0
Kälber	"	3,4	2,0	1,3	1,3	1,4
Schweine 3)	"	50,0	45,1	40,7	37,4	39,9
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	t	6 559	6 605	7 470	6 349	6 537
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 884	2 283	3 323	2 479	2 480
Schweine	"	4 289	4 109	3 974	3 719	3 886
Durchschnittliches Schlachtgewicht für						
Rinder	kg	245,4	247,9	254,2	248,3	248,8
Kälber	"	58,4	76,9	88,0	83,8	84,9
Schweine	"	87,0	91,2	97,6	99,5	97,5
<b>5. Obst- u. Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)</b>						
Obstzufuhr aus dem Inland	t	2 996	4 083	"	"	4 838
Obstzufuhr aus dem Ausland	"	13 201	20 937	"	"	22 440
Gemüsezufuhr aus dem Inland	"	6 680	6 977	"	"	5 703
Gemüsezufuhr aus dem Ausland	"	4 009	7 509	"	"	5 371
<b>6. Fischmarkt</b>						
Versteigerte Mengen insgesamt	t	5 651	2 077	1 521	1 019	1 568
dar. in HH angelandete Fische	"	5 374	1 782	1 257	811	1 427

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Gewerbliche und Hausschlachtungen. — 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung						
1. Industrie 1)						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 834	1 553	1 522	1 523	1 537
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	224	203	210	211	205
• dar. Arbeiter 2)	"	173	136	138	138	137
• Geleistete Arbeiterstunden 3)	"	30 296	21 699	24 182	22	22 998
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	74	129	152	166	145
• Gehälter (Bruttosumme)	"	32	92	105	127	104
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE 4)	28	10	10	10	11
• Gasverbrauch	1 000 Nm³	6 018	2 335	1 910	1 997	2 486
• Heizölverbrauch	1 000 t	42	70	67	77	74
• Stromverbrauch	Mio kWh	81	130	148	146	139
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	11	17	15	14	19
• Umsatz 5)	Mio DM	886	1 398	1 605	1 483	1 493
• dar. Auslandsumsatz 5)	"	115	198	235	194	205
Beschäftigte nach Industriegruppen insges.						
dar. Mineralölverarbeitung	1 000	224	203	210	211	205
NE-Metallindustrie	"	7	8	10	10	8
Chemische Industrie	"	3	3	3	3	3
Gummi und Asbest	"	16	17	17	17	17
Maschinenbau	"	13	11	12	12	11
Schiffbau	"	28	29	29	30	28
Elektroindustrie	"	34	20	18	18	20
Druck und Vervielfältigung	"	23	24	26	26	24
Ölmühlenindustrie	"	11	11	11	11	11
Margarineindustrie	"	3	2	2	2	2
Kaffee und Tee	"	2	3	3	3	3
	"	3	4	3	4	4
Umsatz nach Industriegruppen insgesamt						
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	886	1 398	1 605	1 483	1 493
NE-Metallindustrie	"	135	257	278	255	246
Chemische Industrie	"	33	84	83	57	63
Gummi und Asbest	"	59	122	145	123	132
Maschinenbau	"	28	41	51	51	49
Schiffbau	"	53	98	124	115	111
Elektroindustrie	"	63	49	43	62	73
Druck und Vervielfältigung	"	85	137	185	196	174
Ölmühlenindustrie	"	24	36	46	39	37
Margarineindustrie	"	41	60	58	51	62
Kaffee und Tee	"	26	24	28	24	25
	"	43	80	80	86	90
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung	Mio cbm	10	12	13	12	12
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	262	517	627	669	595
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm³	38	84	97	116	102
		Vj.-Durchschnitt 6)		2. Vj. 1969	3. Vj. 1969	3. Vj. 1968
		1961	1968			
3. Handwerk (Meßziffern)						
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	..	84,7	83,8	84,1	85,9
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	..	112,9	116,1	122,8	108,0
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	..	110,9	111,7	121,2	106,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. — 3) Einschl. Lehrlingstunden. — 4) Eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — 5) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. Ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — 6) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>						
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>						
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	41 705	42 721	.	45 252	43 889
dar. Inhaber	"	1 384	1 298	.	1 283	1 293
Angestellte	"	3 174	4 703	.	5 309	4 961
Arbeiter <sup>2)</sup>	"	37 187	36 720	.	38 660	37 635
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 959	5 950	.	6 349	6 561
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 805	1 923	.	1 829	2 006
• gewerbli. und Industr. Bauten	"	1 737	1 454	.	1 590	1 683
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 417	2 573	.	2 930	2 872
• Löhne (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	Mio DM	20,9	42,8	.	55,2	49,2
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	"	2,2	6,9	.	10,7	8,9
• Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) <sup>4)</sup>	"	60,6	102,1	.	176,3	152,4
• dav. im Wohnungsbau	"	22,3	32,2	.	44,6	40,3
• gewerbli. und Industr. Bau	"	17,9	27,1	.	37,2	37,6
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	20,4	42,8	.	94,5	74,5
<b>2. Baugenehmigungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	524	204	249	198	153
• Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	566	413	457	397	272
• Wohnungen	Anzahl	1 858	1 229	1 269	1 169	781
• dar. in ganzen Wohngebäuden	"	1 825	1 195	1 236	1 135	760
Bruttowohnfläche	1 000 qm	120	84	95	84,8	54,4
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	42,0	51,4	63,2	53,5	33,5
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	146	84	111	106	97
• Umbauter Raum	1 000 cbm	438	411	485	468	717
• Nutzfläche	1 000 qm	.	82	91	97	142
• Wohnungen	Anzahl	15	19	6	10	15
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	26,4	36,9	30,2	37,0	49,4
<b>3. Baubeginne</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	483	179	155	137	121
• Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	.	376	293	285	170
• Wohnungen	Anzahl	1 733	1 139	757	819	516
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	.	47,3	31,0	37,8	23,2
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	126	93	105	63	86
• Umbauter Raum	1 000 cbm	398	389	392	239	533
• Wohnungen	Anzahl	12	16	7	—	9
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	.	42,0	24,5	22,9	45,0
<b>4. Baufertigstellungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	378	240	237	159	124
• Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	423	491	357	259	244
• Wohnungen	Anzahl	1 433	1 502	997	717	700
• dar. in ganzen Wohngebäuden	"	1 361	1 474	979	699	687
Bruttowohnfläche	1 000 qm	88	103	74	52	45
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	29,7	60,7	44,4	32,5	30,6
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	121	86	101	70	42
• Umbauter Raum	1 000 cbm	277	412	631	303	105
• Wohnungen	Anzahl	23	20	31	18	18
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	17,3	41,6	40,8	27,2	10,4
• Wohnungen insgesamt <sup>5)</sup>	Anzahl	1 456	1 522	1 028	735	718
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	1 062	800	450	147	178
<b>5. Bauüberhang</b>						
<b>(am Ende des Berichtszeitraumes) <sup>6)</sup></b>						
• Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	18 229	14 027	15 200	15 300	18 400
• Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	5 893	5 876	6 200	6 600	5 900
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen <sup>7)</sup></b>						
• Bestand an Wohngebäuden	1 000	.	181	.	.	.
• Wohnungen	"	504	682	.	.	.
• Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	.	2 496	.	.	.

<sup>1)</sup> Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. Für 1969 vorläufige Ergebnisse. Für 1968 berichtete Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1969 einschl. Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungsgesetz. — <sup>4)</sup> Ab Januar 1968 Mehrwertsteuer. — <sup>5)</sup> Ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — <sup>6)</sup> An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — <sup>7)</sup> Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen. (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts 1968 stehen die Angaben für den 31. 12. 1968.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>						
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>						
Einzelhandel insgesamt	1962 = 100	.	142	182	203	189
dav. Waren verschiedener Art	.	.	235	343	439	424
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	121	135	136	129
dar.1) Lebensmittel aller Art	.	.	139	155	158	152
Gemüse und Obst	.	.	93	94	94	81
Milch, Fettwaren und Eier	.	.	89	98	94	87
Tabakwaren	.	.	126	152	149	131
Bekleidung, Wäsche, Schuhwaren	.	.	115	160	175	154
dar.1) Textilwaren	.	.	120	146	165	147
Oberbekleidung	.	.	128	194	213	183
Herrenoberbekleidung	.	.	100	129	158	142
Damenoberbekleidung	.	.	103	190	168	139
Schuhe und Schuhwaren	.	.	122	170	195	165
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	117	157	160	143
dar.1) Metall und Kunststoffwaren	.	.	105	118	116	108
Haushaltskeramik	.	.	.	.	.	.
und -glaswaren	.	.	111	128	167	134
Möbel	.	.	133	189	187	169
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	.	.	143	176	213	184
dar.1) Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	.	.	164	236	257	221
Uhren und Schmuck	.	.	109	112	153	145
Papierwaren und Druckerzeugnisse	.	.	124	147	158	156
dar.1) Bücher und Fachzeitschriften	.	.	113	142	157	140
Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	.	.	148	156	156	154
dar.1) Drogerien	.	.	151	167	166	152
Kohle und Mineralölzeugnisse	.	.	112	117	105	113
dar.1) Brennstoffe	.	.	96	98	83	87
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	.	.	101	166	149	96
dar.1) Kraftwagen und Krafträder	.	.	101	173	154	90
Sonstige Waren	.	.	137	142	150	151
dar.1) Blumen und Pflanzen	.	.	143	145	161	171
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels<sup>1)</sup></b>						
Groß- und Außenhandel insgesamt	1962 = 100	.	.	167	161	133
dav. a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	164	157	134
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	173	168	132
dav. Waren verschiedener Art	.	.	.	176	158	148
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	176	158	147
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	183	160	158
Getreide, Futter- und Düngemittel	.	.	.	180	183	140
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	188	191	145
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	94	102	91
Rohstoffe und Halbwaren	.	.	.	127	123	108
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	127	125	115
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	128	119	97
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	.	195	175	150
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	152	139	127
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	281	247	195
Textilwaren, Heimtextilien	.	.	.	145	131	132
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	207	199	180
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	95	76	94
Sonstige Fertigwaren	.	.	.	176	184	138
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	199	179	146
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	162	187	133
<b>3. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost<sup>2)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	6 703	11 006	9 511	10 312	8 811
Lieferungen Hamburgs	.	7 470	14 282	14 575	26 170	13 012
<b>4. Handel mit Berlin (West)<sup>3)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	70 290	127 346	153 655	.	147 254
Lieferungen Hamburgs	.	87 087	178 479	204 363	.	189 331

<sup>1)</sup> Darunter - Positionen nur Facheinzelhandel. — <sup>2)</sup> Durch Umstellung der Berechnung der Umsatz-Meßzahlen auf der Grundlage des Netto-Umsatzes (ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer) ab 1969 fehlen vergleichbare Angaben für die Vorjahre. — <sup>3)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968 <sup>1)</sup>
		1958	1968			
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr						
5.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg <sup>1)</sup>	Mio DM	130	254	317	.	253
dav. Waren der						
Ernährungswirtschaft	.	9	25	28	.	26
Gewerblichen Wirtschaft	.	121	229	289	.	227
dav. Rohstoffe	.	2	8	3	.	4
Halbwaren	.	26	71	75	.	60
Fertigwaren	.	93	150	211	.	163
dav. Vorerzeugnisse	.	11	14	19	.	16
Enderzeugnisse	.	82	136	192	.	147
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-						
ländern						
Europa	.	86	173	219	.	181
dar. EWG-Länder	.	28	77	113	.	91
EFTA-Länder	.	47	69	76	.	68
Afrika	.	7	11	16	.	12
Amerika	.	19	40	44	.	27
dav. Nordamerika	.	7	28	28	.	15
dar. USA	.	6	26	25	.	12
Mittelamerika	.	2	2	6	.	3
Südamerika	.	10	10	10	.	9
Asien	.	17	27	36	.	30
Australien und Ozeanien	.	1	3	2	.	3
6. Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure <sup>2)</sup>						
Wareneinfuhr	Mio DM	786	1 458	1 651	.	1 571
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	.	375	537	522	.	614
Gewerbliche Wirtschaft	.	409	919	1 127	.	954
dav. Rohstoffe und Halbwaren	.	299	618	701	.	656
Fertigwaren	.	110	303	426	.	298
Ländergruppen:						
dar. Europa	.	247	545	734	.	650
dav. EWG-Länder	.	81	289	410	.	338
EFTA-Länder	.	93	132	179	.	134
Sonstige Länder	.	73	124	145	.	178
Außereuropa	.	539	913	917	.	921
dav. Amerika	.	284	359	359	.	355
dav. Nordamerika	.	144	202	173	.	206
Mittelamerika	.	38	43	27	.	18
Südamerika	.	102	114	159	.	131
Afrika	.	87	245	215	.	244
Asien	.	157	293	327	.	308
Australien und Ozeanien	.	11	16	16	.	16
Warenausfuhr	Mio DM	293	557	721	.	580
Warengruppen:						
dar. Ernährungswirtschaft	.	28	74	117	.	79
Gewerbliche Wirtschaft	.	264	481	603	.	500
dav. Rohstoffe	.	6	18	11	.	14
Halbwaren	.	39	102	114	.	93
Fertigwaren	.	219	363	478	.	393
dav. Vorerzeugnisse	.	63	64	71	.	73
Enderzeugnisse	.	156	299	407	.	320
Ländergruppen:						
dar. Europa	.	123	317	463	.	318
dav. EWG-Länder	.	41	135	170	.	142
EFTA-Länder	.	61	131	227	.	125
Sonstige Länder	.	21	51	66	.	51
Außereuropa	.	167	235	255	.	257
dav. Amerika	.	69	91	97	.	85
dav. Nordamerika	.	24	43	42	.	36
dar. USA	.	22	39	37	.	31
Mittelamerika	.	10	16	19	.	12
Südamerika	.	35	32	36	.	37
Afrika	.	29	40	55	.	53
Asien	.	67	97	97	.	113
Australien und Ozeanien	.	2	7	6	.	6
7. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes						
Gastgewerbe insgesamt	1962 = 100	.	116	131	126	121
dav. Beherbergungsgewerbe	.	.	139	173	159	148
dav. Hotels	.	.	141	177	164	153
Gasthöfe	.	.	151	155	157	152
Fremdenheime und Pensionen	.	.	123	147	115	109
Gaststättengewerbe	.	.	111	120	117	114
dav. Gast- und Speisewirtschaften	.	.	110	120	117	114
Bahnhofswirtschaften	.	.	97	102	101	94
Cafés	.	.	96	94	103	104
Bars, Tanz- und Vergnügungs-	.	.				
betriebe	.	.	131	139	137	133
8. Fremdenverkehr <sup>3)</sup>						
Fremdenmeldungen	1 000	96	116	135	106	103
dar. von Auslandsgästen	.	36	39	42	30	29
Fremdenübernachtungen	.	204	223	275	218	206
dar. von Auslandsgästen	.	75	73	87	62	57
Bettenausnutzung <sup>4)</sup>	%	57	49	57	48	45

1) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — 2) Ober Hamburg und andere Grenzstellen. — 3) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — 4) In % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
<b>Verkehr</b>						
<b>1. Seeschifffahrt</b>						
a) Schiffsverkehr über See						
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 586	1 566	1 668 p	.	1 491
dar. deutsche Schiffe	"	937	899	.	.	850
Abgegangene Schiffe	"	1 697	1 611	1 782 p	.	1 583
dar. deutsche Schiffe	"	1 044	948	.	.	938
Raumgehalt der angekommenen Schiffe	1 000 NRT	2 288	3 088	.	.	3 046
dar. deutsche Schiffe	"	663	798	.	.	780
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe	"	2 298	3 076	.	.	3 131
dar. deutsche Schiffe	"	673	795	.	.	755
b) Linienschifffahrt <sup>1)</sup>						
dav. Europa	Anzahl der Linien	224	271	.	.	290
Außereuropa	"	70	66	.	.	74
Reisen (Abfahrten)	"	154	199	.	.	216
dar. nach Europäischem Ausland	Anzahl	663	724	.	.	708
Amerika	"	300	287	.	.	302
Afrika	"	148	156	.	.	146
Asien	"	68	98	.	.	105
Australien	"	73	104	.	.	101
	"	12	14	.	.	12
c) Güterverkehr über See	1 000 t brutto	2 283	3 188	3 475 p	3 660 p	3 242
dav. Empfang	"	1 673	2 378	2 538 p	2 750 p	2 475
dav. Massengut	"	1 252	1 789	1 917 p	2 174 p	1 921
dar. Mineralöle	"	603	1 203	1 045 p	1 320 p	1 231
Kohle	"	337	128	271 p	139 p	178
Getreide	"	153	140	124 p	117 p	155
Sack- und Stückgut	"	421	589	621 p	576 p	554
dav. nach Verkehrsbezirken	"					
Inland	"	49	60	.	.	75
Europäisches Ausland	"	276	535	.	.	583
dar. EWG-Länder	"	69	183	.	.	176
EFTA-Länder	"	123	174	.	.	165
Außereuropa	"	1 348	1 783	.	.	1 817
dar. Nahost und	"					
Persischer Golf	"	405	560	.	.	577
Vereinigte Staaten	"					
von Amerika	"	421	330	.	.	377
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	1 351		2 093	.	2 149
Sowjetzone	"	45	64	22	.	82
Land- und flußwärtige	"					
Durchfuhr	"	93	129	63	.	154
See-Umschlag	"	95	90	116	.	87
Obrige Bereiche	"	89		244	.	3
Versand	"	610	810	937 p	910 p	767
dav. Massengut	"	269	325	365 p	400 p	279
Sack- und Stückgut	"	341	485	572 p	510 p	488
dav. nach Verkehrsbezirken	"					
Inland	"	56	93	.	.	81
Europäisches Ausland	"	304	340	.	.	316
dar. EWG-Länder	"	96	63	.	.	33
EFTA-Länder	"	175	219	.	.	217
Außereuropa	"	250	377	.	.	370
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	301		444	.	403
Sowjetzone	"	38	68	52	.	74
Land- und flußwärtige	"					
Durchfuhr	"	72	100	100	.	105
See-Umschlag	"	95	90	116	.	87
Obrige Bereiche	"	104		225	.	98
<b>2. Binnenschifffahrt</b>						
• Gütereingang	1 000 t	219	418	474	.	466
• Güterversand	"	257	465	425	.	527

<sup>1)</sup> Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
Noch: Verkehr						
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	1 194	2 279	2 362 p	2 206 p	1 981
Gestartete Flugzeuge	1 000	1 193	2 278	2 363 p	2 206 p	1 984
Angekommene Fluggäste		26,2	92,5	123,2 p	96,4 p	79,0
Abgereiste Fluggäste		24,6	93,2	117,6 p	96,4 p	81,3
Angekommene Fracht	t	276	845	1 201 p	1 082 p	888
Abgegangene Fracht		268	1 050	1 267 p	1 514 p	1 195
Angekommene Post		59	239	230 p	283 p	256
Abgegangene Post		57	292	317 p	363 p	355
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>1)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)						
Beförderte Personen						
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	11 574	10 981		11 573	11 642
Hoch- u. Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)		12 178	14 555		15 542	15 350
Straßenbahn		21 248	5 706		5 609	5 961
Kraftomnibusse der HHA		4 046	11 661		12 574	12 172
Kraftomnibusse der VHH AG.		1 475	1 912		2 252	2 044
Private Kraftomnibusse		627	265		186	152
5. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt <sup>2)</sup> dar. Personenkraftwagen <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	1 000	169,4 121,5	396,3 358,0	423,6 382,9	424,6 384,0	396,8 358,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Krafträder (einschl. Motorroller) Personenkraftwagen Kombinationskraftwagen Lastkraftwagen	Anzahl	2 941 135 2 251 199 302	4 448 10 3 656 361 365	    	6 096 8 4 815 572 553	4 299 3 3 523 329 389
6. Straßenverkehrsunfälle						
Verkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>4)</sup> Getötete Personen Verletzte Personen	Anzahl	927 17 1 090	969 24 1 277	1 225 p 32 p 1 571 p	1 216 p 63 p 1 566 p	1 084 29 1 436
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)						
a) Kredite (am Monatsende) Kredite an Nichtbanken dav. Kurzfristige Kredite dav. an Wirtschaft und Private an Öffentl.-rechtl. Körperschaften Mittelfristige Kredite <sup>5)</sup> dav. an Wirtschaft und Private an Öffentl.-rechtl. Körperschaften Langfristige Kredite <sup>5)</sup> dav. an Wirtschaft und Private an Öffentl.-rechtl. Körperschaften Kredite an Kreditinstitute	Mio DM	5 592,3 3 004,8 2 517,2  487,6 462,6 387,5  75,1 2 124,9 1 958,9  168,0 575,3	19 224,2 5 805,4 5 788,0  17,5 2 791,9 2 302,1  489,8 10 626,9 9 025,8  1 601,1 1 619,3	             	             	             
b) Einlagen (am Monatsende) Einlagen von Nichtbanken dav. Sicht- und Termineinlagen dav. von Wirtschaft und Privaten von Öffentl.-rechtl. Körperschaften Spareinlagen dar. bei Sparkassen Kreditbanken Einlagen von Kreditinstituten		4 604,5 3 035,1 2 677,2  357,9 1 569,4   1 177,7	12 043,1 5 867,4 5 207,8  659,5 6 175,8 4 140,4 1 654,9 3 302,5	          	          	          
c) Sparverkehr Sämtliche Kreditinstitute <sup>6)</sup> Spareinlagen am Monatsende dar. steuerbegünstigt prämienbegünstigt Gutschriften auf Sparkonten Lastschriften auf Sparkonten Saldo der Gut- und Lastschriften Zinsen		1 569,4 341,2 — 97,0 76,8 + 20,2 13,2	6 175,8 — 741,1 341,8 299,6 + 42,2 20,3	7 014,9 — 800,7 448,5 381,6 + 66,9 0,9	6 980,8 — 810,1 348,7 384,0 — 35,3 1,2	6 354,9 — 754,1 307,8 278,7 + 29,1 0,8

<sup>1)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>2)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>3)</sup> Einschl. Kombinationskraftwagen. — <sup>4)</sup> Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>5)</sup> Einschl. durchlaufender Kredite. — <sup>6)</sup> Ohne Postsparkasse.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
Noch: Geld und Kredit						
2. Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	17	17	12	15	11
3. Vergleichsverfahren (eröffnete)	Anzahl	1	0	1	—	—
4. Wechselproteste	Anzahl	1 113	1 084	1 010	884	1 161
Betrag	1 000 DM	732	1 915	2 608	2 566	2 308
5. Mahn- und Offenbarungseidverfahren						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 100	22 344	23 398	19 980	26 028
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	„	2 742	3 281	3 777	3 128	3 124
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	„	1 148	1 510	1 809	2 038	1 446
Abgeleitete Offenbarungseide	„	320	464	459	708	486
6. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften	Anzahl	193	157	148	148	156
Grund-Kapital	Mio DM	2 797	4 724	4 630	4 631	4 853
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 004	4 480	4 810	4 844	4 564
Stamm-Kapital	Mio DM	986	3 519	3 925	3 957	3 679
Steuern						
1.* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	274 003	821 890	908 275	939 200	863 829
dav. Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	„	„	99 218	132 876	131 274	151 637
Umsatzsteuer (alt)	„	48 945	7 971	164	3 253	4 153
Einfuhrumsatzsteuer	„	„	100 623	151 215	179 801	131 194
Umsatzausgleichsteuer	„	14 828	6 082	12	5	28
Beförderungsteuer	„	1 225	162	1 330	1 087	68
Notopfer Berlin	„	1 047	15	161	9	88
Zölle	„	48 536	42 229	39 727	17 885	33 576
Verbrauchssteuern	„	124 035	470 223	518 823	506 416	489 260
dav. Tabaksteuer	„	62 921	69 004	89 462	51 771	79 582
Kaffeesteuer	„	12 076	24 401	14 658	22 593	24 307
Teesteuer	„	471	672	960	871	531
Branntweinmonopol 1)	„	3 866	5 364	4 296	5 129	4 061
Mineralölsteuer	„	44 384	370 617	409 254	425 846	380 643
Sonstige Verbrauchssteuer	„	317	164	193	207	136
Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer	„	„	3 177	— 1 395	1 825	1 031
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen 2)	„	35 386	92 206	65 683	97 644	52 795
2.* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	8 547	5 470	2 440	11 849	13 134
dav. Vermögensabgabe	„	5 798	4 386	— 246	11 363	12 474
Hypothekengewinnabgabe	„	2 231	762	1 864	352	510
Kreditgewinnabgabe	„	517	321	823	134	151
3.* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	85 384	199 654	158 104	248 923	156 938
dav. Vermögensteuer	„	5 458	13 053	1 845	37 200	34 072
Erbschaftsteuer	„	537	2 396	2 838	3 178	2 386
Grunderwerbsteuer	„	786	2 208	2 558	1 802	2 365
Kapitalverkehrssteuer	„	1 469	2 948	4 771	2 164	3 949
Kraftfahrzeugsteuer	„	3 754	9 202	10 766	8 918	11 203
Versicherungssteuer	„	2 732	5 732	6 183	7 013	6 049
Rennwett- und Lotteriesteuer	„	1 446	2 905	2 563	2 572	2 347
Wechselsteuer	„	677	1 106	1 139	1 262	1 273
Feuerschutzsteuer	„	130	323	383	439	392
Biersteuer	„	154	2 780	3 076	3 036	3 009
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 3)	„	66 858	157 000	121 982	181 339	89 894
4.* Steuern vom Einkommen 4)	1 000 DM	102 403	249 206	187 665	278 984	142 688
dav. Lohnsteuer	„	35 713	119 534	149 659	160 525	123 546
Veranlagte Einkommensteuer	„	30 942	70 778	19 275	17 039	5 738
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	„	4 125	11 936	11 935	23 341	8 887
Körperschaftsteuer	„	31 624	46 957	6 797	78 079	4 516
5. Gemeindesteuereinnahmen	1 000 DM	31 180	57 129	30 241	155 586	129 005
Realsteuern	„	30 068	56 615	29 577	155 225	128 627
dav. Grundsteuer A	„	45	84	18	236	237
Grundsteuer B	„	4 238	6 562	925	18 044	16 221
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital	„	22 658	43 127	6 642	135 789	111 202
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	„	3 126	6 842	21 992	1 155	966
Obrige Gemeindesteuern	„	1 113	515	664	361	378

1) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 2) Seit 1967 = 37 %. — 3) Seit 1967 = 63 %. — 4) In den Bundes- und Landessteuern anteilmäßig enthalten.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1958	1968			
Indexziffern						
Preisindexziffern für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> Im Bundesgebiet — Neue Systematik —						
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	.	111,1	113,7	113,9	111,5
Kleidung, Schuhe	"	.	112,0	113,8	114,2	112,3
Wohnungsmiete	"	.	148,4	163,8	164,0	152,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	.	115,9	121,2	122,5	118,0
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	"	.	108,5	110,1	110,5	108,9
Waren und Dienstleistungen für:						
Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	"	.	117,0	116,6	116,9	117,8
Körper- und Gesundheitspflege	"	.	125,3	127,5	127,8	126,1
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	"	.	115,1	118,2	118,2	115,4
Persönliche Ausstattung:						
sonstige Waren und Dienstleistungen	1962 = 100		122,4	128,9	129,0	124,0
	1950 = 100	92,7	116,1	119,8	120,1	117,0
Gesamtlebenshaltung		117,7	147,3	152,0	152,4	148,5
Löhne und Gehälter <sup>2)</sup>						
				April 1969	Juli 1969	Juli 1968
1. Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau						
• Bruttowochenverdienste	männlich	DM	129	264	284	266
	weiblich	DM	77	174	180	169
• Bruttostundenverdienste	männlich	DM	2,72	5,86	6,22	5,92
	weiblich	DM	1,73	4,01	4,19	4,07
• Bezahlte Wochenstunden	männlich	Std.	47,3	45,0	45,7	45,0
	weiblich	Std.	44,4	41,5	41,6	41,5
• Geleistete Wochenarbeitszeit	männlich	Std.	43,7	41,5	41,1	38,6
	weiblich	Std.	40,4	37,0	29,6	34,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	646	1 298	1 379	1 311
	weiblich	DM	434	899	954	907
• Technische Angestellte	männlich	DM	744	1 379	1 456	1 393
	weiblich	DM	456	895	941	905
Im Handel <sup>3)</sup>						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	605	1 249	1 321	1 253
	weiblich	DM	398	824	887	827
• Technische Angestellte	männlich	DM	611	1 400	1 507	1 430
	weiblich	DM	527	1 491	1 553	1 501
In Industrie und Handel <sup>3)</sup> zusammen						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	614	1 261	1 336	1 267
	weiblich	DM	408	842	904	847
• Technische Angestellte	männlich	DM	723	1 380	1 460	1 396
	weiblich	DM	470	1 045	1 067	1 063
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
				Oktober 1969	November 1969	November 1968
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Alarmierungen insgesamt	Anzahl		2 886	5 964	6 799	5 669
dav. Feueralarme	"		207	362	356	343
dav. falsche Alarme und Unfug- meldungen	"		45	85	105	92
bekämpfte Brände insgesamt	"		162	277	251	251
dav. Großbrände	"		10	12	11	9
Mittelbrände	"		24	39	32	33
Kleinbrände	"		54	123	117	95
Entstehungsbrände	"		65	91	90	97
Schornsteinbrände	"		9	12	6	17
Hilfeleistungen aller Art	"		2 680	5 601	6 443	5 326
dar. bei Straßen- und Verkehrs- unfällen	"		883	1 270	1 579	1 231
Betriebsunfällen	"		493	367	487	346
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	"		2 490	4 704	5 526	4 523
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	Anzahl		5 098	3 965	3 766	3 899
Beförderte Personen	"		5 312	4 367	3 923	4 215

<sup>1)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962. —  
<sup>2)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>3)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1969	November 1969	November 1968
		1968	1968			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	Anzahl	6 264	9 988	12 071	11 297	10 001
dar. Sittlichkeitsdelikte	•	168	268	284	234	255
Mord und Totschlag	•	3	4	9	7	2
Fahrlässige Tötung 1)	•	7	1	—	2	4
Körperverletzung 2)	•	47	119	138	135	129
Einfacher Diebstahl	•	2 927	4 120	5 108	4 588	4 310
Schwerer Diebstahl	•	767	2 308	2 592	2 607	2 147
Diebstähle zusammen	•	3 694	6 428	7 700	7 195	6 457
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-						
diebstahl	•	254	232	296	340	195
Fahrrad- u. -gebrauchsdiebstahl	•	533	454	559	396	537
Moped-, Motorrad- und						
-gebrauchsdiebstahl	•	•	95	119	94	81
Taschendiebstahl	•	38	67	55	40	82
Unterschlagung	•	256	204	361	265	196
Raub und Erpressung	•	27	51	76	86	51
Begünstigung und Hehlerei	•	43	157	138	178	119
Betrug und Untreue	•	720	966	854	1 027	968
Brandstiftung	•	31	42	64	34	38
Münzdelikte	•	4	1	—	1	—
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen 3)	•	•	1 084	1 518	1 540	1 127
Übertretungsanzeigen 4)	•	•	18 192	21 477	17 376	21 786
Ordnungswidrigkeitenberichte	•	•	556	515	361	590
Gebührenpflichtige Verwarnungen 4)	•	26 722	31 650	34 309	31 644	34 402
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	Anzahl	1 732	2 311	1 821	2 264	2 419
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	•	1 370	1 896	1 475	1 890	2 018
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	•	148	137	92	123	168
Jugendl. n. Jugendstrafrecht abgeurt.	•	152	194	185	169	159
Heranwachs. n. Jugendstrafr. abgeurt.	•	62	84	69	82	74
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	•	9	8	12	9	11
Fahrerflucht	•	35	69	60	58	75
Straftaten gegen den Personenstand,						
die Ehe und die Familie	•	36	65	29	71	62
Verbrech. u. Vergeh. wider d. Sittlichkeit	•	54	52	17	77	51
Beleidigung, üble Nachrede	•	28	21	15	19	16
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	•	13	11	9	5	13
Körperverletzung	•	128	144	135	168	145
Einfacher Diebstahl	•	248	448	400	461	468
Schwerer Diebstahl	•	83	110	67	130	116
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	•	56	62	45	91	62
Unterschlagung	•	90	50	28	49	35
Raub und Erpressung	•	8	16	18	22	11
Begünstigung und Hehlerei	•	46	36	32	44	49
Betrug und Untreue	•	182	167	124	174	156
Urkundenfälschung	•	12	15	14	15	15
Vergehen I. Straßenverkehr § 315c StGB.	•	•	111	104	90	118
Vergehen I. Straßenverkehr § 316 StGB.	•	•	395	405	414	500
Vergehen gegen das StVG.	•	215	149	81	110	175

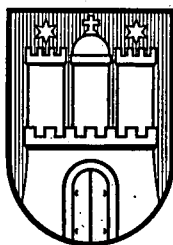
<sup>1)</sup> Ohne Verkehrsunfälle. — <sup>2)</sup> Ohne §§ 223 und 230. — <sup>3)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsvergehen. — <sup>4)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen. —  
<sup>4)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verwarnungen mit Verwarnungsgeld.







# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Absoluter und relativer Geburtenrückgang im Jahre 1969

Die Zahl der Geborenen in den einzelnen Monaten lief mit der Entwicklungskurve des Hamburger Bevölkerungsbestandes der letzten Jahre etwa parallel. Diese gleichgerichtete Verlaufstendenz ist jedoch seit den Sommermonaten 1969 unterbrochen. Durchschnittlich wurden 2 000 Lebendgeborene je Monat registriert. Diese Zahl sank jedoch von April bis November 1969 von 1 910 Geborenen auf rund 1 400 ab, stieg allerdings im Dezember wieder auf rund 1 600 an.

Betrachtet man die Zahl der Lebendgeborenen auf 1 000 der Bevölkerung, zeigt sich auch relativ ein ähnliches Bild: In den Frühlingsmonaten 1968 lag die Geborenenziffer nahe 15,0, ein Jahr später betrug sie 13,0 und erreichte im November 1969 einen Tiefstand von 9,4; eine Ziffer, wie sie letztmalig in den Herbstmonaten der Jahre 1952 bis 1954 festgestellt wurde.

### Die Zahl der Wohngeldempfänger im Jahre 1969 weiterhin angestiegen

Ende 1969 betrug die Zahl der Wohngeldempfänger in Hamburg etwa 38 600. Damit gab es zu diesem Zeitpunkt fast 7 000 Wohngeldempfänger mehr als ein Jahr zuvor.

Die Summe der Miet- und Lastenzuschüsse belief sich im Jahre 1969 auf rund 20,62 Mio DM. Das waren etwa 4,81 Mio DM oder etwa 30% mehr, als im Jahre 1968 ausbezahlt wurden.

Der durchschnittliche monatlich gezahlte Mietzuschuß betrug im 1. Halbjahr 1969 44,70 DM und der Lastenzuschuß 69,20 DM je Bezieher.

Von den Mietzuschußempfängern waren 75% Rentner, Pensionäre oder sonstige Nichterwerbstätige, 24% Arbeiter, Angestellte oder Beamte und 1% Selbständige.

### Zehn Branchen mit überdurchschnittlichem Anteil am Industrieumsatz des Bundesgebietes

Hamburgs Industriebetriebe waren im Jahre 1968 zu 4,1% am Umsatz der Industrie des Bundesgebietes beteiligt. Zehn Industriezweige hoben sich weit über diesen Durchschnitt hinaus.

Sechs von ihnen steuerten mit einem Umsatz von zusammen rd. 7,6 Mrd DM zugleich erhebliche Anteile (rd. 45%) zu dem Umsatz der hamburgischen Industrie bei: Mineralölverarbeitung, Tabakverarbeitung, NE-Metallindustrie, Kaffee- und Teeverarbeitung, Ölmühlen und Schiffswerften, alles bedeutende Zweige der hafenverbundenen Wirtschaft.

Der bedeutendste dieser sechs Zweige, die Mineralölverarbeitung (am Umsatz der hamburgischen Industrie mit 18% beteiligt), konnte seine frühere Stellung in der Mineralölverarbeitung des Bundes zwar nicht voll behaupten (verstärkter Ausbau süd- und westdeutscher Raffinerien), wies mit 19% aber immer noch einen stattlichen Anteil aus.

Dieser Anteilssatz wurde erheblich übertroffen von den Quoten bei Ölmühlen sowie bei der Kaffee- und Teever-

arbeitung mit Anteilen von 49% bzw. 29% an den Umsätzen des Bundes in diesen Branchen. Ebenfalls über dem Bundesanteil der hamburgischen Mineralölverarbeitung lagen noch die Anteilssätze von Schiffbau und Margarineindustrie: 22 bzw. 23%.

Ein wenig darunter lagen die 16% der Fischverarbeitung; noch etwas weiter darunter die von NE-Metallindustrie (12%), Gummi- und Asbestverarbeitung (10%), Futtermittelindustrie (10%).

### Steigender Warenverkehr Hamburgs mit dem Währungsgebiet der DM-Ost

Der innerdeutsche Warenverkehr zwischen Hamburg und dem Währungsgebiet der DM-Ost erreichte im Jahre 1969 einen Wert von insgesamt 348 Mio DM (Lieferungen und Bezüge zusammen). Das Vorjahresergebnis wurde damit um 45 Mio DM (14,9%) übertroffen.

Diese Belebung im Interzonenhandel wurde durch erhöhte Lieferungen insbesondere von Nahrungsmitteln, Maschinenbaurzeugnissen, Chemikalien sowie Verbrauchsgütern in das Währungsgebiet der DM-Ost erreicht, deren Werte im Jahre 1969 um 45 Mio DM oder 26,3% auf 216 Mio DM stiegen. Die Bezüge Hamburgs beliefen sich auf 132 Mio DM und lagen nur geringfügig über den Ergebnissen des Jahres 1968.

### 5% der Haushaltsausgaben für den Hafen

216 Mio DM öffentliche Ausgaben brachte Hamburg 1968 für seinen Hafen und damit zusammenhängende Aufgaben auf, das sind rund 5% der Gesamtausgaben nach der Haushaltsrechnung für die Freie und Hansestadt Hamburg.

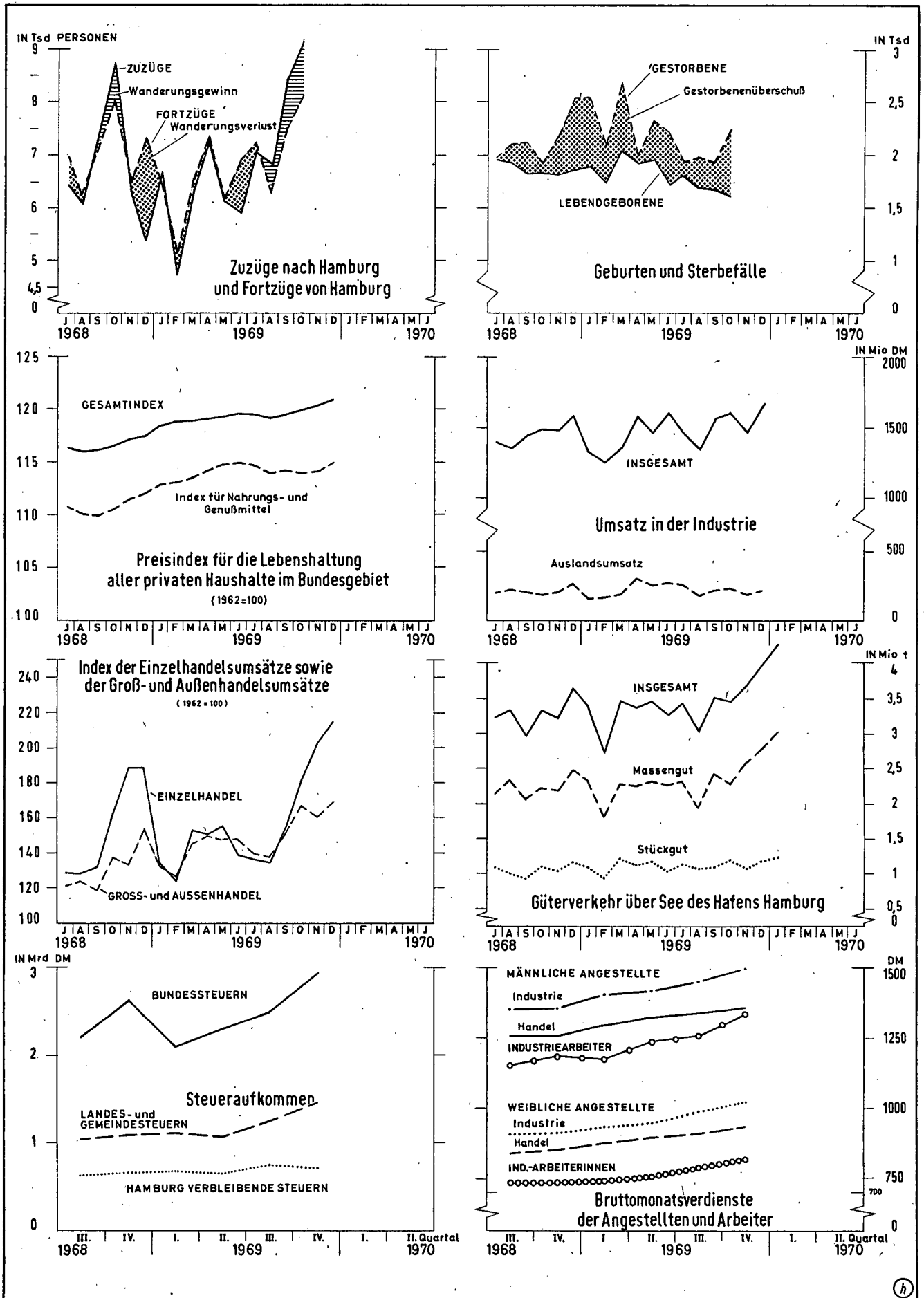
Neben den verschiedensten Fach- und Personalausgaben, insbesondere für den Strom- und Hafenbau, entfällt rund ein Viertel der Hafenkosten auf Ausgaben für Investitionen, wie Um- und Ausbau von Kaianlagen, Herrichtung von Flächen für den Containerumschlag und Neubau von Verteilerschuppen.

Setzt man von den Ausgaben die speziellen Einnahmen für den Hafen ab, wie z. B. das Hafengeld, die Anlege-, Kran- und Wiegegebühren, Miet- und Pachteinnahmen für Hafengrundstücke, so ergibt sich ein Zuschuß an öffentlichen Mitteln von 158 Mio DM für den Hafen.

### Viehbestand nimmt weiter ab

Die Ergebnisse der Viehzählung am 3. Dezember 1969 in Hamburg zeigen, daß sich bei der Haltung der wichtigsten Nutztierarten die bisher rückläufige Tendenz weiter fortgesetzt hat. Die Zahl der Rinder hat sich um 200 auf rund 16 100 vermindert, der Bestand an Milchkühen betrug rund 5 200 Tiere. Die Zahl der Schweine hat gegenüber 1967 erheblich, und zwar um 1 350 auf insgesamt rund 16 200 abgenommen. Lediglich bei den Pferden, deren Bestand bis 1965 rückläufig war, ist seit 1967 eine leichte Zunahme auf insgesamt 2 420 festzustellen, die auf eine vermehrte Haltung von Pferden für sportliche Zwecke zurückzuführen ist.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Großstädte als Zentren des Theaterlebens

(Theaterstatistik in der Spielzeit 1968/69 – Ein Städtevergleich)

## Drei Viertel der öffentlichen Theater in Großstädten

Der Freizeitwert einer Stadt wird nicht zuletzt von ihrem kulturellen Leben beeinflusst. Die Theater sind dabei auch heute noch ein wesentlicher Faktor; gerade in den Großstädten wird deshalb auch auf die Theater verwiesen, wenn es um die Anziehungskraft gegenüber anderen Städten oder dem Umland geht.

Die Theater der Bundesrepublik konzentrieren sich in den Städten: 1968 wurden 134 der insgesamt 181 öffentlichen Theater (75 %) und sogar 66 der 76 privaten Bühnen (87 %) in Städten mit über 100 000 Einwohnern gezählt, während die Bevölkerung dieser Städte am 1. 1. 1968 mit 19,4 Mio nur knapp ein Drittel der 59,9 Mio Gesamtbevölkerung ausmachte.

Eine Statistik der Theater wird nun niemals die eher quantitativen Dimensionen des städtischen Theaterlebens, z. B. Niveau, Einflußvermögen oder Progressivität, erfassen können. Sie muß sich auf die meßbaren Größen beschränken und kann nur versuchen, aus Zahlen wie z. B. über Besucher, Plätze oder Vorstellungen Hinweise zu gewinnen über die kapazitativen Verhältnisse zu Theaterangebot und Nachfrage durch das Publikum.

Im folgenden sollen diese Daten für einige Großstädte in der Bundesrepublik dargestellt werden. Neben Hamburg wurden die beiden anderen Millionenstädte Berlin und München sowie die nord- bzw. süddeutschen mittleren Großstädte Hannover und Stuttgart einbezogen. Es handelt sich um die Ergebnisse der Spielzeit 1968/69. Erfaßt wurden in dieser Statistik, die sich an die jährlich vom Deutschen Städtetag veranlaßte Theaterstatistik anlehnt, nur die öffentlichen und privaten Berufstheater, nicht erfaßt sind Laien-, Heimat- und Märchenbühnen sowie Tourneetheater, obwohl auch alle diese das Theaterleben einer Stadt bunt und vielfältig machen können.

## Private Theater füllen Lücken in Millionenstädten

München hatte in der Spielzeit 1968/69 mit 19 die meisten Theater der hier betrachteten Städte und damit, das ist wohl anzunehmen, im ganzen Bundesgebiet. Allerdings folgte Berlin mit 18 Theatern auf

fast gleicher Höhe, Hamburg lag mit 14 Theatern an 3. Stelle. Zurück lagen mit 7 bzw. 5 Theatern naturgemäß die mit nur etwas über einer halben Million Einwohnern viel kleineren Städte Hannover und Stuttgart.

Es fällt auf, daß dieser Abstand darauf zurückzuführen ist, daß sowohl München wie auch Berlin und Hamburg über eine erhebliche Anzahl von privaten Theatern verfügen. Mit 14 privaten Bühnen führt Berlin vor München mit 13 und Hamburg mit 11 Privattheatern. Die aus privater Initiative betriebenen Bühnen haben hier also neben den staatlichen oder städtischen eine ganz entscheidende Bedeutung.

Tabelle 2

Die Zahl der Theaterplätze in öffentlichen und privaten Theatern in der Spielzeit 1968/69 auf 1 000 Einwohner

Städte	Einwohner am 31. 12. 68 in 1000	Theaterplätze auf 1000 Einwohner			Ein- wohner in den Stadt- regio- nen am 31.12. 67 in 1000	Thea- ter- plätze auf 1000 Ein- wohner
		ins- gesamt	davon in			
			öffent- lichen	priva- ten		
1	2	3	4	5	6	
Hamburg ...	1 823	5,5	2,4	3,1	2 291	4,4
Berlin .....	2 141	5,6	1,7	3,9	.	.
München ...	1 279	7,5	4,4	3,1	1 708	5,6
Hannover ...	527	8,9	6,3	2,7	898	5,2
Stuttgart ...	616	5,0	4,3	0,7	1 620	1,9

Deutlich wird dies auch bei der Zahl der Theaterplätze: Hamburg verfügte 1968/69 über 4 316 Plätze in öffentlichen und 5 692 in privaten Theatern; d. h. mehr als die Hälfte aller zur Verfügung stehenden Plätze befanden sich in privaten Theatern. In Berlin entfielen sogar mehr als zwei Drittel (69 %) der Plätze auf private Bühnen, in München war es nur reichlich ein Drittel (41 %), da eine Reihe der zahlreichen Privattheater nur eine geringe Platzzahl aufweist. Geringer waren die Anteile der privaten Theaterplätze in Hannover und Stuttgart (30 % bzw. 14 %).

Insgesamt hatte Berlin mit rund 12 000 Theaterplätzen das umfangreichste Platzangebot, gefolgt von München und Hamburg mit je rd. 10 000 Plätzen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung dieser Städte wird die Aussage über die Angebotskapazität der Theater objektiviert. Auf 1000 Einwohner kamen in Hamburg 5,5 Theaterplätze, in Berlin fast gleich viel, nämlich 5,6, in München sogar 7,5 und in Hannover und Stuttgart 8,9 bzw. 5 Plätze. Danach hatte München, auf die Bevölkerung bezogen, die meisten Theaterplätze der Millionenstädte, lag aber noch hinter Hannover.

Auch hier wird wieder deutlich, daß die privaten Theater in den Millionenstädten kapazitativ eine Lücke schließen: ohne diese würden in Hamburg nur 2,4 Theaterplätze auf 1000 Einwohner kommen, in Berlin sogar nur 1,7.

Tabelle 1

Die Zahl der öffentlichen und privaten Theater und Theaterplätze in ausgewählten Städten in der Spielzeit 1968/69

Städte	Anzahl der Theater		Anzahl der Theaterplätze		
	öffent- lich	privat	insgesamt	davon in	
				öffentlichen	privaten
				Theatern	
	1	2	3	4	5
Hamburg ...	3	11	10 008	4 316	5 692
Berlin .....	4	14	11 951	3 695	8 256
München ...	6	13	9 573	5 661	3 912
Hannover ...	4	3	4 711	3 297	1 414
Stuttgart ...	3	2	3 110	2 663	447

Da jedoch das Theaterangebot nicht allein an den Städten innerhalb ihrer verwaltungsmäßig gegebenen Grenzen gemessen werden kann, sondern die Stadtrandgebiete sinnvollerweise mit als Einzugsgebiete der Theater angesehen werden müssen, wurden die Theaterplätze auch auf die Bevölkerung der jeweiligen Stadtregionen bezogen. Damit vergrößert sich die Bevölkerung der Städte in unterschiedlichem Maße, München z. B. um 37 %, Hamburg um 25 % und Stuttgart um mehr als das Eineinhalbfache. Die Versorgung dieser Bevölkerung mit Theaterplätzen gibt entsprechend ein anderes Bild: München liegt dann mit 5,6 Plätzen an der Spitze, Stuttgart bildet mit 1,9 Plätzen das „Schlußlicht“.

Tabelle 3

**Die Theaterbesucher in den öffentlichen und privaten Theatern in der Spielzeit 1968/69**

Städte	Theaterbesucher in 1000			Theater- besucher je Einwohner	
	insgesamt	davon in		der Städte	der Stadt- regionen
		öffentlichen	privaten		
	1	2	3	4	5
Hamburg ...	2 763 <sup>1)</sup>	1 322	1 441 <sup>1)</sup>	1,5	1,2
Berlin .....	2 640	1 030	1 610	1,2	
München ...	1 845	1 220	625	1,4	1,1
Hannover ...	711	575	136	1,3	0,8
Stuttgart ...	777	643	134	1,3	0,5

<sup>1)</sup> darunter für Operettenhaus und Künstlertheater mit Angaben vom Vorjahr.

**Hamburg hatte die meisten Theaterbesucher**

Bisher handelte es sich um das reine Angebot, wogegen Tabelle 3 nur die Besucherzahlen enthält und damit seine Inanspruchnahme durch das Publikum. Hamburg lag mit fast 2,8 Mio Theaterbesuchern an der Spitze vor Berlin mit 2,6 Mio und München mit 1,8 Mio Besuchern.

Werden die Besucher auf die Einwohnerzahl bezogen, so liegt auch hier Hamburg vorn mit durchschnittlich 1,5 Theaterbesuchern je Einwohner, gefolgt von München mit 1,4, Hannover und Stuttgart mit je 1,3 sowie Berlin mit 1,2. Insgesamt liegen diese Werte jedoch relativ dicht beieinander. Der Bezug zur Bevölkerung in der gesamten Stadtregion wurde ebenfalls hergestellt: Hamburg liegt hier mit 1,2 Besuchern je Einwohner weiter an der Spitze vor München mit einem Durchschnittswert von 1,1, während die Werte für Hannover und Stuttgart durch Einbeziehung des ländlichen Umlandes unter 1 sanken.

Berücksichtigt werden muß bei der Beurteilung dieser Zahlen, daß sich der Fremdenverkehr ausschließlich erhöhend auf die Besucherzahlen und damit auf den Durchschnittswert auswirkt, was gerade bei den 3 größten Städten in Frage kommt, auf der anderen Seite kommt schon rein altersmäßig nicht die gesamte Bevölkerung für Theaterbesuche in Betracht.

**Durchschnittliche Platzauslastung in privaten Theatern kleiner**

Die Hamburger Theater boten ihrem Publikum in der Saison 1968/69 insgesamt 5 058 Aufführungen, die Theater in München und Berlin lagen mit rd. 4 800 Aufführungen etwas niedriger. Rund ein Viertel der

Aufführungen fand an den öffentlichen, der Rest an den privaten Bühnen statt.

Um die Inanspruchnahme der Theater durch das Publikum auszudrücken, müssen die Besucherzahlen (d. h. die besetzten Plätze) auf die Zahl der bereitgestellten Plätze (Plätze × Vorstellungen) bezogen werden. Diese „durchschnittliche Platzausnutzung“ lag bei den öffentlichen Theatern in einer etwa gleichen Höhe von rd. 88 %. Für die privaten Theater lag der Wert erheblich niedriger, so daß Hamburg mit einem Wert von 70 % (d. h. von 100 Plätzen blieben in den Privattheatern im Schnitt 30 unbesetzt) ebenso günstig wie Berlin, jedoch besser als München (60 %) lag. Diese Durchschnittswerte für eine ganze Stadt sagen allerdings nichts über die Streuung der Auslastung einzelner Theater aus. Die öffentlichen Theater haben dabei eine nur relativ geringe Streuung, bei den privaten Theatern schwankt die Platzauslastung dagegen erheblich. In Hamburg, aber auch in Berlin und München, schwankte die Auslastung einzelner privater Theater zwischen rd. 90 % und rd. 30 %. Für ein und dasselbe Theater werden diese Zahlen wiederum in Abhängigkeit vom Erfolg des aufgeführten Stückes schwanken, hierüber liegen nur für Hamburg einige Angaben vor: Während an der Oper bei einigen, vorwiegend modernen Inszenierungen über ein Viertel der Plätze unbenutzt blieb, lag dieser Anteil bei einigen klassischen Stücken (z. B. Zauberflöte, Zar und Zimmermann, Arabella) unter 2 %. Entsprechend schwankte auch bei den Schauspielaufführungen der Hamburger Theater die Auslastung zwischen über 90 und unter 50 % in Abhängigkeit vom Erfolg des gezeigten Theaterstückes.

Tabelle 4

**Die Zahl der Vorstellungen und die durchschnittliche Platzausnutzung in den öffentlichen und privaten Theatern in der Spielzeit 1968/69**

Städte	Vorstellungen			Durchschn. Platzausnutzung in	
	insgesamt	davon in		öffentlichen	privaten
		öffentlichen	privaten		
		Theatern			Theatern
	1	2	3	4	5
Hamburg ...	5 058 <sup>1)</sup>	1 076	3 982 <sup>2)</sup>	87,8	70,0 <sup>3)</sup>
Berlin ...	4 812	1 110	3 702	89,6	69,8 <sup>3)</sup>
München ...	4 844	1 210	3 634	88,9	60,0
Hannover ...	1 371	786	585	75,4	75,6 <sup>4)</sup>
Stuttgart ...	1 371	709	662	86,6	84,2

<sup>1)</sup> darunter für Operettenhaus und Künstlertheater mit Angaben vom Vorjahr. — <sup>2)</sup> ohne Operettenhaus, Künstlertheater und Ohnsorg-Theater. — <sup>3)</sup> ohne Genschow-Stobrawa-Theater (Bühne ohne festes Haus). — <sup>4)</sup> ohne Thalia-Theater.

**Über ein Drittel der Besucher in Hamburg im Abonnement**

Übersichten der ausgegebenen Karten liegen nur für die öffentlichen Theater vor. Die Anteile von Platzmieten, Tageskarten, Besucherorganisationen, Schüler- und Studenten- sowie Vorzugs- und Freikarten geben aber einen gewissen Einblick in die Struktur der Theaterbesucher.

So besaß z. B. über ein Drittel der Theaterbesucher Hamburgs ein Abonnement (39 %), nur knapp ein Viertel (24 %) der Karten wurde an der Tageskasse verkauft und knapp ein Fünftel (19 %) kam durch eine Besucherorganisation ins Theater. In Berlin dagegen

Tabelle 5

Die für öffentliche Theater ausgegebenen Karten nach der Art der Abgabe in der Spielzeit 1968/69

Städte	Von 100 Karten für öffentliche Theater wurden abgegeben über/als					
	Tageskassen	Platzmieten	Besucherorganisationen	Schüler- und Studentenkarten	Vorzugskarten	Freikarten
	1	2	3	4	5	6
Hamburg ...	24	39	19	5	9	4
Berlin .....	33	14	39	7	2	5
München ...	34	19	26	8	6	7
Hannover ...	19	28	45	4	2	2
Stuttgart ...	31	33	17	10	9	

standen die Besucherorganisationen im Vordergrund, über die 39 % der Besucher ins Theater kamen, während nur 14 % der Karten über Platzmieten vergeben wurden. In München wiederum war der Anteil der an der Tageskasse ausgegebenen Karten größer als ein Drittel (34 %). Ganz im Vordergrund standen in Hannover die Besucherorganisationen mit 45 %, während in Stuttgart Tageskasse und Platzmiete je knapp ein Drittel ausmachten. Nirgendwo über 10 % kam der Anteil der Schüler- und Studentenkarten.

#### Die öffentliche Hand trägt großen Kostenanteil

Bei den öffentlichen Theatern werden Ausgaben und Einnahmen durch öffentliche Mittel zur Deckung gebracht. Den größten Etat mit 48 Mio DM hatten die auch zahlenmäßig am stärksten vertretenen Münchner Theater; Hamburg und Berlin folgten mit rd. 39 bzw. 40 Mio DM.

Der Anteil der öffentlichen Mittel lag dabei in allen 5 Städten über 50 %. Hamburg hatte mit einem Anteil von 59 %, d. h. einem Einspielergebnis von 41 %, dabei das wirtschaftlichste Ergebnis. Mit 78 % öffentlichen Mitteln lag Berlin an der Spitze. Je Kopf der Bevölkerung wurde in München am meisten für die Theater ausgegeben: rd. 26,00 DM, auch Hannover und Stuttgart kamen auf Beträge von 25,70 bzw. rd. 24,00 DM. Dagegen lagen die Beträge von 12,67 DM (Hamburg) und 14,56 DM (Berlin) vergleichsweise niedrig.

Bezieht man die Zuschüsse auf die Zahl der Besucher von öffentlichen Theatern, so kann dieser Betrag als der durchschnittliche Zuschuß zu jeder einzelnen Theaterkarte angesehen werden: bei dieser Rechnung lag Berlin mit 30,28 DM je Besucher weit an der Spitze, gefolgt von 27,30 DM in München und rd. 23,00 DM in Hannover und Stuttgart. Hamburgs Thea-

Tabelle 6

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Theater in der Spielzeit 1968/69

Städte	Etats der öffentlichen Theater in 1 000 DM	darunter Zuweisungen und Zuschüsse				Zuweisungen an private Theater		
		in 1 000 DM	%	je Einwohner	je Besucher	in 1 000 DM	je Einwohner	je Besucher
				DM			DM	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Hamburg	39 000	23 100	59	12,67	17,46	636	0,35	0,44
Berlin	39 900	31 200	78	14,56	30,28	5 270	2,46	3,27
München	48 300	33 300	69	26,04	27,30	299	0,23	0,48
Hannover	18 400	13 500	73	25,70	23,54	154	0,29	1,13
Stuttgart	23 000	14 800	65	24,08	23,09	322	0,52	2,40

terbesucher waren dagegen mit einem Zuschuß von 17,46 DM je Kopf verhältnismäßig „billiger“.

Einige Privattheater erhalten Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln, allerdings in sehr unterschiedlicher Höhe. Berlin lag hier mit insgesamt 5,27 Mio DM weit oberhalb der übrigen Städte, entsprechend erreichte es auch je Einwohner einen Betrag von 2,46 DM, während es sich bei den übrigen Städten um Pfennigbeträge handelt.

#### Die Klassiker unter den Opern dominierten im Repertoire

Aus dem Angebot der Spielpläne können — über die rein quantitative Betrachtung hinaus — die meistgespielten Opern und Schauspiele zwischen den Städten verglichen werden. Dies ermöglicht allerdings nicht eine qualitative Beurteilung der Theater, zumal auch die Angaben nur von den staatlichen Theatern vorliegen und selbst diese nicht lückenlos.

Hamburg hatte in der Spielzeit 1968/69 mit 87 Stücken das umfangreichste Repertoire. Zugleich erlebte das Hamburger Publikum auch die meisten (32) Premieren in der Spielzeit. Ein Vergleich mit Berlin wird dadurch erschwert, daß keine Angaben über Tanzveranstaltungen sowie Premieren vorliegen. Stuttgart lag, was den Umfang des Spielplans betraf, mit 83 Stücken an zweiter Stelle.

Eine Aufgliederung nach der Art der angebotenen Stücke zeigt, daß in allen Städten die Opern an erster Stelle lagen, wobei — abgesehen von Hannover — die Anzahl wenig (zwischen 40 und 50) schwankte, was ohne Zweifel auf das große Standardrepertoire zurückzuführen ist, das relativ einheitlich bei allen Opern anzutreffen ist.

Übersicht 1

Anzahl der Stücke im Repertoire der staatlichen Theater in der Spielzeit 1968/69

Städte	Anzahl der Stücke					
	Oper	Operette/Musical <sup>1)</sup>	Tanz	Schauspiel	insgesamt	darunter Premieren
Hamburg .....	49	—	10	28	87	32
Berlin .....	41	—		34	75 <sup>2)</sup>	
München .....	50	4	9	15	78	25
Hannover .....		28	3	23	54	26
Stuttgart .....	44	1	20	18	83	20

<sup>1)</sup> Insbesondere bei Operette/Musical ist zu beachten, daß private und Tourneetheater nicht enthalten sind. — <sup>2)</sup> ohne Tanzstücke.



## Übersicht 2

### Die meistgespielten Opern und die erfolgreichsten Schauspiele in den staatlichen Theatern in der Spielzeit 1968/69

Städte	Titel	Zahl der Vorstel- lungen	Titel	Zahl der Vorstel- lungen	Titel	Zahl der Vorstel- lungen
a) Meistgespielte Opern						
Hamburg	Die Zauberflöte	17	Die heimliche Ehe	16	Zar und Zimmermann	15 <sup>1)</sup>
Berlin	La Traviata	20	Der Freischütz	12	Hochzeit des Figaro	12 <sup>2)</sup>
München	Hochzeit des Figaro	20	Der Türke in Italien	13	Salome	12 <sup>3)</sup>
Hannover	Der Freischütz	22	Fidelio	20	Aida	17
Stuttgart	Zar und Zimmermann	20	Carmen	15	Die Entführung aus dem Serail	15
b) Erfolgreichste Schauspiele						
Hamburg	Hamlet	45	Ingeborg	43	So war Mama	42
Berlin	Joe Egg	50	Der Floh im Ohr	49	Der Sturm	47
München	Die Herren im Haus	61	Die Räuber	46	George Dandin	44 <sup>4)</sup>
Hannover	Gesch. a. d. Wienerw.	46	Der Revisor	39	Der Lauf der Welt	36
Stuttgart	Toller	39	wie man Karriere macht	33	Die beiden Nachtwandler	33

<sup>1)</sup> einschl. der Oper Pinocchio. — <sup>2)</sup> außerdem je 12 Vorstellungen „La Boheme“ bzw. „Hoffmanns Erzählungen“. — <sup>3)</sup> außerdem 12 Vorstellungen „Orpheus und Eurydike“. — <sup>4)</sup> außerdem 44 Vorstellungen „Talisman“.

Bei den Schauspielen hatte Berlin mit 34 Stücken das reichhaltigste Angebot, mit 20 Inszenierungen bot Stuttgart die größte Vielfalt an Tanzveranstaltungen.

Die Übersicht 2 zeigt außerdem die Titel der am häufigsten aufgeführten Opern und Schauspiele. Es fällt auf, daß fast alle Opern-„Bestseller“ der Theatersaison 1968/69 zum klassischen Opern-Programm gehörten: Mozart erscheint mit 3 Opern — dabei „Die Hochzeit des Figaro“ zweimal — am häufigsten. Außerdem hatten „Der Freischütz“ und „Zar und

Zimmermann“ großen Erfolg, er brachte ihnen Platz 1 in Hannover bzw. Stuttgart, Platz 2 bzw. 3 in Berlin bzw. Hamburg. Anders sah es bei den Theatern aus, hier gehörten nur einige Klassiker, so „Hamlet“ in Hamburg, „Der Sturm“ in Berlin, „Die Räuber“ in München, zu den erfolgreichsten Inszenierungen, während sich daneben eine ganze Reihe moderner Autoren durchsetzen konnte. Von einem allgemeinen Spitzenreiter der Saison, kann nach dieser Aufstellung nicht gesprochen werden.

Elke Heide

# Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Hamburg bis 1969

## 1. Vorbemerkungen

Im September-Heft des Vorjahres wurde in dieser Zeitschrift ausführlich über die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg bis 1969 berichtet. Der sich in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik vollziehende Motorisierungsboom stellt ein Phänomen dar, das neben seinen unbestreitbaren und wohl auch weit überwiegend positiven Seiten auch eine Reihe negativer Aspekte aufweist. So gehören die chronische Überlastung des Straßennetzes, die verstopften Innenstädte, die überfüllten Parkplätze und ähnliche Erscheinungen zu den Erfahrungsbildern unserer heutigen Welt. Hierzu gehört aber vor allem auch die Bilanz der Straßenverkehrsunfälle, deren Ergebnisse immer wieder zeigen, mit welchem hohem Tribut der technische Fortschritt im Straßenverkehr erkauft wird.

In diesem Beitrag sollen die wichtigsten Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik für die letzten Jahre dargestellt werden, um so die Schwerpunkte im Unfallgeschehen aufzuzeigen. Allerdings wird man sich bei der Interpretation dieser Ergebnisse der gebotenen Vorsicht befleißigen müssen, da das Unfallgeschehen von einer Vielzahl von — zum Teil gegenläufigen — Einflußfaktoren bestimmt wird. So spielen neben der Veränderung in der Größe und Struktur des Kraftfahrzeugbestandes auch die Zusammensetzung der Fahrberechtigten nach Geschlecht und Alter, die durchschnittlichen Fahrleistungen, das zur Verfügung stehende Straßennetz, die Witterungsbedingungen, gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung des Straßenverkehrs usw. eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Wirkung all dieser Faktoren läßt sich jedoch nicht im einzelnen quantifizieren. Trotz dieser Beschränkung der Aussagefähigkeit ist die Straßenverkehrsunfallstatistik ein wichtiges Hilfsmittel zur Unfallbekämpfung.

Den folgenden Ausführungen werden im wesentlichen nur die Unfälle mit Personenschaden zugrunde gelegt, da nur für diese Teilmasse Gleichartigkeit und hinreichende Vollständigkeit der Erhebung im Zeitablauf unterstellt werden kann. Die weitaus größere Zahl der Sachschadensunfälle ist dagegen im Laufe der Jahre in unterschiedlichem Ausmaß erfaßt worden, und zwar in Abhängigkeit von mehrfach geänderten Sachschadensgrenzen. So werden seit 1965 nur noch die schweren Sachschadensunfälle erhoben, bei denen bei mindestens einem der Beteiligten ein Sachschaden von 1 000 DM und mehr entstand.

Mit dem folgenden Beitrag wird die Berichterstattung über das Straßenverkehrsunfallgeschehen in Hamburg fortgesetzt<sup>1)</sup>. Um die Veröffentlichung möglichst aktuell zu halten, sind in diesem Aufsatz bereits die wichtigsten Zahlen des Jahres 1969 eingearbeitet worden. Es besteht zwar die Möglichkeit, daß sich diese Ergebnisse noch geringfügig ändern, ohne daß davon jedoch die getroffenen Aussagen beeinflußt werden.

## 2. Allgemeiner Überblick

Im Verlauf des gerade abgeschlossenen Jahres 1969 wurden in Hamburg insgesamt 11 500 Unfälle mit Personenschaden registriert, bei denen mehr als 15 400 Verkehrsteilnehmer verunglückten. Innerhalb des hamburgischen Staatsgebietes ereigneten sich damit im Durchschnitt an jedem Tag rund 32 schwere Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Fast an jedem Tag wurde ein Verkehrsteilnehmer getötet, während 42 weitere Personen sich mit unterschiedlich schweren Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben mußten. Rechnet man noch eine Vielzahl von Sachschadensunfällen hinzu, deren finanzielle Folgelasten den einzelnen Unfallbeteiligten oft erheblich treffen, so hat man in dürren Worten einen ersten Überblick über das Unfallgeschehen des letzten Jahres.

So instruktiv derartige Zahlen auch sind, man wird sie im Zusammenhang ihrer zeitlichen Entwicklung betrachten müssen, wenn man der Frage nachgehen will, ob aus dem Zahlenmaterial der vergangenen Jahre bestimmte Tendenzen deutlich werden. Dabei wollen wir uns zunächst auf eine Analyse der Veränderungen in der Zahl der Personenschadensunfälle, also der folgenschwersten Unfallgruppe, beschränken.

Leichter Anstieg der Personenschadensunfälle seit 1965

Zunächst einmal verdient festgehalten zu werden, daß die genannten Zahlen von 11 500 Personenschadensunfällen und 15 400 verunglückten Verkehrsteilnehmern einen Rückgang von 1 % bzw. 1,2 % gegenüber den Ergebnissen von 1968 bedeuten. So erfreulich diese Tatsache auch ist, so deutet doch alles darauf hin, daß im Jahre 1969 in gewissem Umfang

Tabelle 1

**Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden sowie Kraftfahrzeugbestand<sup>1) 2)</sup> in Hamburg 1953 bis 1969**

Jahre	Unfälle mit Personenschaden		Kraftfahrzeugbestand		Auf 1000 Kfz entfielen ... Personenschadensunfälle
	Anzahl	1953 = 100	Anzahl	1953 = 100	
	1	2	3	4	5
1953	9 592	100	106 714	100	90
1954	10 042	104,7	124 125	116,3	81
1955	11 225	117,0	137 836	129,2	81
1956	11 995	125,1	155 946	146,1	77
1957	12 627	131,6	173 262	162,4	73
1958	11 118	115,9	192 378	180,3	58
1959	12 331	128,6	209 200	196,0	59
1960	12 972	135,2	237 495	222,6	55
1961	12 604	131,4	265 771	249,0	47
1962	12 745	132,9	298 108	279,4	43
1963	11 750	122,5	321 861	301,6	37
1964	11 015	114,8	346 048	324,3	32
1965	10 312	107,5	372 005	348,6	28
1966	11 226	117,0	402 174	376,9	28
1967	11 182	116,6	415 091	389,0	27
1968	11 627	121,2	426 880	400,0	27
1969 <sup>3)</sup>	11 506	120,0	443 771	415,9	26

<sup>1)</sup> vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1967, H. 1. S. 1—9.

<sup>2)</sup> einschließlich vorübergehend abgemeldeter Fahrzeuge. — <sup>3)</sup> jeweils am 1. 7. eines Jahres. — <sup>4)</sup> vorläufige Ergebnisse.

eine Sonderentwicklung stattgefunden hat, auf die wir später noch ausführlich eingehen wollen. Für eine Analyse der in letzter Zeit das Unfallbild bestimmenden Einflußfaktoren, dürfte der Vorjahresvergleich daher nicht geeignet sein. Hierfür wird man besser einen längeren Zeitraum zugrunde legen.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, wurden 1953 — dem Anfangsjahr einer regelmäßigen, Berichterstattung über Straßenverkehrsunfälle in der Nachkriegszeit — rund 9.600 schwere Unfälle für Hamburg nachgewiesen. In den vergangenen 16 Jahren ist die Zahl der Personenschadensunfälle damit um 20 % gestiegen. Bereits im letzten Beitrag über das gleiche Thema in dieser Zeitschrift<sup>1)</sup>, in dem die Veränderungen bis einschließlich 1965 behandelt wurden, ist ausführlich dargestellt worden, daß diese zahlenmäßige Entwicklung keineswegs einheitlich verlaufen ist. 1965 hatte jedenfalls die Zahl der Personenschadensunfälle in Hamburg mit 10 300 zwischenzeitlich ein Minimum erreicht, bei dem die Ergebnisse nur verhältnismäßig geringfügig über denen des Ausgangsjahres 1953 lagen.

Als Erklärung für die relativ günstige Entwicklung bis 1965 wurden vor allem zwei Faktoren gefunden, die bis heute wirksam geblieben sind. Zunächst einmal spielt in Großstädten wie Hamburg die zunehmende Verkehrsverdichtung über weite Strecken des Tages insofern eine positive Rolle, als mit dem Sinken der durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeit zwar nicht die Zusammenstöße schlechthin, wohl aber die schweren Unfälle mit Personenschaden abnehmen. Zum anderen aber hat sich seit dem Ende der 50er Jahre eine erhebliche Umschichtung in der Struktur der Verkehrsteilnehmer vollzogen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Benutzung von Motorrädern, Mopeds und Fahrrädern erheblich zurückgegangen<sup>2)</sup>. Da wegen der überaus hohen Verletzungsgefahr der nicht durch eine feste Karosserie geschützten Fahrer von Zweiradfahrzeugen bei Kollisionen mit einem Kraftwagen fast immer Personenschaden entstehen, wird man den von diesem Strukturwandel ausgehenden positiven Einfluß auf die Bilanz der Personenschadensunfälle gar nicht hoch genug veranschlagen können. Hinzu kommt noch, daß die mit dem langsamen Verschwinden der Zweiräder vergrößerte Homogenität des Fahrverkehrs auch unmittelbar zur Reduzierung der Unfallzahlen beiträgt.

Bereits damals wurde jedoch auch darauf hingewiesen, daß der positive Einfluß dieses Strukturwandels in absehbarer Zeit „aufgebraucht“ sein wird. Es wurde daher vermutet, daß sich in Zukunft wieder die Faktoren durchsetzen würden, die tendenziell zu einer Erhöhung der Unfallzahlen führen. Diese Prognose hat sich in den folgenden Jahren leider be-

stätigt. Die seither registrierten Ergebnisse zeigen, daß die Zahl der Personenschadensunfälle zwischen 1965 und 1969 um 1 200 (11,6 %) gestiegen ist, was immerhin einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von nahezu 3 % entspricht.

Dabei wird man noch berücksichtigen müssen, daß durch die Einführung des sogenannten Ordnungswidrigkeitengesetzes und des damit in Zusammenhang stehenden Bußgeldkatalogs seit dem 1. 1. 1969 eine Maßnahme in Kraft getreten ist, die insbesondere im ersten Halbjahr 1969 einen spürbaren Einfluß auf das Unfallgeschehen ausgeübt hat. Die Zahl der Personenschadensunfälle lag jedenfalls in den ersten sieben Monaten jeweils weit unter der des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im zweiten Halbjahr ist dagegen die Zahl der schweren Unfälle wieder kräftig gestiegen, so daß man auch hier — wie bei vielen gesetzlichen Maßnahmen vorher — eine im Zeitablauf stark nachlassende Wirkung konstatieren muß. Trotzdem hat natürlich der starke Rückgang im ersten Halbjahr auch das gesamte Jahresergebnis von 1969 noch insofern beeinflußt, als das Vorjahresniveau nicht ganz erreicht wurde. Man kann jedoch mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß ohne die Auswirkung des Bußgeldkatalogs die Unfallbilanz von 1969 weitaus ungünstiger ausgefallen wäre.

Es spricht einiges dafür, daß die in den letzten Jahren beobachteten Tendenzen auch in Zukunft weiter wirksam bleiben. Es steht daher zu befürchten, daß die Zahl der Personenschadensunfälle in den kommenden Jahren ihrer absoluten Zahl nach weiter ansteigen wird.

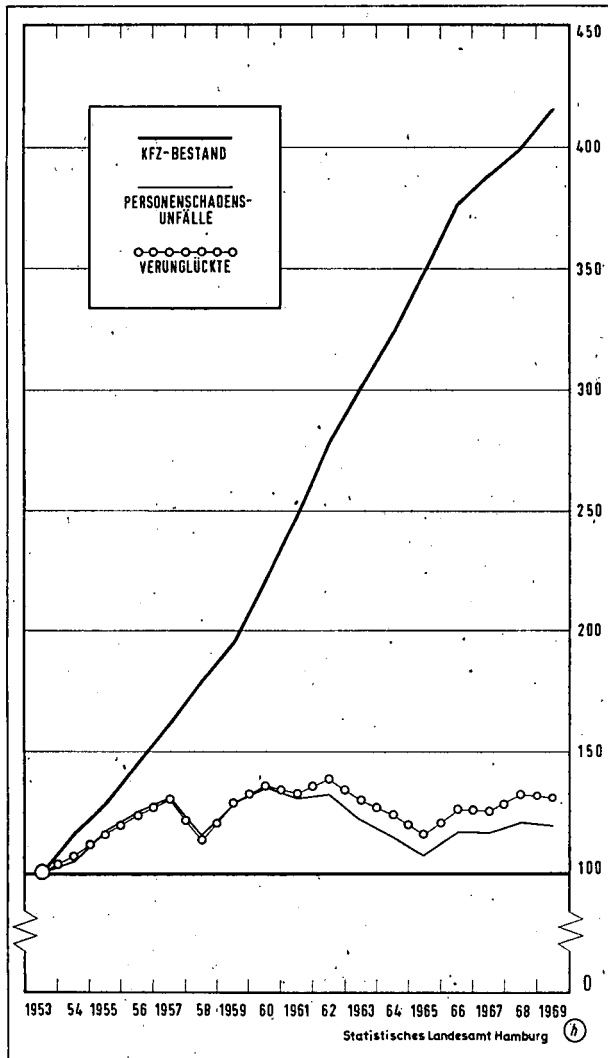
Dabei ist es auch nur ein schwacher Trost, daß die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes, der in diesem Zusammenhang gern als Indikator für die Verkehrsdichte genommen wird, in den zurückliegenden Jahren weitaus stärker gestiegen ist, als die Unfallzahlen. Wenn man trotz der damit verbundenen Problematik<sup>3)</sup> eine Relation herstellt zwischen dem Kraftfahrzeugbestand und der Zahl der Personenschadensunfälle, so gibt die auf diese Weise errechnete Kennziffer an, in welchem Ausmaß die Unfallhäufigkeit — bezogen auf die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge — abgenommen hat. Während 1953 auf 1 000 Kraftfahrzeuge noch 90 Personenschadensunfälle kamen, waren es 1969 nur noch 26. Die so definierte Unfallhäufigkeit ist also mittlerweile auf weniger als ein Drittel abgesunken. Die unterschiedlichen Entwicklungen des Kraftfahrzeugbestandes einerseits und der Personenschadensunfälle sowie der Zahl der dabei Verunglückten auf der anderen Seite sind aus Schaubild 1 sehr deutlich abzulesen.

Im Vergleich zu einer Vervierfachung des Kraftfahrzeugbestandes seit 1953 sind die Personenschadensunfälle nur relativ geringfügig angestiegen. In dieser erfreulichen Tatsache spiegeln sich sicherlich zu einem erheblichen Teil die vielfältigen Bemühungen aller beteiligten Instanzen zur Unfallbekämpfung wider, deren Maßnahmen unterstützt wurden durch die bereits genannten unfallhemmenden Einflußfaktoren wie der zunehmenden Verkehrsverdichtung und vor allem der Umschichtung in der Struktur der Verkehrsbeteiligten. Immerhin sollte es zu Bedenken Anlaß geben, daß seit 1965 sich das Wachstumstempo der

<sup>1)</sup> 1955 betrug der Anteil der Motorräder am gesamten Kfz-Bestand in Hamburg mit 36 000 Stück noch etwa 26 %. 1969 waren nur noch 3 600 Motorräder und -roller zugelassen (0,8 %). Ähnliches gilt mit einer gewissen zeitlichen Verschiebung auch für die Mopeds. Hinzu kommt, daß zusätzlich die Intensität der Nutzung der noch vorhandenen Zweiradfahrzeuge stark zurückgegangen sein dürfte. — <sup>2)</sup> Der Kfz-Bestand als Indikator für die Verkehrsdichte kann einmal Veränderungen in den Fahrleistungen nicht berücksichtigen. Vor allem aber vernachlässigt die Beziehung der Personenschadensunfälle in Hamburg auf den Hamburger Kfz-Bestand die Tatsache, daß am Hamburger Verkehr in beträchtlichem Umfang auswärtige Fahrzeuge teilnehmen, während umgekehrt ein Teil der Fahrleistungen Hamburger Fahrzeuge außerhalb Hamburgs erbracht werden. Je kleiner die zugrundeliegende regionale Einheit ist, um so größer kann die hieraus resultierende Fehlermöglichkeit sein.

Schaubild 1

Die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, die dabei Verunglückten sowie der Kraftfahrzeugbestand in Hamburg  
1953 bis 1969  
— 1953 = 100 —



Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden sehr stark dem des Kraftfahrzeugbestandes angenähert hat, so daß in den letzten Jahren die Unterschiede wesentlich geringer sind als früher<sup>4)</sup>.

#### Schwere Sachschadensunfälle stark gestiegen

Bisher war nur von der Entwicklung der Personenschadensunfälle die Rede. Seit 1964 werden aber auch die schweren Sachschadensunfälle in die statistische Erhebung und Aufbereitung einbezogen. Als schwere Sachschadensunfälle sind dabei definiert alle diejenigen Unfälle, bei denen bei mindestens einem der Beteiligten ein Sachschaden von 1000 DM und mehr entsteht. Bei der Erfassung aller Sachschadensunfälle in der Vergangenheit hatte sich immer wieder gezeigt, daß hier mit erheblichen Dunkelziffern zu rechnen ist. Bei einer Vielzahl vor allem von Bagatellunfällen einigen sich die Beteiligten güt-

lich, so daß diese Unfälle nicht zur Kenntnis der Polizei gelangen und damit auch nicht statistisch erfaßt werden können. Bei den Unfällen mit einem Sachschaden von mehr als 1000 DM bei einem der Beteiligten war man jedoch der Ansicht, daß diese Unfallkategorie mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit der Polizei und damit der Statistik zugänglich wird. Ob bei einer Kollision im Großstadtverkehr „nur“ schwerer Sachschaden oder auch Personenschaden entsteht, ist bei gleichem Unfallverlauf häufig davon abhängig, ob z. B. die Insassen Sicherheitsgurte angelegt hatten oder nicht. Die Einbeziehung der Unfälle mit hohem Sachschaden ermöglicht es, zusammen mit den Personenschadensunfällen eine Gruppe der schweren Straßenverkehrsunfälle zu bilden und diese im Zeitablauf zu beobachten.

Tabelle 2

Straßenverkehrsunfälle mit Personen- und schwerem Sachschaden<sup>1)</sup> in Hamburg 1964 bis 1969<sup>2)</sup>

Jahre	Schwere Straßenverkehrsunfälle insgesamt		davon Unfälle mit				
			Personenschaden		schwerem Sachschaden <sup>1)</sup>		
	absolut	1964 = 100	absolut	1964 = 100	absolut	1964 = 100	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7
1964	15 366	100	11 015	100	4 351	100	28,3
1965	15 476	100,7	10 312	93,6	5 164	118,7	33,4
1966	17 656	114,9	11 226	101,9	6 430	147,8	36,4
1967	17 689	115,1	11 182	101,5	6 507	149,6	36,8
1968	18 337	119,3	11 627	105,6	6 710	154,2	36,6
1969 <sup>2)</sup>	19 075	124,1	11 506	104,5	7 569	174,0	39,7

<sup>1)</sup> mit einem Sachschaden von 1000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten. — <sup>2)</sup> vorläufige Ergebnisse.

1969 wurden in Hamburg knapp 7 600 schwere Sachschadensunfälle gezählt. Damit hat sich die Zahl dieser Unfälle gegenüber dem Vorjahr um 850 oder um fast 13 % erhöht. Aus Tabelle 2 ist zu entnehmen, daß die schweren Sachschadensunfälle in allen Jahren seit 1964 doch erheblich stärker gestiegen sind als die Personenschadensunfälle. Während die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Vergleich zu 1964 nur um knapp 5 % zugenommen haben, betrug die Zuwachsrates bei den schweren Sachschadensunfällen ziemlich genau 74 %. Dadurch hat sich der Anteil dieser Sachschadensunfälle an den schweren Unfällen insgesamt von 28 % im Jahre 1964 auf knapp 40 % im Jahre 1969 erhöht.

Bei der Interpretation dieser Zahlen wird man jedoch berücksichtigen müssen, daß die leichteren Sachschadensunfälle nicht in die statistische Erhebung einbezogen worden sind. Abgesehen von der Unsicherheit, die jeder Schätzung des Folgeschadens unmittelbar am Unfallort innewohnt<sup>5)</sup>, wird damit allein durch die gestiegenen Kosten für Ersatzteile und Reparaturen von Jahr zu Jahr eine immer größere Zahl von Unfällen erfaßt und in die Statistik einbezogen, ohne daß sich das Unfallgeschehen effektiv verändert haben muß. In die gleiche Richtung wirkt, daß die Entwicklung des Pkw-Bestandes eindeutig auch einen Trend zum größeren Wagen nachweist<sup>6)</sup> und daß an sich ähnliche Reparaturen an größeren Wagen eben teurer sind als an kleineren. Es ist jedoch nahezu unmöglich abzuschätzen, in welchem Ausmaß der starke Anstieg der schweren Sachschadensunfälle

<sup>4)</sup> Seit 1965 ist der Kfz-Bestand um 19,3 %, die Zahl der Personenschadensunfälle um 11,6 % gestiegen. — <sup>5)</sup> Hierbei wird man unterstellen können, daß das Ausmaß der Fehlschätzung im Zeitlauf in etwa gleich bleibt. — <sup>6)</sup> vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1969, H. 11, S. 322.

auf solche Preisauftriebstendenzen zurückzuführen ist oder inwieweit eine echte Zunahme des Unfallgeschehens dahinter steht.

### 3. Die Schwere der Personenschadensunfälle

In den vorangegangenen Abschnitten wurde das Schwergewicht auf die zahlenmäßige Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle gelegt. Es ist aber zumindest ebenso wichtig, sich der Frage nach der Schwere der Unfallschäden zuzuwenden.

Tabelle 3

Bei Straßenverkehrsunfällen getötete und verletzte Personen in Hamburg 1953 bis 1969<sup>1)</sup>

Jahre	Verunglückte insgesamt		davon			Auf 100 Personen- schadens- unfälle ent- fielen ... Ver- unglückte	Auf 100 Leicht- ver- letzte ent- fielen ... Ge- tötte und Schwer- verletzte
			Ge- tötete	Schwer-	Leicht-		
	Anzahl	1953 = 100		verletzte			
				Anzahl			
1	2	3	4	5	6	7	
1953	11 744	100	258	3 485	8 001	122	47
1954	12 486	106,3	288	4 137	8 061	124	55
1955	13 609	115,9	270	6 012	7 327	121	86
1956	14 551	123,9	287	6 935	7 329	121	99
1957	15 323	130,5	289	7 353	7 681	121	99
1958	13 279	113,1	198	5 124	7 957	119	67
1959	15 100	128,6	225	5 093	9 782	122	54
1960	15 951	135,8	254	4 960	10 737	123	49
1961	15 649	133,2	278	5 094	10 277	124	52
1962	16 285	138,7	348	5 303	10 634	128	53
1963	15 272	130,0	293	5 040	9 939	130	54
1964	14 565	124,0	358	5 083	9 124	132	60
1965	13 591	115,7	314	4 514	8 763	132	55
1966	14 850	126,4	330	4 997	9 523	132	56
1967	14 822	126,2	317	5 371	9 134	133	62
1968	15 619	133,0	293	5 926	9 400	134	66
1969 <sup>1)</sup>	15 443	131,5	326	5 992	9 125	134	69

<sup>1)</sup> vollständige Ergebnisse.

Einen ersten Anhaltspunkt über die Schwere der Personenschadensunfälle vermittelt Tabelle 3. Im Jahre 1969 betrug die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Personen rd. 15 400. Dabei wurden 326 Menschen getötet und 6 000 schwer verletzte Personen mußten einer stationären Krankenhausbehandlung zugeführt werden. Etwa 9 100 Verunglückte kamen mit leichtem Personenschaden davon, der durch ambulante ärztliche Behandlung auskuriert werden konnte.

Wenn auch im Prinzip die Entwicklung der Verunglücktenzahlen seit 1953 ähnliche Schwankungen aufweist wie die der Unfälle, so zeigt der Vergleich mit dem Ausgangsjahr doch sehr deutlich, daß die Zahl der Verunglückten mit knapp 32 % erheblich stärker gestiegen ist als die Zahl der Personenschadensunfälle (+ 20 %). Die Unfälle sind also im Durchschnitt folgenschwerer geworden. Diese Entwicklung läßt sich auch aus Schaubild 1 ablesen. Während bis 1960 die Kurven der Personenschadensunfälle einerseits und der dabei Verunglückten andererseits — jeweils bezogen auf 1953 = 100 — fast

identisch verlaufen sind, beginnen sie seit diesem Jahr doch deutlich auseinanderzulaufen, wobei die Kurve der Verunglückten immer mehr über dem Niveau der Personenschadensunfälle liegt.

### Immer mehr Verunglückte je Unfall

Wenn man diese bedenkliche Entwicklung zur Verdeutlichung mit einigen Zahlen belegen will, so bietet sich als Maßzahl für die Schwere der Personenschadensunfälle die Zahl der Verunglückten je 100 Unfälle an. Aus Tabelle 3, Spalte 6 läßt sich ablesen, daß diese Kennziffer 1958 infolge der Auswirkung der wiedereingeführten Geschwindigkeitsbegrenzung mit durchschnittlich 119 Verunglückten auf 100 Personenschadensunfälle ihr Minimum erreicht hatte. Von diesem Zeitpunkt an sind von Jahr zu Jahr mehr Opfer je Unfall zu beklagen gewesen. Für 1969 läßt sich bereits eine Kennziffer von 134 errechnen. Über diese ungünstigen Tendenzen darf auch nicht hinwegtäuschen, daß die zugrunde gelegte Kennziffer zeitweilig zu stagnieren scheint. Da diese Entwicklung verhältnismäßig langsam vor sich geht, liegt möglicherweise ein geringfügiger Anstieg, noch im Rundungsbereich. Hinzu kommt, daß oft im Jahresergebnis noch vorübergehende Sonderentwicklungen aufgrund von gesetzlichen Maßnahmen erkennbar bleiben<sup>2)</sup>; von Einflüssen also, die im statistischen Sinne als „zufällig“ anzusehen sind. Sicherlich kann die obige Kennziffer nur einen ersten groben Anhaltspunkt geben. Da ihre Veränderung in erster Linie von der Fahrgastbesetzung und der unterschiedlich großen Verletzungsgefahr der Verkehrsteilnehmer abhängt, dürfte das Ansteigen der Zahl der Verunglückten je Personenschadensunfall überwiegend bedingt sein durch die schon mehrfach erwähnte Umschichtung in der Struktur der Verkehrsteilnehmer. Gemeint ist, daß sich die Zahl der im Straßenverkehr eingesetzten Motorräder, Mopeds und Fahrräder mit durchschnittlich nur einer Person je Fahrzeug laufend verringert hat, während der Anteil der Kraftwagen mit einer durchschnittlich höheren Fahrzeugbesetzung von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Wenn diese Überlegungen richtig sind, so folgt daraus, daß diese Kennziffer mit dem in einigen Jahren abzusehenden Ende dieses Umschichtungsprozesses nicht mehr oder nur noch unwesentlich anwachsen wird.

### Die Unfallschäden werden immer schwerwiegender

So beruhigend dieser Gedankengang auch sein mag, so berechtigt er doch nicht zu übertriebenem Optimismus. Die bisher verwendete Kennziffer ist nämlich ihrer Konstruktion nach nicht in der Lage, die unterschiedlichen Unfallfolgen eines Personenschadensunfalles zu berücksichtigen. Es besteht aber naturgemäß ein beträchtlicher Unterschied, ob bei einem Verkehrsunfall nur leichter Personenschaden entsteht oder ob Verkehrsteilnehmer schwer verletzt oder gar getötet werden. Diesem Umstand aber kann die obige Maßzahl nicht Rechnung tragen.

Ein erster Anhaltspunkt dafür, daß — unabhängig von der Gesamtzahl der Verunglückten — die Unfallfolgen bei Personenschadensunfällen seit 1953 erheblich schwerer geworden sind, ergibt sich aus der Berechnung der Zuwachsraten bei den einzelnen Kategorien von Verunglückten. So ist die Zahl der Leichtverletz-

<sup>2)</sup> So haben möglicherweise die Auswirkungen des zum 1.1.1965 eingeführten zweiten Gesetzes zur Sicherung des Straßenverkehrs ebenso wie das ab 1.1.1969 angewendeten Bußgeldkatalogs mit zum Stagnieren des Wachstums dieser Kennziffer in den betreffenden Jahren beigetragen.

ten nur um 14 % gestiegen und liegt damit weit unter der durchschnittlichen Zunahme der Verunglückten insgesamt (+ 31,5 %). Da die Zahl der Getöteten (einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen Verstorbenen) wegen ihrer geringen Größe starken Zufallseinflüssen unterworfen ist und infolgedessen von Jahr zu Jahr starken Schwankungen unterliegt, soll sie mit der Zahl der Schwerverletzten zusammengefaßt werden. Die so abgegrenzte Gruppe der Verunglückten mit den schwersten Unfallfolgen ist seit 1953 von 3 700 auf mehr als 6 300 angewachsen. Das entspricht einer Zuwachsrate von 69 % und damit einer Größenordnung, die nun wirklich zu Bedenken Anlaß geben sollte.

Um diesen Zusammenhängen weiter nachzugehen bietet es sich an, eine Kennziffer zu konstruieren, die die Schwere der bei einem Unfall auftretenden Personenschäden berücksichtigt. Bei der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Materials erweist sich das Verhältnis der Getöteten und Schwerverletzten zu den Leichtverletzten als für diesen Zweck am besten geeignet. Leider ist es nicht möglich, mit der Zahl der unverletzt gebliebenen Fahrzeuginsassen die Aussagefähigkeit dieser Kennziffer noch zu erhöhen, da Angaben hierüber nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen.

Aus Spalte 7 der Tabelle 2 läßt sich die Entwicklung dieser Kennziffer seit 1953 verfolgen. Man erkennt den starken Anstieg in der Schwere der Personenschäden zwischen 1953 und 1957. Nach der Einführung der Geschwindigkeitslimitierung sinkt diese Maßzahl dann von 99 Getöteten und Schwerverletzten auf 100 Leichtverletzte bis auf 49 im Jahre 1960 ab. Trotz aller die Verkehrssicherheit erhöhenden Maßnahmen des Straßenbaus und der Verkehrsregelung nimmt seit diesem Jahr die Schwere der Personenschäden laufend wieder zu. 1969 wurden bereits wieder 69 Getötete und Schwerverletzte je 100 Leichtverletzte gezählt und es deutet nichts darauf hin, daß diese Maßzahl in den nächsten Jahren wieder absinken wird.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist also nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Personenschadensunfälle — wenn auch nur langsam — wieder zugenommen hat, sondern vor allem auch dadurch, daß die Unfallfolgen immer schwerer geworden sind. Und das, obwohl über weite Strecken des Tages hinweg und auf einem erheblichen Teil des Hamburger Straßennetzes die zunehmende Verkehrsverdichtung eine Milderung der Unfallfolgen bei allen hier geschehenen Unfällen ebenso bewirkt haben dürfte, wie auch das Verschwinden der weitgehend ungeschützten Zweiradfahrzeuge aus dem Verkehr seine positiven Auswirkungen gehabt hat. Es ist daher zu vermuten, daß nicht zuletzt das verhältnismäßig starke Ansteigen der Unfälle in den Abend- und Nachtstunden<sup>9)</sup> hierzu beigetragen hat. Aus anderen Untersuchungen hat sich nämlich gezeigt, daß diese Unfälle erheblich schwerere Unfallschäden zur Folge haben, da bei dieser Unfallkategorie häufig überhöhte Ge-

schwindigkeit und Alkoholeinfluß zu verzeichnen sind, beides Ursachen, die regelmäßig schwerste Unfallfolgen nach sich ziehen.

#### 4. Jahreszeitliche Schwankungen

Die Zahl der Personenschadensunfälle ist im jahreszeitlichen Verlauf starken Schwankungen unterworfen. Die Gründe hierfür sind einmal in der von Monat zu Monat wechselnden Verkehrsdichte auf dem Straßennetz unserer Stadt zu suchen. Hierbei spielt die jeweilige Ferienordnung ebenso sehr eine Rolle, wie der Umstand, daß in einem strengen Winter mit Schnee und Glatteis viele Fahrzeugbesitzer ihr Kraftfahrzeug vorübergehend abmelden oder zumindest nicht täglich im Straßenverkehr einsetzen. Auf der anderen Seite beeinflussen aber die in bestimmten Jahreszeiten gehäuft anzutreffenden ungünstigen Witterungsbedingungen auch ohne Veränderung der Verkehrsdichte direkt das Unfallgeschehen.

Um diese Zusammenhänge deutlich zu machen, sind im Schaubild 2 die Monatswerte für alle Personenschadensunfälle der letzten vier Jahre in Hamburg eingetragen. Dabei wurden kalendertägliche Durchschnittswerte verwendet, um zu verhindern, daß die unterschiedliche Länge der einzelnen Monate den Vergleich stört. Außerdem ist in der Graphik die Trendlinie<sup>9)</sup> eingezeichnet, die den schwachen Anstieg der Personenschadensunfälle in den letzten Jahren erkennen läßt. Da man den Trend als dynamischen Mittelwert auffassen kann, wird gleichzeitig deutlich, welche Monatswerte über bzw. unter dem mittleren Erwartungswert liegen.

#### Unfallschwerpunkte im Herbst

Betrachtet man im Schaubild 2 die Kurve der Personenschadensunfälle, so schält sich — trotz aller Abweichungen im einzelnen — ein charakteristisches Bild vom Unfallgeschehen im jahreszeitlichen Verlauf heraus. Die wenigsten Unfälle ereigneten sich jeweils in den Wintermonaten. Nach der in Norddeutschland vorherrschenden Wetterlage sind hierunter vor allem die Monate Januar, Februar und teilweise auch März zu verstehen. Die Erklärung hierfür liegt einmal darin, daß durch vorübergehende Abmeldungen des eigenen Kraftfahrzeuges bzw. durch den Umstand, daß bei Schnee und Glatteis selbst passionierte Kraftfahrer ihr Fahrzeug zu Hause lassen, die Verkehrsdichte stark absinkt. Hinzu kommt, daß die durch Straßenverkehrsunfälle besonders gefährdeten Zweiradfahrzeuge unter solchen Witterungsbedingungen fast völlig aus dem Verkehrsbild verschwinden und daß ganz allgemein unter erschwerten Umständen vorsichtiger gefahren wird.

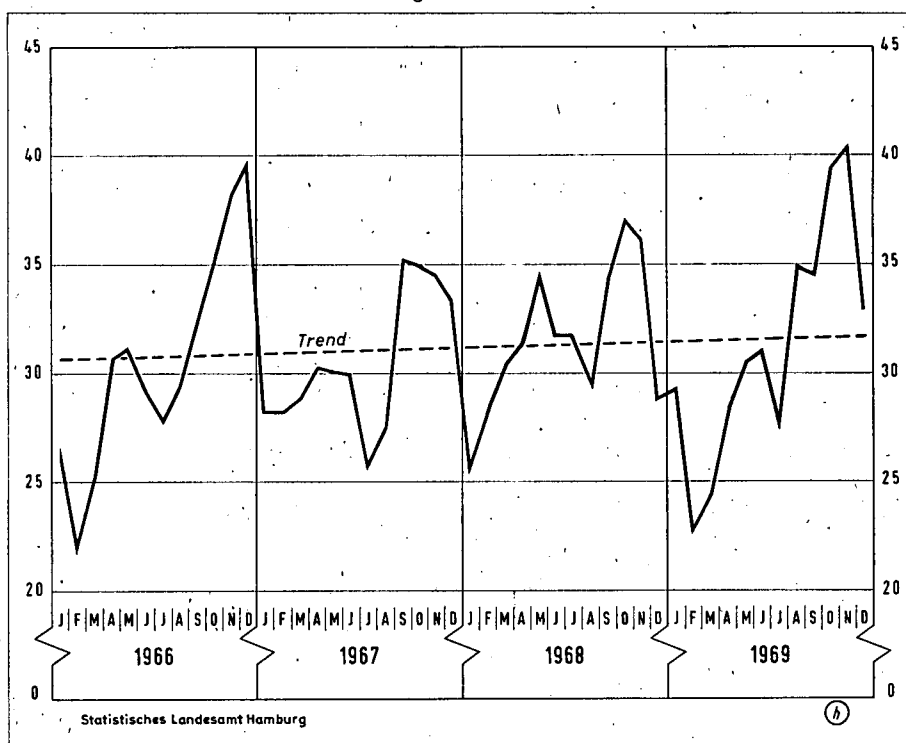
Mit beginnendem Frühjahr steigt in aller Regel die Verkehrsdichte und in ihrer Folge auch die Zahl der Personenschadensunfälle wieder an. In der hauptsächlichlichen Urlaubszeit zwischen Juli und August sinkt dann die Durchschnittszahl der Personenschadensunfälle vorübergehend nicht unbeträchtlich ab, wobei je nach Lage der Sommerferien der niedrigste Punkt im Juli oder August erreicht wird.

Die Unfallschwerpunkte liegen eindeutig im Herbst. In den Monaten Oktober und November, ja teilweise auch noch im Dezember fällt die größte Verkehrsdichte im städtischen Verkehrsnetz zusammen mit er-

<sup>9)</sup> Im Jahre 1960 entfielen 16,4 % aller Personenschadensunfälle auf die Zeit zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr morgens, während es 1968 bereits 20,1 % waren. Die Zahl der Personenschadensunfälle in den Abend- und Nachtstunden ist damit zwischen 1960 und 1968 um 9,8 % gestiegen, die Unfälle in der übrigen Zeit sind dagegen um 14,3 % gesunken. — \*) berechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate.

Schaubild 2

**Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hamburg 1966 bis 1969 nach Monaten**  
— kalendertägliche Durchschnitte —



heftig erschwerten äußeren Fahrbedingungen wie z. B. Nässe, Nebel, nasses Laub auf den Straßen, frühzeitig einsetzende Dunkelheit usw.

#### Außergewöhnlich starker Anstieg im zweiten Halbjahr 1969

Die monatliche Unfallentwicklung im Jahre 1969 zeigt einige bemerkenswerte Einzelzüge. Hierbei muß daran erinnert werden, daß am 1. Januar 1969 der sogenannte „Bußgeldkatalog“ eingeführt wurde, der alle Ordnungswidrigkeiten im Verkehr mit zum Teil recht beachtlichen Bußgeldern belegt. Obwohl der Bußgeldkatalog primär nicht zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle eingeführt wurde, sank in den ersten Monaten 1969 die Zahl der Personenschadensunfälle zum Teil erheblich. Fast alle Monatswerte lagen beträchtlich unter denen des Vorjahres. So war denn auch bis Ende Juli 1969 noch ein Rückgang von knapp 10% gegenüber den ersten 7 Monaten des Vorjahres zu verzeichnen. Von der Jahresmitte ab wurden jedoch die Monatsergebnisse von 1968 wieder erreicht und in den Herbstmonaten sogar wesentlich übertroffen. Wie bei vielen gesetzlichen Maßnahmen bleibt auch hier zu konstatieren, daß ihre abschreckende Wirkung im Zeitablauf stark nachläßt und die erhoffte Dauerwirkung in aller Regel ausbleibt.

Auf diesem Hintergrund wird die Unfallkurve des Jahres 1969 verständlich. Als Folge der Anwendung des Bußgeldkatalogs und unterstützt durch den starken Winter Anfang 1969, der in Hamburg den ganzen Februar über ziemlich hohen Schnee verbunden mit Schneeglätte und Glatteis auf den Straßen brachte, sanken Anfang 1969 die Unfallzahlen im kalendertäglichen Durchschnitt zunächst stark ab.

Der Februar brachte ein Minimum, das nur noch im gleichen Monat 1966 geringfügig unterschritten wurde. Ab März setzte jedoch eine kontinuierliche Zunahme der Zahl der Personenschadensunfälle ein. Zwar gingen im Ferienmonat Juli auch in diesem Jahr die Unfallzahlen leicht zurück, danach aber ist ein extrem starker Anstieg zu verzeichnen.

In den Monaten Oktober, November wurden Höchstwerte erreicht, die in den vergangenen vier Jahren nur einmal (Dezember 1966) registriert wurden. Zu diesem rapiden Anstieg hat neben der nachlassenden Wirkung des Bußgeldkatalogs vermutlich der nach den Rezessionsjahren im zweiten Halbjahr 1969 wieder erheblich verstärkte Fahrzeugkauf ebenso beigetragen, wie die Verkehrsverdichtung infolge der lange anhaltenden Schönwetterperioden des Spätsommers und Frühherbstes. Trotz der überaus positiven Entwicklung im ersten Halbjahr wurden durch den starken Wiederanstieg der Personenschadensunfälle in der zweiten Jahreshälfte die Vorjahreswerte fast wieder erreicht.

#### 5. Unfallbeteiligte

In diesem Abschnitt, in dem die an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer etwas näher untersucht werden, soll vor allem dem schon mehrfach erwähnten Umschichtungsprozeß in der Struktur der Verkehrsteilnehmer nachgegangen werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden sei jedoch vorweg erwähnt, daß zu den Unfallbeteiligten nicht nur die Verursacher von Straßenverkehrsunfällen rechnen, sondern auch alle diejenigen, die ohne schuldhaftes Zutun in einen Personenschadensunfall verwickelt wurden. Es erscheint ferner zweckmäßig zu betonen, daß bei un-



fallbeteiligten Fahrzeugen nicht die Zahl der Insassen, sondern stets das Fahrzeug selbst als Einheit gerechnet wird. Da für die hier erforderlichen Auszählungen die Jahresergebnisse für 1969 noch nicht vorliegen, können wir uns nur auf das Zahlenmaterial bis einschließlich 1968 stützen.

Kontinuierliche Zunahme der Unfälle mit drei und mehr Beteiligten

1968 waren rund 24 000 Verkehrsteilnehmer an Personenschadensunfällen beteiligt. Gegenüber 1953 entspricht das einer Zunahme von 26,0%. Die Zahl der Unfallbeteiligten ist damit etwas stärker gestiegen als die Zahl der Personenschadensunfälle selbst (+ 21,2%). Das steht in direktem Zusammenhang mit dem Umstand, daß bei zunehmender Verkehrsdichte das Risiko, daß in einen Verkehrsunfall mehrere Verkehrsteilnehmer verwickelt werden, steigt.

Tabelle 4

**Unfälle mit Personenschaden in Hamburg 1956 bis 1968 nach der Zahl der Unfallbeteiligten**

Jahre	Personenschadensunfälle insgesamt	davon mit ..... Unfallbeteiligten					
		1		2		3 und mehr	
		absolut	% v. Sp. 1	absolut	% v. Sp. 1	absolut	% v. Sp. 1
		1	2	3	4	5	6
1956	11 995	1 324	11,0	9 878	82,4	793	6,6
1961	12 604	1 313	10,4	10 171	80,7	1 120	8,9
1965	10 312	967	9,4	8 140	78,9	1 205	11,7
1966	11 226	1 051	9,4	8 807	78,4	1 368	12,2
1967	11 182	1 097	9,8	8 713	77,9	1 372	12,3
1968	11 627	1 113	9,6	9 065	78,0	1 449	12,4

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, sind seit 1956<sup>10)</sup> die Alleinunfälle ebenso gesunken wie auch die Unfälle mit zwei Verkehrsbeteiligten, die — als „Normalfall“ — die weit überwiegende Mehrheit aller Unfälle bilden. Dagegen sind die Unfälle mit drei und mehr Unfallbeteiligten beträchtlich gestiegen. So verminderte sich der Anteil der Alleinunfälle zwischen 1956 und 1968 von 11,0% auf 9,6% und der der Unfälle mit zwei Beteiligten von 82,4% auf 78,0%. Im gleichen Zeitraum stiegen dagegen die Personenschadensunfälle mit drei und mehr Beteiligten von 793 auf 1 449 an. Ihr Anteil hat sich damit von 6,6% auf 12,4% nahezu verdoppelt, so daß dieser Unfalltyp heute bereits ein ernst zu nehmendes Gewicht besitzt.

Unfallbeteiligung von Pkw und Kombis laufend gestiegen, von Fußgängern leicht rückläufig

Die Zahl der Unfallbeteiligten insgesamt weist zwischen 1953 und 1968 in etwa die gleichen Schwankungen auf wie die der Personenschadensunfälle. Auf eine nochmalige Kommentierung kann daher verzichtet werden. Viel bedeutsamer ist, daß sich in diesem Zeitraum die Zusammensetzung der Verkehrsteilnehmer außerordentlich stark verschoben hat.

So zeigt Tabelle 5, daß sich die Zahl der unfallbeteiligten Personen- und Kombinationskraftwagen seit 1953 von nicht einmal 4 600 auf über 15 300 im Jahre

Tabelle 5

**An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden Beteiligte in Hamburg 1953 bis 1968 nach der Art ihrer Verkehrsbeteiligung**

Jahre	An Straßenverkehrsunfällen Beteiligte						
	insgesamt	darunter					
		Personen- und Kombinationskraftwagen	sonstige Kraftwagen	Kraft- räder, Kraft- roller	Mö- peds, Mofa 25	Fahr- räder	Fuß- gänger
	1	2	3	4	5	6	7

	a) Anzahl						
1953	19 058	4 556	3 347	3 308	241	3 830	3 109
1955	21 996	5 920	2 830	3 996	1 316	3 370	3 787
1960	25 951	10 253	3 250	2 798	2 304	2 639	4 063
1965	21 181	12 284	2 488	843	480	1 260	3 467
1966	23 130	14 024	2 439	772	430	1 330	3 800
1967	23 098	14 490	2 236	676	393	1 347	3 642
1968	24 016	15 326	2 352	604	293	1 494	3 689

	b) in % der Jahressummen						
1953	100	23,9	17,6	17,4	1,3	20,1	16,3
1955	100	26,9	12,9	18,2	6,0	15,3	17,2
1960	100	39,5	12,5	10,8	8,9	10,2	15,7
1965	100	58,0	11,7	4,0	2,3	5,9	16,4
1966	100	60,6	10,5	3,3	1,9	5,7	16,4
1967	100	62,7	9,7	2,9	1,7	5,8	15,8
1968	100	63,8	9,8	2,5	1,2	6,2	15,4

1968, also auf knapp das Dreieinhalbfache, vergrößert hat. Durch diesen nahezu kontinuierlich verlaufenden Zuwachs hat sich der Anteil der Pkw an den Unfallbeteiligten insgesamt von 23,9% (1953) auf nicht weniger als 63,8% (1968) erhöht. Rechnet man noch die Gruppe der sonstigen Kraftwagen (z. B. Lkw, Omnibusse, Zugmaschinen usw.) mit 9,8% hinzu, so waren rund drei Viertel aller Unfallbeteiligten Kraftwagen. Aus diesen Zahlen läßt sich sehr deutlich ablesen, daß das Unfallgeschehen weit überwiegend von der Verkehrsdisziplin der Kraftwagenfahrer bestimmt wird.

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Motorräder, Mopeds und Fahrräder seit etwa Mitte der 50er Jahre laufend zurückgegangen. Rechnet man die genannten Fahrzeugarten zusammen, so betrug der Anteil dieser Zweiradfahrzeuge 1953 noch knapp 39% und hielt sich in etwa dieser Höhe bis 1957. Entsprechend den dann einsetzenden Bestandsverringeringen und der nachlassenden Nutzungsintensität sank die Unfallbeteiligungsquote der Zweiradfahrzeuge laufend ab und machte 1968 nur noch knapp 10% aus. Da immer mehr Motorrad-, Moped- und Radfahrer auf Pkw „umsteigen“, wird diese Entwicklung vermutlich auch in den nachfolgenden Jahren anhalten, bis auch die noch verbliebenen Zweiradfahrzeuge aus dem Verkehrsbild verschwunden sind.

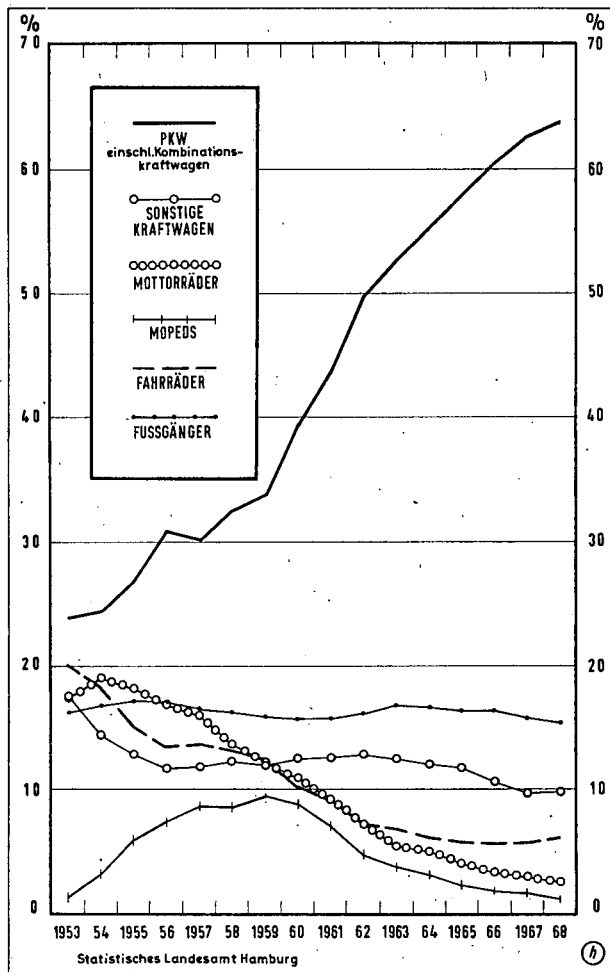
Der Anteil der Fußgänger an den Unfallbeteiligten ist, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, im Zeitablauf ab 1953 bemerkenswert konstant geblieben: Die absoluten Zahlen veränderten sich lediglich im Bereich zwischen rd. 3 000 und 4 000 und im übrigen zumeist im Rahmen der Entwicklung der Unfallbeteiligten insgesamt. Dadurch schwankt die Unfallbeteiligtenquote nur noch sehr geringfügig um einen mittleren Wert von etwa 16%. Seit 1965 ist die Unfallbeteiligung der Fußgänger etwas zurückgegangen, und zwar von 16,4% auf 15,4% im Jahre 1968. Hierin

<sup>10)</sup> Angaben hierüber standen vor 1956 nicht zur Verfügung.

wird man sicherlich einen Erfolg all der Maßnahmen sehen dürfen, die gerade in den letzten Jahren zum Schutz des Fußgängers getroffen wurden. Ob diese Entwicklung jedoch auch in Zukunft bei immer dichtem Verkehrsfluß anhalten kann, bleibt abzuwarten<sup>11)</sup>.

Schaubild 3

An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden Beteiligte in Hamburg 1953 bis 1968 nach wichtigen Verkehrsteilnehmergruppen  
— in % —



Der in groben Zügen umrissene Umschichtungsprozeß in der Struktur der Unfallbeteiligten wird aus Schaubild 3 noch einmal deutlich. In dieser Graphik läßt sich der gewaltige Anstieg der Pkw sowie der einheitliche, lediglich im Zeitablauf geringfügig verschobene Rückgang aller Arten von Zweiradfahrzeugen deutlich ablesen.

Unfälle zwischen Kraftwagen bestimmen zunehmend das Unfallgeschehen

Man muß sich einmal überlegen, welche positiven Einflüsse auf die Unfallbilanz von dem langsamen Verschwinden der besonders stark gefährdeten Zwei-

radfahrzeuge ausgegangen sind, um klar erkennen zu können, welche negative Aufschlüsse eine Unfallbilanz der Kraftwagenfahrer allein bringen würde. Aus dem zur Verfügung stehenden Zahlenmaterial läßt sich das leider nur in einzelnen Bruchstücken belegen. Es ist jedoch sehr instruktiv, wenn man die Zahl der Personenschadensunfälle mit zwei Unfallbeteiligten nach der Art der Verkehrsteilnehmer gliedert, so wie es in Tabelle 6 geschehen ist. Auf diese Weise lassen sich recht interessante Aufschlüsse erzielen. Die gewählte Art der Darstellung ist erstmalig für das Jahr 1956 möglich. Es soll daher die Unfallstruktur dieses Jahres mit 1968 verglichen werden.

Tabelle 6

Personenschadensunfälle zwischen zwei Unfallbeteiligten in Hamburg 1956 und 1968

Unfallgruppen	1956		1968		1956 = 100
	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	
Unfälle zwischen Kraftwagen .....	1 225	12,4	4 054	44,7	330,9
darunter zwischen PKW <sup>1)</sup> .....	638	6,5	3 020	33,3	473,4
Unfälle zwischen Kraftwagen u. Zweiradfahrz. ....	3 755	38,0	1 584	17,5	42,2
Unfälle zwischen Zweiradfahrzeugen ...	927	9,4	81	0,9	8,7
Unfälle mit Fußgängerbeteiligung .....	3 569	36,1	3 208	35,4	89,9
darunter zwischen Fußgänger u. Kraftw. .	1 861	18,8	2 935	32,4	157,7
Fußgänger u. Zweiradf. .	1 471	14,9	213	2,3	14,5
Übrige Unfälle .....	402	4,1	138	1,5	34,3
Unfälle m. 2 Beteiligten insgesamt .....	9 878	100	9 065	100	91,8

<sup>1)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen.

Tabelle 6 zeigt, daß die Zweiradfahrzeuge im Unfallbild des Jahres 1956 noch eine außerordentlich große Rolle gespielt haben. So bildeten die Unfälle zwischen Kraftwagen und Zweiradfahrzeugen mit 38 % aller Personenschadensunfälle zwischen zwei Beteiligten die stärkste Unfallgruppe. Bemerkenswert ist auch, daß die Unfälle, an denen nur Zweiradfahrzeuge beteiligt waren, mit 9,4 % fast ebenso zahlreich auftraten wie die Zusammenstöße zwischen Kraftwagen (12,4 %).

1968 dagegen hatte sich die Unfallstruktur völlig gewandelt. Jetzt beherrschten die Unfälle zwischen Kraftwagen (44,7 %) die Szene, wobei allein ein Drittel aller Unfälle sich zwischen Pkw (einschl. Kombinationskraftwagen) abspielte. Während die Personenschadensunfälle mit 2 Beteiligten insgesamt zwischen 1956 und 1968 um mehr als 8 % gesunken sind, haben sich die Unfälle zwischen Kraftwagen seit 1956 mehr als verdreifacht<sup>12)</sup>. Nimmt man allein die Unfälle zwischen Pkw, so sind diese auf nahezu das Fünffache angestiegen. Demgegenüber sind die Unfälle zwischen Kraftwagen und Zweiradfahrzeugen auf weniger als die Hälfte abgesunken; ihr Anteil betrug 1968 nur noch 17,5 %. Unfälle zwischen Mopeds, Fahrrädern und Motorrädern sind heute nahezu bedeutungslos.

<sup>11)</sup> Die bisher vorliegenden Teilergebnisse aus 1969 deuten darauf hin, daß die Unfallbeteiligtenquote der Fußgänger wieder leicht angestiegen ist. — <sup>12)</sup> Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Alleinunfällen. Auch hier hat sich die Zahl der verunglückten Kraftwagen zwischen 1956 und 1968 etwa verdreifacht, während die Zahl der verunglückten Motorräder, Mopeds und Fahrräder auf 29 % zurückgegangen ist.

Auffallend konstant sind dagegen die Unfälle mit Fußgängerbeteiligung geblieben. Ihr Anteil betrug 1956 36,1% und 1968 35,4%. Allerdings täuscht diese Zahl eine nur scheinbare Konstanz vor. Während nämlich 1956 bei mehr als zwei Fünfteln dieser Unfälle (41%) der Fußgänger „nur“ von einem Zweiradfahrzeug angefahren wurde, wurde 1968 nur noch bei 7% ein Motorrad, Moped oder Fahrrad als „Unfallgegner“ registriert. Bei 93% aller Fußgängerunfälle aber lag eine Kollision mit einem Kraftwagen vor, und wir werden im nächsten Abschnitt noch zeigen, daß dadurch die Schwere der Unfallschäden bei den Fußgängern erheblich zugenommen hat.

Im Verlauf der letzten 13 Jahre sind also die Unfälle zwischen den Kraftwagen einerseits und zwischen Kraftwagen und Fußgängern andererseits zu den beiden ausschlaggebenden Unfallgruppen geworden. Insbesondere die Unfälle, an denen nur Kraftwagen beteiligt waren, weisen die mit Abstand höchsten Zuwachsraten im Vergleich zu 1956 auf. Auch unter diesem Gesichtspunkt steht zu befürchten, daß sich in den folgenden Jahren die Unfallbilanz weiter verschlechtern wird.

## 6. Verunglückte

Bereits in dem Abschnitt über die Schwere der Personenschadensunfälle wurde darauf eingegangen, in welchem Ausmaß sich die Zahl der Verunglückten in ihrer Zusammensetzung aus Getöteten, Schwer- und Leichtverletzten gegenüber dem Ausgangsjahr 1953 verändert hat. An dieser Stelle bleibt daher nur nachzutragen, in welcher Weise sich der im vorigen Abschnitt ausführlich dargestellte Strukturwandel auch bei den Verunglückten niedergeschlagen hat.

Immer mehr Autofahrer unter den Verunglückten

Tabelle 7 zeigt, daß sich zwar die Struktur der Verunglückten ähnlich der der Unfallbeteiligten entwickelt hat. Es lassen sich jedoch nicht unbedeutende graduelle Abweichungen erkennen. So ist beispielsweise die Zahl der verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Kraftwagen im Vergleich zu 1953 von rd. 1 700 auf nicht weniger als knapp 9 700 (1968) angewachsen, was etwa einem Anstieg auf das Fünfeinhalbfache von 1953 entspricht. Im gleichen Zeitraum hat sich dagegen die Zahl der unfallbeteiligten Kraftwagen nur etwas mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß der Anteil der verunglückten Kraftwagenfahrer an den Verunglückten insgesamt im Untersuchungszeitraum von 15% auf 62% angestiegen ist.

Die Zahl der verunglückten Kraft-, Moped- und Radfahrer hat sich dagegen — insbesondere seit dem Ende der 50er Jahre — laufend verringert, so wie es der abnehmenden Bedeutung dieser Fahrzeugarten im Straßenverkehr entspricht. Während 1953 noch 55% aller Verunglückten auf die Fahrer und Mitfahrer von Zweiradfahrzeugen entfielen, waren es 1968 nur noch knapp 15%.

<sup>13)</sup> Ähnlich wie bei den Beteiligten scheint nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auch die Verunglücktenquote bei den Fußgängern wieder anzusteigen. — <sup>14)</sup> Bei einer Untersuchung für das Jahr 1966 wurden in Hamburg folgende durchschnittliche Besetzungen von unfallbeteiligten Kraftfahrzeugen festgestellt: Krafträder und -roller 1 200, Mopeds 1 090 und Personen- und Kombinationskraftwagen 1 580 Insassen je 1 000 Fahrzeuge (vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1967, H. 10, S. 248). Diese Besetzungszahlen dürften in etwa auch heute noch zutreffen und geben eine Vorstellung von der Obergrenze für die verwendete Kennziffer bei den einzelnen Verkehrsteilnehmerarten.

Tabelle 7

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Personen  
in Hamburg 1953 bis 1968 nach der Art  
ihrer Verkehrsbeteiligung

Jahre	Verunglückte Personen					
	insgesamt	darunter				
		Fahrer oder Mitfahrer von				
		Personen- und Kombinationskraftwagen	sonstigen Kraftwagen	Kraft- rädern, Kraft- rollern	Mo- peds, Mofa 25	Fahr- rädern
	1	2	3	4	5	6
						7
		a) Anzahl				
1953	11 744	1 736		3 160	3 269	
1955	13 609	2 333		3 602	1 124	2 640
1960	15 951	3 998	841	2 721	2 121	2 232
1965	13 591	6 667	921	908	469	1 115
1966	14 850	7 754	868	805	411	1 199
1967	14 822	8 036	753	727	398	1 222
1968	15 619	8 807	845	650	289	1 354
		b) in % der Jahressummen				
1953	100	14,8		26,9	27,8	
1955	100	17,1		26,5	8,3	19,4
1960	100	25,1	5,3	17,1	13,3	14,0
1965	100	49,1	6,8	6,7	3,5	8,2
1966	100	52,2	5,8	5,4	2,8	8,1
1967	100	54,2	5,1	4,9	2,7	8,2
1968	100	56,4	5,4	4,1	1,8	8,7
		c) auf 1000 Unfallbeteiligte entfielen				
1953	616	220		955	803	
1955	619	267		901	854	783
1960	615	390	259	972	921	846
1965	642	543	370	1 077	977	885
1966	642	553	356	1 043	956	902
1967	642	555	337	1 075	1 013	907
1968	650	575	359	1 076	986	906

Ebenso wie bei der Analyse der Unfallbeteiligten zeigt sich auch bei den Verunglückten, daß der Anteil der Fußgänger im Berichtszeitraum verhältnismäßig konstant geblieben ist. Erfreulicherweise hat seit 1966 die absolute Zahl der verunglückten Fußgänger etwas abgenommen. Dadurch hat sich der Anteil der verunglückten Fußgänger an den insgesamt zu Schaden gekommenen Personen von knapp 25% auf 23% verringert. Das bisher vorliegende Teilergebnis des Jahres 1969 deutet jedoch darauf hin, daß es sich hierbei möglicherweise nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt<sup>13)</sup>.

Kraftwagenfahrer noch immer mit dem geringsten Verletzungsrisiko

Interessante Aufschlüsse ergeben sich, wenn man die Verunglückten nach der Art ihrer Verkehrsbeteiligung aufgliedert und sie so den Unfallbeteiligten gegenüberstellt. Es bietet sich daher an, die Zahl der Verunglückten einer bestimmten Verkehrsteilnehmergruppe auf 1 000 Unfallbeteiligte der gleichen Gruppe zu berechnen. Die so gebildete Kennziffer spiegelt in etwa wider, wie groß das Risiko ist, daß ein in einen Unfall verwickelter Verkehrsteilnehmer auch verletzt oder gar getötet wird (Tab. 7). Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß auf ein unfallbeteiligtes Fahrzeug mehrere verunglückte Personen entfallen können. Die absolute Obergrenze dieser Kennziffer liegt also bei allen Fahrzeugen je nach ihrer durchschnittlichen Fahrgastbesetzung<sup>14)</sup> unter Umständen erheblich über 1 000. Bei den Fußgängern

dagegen würde die Zahl 1 000 dem Fall entsprechen, daß sämtliche unfallbeteiligten Fußgänger auch zu Schaden gekommen sind.

Aus Tabelle 7 läßt sich zunächst einmal ersehen, daß das Verletzungsrisiko für die Insassen von Kraftwagen noch immer verhältnismäßig gering ist, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Obergrenze dieser Kennziffer bei Kraftwagen entsprechend ihrer durchschnittlichen Fahrgastbesetzung etwa bei 1 500 liegen dürfte. Auf 1 000 unfallbeteiligte Pkw entfielen „nur“ 575 verunglückte Insassen. Noch geringer war das Verletzungsrisiko bei den Fahrern und Mitfahrern von Lkw, Zugmaschinen und Bussen. (359).

Wesentlich schlechter dagegen ist die Lage der Fußgänger, bei denen im Jahre 1968 97,4 % aller Unfallbeteiligten verletzt oder getötet wurden. Auch für die einzelnen Gruppen der Zweiradfahrzeuge sieht es nicht wesentlich besser aus. Da man — entsprechend den Ergebnissen einer Sonderuntersuchung für 1966<sup>14)</sup> wohl auch für 1968 unterstellen kann, daß Mitfahrer auf Motorrädern, Mopeds und Fahrrädern verhältnismäßig selten sind und daß somit die Obergrenze der hier besprochenen Kennziffer nur unwesentlich über 1 000 liegen dürfte, muß man annehmen, daß rund 90 % aller Fahrer und Mitfahrer von unfallbeteiligten Zweiradfahrzeugen auch mit mehr oder weniger großem Personenschaden zu rechnen haben.

Im Vergleich zu 1953 ist die Zahl der verunglückten Personen — gemessen an den Unfallbeteiligten bei allen Verkehrsteilnehmerarten — erheblich größer geworden; ein Zeichen für die zunehmende Schwere der Unfälle. Bei den Fußgängern ebenso wie bei der Gruppe der Zweiradfahrzeuge waren bereits die Ausgangswerte sehr hoch. Trotzdem ist eine weitere Verschlechterung der Unfallsituation dieser Verkehrsteilnehmergruppen unverkennbar. Auch hier spiegelt sich die veränderte Zusammensetzung des Straßenverkehrs wider. Bei der dominierenden Rolle, die der Pkw im heutigen Straßenbild spielt, treffen Fußgänger und Zweiradfahrzeuge bei Unfällen in zunehmendem Ausmaß auf Kraftwagen und damit auf stärkere Kollisionspartner. Ihre Chance, bei Unfällen unverletzt zu bleiben, verringert sich von Jahr zu Jahr.

Trotzdem wird bei einem Vergleich über den gesamten Zeitraum hin recht deutlich, daß die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung die Insassen der Kraftwagen selbst sind. Ihr Risiko, bei einem Unfall zu Schaden zu kommen, ist relativ weitaus am stärksten gestiegen. Während noch 1953 nur 220 Fahrer und Mitfahrer auf jeweils 1 000 unfallbeteiligter Kraftwagen verunglückten, stieg diese Kennziffer bis 1968 bereits auf 546 an. Das Verletzungsrisiko der Kraftwageninsassen ist damit auf das Zweieinhalbfache gestiegen.

Besonders bedenklich ist dabei das kontinuierliche Ansteigen der Kennziffer für die Insassen von Pkw. Auch hierin spiegeln sich Tendenzen wider, die vermutlich in der näheren Zukunft anhalten und die Unfallbilanz ungünstig beeinflussen werden:

<sup>14)</sup> Man wird dabei auch berücksichtigen müssen, daß die bei den Zweiradfahrzeugen zugrundeliegenden absoluten Zahlen verhältnismäßig klein sind, so daß relativ starke Schwankungen allein durch „zufällige“ Einflüsse möglich werden. — <sup>15)</sup> errechnet aufgrund der Ergebnisse bis einschl. November 1969.

## Schwerste Unfallschäden bei Fußgängern

Abschließend bleibt noch ein Gesichtspunkt nachzutragen, nämlich wie sich die Schwere der Personenschäden bei den einzelnen Verkehrsteilnehmerarten entwickelt hat. Hierzu benutzen wir wiederum als Kennziffer die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 100 Leichtverletzte. Zunächst einmal zeigt sich im Vergleich zu 1960 bei allen Gruppen ein Ansteigen der Maßzahl, die die Schwere der Unfallschäden charakterisiert. Innerhalb der einzelnen Gruppen der Verkehrsbeteiligten zeigen sich jedoch erhebliche Differenzierungen.

Tabelle 8

Die Schwere der Personenschäden  
bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1960 bis 1969<sup>1)</sup>  
nach wichtigen Verkehrsteilnehmergruppen

Arten der Verkehrsteilnehmerbeteiligung	Auf 100 Leichtverletzte entfielen . . . . . Getötete und Schwerverletzte					
	1960	1965	1966	1967	1968	1969 <sup>1)</sup>
	1	2	3	4	5	6
Kraftwagen . . . . .	32	35	36	41	46	49
darunter						
Pkw . . . . .	32	35	36	41	47	49
Zweiradfahz. . . . .	41	57	63	75	80	75
darunter						
Motorräder . . . . .	41	54	51	67	85	72
Mopeds . . . . .	40	56	72	72	77	73
Fahrräder . . . . .	42	59	69	81	78	76
Fußgänger . . . . .	102	131	130	138	142	147
Insgesamt . . . . .	49	55	56	62	66	69

<sup>1)</sup> vorläufige Zahlen (errechnet aufgrund der Ergebnisse von Januar bis November 1969).

Erwartungsgemäß sind die Unfallfolgen für die Insassen von Kraftwagen am leichtesten. Auf 100 Leichtverletzte kamen 1969 49 Getötete und Schwerverletzte, eine Zahl, die für die Insassen der Kraftwagen insgesamt ebenso gilt wie für Pkw-Fahrer allein. Es verdient weiterhin festgehalten zu werden, daß die Schwere der Personenschäden im Vergleich zu anderen Verkehrsteilnehmergruppen verhältnismäßig langsam zugenommen hat. Zwar ist im vorigen Absatz ersichtlich geworden, daß die Zahl der Pkw-Insassen, die bei einem Unfall verunglücken, im Zeitablauf sehr stark gestiegen ist; dank der festen Fahrgastkabine und der laufend am Kraftwagen vorgenommenen Verbesserungen der inneren Sicherheit hat es sich dabei jedoch weit überwiegend nur um Leichtverletzte gehandelt.

Bei der Gruppe der Zweiradfahrzeuge sind die Unfallschäden nicht nur wesentlich schwerer, sie sind auch seit 1960 in viel stärkerem Ausmaß angestiegen. Während damals „nur“ 41 Getötete und Schwerverletzte auf 100 Leichtverletzte entfielen, waren es 1969 bereits 75. Interessanterweise zeigt sich für 1969 einheitlich ein allerdings unterschiedlich starker Rückgang in der Kennziffer für die Schwere der Personenschäden bei allen Arten von Zweiradfahrzeugen. Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, worauf dies zurückzuführen ist<sup>15)</sup>.

Die weitaus schwersten Unfallschäden sind jedoch bei den Fußgängern zu verzeichnen. Immerhin wurden 1969 rund 5,6 % aller verunglückten Passanten getötet und 54,0 % wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert<sup>16)</sup>. Die Kennziffer

für die Schwere der Unfallschäden stieg von 102 im Jahre 1960 auf 147 für das Jahr 1969. Zwar hat sich infolge einer Vielzahl von Maßnahmen zum Schutze des Fußgängers die Zahl der verunglückten Fußgänger in den letzten Jahren etwas verringert; dem steht

aber als Negativum gegenüber, daß, wenn ein Fußgänger in einen Unfall verwickelt wird, die Folgen dieses Unfalls für ihn immer schwerwiegender geworden sind. Auch diese negative Tendenz wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft fortsetzen.

## 7. Zusammenfassung

Im Jahre 1969 ereigneten sich in Hamburg rund 11 500 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, was einem Zuwachs seit 1953 um 20,0 % entspricht. Diese Entwicklung erscheint zunächst als durchaus positiv, insbesondere, wenn man Sie mit der sprunghaften Vergrößerung des Kraftfahrzeugbestandes vergleicht, der sich seit 1953 mehr als vervierfacht hat. Dieses auf den ersten Blick recht günstige Bild wird jedoch merklich getrübt durch eine Reihe von negativen Beobachtungen, die vor allem in den letzten Jahren wirksam waren.

Seit 1965 ist nämlich die Zahl der Personenschadensunfälle relativ stärker gestiegen als vorher (+ 12 %). Damit betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den letzten vier Jahren knapp 3 %, obwohl zwischen 1968 und 1969 — nicht zuletzt als Folge der Einführung des Bußgeldkatalogs — die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 1 % geringfügig gesunken ist. Die im Vergleich zu den Vorjahresmonaten im zweiten Halbjahr 1969 stark gestiegenen Unfallzahlen deuten darauf hin, daß sonst die Unfallbilanz des Jahres 1968 mit Sicherheit übertroffen wäre.

Vor allem aber sind die Unfälle in der letzten Zeit immer schwerer geworden. Die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Personen ist seit 1953 mit knapp 32 % erheblich stärker gestiegen als die der Unfälle. Mißt man die Schwere der Unfälle an der Zahl der dabei zu Schaden gekommenen Personen, so verunglückten 1958 durchschnittlich 119 Verkehrsteilnehmer bei 100 Unfällen, während es 1969 bereits 134 waren. Bedenklich ist vor allem, daß die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten seit 1953 mit 69 % etwa fünfmal so stark gestiegen ist wie die der Leichtverletzten (14 %). Dabei hat die Schwere der Unfallschäden besonders stark seit 1960 zugenommen. Kamen in diesem Jahre auf je 100 Leichtverletzte noch 49 Personen, die getötet wurden oder einer stationären Krankenhausbehandlung zugeführt werden mußten, so stieg diese Kennziffer bereits auf 69 im letzten Jahr.

In der Vergangenheit haben sich vor allem zwei Faktoren günstig auf die Unfallbilanz ausgewirkt. Infolge der durch die starke Verkehrsverdichtung verringerten Fahrgeschwindigkeit in den Großstädten ist — zumindest während der Berufsverkehrsspitzen und auf den Hauptverkehrsstraßen — die Zahl der schweren Unfälle mit Personenschaden zurückgegangen. Noch stärker aber hat sich ein Umschichtungsprozeß in der Zusammensetzung der Verkehrsteilnehmer ausgewirkt. Während die besonders gefährdete Gruppe der Zweiradfahrzeuge 1955 noch knapp 40 % der Unfallbeteiligten und 54 % der Verunglückten im Straßenverkehr stellten, waren es — entsprechend dem starken Rückgang dieser Fahrzeugarten — 1968 nur noch knapp 10 % der Beteiligten und nicht ganz 15 % der Getöteten und Verletzten. Umgekehrt entwickelte sich die Unfallbeteiligung der Kraftwagenfahrer, die 1968 rund 74 % aller unfallbeteiligten Verkehrsteilnehmer und 62 % aller Verunglückten stellten. Der Anteil der Fußgänger blieb mit Werten um 16 % bei den Beteiligten und rund 25 % bei den Verunglückten seit 1953 ziemlich konstant. Es bleibt abzuwarten, ob das geringfügige Absinken dieser Quote in den letzten Jahren von Dauer sein wird.

Von diesem in groben Zügen umrissenen Umschichtungsprozeß sind mit Sicherheit starke positive Einflüsse ausgegangen. Das Ende dieser Umstrukturierung ist aber absehbar geworden. Die Entwicklung der Unfallzahlen wird in Zukunft immer mehr von der Gruppe der Autofahrer und innerhalb dieser besonders von den Pkw-Fahrern bestimmt. Bei dieser Verkehrsteilnehmergruppe zeigen sich jedoch besonders ungünstige Tendenzen. So haben sich die Unfälle, an denen nur Kraftwagen beteiligt waren, seit 1956 mehr als verdreifacht; nimmt man allein die Unfälle zwischen Pkw, so sind diese auf nahezu das Fünffache angestiegen. Während sich zwischen 1953 und 1968 die Zahl der unfallbeteiligten Kraftwagen nur etwas mehr als verdoppelt hat, stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Kraftwagen auf das Fünfeinhalbfache. Der einzig positive Aspekt dieser Entwicklung ist, daß die Schwere der Unfallschäden bei den Kraftwagenfahrern von allen Verkehrsteilnehmergruppen am geringsten ist.

Die aufgezeigten Tendenzverschlechterungen werden aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren anhalten, so daß mit einer weiteren Erhöhung der Unfallzahlen ebenso gerechnet werden muß wie mit dem Umstand, daß auch in Zukunft die Schwere der Personenschadensunfälle weiter zunehmen wird.

Hans-Eckhard Stegen

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Meteorologische Beobachtungen						
Mittelwerte 1)						
Luftdruck	mm 2)	757,4	761,3	753,0	763,6	760,2
Lufttemperatur	°C	9,0	9,7	6,2	— 3,4	— 0,8 r
Relative Luftfeuchtigkeit	%	76,3	78,1	80	86	83
Windstärke	Meßzahl 3)	3,3	3,0	4	3	3
Bewölkung	„ 4)	7,2	6,7	7	8	7
Summenwerte 5)						
Niederschlagshöhe	mm	844	825	107	28	32
Sonnenscheindauer	Std.	1 430	1 582	38	28	47
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	99	88	9	19	21
Tage mit Niederschlägen	„	271	254	24	26	20
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)						
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	288,6	269,7	„	„	267,1 r
Altona	„	270,9	260,7	„	„	260,8 r
Eimsbüttel	„	262,4	259,9	„	„	260,6 r
Hamburg-Nord	„	433,5	374,0	„	„	370,3 r
Wandsbek	„	273,0	366,3	„	„	367,5 r
Bergedorf	„	78,3	89,4	„	„	89,7 r
Harburg	„	191,2	206,9	„	„	206,8 r
Hamburg insgesamt	„	1 797,9	1 826,9	1 821,3 p	1 819,6 p	1 822,8 r
dav. männlich	„	828,5	846,1	„	„	844,4 r
weiblich	„	969,4	980,8	„	„	978,4 r
dar. Ausländer 6)	„	23,7	62,1	76,1	77,4	64,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen 7)	Anzahl	1 454	1 320	940 p	1 270 p	1 319 r
„ je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	8,7	8,6	6,3 p	8,2 p	8,5 r
Ehescheidungen	„	289	376	400 p	550 p	579 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	1 837	2 022	1 410 p	1 650 p	1 847 r
dar. unehelich	„	158	142	135 p	130 p	147 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	12,3	13,2	9,4 p	10,7 p	11,9 r
„ je 1000 Einwohner und 1 Jahr	%	8,6	7,1	9,4 p	7,8 p	7,9 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	„	1,5	0,9	1,7 p	0,9 p	1,2 r
Totgeborene in % der Geborenen	Anzahl	1 829	2 216	2 070 p	2 950 p	2 454 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	„	62	41	30 p	40 p	51 r
dar. im ersten Lebensjahr	„	12,2	14,5	13,8 p	19,1 p	15,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	„	28,4	19,8	21,3 p	24,2 p	26,2 r
„ je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	8	— 194	— 660 p	— 1 300 p	— 607 r
Geburten- (+) / Sterbeüberschuß (—)	„	0,0	— 1,3	— 4,4 p	— 8,4 p	— 3,9 r
„ je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	„	„	„	„	„
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen	Anzahl	7 084	6 048	6 900 p	6 700 p	5 451
über die Landesgrenze Hamburgs	„	5 335	6 665	4 800 p	7 100 p	7 347
Fortgezogene Personen	„	+ 1 750	— 617	+ 2 100 p	— 400 p	— 1 896
über die Landesgrenze Hamburgs	„	+ 889	— 315	„	„	— 1 124
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	„	+ 861	— 302	„	„	— 772
dav. männlich	„	„	„	„	„	„
weiblich	„	„	„	„	„	„
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	„	14 534	15 248	14 210	„	15 184
Nach Gebieten						
a) Zugezogene aus:						
Schleswig-Holstein	„	1 738	1 693	1 760 p	„	1 484 r
dar. angrenzende Kreise 9)	„	816	992	800 p	„	872 r
Niedersachsen	„	1 358	1 101	1 200 p	„	873 r
dar. angrenzende Kreise 10)	„	315	312	350 p	„	253 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	2 293	1 843	1 640 p	„	1 594 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	„	783	65	50 p	„	85 r
Ausland	„	819	1 278	2 200 p	„	1 338 r
Unbekannt	„	95	68	50 p	„	77 r
b) Fortgezogene nach:						
Schleswig-Holstein	„	1 435	2 483	„	„	2 431 r
dar. angrenzende Kreise 9)	„	813	1 815	„	„	1 821 r
Niedersachsen	„	928	1 183	„	„	1 204 r
dar. angrenzende Kreise 10)	„	250	485	„	„	564 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	2 268	1 924	„	„	2 001 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	„	86	5	„	„	10 r
Ausland	„	558	1 040	„	„	1 663 r
Unbekannt	„	60	30	„	„	38 r

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — 5) An Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — 6) Nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Meide-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — 7) Nach dem Ereignisort. — 8) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Máßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
<b>Gesundheitswesen</b>						
<b>1. Krankenanstalten in Hamburg</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	11 949	11 219	11 171	11 201	11 204
Pflegtage		326 016	268 305	272 156	243 995	242 902
Bettenausnutzung 3)	%	92,1	81,9	85,2	74,2	72,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	4 329	4 557	4 558	4 558	4 525
Pflegtage		114 534	124 798	122 875	113 120	115 923
Bettenausnutzung 3)	%	87,6	89,2	89,1	79,6	82,1
c) Privatkanneanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	441	781	753	655	780
Pflegtage		10 869	19 754	19 630	14 276	15 983
Bettenausnutzung 3)	%	81,3	80,6	83,6	63,9	64,8
<b>2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	985	859	856	856	856
Pflegtage		25 791	19 697	18 367	16 699	15 969
Bettenausnutzung 3)	%	86,4	77,5	73,6	62,9	60,8
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand 1) 2)	Anzahl	1 278	1 002	998	988	988
Pflegtage		34 269	24 286	21 678	20 580	22 108
Bettenausnutzung 3)	%	88,0	82,4	72,8	67,1	73,7
<b>3. Anstalten für Geistesranke</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 574	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegtage		44 280	49 022	46 941	47 031	48 969
Bettenausnutzung 3)	%	94,7	93,4	92,6	89,4	91,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 279	1 294	1 292	1 292	1 292
Pflegtage		38 068	38 745	37 952	39 150	39 428
Bettenausnutzung 3)	%	97,9	98,1	97,9	97,7	98,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand 1)	Anzahl	1 300	1 430	1 407	1 407	1 417
Pflegtage		38 245	43 078	42 325	43 643	43 388
Bettenausnutzung 3)	%	96,6	98,6	98,9	98,9	98,8
<b>4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen<sup>4)</sup></b>						
Gestorbene insgesamt	Anzahl	1 829	2 216	2 070 p	2 950 p	2 454 r <sup>4)</sup>
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	"	"	15	"	"	14
Bösartige Neubildungen	"	"	422	"	"	461
Neubildungen der lymph. und blutbild. Organe	"	"	27	"	"	30
Krankheiten des Kreislaufsystems	"	"	979	"	"	1 127
dar. akuter Herzmuskelinfarkt	"	"	206	"	"	272
Hirngefäßkrankheiten	"	"	288	"	"	333
Krankheiten der Atmungsorgane	"	"	167	"	"	162
dar. Pneumonie	"	"	55	"	"	58
Kraftfahrzeugunfälle	"	"	33	"	"	49
Selbstmorde	"	"	50	"	"	59
<b>Kulturpflege</b>						
<b>Rundfunk und Fernsehen</b>						
Tonrundfunkteilnehmer	1 000	600,6	697,9	711,4	711,6	705,8
Fernsehrundfunkteilnehmer	"	90,7	569,5	606,6	608,8	585,2
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>						
<b>Soziale Krankenversicherung<sup>5)</sup></b>						
Mitglieder	1 000	699,0	668,0	687,1	687,4	677,6
dav. Pflichtmitglieder	"	477,7	398,1	404,8	405,0	400,3
Rentner	"	163,8	215,4	226,0	226,0	221,9
Freiwillige Mitglieder	"	57,5	54,5	56,3	56,4	55,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder insges.	"	29,7	24,1	27,0	25,4	23,8
dav. männlich	"	19,7	18,4	17,9	17,2	16,3
weiblich	"	10,0	7,7	9,1	8,2	7,5

1) Am Monatsende. — 2) Ohne Säuglingsbetten. — 3) Ohne gesperrte Betten. — 4) Wegen Neueinführung der ICD 1968 sind die Ergebnisse über einzelne Todesursachen aus vorhergehenden Jahren nicht vergleichbar. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Berichtigtes Ergebnis nach dem genauen Sterbemonat.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
<b>1. Arbeitslose</b>						
Arbeitslose	Anzahl	18 641	6 215	3100	3 219	4 829
dav. männlich	"	9 968	4 067	1 671	1 787	2 974
weiblich	"	8 673	2 148	1 429	1 432	1 855
Berufsgruppen insgesamt	"	18 641	6 215	3 100	3 219	4 829
dar. Bauberufe	"	2 420	348	17	55	239
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	664	144	37	43	74
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	"	194	47	45	90
Elektriker	"	71	48	10	11	18
Chemiewerker	"	357	69	22	27	40
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	160	27	10	11	21
Graphische Berufe	"	203	94	51	52	85
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	118	20	6	8	16
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	"	616	97	59	41	76
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	"	313	156	161	200
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	162	186	73	69	153
Kaufmännische Berufe	"	3 126	628	401	384	478
Verkehrsberufe	"	1 550	792	208	240	478
Verwaltungs- und Büroberufe	"	2 216	987	832	781	910
Künstlerische Berufe	"	717	239	171	181	248
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>						
Offene Stellen	Anzahl	9 814	18 628	27 112	23 489	16 893
dav. männlich	"	5 178	8 324	15 256	12 862	7 409
weiblich	"	4 636	10 302	11 856	10 627	9 484
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	"	11 850	6 357	6 040	4 959	4 554
dav. männlich	"	7 483	4 484	4 087	3 381	3 198
weiblich	"	4 367	1 873	1 953	1 578	1 356
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	20 505	8 388	7 926	7 737	6 359
dav. männlich	"	19 454	7 748	7 299	7 045	5 871
weiblich	"	1 051	640	627	692	488
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	"	23 889	10 853	7 791	7 549	8 691
dav. männlich	"	13 390	6 356	3 526	3 552	4 801
weiblich	"	10 499	4 497	4 265	3 997	3 890
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>						
<b>1. Milcherzeugung</b>						
Kuhmilcherzeugung	t	2 344	1 961	1 519	1 788	1 766
dar. an Molkereien geliefert	%	80,0	87,0	87,7	87,0	87,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,8	9,2	10,4	10,4
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>						
Vollmilch insgesamt	t	11 234	10 988	10 581	10 663	10 344
dav. lose	"	7 445	2 967	2 294	2 070	2 433
in Flaschen	"	3 789	8 021	8 287	8 593	7 911
Mager- und Buttermilch	"	608	579	253	240	262
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)</b>						
Rinder	1 000 St.	8,9	9,9	11,7	10,1	8,6
Kälber	"	3,4	2,1	1,4	1,8	1,5
Schweine	"	49,0	43,1	35,5	39,6	38,6
Schafe	"	3,6	1,5	1,3	1,1	1,0
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>						
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,7	9,2	10,0	9,4	8,6
Kälber	"	3,4	2,0	1,3	1,7	1,4
Schweine 3)	"	50,0	45,1	37,4	41,5	41,3
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	t	6 559	6 605	6 349	6 431	6 150
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 884	2 283	2 479	2 336	2 177
Schweine	"	4 289	4 109	3 719	3 910	3 809
Durchschnittliches Schlachtgewicht für						
Rinder	kg	245,4	247,9	248,3	249,8	252,9
Kälber	"	58,4	76,9	83,8	81,8	79,6
Schweine	"	87,0	91,2	99,5	94,2	92,3
<b>5. Obst- u. Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)</b>						
Obstzufuhr aus dem Inland	t	2 996	4 083	"	"	3 290
Obstzufuhr aus dem Ausland	"	13 201	20 937	"	"	28 857
Gemüsezufuhr aus dem Inland	"	6 680	6 977	"	"	4 362
Gemüsezufuhr aus dem Ausland	"	4 009	7 509	"	"	5 740
<b>6. Fischmarkt</b>						
Versteigerte Mengen insgesamt	t	5 651	2 077	1 019	1 247	1 543
dar. in HH angelandete Fische	"	5 374	1 782	811	834	1 360

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Gewerbliche und Hausschlachtungen. — 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>						
<b>1. Industrie 1)</b>						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 834	1 553	1 523	1 517	1 538
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	224	203	211	210	204
• dar. Arbeiter 2)	-	173	136	138	138	136
• Geleistete Arbeiterstunden 3)	-	30 296	21 699	22	22 073	21 792
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	74	129	166	164	144
• Gehälter (Bruttosumme)	-	32	92	127	126	106
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE 4)	28	10	10	11	11
• Gasverbrauch	1 000 Nm³	6 018	2 335	1 997	2 619	2 619
• Heizölverbrauch	1 000 t	42	70	77	93	88
• Stromverbrauch	Mio kWh	81	130	146	148	138
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	11	17	14	13	13
• Umsatz 5)	Mio DM	886	1 398	1 483	1 602	1 590
• dar. Auslandsumsatz 5)	-	115	198	194	222	268
<b>Beschäftigte nach Industriegruppen insges.</b>						
dar. Mineralölverarbeitung	1 000	224	203	211	210	204
NE-Metallindustrie	-	7	8	10	10	8
Chemische Industrie	-	3	3	3	3	3
Gummi und Asbest	-	16	17	17	17	17
Maschinenbau	-	13	11	12	12	11
Schiffbau	-	28	29	30	30	29
Elektroindustrie	-	34	20	18	18	19
Druck und Vervielfältigung	-	23	24	26	26	24
Ölmühlenindustrie	-	11	11	11	11	11
Margarineindustrie	-	3	2	2	2	2
Kaffee und Tee	-	2	3	3	3	3
	-	3	4	4	3	4
<b>Umsatz nach Industriegruppen insgesamt</b>						
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	886	1 398	1 483	1 602	1 590
NE-Metallindustrie	-	135	257	255	285	256
Chemische Industrie	-	33	84	57	68	92
Gummi und Asbest	-	59	122	123	116	113
Maschinenbau	-	28	41	51	50	40
Schiffbau	-	53	98	115	143	138
Elektroindustrie	-	63	49	62	53	101
Druck und Vervielfältigung	-	85	137	196	208	183
Ölmühlenindustrie	-	24	36	39	38	44
Margarineindustrie	-	41	60	51	50	61
Kaffee und Tee	-	26	24	24	23	23
	-	43	80	86	104	100
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>						
Wasserförderung	Mio cbm	10	12	12	13	12
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	262	517	669	781	667
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm³	38	84	116	172	135
Vj.-Durchschnitt 6)				2. Vj. 1969	3. Vj. 1969	3. Vj. 1968
		1961	1968			
<b>3. Handwerk (Meßziffern)</b>						
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100		84,7	83,8	84,1	85,9
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100		112,9	116,1	122,8	108,0
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100		110,9	111,7	121,2	106,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie — 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge — 3) Einschl. Lehrlingsstunden. — 4) Eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, = 3 t Rohbraunkohle — 5) Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. Ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — 6) Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>						
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>						
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	41 705	42 721	45 252	44 669	43 158
dar. Inhaber	"	1 364	1 298	1 283	1 286	1 296
Angestellte	"	3 174	4 703	5 309	5 309	4 937
Arbeiter <sup>2)</sup>	"	37 167	36 720	38 660	38 074	36 925
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 959	5 950	6 349	4 039	4 434
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 805	1 923	1 829	1 069	1 330
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 737	1 454	1 590	1 110	1 188
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 417	2 573	2 930	1 860	1 916
• Löhne (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	Mio DM	20,9	42,8	55,2	38,8	36,8
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	"	2,2	6,9	10,7	11,4	9,6
• Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) <sup>4)</sup>	"	60,6	102,1	176,3	306,0	180,8
dav. im Wohnungsbau	"	22,3	32,2	44,6	87,9	58,0
gewerbl. und Industr. Bau	"	17,9	27,1	37,2	65,7	49,0
öffentlichen und Verkehrsbau	"	20,4	42,8	94,5	152,4	73,8
<b>2. Baugenehmigungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudetelle)	Anzahl	524	204	198	181	465
• Umbauter Raum (ohne Gebäudetelle)	1 000 cbm	566	413	397	591	959
• Wohnungen	Anzahl	1 858	1 229	1 169	1 889	3 023
dar. in ganzen Wohngebäuden	"	1 825	1 195	1 135	1 873	2 947
Bruttowohnfläche	1 000 qm	120	84	84,8	129	197
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	42,0	51,4	53,5	73,3	116,0
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	146	84	106	60	108
• Umbauter Raum	1 000 cbm	438	411	468	362	473
Nutzfläche	1 000 qm	"	82	97	72	97
• Wohnungen	Anzahl	15	19	10	29	29
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	26,4	36,9	37,0	38,1	58,8
<b>3. Baubeginne</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudetelle)	Anzahl	483	179	137	217	333
• Umbauter Raum (ohne Gebäudetelle)	1 000 cbm	"	376	285	700	1 072
• Wohnungen	Anzahl	1 733	1 139	819	2 213	3 375
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	"	47,3	37,8	90,4	128,7
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	126	93	63	91	134
• Umbauter Raum	1 000 cbm	398	389	239	511	637
• Wohnungen	Anzahl	12	16	"	17	31
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	"	42,0	22,9	40,7	81,0
<b>4. Baufertigstellungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
• Wohngebäude (ohne Gebäudetelle)	Anzahl	378	240	159	"	1 338
• Umbauter Raum (ohne Gebäudetelle)	1 000 cbm	423	491	259	"	2 692
• Wohnungen	Anzahl	1 433	1 502	717	"	8 106
dar. in ganzen Wohngebäuden	"	1 361	1 474	699	"	7 938
Bruttowohnfläche	1 000 qm	88	103	52	"	564
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	29,7	60,7	32,5	"	328,6
<b>Nichtwohnbauten</b>						
• Nichtwohngebäude	Anzahl	121	86	70	"	559
• Umbauter Raum	1 000 cbm	277	412	303	"	3 031
• Wohnungen	Anzahl	23	20	18	"	119
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	17,3	41,6	27,2	"	329,3
<b>Wohnungen</b>						
Wohnungen insgesamt <sup>5)</sup>	Anzahl	1 456	1 522	735	"	8 225
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	1 062	800	147	"	3 196
<b>5. Bauüberhang</b>						
<b>(am Ende des Berichtszeitraumes) <sup>6)</sup></b>						
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	18 229	14 027	15 300	"	14 027
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	5 893	5 876	6 600	"	5 876
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen <sup>7)</sup></b>						
Bestand an Wohngebäuden	1 000	"	181	"	"	"
Wohnungen	"	504	682	"	"	"
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	"	2 496	"	"	"

<sup>1)</sup> Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. Für 1969 vorläufige Ergebnisse. Für 1968 berichtigte Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1969 einschl. Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — <sup>4)</sup> Ab Januar 1968 Mehrwertsteuer. — <sup>5)</sup> Ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — <sup>6)</sup> An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — <sup>7)</sup> Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts 1968 stehen die Angaben für den 31. 12. 1968.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1968	1968			
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>						
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>						
Einzelhandel insgesamt	1962 = 100	.	142	203	215	189
dav. Waren verschiedener Art	.	.	235	439	346	308
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	121	136	166	149
dar.1) Lebensmittel aller Art	.	.	139	158	192	173
Gemüse und Obst	.	.	93	94	95	96
Milch, Fettwaren und Eier	.	.	89	94	101	95
Tabakwaren	.	.	126	149	192	152
Bekleidung, Wäsche, Schuhwaren	.	.	115	175	186	162
dar.1) Textilwaren	.	.	120	165	213	191
Oberbekleidung	.	.	128	213	194	172
Herrenoberbekleidung	.	.	100	158	166	151
Damenoberbekleidung	.	.	103	168	146	117
Schuhe und Schuhwaren	.	.	122	195	197	159
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	117	160	192	151
dar.1) Metall und Kunststoffwaren	.	.	105	116	167	145
Haushaltskeramik und -glaswaren	.	.	111	167	286	232
Möbel	.	.	133	187	200	151
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	.	.	143	213	329	301
dar.1) Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	.	.	164	257	351	309
Uhren und Schmuck	.	.	109	153	357	318
Papierwaren und Druckerzeugnisse	.	.	124	158	230	216
dar.1) Bücher und Fachzeitschriften	.	.	113	157	254	224
Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	.	.	148	156	231	199
dar.1) Drogerien	.	.	151	166	280	224
Kohle und Mineralölzeugnisse	.	.	112	105	141	144
dar.1) Brennstoffe	.	.	96	83	118	122
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	.	.	101	149	160	99
dar.1) Kraftwagen und Krafträder	.	.	101	154	140	79
Sonstige Waren	.	.	137	150	158	163
dar.1) Blumen und Pflanzen	.	.	143	161	181	208
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels<sup>1)</sup></b>						
Groß- und Außenhandel insgesamt	1962 = 100	.	.	161	169	154
dav. a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	157	172	160
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	168	164	141
dav. Waren verschiedener Art	.	.	.	158	166	176
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	158	165	178
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	160	186	151
Getreide, Futter- und Düngemittel	.	.	.	183	198	204
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	191	209	216
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	102	87	84
Rohstoffe und Halbwaren	.	.	.	123	127	113
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	125	133	121
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	119	118	100
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	.	175	193	152
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	139	161	122
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	247	259	211
Textilwaren, Heimtextilien	.	.	.	131	112	110
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	199	160	148
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	76	72	79
Sonstige Fertigwaren	.	.	.	184	180	158
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	179	205	174
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	187	165	148
<b>3. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost<sup>1)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	6 703	11 006	10 312	13 458	15 040
Lieferungen Hamburgs	.	7 470	14 282	26 170	21 389	21 555
<b>4. Handel mit Berlin (West)<sup>1)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	70 290	127 346	151 237	.	154 369
Lieferungen Hamburgs	.	87 087	178 479	224 706	.	180 657

<sup>1)</sup> Darunter - Positionen nur Facheinzelhandel. — <sup>2)</sup> Durch Umstellung der Berechnung der Umsatz-Meßzahlen auf der Grundlage des Netto-Umsatzes (ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer) ab 1969 fehlen vergleichbare Angaben für die Vorjahre. — <sup>3)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr						
5.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg 1)	Mio DM	130	254	240	.	288
• dav. Waren der	.				.	
• Ernährungswirtschaft	.	9	25	21	.	25
• Gewerblichen Wirtschaft	.	121	229	219	.	263
• dav. Rohstoffe	.	2	8	2	.	10
• Halbwaren	.	28	71	70	.	67
• Fertigwaren	.	93	150	147	.	186
• dav. Vorerzeugnisse	.	11	14	16	.	16
• Enderzeugnisse	.	82	136	131	.	170
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-						
ländern	.				.	
• Europa	.	88	173	171	.	217
• dar. EWG-Länder	.	28	77	84	.	79
• EFTA-Länder	.	47	69	65	.	106
• Afrika	.	7	11	14	.	11
• Amerika	.	19	40	31	.	29
• dav. Nordamerika	.	7	28	22	.	17
• dar. USA	.	6	26	20	.	16
• Mittelamerika	.	2	2	3	.	2
• Südamerika	.	10	10	6	.	10
• Asien	.	17	27	22	.	27
• Australien und Ozeanien	.	1	3	2	.	4
6. Außenhandel der hamburgischen Im- und						
Exporteure 2)						
Wareneinfuhr	Mio DM	786	1 458	1 506	.	1 548
Warengruppen:						
• dar. Ernährungswirtschaft	.	375	537	566	.	602
• Gewerbliche Wirtschaft	.	409	919	931	.	945
• dav. Rohstoffe und Halbwaren	.	299	616	606	.	634
• Fertigwaren	.	110	303	325	.	311
Ländergruppen:						
• dar. Europa	.	247	545	608	.	654
• dav. EWG-Länder	.	81	289	325	.	317
• EFTA-Länder	.	83	132	131	.	145
• Sonstige Länder	.	73	124	152	.	192
• Außereuropa	.	539	913	898	.	894
• dav. Amerika	.	284	359	357	.	367
• dav. Nordamerika	.	144	202	208	.	244
• Mittelamerika	.	38	43	17	.	15
• Südamerika	.	102	114	132	.	108
• Afrika	.	87	245	246	.	242
• Asien	.	157	293	275	.	271
• Australien und Ozeanien	.	11	16	20	.	14
Warenausfuhr	Mio DM	293	557	535	.	548
Warengruppen:						
• dar. Ernährungswirtschaft	.	28	74	86	.	76
• Gewerbliche Wirtschaft	.	264	481	446	.	471
• dav. Rohstoffe	.	6	16	9	.	18
• Halbwaren	.	39	102	108	.	84
• Fertigwaren	.	219	363	329	.	369
• dav. Vorerzeugnisse	.	63	64	53	.	52
• Enderzeugnisse	.	156	299	276	.	317
Ländergruppen:						
• dar. Europa	.	123	317	344	.	342
• dav. EWG-Länder	.	41	135	160	.	140
• EFTA-Länder	.	61	131	144	.	152
• Sonstige Länder	.	21	51	40	.	50
• Außereuropa	.	167	235	187	.	201
• dav. Amerika	.	69	91	62	.	67
• dav. Nordamerika	.	24	43	29	.	27
• dar. USA	.	22	39	24	.	24
• Mittelamerika	.	10	16	10	.	12
• Südamerika	.	35	32	23	.	28
• Afrika	.	29	40	47	.	50
• Asien	.	67	97	74	.	78
• Australien und Ozeanien	.	2	7	4	.	6
7. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes						
• Gastgewerbe insgesamt	1962 = 100		116	126	127	124
• dav. Beherbergungsgewerbe	.		139	159	145	138
• dav. Hotels	.		141	164	151	144
• Gasthöfe	.		151	157	157	160
• Fremdenheime und Pensionen	.		123	115	95	88
• Gaststättengewerbe	.		111	117	123	120
• dav. Gast- und Spisewirtschaften	.		110	117	123	120
• Bahnhofswirtschaften	.		97	101	98	95
• Cafés	.		96	103	127	126
• Bars, Tanz- und Vergnügungs-	.					
betriebe	.		131	137	140	137
8. Fremdenverkehr 3)						
• Fremdenmeldungen	1 000	96	116	106	83	80
• dar. von Auslands Gästen	.	36	39	30	24	22
• Fremdenübernachtungen	.	204	223	216	166	160
• dar. von Auslands Gästen	.	75	73	62	48	47
• Bettenausnutzung 4)	%	57	49	48	35	34

1) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — 2) Über Hamburg und andere Grenzstellen. — 3) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — 4) In % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr über See						
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 586	1 566	1 534 p	.	1 546
dar. deutsche Schiffe	"	937	899	.	.	887
Abgegangene Schiffe	"	1 697	1 611	1 661 p	.	1 575
dar. deutsche Schiffe	"	1 044	948	.	.	920
Raumgehalt der angekommenen Schiffe	1 000 NRT	2 288	3 088	.	.	3 130
dar. deutsche Schiffe	"	663	796	.	.	780
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe	"	2 298	3 076	.	.	3 144
dar. deutsche Schiffe	"	673	795	.	.	804
b) Linienschifffahrt 1)						
dav. Europa	Anzahl der Linien	224	271	.	.	290
Außereuropa	"	70	66	.	.	74
Reisen (Abfahrten)	"	154	199	.	.	216
dar. nach Europäischem Ausland	Anzahl	663	724	.	.	691
Amerika	"	300	287	.	.	305
Afrika	"	148	156	.	.	134
Asien	"	68	98	.	.	94
Australien	"	73	104	.	.	111
	"	12	14	.	.	16
c) Güterverkehr über See	1 000 t brutto	2 283	3 188	3 660 p	3 973 p	3 649
dav. Empfang	"	1 673	2 378	2 750 p	2 958 p	2 669
dav. Massengut	"	1 252	1 789	2 174 p	2 322 p	2 080
dar. Mineralöle	"	603	1 203	1 320 p	1 360 p	1 381
Kohle	"	337	128	139 p	257 p	168
Getreide	"	153	140	117 p	182 p	190
Sack- und Stückgut	"	421	589	576 p	636 p	589
dav. nach Verkehrsbezirken	"					
Inland	"	49	60	.	.	66
Europäisches Ausland	"	276	535	.	.	622
dar. EWG-Länder	"	69	183	.	.	249
EFTA-Länder	"	123	174	.	.	174
Außereuropa	"	1 348	1 783	.	.	1 981
dar. Nahost und Persischer Golf	"	405	560	.	.	586
Vereinigte Staaten von Amerika	"	421	330	.	.	493
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	1 351	.	2 250	.	2 005
Sowjetzone	"	45	64	117	.	124
Land- und flußwärtige Durchfuhr	"	93	129	97	.	129
See-Umschlag	"	95	90	113	.	103
Übrige Bereiche	"	89	.	173 p	.	308
Versand	"	610	810	910 p	1 015 p	980
dav. Massengut	"	269	325	400 p	473 p	410
Sack- und Stückgut	"	341	485	510 p	542 p	570
dav. nach Verkehrsbezirken	"					
Inland	"	56	93	.	.	117
Europäisches Ausland	"	304	340	.	.	411
dar. EWG-Länder	"	96	63	.	.	57
EFTA-Länder	"	175	219	.	.	269
Außereuropa	"	250	377	.	.	452
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	301	.	431	.	480
Sowjetzone	"	38	68	86	.	99
Land- und flußwärtige Durchfuhr	"	72	100	113	.	120
See-Umschlag	"	95	90	113	.	103
Übrige Bereiche	"	104	.	167 p	.	178
2. Binnenschifffahrt						
• Güterempfang	1 000 t	219	418	449	.	352
• Güterversand	"	257	465	449	.	445

1) Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Noch: Verkehr						
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	1 194	2 279	2 206 p	2 097 p	1 918
Gestartete Flugzeuge	"	1 193	2 278	2 206 p	2 096 p	1 913
Angekommene Fluggäste	1.000	26,2	92,5	96,4 p	87,4 p	72,1
Abgereiste Fluggäste	"	24,6	93,2	96,4 p	88,4 p	72,5
Angekommene Fracht	t	276	845	1 082 p	1 031 p	923
Abgegangene Fracht	"	266	1 050	1 514 p	1 211 p	1 055
Angekommene Post	"	59	239	283 p	324 p	305
Abgegangene Post	"	57	292	363 p	429 p	402
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>1)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)						
Beförderte Personen						
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	11 574	10 981	11 573	11 905	11 462
Hoch- u. Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	"	12 178	14 555	15 542	16 324	15 238
Straßenbahn	"	21 248	5 706	5 609	5 760	5 956
Kraftomnibusse der HHA	"	4 046	11 661	12 574	13 076	12 286
Kraftomnibusse der VHH AG.	"	1 475	1 912	2 252	2 283	1 978
Private Kraftomnibusse	"	627	265	186	171	149
5. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) Insgesamt 2) dar. Personenkraftwagen 3) 4)	1 000	169,4 121,5	396,3 358,0	424,6 384,0	424,5 384,2	396,3 358,0
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Krafträder (einschl. Motorroller)	Anzahl	2 941 135	4 448 10	4 896 r —	4 574 5	3 503 5
Personenkraftwagen	"	2 251	3 656	3 987 r	3 583	2 753
Kombinationskraftwagen	"	189	361	432 r	478	331
Lastkraftwagen	"	302	365	426 r	435	363
6. Straßenverkehrsunfälle						
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 4)	Anzahl	927	969	1 216 r	1 019 p	897
Getötete Personen	"	17	24	64 r	34 p	32
Verletzte Personen	"	1 090	1 277	1 565 r	1 352 p	1 179
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)						
a) Kredite (am Monatsende)						
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	5 592,3	19 224,2			
dav. Kurzfristige Kredite	"	3 004,8	5 805,4			
dav. an Wirtschaft und Private	"	2 517,2	5 788,0			
an Öffentl.-rechtl.	"					
Körperschaften	"	487,6	17,5			
Mittelfristige Kredite 5)	"	462,6	2 791,9			
dav. an Wirtschaft und Private	"	387,5	2 302,1			
an Öffentl.-rechtl.	"					
Körperschaften	"	75,1	489,8			
Langfristige Kredite 5)	"	2 124,9	10 626,9			
dav. an Wirtschaft und Private	"	1 958,9	9 025,8			
an Öffentl.-rechtl.	"					
Körperschaften	"	166,0	1 601,1			
Kredite an Kreditinstitute	"	575,3	1 619,3			
b) Einlagen (am Monatsende)						
Einlagen von Nichtbanken	"	4 604,5	12 043,1			
dav. Sicht- und Termineinlagen	"	3 035,1	5 867,4			
dav. von Wirtschaft und Privaten	"	2 677,2	5 207,8			
von Öffentl.-rechtl.	"					
Körperschaften	"	357,9	659,5			
Spareinlagen	"	1 569,4	6 175,8	6 980,8	7 239,5	6 559,7
dar. bei Sparkassen	"		4 140,4	4 677,8	4 865,0	4 407,5
Kreditbanken	"		1 654,9	1 872,9	1 925,4	1 742,3
Einlagen von Kreditinstituten	"	1 177,7	3 302,5			
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 6)						
Spareinlagen am Monatsende	"	1 569,4	6 175,8	6 980,8	7 239,5	6 559,7
dar. steuerbegünstigt	"	341,2	—	—	—	—
prämienbegünstigt	"	—	741,1	810,1	879,6	809,1
Gutschriften auf Sparkonten	"	97,0	341,8	348,7	463,3	377,6
Lastschriften auf Sparkonten	"	76,8	299,6	384,0	484,8	385,3
Saldo der Gut- und Lastschriften	"	+ 20,2	+ 42,2	— 35,3	— 21,5	— 7,7
Zinsen	"	13,2	20,3	1,2	280,2	235,7

<sup>1)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>2)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>3)</sup> Einschl. Kombinationskraftwagen. — <sup>4)</sup> Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>5)</sup> Einschl. durchlaufender Kredite. — <sup>6)</sup> Ohne Postsparkasse.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Noch: Geld und Kredit						
2. Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	17	17	15	14	20
3. Vergleichsverfahren (eröffnete)	Anzahl	1	0	—	—	—
4. Wechselproteste	Anzahl	1 113	1 084	884	900	1 148
Betrag	1 000 DM	732	1 915	2 566	2 086	1 880
5. Mahn- und Offenbarungseidverfahren						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 100	22 344	19 980	22 993	22 827
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	2 742	3 281	3 128	3 151	2 698
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 148	1 510	2 038	1 314	1 285
Abgeleitete Offenbarungseide	"	320	464	708	380	383
6. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften	Anzahl	193	157	148	148	157
Grund-Kapital	Mio DM	2 797	4 724	4 631	4 737	4 906
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 004	4 480	4 844	4 884	4 575
Stamm-Kapital	Mio DM	886	3 519	3 957	4 030	3 774
Steuern						
1.* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	274 003	821 890	939 200	1 470 910	1 219 989
dav. Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	"	"	99 218	131 274	106 428	137 301
Umsatzsteuer (alt)	"	48 945	7 971	3 253	4 373	793
Einfuhrumsatzsteuer	"	"	100 623	179 801	173 506	124 620
Umsatzausgleichsteuer	"	14 828	6 082	5	12	48
Beförderungsteuer	"	1 225	162	1 087	1 064	21
Notopfer Berlin	"	1 047	15	9	11	27
Zölle	"	48 538	42 229	17 885	117 554	43 718
Verbrauchssteuern	"	124 035	470 223	506 416	830 940	722 302
dav. Tabaksteuer	"	62 921	69 004	51 771	128 822	104 487
Kaffeesteuer	"	12 076	24 401	22 593	41 599	23 814
Teesteuer	"	471	672	871	1 255	854
Branntweinmonopol 1)	"	3 868	5 364	5 129	8 136	5 224
Mineralölsteuer	"	44 384	370 617	425 846	650 805	587 710
Sonstige Verbrauchssteuer	"	317	164	207	323	214
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- steuer und zur Körperschaftsteuer	"	"	3 177	1 825	11 094	9 668
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen 2)	"	35 386	92 206	97 644	225 928	181 491
2.* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	8 547	5 470	11 849	4 193	— 652
dav. Vermögensabgabe	"	5 798	4 386	11 363	3 377	— 768
Hypothekengewinnabgabe	"	2 231	762	352	887	160
Kreditgewinnabgabe	"	517	321	134	71	— 44
3.* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	85 384	199 654	248 923	460 618	343 397
dav. Vermögensteuer	"	5 458	13 053	37 200	7 040	2 657
Erbschaftsteuer	"	537	2 396	3 178	1 683	1 769
Grunderwerbsteuer	"	786	2 208	1 802	3 559	2 649
Kapitalverkehrssteuer	"	1 469	2 948	2 164	4 663	7 716
Kraftfahrzeugsteuer	"	3 754	9 202	8 918	10 921	8 709
Versicherungssteuer	"	2 732	5 732	7 013	6 383	4 972
Rennwett- und Lotteriesteuer	"	1 446	2 905	2 572	2 743	2 119
Wechselsteuer	"	677	1 106	1 262	1 630	1 220
Feuerschutzsteuer	"	130	323	439	121	147
Biersteuer	"	154	2 780	3 036	2 536	2 707
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 3)	"	66 858	157 000	181 339	419 580	309 025
4.* Steuern vom Einkommen 4)	1 000 DM	102 403	249 206	278 984	645 508	490 516
dav. Lohnsteuer	"	35 713	119 534	160 525	245 771	168 077
Veranlagte Einkommensteuer	"	30 942	70 778	17 039	190 223	171 566
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	"	4 125	11 936	23 341	799	5 728
Körperschaftsteuer	"	31 624	46 957	78 079	208 716	145 144
5. Gemeindesteuereinnahmen	1 000 DM	31 180	57 129	155 586	26 130	13 772
Realsteuern	"	30 068	56 615	155 225	25 912	13 576
dav. Grundsteuer A	"	45	84	236	46	49
Grundsteuer B	"	4 238	6 562	18 044	1 236	3 111
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital	"	22 658	43 127	135 789	23 627	9 918
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	"	3 126	6 842	1 155	1 003	497
Übrige Gemeindesteuern	"	1 113	515	361	218	197

1) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 2) Seit 1967 = 37 %. — 3) Seit 1967 = 63 %. — 4) In den Bundes- und Landessteuern anteilmäßig enthalten.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Indexziffern						
Preisindexziffern für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> Im Bundesgebiet — Neue Systematik —						
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	.	111,1	113,9	114,7	111,9
Kleidung, Schuhe	"	.	112,0	114,2	114,5	112,3
Wohnungsmiete	"	.	148,4	164,0	164,3	153,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	.	115,9	122,5	122,8	118,1
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	"	.	108,5	110,5	110,8	108,9
Waren und Dienstleistungen für:						
Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	"	.	117,0	116,9	117,8	117,6
Körper- und Gesundheitspflege	"	.	125,3	127,8	128,5	126,2
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	"	.	115,1	118,2	118,7	115,6
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	"	.	122,4	129,0	129,1	124,0
Gesamtlebenshaltung	1962 = 100	92,7	116,1	120,1	120,6	117,3
	1950 = 100	117,7	147,3	152,4	153,0	148,9
Löhne und Gehälter <sup>2)</sup>						
				Juli 1969	Oktober 1969	Oktober 1968
1. Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau						
Bruttowochenverdienste	männlich	DM	129	289	307	273
	weiblich	DM	77	180	188	170
Bruttostundenverdienste	männlich	DM	2,72	5,86	6,33	5,97
	weiblich	DM	1,73	4,01	4,33	4,06
Bezahlte Wochenstunden	männlich	Std.	47,3	45,7	45,8	45,7
	weiblich	Std.	44,4	41,6	41,9	41,8
Geleistete Wochenarbeitszeit	männlich	Std.	43,7	36,5	44,6	44,5
	weiblich	Std.	40,4	29,6	41,0	40,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau						
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	646	1 298	1 401	1 313
	weiblich	DM	434	899	983	914
Technische Angestellte	männlich	DM	744	1 379	1 492	1 398
	weiblich	DM	458	895	993	913
Im Handel <sup>3)</sup>						
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	605	1 249	1 331	1 264
	weiblich	DM	398	824	899	837
Technische Angestellte	männlich	DM	611	1 400	1 534	1 418
	weiblich	DM	527	1 491	1 632	1 547
In Industrie und Handel <sup>3)</sup> zusammen						
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	614	1 261	1 349	1 277
	weiblich	DM	408	842	921	856
Technische Angestellte	männlich	DM	723	1 380	1 495	1 399
	weiblich	DM	470	1 045	1 157	1 077
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
				November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Alarmierungen insgesamt	Anzahl		2 886	5 964	6 729	6 290
dav. Feueralarme	"		207	362	314	445
dav. falsche Alarme und Unfug- meldungen	"		45	85	89	106
bekämpfte Brände insgesamt	"		162	277	225	339
dav. Großbrände	"		10	12	12	11
Mittelbrände	"		24	39	32	41
Kleinbrände	"		54	123	80	42
Entstehungsbrände	"		65	91	90	153
Schornsteinbrände	"		9	12	11	156
Hilfeleistungen aller Art	"		2 680	5 601	6 415	5 845
dav. bei Straßen- und Verkehrs- unfällen	"		883	1 270	1 505	1 234
Betriebsunfällen	"		493	367	463	395
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	"		2 490	4 704	5 361	4 943
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	Anzahl		5 098	3 965	3 777	4 589
Beförderte Personen	"		5 312	4 367	4 046	4 827
						3 942
						4 184

1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962. —  
2) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 3) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Dezember 1968
		1958	1968			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	Anzahl	6 264	9 988	11 297	10 523	9 209
dar. Sittlichkeitsdelikte	-	168	266	234	270	316
Mord und Totschlag	-	3	4	7	7	5
Fahrlässige Tötung 1)	-	7	1	2	-	1
Körperverletzung 2)	-	47	119	135	104	111
Einfacher Diebstahl	-	2 927	4 120	4 588	4 626	3 997
Schwerer Diebstahl	-	767	2 308	2 607	2 235	1 878
Diebstähle zusammen	-	3 694	6 428	7 195	6 861	5 875
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	-	-	-	-	-	-
diebstahl	-	254	232	340	255	194
Fahrrad- u. -gebrauchsdiebstahl	-	533	454	396	295	341
Moped-, Motorrad- und	-	-	-	-	-	-
-gebrauchsdiebstahl	-	-	95	94	63	69
Taschendiebstahl	-	36	67	40	51	61
Unterschlagung	-	258	204	265	236	200
Raub und Erpressung	-	27	51	86	42	44
Begünstigung und Hehlerei	-	43	157	178	179	65
Betrug und Untreue	-	720	966	1 027	1 026	917
Brandstiftung	-	31	42	64	45	34
Münzdelikte	-	4	1	1	1	2
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen 3)	-	-	1 084	1 540	970	1 053
Übertretungsanzeigen 4)	-	-	18 192	17 376	14 726	17 518
Ordnungswidrigkeitenberichte	-	-	556	361	256	520
Gebührenpflichtige Verwarnungen 5)	-	26 722	31 650	31 644	27 933	29 598
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	Anzahl	1 732	2 311	2 264	1 856	1 658
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	-	1 370	1 896	1 890	1 491	1 287
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	-	148	137	123	86	120
Jugendl. n. Jugendstrafrecht abgeurt.	-	152	194	169	194	193
Heranwachs. n. Jugendstrafr. abgeurt.	-	62	84	82	85	58
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	-	9	8	9	8	10
Fahrerflucht	-	35	69	58	49	55
Straftaten gegen den Personenstand,	-	-	-	-	-	-
die Ehe und die Familie	-	36	65	71	58	50
Verbrech. u. Vergeh. wider d. Sittlichkeit	-	54	52	77	30	45
Beleidigung, üble Nachrede	-	28	21	19	17	18
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	-	13	11	5	10	11
Körperverletzung	-	128	144	168	133	115
Einfacher Diebstahl	-	248	448	461	444	340
Schwerer Diebstahl	-	83	110	130	98	72
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	-	56	62	91	61	50
Unterschlagung	-	90	50	49	31	38
Raub und Erpressung	-	8	16	22	19	9
Begünstigung und Hehlerei	-	46	36	44	27	35
Betrug und Untreue	-	182	167	174	134	128
Urkundenfälschung	-	12	15	15	20	15
Vergehen i. Straßenverkehr § 315c StGB.	-	-	111	90	77	99
Vergehen i. Straßenverkehr § 316 StGB.	-	-	395	414	354	249
Vergehen gegen das StVG.	-	215	149	110	74	91

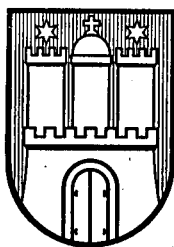
<sup>1)</sup> Ohne Verkehrsunfälle. — <sup>2)</sup> Ohne §§ 223 und 230. — <sup>3)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsvergehen. — <sup>4)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen. — <sup>5)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verwarnungen mit Verwarnungsgeld.







# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Weiterhin steigende Bevölkerungsraten in der Stadtregion Hamburg

Die seit 1964 zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl Hamburgs wird nach wie vor durch die steigenden Einwohnerzahlen der in ihrem Nahbereich liegenden Zonen der Stadtregion überkompensiert.

Der Abnahme der Kernstadtbevölkerung zwischen dem 31. 12. 1964 und dem 31. 12. 1968 in Höhe von 34 594 Personen oder 1,9 % steht ein Zugang in den Außenzonen der Stadtregion von 68 745 Personen oder 16,9 % gegenüber. Das Wachstum der gesamten Regionsbevölkerung von 2 263 671 auf 2 297 822 belief sich in diesen 4 Jahren auf 34 151 Personen, das sind 1,5 %.

Unter den 68 Stadtregionen des Bundesgebietes lag die „Region Hamburg“ nach der absoluten Zunahme an siebenter Stelle, während sie im Bereich der norddeutschen Küstenländer — gefolgt von Bremen/Delmenhorst, Hannover und Wolfsburg — an der Spitze lag.

Nach der relativen Zunahme nimmt Hamburg allerdings unter den 68 Regionen nur die 52. Stelle und unter den 17 norddeutschen Regionen auch nur die 11. Stelle ein.

An der Spitze aller Stadtregionen lagen im Berichtszeitraum bei der absoluten Zunahme die Regionen München, Frankfurt/Offenbach und Stuttgart mit einem Wachstum von 158 792, 97 112 bzw. 91 537 Einwohnern, bei der relativen Zunahme führt die Region Erlangen (10,7 %) vor München (9,9 %) und Paderborn (9,2 %).

### Leichte Zunahme der Studierenden an der Universität Hamburg im Wintersemester 1969/70

Im WS 1969/70 waren an der Universität Hamburg insgesamt 18 798 deutsche und ausländische Studierende (davon 13 607 männliche und 5 191 weibliche) immatrikuliert; von den weiblichen Studierenden hatten rd. 36 % das Studienfach des Volks- und Realschullehramtes gewählt. Gegenüber dem SS 1969 hat sich die Zahl der Studierenden um 419 oder 2,3 % erhöht; die Zunahme war jedoch nur bei den deutschen Studierenden (+ 456 oder 2,6 %) festzustellen. Bei den ausländischen Studierenden trat eine geringe Abnahme um 37 oder 3,6 % ein.

Die von deutschen Studierenden am häufigsten belegten Studienfächer waren — wie auch in den vergangenen Jahren — das Volks- und Realschullehramt mit 2 617 Studierenden (darunter 1 836 weibliche), die Rechtswissenschaft mit 2 205 (darunter 272 weibliche), die Betriebswirtschaftslehre mit 2 139 (darunter 123 weibliche) sowie die Allgemeine Medizin mit 1 711 Studierenden (darunter 414 weibliche). In der Medizinischen Fakultät (Allgemeine Medizin und Zahnmedizin) ist die Zahl der deutschen und ausländischen Studierenden gegenüber dem SS 1969 um 112 oder 4,7 % zurückgegangen.

Die unter den 993 ausländischen Studierenden am stärksten vertretenen Nationen waren USA (97 Studierende), Iran und Indonesien (je 79), Griechenland (61), Frankreich (37), Ägypten (32), Österreich und Jordanien (je 31).

### Weiterhin ansteigende Bedeutung des hamburgischen Außenhandels mit den EWG-Ländern

Der gesamte Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure belief sich im Jahre 1969 auf 26 Mrd DM und stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd DM oder 7,7 %. Der größte Handelspartner wurde die EWG mit einem Umsatz von 6,3 Mrd DM; die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich auf rd. 25 % gegenüber 10,7 % im Jahre 1968.

Die stärkste Steigerung wurde bei den Einfuhren, die 4,5 Mrd DM erreichten (1968 = 3,5 Mrd DM), mit 32 % bezeichnet und betraf in erster Linie Waren der Ernährungswirtschaft (Zuwachs 55 %); die Ausfuhren betrugen 1,8 Mrd DM (Steigerung 9,3 %).

Unter den Partnerländern standen nach dem absoluten Wert des Gesamtvolumens an erster Stelle wie im Vorjahre die Niederlande mit 2,5 Mrd DM, d. h. um rd. 500 Mio DM mehr als im Jahre 1968; insbesondere erhöhten sich die Einfuhren von Halb- und Fertigwaren um 470 Mio DM. Es folgte ebenfalls Frankreich mit 1,8 Mrd DM und einer Zunahme um rd. 500 Mio DM, die sich vornehmlich auf höhere Einfuhren von Getreide mit 574 Mio DM (Verdoppelung gegenüber 1968), Ölfrüchten, Obst und Konserven bezog. Auch der Außenhandel mit Belgien-Luxemburg nahm mit 30 % in starkem Maße, insbesondere bei den Einfuhren (um 37 %), zu.

Nach den Steigerungsraten rangiert der Außenhandel mit Frankreich (38 %) vor Belgien-Luxemburg (30 %), gefolgt von den Niederlanden mit 25 %.

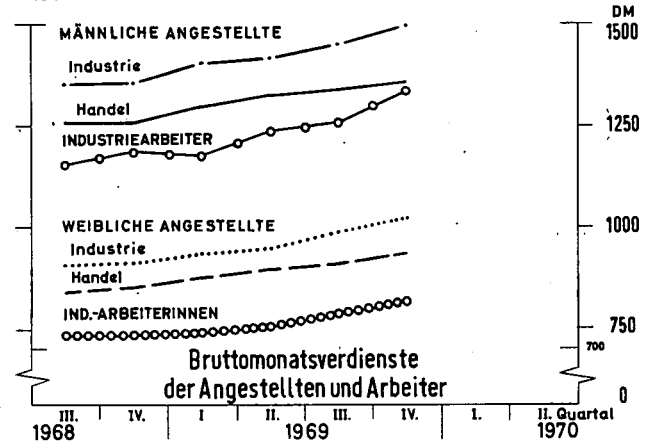
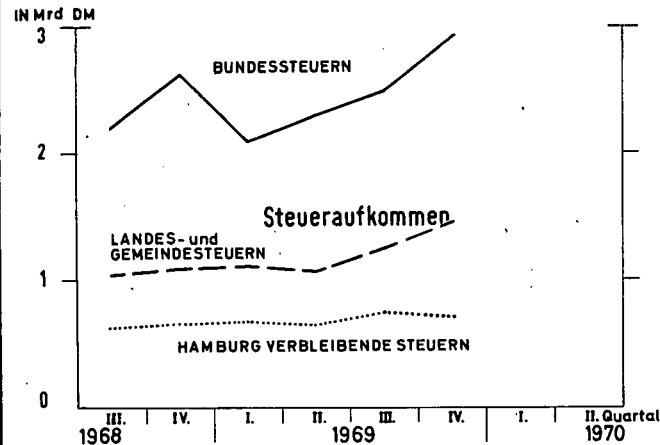
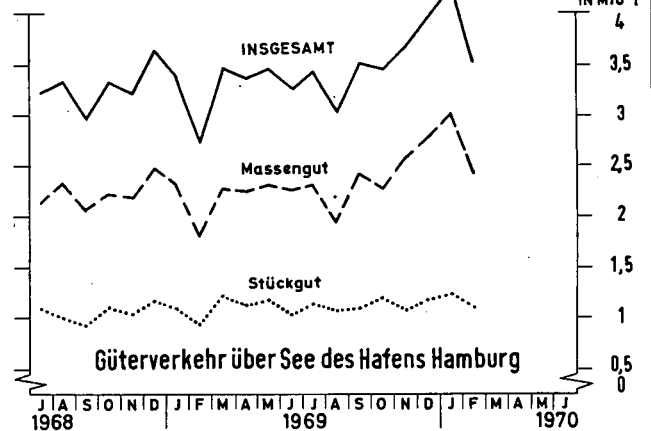
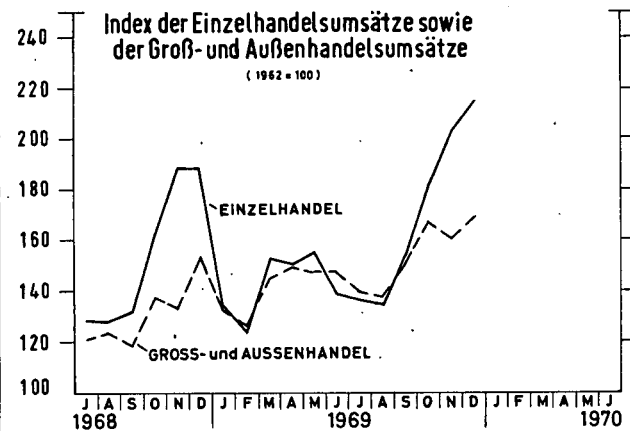
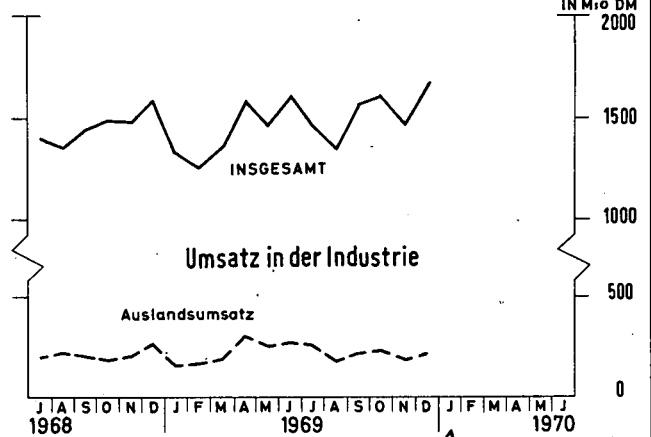
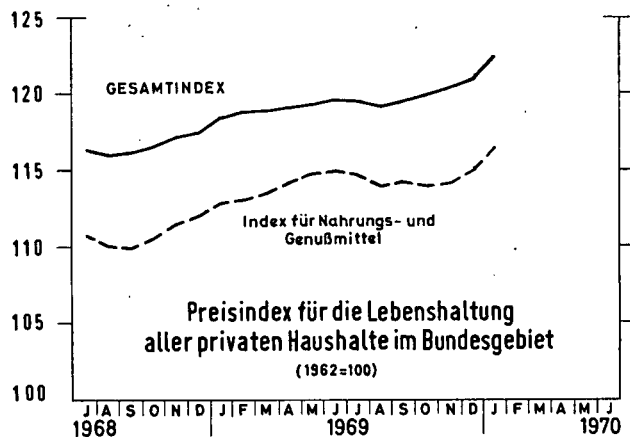
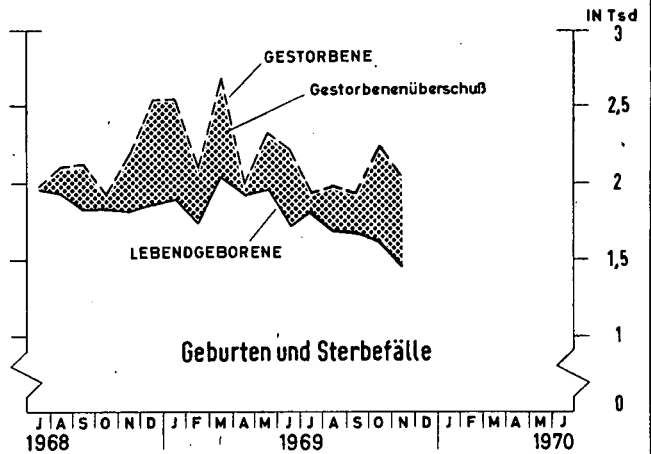
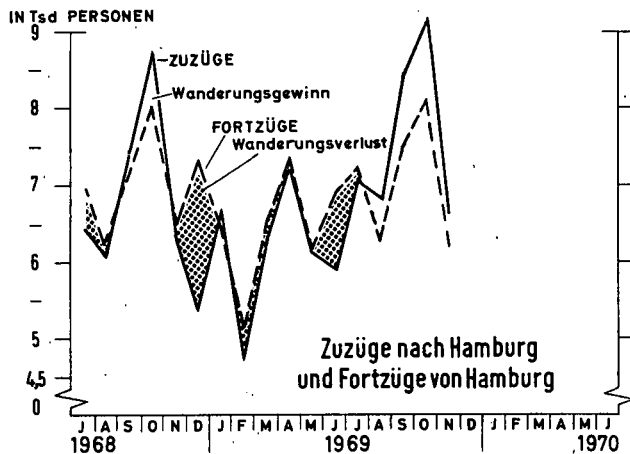
### Auslandszufuhren zum Großmarkt Hamburg stark gestiegen

Die Zufuhr von Obst zum Großmarkt Hamburg betrug im Jahre 1969 insgesamt rd. 305 000 Tonnen im Werte von 287 Mio DM. Hieran war die Zufuhr aus dem Ausland mengenmäßig mit 86 % und wertmäßig mit 88 % beteiligt.

An Gemüse wurden dem Großmarkt im Jahre 1969 insgesamt rd. 166 000 Tonnen im Werte von 158 Mio DM zugeführt. Die Zufuhr aus dem Ausland betrug gut 93 000 Tonnen (56 %) und stellte einen Wert von 99 Mio DM (63 %) dar.

Betrachtet man die Entwicklung in den letzten 10 Jahren, so hat sich die Zufuhr von Gemüse und Obst aus dem Inland ziemlich konstant gehalten, während die Auslandszufuhr von Gemüse und Obst seit 1960 eine Steigerungsrate von 84 % bzw. 78 % aufweist. An dieser Zunahme waren vor allem folgende Erzeugnisse beteiligt: Äpfel von 9 000 auf 40 000 Tonnen, Weintrauben von 10 000 auf 20 000 Tonnen, Zwiebeln von 9 000 auf 19 000 Tonnen, Salatgurken von 3 000 auf 12 000 Tonnen und Blumenkohl von 11 000 auf 16 000 Tonnen. Der Wert der Zufuhr aus dem Ausland erhöhte sich in diesem Zeitraum z. B. bei Äpfeln von 8 auf 36 Mio DM, bei Salatgurken von 3 auf 13 Mio DM und bei Blumenkohl von 6 auf 9 Mio DM.

# Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Zur Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962

## INHALT

	Seite
1. Entstehung und Grundlagen des „alten“ Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau auf der Basis 1936	75
2. Gründe für eine Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude	75
3. Die Umstellungen des Baupreisindex für das Bundesgebiet	76
4. Der Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962	77
5. Vergleich zwischen den Hamburger Preisindizes auf Basis 1962 und 1936	78
6. Vergleich zwischen dem Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 und dem entsprechenden Index für das gesamte Bundesgebiet	80
7. Die Preise für Wohngebäude im Jahr 1969	82
8. Die Verbindung des neuen mit dem bisherigen Index	83
9. Zusammenfassung	83

### 1. Entstehung und Grundlagen des „alten“ Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau auf der Basis 1936

Die ersten Berechnungen von Indexziffern der Baukosten hat das Statistische Reichsamt in der Inflationszeit durchgeführt<sup>1)</sup>; es handelte sich hierbei jedoch nur um eine grobe Ermittlung der Baukosten für den cbm umbauten Raumes für einzelne Gebäudetypen in Berlin. Erst seit dem August 1923 erfolgte die Indexberechnung nach einem festen Aufwandsschema für einen bestimmten Wohnungstyp<sup>2)</sup>. Dieser Wohnungstyp entsprach den Baugewohnheiten der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Zur Indexberechnung wurden hauptsächlich Preise aus dem Berliner Raum herangezogen. Die Indexziffer basierte auf dem Kostenstand im Jahr 1913.

Einen Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau gibt es erst seit 1933, als die Berechnungen des Statistischen Reichsamts auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Es wurde ein neuer Bautyp zugrunde gelegt, der der Bauweise der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entsprach. Das Mengenschema dieses „Indexhauses“ galt einheitlich für das gesamte Reichs-

gebiet als Berechnungsgrundlage. Den örtlichen Besonderheiten wurde bei den preisstatistischen Erhebungen durch die Auswahl der ortsüblichen Ausführungen, Sorten usw. Rechnung getragen. Als zeitliche Basis wählte man den Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1930<sup>3)</sup>.

Preisstatistisches Material wurde in 15 Großstädten<sup>4)</sup> von den statistischen Ämtern Mitte jeden Monats erhoben. Vom Statistischen Reichsamt wurden für alle einbezogenen Städte getrennt Indexziffern berechnet und dann zu einem Reichsdurchschnitt zusammengefaßt (geometrisches Mittel aus den Indexziffern der 15 Städte). Von dieser Zeit an also existieren Hamburger Indexziffern. Diese Berechnungen auf der Basis 1928/30 sind bis Ende 1944 durchgeführt worden.

Nach der Währungsreform wurde auf Veranlassung des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets Ende August 1948 die Berechnung des Baupreisindex wieder aufgenommen, und zwar für 8 Großstädte<sup>5)</sup>. Das Mengenschema des Indexhauses, nach dem die Indexziffern berechnet wurden, entsprach dem Schema des Reichsamts (1928/30=100); die Aufgliederung der Gesamtaufwandsomme wurde auf die inzwischen in der Bauwirtschaft eingeführten Kalkulationsvorschriften der Baupreisordnung zugeschnitten. Als Basisjahr für die Berechnungen wurde das Jahr 1936 gewählt<sup>6)</sup>. Auf dieser Grundlage wurden der Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau sowie der Gesamtindex (einschließlich Baunebenleistungen) bis Ende 1969 berechnet.

### 2. Gründe für eine Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude

Die Unzulänglichkeiten des alten Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau ergaben sich — wie auch bei anderen Indizes — schon aus der weiten Entfer-

<sup>1)</sup> vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1933, S. 422 ff.; ferner auch Vierteljahresshette zur Statistik des Deutschen Reichs, Jg. 44/1935, H. 4, S. 56.

<sup>2)</sup> Das Mengenschema der Indexberechnung ist in „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1933, S. 422, abgedruckt. Der Berechnung lag eine 4-Zimmer-Wohnung von 110 qm nutzbarer Fläche in einem oberen Stockwerk eines städtischen Wohnhauses zugrunde.

<sup>3)</sup> vgl. hierzu „Vierteljahresshette zur Statistik des Deutschen Reichs“, Jg. 44/1935, H. 4, S. 60 ff.; jetzt lag den Berechnungen das Mengenschema für ein städtisches Reihenhaus mit 6 Wohnungen zu je 2 1/2 Zimmern zugrunde.

<sup>4)</sup> Die 15 einbezogenen Großstädte waren: Berlin, Bremen, Breslau, Essen, Frankfurt a/M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München und Stuttgart.

<sup>5)</sup> Die 8 Großstädte waren: Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Bremen, Frankfurt, Stuttgart und Karlsruhe. Vgl. hierzu „Statistische Berichte“, herausgegeben vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Arb. Nr. VI/21/1 vom 12. 9. 1949, S. 6 ff.

<sup>6)</sup> Das Indexschema ist abgedruckt in „Statistische Berichte“, a.a.O., S. 7.

nung vom Basisjahr. Die Verzerrung war jedoch besonders stark durch seine spezifische Konstruktion. Das Indexschema bestand aus folgenden vier Indexgruppen:

- I Erdabfuhr
- II Baustoffe frei Bau
- III Löhne, Unkosten und Verdienst
- IV Handwerkerarbeiten

Summe: Gesamte Baukosten (reine Baukosten)<sup>7)</sup>

Für die einzelnen Indexgruppen waren die Mengen in dem für das Indexhaus erforderlichen Umfang festgelegt worden, neben der Erdabfuhr die für den Rohbau benötigten Materialmengen (rund 20 Baumaterialien), eine unveränderliche Zahl von Arbeiterstunden und bestimmte Handwerkerarbeiten (25 Leistungen) für den Ausbau. Durch Multiplizieren dieser Mengen mit den jeweiligen Preisen für Erdabfuhr und Baumaterialien, mit den Arbeiterlöhnen und den Preisen für Handwerkerleistungen ergab sich dann eine Kostensumme, die jeweils auf das Basisjahr bezogen wurde.

Diese Methode der Ermittlung des Bauaufwands hatte jedoch insofern erhebliche Mängel, als das Indexschema neben den zur Erstellung des Indexhauses benötigten Baustoffen und Handwerkerleistungen eine unveränderliche Zahl von Arbeitsstunden enthielt. Das bedeutete, daß sich Lohnerhöhungen im Index voll auswirkten, ohne daß andererseits Rationalisierungen im Bauwesen im Index berücksichtigt werden konnten. Tatsächlich aber werden die Auswirkungen von Lohnerhöhungen auf die Baukosten in der Regel zumindest teilweise durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität kompensiert. Inwieweit Kostenänderungen sich in den Preisen niederschlagen, ist überdies gerade auf dem Baupreis sehr von der Konjunkturlage, d. h. dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, abhängig.

Die unmittelbare Anknüpfung an die Stundenlöhne der Bauarbeiter verzerrte also bei fortschreitender Rationalisierung das Bild der Preisentwicklung durch Überzeichnung. Die Indexgruppe Löhne, Unkosten und Verdienst hatte, wie Tabelle 1 zeigt, im alten Index den größten Anteil an den gesamten Baukosten. Im Basisjahr lag er in Hamburg bei 39 % und 1969 sogar bei 43 %. Dieser bis 1969 in Hamburg berechnete Baupreisindex kann daher nur begrenzt als echter Preisindex gelten.

<sup>7)</sup> Neben dem Index für Bauleistungen am Gebäude wurde auch ein Gesamtbaupreisindex berechnet, der zusätzlich die Baunebenleistungen (Planung und Bauleitung, Baupolizeiliche Gebühren und Zinsen für Baugeld) enthielt.

<sup>8)</sup> vgl. hierzu: Fürst, Gerhard: Zur Revision der Baupreisstatistik. — In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 11/1959, S. 585; Horstmann, Kurt und Mitarbeiter: Neuberechnung von Preiszeitziffern für Bauleistungen und eines Preisindex für Wohngebäude. — In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 11/1959, S. 586 ff.

<sup>9)</sup> Die Wägungsunterlagen stammen aus dem Jahre 1958; die Werte der Reihe wurden dann auf 1954 umbasiert.

<sup>10)</sup> Neben dem Preisindex für Wohngebäude, der in der Öffentlichkeit als der Baupreisindex bezeichnet wird, wurden für fünf Bauwerksarten Indizes berechnet (Bürogebäude, gewerbliche Betriebsgebäude, Straßenbau und Wirtschaftswegebau, landwirtschaftliche Betriebsgebäude).

<sup>11)</sup> Die Gewichte wurden anhand der Häufigkeit beider Gebäudetypen in der Bautätigkeitsstatistik im Basisjahr errechnet.

<sup>12)</sup> Insgesamt wurden nun Preise für über 200 Bauleistungen für den Preisindex für Wohngebäude bei einem erweiterten Berichtskreis erhoben.

Tabelle 1

**Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau 1936 = 100**  
— Anteile an den reinen Baukosten in % —

Indexgruppen	1936	1954	1958	1962	1966	1969
	1	2	3	4	5	6
Erdabfuhr . . . . .	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0	0,9
Baustoffe frei Bau . . . . .	31,2	35,3	32,3	29,3	25,5	23,7
Löhne, Unkosten und Verdienst . . . . .	39,1	36,0	38,1	39,3	42,1	43,3
Handwerkerarbeiten . . . . .	28,4	27,6	28,5	30,4	31,4	32,1
Bauleistungen am Gebäude	100	100	100	100	100	100

Neben diesem speziellen Problem mußte die wirtschaftliche und technische Entwicklung, die sich im Wohnungsbau seit 1936 vollzogen hatte, berücksichtigt werden. So wurde z. B. im Laufe der Jahre Holz immer mehr durch Beton und Stahl verdrängt, neue Baumaterialien wie Glasbausteine, Erzeugnisse aus Gas- und Schaumbeton gewannen an Bedeutung.

### 3. Die Umstellungen des Baupreisindex für das Bundesgebiet

Aus den genannten Gründen hat das Statistische Bundesamt zweimal das Schema des Baupreisindex „modernisiert“ (Basis 1958 und 1962). Die große „Reform“<sup>8)</sup> erfolgte mit der Umstellung auf die Basis 1958<sup>9)</sup>.

Man ging vom Indexhaus und von der Aufteilung nach Baumaterialien und Löhnen vollkommen ab. An ihre Stelle traten jetzt Bauleistungen. Nach den Abrechnungsunterlagen aus dem Jahr 1958 und unter Mitwirkung der Fachverbände der Bauwirtschaft und anderer fachlich zuständiger Stellen wurden für mehrere Gebäudetypen (u. a. Ein- und Mehrfamiliengebäude) Wägungsschemata aufgestellt<sup>10)</sup>. Der Preisindex für Wohngebäude wurde als gewogener Durchschnitt aus den Indizes der Ein- und Mehrfamiliengebäude errechnet<sup>11)</sup>. Der Erhebungskatalog für die Indexberechnung umfaßte rd. 120 Bauleistungen, deren Preise vierteljährlich erhoben wurden.

Nach der neuen Gliederung setzte sich der Preisindex für Wohngebäude jetzt aus folgenden vier Hauptgruppen zusammen:

- I Erd- und Grundbaurarbeiten
- II Rohbaurarbeiten
- III Ausbauarbeiten
- IV Haustechnische Anlagen

Summe: Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)

Bei der folgenden Umstellung des Preisindex für Wohngebäude auf die Basis 1962 wurde an den Grundzügen der Baupreisstatistik, wie sie für die vorangegangene Umstellung erarbeitet worden waren, nichts geändert; die Gliederung in die vier Hauptgruppen blieb unverändert. Dagegen wurde der Erhebungskatalog erweitert<sup>12)</sup>.

Im Rohbau wurden neue Materialien wie Glasbausteine, Erzeugnisse aus Gas- und Schaumbeton sowie aus Kunststoff aufgenommen. Bei den Ausbauarbeiten wurden u. a. schall- und wärme-



isolierende Materialien, Mehrscheibenisolierrglas und neue Bodenbeläge in das Erhebungsprogramm einbezogen. Auch bei den Haustechnischen Anlagen mußten entsprechend den erhöhten Ansprüchen neuartige Wechselbrandkessel für verschiedenartige Brennstoffe, moderne Gas- und Elektrogeräte u. ä. berücksichtigt werden.

Gleichzeitig mußten die Wägungsanteile entsprechend dem geänderten Ausbauverhältnis (Relation der Kostensummen für Ausbauarbeiten und Haustechnische Anlagen zu den gesamten Baukosten, s. auch Tabelle 2) geändert werden. Die Wägungsan-

Tabelle 2

**Preisindex für Wohngebäude**  
Wägungsanteile 1958 und 1962 in ‰<sup>1)</sup>

Art der Leistungsgruppen	1958	1962
Erd- und Grundbaurarbeiten	22,05	19,87
Rohbaurarbeiten	514,85	450,65
Ausbaurarbeiten	333,16	364,78
Haustechnische Anlagen	129,94	164,70
Bauleistungen am Gebäude	1000	1000
Ausbauverhältnis	46/100	53/100

<sup>1)</sup> Quelle: Wirtschaft und Statistik 1966, S. 556.

teile der Hauptgruppen des Preisindex für Wohngebäude 1958 und 1962 sind in Tabelle 2 wiedergegeben (vgl. auch Schaubild 1).

Der Preisindex für Wohngebäude wird seitdem nicht mehr als gewogener Durchschnitt aus den Indizes für einzelne Haustypen ermittelt, sondern er hat ein eigenes Wägungsschema<sup>13) 14)</sup>.

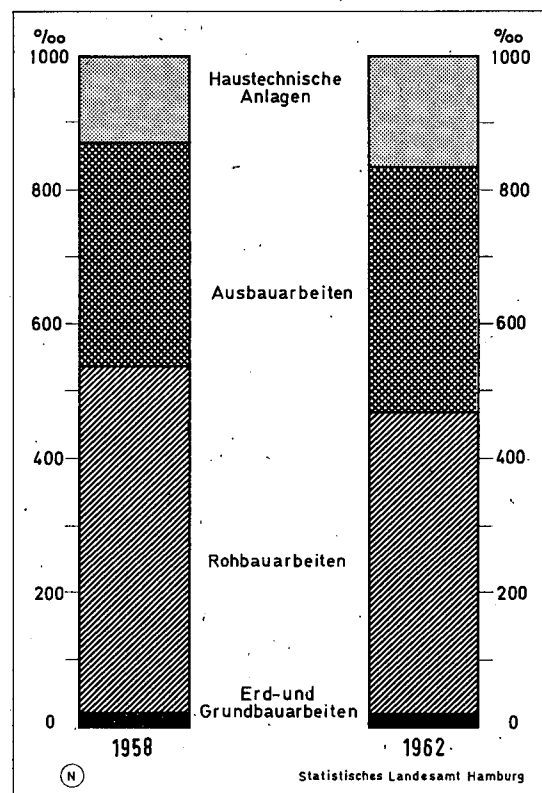
#### 4. Der Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962

Die grundsätzliche Zielsetzung der Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 war die Verbesserung der Preismessung durch die Verwendung eines modernen Wägungsschemas mit einer breiten Preisrepräsentanz. In Ermangelung eines Hamburger Gewichtsschemas mußte dabei das Bundeswägungsschema zugrunde gelegt werden<sup>15)</sup>, so wie analog dem „alten“ Hamburger Index (1936 = 100) das Reichsschema zugrunde lag. Örtliche Besonderheiten in Art und Ausführung der Bauleistungen werden dabei im Rahmen der preisstatischen Erhebung berücksichtigt (z. B. andere Erd- und Grundbaurarbeiten in Hamburg als in felsigen Gebieten).

Im Prinzip gibt die resultierende Indexreihe also die Preisentwicklung eines „Bundesdurchschnittsgebäu-

Schaubild 1

**Preisindex für Wohngebäude**  
Wägungsanteile 1958 und 1962 in ‰



des“ in Hamburg wieder. Diese Werte dürfen jedoch auch für ein „Hamburger Durchschnittsgebäude“ in hohem Maße als repräsentativ gelten; Untersuchungen haben gezeigt, daß Preisabweichungen einen viel größeren Einfluß auf die Entwicklung des jeweiligen Index haben als Gewichtsunterschiede<sup>16)</sup>. Zu einem entsprechenden Ergebnis kommt man, wenn man die Preisentwicklung des Index für Wohngebäude (Ein- und Mehrfamiliengebäude) mit dem für Mehrfamiliengebäude allein über sechs Jahre hinweg vergleicht (s. Tabelle 3). Bei

Tabelle 3

**Preisindex für Wohngebäude insgesamt und Mehrfamiliengebäude im Bundesgebiet und in Hamburg**  
1962 = 100

Jahre	Bundesgebiet		Hamburg	
	Wohngebäude insgesamt	Mehrfamiliengebäude	Wohngebäude insgesamt	Mehrfamiliengebäude
	1	2	3	4
1963	105,2	105,3	104,9	105,0
1964	110,0	110,1	108,8	108,9
1965	114,6	114,6	113,1	113,0
1966	118,5	118,4	116,3	116,1
1967	115,9	115,7	116,9	116,5
1968	120,8	120,6	122,1	121,7
1969	127,2	127,1	127,7	127,4

unterschiedlichem Gewichtsschema weichen die beiden Indizes in keinem Jahr um mehr als 0,4 Punkte in Hamburg bzw. 0,2 Punkte im Bundesgebiet voneinander ab und in der Veränderung von Jahr zu Jahr nie um mehr als 0,2 Punkte in Hamburg und 0,1 Punkt im Bundesdurchschnitt.

<sup>13)</sup> Das Wägungsschema mit allen Bauleistungen ist in der Reihe M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 5: Preise und Preisindizes für Bauwerke und Bauland, I: Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Februar 1969, S. 54 ff. unter Z 1 abgedruckt.

<sup>14)</sup> Außerdem wurde mit der Umstellung auf die Basis 1962 die Baupreisstatistik durch die Neuaufnahme von Baupreisindizes der Instandhaltung von Wohngebäuden (insgesamt 4 Indizes) nochmals erweitert.

<sup>15)</sup> So verfahren auch alle Bundesländer, die eigene Baupreisindizes berechnen; z. Z. sind es Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Saarland und Hessen.

<sup>16)</sup> Statistisches Bundesamt: Guckes, Siegfried, und Friedrich Seidelbach: Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1962. — In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1966, S. 556, ferner Horstmann, Kurt, und Siegfried Guckes: Der Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe auf Basis 1958. — In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1961, S. 15.

### 5. Vergleich zwischen den Hamburger Preisindizes auf Basis 1962 und 1936

Die aufgrund des Bundeswägungsschemas mit Hamburger Baupreisen errechneten Indexziffern für die Jahre 1962 bis 1969 (Gesamtindex) sind in Tabelle 4

Tabelle 4

#### Hamburger Preisindex für Wohngebäude — Bauleistungen am Gebäude —

Jahre/Monate	1962 = 100	1936 = 100 umbasiert auf 1962
1963 .....	104,9	105,8
1964 .....	108,8	112,1
1965 .....	113,1	119,3
1966 .....	116,3	125,1
1967 .....	116,9	126,9
1968 .....	122,1	131,9
1969 .....	127,7	139,0
1962 Februar .....	96,9	97,0
Mai .....	99,9	99,9
August .....	100,6	100,4
November .....	102,5	102,7
1963 Februar .....	102,7	103,2
Mai .....	105,2	106,3
August .....	105,7	106,6
November .....	105,9	106,9
1964 Februar .....	106,3	107,5
Mai .....	109,3	112,8
August .....	109,3	113,4
November .....	110,2	114,6
1965 Februar .....	110,7	115,4
Mai .....	113,7	120,1
August .....	113,9	120,6
November .....	114,2	121,3
1966 Februar .....	114,6	121,9
Mai .....	116,6	125,8
August .....	116,7	126,2
November .....	117,1	126,4
1967 Februar .....	117,1	126,6
Mai .....	116,7	126,4
August .....	116,8	127,3
November .....	116,9	127,4
1968 Februar .....	121,3	129,7
Mai .....	121,9	131,8
August .....	122,6	132,7
November .....	122,7	133,3
1969 Februar .....	123,1	133,9
Mai .....	126,0	138,2
August .....	128,3	140,1
November .....	133,5	143,9

dargestellt. Zu Vergleichszwecken wurden die Werte für die „alte“ Hamburger Reihe auf Basis 1936, umbasiert auf 1962, aufgeführt (vgl. auch Schaubild 2). Daneben ist die Originalreihe 1936 mit allen Indexgruppen in Tabelle 5 zusammengestellt.

Beim Vergleich der beiden Hamburger Reihen<sup>17)</sup> treten die in Abschnitt 2 ausgeführten grundsätzlichen Mängel zutage. Aufgrund seines veralteten Wägungsschemas (genauer: Mengenschema) gibt der Hamburger Index auf der Basis 1936 den Preisanstieg überhöht wieder. Von 1962 bis 1969 (Jahresdurchschnitt) stieg der „alte“ Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau um 39 %, während es beim neuen Index im gleichen Zeitraum nur 28 % waren (vgl. Tabelle 4). Anhand von Tabelle 6 sieht man auch, daß die besonders mit methodischen Mängeln be-

<sup>17)</sup> Ein Vergleich ist nur zwischen den jeweiligen Gesamtindizes möglich, da die Gruppierungen — wie bereits früher ausgeführt — in den Schemata von 1936 und 1962 grundverschieden sind.

Tabelle 5

#### Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau — Bauleistungen am Gebäude — 1936 = 100

Jahre/Monate	Ins- gesamt	davon			
		Erd- abfuhr	Bau- stoffe frei Bau	Löhne, Un- kosten und Ver- dienst	Hand- werker- arbei- ten
	1	2	3	4	5
1962 .....	358,0	296,7	336,0	359,7	382,6
1963 .....	378,7	326,8	346,7	387,3	404,3
1964 .....	401,3	339,9	355,5	419,2	429,3
1965 .....	427,2	336,2	361,4	454,9	465,1
1966 .....	447,7	353,6	365,8	482,0	494,5
1967 .....	454,4	353,4	360,4	495,2	505,7
1968 .....	472,1	346,6	368,4	517,8	528,1
1969 .....	497,7	360,8	378,3	551,0	561,3
1962 Februar .....	347,1	296,7	332,2	341,5	373,4
Mai .....	357,8	296,7	334,6	362,1	380,0
August .....	359,6	296,7	336,8	362,1	383,9
November .....	367,5	296,7	340,3	373,0	393,1
1963 Februar .....	369,6	311,3	341,9	373,0	398,1
Mai .....	380,6	330,7	347,7	392,0	403,3
August .....	381,7	332,7	348,2	392,0	406,4
November .....	382,8	332,7	348,9	392,0	409,6
1964 Februar .....	384,8	332,7	349,6	392,0	416,0
Mai .....	403,7	341,3	354,0	428,2	427,2
August .....	405,8	342,7	357,9	428,2	430,3
November .....	410,3	342,7	360,3	428,2	443,7
1965 Februar .....	413,0	339,7	359,8	428,2	453,6
Mai .....	429,9	334,3	361,5	463,8	462,5
August .....	431,7	335,3	362,1	463,8	468,3
November .....	434,1	335,3	362,1	463,8	475,9
1966 Februar .....	436,3	335,3	362,6	463,8	483,9
Mai .....	450,3	361,0	366,1	488,1	494,6
August .....	451,8	359,0	367,6	488,1	498,3
November .....	452,4	359,0	366,9	488,1	501,2
1967 Februar .....	453,2	359,0	366,7	488,1	504,4
Mai .....	452,4	359,0	361,8	488,1	506,8
August .....	455,7	347,7	356,8	500,2	507,8
November .....	456,1	347,7	356,3	504,5	503,9
1968 Februar .....	464,3	355,7	365,5	504,5	522,4
Mai .....	471,9	342,3	369,0	521,7	522,0
August .....	475,2	345,3	368,5	521,7	531,7
November .....	477,1	343,0	370,8	523,3	536,1
1969 Februar .....	479,2	335,3	370,7	523,3	544,0
Mai .....	494,9	362,7	374,3	555,8	549,4
August .....	501,6	370,0	381,4	555,8	564,8
November .....	515,0	375,0	386,7	569,0	587,1

haftete Indexgruppe „Löhne, Unkosten und Verdienste“ im gleichen Zeitraum mit Ausnahme von 1963 und 1966 jeweils am stärksten gestiegen ist.

Tabelle 6

#### Die Veränderungen des Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau auf der Basis 1936 gegenüber dem Vorjahr in % — Bauleistungen am Gebäude —

Jahre	Ins- gesamt	Erd- abfuhr	Bau- stoffe frei Bau	Löhne, Un- kosten und Ver- dienst	Hand- werker- arbei- ten
	1	2	3	4	5
1963 .....	+ 5,8	+ 10,1	+ 3,2	+ 7,7	+ 5,7
1964 .....	+ 6,0	+ 4,0	+ 2,5	+ 8,2	+ 6,2
1965 .....	+ 6,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 8,5	+ 8,3
1966 .....	+ 4,8	+ 5,2	+ 1,2	+ 6,0	+ 6,3
1967 .....	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,3
1968 .....	+ 3,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 4,6	+ 4,4
1969 .....	+ 5,4	+ 4,1	+ 2,7	+ 6,4	+ 6,3

Schaubild 2

**Preisindex für Wohngebäude in Hamburg**  
1962 bis 1969  
— Jahresdurchschnitt —

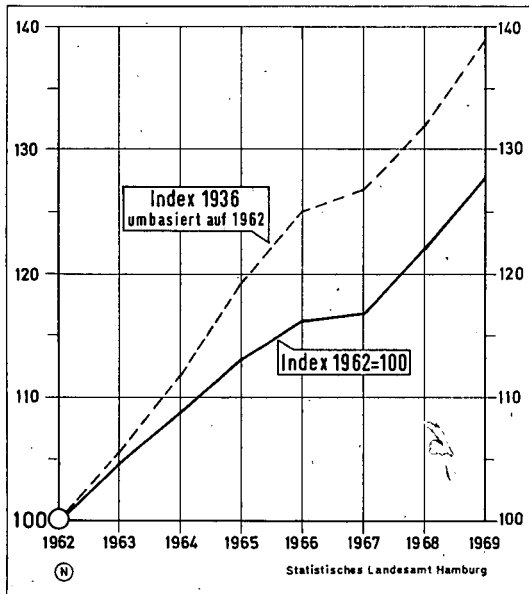


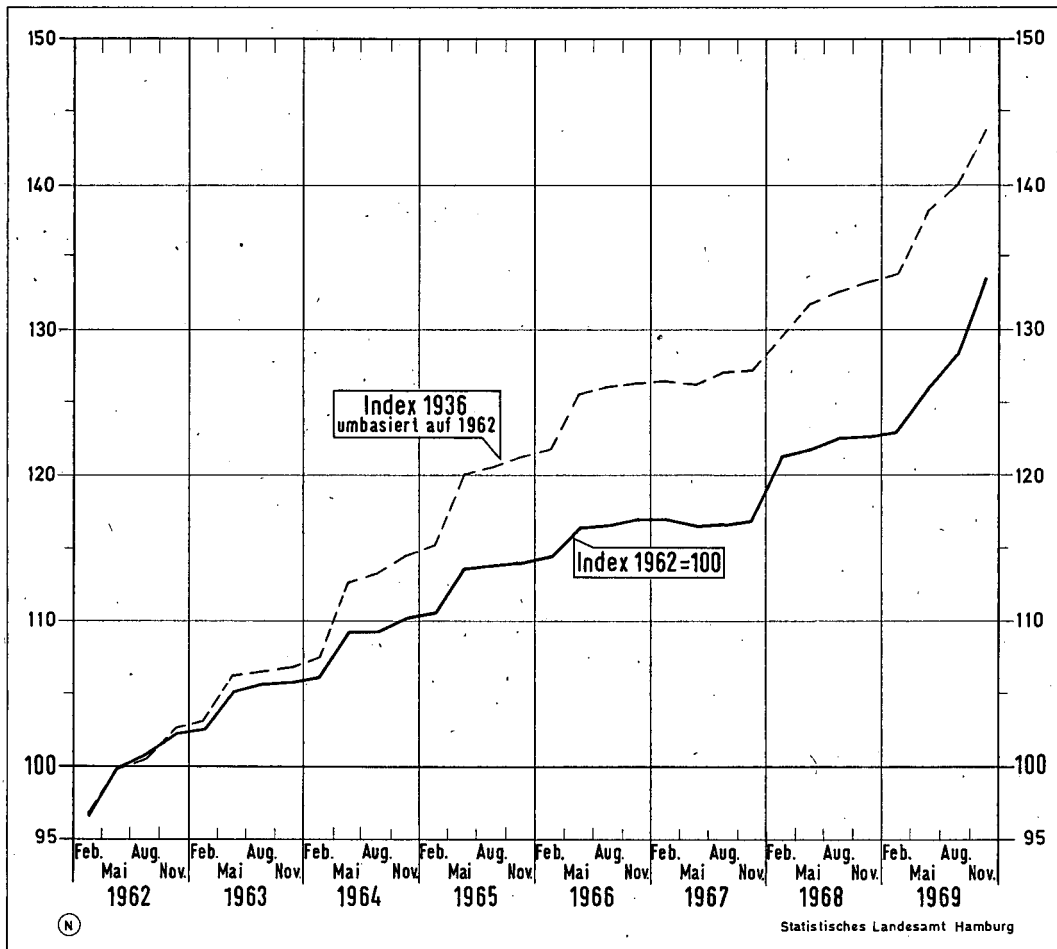
Tabelle 7

**Preisindex für Wohngebäude**  
— Bauleistungen am Gebäude —  
1962 = 100

Jahre	Veränderung der Hamburger Indizes und der Indizes für das Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr in %				
	davon				
	Ins-gesamt	Erd-und Grundbauarbeiten	Rohbauarbeiten	Ausbauarbeiten	Haus-technische Anlagen
	1	2	3	4	5
<b>Hamburg</b>					
1963	+ 4,9	+ 8,5	+ 5,5	+ 5,0	+ 2,5
1964	+ 3,7	— 0,4	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,2
1965	+ 4,0	— 2,6	+ 3,3	+ 4,5	+ 5,7
1966	+ 2,8	— 2,9	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,5
1967	+ 0,5	— 2,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,3
1968	+ 4,4	+ 9,4	+ 4,4	+ 5,6	+ 1,9
1969	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,1	+ 5,6	+ 3,8
<b>Bundesgebiet</b>					
1963	+ 5,2	+ 5,4	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,4
1964	+ 4,6	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,3
1965	+ 4,2	— 1,5	+ 3,4	+ 4,7	+ 5,7
1966	+ 3,4	— 0,9	+ 2,9	+ 4,1	+ 3,6
1967	— 2,2	— 7,9	— 2,8	— 1,2	— 2,0
1968	+ 4,2	+ 3,6	+ 4,4	+ 4,8	+ 2,5
1969	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 4,6	+ 5,3

Schaubild 3

**Preisindex für Wohngebäude in Hamburg**  
1962 bis 1969



Die Werte des neuen Hamburger Preisindex für Wohngebäude (vgl. Tabelle 7) sind seit 1962 in fast jedem Jahr weiter hinter denen des alten Hamburger Index auf Basis 1936 zurückgeblieben (vgl. Tabelle 6). Das gilt sowohl für die Jahre mit stärkeren Preissteigerungen, wie 1963 bis 1965, als auch für die Phase der rezessionsbedingten Verlangsamung des Preisauftriebs 1966/67. Lediglich 1968 war der Anstieg des neuen Index größer; aber diese Ausnahme bestätigt lediglich seine größere Aussagefähigkeit. Ursächlich ist nämlich die Einführung der Mehrwertsteuer zum Januar 1968<sup>18)</sup>. Dies wird deutlich bei der Entwicklung der Quartalswerte (Schaubild 3). Von November 1967 auf Februar 1968 stieg der neue Hamburger Preisindex für Wohngebäude um 3,8 %, der „alte“ dagegen nur um 1,8 %. Dieses Zurückbleiben erklärt sich daraus, daß der Teilindex „Löhne, Unkosten und Verdienste“, der als Kostengruppe nicht unmittelbar von der Mehrwertsteuer betroffen war, das größte Gewicht hat. Dagegen verteuerten sich im neuen Index, in dem es nur Preise für Bauleistungen, aber keine Kostengruppe „Löhne“ gibt, fast alle Bauleistungen mit Einführung der Mehrwertsteuer<sup>19)</sup>. In allen darauffolgenden Quartalen des Jahres 1968 zog — wie auch in den vorangegangenen Quartalen — der alte Index wieder stärker an.

#### 6. Vergleich zwischen dem Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 und dem entsprechenden Index für das gesamte Bundesgebiet

Die Gegenüberstellung des Neuberechneten Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 mit dem alten Index hat dessen Mängel verdeutlicht. Dabei stellt sich als nächstes die Frage, ob eine eigene Indexberechnung für Hamburg wegen Abweichungen der regionalen Baupreisentwicklung<sup>20)</sup> gerechtfertigt ist oder ob für die Belange der Hamburger Verwaltung und Wirtschaft der für das Bundesgebiet vom Statistischen Bundesamt berechnete Preisindex für Wohngebäude als Orientierungsgröße ausreicht.

Über den gesamten Beobachtungszeitraum 1962 bis 1969 hinweg ergibt sich nur eine geringfügige Abweichung im Anstieg der beiden Indizes; im November 1969 erreichte der Preisanstieg gegenüber dem Basisjahr in Hamburg 33,5 % (Tabelle 8), im Bundesdurchschnitt 32,6 % (Tabelle 9). Ein Vergleich der Entwicklung im Laufe der Jahre zeigt dagegen Abweichungen. Die Darstellung der vierteljährlichen Ergebnisse (Schaubild 4) läßt drei verschiedene Phasen erkennen: Bis Mai 1966 stieg der Hamburger Preisindex für Wohngebäude tendenziell langsamer als der Index für das Bundesgebiet. Als dieser aber in der Zeit der Konjunkturabschwächung bis November 1967 zurückging, blieb der Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf nahezu unverändertem Niveau.

<sup>18)</sup> Die Mehrwertsteuer bei den im Index enthaltenen Bauleistungen betrug von Januar 1968 an 10 % und wurde im Juli 1968 auf 11 % erhöht. Von dem Optionsrecht nach § 19 Umsatzsteuergesetz vom 29. Mai 1967 wurde von den Berichtsfirmen, die dafür in Frage kamen, kein Gebrauch gemacht.

<sup>19)</sup> Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, in welchem Maße die Verteuerungen, die zum Zeitpunkt der Einführung der Mehrwertsteuer erfolgten, durch diese bedingt waren.

<sup>20)</sup> Diese Betrachtung besagt nichts über die absoluten Unterschiede in den Baukosten. Vgl. dazu: Urban, Alfred: Lassen sich die Wohnungsbaukosten von Stadt zu Stadt statistisch vergleichen? In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1962, H. 34.

Tabelle 8

#### Hamburger Preisindex für Wohngebäude — Bauleistungen am Gebäude — 1962 = 100

Jahre/Monate	Ins- gesamt	Erd- und Grund- bau- arbei- ten	Roh- bau- arbei- ten	Aus- bau- arbei- ten	Haus- tech- nische An- lagen
	1	2	3	4	5
1963 .....	104,9	108,5	105,5	105,0	102,5
1964 .....	108,8	108,1	109,1	109,4	106,8
1965 .....	113,1	105,3	112,7	114,3	112,9
1966 .....	116,3	102,2	115,2	118,2	116,8
1967 .....	116,9	99,6	115,6	118,7	118,3
1968 .....	122,1	109,0	120,7	125,4	120,5
1969 .....	127,7	112,3	125,6	132,4	125,1
1962 Februar .....	96,9	95,6	96,6	97,3	97,1
Mai .....	99,9	99,7	99,8	99,9	100,0
August .....	100,6	99,8	100,5	100,6	101,2
November .....	102,5	104,8	103,0	102,2	101,7
1963 Februar .....	102,7	106,2	102,9	102,6	101,8
Mai .....	105,2	110,3	106,0	105,4	101,8
August .....	105,7	109,2	106,4	105,8	103,0
November .....	105,9	108,3	106,5	106,3	103,3
1964 Februar .....	106,3	107,2	106,4	106,8	104,4
Mai .....	109,3	109,1	109,9	110,0	106,5
August .....	109,3	108,1	110,0	109,9	106,6
November .....	110,2	108,1	110,1	110,7	109,7
1965 Februar .....	110,7	102,6	110,3	111,4	111,2
Mai .....	113,7	106,1	113,4	114,7	112,9
August .....	113,9	106,4	113,5	115,1	113,6
November .....	114,2	105,9	113,4	115,8	113,7
1966 Februar .....	114,6	102,6	113,5	116,4	115,3
Mai .....	116,6	103,9	115,5	118,6	116,8
August .....	116,7	101,8	115,6	118,7	117,3
November .....	117,1	100,3	116,0	119,1	117,7
1967 Februar .....	117,1	98,3	115,8	118,6	119,2
Mai .....	116,7	98,3	115,4	118,4	118,7
August .....	116,8	98,3	115,6	118,8	117,6
November .....	116,9	103,5	115,6	118,9	117,6
1968 Februar .....	121,3	108,7	120,4	123,6	120,5
Mai .....	121,9	109,3	120,7	125,1	119,9
August .....	122,6	109,2	121,1	126,1	120,4
November .....	122,7	108,9	120,7	126,6	121,1
1969 Februar .....	123,1	107,1	120,3	127,9	121,9
Mai .....	126,0	111,2	123,6	131,2	122,8
August .....	128,3	113,6	127,2	132,5	124,0
November .....	133,5	116,6	131,3	138,1	131,6

Danach setzte sich jedoch wieder die gleiche Grundtendenz wie vor 1966 durch und der Index für das Bundesgebiet holte bis 1969 den größten Teil des 1966/67 entstandenen Rückstandes auf.

Bei diesem Verlauf stellt sich zunächst die Frage, wodurch die Tendenz eines längerfristig niedrigeren Preisanstiegs für Wohngebäude in Hamburg im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet von 1962 bis 1966 begründet sein könnte. Hier bietet sich folgende Überlegung an: In dem genannten Zeitraum gestattete die Marktlage den Unternehmern — anders als in der folgenden Rezessionsphase — eine weitgehende Orientierung der Preisgestaltung am Kostenverlauf. Für diesen ist wiederum die Lohnentwicklung — unter Berücksichtigung der Rationalisierungsfortschritte — die wichtigste Einzelgröße. Die Bauarbeiterlöhne aber stiegen in Hamburg von 1962 bis 1966 weniger stark als im Bundesdurchschnitt. Nachdem Hamburg 1962 die höchsten Stundenlöhne gezahlt hatte, verringerten nämlich die anderen Bundesländer später ihren Rückstand; die Bruttostundenverdienste der Bauarbeiter stiegen von 1962 bis 1966 in Hamburg um 34 % und im Bundesdurchschnitt um

Tabelle 9

**Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet**  
— Bauleistungen am Gebäude —  
1962 = 100

Jahre/Monate	Bau- lei- stung am Ge- bäude	Erd- und Grund- bau- arbei- ten	Roh- bau- arbei- ten	Aus- bau- arbei- ten	Haustech- nische An- lagen
	1	2	3	4	5
1963 .....	105,2	105,4	106,0	105,0	103,4
1964 .....	110,0	107,8	110,9	110,1	107,8
1965 .....	114,6	106,2	114,7	115,3	113,9
1966 .....	118,5	105,2	118,0	120,0	118,0
1967 .....	115,9	96,9	114,7	118,6	115,6
1968 .....	120,8	100,4	119,8	124,3	118,5
1969 .....	127,2	105,8	126,8	130,0	124,8
1962 Februar .....	96,6	96,0	96,1	97,0	97,3
Mai .....	100,0	100,7	100,2	100,0	99,6
August .....	101,0	100,7	101,0	100,9	100,9
November .....	102,4	102,6	102,7	102,1	102,2
1963 Februar .....	102,9	102,9	103,3	102,6	102,4
Mai .....	105,3	106,0	106,4	105,0	102,9
August .....	106,0	106,1	107,0	105,8	103,8
November .....	106,4	106,4	107,1	106,4	104,4
1964 Februar .....	106,9	106,2	107,5	107,0	105,4
Mai .....	110,4	109,5	111,9	110,3	106,9
August .....	111,0	108,4	112,0	111,1	108,1
November .....	111,7	107,2	112,0	111,8	110,9
1965 Februar .....	112,1	105,2	112,0	112,3	112,6
Mai .....	115,1	107,0	115,4	115,7	113,8
August .....	115,5	106,4	115,6	116,3	114,4
November .....	115,8	106,0	115,7	116,8	114,8
1966 Februar .....	116,9	106,1	116,6	118,1	116,5
Mai .....	119,1	106,2	118,7	120,5	118,4
August .....	119,2	105,2	118,7	120,7	118,8
November .....	118,6	103,1	117,9	120,5	118,4
1967 Februar .....	117,3	99,7	116,3	119,5	117,3
Mai .....	116,0	96,7	114,7	118,7	115,8
August .....	115,5	95,7	114,2	118,5	115,0
November .....	114,8	95,3	113,5	117,8	114,3
1968 Februar .....	119,9	99,5	118,7	123,2	118,3
Mai .....	119,9	99,8	119,0	123,3	117,3
August .....	121,5	101,0	120,5	125,2	118,9
November .....	121,9	101,2	120,8	125,4	119,4
1969 Februar .....	122,6	101,3	121,1	126,5	120,6
Mai .....	125,7	104,9	125,2	128,9	122,3
August .....	128,0	106,4	128,1	130,4	125,0
November .....	132,6	110,4	132,6	134,2	131,4

43 %<sup>21)</sup>. Es muß sich noch zeigen, ob und wie weit sich diese ihrer Natur nach begrenzte Entwicklung weiter fortsetzt.

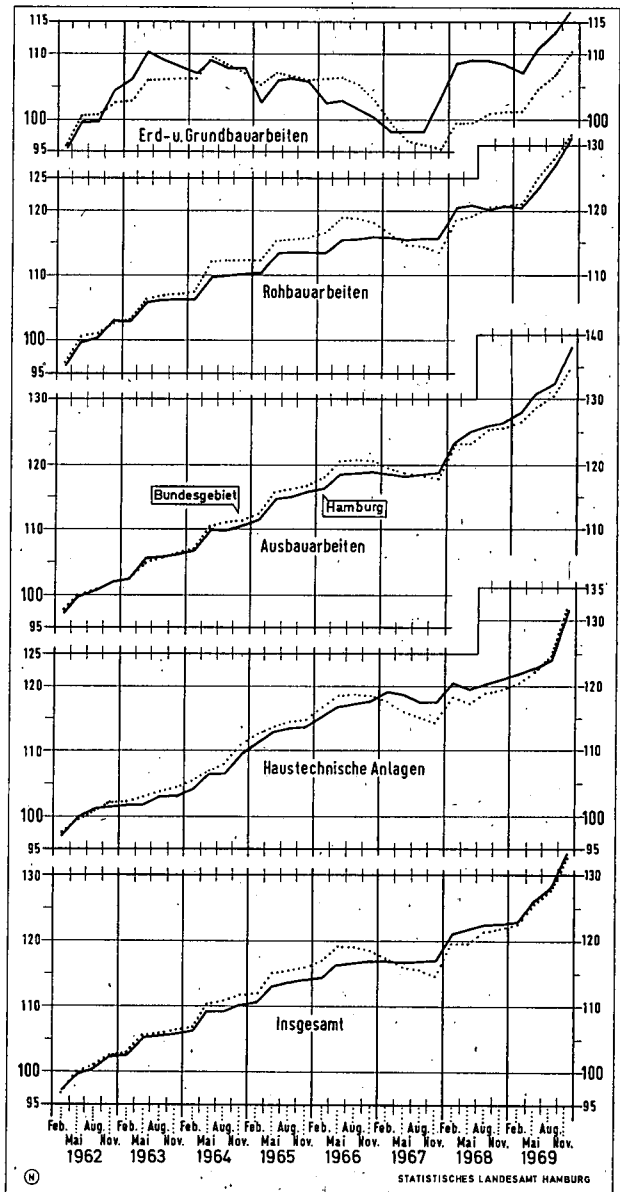
Die zweite Frage richtet sich auf die spezifische Baupreisentwicklung in Hamburg 1966/67. Es kann davon ausgegangen werden, daß in dieser von der Konjunkturabschwächung bestimmten Zeit die Preisgestaltung für Bauwerke weniger von der Kostenseite, sondern mehr von der Stärke der Nachfrage bestimmt wurde. In dieser Hinsicht aber gab es regionale Unterschiede, begründet in der jeweiligen Wirtschaftsstruktur. So entwickelten sich 1966 und 1967, gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, die Dienstleistungsbereiche (einschließlich Staat) weit günstiger als das Warenproduzierende Gewerbe. Während aber das Verhältnis zwischen diesen beiden Bereichen im Bundesgebiet 46 zu 50 beträgt, er-

reicht es in Hamburg 64 zu 35<sup>22)</sup>. Hamburg war daher in der Produktions- und Einkommensentwicklung 1966/67 unterdurchschnittlich von der Konjunkturabschwächung betroffen. Sein Bruttoinlandsprodukt nahm 1966 um 6,6 % und 1967 noch um 3,0 % zu gegenüber nur 6,1 % bzw. 0,9 % im Bundesgebiet. Diese unterschiedlichen Entwicklungstendenzen dürften sich auch in der Nachfrage nach Bauleistungen niedergeschlagen haben. So veränderten sich die Genehmigungen für Hochbauten, gemessen an den veranschlagten Baukosten, in Hamburg 1966 und 1967 um + 11,1 % bzw. + 5,7 % im Bundesdurchschnitt um - 0,4 % bzw. - 7,6 %.

Die dargestellten Abweichungen in der Entwicklung der Baupreise zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet zeigen sich in den wichtigsten Teilindizes in gleicher Weise. Sowohl bei Rohbauarbeiten als auch bei Ausbauarbeiten und Haustechnischen Anlagen war die Verteuerung in Hamburg bis zum Frühjahr

Schaubild 4

**Preisindex für Wohngebäude**  
in Hamburg und im Bundesgebiet  
1962 bis 1969



<sup>21)</sup> Die Bruttostundenverdienste stiegen im gleichen Zeitraum in Nordrhein-Westfalen um 51 %, in Bayern um 52 % und in Baden-Württemberg um 45 %. Diese Länder gehen in die Berechnung des Preisindex für Wohngebäude (Bundesindex) zusammen mit einem Gewicht von rd. 60 % ein.

<sup>22)</sup> Stand 1967; die Differenz von 1 % in Hamburg bzw. 4 % im Bundesgebiet entfällt auf den Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“.

1966 nicht ganz so ausgeprägt wie im Bundesdurchschnitt insgesamt. Anschließend aber folgte im Bundesgebiet ein deutlicher Preisrückgang, im Jahresdurchschnitt 1967 um 1,2 bis 2,8 % bei den einzelnen Teilindizes. In Hamburg dagegen kam es — abgesehen von einer kurzfristigen Rückbildung bei Haustechnischen Anlagen — nur zu einem temporären Preisstillstand; im Jahresdurchschnitt 1967 ergaben sich sogar für die Teilindizes immer noch leichte Erhöhungen um 0,3 % bis 1,3 %. Als Ergebnis war jedenfalls sowohl bei Rohbauarbeiten als auch bei Ausbauarbeiten und Haustechnischen Anlagen im November 1967 die Verteuerung gegenüber dem Basisjahr 1962 in Hamburg ausgeprägter als im Bund. Dieser Abstand hielt sich anschließend nur bei Ausbauarbeiten, während bei den anderen beiden Leistungsgruppen nach 1967 der Preisanstieg im Bundesgebiet wieder stärker wurde.

Eine spezifische Preisentwicklung weisen Erd- und Grundbauarbeiten auf, die allerdings den Preisindex für Wohngebäude nur wenig beeinflussen (Gewicht: 2 %). Im Vergleichszeitraum wurde in Hamburg 1963, im Bundesgebiet 1964 ein Höhepunkt erreicht, an den sich jeweils ein Rückgang bis 1967 anschloß, gefolgt von einer erneuten Verteuerung der Erd- und Grundbauarbeiten, die in Hamburg ausgeprägter war als im Bundesgebiet. Eine Erklärung der Abweichungen in Hamburg könnte wiederum in regionalen Besonderheiten der Marktlage gesehen werden. Darauf deutet jedenfalls die Entwicklung 1966/67 hin. Danach begann der Preiseinbruch in Hamburg eher als im Bundesgebiet und auch die Umkehr setzte eher ein. Zugleich aber war auch bei den Auftragsvergaben der öffentlichen Hand für Tiefbauten zu beobachten, daß es in Hamburg frühzeitiger zu einem Rückgang kam als im Bundesgebiet und später die Erholung um so kräftiger war.

Insgesamt ist nach dem Vergleich der Preisindizes seit 1962 anzunehmen, daß die Entwicklung der Preise für Bauleistungen in Hamburg auch künftig Abweichungen vom Bundesdurchschnitt aufweisen wird; denn die gezeigten Zusammenhänge zwischen spezifischer Wirtschaftsstruktur, konjunkturellem Rhythmus von Produktion und Einkommen, der Lage auf dem Bauproduktmarkt und der Preisbildung für Bauleistungen dürften auch weiterhin wirksam sein. Es erscheint unter diesen Umständen angebracht, einen eigenen Hamburger Preisindex für Wohngebäude fortzuführen. Die Umstellung auf die neue Basis 1962 wird dabei zum Anlaß genommen, die Berichterstattung im Interesse der Konsumenten auf verschiedene Bauwerksarten zu erweitern. In der laufenden Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Hamburg (Statistische Berichte, M 14) erscheinen daher künftig neben dem Preisindex für Wohngebäude folgende Baupreisindizes:

- Einfamiliengebäude
- Mehrfamiliengebäude
- Gemischt genutzte Gebäude
- Bürogebäude
- Gewerbliche Betriebsgebäude.

Die angewandte Berechnungsmethode dieser Indizes entspricht völlig der des Preisindex für Wohnge-

bäude, d. h. die spezifischen Bundeswägungsschemata<sup>23)</sup> werden mit Hamburger Bauleistungspreisen kombiniert.

## 7. Die Preise für Wohngebäude im Jahr 1969

Die Entwicklung der Preise für Wohngebäude in Hamburg war 1969 — ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet — von einer kräftigen Verteuerung gekennzeichnet. Der neuberechnete Hamburger Index auf der Basis 1962 erhöhte sich allein von August bis November 1969 um 4,1 %. Dies war der stärkste Anstieg innerhalb eines Quartals im ganzen Berechnungszeitraum seit 1962. Den Vorjahrswert vom November 1968 übertraf der Index sogar um 10,1 %.

Die Verteuerung erstreckte sich auf alle Leistungsgruppen. So waren die Preise, gemessen an den einzelnen Teilindizes, im November 1969 bei Rohbauarbeiten um 10,4 % höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat, bei Ausbauarbeiten um 10,0 %, bei Haustechnischen Anlagen um 9,7 % und bei Erd- und Grundbauarbeiten um 8,1 %. Unter den einzelnen Leistungen verteuerten sich am stärksten Zentralheizungs-, Lüftungs- und Warmwasserbereitungsanlagen mit 15,4 %, Beton- und Stahlbetonarbeiten mit 14,4 % und Tischlerarbeiten mit 13,9 %.

Tabelle 10

### Hamburger Preisindex für Wohngebäude — Bauleistungen am Gebäude —

Jahre/Monate	1962 = 100 Originalreihe	umbasiert auf 1936 Verkettungsfaktor: 3,5820
1962 .....	100,0	358,1
1963 .....	104,9	375,7
1964 .....	108,8	389,6
1965 .....	113,1	405,2
1966 .....	116,3	416,4
1967 .....	116,9	418,7
1968 .....	122,1	437,5
1969 .....	127,7	457,5
1962 Februar .....	96,9	347,1
Mai .....	99,9	357,8
August .....	100,6	360,3
November .....	102,5	367,2
1963 Februar .....	102,7	367,9
Mai .....	105,2	376,8
August .....	105,7	378,6
November .....	105,9	379,3
1964 Februar .....	106,3	380,8
Mai .....	109,3	391,5
August .....	109,3	391,5
November .....	110,2	394,7
1965 Februar .....	110,7	396,5
Mai .....	113,7	407,3
August .....	113,9	408,0
November .....	114,2	409,1
1966 Februar .....	114,6	410,5
Mai .....	116,6	417,7
August .....	116,7	418,0
November .....	117,1	419,5
1967 Februar .....	117,1	419,5
Mai .....	116,7	418,0
August .....	116,8	418,4
November .....	116,9	418,7
1968 Februar .....	121,3	434,5
Mai .....	121,9	436,6
August .....	122,6	439,2
November .....	122,7	439,5
1969 Februar .....	123,1	440,9
Mai .....	126,0	451,3
August .....	128,3	459,6
November .....	133,5	478,2

<sup>23)</sup> Die Bundeswägungsschemata sind abgedruckt in der Fachserie M des Statistischen Bundesamtes, Reihe 5: Preise und Preisindizes, a. a. O., S. 54 ff.; s. Fußnote 13.

#### 8. Die Verbindung des neuen mit dem bisherigen Index

Durch Verbindung (Verkettung) des neuen mit dem bisherigen Index lassen sich durchlaufende Reihen bilden, die es jedem Benutzer gestatten, auch für längere Zeiträume Indexveränderungen zu berechnen.

Da mit einer Modernisierung des Indexschemas immer erst dann begonnen werden kann, wenn die notwendigen statistischen Nachweisungen vorliegen und der Entscheidung über eine Indexumstellung umfangreiche Arbeiten vorangehen, muß allerdings

bei der Verkettung auch eine Berichtigung früher veröffentlichter Zahlen hingenommen werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Jahre 1962 bis 1969. Für diesen Zeitraum sind jetzt bei der Bildung langer Reihen auf der Basis weiter zurückliegender Jahre die Ergebnisse der Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude zugrunde zu legen.

Die Verkettung mit der neuen Reihe wurde über Februar 1962 (= der erste Wert der neuen Reihe) vorgenommen. In Tabelle 10 sind die Werte der Reihe 1936 = 100 abgedruckt.

#### 9. Zusammenfassung

Bis November 1969 wurde vom Statistischen Landesamt Hamburg der Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau auf der Basis 1936 berechnet. Den Berechnungen lag ein noch vom Statistischen Reichsamt übernommenes Mengenschema aus den Jahren 1928/30 zugrunde. Abgesehen davon, daß methodisch keine Berücksichtigung von Rationalisierungsfortschritten möglich war, entsprach dieses Mengenschema mit dem Vordringen neuer Baustoffe und -verfahren im Laufe der Jahre immer weniger der Realität. Der Hamburger Preisindex für den Wohnungsbau gab daher die tatsächliche Preisentwicklung nur mit zunehmender Verzerrung wieder.

Das Statistische Landesamt Hamburg benutzt ab Februar 1970 für die laufende Berechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude die — vom Statistischen Bundesamt verwandte — Originalbasis 1962, und zwar auch für die auf 1936 umbasierte Reihe. Der Hamburger Neuberechnung liegt das Wägungsschema für das Bundesgebiet zugrunde, kombiniert mit Hamburger Bauleistungspreisen.

Bei einem Vergleich des Hamburger Preisindex für Wohngebäude mit dem entsprechenden Index für das gesamte Bundesgebiet zeigen sich bei den Preisbewegungen in den Jahren 1962 bis 1969 Abweichungen, die offenbar charakteristische Ursachen haben, namentlich die spezifische Wirtschaftsstruktur in Hamburg. Dieses Ergebnis läßt auch weiterhin die Berechnung eines eigenen Hamburger Index zweckmäßig erscheinen.

Gleichzeitig mit der Umstellung der Basis wird die Berichterstattung im Interesse der Konsumenten auf verschiedene Bauwerksarten, wie Einfamiliengebäude, Mehrfamiliengebäude, gemischt genutzte Gebäude, Bürogebäude, erweitert.

Der Neuberechnete Hamburger Preisindex für Wohngebäude macht die ungewöhnlich starke Verteuerung der Bauleistungen im vergangenen Jahr deutlich. Im November 1969 wurde der entsprechende Vorjahrsstand um 10,1 % übertroffen. Dabei gab es zwischen den Leistungsgruppen Rohbauarbeiten, Ausbauarbeiten und Haus-technische Anlagen nur geringfügige Abweichungen.

Marion Großer

# Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten

— Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge,  
Vergütungen und Löhne für September 1968 —

## INHALT

	Seite
1. Einführung	84
2. Methode und Durchführung der Erhebung	85
3. Die einzelnen Bestandteile des Verdienstes	86
4. Durchschnittliche Bruttoverdienste der Beamten und Angestellten nach Alter und Tätigkeit	87
5. Verdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter	90
6. Durchschnittliche Bruttoverdienste nach Familienstand	92
7. Schichtung der Brutto-Monatsverdienste	93
8. Zusammenfassung	96

### 1. Einführung

In der Nachkriegszeit sind im Bundesgebiet in bestimmten Abständen Erhebungen über die Verdienstverhältnisse der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft durchgeführt worden. Erhebliche Schwierigkeiten stellten sich jedoch immer wieder der Feststellung der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes entgegen. Erst im Jahre 1968 konnten die Statistischen Ämter die im Jahre 1950 begonnene Arbeit wieder aufnehmen und das Einkommensgefüge der öffentlich Bediensteten untersuchen. Im Zusammenhang mit der in den Bereichen des öffentlichen Dienstes durchgeführten allgemeinen Personalstrukturhebung (Teil 1) nach dem Stande vom 2. Oktober 1968 fand für den Monat September des gleichen Jahres auch eine Feststellung der Verdienste der Beamten, Angestellten und Arbeiter (Teil 2) statt. Ziel und Aufgabe der beiden Teile war die Beschaffung von einheitlichen, für das Bundesgebiet vergleichbaren Unterlagen über die Weiterentwicklung der Laufbahn-, Besoldungs- und Tarifrachte, über die Schätzung des Nachwuchsbedarfs sowie über die Beurteilung der Personalfluktuation, der künftigen Versorgungslasten und der effektiven Bezahlung. Die folgenden Ausführungen befassen sich ausschließlich mit dem lohn- und gehaltsstatistischen Teil der Personalstrukturhebung, der u. a. Unterlagen liefern soll über:

1. Die soziologische Struktur der Bediensteten,
2. Höhe und Abstufung der Brutto- und Nettoverdienste,
3. Klärung der Zusammenhänge zwischen Verdienst einerseits und Geschlecht, Alter, Dienstverhältnis, Tätigkeit, Familienstand und Kinderzahl andererseits und
4. bei den Arbeitern außerdem Länge der Arbeitszeit.

Bei Beurteilung der nachstehend mitgeteilten Zahlen muß man sich vergegenwärtigen, daß die Ergebnisse — soweit sie die absolute Höhe der Verdienste betreffen — nicht mehr voll die wirklichen Verhältnisse widerspiegeln. Für die Beamten wurden durch das 16. (und 17.) Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes, in Anlehnung an das 2. Besoldungsneuregelungsgesetz des Bundes, mit Wirkung vom 1. April 1969 die Grundgehalts- und Ortszuschlagtabellen neu gestaltet. Dadurch ergaben sich für die einzelnen Besoldungsgruppen unterschiedliche Erhöhungen, die sich bei den Grundgehaltssätzen zwischen 1,9 und 6,3 % belaufen. Bei den Angestellten betrug die Zunahme der Grundvergütungen aufgrund des Vergütungstarifvertrages Nr. 7 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag ab 1. Januar 1969 etwa 6 %; ähnlich war der Verlauf der Stundenlohnsätze für die Arbeiter. Lineare Verbesserungen der Löhne und Gehälter um durchschnittlich 8 % und strukturelle Maßnahmen ab 1. Januar 1970 haben die Ergebnisse weiter beeinflußt<sup>1)</sup>.

Weiter ist zu beachten, daß die Ergebnisse über Verdienste nur einen — zwar den größten — Teil der Beträge angeben, welche der Bedienstete aus seinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis bezieht. Darüber hinaus werden aber noch vom Arbeitgeber Beträge aufgewendet, die dem Beschäftigten in direkter oder indirekter Form zugute kommen, wie z. B. Beihilfen, Unterstützungen, Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und Jubiläumszuwendungen. Zahlen über das Ausmaß derartiger Leistungen für das Jahr 1969 — die im Rahmen des Teils 1 nach Art, Dienstverhältnis und Laufbahngruppen gegliedert festgestellt sind — werden später bekanntgegeben.

Wenn somit auch gewisse Einschränkungen für die Verwendung der im folgenden veröffentlichten Ergebnisse gemacht werden müssen, so sind diese Zahlen doch von besonderer Bedeutung, weil die letzten Zahlen über die Verdienste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 20 Jahre zurückliegen, zum anderen die Erhebung nicht die Ermittlung der Verdienste nach dem neuesten Stand zum Ziel hatte, sondern

<sup>1)</sup> Nach einer Mitteilung des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst liegen die prozentualen Lohn- und Gehaltsverbesserungen je nach Lohn-, Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe für Arbeiter zwischen 14,5 und 11,7 %, für Angestellte zwischen 12,6 und 8,4 % und für Beamte voraussichtlich zwischen 13 und 8,7 %.



vornehmlich die Gehalts- und Lohnstruktur der im öffentlichen Dienst Beschäftigten aufzeigen sollte, die sich kurzfristig nicht wesentlich ändert.

## 2. Methode und Durchführung der Erhebung

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im öffentlichen Dienst erstreckte sich für September 1968 in Hamburg auf alle bei Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) stehenden hauptberuflich vollbeschäftigten Beamten, Richter, Angestellten und Arbeiter sowie auf das Personal der Sozialversicherungsträger. Im Interesse des Vergleichs mit den Ergebnissen von Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft wurden u. a. nicht erfaßt: Personen in Ausbildung, die nur einen Unterhaltszuschuß bekommen, Beamte der Besoldungsordnung B und Angestellte mit übertariflicher Bezahlung, Teilzeitbeschäftigte sowie nicht in einem direkten Dienstverhältnis stehende Beschäftigte. Ausgenommen waren weiter Bedienstete, die während des Erhebungszeitraumes für kurze oder längere Zeit aus persönlichen Gründen (Krankheit, unbezahlter Urlaub, Einstellung oder Entlassung im Laufe des Monats) keinen Verdienst bezogen haben.

Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Personalstrukturuntersuchung im öffentlichen Dienst, deren rechtliche Grundlage das „Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst“ vom 15. Mai 1968 (BGBl. I 1968, S. 385 ff) bildet, in zwei Teile zerfällt. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten und den großen Arbeitsaufwand sollte der gehalts- und lohnstatistische Teil auf repräsentativer Grundlage durchgeführt werden, während für Zwecke der Personalstandsfeststellung (Teil 1) die Angaben aller Bediensteten, gegliedert nach den verschiedensten Merkmalen, notwendig waren. Dabei wurde bei der Repräsentativerhebung nach dem Stichprobenplan des Statistischen Bundesamtes in den einbezogenen Bereichen eine unterschiedliche Auswahlquote von 14,3 % bis 33,3 % angestrebt. Die Auswahl der Beschäftigten erfolgte in der Weise, daß in allen erfaßten Dienststellen für die Bediensteten, deren Familienname mit einem bestimmten Buchstaben beginnt, ein Individualzählblatt auszufüllen war.

Diese Methode wurde in Hamburg lediglich für den Bereich Sozialversicherungsträger und für einige zahlenmäßig unbedeutende Wirtschaftsunternehmen angewandt, während für den Bereich Behörden und Einrichtungen, deren Beschäftigte auf elektronischen Datenträgern registriert sind, die Lohn- und Gehaltsbänder der zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle herangezogen wurden. Bei den auf Band liegenden Daten wurde von einer Zufallsauswahl oder einer systematischen Auswahl abgesehen, sie sind unter Berücksichtigung des eingangs erwähnten Personenkreises total einbezogen. Wie die Gliederung des Personals der Verwaltung des Landes Hamburg einschließlich der im Anhang zum Stellenplan ausgewiesenen Wirtschaftsunternehmen, aus dem die Auswahl der Bediensteten vorgenommen wurde, deren Verdienste zur Berechnung der Durchschnittsgehälter und -löhne der drei Beschäftigtengruppen verwendet wurden, aussieht, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Beschäftigtengruppen	Vollbeschäftigte Landesbedienstete am 2. 10. 1968 <sup>1)</sup>	darunter in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung erfaßt
Beamte insgesamt ....	34 111	31 330
darunter weiblich ..	7 358	6 558
Angestellte insgesamt	34 349	29 239
darunter weiblich ..	18 306	14 790
Arbeiter insgesamt ...	12 281	9 322
darunter weiblich ..	2 444	1 857
Bedienstete insgesamt	80 741	69 891
darunter weiblich ..	28 108	23 205

<sup>1)</sup> Vorl. Ergebnis.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden analog zur Verdienstatistik in der gewerblichen Wirtschaft nach Leistungsgruppen gegliedert, und zwar die Arbeiter in drei, die Beamten und Angestellten in je fünf Gruppen. Als Grundlage für die Zuordnung der öffentlich Bediensteten zu einer dieser Gruppen dienten die entsprechenden Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsgruppen. Vergleiche mit den Ergebnissen der Verdiensterhebungen in der gewerblichen Wirtschaft sind wegen der ganz andersgearteten Struktur des öffentlichen Dienstes nur in eingeschränktem Maße und unter großen Vorbehalten möglich; diese Einschränkung gilt besonders für die Gegenüberstellung von Verdienstdaten für Beamte und Angestellte. Es sei hier nur erwähnt, daß sowohl in den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich als auch in der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel die jährlich einmal oder nicht laufend vom Betrieb gewährten besonderen Aufwendungen, wie z. B. Gratifikationen, Tantiemen, Naturalleistungen, Urlaubsgeld, Gewinnanteile u. dgl., nicht erfaßt werden. Die Höhe dieser Aufwendungen je Arbeitnehmer dürfte nicht unerheblich sein und damit auch Einfluß haben auf das durchschnittliche monatliche Verdienstniveau. Im Gegensatz hierzu sind im öffentlichen Dienst die neben den allgemeinen Arbeitsentgelten gewährten Leistungen relativ gering.

Für Beamte, die nach dem Hamburgischen Besoldungsgesetz bezahlt werden, gilt folgende Zuordnung:

Leistungsgruppen	Besoldungsgruppen	Ausgewählte Dienstbezeichnungen
I b	A 16, A 15, H 4, H 3	Leitende Regierungsdirektoren, Bau-, Oberstudien-, Regierungsdirektoren und Hochschulprofessoren
II	A 14 bis A 11, H 2, H 1	Studien-/Oberstudienräte, Dozenten an Ingenieurschulen, Regierungs-/Oberregierungsräte, Wissenschaftl. Räte und Assistenten, Lehrer an Sonder-, Volks- und Realschulen, Amtsräte und Amtsmänner
III	A 10a bis A 7	Inspektoren/Oberinspektoren, Polizeikommissare/-Oberkommissare, Polizeihauptmeister, Brandmeister, Hauptsekretäre, Obersekretäre
IV	A 6 bis A 5	Polizei-Hauptwachtmeister, Polizeimeister, Feuerwehrmann/Oberfeuerwehrmann, Assistent, Sekretär und Polizeiwachtmeister
V	A 4 bis A 1	Justizwachtmeister/Justizoberwachtmeister, Justiz-Hauptwachtmeister und Oberamtsgehilfe/Hauptamtsgehilfe

In den Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 4 zum „Tarifvertrag über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder“ vom 25. März 1966 ist ausgeführt, wie die Besoldungs- und Vergütungsgruppen einander entsprechen. Als Grundlage für die Zuordnung der Angestellten, die nach dem Bundes-Angestellten-tarifvertrag (bzw. dem BAT vergleichbaren Tarifverträgen oder entsprechenden Vergütungsgruppen anderer Tarifordnungen) bezahlt werden, zu einer der 5 Leistungsgruppen dienten die Vergütungsgruppen, und zwar:

Leistungsgruppen	Allgemeine Vergütungsgruppen	Definitionen
I b	ADO u. I a	Angestellte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung in leitender Position (Chefärzte)
II	I b bis IV a	Angestellte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit und Angestellte in Spitzenstellungen des gehobenen Dienstes
III	IV b bis VI b	Angestellte mit vielseitigen, gründlichen und umfassenden Fachkenntnissen und selbständigen Leistungen
IV	VII und VIII	Angestellte mit gründlichen Fachkenntnissen bzw. schwieriger Tätigkeit
V	IX bis X	Angestellte mit einfacher und mechanischer Tätigkeit

Die Beamten in den Spitzenämtern des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes (A 13, A 9 und A 5) und die Angestellten im Bewährungsaufstieg wurden in der Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe erfaßt, nach der sie vergütet werden. Hiervon ausgenommen sind die Fälle, in denen der Bedienstete vorübergehend eine Zulage zur Angleichung an die nächsthöhere Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe erhält. Er wurde in der Gruppe nachgewiesen, in der er vor Gewährung der Zulage eingestuft war.

Für Arbeiter, die nach dem Manteltarifvertrag II (bzw. vergleichbaren Tarifverträgen) entlohnt werden, galt folgendes Schema:

Leistungsgruppen	Definitionen
Leistungsgruppe 1	Facharbeiter und qualifizierte angelernte Arbeiter, das sind die Lohngruppen A IV, A III, A II, A I und A
Leistungsgruppe 2	Angelernte Arbeiter, das sind die Lohngruppen B I, B und C II
Leistungsgruppe 3	Hilfsarbeiter bzw. ungelernete Arbeiter der Lohngruppe C I

Da bei dieser Statistik der Verdienst jedes einzelnen Bediensteten erfaßt wurde, bot sich die Möglichkeit, die Aufbereitung in vieler Hinsicht zu erweitern. Neben der Einteilung nach Leistungsgruppen konnte eine Aufgliederung nach Altersgruppen, Familienstand und Kinderzahl vorgenommen werden. Des Weiteren ergaben sich Möglichkeiten einer weitgehenden Gliederung der Erfaßten nach Verdienstgrößtenklassen.

### 3. Die einzelnen Bestandteile des Verdienstes

Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst richten sich für Beamte nach dem Besoldungsgesetz und für Angestellte und Arbeiter nach den Tarifverträgen. Im Gegensatz zur Wirtschaft, in der die Lohn- und Gehaltssätze oft überschritten und auch durch zusätzliche Sonderzahlungen ergänzt werden, werden im öffentlichen Dienst die gesetzlichen bzw. tariflich festgelegten Beträge auch effektiv ausgezahlt. Dennoch läßt sich die durchschnittliche Verdiensthöhe nicht aus den Tarifsätzen ablesen, da neben den Zulagen und Zuschlägen die nach den individuellen Verhältnissen bemessenen Beträge, wie Kinder- und Ortszuschlag, eine starke Streuung der Löhne und Gehälter innerhalb der einzelnen Besoldungs- und Tarifgruppen verursachen. In welchem Maße sich der ermittelte Verdienst in seine einzelnen Bestandteile aufgliedert, geht aus Tabelle 1 hervor.

Tabelle 1

#### Zusammensetzung der durchschnittlichen Monatsverdienste der Beamten und Angestellten in der Verwaltung<sup>1</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach Geschlecht

Art der Verdienste	Beamte					Angestellte				
	männlich		weiblich		Insgesamt	männlich		weiblich		Insgesamt
	DM	% des Bruttoverdienstes	DM	% des Bruttoverdienstes		DM	% des Bruttoverdienstes	DM	% des Bruttoverdienstes	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundgehalt/-vergütung <sup>2)</sup> ....	1 218	77,4	1 340	83,6	1 244	941	74,3	781	76,5	860
Ortszuschlag .....	276	17,6	247	15,4	270	254	20,1	212	20,7	233
Kinderzuschlag ...	53	3,3	11	0,7	43	44	3,4	13	1,3	28
Sonstige Zulagen und Zuschläge ....	26	1,7	5	0,3	22	28	2,2	15	1,5	22
Bruttoverdienst ...	1 573	100	1 603	100	1 579	1 267	100	1 021	100	1 143
Lohnsteuer <sup>3)</sup> .....	194	12,3	262	16,3	208	142	11,2	131	12,8	137
Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung	—	—	—	—	—	96	7,6	71	7,0	83
Nettoverdienst ....	1 379	87,7	1 341	83,7	1 371	1 029	81,2	819	80,2	923

<sup>1)</sup> einschließlich der im Anhang zum Stellenplan ausgewiesenen Wirtschaftsunternehmen. — <sup>2)</sup> einschließlich örtlicher Sonderzuschlag und bei den Beamten einschließlich Amtszulagen (bzw. unwiderrufliche Stellenzulagen). — <sup>3)</sup> einschließlich Ergänzungsabgabe, aber ohne Kirchensteuer.

Der aus den Angaben von rd. 70 000 erfaßten Beamten, Richtern, Angestellten und Arbeitern errechnete Bruttoverdienst für den Monat September 1968 beträgt im Durchschnitt der Hamburger Verwaltung einschließlich der im Anhang zum Stellenplan ausgewiesenen Wirtschaftsunternehmen für Beamte 1 579 DM, für Angestellte 1 143 DM und für Arbeiter 915 DM. Als Bruttoverdienst im Rahmen dieser Untersuchung gelten die gesetzlich festgelegten Bezüge bzw. die tariflichen oder frei vereinbarten Vergütungen bzw. der tariflich oder frei vereinbarte Lohn einschließlich aller laufend gezahlten Leistungs-, Sozial- und sonstigen Zulagen und Zuschläge, wie sie den Bediensteten für den Erhebungsmonat berechnet wurden. Zum Bruttoverdienst gehören weiterhin Abzüge und Rückzahlung von Darlehen und Vorschüssen, die im Berichtsmonat einbehalten wurden. Der entscheidende Faktor für die Höhe des Verdienstes ist bei den Beamten und Angestellten das Grundgehalt bzw. die Grundvergütung, deren Anteil bei Männern durchschnittlich 77 bzw. 74 % des Bruttoverdienstes ausmacht. Bei den Frauen liegt der Wert im Durchschnitt etwas höher, bedingt durch die geringere Bedeutung der Kinderzuschläge, da etwa die Hälfte der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen unverheiratet ist. Aus einem solchen Vergleich darf jedoch nicht voreilig gefolgert werden, daß die einzelne Beamtin für die gleiche Tätigkeit besser bezahlt wird als der männliche. In den folgenden Abschnitten wird gezeigt, daß die Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Bediensteten nach den die Verdiensthöhe bestimmenden Faktoren stark voneinander abweicht. Ein weiterer bedeutsamer Gesichtspunkt des Verdienstes ist der Ortszuschlag, der bei den männlichen Beamten im Durchschnitt 276 DM beträgt, d. s. etwa 18 % des Bruttoverdienstes. Die Zulagen und Zuschläge, wie für vorübergehend höherwertige Tätigkeit und für die Bezahlung von Überstunden, am Bruttogehalt gemessen, sind im ganzen betrachtet verhältnismäßig gering.

Das bisher gewonnene Bild bedarf noch der Ergänzung durch einige Angaben über die durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung bedingten Abzüge. Die Sozialversicherungsbeiträge kommen zwar dem Angestellten und Arbeiter in einer teils mehr teils weniger unmittelbar erkennbaren Form wieder zugute, stehen aber nicht zu seiner freien Verfügung. Als Abzüge kommen in dieser Untersuchung in Betracht: bei den Beamten die Lohnsteuer einschließlich Ergänzungsabgabe, jedoch ohne Kirchensteuer; bei den Angestellten und Arbeitern außerdem noch die Arbeitnehmerbeiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Angestellten- bzw. Invalidenversicherung. Setzt man diese Beträge vom Bruttoverdienst ab, so ergibt sich das dem Bediensteten verbleibende Nettoeinkommen.

Die gesetzlichen Abzüge vom Bruttogehalt betrugen für September 1968 im Durchschnitt aller Beamten 208 DM und aller Angestellten 220 DM, d. s. 13,2 bzw. 19,2 % des Bruttogehalts. Werden vom Bruttogehalt der Angestellten die gesetzlichen Abzüge für die Lohnsteuer in Höhe von 137 DM und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung von 83 DM abgesetzt, so ergibt sich ein durchschnittlicher Nettoverdienst von 923 DM (Beamte 1 371 DM). Die Abzüge bei den Arbeitern machen durchschnittlich 21 % des Bruttoverdienstes aus.

Bei einer Betrachtung der durchschnittlichen Verdienste und der Abzüge ist zu beachten, daß Durchschnittszahlen viele voneinander abweichende Einzelheiten zu einer Einheit vereinigen; sie können das Produkt aus extremen oder nahe beieinanderliegenden Einzelwerten sein. Sie vereinigen u. a. die Verdienste von Bediensteten in ganz verschiedenem Alter, in den verschiedensten Verwaltungszweigen und bei verschiedenster Berufstätigkeit. Es ist daher notwendig, anhand von Einzelergebnissen und durch geeignete Vergleiche diese Einwirkungen auszuschalten.

#### 4. Durchschnittliche Bruttoverdienste der Beamten und Angestellten nach Alter und Tätigkeit

##### Altersaufbau

Während bei den Arbeitern für die Verdienstberechnung eine Altersstufe (bis 20 Jahre) im allgemeinen ausreicht, mußte bei den Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Altersstaffelungen der Besoldungs- und Tarifordnung auf eine Gliederung nach dem Lebensalter zurückgegriffen werden. Der noch nicht vollentwickelten Leistungsfähigkeit der jüngeren Beschäftigten wird dadurch Rechnung getragen, daß sie geringere Sätze erhalten als Beschäftigte im mittleren und höheren Lebensalter. Der Altersaufbau der Beamten und Angestellten ist wie der der übrigen Erwerbspersonen entscheidend durch die beiden Weltkriege beeinflusst und läßt gewisse Überalterungserscheinungen erkennen. Sie zeigen sich in der verhältnismäßig starken Besetzung der höheren Altersjahrgänge, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2

Die Altersgliederung der Beamten und Angestellten in der Verwaltung<sup>1)</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach ausgewählten Verwaltungszweigen und Geschlecht

Dienst- bzw. Anstellungsverhältnisse/Ausgewählte Verwaltungszweige <sup>2)</sup>	Anzahl der Erfaßten	davon entfallen in % auf die Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren				
		unter 21	21 – 30	30 – 45	45 – 55	55 und älter
		1	2	3	4	5
Männliche Beamte						
Verwaltung insgesamt ...	24 772	1,1	16,5	40,3	22,6	19,5
darunter						
Schulen ..	4 770	—	7,9	45,3	19,4	27,4
Polizei ..	7 394	2,4	26,4	33,9	26,4	10,9
Weibliche Beamte						
Verwaltung insgesamt ...	6 558	3,2	34,8	33,1	18,0	10,8
darunter						
Schulen ..	4 742	—	34,5	34,6	18,8	12,2
Alle Beamten ..	31 330	1,5	20,4	38,8	21,6	17,7
Männliche Angestellte ....	14 449	0,2	6,0	27,7	29,5	36,6
Weibliche Angestellte ....	14 790	4,3	23,2	27,0	27,9	17,6
Alle Angestellten	29 239	2,3	14,7	27,3	28,7	27,0

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> bei den Schulen nur Lehrpersonal.

Tabelle 3

**Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste und die relative Verteilung der Beamten in der Verwaltung<sup>1)</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach Leistungsgruppen, ausgewählten Verwaltungszweigen, Altersgruppen und Geschlecht**

Ausgewählte Verwaltungszweige <sup>2)</sup>	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Durchschnittliche Brutto-Monats- verdienste in DM in den Leistungsgruppen					Anzahl der er- faßten Be- amten	davon entfallen in % auf die Leistungsgruppen				
		Ib	II	III	IV	V		Ib	II	III	IV	V
		1	2	3	4	5		6	7	8	9	10
männliche Beamte												
Verwaltung insgesamt	unter 21 .....	—	—	—	714	621	271	—	—	—	99,6	0,4
	21 — 30 .....	—	1 553	1 066	897	817	4 097	—	14,8	26,0	59,0	0,2
	30 — 45 .....	2 830	1 929	1 334	1 065	932	9 974	1,6	42,9	41,0	13,8	0,7
	45 — 55 .....	2 989	2 203	1 393	1 133	953	5 594	4,5	35,4	55,4	3,5	1,3
	55 und älter .....	3 065	2 200	1 365	1 058	918	4 836	9,4	44,6	41,6	2,8	1,6
	zusammen .....	2 999	2 029	1 330	954	929	24 772	3,5	36,4	41,4	17,7	0,9
darunter Schulen	unter 21 .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 — 30 .....	—	1 534	—	—	—	376	—	100,0	—	—	—
	30 — 45 .....	3 023	1 956	1 495	—	—	2 163	3,5	96,3	0,2	—	—
	45 — 55 .....	3 153	2 288	1 735	—	—	923	8,0	91,7	0,3	—	—
	55 und älter .....	3 304	2 278	—	—	—	1 308	11,8	88,2	—	—	—
	zusammen .....	3 197	2 067	1 598	—	—	4 770	6,4	93,5	0,1	—	—
Polizei	unter 21 .....	—	—	—	730	—	174	—	—	—	100,0	—
	21 — 30 .....	—	—	1 103	904	—	1 953	—	—	9,4	90,6	—
	30 — 45 .....	—	2 056	1 307	1 048	—	2 510	—	1,3	80,6	18,2	—
	45 — 55 .....	2 909	2 025	1 379	1 149	—	1 950	0,2	5,4	93,7	0,7	—
	55 und älter .....	2 876	1 998	1 352	1 142	—	807	0,7	13,3	85,7	0,2	—
	zusammen .....	2 889	2 017	1 333	921	—	7 394	0,1	3,3	63,9	32,7	—
weibliche Beamte												
Verwaltung insgesamt	unter 21 .....	—	—	—	694	—	213	—	—	—	100,0	—
	21 — 30 .....	—	1 436	1 005	765	—	2 283	—	72,9	16,9	10,2	—
	30 — 45 .....	2 674	1 763	1 243	929	—	2 170	0,3	81,3	16,7	1,7	—
	45 — 55 .....	2 758	2 073	1 460	1 035	—	1 182	1,3	81,2	16,6	0,9	—
	55 und älter .....	2 828	2 133	1 501	—	—	710	2,8	84,2	13,0	—	—
	zusammen .....	2 780	1 758	1 218	752	—	6 558	0,6	76,0	15,8	7,5	—
darunter Schulen	unter 21 .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 — 30 .....	—	1 433	949	—	—	1 635	—	99,1	0,9	—	—
	30 — 45 .....	2 674	1 761	1 335	—	—	1 640	0,4	99,0	0,7	—	—
	45 — 55 .....	2 745	2 069	1 605	—	—	890	1,2	97,4	1,3	—	—
	55 und älter .....	2 806	2 144	1 637	—	—	577	2,6	96,9	0,5	—	—
	zusammen .....	2 760	1 750	1 295	—	—	4 742	0,7	98,5	0,9	—	—
alle Beamten												
Verwaltung insgesamt	unter 21 .....	—	—	—	705	621	484	—	—	—	99,8	0,2
	21 — 30 .....	—	1 467	1 050	885	817	6 380	—	35,6	22,7	41,6	0,1
	30 — 45 .....	2 824	1 881	1 327	1 061	932	12 144	1,4	49,8	36,7	11,6	0,6
	45 — 55 .....	2 976	2 160	1 397	1 127	953	6 776	3,9	43,4	48,6	3,0	1,1
	55 und älter .....	3 055	2 186	1 371	1 058	918	5 546	8,5	49,7	37,9	2,4	1,4
	Insgesamt .....	2 989	1 932	1 320	933	929	31 330	2,9	44,7	36,1	15,6	0,7

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> bei den Schulen nur Lehrpersonal.

Fast drei Fünftel aller erfaßten Angestellten standen im Alter von über 45 Jahren; sogar 27 % waren 55 und mehr Jahre alt. Das Bild verschiebt sich jedoch wesentlich, wenn man das Geschlecht betrachtet. Hier fällt vor allem die verhältnismäßig starke Überalterung bei den männlichen Angestellten auf. Die Quote der Altersgruppe 55 Jahre und mehr betrug fast 37 %. Bei Beurteilung des Altersaufbaus der weiblichen Beschäftigten ist zu berücksichtigen, daß ein nicht unerheblicher Teil, insbesondere der unteren Altersklassen, immer wieder aus persönlichen Gründen (Heirat) vermindert wird. Vergleicht man die altersmäßige Gliederung der Beamten mit der der Angestellten, so ist ein wesentlicher Unterschied

festzustellen; rund 39 % der Beamten waren im September 1968 über 45 Jahre alt gegenüber 56 % bei den Angestellten. Die verhältnismäßig schwache Besetzung der Altersklassen der unter 30jährigen ist darauf zurückzuführen, daß die in Ausbildung stehenden Kräfte, wie Inspektorenanwärter, Referendare, Medizinalassistenten, Lernschwestern, Lehrlinge und Praktikanten, in die Aufbereitung nicht einbezogen sind.

#### Verdienste nach Alter und Tätigkeit

Von den mannigfachen Kombinationen, die sich aus dem Material dieser Strukturhebung bilden lassen, ist wohl eine der interessantesten die des Verdien-

Tabelle 4

**Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste und die relative Verteilung der Angestellten in der Verwaltung<sup>1)</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach Leistungsgruppen, Altersgruppen und Geschlecht**

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Durchschnittliche Brutto-Monats- verdienste in DM in den Leistungsgruppen					Anzahl der erfaßten Angestellten	davon entfallen in % auf die Leistungsgruppen				
	Ib	II	III	IV	V		Ib	II	III	IV	V
	1	2	3	4	5		6	7	8	9	10
männliche Angestellte											
unter 21 . . . . .	—	—	—	675	666	35	—	—	—	28,6	71,4
21 — 30 . . . . .	—	1 695	1 083	890	780	870	—	15,0	35,2	36,4	13,4
30 — 45 . . . . .	2 488	2 079	1 328	1 089	996	4 003	0,1	21,6	35,9	32,6	9,8
45 — 55 . . . . .	2 969	2 188	1 353	1 071	950	4 256	0,1	8,0	43,8	36,8	11,3
55 und älter . . . . .	2 761	2 082	1 312	1 030	904	5 285	0,2	6,7	44,3	36,8	12,0
zusammen . . . . .	2 743	2 072	1 317	1 048	927	14 449	0,1	11,7	41,2	35,6	11,4
weibliche Angestellte											
unter 21 . . . . .	—	—	837	712	601	642	—	—	0,8	41,4	57,8
21 — 30 . . . . .	—	1 662	936	838	784	3 428	—	1,4	29,2	60,9	8,5
30 — 45 . . . . .	—	1 965	1 107	977	944	3 990	—	4,3	38,4	49,6	7,6
45 — 55 . . . . .	2 755	2 163	1 214	1 018	864	4 128	0,0	1,8	38,3	54,2	5,6
55 und älter . . . . .	2 612	2 108	1 226	1 002	852	2 602	0,1	2,3	37,0	53,7	6,8
zusammen . . . . .	2 659	1 991	1 129	948	792	14 790	0,0	2,4	34,4	53,9	9,3
alle Angestellten											
unter 21 . . . . .	—	—	837	711	605	677	—	—	0,7	40,8	58,5
21 — 30 . . . . .	—	1 686	970	845	783	4 298	—	4,1	30,4	55,9	9,5
30 — 45 . . . . .	2 488	2 060	1 214	1 022	973	7 993	0,1	13,0	37,2	41,1	8,7
45 — 55 . . . . .	2 933	2 183	1 289	1 040	922	8 384	0,1	5,0	41,1	45,3	8,5
55 und älter . . . . .	2 731	2 086	1 287	1 019	893	7 887	0,1	5,3	42,0	42,4	10,3
Insgesamt . . . . .	2 731	2 058	1 230	987	866	29 239	0,1	7,0	37,7	44,8	10,3

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1.

stes nach Alter und Tätigkeit. Die Tabellen 3 und 4 zeigen die Höhe der durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste sowie die Verteilung der Beamten bzw. Angestellten auf die Leistungs- und Altersgruppen. Bei Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen ist zu beachten, ob die betreffende Alters- und Leistungsgruppe auch hinreichend besetzt ist, um als typisch gelten zu können. Sowohl bei den Beamten als auch bei den Angestellten stiegen mit zunehmendem Lebensalter die durchschnittlichen Brutto-Monatsgehälter. In den meisten Leistungsgruppen erhöhten sie sich bis zu der Altersgruppe 45 bis unter 55 Jahren, um dann in der Altersgruppe über 55 Jahre leicht zurückzugehen. So lag z. B. der Durchschnittsverdienst eines männlichen Beamten im Alter von 21 bis unter 30 Jahren in der Leistungsgruppe III, d. s. die Besoldungsgruppen A 7 bis A 10a, um 264 DM oder 20 % unter dem Durchschnittsverdienst aller Altersgruppen dieser Leistungsgruppe, während ein Beamter mit einem Alter von 45 bis unter 55 Jahren in derselben Leistungsgruppe mit seinem Verdienst um 63 DM oder 5 % über dem Durchschnittsverdienst lag. Durch das höhere Lebensalter hat sich der Monatsverdienst um 327 DM oder 30 % verbessert, wozu allerdings der Kinder- und Ortszuschlag beigetragen hat. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß in der besonders starken Beeinflussung der Gehälter vom Alter sich der Beamte und Angestellte wesentlich vom Arbeiter unterscheidet, der bereits in jüngeren Jahren seinen Höchstlohn erreicht, auf dem er dann bis zum Ende seiner Laufbahn in der Regel verharret.

Werden die für die Beamten und Angestellten in den einzelnen Leistungsgruppen ermittelten Durchschnittsgehälter miteinander verglichen, so stellt man fest, daß das Brutto-Monatsgehalt der männlichen und auch der weiblichen Angestellten in der Leistungs-

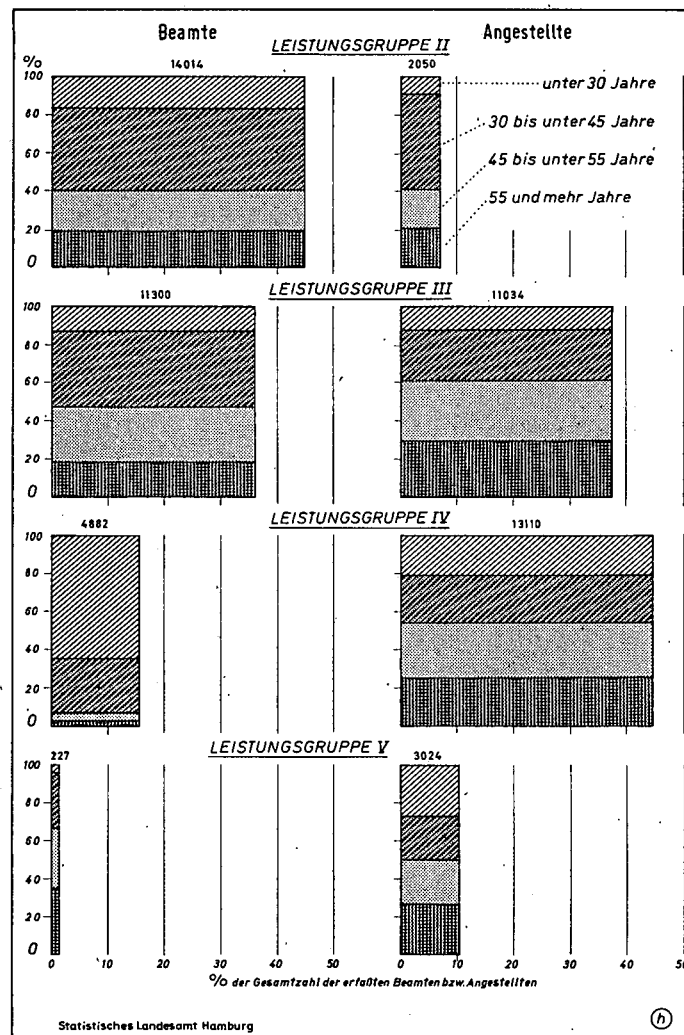
gruppe IV um 94 DM bzw. 196 DM höher liegt als das der Beamten. Die Ursache dieser verhältnismäßig großen Spanne dürfte zum großen Teil in der unterschiedlichen altersmäßigen Zusammensetzung dieser beiden Beschäftigtengruppen begründet sein. Dies wird dadurch bestätigt, wenn man nicht die Zusammensetzung der Leistungsgruppen je Altersgruppe, sondern umgekehrt die einzelnen Altersgruppen in bezug auf ihre Zusammensetzung innerhalb jeder Leistungsgruppe betrachtet. Der Anteil der unter 30jährigen männlichen Beamten betrug z. B. in der Leistungsgruppe IV 61 %, dagegen nur 6 % bei den männlichen Angestellten. Die entsprechenden Vonderhundertsätze lauten bei den weiblichen 90 bzw. 30 %. Ein in seinen Grundzügen ähnliches Bild ergibt sich auch für die Leistungsgruppe II. Wenn man von der Leistungsgruppe Ib, deren Anteil an der Gesamtzahl aller Beamten und Angestellten verhältnismäßig gering ist, absieht, so liegen die Durchschnittsgehälter der Beamten in den anderen Leistungsgruppen z. T. nur unbedeutend höher als die der Angestellten.

#### Verdienste nach Geschlecht

Die Gliederung der Beamten und Angestellten nach Leistungsgruppen und Geschlecht läßt charakteristische Unterschiede erkennen. Bei den Männern lag sowohl bei den Beamten als auch bei den Angestellten das Schwergewicht in der Leistungsgruppe III, bei den weiblichen Beamten hingegen in der Leistungsgruppe II und bei den weiblichen Angestellten in der Leistungsgruppe IV. Deutlich treten im Schaubild 1 die zwischen den Beamten und Angestellten bestehenden Unterschiede in der Verteilung der Erfaßten nach Leistungsgruppen hervor, in dem die unteren Leistungsgruppen vorwiegend von den Angestellten besetzt sind. Darüber hinaus läßt es bei

Schaubild 1

Leistungs- und Altersgruppen der Beamten und Angestellten  
in der hamburgischen Verwaltung im September 1968



den Beamten — im Gegensatz zu den Angestellten — eine verhältnismäßig starke Zusammenballung in den jüngeren und mittleren Jahrgängen erkennen.

## 5. Verdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter

Zum besseren Verständnis der Lohnstruktur ist es zweckmäßig, zunächst einen kurzen Überblick über die Zusammensetzung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter nach Geschlecht, Leistungsgruppen und Lohnformen zu geben. Diese Merkmale haben einen entscheidenden Einfluß auf die Höhe der Individualverdienste und indirekt auch auf die Durchschnittsverdienste.

Die Gliederung der Arbeiter nach Leistungsgruppen läßt erkennen, daß bei den Männern das Schwergewicht in der Leistungsgruppe 1, bei den Frauen hingegen in der Leistungsgruppe 2 lag. Als Form des Arbeitslohns herrscht im öffentlichen Dienst der Zeitlohn bei weitem vor. Von 100 erfaßten männlichen Arbeitern waren im September 1968 rund 90 im Zeitlohn (Stundenlohn), 2 ausschließlich im Leistungslohn (Akkordlohn) und 8 sowohl im Zeit- als auch im Leistungslohn tätig. Zur letzteren Gruppe gehören

alle Arbeiter, die im Erhebungszeitraum nach beiden Lohnformen entlohnt wurden.

Tabelle 5

Erfaßte Arbeiter des Landes Hamburg<sup>1)</sup> im September 1968  
nach Leistungsgruppen, Lohnformen und Geschlecht

Lohnformen	Leistungsgruppen			
	1	2	3	insgesamt
Anzahl der erfaßten männlichen Arbeiter				
Zeitlohn .....	3 984	2 253	490	6 727
Leistungslohn ..	140	4	—	144
Zeit- und Leistungslohn ..	588	3	3	594
Insgesamt .....	4 712	2 260	493	7 465
% .....	63,1	30,3	6,6	100
von 100 Arbeitern waren tätig im				
Zeitlohn .....	84,6	99,7	99,4	90,1
Leistungslohn ..	3,0	0,2	—	1,9
Zeit- und Leistungslohn ..	12,5	0,1	0,6	8,0
Anzahl der erfaßten weiblichen Arbeiter <sup>2)</sup>				
Insgesamt .....	57	1 327	473	1 857
% .....	3,1	71,5	25,5	100

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> Arbeiterinnen sind ausschließlich im Zeitlohn tätig.

Der Bruttostundenverdienst belief sich im Durchschnitt für die erfaßten männlichen und weiblichen Arbeiter des öffentlichen Dienstes im September 1968 auf 4,70 DM. Nach der Höhe ihrer Stundenverdienste standen die männlichen Arbeiter der Leistungsgruppe 1, d. s. Facharbeiter und qualifizierte angelernte Arbeiter, an erster Stelle, in verhältnismäßig weitem Abstand folgen die Verdienste der männlichen angelernten Arbeiter mit denen der weiblichen Facharbeiter und wiederum nach größerem Zwischenraum die männlichen Hilfsarbeiter, deren Verdienst je Stunde noch niedriger liegt als der der weiblichen Hilfsarbeiter. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der weitaus größte Teil der erfaßten männlichen Hilfsarbeiter Wärter in Park-, Gartenanlagen und auf Kinderspielflächen sind, die zwar vollbeschäftigt sind, aber eine Art Nebentätigkeit ausüben. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Gesichtspunkt ist noch der Anteil der Sozialzulagen, insbesondere Kinderzuschläge am Stundenverdienst. Für den Gesamtdurchschnitt aller Arbeiter betragen die durchschnittlichen Kinderzuschläge vom Stundenverdienst 0,26 DM oder 5,5 %. Insgesamt bewegten sie sich zwischen 0,05 DM (männliche Hilfsarbeiter) und 0,54 DM je Stunde (männliche Facharbeiter im Leistungslohn).

Innerhalb der Leistungsgruppe zeigen sich weitgehende Unterschiede, die vor allem durch die Art der Entlohnung bedingt sind. Durch einen höheren Anteil

der Leistungslohnstunden werden auch — unter sonst gleichen Voraussetzungen — höhere Gesamtverdienste erzielt. So verdienten z. B. die männlichen Facharbeiter im Leistungslohn im Durchschnitt je Stunde 1,32 DM mehr als bei Entlohnung nach Zeit. Einschränkend muß bemerkt werden, daß diese Zahl nicht schlechtweg als Maßstab für die Überlegenheit der Leistungsentlohnung gegenüber der Zeitlohnentlohnung genommen werden darf, da die Art der Verrichtungen jeweils eine grundsätzlich andere ist. Von den Männern hatten im September 1968 fast zwei Drittel (65 %) aller erfaßten Arbeiter einen Bruttostundenverdienst von 4,50 DM und mehr zu verzeichnen, bei den Frauen dagegen nur 13 %. Diese starken Verdienstunterschiede dürften überwiegend auf die unterschiedliche Tätigkeit zurückzuführen sein.

Im Gegensatz zu den Beamten und Angestellten spielt für die Arbeiter die Dauer der Arbeitszeit eine nicht unwesentliche Rolle, weil die Zahl der bezahlten Wochenstunden die Höhe der Wochenverdienste beeinflusst. Nach der Septembererhebung 1968 betrug die bezahlte Wochenarbeitszeit, die sowohl die geleisteten als auch die bezahlten Ausfallstunden (Urlaub, gesetzliche Feiertage) berücksichtigt, für Arbeiter durchschnittlich 47 Stunden und für Arbeiterinnen 45 Stunden. Ordnet man die Arbeiter nach der dem einzelnen monatlich bezahlten Arbeitsstunden-

Tabelle 6

**Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Arbeitsverdienste der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter des Landes Hamburg<sup>1)</sup> im September 1968 nach Leistungsgruppen, Lohnformen und Geschlecht**

Leistungsgruppen/Lohnformen	Anzahl der Erfaßten	Bezahlte Wochenarbeitszeiten in Stunden	Brutto-Stundenverdienste in DM		Wochenverdienste in DM			Gesetzliche Abzüge in % des Bruttoverdienstes	
			insgesamt	darunter Kinderzuschlag	Brutto		Netto	Lohnsteuer <sup>2)</sup>	Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung
					insgesamt	darunter Kinderzuschlag			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>männliche Arbeiter</b>									
1 Facharbeiter und qualifizierte angelernte Arbeiter	4 712	47	5,29	0,30	248	14	195	8,9	12,6
davon im Zeitlohn	3 984	47	5,12	0,26	242	12	189	8,9	12,7
Leistungslohn	140	44	6,44	0,54	284	24	225	8,5	12,2
Zeit- und Leistungslohn	588	46	6,24	0,51	286	24	226	9,0	12,2
2 Angelernte Arbeiter	2 260	46	4,52	0,28	210	13	167	7,5	13,0
3 Hilfsarbeiter	493	46	2,51	0,05	116	2	104	3,4	7,2
Alle Leistungsgruppen	7 465	47	4,88	0,28	228	13	181	8,3	12,5
davon im Zeitlohn	6 727	47	4,73	0,25	222	12	176	8,3	12,6
Leistungslohn	144	44	6,42	0,53	284	24	226	8,3	12,2
Zeit- und Leistungslohn	594	46	6,22	0,51	285	23	225	9,0	12,2
<b>weibliche Arbeiter</b>									
1 Facharbeiter und qualifizierte angelernte Arbeiter	57	45	4,54	0,13	202	6	156	9,7	13,3
2 Angelernte Arbeiter	1 327	45	4,02	0,16	179	7	139	9,1	13,4
3 Hilfsarbeiter	473	45	3,73	0,23	166	10	130	8,1	13,4
Alle Leistungsgruppen	1 857	45	3,96	0,17	177	8	137	8,9	13,4
<b>alle Arbeiter</b>									
Insgesamt	9 322	46	4,70	0,26	218	12	172	8,4	12,7

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> ohne Kirchensteuer.

zahl, so ergibt sich während des Monats September 1968 die folgende monatliche Arbeitszeit:

Arbeiter- gruppen	Von je 100 Arbeitern waren beschäftigt von . . . . . bis unter . . . . . Stunden			
	unter 180	180–190	190–200	200 und mehr
	1	2	3	4
Männer . . . . .	2,2	48,0	20,2	29,6
Frauen . . . . .	5,1	73,1	15,2	6,6
Alle Arbeiter . . .	2,8	53,0	19,1	25,1

Bei Zugrundelegung der oben erwähnten Wochenarbeitszeit ergab sich für sämtliche Arbeiter ein durchschnittlicher Bruttowochenverdienst von 218 DM. Betrachtet man die Bruttowochenverdienste in der Gliederung nach Geschlecht, Leistungsgruppen und Lohnformen, so spiegeln sich in den Ergebnissen immer wieder die beiden Faktoren „Stundenverdienst“ und „Wochenarbeitszeit“ wider. Die nach obigen Gliederungsmerkmalen bereits dargestellten Unterschiede in den Stundenverdiensten werden durch die differenzierte Zahl der bezahlten Wochenstunden abgeschwächt oder verstärkt.

Der Frage nach dem Nettolohn der Arbeiter ist in der Strukturerhebung ebenfalls nachgegangen worden. Die Abzüge für Lohnsteuer schwanken in den in Tabelle 6 aufgeführten Arbeitergruppen bei den Männern zwischen 3,4 und 9 % des Bruttoverdienstes, bei den Frauen zwischen 8,1 und 9,7 %. Mit zunehmendem Einkommen erhöht sich infolge der progressiv gestaffelten Sätze der Lohnsteuer der Steuerabzug nicht nur absolut, sondern auch anteilmäßig. Weiter zeigen die Zahlen, daß die steuerliche Belastung der Arbeiter mit gleichen Durchschnittsverdiensten durchaus nicht einheitlich ist. Dies ist eine Folge der unterschiedlichen Gliederung des Familienstandes und der Familiengröße; daneben spielen auch noch die Steuerfreibeträge eine wesentliche Rolle. Sieht man von der Gruppe der männlichen Hilfsarbeiter ab — hier handelt es sich zum größten Teil um ältere Arbeiter, die nicht mehr versicherungs-

pflichtig sind —, so belaufen sich die Zuwendungen für die gesetzlichen Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung auf durchschnittlich 12,7 % des Bruttoverdienstes.

#### 6. Durchschnittliche Bruttoverdienste nach Familienstand

Die folgenden Zahlen geben darüber Auskunft, in welchem Maße sich die verheirateten und ledigen Bediensteten sowie die verheirateten Beschäftigten mit Kindern und ohne Kinder in der Aufteilung ihres Verdienstes voneinander unterscheiden. Als Gesamtergebnis zeigt sich zunächst, daß bei den rd. 46 700 erfaßten männlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern gut neun Zehntel verheiratet, verwitwet oder geschieden und knapp ein Zehntel ledig waren. Betrachtet man diese Relation getrennt nach dem Dienst-/Anstellungsverhältnis, so ergeben sich keine größeren Unterschiede. Bei den im öffentlichen Dienst beschäftigten weiblichen Personen liegen die Verhältnisse völlig anders; hier sind knapp die Hälfte ledig und gut die Hälfte verheiratet, verwitwet und geschieden. Bei den Arbeiterinnen stellt man fest, daß der Anteil der Ledigen wesentlich geringer ist als bei den beiden anderen Beschäftigtengruppen; nur gut ein Fünftel der weiblichen Arbeiter ist ledig.

Für die rd. 54 800 erfaßten verheirateten, verwitweten und geschiedenen Bediensteten gibt die Tabelle 7 weiter die Aufteilung nach der Zahl der Kinder. Bemerkt wird, daß bei dieser Aufstellung nur die Zahl derjenigen Kinder angegeben ist, für die ein Kinderzuschlag gewährt wird. Danach waren im Durchschnitt fast die Hälfte (46 %) ohne Kinder. Weitere 25 % der Verheirateten — immer einschließlich der Verwitweten und Geschiedenen — hatten ein Kind, weitere 19 % zwei Kinder, 7 % drei Kinder und 3 % vier und mehr Kinder. Die Gliederung der Verheirateten nach der Kinderzahl war allerdings sehr verschieden je nach dem Geschlecht und dem Anstellungsverhältnis. Von den Beschäftigtengruppen hatten von den Männern, die keine Kinderzuschläge erhielten, die Beamten den

Tabelle 7

Bedienstete des Landes Hamburg<sup>1)</sup> im September 1968 nach Familienstand, Kinderzahl<sup>2)</sup> und Geschlecht

Dienst- bzw. Anstellungs- verhältnisse	Erfasste Staatsbedienstete		Von 100 verheirateten, verwitweten und geschiedenen Bediensteten erhalten				
	ledig	verheiratet, verwitwet, geschieden	keinen Kinderzuschlag	Kinderzuschlag für			
				1	2	3	4 und mehr
				Kinder			
	1	2	3	4	5	6	7
männliche Bedienstete							
Beamte .....	2 460	22 312	34,2	29,2	25,8	8,3	2,6
Angestellte .....	993	13 456	47,4	24,6	18,3	6,8	2,9
Arbeiter .....	672	6 793	42,1	22,6	19,7	8,9	6,8
zusammen .....	4 125	42 561	39,6	26,7	22,4	7,9	3,4
weibliche Bedienstete							
Beamte .....	3 295	3 263	69,3	21,1	7,3	1,7	0,5
Angestellte .....	7 343	7 447	67,9	21,0	8,5	1,6	0,9
Arbeiter .....	361	1 496	59,1	18,7	14,3	5,0	2,9
zusammen .....	10 999	12 206	67,2	20,8	8,9	2,1	1,0
alle Bediensteten							
Insgesamt .....	15 124	54 767	45,8	25,4	19,4	6,6	2,9

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> nur Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wird.



Tabelle 8

**Durchschnittliche Monatsverdienste der Bediensteten des Landes Hamburg<sup>1)</sup>  
im September 1968 nach Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl**

Familienstand	Kinderzahl <sup>1)</sup>	Männliche Bedienstete <sup>2)</sup>			Weibliche Bedienstete			Bedienstete insgesamt		
		Anzahl der Er- faßten	Monatsverdienste		Anzahl der Er- faßten	Monatsverdienste		Anzahl der Er- faßten	Monatsverdienste	
			Brutto	Netto		Brutto	Netto		Brutto	Netto
DM		DM		DM						
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Beamte										
Ledig <sup>3)</sup>	—	2 460	1 111	946	3 295	1 545	1 268	5 755	1 359	1 130
	0	7 621	1 536	1 328	2 261	1 608	1 364	9 882	1 553	1 336
	1	6 512	1 553	1 361	690	1 706	1 460	7 202	1 568	1 371
	2	5 752	1 685	1 498	238	1 906	1 640	5 990	1 694	1 504
	3	1 841	1 893	1 697	57	2 124	1 842	1 898	1 900	1 701
Geschieden	4 und mehr	586	2 097	1 904	17	2 134	1 909	603	2 098	1 904
	Insgesamt ..	24 772	1 573	1 379	6 558	1 603	1 341	31 330	1 579	1 371
Angestellte										
Ledig <sup>3)</sup>	—	993	1 124	868	7 343	997	793	8 336	1 013	802
	0	6 382	1 178	943	5 058	1 020	817	11 440	1 108	887
	1	3 304	1 282	1 042	1 564	1 056	865	4 868	1 209	985
	2	2 459	1 400	1 158	636	1 148	949	3 095	1 349	1 115
	3	916	1 507	1 272	122	1 226	1 008	1 038	1 474	1 241
Geschieden	4 und mehr	395	1 561	1 345	67	1 324	1 107	462	1 526	1 310
	Insgesamt ..	14 449	1 267	1 029	14 790	1 021	819	29 239	1 143	923
Arbeiter										
Ledig <sup>3)</sup>	—	672	796	601	361	712	553	1 033	767	584
	0	2 857	833	648	884	702	541	3 741	802	623
	1	1 536	986	770	280	757	590	1 816	951	742
	2	1 335	1 084	869	214	822	648	1 549	1 048	838
	3	606	1 147	941	75	920	729	681	1 122	918
Geschieden	4 und mehr	459	1 264	1 072	43	1 018	820	502	1 243	1 051
	Insgesamt ..	7 465	958	758	1 857	742	577	9 322	915	722

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1. — <sup>2)</sup> nur Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wird. — <sup>3)</sup> ohne Berücksichtigung der Kinderzahl.

geringsten Anteil und umgekehrt den höchsten Anteil an ein und zwei Kindern. Am weitesten verbreitet sind Bedienstete ohne Kinderzuschlag bei den Angestellten; von den Bediensteten dieser Gruppe hatten 47 % überhaupt keine zuschlagberechtigten Kinder aufzuweisen, 43 % ein bis zwei Kinder; weitere Ergebnisse sind aus der erwähnten Tabelle zu entnehmen.

Im öffentlichen Dienst werden aus Gründen der Familiengröße zu den nach Dienst- und Lebensaltersstufen gestaffelten Grundgehalts- und Grundlohnsätzen Ortszuschläge — bei Arbeitern Sozialzuschlag — und Kinderzuschläge gewährt. Das sich dies auch in den in der Strukturerhebung festgestellten Durchschnittsverdiensten der Bediensteten auswirkt, geht aus Tabelle 8 deutlich hervor. So liegt z. B. der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst eines männlichen ledigen Beamten um 425 DM oder 28 % unter dem eines verheirateten Beamten ohne Kinder. Der Mehrverdienst eines verheirateten männlichen Beamten mit 4 und mehr Kindern gegenüber einem kinderlos verheirateten Beamten beläuft sich auf 561 DM oder 37 %. Bei den männlichen Angestellten ist hingegen der Unterschied zwischen den Ledigen und kinderlos Verheirateten nicht so kraß, der Minderverdienst macht 54 DM oder 5 % aus. Dieses ist in erster Linie durch den bereits erwähnten ungleichartigen Altersaufbau dieser beiden Gruppen verursacht. Ansonsten zeigt sich bei der Angestelltenchaft eine ähnliche Regelmäßigkeit der Verdienste nach der Kinderzahl. Eine wesentlich stärkere Differenzierung der

Verdienste findet man bei den verheirateten Arbeitern mit Kindern und ohne Kinder; der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der männlichen Arbeiter mit 4 und mehr Kindern liegt um 431 DM oder 52 % über dem der verheirateten Arbeiter ohne Kinder.

Eine Abstufung tritt auch in den Nettoverdiensten zutage, und zwar durch die Wirkung des mit steigender Kinderzahl degressiv gestaffelten Lohnsteuerabzugs. So beträgt z. B. bei den männlichen Beamten ohne Kinder die Differenz zwischen dem Brutto- und Netto-Monatsverdienst 208 DM oder 14 % des Bruttoverdienstes, bei den Verheirateten mit vier Kindern 193 DM oder 9 %. Bei den Angestellten und Arbeitern unterscheiden sich die Nettoverdienste von denen der Beamten durch die verschiedene Behandlung hinsichtlich des Abzugs der Beiträge zur Sozialversicherung. Mit zunehmender Kinderzahl gehen auch hier die gesetzlichen Abzüge anteilmäßig zurück, und zwar macht der Anteil des Nettoverdienstes am Bruttoverdienst bei einem kinderlos verheirateten männlichen Angestellten 80 % und bei einem verheirateten Angestellten mit vier und mehr Kindern 86 % aus.

#### 7. Schichtung der Brutto-Monatsverdienste

In den Tabellen 9 bis 11 sind schließlich die Brutto-Monatsverdienste der Beamten, Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom September 1968 in Form

einer Verdienstklassenstatistik zusammengestellt. Ihre Ergebnisse sind auch nach den eingetretenen Erhöhungen im gegenwärtigen Stadium für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen von großer Bedeutung, da sie über die Durchschnittsvorstellungen hinaus die Streuung der individuellen Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten Auskunft geben. Für die Einreihung in die Größenklassenskala war der gesamte monatliche Bruttoverdienst maßgebend.

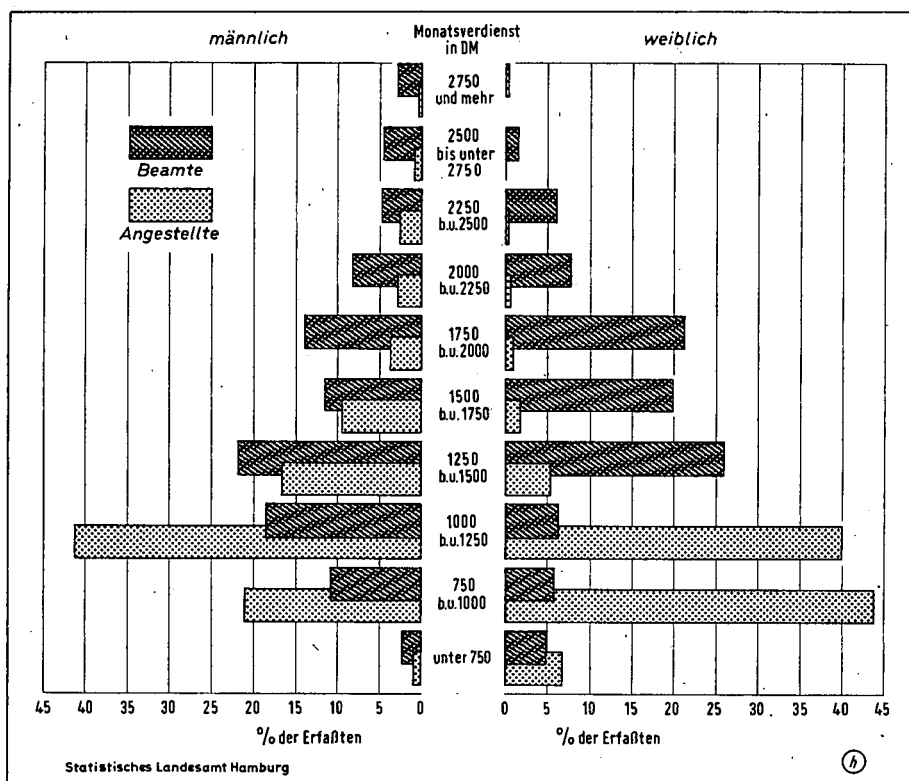
Betrachtet man zunächst die Schichtung aller erfaßten Beamten und Angestellten, dann zeigen sich zwei wesentliche Unterschiede im Gehaltsgefüge der Beamten gegenüber dem der Angestellten. Die Gehälter der Angestellten weisen einmal eine geringere Streuung als die der Beamten auf, zum anderen konzentrieren sie sich auf die untere Hälfte der hier aufgeführten Gehaltsklassen. Während z. B. bei den Beamten die Brutto-Monatsverdienste sich vor allem zwischen 900 bis 2 500 DM bewegen, schwanken sie bei den Angestellten zwischen 700 bis 1 750 DM. Im Höchstfalle gehören von 100 Beamten rund 23 Beamte ein und derselben Verdienstkategorie (1 250 bis 1 500 DM) an, bei den Angestellten dagegen 41 Angestellte (1 000–1 250 DM). Die stärkere Differenzierung des Verdienstgefüges bei den Beamten dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß bei den Beamten die ausgeübten Tätigkeiten unterschiedlicher sind als bei den Angestellten. Dies kann auch daraus entnommen werden, daß, wie bereits ausgeführt, die Beamten in den Leistungsgruppen II und III stark vertreten sind, während bei den Angestellten das Schwergewicht eindeutig in den Leistungsgruppen IV und III liegt.

Die Grundlinien der Verdienstsichtung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Gehaltsempfänger finden sich in der Gliederung nach dem Geschlecht wieder. Trotzdem bestehen nicht unerhebliche Verdienstunterschiede von Klasse zu Klasse (vgl. auch Schaubild 2, wo die Verteilung der Beamten und Angestellten auf die Brutto-Monatsverdienstklassen nach dem Geschlecht dargestellt ist). Vor allem bei den weiblichen Angestellten ergibt sich eine stärkere Besetzung der niedrigeren Verdienstklassen. Die Hälfte der rund 15 000 erfaßten weiblichen Angestellten hatte im September 1968 in der hamburgischen Verwaltung ein Brutto-Monatseinkommen bis 1 000 DM, weitere 40 % ein solches von 1 000 bis unter 1 250 DM im Monat. Bei den Männern hingegen lauten die Vorhundertssätze 22 bzw. 41 %. Die Verteilung der männlichen und weiblichen Beamten auf die Verdienstklassen wird weitgehend von der Gruppe der Lehrer und Polizisten bestimmt, deren Anteil an der Gesamtzahl aller Beamten weit mehr als die Hälfte ausmacht. Bei rd. 5 % der Lehrer war der Brutto-Monatsverdienst geringer als 1 500 DM und bei fast 20 % 2 500 DM und höher; die Hauptgruppe von rd. 75 % lag mit ihrem Monatsverdienst zwischen diesen beiden Werten. Bei den Lehrerinnen zeigt sich die stärkste Häufung in den Verdienstklassen zwischen 1 250 bis unter 2 000 DM im Monat. Im Gegensatz zur Lehrerschaft wird die Verdienstsichtung bei der Polizei fast ausschließlich durch die Männer bestimmt, die eine starke Zusammenballung in den Verdienstklassen 900 bis unter 1 500 DM erkennen lassen.

Die Streuung der Verdienste ist naturgemäß bei den Arbeitern wesentlich geringer als bei den Gehaltsempfängern. Die relativ starke Besetzung der Ver-

Schaubild 2

**Gliederung der Beamten und Angestellten in der hamburgischen Verwaltung  
im September 1968 nach Brutto-Monatsverdienstklassen.**



dienstklasse bis unter 450 DM erklärt sich aus der verhältnismäßig hohen Zahl an Wärtern in Park- und Gartenanlagen. Auf die Verdienstklassen bis unter 1 000 DM monatlich entfallen zwei Drittel aller erfaßten Arbeiter, ein Drittel der Arbeiter verdient im Monat mehr als 1 000 DM. Ebenso wie bei den An-

gestellten sind auch bei den Arbeitern die Brutto-Monatsverdienste der Frauen wesentlich niedriger als die der Männer, während von den erfaßten männlichen Arbeitern 58 % mit ihrem Brutto-Monatsverdienst unter 1 000 DM bleiben, waren es bei den weiblichen Arbeitern 98 %.

Tabelle 9

**Die monatlichen Bruttoverdienste der Beamten in der Verwaltung<sup>1)</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach Verdienstklassen**

Brutto-Monatsverdienstklassen von ... bis unter ... DM	Von 100 Beamten entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen bei								
	Verwaltung			darunter					
	männlich	weiblich	insgesamt	Schulen (nur Lehrpersonal)			Polizei		
				männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 700 .....	0,5	3,1	1,1	—	—	—	—	—	—
700 — 800 .....	3,0	2,8	3,0	—	—	—	7,6	3,3	7,5
800 — 900 .....	3,8	2,2	3,5	—	—	—	7,1	17,6	7,3
900 — 1 000 .....	5,8	2,5	5,1	—	0,3	0,2	9,1	19,8	9,3
1 000 — 1 250 .....	18,6	6,2	16,0	—	0,1	0,1	22,3	20,9	22,3
1 250 — 1 500 .....	22,0	26,0	22,9	4,8	30,2	17,5	44,3	31,9	44,1
1 500 — 1 750 .....	11,5	20,0	13,3	12,5	22,3	17,4	5,4	3,3	5,4
1 750 — 2 000 .....	14,0	21,4	15,5	24,5	27,3	25,9	2,8	3,3	2,8
2 000 — 2 250 .....	8,3	7,8	8,2	24,0	10,1	17,1	0,8	—	0,8
2 250 — 2 500 .....	4,9	6,1	5,1	15,3	7,4	11,3	0,3	—	0,3
2 500 — 2 750 .....	4,7	1,6	4,0	13,3	2,1	7,7	0,2	—	0,2
2 750 — 3 000 .....	1,5	0,2	1,2	1,9	0,1	1,0	0,0	—	0,0
3 000 und mehr .....	1,4	0,1	1,1	3,8	0,1	1,9	0,0	—	0,0
Anzahl der Erfaßten .....	24 772	6 558	31 330	4 770	4 742	9 512	7 394	91	7 485
Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste in DM .....	1 573	1 603	1 579	2 138	1 753	1 946	1 223	1 135	1 222

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 10

**Die monatlichen Bruttoverdienste der Angestellten in der Verwaltung<sup>1)</sup> des Landes Hamburg im September 1968 nach Verdienstklassen**

Brutto-Monatsverdienstklassen von ... bis unter ... DM	Von 100 Angestellten entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen		
	männlich	weiblich	insgesamt
unter 700 ...	0,6	4,3	2,4
700 — 800 ...	1,2	8,5	4,9
800 — 900 ...	7,1	16,1	11,6
900 — 1 000 ...	13,3	21,8	17,6
1 000 — 1 250 ...	41,1	40,0	40,5
1 250 — 1 500 ...	16,7	5,4	11,0
1 500 — 1 750 ...	9,6	1,8	5,6
1 750 — 2 000 ...	3,8	1,0	2,4
2 000 — 2 250 ...	2,9	0,6	1,8
2 250 — 2 500 ...	2,6	0,4	1,5
2 500 — 2 750 ...	0,9	0,1	0,5
2 750 — 3 000 ...	0,3	0,0	0,2
3 000 und mehr ...	0,1	—	0,1
Anzahl der Erfaßten ...	14 449	14 790	29 239
Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste in DM .....	1 267	1 021	1 143

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 11

**Die monatlichen Bruttoverdienste der beim Hamburger Staat<sup>1)</sup> beschäftigten Arbeiter im September 1968 nach Verdienstklassen**

Brutto-Monatsverdienstklassen von ... bis unter ... DM	Von 100 Arbeitern entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen		
	männlich	weiblich	insgesamt
unter 450 ...	4,4	0,1	3,5
450 — 500 ...	0,4	0,1	0,3
500 — 550 ...	0,2	0,3	0,2
550 — 600 ...	0,1	1,7	0,4
600 — 650 ...	0,7	10,8	2,7
650 — 700 ...	3,6	26,7	8,2
700 — 750 ...	5,1	22,7	8,6
750 — 800 ...	7,9	14,7	9,2
800 — 850 ...	9,1	10,4	9,4
850 — 900 ...	8,9	5,8	8,3
900 — 950 ...	8,9	2,7	7,7
950 — 1 000 ...	8,9	2,1	7,6
1 000 — 1 250 ...	32,3	1,9	26,2
1 250 und mehr ...	9,7	0,1	7,8
Anzahl der Erfaßten ...	7 465	1 857	9 322
Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste in DM .....	958	742	915

<sup>1)</sup> vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 1.

## 8. Zusammenfassung

Bei Beurteilung der hier veröffentlichten Zahlen muß man sich vergegenwärtigen, daß die absolute Höhe der Beträge infolge der zweimaligen Erhöhung der Löhne und Gehälter heute nicht mehr zutrifft, daß aber die Relationen der Verdienste der Beschäftigtengruppen zueinander und die soziologische Struktur sich nicht grundlegend geändert haben.

Der aus den Angaben von rd. 70 000 erfaßten vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern (insbesondere ohne Nachwuchskräfte) errechnete Bruttoverdienst für den Monat September 1968 betrug im Durchschnitt der Hamburger Verwaltung für

Beamte	1 579 DM
Angestellte	1 143 DM
Arbeiter	915 DM.

Der Frage nach dem Nettoverdienst der Bediensteten ist in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ebenfalls nachgegangen worden. Für den Gesamtdurchschnitt beliefen sich die durchschnittlichen Abzüge vom Bruttoverdienst:

	Beamte	Angestellte	Arbeiter
Abzüge für Lohnsteuer .....	13,2 %	12,0 %	8,4 %
Abzüge für gesetzliche Sozialversicherung .....	—	7,3 %	12,7 %
Abzüge insgesamt .....	13,2 %	19,3 %	21,1 %
Netto-Monatsverdienste .....	1371 DM	923 DM	722 DM

Der Altersaufbau war bei den Angestellten weit ungünstiger als der bei den Beamten. 37 % aller erfaßten männlichen Angestellten standen im Alter über 55 Jahre (männliche Beamte 19,5 %). Mit zunehmendem Lebensalter stiegen sowohl bei den Beamten als auch bei den Angestellten die durchschnittlichen Monatsverdienste bis zum Alter von 55 Jahren. Bei einem Vergleich der für die einzelnen Leistungsgruppen ermittelten Werte, stellt man fest, daß z. T. die Brutto-Monatsverdienste der Beamten höher liegen als die der Angestellten und umgekehrt.

Die Arbeitszeit belief sich bei den männlichen bzw. bei den weiblichen Arbeitern auf durchschnittlich 47 bzw. 45 Wochenstunden. Rund 50 % der Arbeiter arbeiteten im Monat unter 190 Stunden, 20 % zwischen 190 bis unter 200 Stunden und 30 % noch 200 Stunden und mehr. Rund 80 % der Arbeiterinnen waren weniger als 190 Stunden im Monat tätig und 20 % 190 und mehr Stunden.

Bei Zugrundelegung der oben angeführten Wochenarbeitszeit ergab sich für männliche Arbeiter ein durchschnittlicher Brutto-Wochenverdienst von 228 DM und ein durchschnittlicher Brutto-Stundenverdienst von 4,88 DM. Die vergleichbaren Beträge waren bei den weiblichen Arbeitern 177 DM und 3,96 DM. Als Form des Arbeitslohns herrscht im öffentlichen Dienst der Zeitlohn bei weitem vor. Nach der Höhe der durchschnittlichen Stundenverdienste standen die männlichen Arbeiter der Leistungsgruppe 1 (Facharbeiter) mit 5,29 DM an erster Stelle, in verhältnismäßig weitem Abstand folgten die Verdienste der männlichen Arbeiter der Leistungsgruppe 2 (angelernte Arbeiter) mit 4,52 DM und die der weiblichen Arbeiter der Leistungsgruppe 1 mit 4,54 DM.

Gegliedert nach dem Familienstand waren von den erfaßten Bediensteten gut drei Viertel verheiratet, verwitwet oder geschieden und knapp ein Viertel ledig. Von den verheirateten Bediensteten hatten im Durchschnitt 46 % keine zuschlagberechtigten Kinder, weitere 25 % ein Kind, 19 % zwei Kinder und 10 % drei und mehr Kinder. Verdienstdifferenzierungen nach dem Familienstand und der Kinderzahl waren in Folge der Gewährung der gestaffelten Ortszuschläge und der Kinderzuschläge bedeutend. Mit zunehmender Zahl der Kinder erhöhten sich die Brutto-Monatsverdienste im Durchschnitt bei den kinderlos verheirateten Beamten von 1 553 DM auf 2 098 DM bei den Verheirateten mit vier und mehr Kindern. Die entsprechenden Beträge stellten sich bei den Angestellten auf 1 108 bzw. 1 526 DM und bei den Arbeitern auf 802 bzw. 1 243 DM.

Bei knapp 13 % der Beamten war der Brutto-Monatsverdienst geringer als 1 000 DM und bei knapp 20 % 2 000 DM und höher. Bei den Angestellten zeigte sich die stärkste Häufung in den Verdienstgrößtenklassen zwischen 1 000 DM und 1 250 DM mit 40,5 %, hingegen bei Arbeitern 26,2 %. Von den Arbeitern verdienten zwei Drittel monatlich unter 1 000 DM brutto.

Gustav Hohmann

# Grafischer Versuch zur Darstellung von Abhängigkeiten zwischen Gebrauchsgütern und Einkommen

## Vorbemerkung

Der folgende Beitrag stammt aus der Feder eines der bekanntesten deutschen Statistiker. Professor Dr. Paul Lorenz lehrte bis zu seiner Emeritierung an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Während seiner Tätigkeit an der Deutschen Akademie der Wissenschaften entstand das mehrbändige Werk „Anschauungsunterricht in Mathematischer Statistik“, das für jeden, der sich mathematisch-statistischen Problemen gegenüberstellt, nach wie vor eine wichtige Hilfe darstellt. In zahlreichen Veröffentlichungen behandelte Paul Lorenz Fragen der mathematischen Statistik, aber auch der Versicherungswirtschaft, der Versicherungsmathematik, der Konjunkturforschung und der Wirtschaftsmathematik. Heute lebt Paul Lorenz — 83jährig — in West-Berlin.

Das Statistische Landesamt dankt dem Verfasser für die freundliche Überlassung dieses Beitrags.

Es handelt sich um den Beitrag über „Die Ausstattung Hamburger Haushalte mit langnutzbaren Gütern“ veröffentlicht in der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1964, August-Heft, insbesondere um die Tabelle 4 auf der Seite 238 „Die Ausstattung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 beteiligten Hamburger Haushalte mit Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen...“

Die Fülle der Zahlen ist wie immer in solchen Veröffentlichungen erdrückend und verwirrend, und die übliche Methode, ihrer Herr zu werden durch Spezifizierung und Besprechung reicht nicht hin, um dem Leser ein einprägsames und bleibendes Bild zu vermitteln. Ich sehe hier von der Spezifizierung der Untersuchungen auf den Beruf des Haushaltsvorstandes ab und beschränke mich auf Gliederung der Haushalte nach dem Netto-Haushaltseinkommen.

„Von den 24 Ausstattungsgegenständen, welche im Katalog insgesamt aufgeführt waren, sind in der Tabelle 21 enthalten; ... Dem Verwendungszweck der Ausstattungsgüter entsprechend bot sich eine Gliederung in 4 Gruppen an:

- Geräte für die Unterhaltung, denen Fernsehgeräte, Rundfunkgeräte, Plattenspieler, Musiktruhen zugeordnet wurden.
- Geräte, die bei der gestaltenden Freizeitbeschäftigung verwendet werden, wie zum Beispiel Tonbandgeräte, Foto- und Filmapparate, Projektoren (einschließlich Dia), im folgenden kurz Hobbygeräte genannt.
- Küchengeräte, von denen bei der Erhebung Kühlschrank, Küchenmaschine, Mixer, Grill und Kaffeemaschine erfaßt wurden (einige wenige Tiefkühltruhen und Geschirrspülmaschinen wurden hier nicht mitgezählt).
- Haushaltsgeräte, d. h. elektrische und mechanische Nähmaschinen, Staubsauger, Heimbüglern, Waschmaschinen und Waschautomaten.“

Ich habe diese Zusammenfassung benutzt und danach aus der Tabelle 4 der Veröffentlichung die folgende Übersicht abgeleitet:

Übersicht 1

Ein- kommens- klassen	Monatliches Netto- Haushalts- einkommen von . . . . bis unter . . . . DM	Zahl der Haus- halte	Anzahl der Geräte für			
			Unter- haltung	Hobby	Küche	Haus- halt
		1	2	3	4	5
V . . . . .	1200	540	1 092	802	841	1 221
IV . . . . .	und mehr .	678	1 305	782	894	1 347
III . . . . .	800—1200	465	814	407	516	829
II . . . . .	600— 800	393	684	255	302	628
I . . . . .	300— 600					
	unter 300 . . .	77	85	21	17	79
Insgesamt . . . . .		2 153	3 980	2 267	2 570	4 104

Übersicht 2

Einkommensklassen	Geräte <sup>1)</sup> je Haushalt für			
	Unterhaltung	Hobby	Küche	Haushalt
	1	2	3	4
V .....	2,02	1,49	1,56	2,26
IV .....	1,92	1,15	1,32	1,99
III .....	1,75	0,88	1,11	1,78
II .....	1,74	0,65	0,77	1,60
I .....	1,10	0,27	0,22	1,03
Insgesamt .....	8,53	4,44	4,98	8,66

<sup>1)</sup> Beispielrechnung für Einkommensklasse V, Unterhaltung, gem. Übersicht 1:  $1092/540 = 2,02$

Zu den Zwecken der Veranschaulichung und der mathematisch-statistischen Diskussion werden die Kolonnen gestreckt und dazu in Promillezahlen verwandelt.

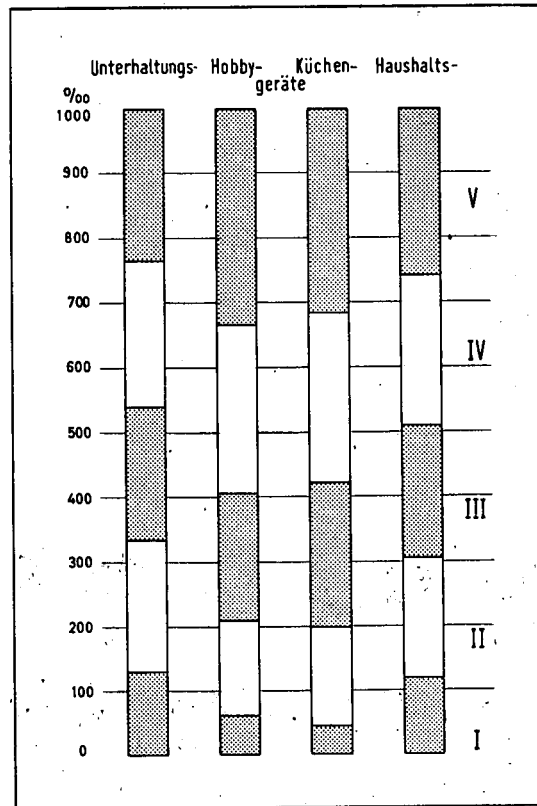
Übersicht 3

Einkommensklassen	Ausstattung mit Geräten für .... in %			
	Unterhaltung	Hobby	Küche	Haushalt
	1	2	3	4
V .....	237	336	313	261
IV .....	225	259	265	230
III .....	205	198	223	205
II .....	204	146	155	185
I .....	129	61	44	119
Insgesamt .....	1000	1000	1000	1000

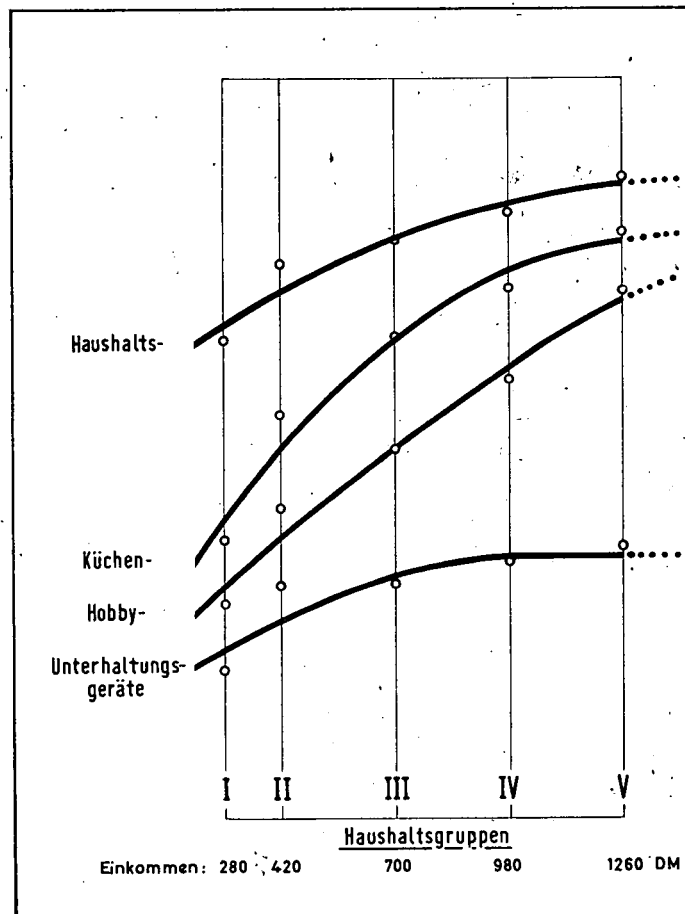
Schaubild

Ausstattung der Hamburger Haushalte mit Geräten 1962

a) Verteilung der Geräte (‰) auf fünf Einkommensklassen



b) Ausstattung in Abhängigkeit vom Einkommen



Das Schaubild Teil a zeigt bezüglich der Ausstattung der Haushalte mit Hobbygeräten einen Anstieg, der fast exakt proportional ist dem Anstieg der Netto-Haushaltseinkommen. Für die Ausstattung mit den anderen Güterkategorien gilt das nicht. Sie nimmt zwar auch zu mit dem Wachsen des Einkommens, aber unregelmäßig. Ich wende mich deshalb einer anderen Versinnbildlichung des Wachstums der Ausstattung mit dem Wachsen des Einkommens zu:

Die Abhängigkeit der Ausstattung mit Hobbygeräten von der Größe der Haushaltseinkommen muß sich mit guter Annäherung durch eine gerade Linie darstellen lassen oder vielleicht durch eine schwach gekrümmte Parabel. Vielleicht können die Ausstattungen mit anderen Geräten durch stärker gebogene Parabeln dargestellt werden. Ehe wir das versuchen, sind einige grundsätzliche Bemerkungen vorauszuschicken. Die Betrachtung der Zahlen der Übersichten 2 und 3, besonders aber ihre Darstellung auf Millimeterpapier zeigt, daß man näherungsweise krumme Linien erhält, die zwar streckenweise unregelmäßig sind; aber das ist ja natürlich, besonders wenn man in Betracht zieht, daß es sich bei den statistischen Zahlen zum Teil um recht kleine Zahlen handelt, wobei Zufallsschwankungen sehr störend wirken können. Zweitens muß ich stark betonen, daß es sich bei der Anpassung von mathematischen Linien an die empirischen Punktreihen nicht etwa um Ermittlung von mathematischen Gesetzen handelt, sondern um weiter nichts als die Ermittlung von krummen Linien, die man wohl erhalten könnte, wenn man mit einem viel größeren und feiner geteilten statistischen Material arbeiten könnte. Dann brauchte man auch gar keinen Algorithmus, um die Linien zu berechnen, sondern könnte sie aus freier Hand ziehen. Dazu ist das vorliegende Material allerdings zu klein und zu grob geteilt, nämlich was die 5 Einkommensgrößen betrifft. Wir machen also aus der Not eine Tugend und berechnen zu den 5 Punktreihen Parabeln zweiten Grades, und zwar mittels der Methode der kleinsten Quadratsumme.

Schwierigkeiten für den Ansatz macht nur das Nichtvorhandensein von Werten für die Abszissen. Ich habe dafür, da es sich zunächst um einen Versuch handelt, um mit kleinen Zahlen arbeiten zu können, den folgenden Ansatz gemacht:

V	1 260	gekürzt <sup>1)</sup>	9	für	1 200	und mehr
IV	980	"	7	"	800	bis unter 1 200
III	700	"	5	"	600	bis unter 800
II	420	"	3	"	300	bis unter 600
I	280	"	2	"		unter 300

<sup>1)</sup> durch 140

Er kann nicht erheblich fehlgehen. Die Abszissen symbolisieren wir — wie üblich — durch x, die statistischen Werte durch h und setzen an:

$$\Sigma (a + bx + cx^2 - h)^2 = \text{Minimum!}$$

Es folgt nach einiger einfacher Rechnung:

Unterhaltung	y =	80,09 + 38,67 · x - 2,42 · x <sup>2</sup>
Hobby	y =	-15,38 + 49,03 · x - 1,18 · x <sup>2</sup>
Küche	y =	-85,91 + 84,28 · x - 4,53 · x <sup>2</sup>
Haus	y =	66,98 + 37,18 · x - 1,80 · x <sup>2</sup>

Die Auswertung der Gleichungen und die Gegenüberstellung mit den statistischen Zahlen ergibt:

x	Unterhaltung		Hobby		Küche		Haushalt	
	y	h	y	h	y	h	y	h
9	232	237	330	336	306	313	256	261
7	232	225	270	259	282	265	239	230
5	213	205	200	198	222	223	208	205
3	174	204	121	146	126	155	162	185
2	148	129	78	61	65	44	134	119

Die Anpassung der errechneten Zahlen an die statistischen ist im ganzen gut. Sie kann sicher noch verbessert werden, und zwar durch andere Wahlen für Abszissen, besonders für die Einkommensklassen I und II. Die Parabeln sind zum Teil erheblich verschieden (vgl. Teil b des Schaubildes). Diejenige für die Hobbygeräte weicht nur wenig von einer Geraden ab. Am meisten gekrümmt ist die für die Küchengeräte. Für diese und für die Unterhaltungsgeräte ist bei der Einkommensklasse V ein Zustand der Sättigung erreicht; für die Unterhaltungsgeräte sogar schon etwas vorher. Bei den Hausgeräten ist es dicht hinter der Einkommensklasse V zu erwarten. Bei den Hobbygeräten ist bis auf weiteres ein Zustand der Sättigung nicht zu erwarten. Es sei noch darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung der Kurven gemäß den Gleichungen, aufgrund derer sie konstruiert sind, logisch nicht begründbar ist, es sei denn für eine kurze Strecke, wenn der einfache gerade Menschenverstand damit einverstanden ist.

Paul Lorenz

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
Meteorologische Beobachtungen						
Mittelwerte 1)						
Luftdruck	mm 2)	757,4	761,3	763,6	759,5	759,9
Lufttemperatur	°C	9,0	9,7	— 3,4	— 2,6	1,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	76,3	78,1	86	86	89
Windstärke	Meßzahl 3)	3,3	3,0	3	3	3
Bewölkung	— 4)	7,2	6,7	8	8	9
Summenwerte 5)						
Niederschlagshöhe	mm	844	825	28	22	79
Sonnenscheindauer	Std.	1 430	1 582	28	31	26
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	99	88	19	19	23
Tage mit Niederschlägen	—	271	254	26	21	23
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)						
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	288,6	269,7	.	.	267,1 r
Altona	—	270,9	260,7	.	.	260,7 r
Elmsbüttel	—	262,4	259,9	.	.	260,7 r
Hamburg-Nord	—	433,5	374,0	.	.	369,6 r
Wandsbek	—	273,0	366,3	.	.	367,6 r
Bergedorf	—	78,3	89,4	.	.	89,8 r
Harburg	—	191,2	206,9	.	.	206,9 r
Hamburg insgesamt	—	1 797,9	1 826,9	1 818,0 p	1 817,0 p	1 822,4 r
dav. männlich	—	828,5	846,1	.	.	844,4 r
weiblich	—	969,4	980,8	.	.	978,0 r
dar. Ausländer 6)	—	23,7	62,1	77,4	78,5	64,9 r
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen 7)	Anzahl	1 454	1 320	1 270 p	800 p	870 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	—	9,7	8,6	8,2 p	5,2 p	5,6 p
Ehescheidungen	—	289	376	550 p	350 p	340 p
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	—	1 837	2 022	1 650 p	1 550 p	1 884 p
dar. unehelich	—	158	142	130 p	120 p	138 p
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	—	12,3	13,2	10,7 p	10,0 p	12,2 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	%	8,6	7,1	7,8 p	7,7 p	7,3 p
Unehelich Geborene in % der Geborenen	—	1,5	0,9	0,9 p	1,1 p	0,7 p
Totgeborene in % der Geborenen	—	1,5	0,9	0,9 p	1,1 p	0,7 p
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 829	2 216	2 950 p	2 740 p	2 539 p
dar. im ersten Lebensjahr	—	52	41	40 p	30 p	44 p
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	—	12,2	14,5	19,1 p	17,8 p	16,4 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	—	12,2	14,5	19,1 p	17,8 p	16,4 p
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene 8)	—	28,4	19,8	24,2 p	19,4 p	22,9 p
Geburten- (+) / Sterbeüberschuß (—)	—	+	—	— 1 300 p	— 1 190 p	— 655 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	—	0,0	— 1,3	— 8,4 p	— 7,7 p	— 4,2 p
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen	Anzahl	7 084	6 048	6 600 p	6 200 p	6 696 r
über die Landesgrenze Hamburgs	—	5 335	6 665	7 100 p	6 500 p	6 459 r
Fortgezogene Personen	—	1 750	617	500 p	300 p	237 r
über die Landesgrenze Hamburgs	—	889	315	.	.	281 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	—	881	302	.	.	44 r
dav. männlich	—	881	302	.	.	44 r
weiblich	—	881	302	.	.	44 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	—	14 534	15 248	15 575 r	15 006 p	16 936 r
Nach Gebieten	—	—	—	—	—	—
a) Zugezogene aus:	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	—	1 738	1 693	1 700 p	.	1 776 r
dar. angrenzende Kreise 9)	—	816	992	910 p	.	1 108 r
Niedersachsen	—	1 356	1 101	1 100 p	.	1 131 r
dar. angrenzende Kreise 10)	—	315	312	350 p	.	350 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	—	2 293	1 843	2 000 p	.	1 912 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	—	783	65	60 p	.	61 r
Ausland	—	819	1 278	1 600 p	.	1 652 r
Unbekannt	—	95	68	140 p	.	164 r
b) Fortgezogene nach:	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	—	1 435	2 483	2 700 p	.	2 652 r
dar. angrenzende Kreise 9)	—	813	1 815	2 200 p	.	2 026 r
Niedersachsen	—	828	1 183	1 300 p	.	1 293 r
dar. angrenzende Kreise 10)	—	250	485	600 p	.	586 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	—	2 268	1 924	2 200 p	.	1 953 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	—	88	5	5 p	.	3 r
Ausland	—	558	1 040	840 p	.	509 r
Unbekannt	—	60	30	55 p	.	49 r

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — 5) An Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — 6) Nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — 7) Nach dem Ereignisort. — 8) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade.



### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
<b>Gesundheitswesen</b>						
<b>1. Krankenanstalten in Hamburg</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	11 949	11 219	11 201	11 200	11 204
Bettenbestand 1) 2)		326 016	268 305	243 995	271 910	278 141
Pflegtage	%	92,1	81,9	74,2	82,1	83,2
Bettenausnutzung 3)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten	Anzahl	4 329	4 557	4 558	4 639	4 560
Bettenbestand 1) 2)		114 634	124 798	113 120	125 478	128 392
Pflegtage	%	87,6	89,2	79,6	86,8	90,2
Bettenausnutzung 3)						
c) Privatkrankenanstalten	Anzahl	441	781	655	655	781
Bettenbestand 1) 2)		10 869	19 754	14 276	17 385	21 526
Pflegtage	%	81,3	80,6	63,9	82,5	85,7
Bettenausnutzung 3)						
<b>2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	985	859	856	856	856
Bettenbestand 1) 2)		25 791	19 697	16 699	20 750	18 441
Pflegtage	%	86,4	77,5	62,9	78,2	70,2
Bettenausnutzung 3)						
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 278	1 002	988	998	998
Bettenbestand 1) 2)		34 269	24 286	20 580	21 637	23 914
Pflegtage	%	88,0	82,4	67,1	70,1	79,2
Bettenausnutzung 3)						
<b>3. Anstalten für Geisteskrankhe</b>						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg	Anzahl	1 574	1 743	1 743	1 743	1 743
Bettenbestand 1)		44 280	49 022	47 031	47 541	49 633
Pflegtage	%	94,7	93,4	89,4	90,4	93,0
Bettenausnutzung 3)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg	Anzahl	1 279	1 294	1 292	1 292	1 292
Bettenbestand 1)		38 068	38 745	39 150	39 159	39 458
Pflegtage	%	97,9	98,1	97,7	97,8	98,5
Bettenausnutzung 3)						
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 300	1 430	1 407	1 407	1 417
Bettenbestand 1)		38 245	43 078	43 643	43 236	43 110
Pflegtage	%	96,6	98,6	98,9	98,0	98,1
Bettenausnutzung 3)						
<b>4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen<sup>4)</sup></b>						
Gestorbene insgesamt	Anzahl	1 829	2 216	2 950 p	2 740 p	2 539 <sup>4)</sup> p
dar. Tuberkulose der Atmungsorgane	"	"	15	"	"	15
Bösartige Neubildungen	"	"	422	"	"	458
Neubildungen der lymph. und blutbild. Organe	"	"	27	"	"	18
Krankheiten des Kreislaufsystems	"	"	979	"	"	1 115
dar. akuter Herzmuskelinfarkt	"	"	206	"	"	244
Hirngefäßkrankheiten	"	"	288	"	"	351
Krankheiten der Atmungsorgane	"	"	167	"	"	243
dar. Pneumonie	"	"	55	"	"	80
Kraftfahrzeugunfälle	"	"	33	"	"	33
Selbstmorde	"	"	50	"	"	52
<b>Kulturpflege</b>						
<b>Rundfunk und Fernsehen</b>						
Tonrundfunkteilnehmer	1 000	600,6	697,9	711,6	715,0	706,9
Fernsehrundfunkteilnehmer	"	90,7	569,5	608,8	612,4	590,5
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>						
<b>Soziale Krankenversicherung<sup>1)</sup></b>						
Mitglieder	1 000	699,0	668,0	687,4	684,4	675,4
dav. Pflichtmitglieder	"	477,7	398,1	405,0	405,2	397,4
Rentner	"	163,8	215,4	226,0	226,4	222,5
Freiwillige Mitglieder	"	57,5	54,5	56,4	52,8	55,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder insges.	"	29,7	24,1	25,4	34,1	23,5
dav. männlich	"	19,7	16,4	17,2	23,5	16,4
weiblich	"	10,0	7,7	8,2	10,6	7,1

1) Am Monatsende. — 2) Ohne Säuglingsbetten. — 3) Ohne gesperrte Betten. — 4) Wegen Neueinführung der ICD 1968 sind die Ergebnisse über einzelne Todesursachen aus vorhergehenden Jahren nicht vergleichbar. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Berichtigtes Ergebnis nach dem genauen Sterbemonat.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
<b>1. Arbeitslose</b>						
• Arbeitslose	Anzahl	18 641	6 215	3 219	3 480	5 361
• dav. männlich	•	9 968	4 067	1 787	1 923	3 242
• weiblich	•	8 673	2 148	1 432	1 557	2 119
Berufsgruppen insgesamt	•	18 641	6 215	3 219	3 480	5 361
dar. Bauberufe	•	2 420	348	55	39	287
Metallerzeuger und -verarbeiter	•	664	144	43	48	70
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	•	•	194	45	60	136
Elektriker	•	71	48	11	20	29
Chemiewerker	•	357	69	27	20	36
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	•	160	27	11	15	17
Graphische Berufe	•	203	94	52	58	86
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	•	118	20	8	11	22
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	•	616	97	41	47	94
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	•	•	313	161	153	247
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	•	162	186	69	102	150
Kaufmännische Berufe	•	3 125	628	384	422	590
Verkehrsberufe	•	1 550	792	240	232	474
Verwaltungs- und Büroberufe	•	2 216	987	781	782	957
Künstlerische Berufe	•	717	239	181	187	223
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>						
Offene Stellen	Anzahl	9 814	18 626	23 489	25 385	19 903
dav. männlich	•	5 178	8 324	12 862	13 754	8 695
weiblich	•	4 636	10 302	10 627	11 631	11 208
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage 1)	•	11 850	6 357	4 959	5 845	5 551
dav. männlich	•	7 483	4 484	3 381	4 165	3 804
weiblich	•	4 367	1 873	1 578	1 680	1 747
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	•	20 505	8 388	7 737	9 639	8 230
dav. männlich	•	19 454	7 748	7 045	8 874	7 689
weiblich	•	1 051	640	692	765	541
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	•	23 889	10 853	7 549	8 435	9 966
dav. männlich	•	13 390	6 356	3 552	3 956	5 241
weiblich	•	10 499	4 497	3 997	4 479	4 725
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>						
<b>1. Milcherzeugung</b>						
• Kuhmilcherzeugung	t	2 344	1 961	1 788	2 107	1 923
• dar. an Molkereien geliefert	%	80,0	87,0	87,0	89,6	88,1
• Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,8	10,4	13,1	11,2
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>						
Vollmilch insgesamt	t	11 234	10 988	10 663	•	10 830
dav. lose	•	7 445	2 967	2 070	•	2 692
in Flaschen	•	3 789	8 021	8 593	•	8 138
Mager- und Buttermilch	•	608	579	240	•	290
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)</b>						
Rinder	1 000 St.	8,9	9,9	10,1	9,7	9,4
Kälber	•	3,4	2,1	1,8	1,5	1,7
Schweine	•	49,0	43,1	39,6	36,5	39,3
Schafe	•	3,6	1,5	1,1	1,2	1,2
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>						
• Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,7	9,2	9,4	8,7	9,0
• Kälber	•	3,4	2,0	1,7	1,5	1,7
• Schweine 3)	•	50,0	45,1	41,5	38,1	41,2
• Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	t	6 559	6 605	6 431	6 176	6 485
• dar. Rinder (ohne Kälber)	•	1 884	2 283	2 336	2 205	2 302
• Schweine	•	4 289	4 109	3 910	3 792	3 984
Durchschnittliches Schlachtgewicht für						
Rinder	kg	245,4	247,9	249,8	253,3	256,5
Kälber	•	58,4	76,9	81,8	81,6	82,9
Schweine	•	87,0	91,2	94,2	99,4	96,7
<b>5. Obst- u. Gemüsemarkt (Großmarkt Hamburg)</b>						
Obstzufuhr aus dem Inland	t	2 996	4 083	•	•	3 600
Obstzufuhr aus dem Ausland	•	13 201	20 937	•	•	27 688
Gemüsezufuhr aus dem Inland	•	6 680	6 977	•	•	4 308
Gemüsezufuhr aus dem Ausland	•	4 009	7 509	•	•	7 513
<b>6. Fischmarkt</b>						
Versteigerte Mengen insgesamt	t	5 651	2 077	1 247	1 099	1 914
dar. in HH angelandete Fische	•	5 374	1 782	834	892	1 627

1) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 2) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 3) Gewerbliche und Hausschlachtungen. — 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>						
<b>1. Industrie 1)</b>						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 834	1 553	1 517	.	1 540
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	224	203	210	.	207
• dar. Arbeiter 2)	-	173	136	138	.	137
• Geleistete Arbeiterstunden 3)	-	30 296	21 699	22 073	.	22 495
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	74	129	164	.	131
• Gehälter (Bruttosumme)	-	32	92	126	.	96
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE 4)	28	10	11	.	11
• Gasverbrauch	1 000 Nm³	6 018	2 335	2 619	.	2 990
• Heizölverbrauch	1 000 t	42	70	93	.	88
• Stromverbrauch	Mio kWh	81	130	148	.	147
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	11	17	13	.	19
• Umsatz 5)	Mio DM	888	1 398	1 602	.	1 338
• dar. Auslandsumsatz 5)	-	115	198	222	.	162
<b>Beschäftigte nach Industriegruppen insges.</b>						
dar. Mineralölverarbeitung	1 000	224	203	210	.	.
NE-Metallindustrie	-	7	8	10	.	.
Chemische Industrie	-	3	3	3	.	.
Gummi und Asbest	-	16	17	17	.	.
Maschinenbau	-	13	11	12	.	.
Schiffbau	-	28	29	30	.	.
Elektroindustrie	-	34	20	18	.	.
Druck und Vervielfältigung	-	23	24	26	.	.
Ölmühlenindustrie	-	11	11	11	.	.
Margarineindustrie	-	3	2	2	.	.
Kaffee und Tee	-	2	3	3	.	.
	-	3	4	3	.	.
<b>Umsatz nach Industriegruppen insgesamt</b>						
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	888	1 398	1 602	.	.
NE-Metallindustrie	-	135	257	285	.	.
Chemische Industrie	-	33	84	68	.	.
Gummi und Asbest	-	59	122	116	.	.
Maschinenbau	-	28	41	50	.	.
Schiffbau	-	53	98	143	.	.
Elektroindustrie	-	63	49	53	.	.
Druck und Vervielfältigung	-	85	137	208	.	.
Ölmühlenindustrie	-	24	36	38	.	.
Margarineindustrie	-	41	60	50	.	.
Kaffee und Tee	-	26	24	23	.	.
	-	43	80	104	.	.
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>						
Wasserförderung	Mio cbm	10	12	13	13	12
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	262	517	781	789	669
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm³	38	84	172	178	132
Vj.-Durchschnitt 6)				3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	4. Vj. 1968
				1961	1968	
<b>3. Handwerk (Meßziffern)</b>						
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	.	84,7	84,1	86,8	84,7
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	.	112,9	122,8	171,3	144,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	.	110,9	121,2	173,3	145,5

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie — <sup>2)</sup> Einschl. gewerblicher Lehrlinge — <sup>3)</sup> Einschl. Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> Eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> Einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. Ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer. — <sup>6)</sup> Bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>						
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>						
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	41 705	42 721	44 669	43 690	42 295
dar. Inhaber	-	1 364	1 298	1 286	1 309	1 283
Angestellte	-	3 174	4 703	5 309	5 276	4 976
Arbeiter <sup>2)</sup>	-	37 167	36 720	38 074	37 105	36 036
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 959	5 950	4 039	3 341	4 704
dav. für Wohnungsbauten	-	2 805	1 923	1 069	811	1 430
gewerbli. und Industr. Bauten	-	1 737	1 454	1 110	1 108	1 393
öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 417	2 573	1 860	1 422	1 881
Löhne (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	Mio DM	20,9	42,8	38,8	31,4	34,0
Gehälter (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	-	2,2	6,9	11,4	8,7	7,1
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) <sup>4)</sup>	-	60,6	102,1	306,0	130,4	61,6
dav. im Wohnungsbau	-	22,3	32,2	87,9	53,4	19,0
gewerbli. und Industr. Bau	-	17,9	27,1	65,7	19,4	19,4
öffentlichen und Verkehrsbau	-	20,4	42,8	152,4	57,6	23,2
<b>2. Baugenehmigungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	524	204	181	186	67
Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	566	413	591	283	61
Wohnungen	Anzahl	1 858	1 229	1 889	758	134
dar. in ganzen Wohngebäuden	-	1 825	1 195	1 873	745	118
Bruttowohnfläche	1 000 qm	120	84	129	59	13
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	42,0	51,4	73,3	38,0	8,7
<b>Nichtwohnbauten</b>						
Nichtwohngebäude	Anzahl	146	84	60	98	67
Umbauter Raum	1 000 cbm	438	411	362	674	219
Nutzfläche	1 000 qm	82	72	72	107	49
Wohnungen	Anzahl	15	19	29	6	4
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	26,4	36,9	38,1	51,6	17,2
<b>3. Baubeginne</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	483	179	217	131	44
Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	423	376	700	188	76
Wohnungen	Anzahl	1 733	1 139	2 213	573	239
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	47,3	90,4	90,4	25,3	10,8
<b>Nichtwohnbauten</b>						
Nichtwohngebäude	Anzahl	126	83	91	63	42
Umbauter Raum	1 000 cbm	398	389	511	458	152
Wohnungen	Anzahl	12	16	17	5	5
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	42,0	40,7	40,7	31,8	15,0
<b>4. Baufertigstellungen</b>						
<b>Wohnbauten</b>						
Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)	Anzahl	378	240	1 016	30	100
Umbauter Raum (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	423	491	2 160	102	155
Wohnungen	Anzahl	1 433	1 502	6 333	105	451
dar. in ganzen Wohngebäuden	-	1 361	1 474	6 223	99	444
Bruttowohnfläche	1 000 qm	88	103	443	9	33
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	29,7	60,7	265,1	5,7	18,5
<b>Nichtwohnbauten</b>						
Nichtwohngebäude	Anzahl	121	86	370	25	18
Umbauter Raum	1 000 cbm	277	412	2 423	106	34
Wohnungen	Anzahl	23	20	113	9	2
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	17,3	41,6	291,8	9,6	3,4
Wohnungen insgesamt <sup>5)</sup>	Anzahl	1 456	1 522	6 446	114	453
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	-	1 062	800	2 985	32	174
<b>5. Bauüberhang</b>						
<b>(am Ende des Berichtszeitraumes) <sup>6)</sup></b>						
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	18 229	14 027	11 000	.	13 800
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	-	5 893	5 876	6 300	.	5 800
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen <sup>7)</sup></b>						
Bestand an Wohngebäuden	1 000	.	181	.	.	.
Wohnungen	-	504	682	.	.	.
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	-	.	2 496	.	.	.

<sup>1)</sup> Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. Für 1969 vorläufige Ergebnisse. Für 1968 berichtigte Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1969 einschl. Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — <sup>4)</sup> Ab Januar 1968 Mehrwertsteuer, ab Januar 1970 ohne Umsatzsteuer. — <sup>5)</sup> Ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — <sup>6)</sup> An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — <sup>7)</sup> Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts 1968 stehen die Angaben für den 31. 12. 1968.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1968	1968			
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>						
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>						
Einzelhandel insgesamt	1962 = 100	.	142	215	.	135
dav. Waren verschiedener Art	.	.	235	346	.	229
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	121	166	.	118
dar.1) Lebensmittel aller Art	.	.	139	192	.	.
Gemüse und Obst	.	.	93	95	.	.
Milch, Fettwaren und Eier	.	.	89	101	.	.
Tabakwaren	.	.	126	192	.	.
Bekleidung, Wäsche, Schuhwaren	.	.	115	186	.	102
dar.1) Textilwaren	.	.	120	213	.	.
Oberbekleidung	.	.	128	194	.	.
Herrenoberbekleidung	.	.	100	166	.	.
Damenoberbekleidung	.	.	103	146	.	.
Schuhe und Schuhwaren	.	.	122	197	.	.
Hausrat und Wohnbedarf	.	.	117	192	.	101
dar.1) Metall und Kunststoffwaren	.	.	105	167	.	.
Haushaltskeramik	.	.	.	.	.	.
und -glaswaren	.	.	111	286	.	.
Möbel	.	.	133	200	.	.
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	.	.	143	329	.	118
dar.1) Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	.	.	184	351	.	.
Uhren und Schmuck	.	.	109	357	.	.
Papierwaren und Druckerzeugnisse	.	.	124	230	.	120
dar.1) Bücher und Fachzeitschriften	.	.	113	254	.	.
Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	.	.	148	231	.	141
dar.1) Drogerien	.	.	151	280	.	.
Kohle und Mineralölerzeugnisse	.	.	112	141	.	149
dar.1) Brennstoffe	.	.	96	118	.	.
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	.	.	101	160	.	88
dar.1) Kraftwagen und Krafträder	.	.	101	140	.	.
Sonstige Waren	.	.	137	158	.	133
dar.1) Blumen und Pflanzen	.	.	143	181	.	.
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels<sup>1)</sup></b>						
Groß- und Außenhandel insgesamt	1962 = 100	.	.	169	146	133
dav. a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	172	145	135
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	.	.	.
dav. Waren verschiedener Art	.	.	.	164	147	129
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	166	137	126
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	165	136	123
Getreide, Futter- und Düngemittel	.	.	.	186	153	164
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	198	155	142
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	209	163	146
Rohstoffe und Halbwaren	.	.	.	87	79	95
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	127	116	106
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	133	117	112
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	.	118	113	97
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	193	179	148
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	161	150	130
Textilwaren, Heimtextilien	.	.	.	259	239	186
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	112	88	121
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	160	121	167
Sonstige Fertigwaren	.	.	.	72	61	85
a) Unternehmen des Außenhandels	.	.	.	180	151	132
b) Unternehmen des Binnen- großhandels	.	.	.	205	174	135
<b>3. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost<sup>2)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	6 703	11 006	13 458	.	10 166
Lieferungen Hamburgs	.	7 470	14 282	21 389	.	12 085
<b>4. Handel mit Berlin (West)<sup>2)</sup></b>						
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	70 290	127 348	136 130	.	112 444
Lieferungen Hamburgs	.	87 087	178 479	195 639	.	200 203

<sup>1)</sup> Darunter - Positionen nur Facheinzelhandel. — <sup>2)</sup> Durch Umstellung der Berechnung der Umsatz-Meßzahlen auf der Grundlage des Netto-Umsatzes (ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer) ab 1969 fehlen vergleichbare Angaben für die Vorjahre. — <sup>3)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr						
5.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg 1)	Mio DM	130	254	268		247
dav. Waren der						
• Ernährungswirtschaft	•	9	25	21		20
• Gewerblichen Wirtschaft	•	121	229	247		227
• dav. Rohstoffe	•	2	8	2		2
• Halbwaren	•	26	71	63		88
• Fertigwaren	•	93	150	182		137
• dav. Vorerzeugnisse	•	11	14	16		13
• Enderzeugnisse	•	82	136	166		124
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-						
ländern						
• Europa	•	86	173	183		158
• dar. EWG-Länder	•	28	77	90		77
• EFTA-Länder	•	47	69	65		65
• Afrika	•	7	11	15		13
• Amerika	•	19	40	39		30
• dav. Nordamerika	•	7	28	22		10
• dar. USA	•	6	26	20		8
• Mittelamerika	•	2	2	10		3
• Südamerika	•	10	10	7		17
• Asien	•	17	27	28		44
• Australien und Ozeanien	•	1	3	3		2
6. Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure 2)						
Wareneinfuhr	Mio DM	788	1 458	1 646		1 740
Warengruppen:						
• Ernährungswirtschaft	•	375	537	586		640
• Gewerbliche Wirtschaft	•	409	919	1 058		1 098
• dav. Rohstoffe und Halbwaren	•	299	616	655		725
• Fertigwaren	•	110	303	403		373
Ländergruppen:						
• dar. Europa	•	247	545	681		686
• dav. EWG-Länder	•	81	289	353		362
• EFTA-Länder	•	93	132	157		129
• Sonstige Länder	•	73	124	171		195
• Außereuropa	•	539	913	965		1 054
• dav. Amerika	•	284	359	389		416
• dav. Nordamerika	•	144	202	241		246
• Mittelamerika	•	38	43	14		21
• Südamerika	•	102	114	134		149
• Afrika	•	87	245	258		283
• Asien	•	157	293	303		342
• Australien und Ozeanien	•	11	16	15		13
Warenausfuhr	Mio DM	293	557	569		524
Warengruppen:						
• Ernährungswirtschaft	•	28	74	104		71
• Gewerbliche Wirtschaft	•	264	481	465		452
• dav. Rohstoffe	•	6	18	11		11
• Halbwaren	•	39	102	82		90
• Fertigwaren	•	219	363	372		351
• dav. Vorerzeugnisse	•	63	64	56		62
• Enderzeugnisse	•	156	299	316		289
Ländergruppen:						
• dar. Europa	•	123	317	340		273
• dav. EWG-Länder	•	41	135	155		123
• EFTA-Länder	•	61	131	129		108
• Sonstige Länder	•	21	51	56		42
• Außereuropa	•	167	235	224		247
• dav. Amerika	•	69	91	81		69
• dav. Nordamerika	•	24	43	34		18
• dar. USA	•	22	39	31		15
• Mittelamerika	•	10	16	22		12
• Südamerika	•	35	32	25		39
• Afrika	•	29	40	58		47
• Asien	•	67	97	80		126
• Australien und Ozeanien	•	2	7	5		5
7. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes						
• Gastgewerbe insgesamt	1962 = 100		116	127		113
• dav. Beherbergungsgewerbe	•		139	145	130	132
• dav. Hotels	•		141	151	136	
• Gasthöfe	•		151	157		
• Fremdenheime und Pensionen	•		123	95		
• Gaststättengewerbe	•		111	123		
• dav. Gast- und Speisewirtschaften	•		110	123	128	108
• Bahnhofswirtschaften	•		97	98		
• Cafés	•		96	127		
• Bars, Tanz- und Vergnügungs-	•					
betriebe	•		131	140		
8. Fremdenverkehr 3)						
• Fremdenmeldungen	1 000	98	116	83		95
• dar. von Auslandsgästen	•	36	39	24		23
• Fremdenübernachtungen	•	204	223	166		190
• dar. von Auslandsgästen	•	75	73	48		49
• Bettenausnutzung 4)	%	57	49	35		40

1) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — 2) Über Hamburg und andere Grenzstellen. — 3) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — 4) In % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1968	1968			
<b>Verkehr</b>						
<b>1. Seeschifffahrt</b>						
a) Schiffsverkehr über See						
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 586	1 566	1 607 p	.	1 465
dar. deutsche Schiffe	"	837	899	.	.	775
Abgegangene Schiffe	"	1 697	1 611	1 639 p	.	1 509
dar. deutsche Schiffe	"	1 044	948	.	.	836
Raumgehalt der angekommenen Schiffe	1 000 NRT	2 288	3 088	.	.	3 128
dar. deutsche Schiffe	"	663	796	.	.	718
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe	"	2 298	3 076	.	.	3 041
dar. deutsche Schiffe	"	673	795	.	.	702
b) Linienschifffahrt 1)	Anzahl der					
dav. Europa	Linien	224	271	282 p	.	280
Außereuropa	"	70	66	.	.	75
Reisen (Abfahrten)	Anzahl	154	199	.	.	205
dar. nach Europäischem Ausland	"	663	724	.	.	678
Amerika	"	300	287	.	.	275
Afrika	"	148	156	.	.	140
Asien	"	68	98	.	.	109
Australien	"	73	104	.	.	104
	"	12	14	.	.	12
c) Güterverkehr über See	1 000 t brutto					
dav. Empfang	"	2 283	3 188	3 973 p	4 288 p	3 356
dav. Massengut	"	1 673	2 378	2 958 p	3 283 p	2 495
dar. Mineralöle	"	1 252	1 789	2 322 p	2 592 p	1 875
Kohle	"	603	1 203	1 360 p	1 813 p	1 253
Getreide	"	337	128	257 p	324 p	201
Sack- und Stückgut	"	153	140	182 p	110 p	105
dav. nach Verkehrsbezirken	"	421	589	636 p	691 p	620
Inland	"	49	60	.	.	65
Europäisches Ausland	"	276	535	.	.	795
dar. EWG-Länder	"	69	183	.	.	317
EFTA-Länder	"	123	174	.	.	166
Außereuropa	"	1 348	1 783	.	.	1 635
dar. Nahost und	"					
Persischer Golf	"	405	560	.	.	523
Vereinigte Staaten	"					
von Amerika	"	421	330	.	.	278
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	1 351		2 475	.	2 260
Sowjetzone	"	45	64	179	.	71
Land- und flußwärtige	"					
Durchfuhr	"	93	129	119	.	87
See-Umschlag	"	95	90	114	.	76
Obrige Bereiche	"	89		71 p	.	1
Versand	"	610	810	1 015 p	1 005 p	861
dav. Massengut	"	269	325	473 p	450 p	412
Sack- und Stückgut	"	341	485	542 p	555 p	449
dav. nach Verkehrsbezirken	"					
Inland	"	56	93	.	.	147
Europäisches Ausland	"	304	340	.	.	328
dar. EWG-Länder	"	96	63	.	.	58
EFTA-Länder	"	175	219	.	.	211
Außereuropa	"	250	377	.	.	386
dav. nach Hinterlandsbereichen	"					
Bundesrepublik	"	301		537	.	513
Sowjetzone	"	38	68	99	.	56
Land- und flußwärtige	"					
Durchfuhr	"	72	100	114	.	89
See-Umschlag	"	95	90	114	.	76
Obrige Bereiche	"	104		151 p	.	127
<b>2. Binnenschifffahrt</b>						
• Gütereingang	1 000 t	219	418	268	.	202
• Güterversand	"	257	465	367	.	365

1) Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
Noch: Verkehr						
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	1 194	2 279	2 097 p	2 131 p	2 066
Gestartete Flugzeuge	-	1 193	2 278	2 096 p	2 131 p	2 015
Angekommene Fluggäste	1 000	26,2	92,5	87,4 p	88,5 p	76,2
Abgerollte Fluggäste	-	24,6	93,2	88,4 p	89,2 p	76,7
Angekommene Fracht	-	276	845	1 031 p	980 p	793
Abgegangene Fracht	-	266	1 050	1 211 p	1 095 p	983
Angekommene Post	-	59	239	324 p	246 p	253
Abgegangene Post	-	57	292	429 p	320 p	346
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>1)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)						
Beförderte Personen						
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	11 574	10 981	11 905	11 588	11 612
Hoch- u. Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	-	12 178	14 555	16 324	15 815	15 339
Straßenbahn	-	21 248	5 706	5 760	5 574	5 860
Kraftomnibusse der HHA	-	4 046	11 661	13 076	12 672	12 295
Kraftomnibusse der VHH AG.	-	1 475	1 912	2 283	2 270	2 153
Private Kraftomnibusse	-	627	265	171	233	165
5. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (Im Verkehr befindlich) insgesamt 2) dar. Personenkraftwagen 3) 1)	1 000	169,4 121,5	396,3 358,0	424,5 384,2	424,9 384,8	396,5 358,4
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Krafträder (einschl. Motorroller)	Anzahl	2 941 135	4 448 10	4 574 5	4 394 3	3 902 5
Personenkraftwagen	-	2 251	3 656	3 583	3 560	3 125
Kombinationskraftwagen	-	199	361	478	442	392
Lastkraftwagen	-	302	365	435	338	336
6. Straßenverkehrsunfälle						
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 4)	Anzahl	927	969	1 019 r	894 p	910
Getötete Personen	-	17	24	34 r	34 p	31
Verletzte Personen	-	1 090	1 277	1 352 r	1 164 p	1 148
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)						
a) Kredite (am Monatsende)	Mio DM					
Kredite an Nichtbanken		5 592,3	19 224,2			
dav. Kurzfristige Kredite		3 004,8	5 805,4			
dav. an Wirtschaft und Private		2 517,2	5 788,0			
an Öffentl.-rechtl. Körperschaften		487,6	17,5			
Mittelfristige Kredite 5)		462,6	2 791,9			
dav. an Wirtschaft und Private		387,5	2 302,1			
an Öffentl.-rechtl. Körperschaften		75,1	489,8			
Langfristige Kredite 5)		2 124,9	10 626,9			
dav. an Wirtschaft und Private		1 958,9	9 025,8			
an Öffentl.-rechtl. Körperschaften		166,0	1 601,1			
Kredite an Kreditinstitute		575,3	1 619,3			
b) Einlagen (am Monatsende)						
Einlagen von Nichtbanken		4 604,5	12 043,1			
dav. Sicht- und Termineinlagen		3 035,1	5 867,4			
dav. von Wirtschaft und Privaten		2 677,2	5 207,8			
von Öffentl.-rechtl. Körperschaften		357,9	659,5			
Spareinlagen		1 569,4	6 175,8	7 239,5	7 268,4	6 657,3
dar. bei Sparkassen		-	4 140,4	4 865,0	4 901,0	4 475,9
Kreditbanken		-	1 654,9	1 925,4	1 901,3	1 779,9
Einlagen von Kreditinstituten		1 177,7	3 302,5			
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 6)						
Spareinlagen am Monatsende	1 569,4	6 175,8	7 239,5	7 268,4	6 657,3	
dar. steuerbegünstigt	341,2	-	-	-	-	
prämienbegünstigt	-	741,1	879,6	853,0	798,7	
Gutschriften auf Sparkonten	-	97,0	341,8	463,3	606,0	539,1
Lastschriften auf Sparkonten	-	76,8	299,6	484,8	593,3	447,8
Saldo der Gut- und Lastschriften	-	+ 20,2	+ 42,2	- 21,5	+ 12,7	+ 91,8
Zinsen	-	13,2	20,3	280,2	2,3	1,3

<sup>1)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>2)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>3)</sup> Einschl. Kombinationskraftwagen. — <sup>4)</sup> Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>5)</sup> Einschl. durchlaufender Kredite. — <sup>6)</sup> Ohne Postsparkasse.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
Noch: Geld und Kredit						
2. Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	17	17	14	16	11
3. Vergleichsverfahren (eröffnete)	Anzahl	1	0	—	—	—
4. Wechselproteste	Anzahl	1 113	1 084	900	882	1 096
Betrag	1 000 DM	732	1 915	2 086	2 684	1 431
5. Mahn- und Offenbarungseidverfahren						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 100	22 344	22 993	19 743	22 069
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	2 742	3 281	3 151	3 463	3 305
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	"	1 148	1 510	1 314	1 717	1 656
Abgeleitete Offenbarungseide	"	320	464	380	520	521
6. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften	Anzahl	193	157	148	149	156
Grund-Kapital	Mio DM	2 797	4 724	4 737	4 738	4 879
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 004	4 480	4 884	4 888	4 591
Stamm-Kapital	Mio DM	986	3 519	4 030	4 030	3 783
Steuern						
1.* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	274 003	821 890	1 470 910		647 881
dav. Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	"		99 218	106 428	121 064	113 105
Umsatzsteuer (alt)	"	48 945	7 971	4 373		3 898
Einfuhrumsatzsteuer	"		100 623	173 506	60 126	121 655
Umsatzausgleichsteuer	"	14 828	6 082	12		5
Beförderungsteuer	"	1 225	162	1 064	4	3
Notopfer Berlin	"	1 047	15	11	7	74
Zölle	"	48 536	42 229	117 554	4 436	53 838
Verbrauchssteuern	"	124 035	470 223	830 940		271 163
dav. Tabaksteuer	"	62 921	69 004	128 822	21 662	21 669
Kaffeesteuer	"	12 076	24 401	41 599	18 624	53 381
Teesteuer	"	471	672	1 255	256	1 525
Branntweinmonopol 1)	"	3 866	5 364	8 136		11 907
Mineralölsteuer	"	44 384	370 617	650 805	209 898	182 465
Sonstige Verbrauchssteuer	"	317	164	323		217
Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer	"		3 177	11 094	2 474	2 153
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen 2)	"	35 386	92 206	225 928		81 997
2.* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	8 547	5 470	4 193	615	2 425
dav. Vermögensabgabe	"	5 798	4 386	3 377	1 788	1 136
Hypothekengewinnabgabe	"	2 231	762	887	338	457
Kreditgewinnabgabe	"	517	321	71	834	832
3.* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	85 384	199 654	460 618		189 820
dav. Vermögensteuer	"	5 458	13 053	7 040	4 635	4 298
Erbschaftsteuer	"	537	2 396	1 683	3 649	2 416
Grunderwerbsteuer	"	786	2 208	3 559	1 733	2 378
Kapitalverkehrssteuer	"	1 469	2 948	4 663	1 916	3 951
Kraftfahrzeugsteuer	"	3 754	9 202	10 921	10 132	11 785
Versicherungsteuer	"	2 732	5 732	6 383	6 427	5 378
Rennwett- und Lotteriesteuer	"	1 446	2 905	2 743	12 585	2 366
Wechselsteuer	"	677	1 106	1 630	1 842	1 480
Feuerschutzsteuer	"	130	323	121	624	569
Biersteuer	"	154	2 780	2 536	2 783	2 920
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 3)	"	66 858	157 000	419 580		152 279
4.* Steuern vom Einkommen 4)	1 000 DM	102 403	249 206	645 508	210 549	234 276
dav. Lohnsteuer	"	35 713	119 534	245 771	164 856	157 856
Veranlagte Einkommensteuer	"	30 942	70 778	190 223	16 241	34 924
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	"	4 125	11 936	799	32 505	27 856
Körperschaftsteuer	"	31 624	46 957	208 716	3 053	13 639
5. Gemeindesteuereinnahmen	1 000 DM	31 180	57 129	26 130		
Realsteuern	"	30 068	56 615	25 912		
dav. Grundsteuer A	"	45	84	46		
Grundsteuer B	"	4 238	6 562	1 236		
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital	"	22 658	43 127	23 627		
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	"	3 126	6 842	1 003		
Obrige Gemeindesteuern	"	1 113	515	218		

1) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 2) Seit 1967 = 37 %. — 3) Seit 1967 = 63 %. — 4) In den Bundes- und Landessteuern anteilmäßig enthalten.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969	
		1958	1968				
Indexziffern							
Preisindexziffern für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> im Bundesgebiet — Neue Systematik —							
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	.	111,1	114,7	116,5	112,9	
Kleidung, Schuhe	.	.	112,0	114,5	115,7	112,4	
Wohnungsmiete	.	.	148,4	164,3	165,2	157,9	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	.	.	115,9	122,8	123,2	118,3	
Obrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	.	.	108,5	110,8	111,6	108,9	
Waren und Dienstleistungen für: Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	.	.	117,0	117,8	118,5	116,9	
Körper- und Gesundheitspflege	.	.	125,3	128,5	130,6	126,8	
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	.	.	115,1	118,7	121,5	116,0	
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	.	.	122,4	129,1	129,7	124,4	
Gesamtlebenshaltung	1962 = 100	92,7	116,1	120,6	122,1	118,1	
	1950 = 100	117,7	147,3	153,0	154,9	149,9	
				Jul 1969	Oktober 1969	Oktober 1968	
Löhne und Gehälter <sup>2)</sup>							
1. Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	männlich	DM	129	264	289	307	273
	weiblich	DM	77	167	180	188	170
Bruttostundenverdienste	männlich	DM	2,72	5,88	6,33	6,70	5,97
	weiblich	DM	1,73	4,01	4,33	4,48	4,06
Bezahlte Wochenstunden	männlich	Std.	47,3	45,0	45,7	45,8	45,7
	weiblich	Std.	44,4	41,5	41,6	41,9	41,8
Geleistete Wochenarbeitszeit	männlich	Std.	43,7	41,5	36,5	44,6	44,5
	weiblich	Std.	40,4	37,7	29,6	41,0	40,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	646	1 298	1 401	1 444	1 313
	weiblich	DM	434	899	983	1 020	914
Technische Angestellte	männlich	DM	744	1 379	1 492	1 544	1 398
	weiblich	DM	458	895	993	1 036	913
Im Handel <sup>3)</sup>							
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	605	1 249	1 331	1 357	1 264
	weiblich	DM	398	824	899	922	837
Technische Angestellte	männlich	DM	611	1 400	1 534	1 527	1 418
	weiblich	DM	527	1 491	1 632	1 699	1 547
In Industrie und Handel <sup>3)</sup> zusammen							
Kaufmännische Angestellte	männlich	DM	614	1 261	1 349	1 380	1 277
	weiblich	DM	408	842	921	948	856
Technische Angestellte	männlich	DM	723	1 380	1 495	1 543	1 399
	weiblich	DM	470	1 045	1 157	1 214	1 077
				Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969	
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Unfalldienst							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl		2 886	5 964	8 549		5 987
dav. Feueralarme	.		207	362	514		327
dav. falsche Alarme und Unfug- meldungen	.		45	85	123		88
bekämpfte Brände insgesamt	.		162	277	391		239
dav. Großbrände	.		10	12	17		9
Mittelbrände	.		24	39	41		24
Kleinbrände	.		54	123	153		94
Entstehungsbrände	.		65	91	156		98
Schornsteinbrände	.		9	12	24		14
Hilfeleistungen aller Art	.		2 680	5 601	8 035		5 660
dar. bei Straßen- und Verkehrs- unfällen	.		883	1 270	1 545		1 242
Betriebsunfällen	.		493	367	450		325
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.		2 490	4 704	6 760		4 872
2. Krankenbeförderungswesen							
Ausgeführte Krankentransporte	Anzahl		5 098	3 965	4 589		4 312
Beförderte Personen	.		5 312	4 367	4 827		4 718

<sup>1)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962. —  
<sup>2)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>3)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

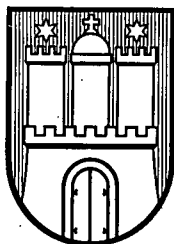
# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1958	1968			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Straftaten	Anzahl	6 264	9 988	10 523	9 198	9 885
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	168	266	270	163	503
Mord und Totschlag	"	3	4	7	5	2
Fahrlässige Tötung 1)	"	7	1	—	1	—
Körperverletzung 2)	"	47	119	104	135	135
Einfacher Diebstahl	"	2 827	4 120	4 626	3 792	3 819
Schwerer Diebstahl	"	767	2 308	2 235	2 151	2 192
Diebstähle zusammen	"	3 694	6 428	6 861	5 943	6 011
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs- diebstahl	"	254	232	255	224	211
Fahrrad- u. -gebrauchsdiebstahl	"	533	454	295	148	244
Moped-, Motorrad- und -gebrauchsdiebstahl	"		95	63	28	44
Taschendiebstahl	"	36	67	51	45	60
Unterschlagung	"	256	204	236	221	198
Raub und Erpressung	"	27	51	42	44	76
Begünstigung und Hehlerei	"	43	157	179	134	168
Betrug und Untreue	"	720	966	1 026	807	831
Brandstiftung	"	31	42	45	52	56
Münzdelikte	"	4	1	1	3	1
Außerdem:						
Verkehrsvergehensanzeigen 3)	"		1 084	970	1 219	1 185
Übertretungsanzeigen 4)	"		18 192	14 726	13 888	15 289
Ordnungswidrigkeitenberichte	"		556	256	768	633
Gebührenpflichtige Verwarnungen 5)	"	26 722	31 650	27 933	23 427	31 088
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	Anzahl	1 732	2 311	1 856		2 406
dav. Erwachsene n. allg. Strafrecht abgeurt.	"	1 370	1 896	1 491		1 928
Heranwachs. n. allg. Strafrecht abgeurt.	"	148	137	86		159
Jugendl. n. Jugendstrafrecht abgeurt.	"	152	194	194		237
Heranwachs. n. Jugendstrafr. abgeurt.	"	62	84	85		82
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt	"	9	8	8		10
Fahrerflucht	"	35	69	49		106
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	"	36	65	58		49
Verbrech. u. Vergeh. wider d. Sittlichkeit	"	54	52	30		64
Beleidigung, üble Nachrede	"	28	21	17		22
Verbrech. u. Vergeh. wider das Leben	"	13	11	10		5
Körperverletzung	"	128	144	133		155
Einfacher Diebstahl	"	248	448	444		503
Schwerer Diebstahl	"	83	110	98		111
Einf. u. schwerer Diebstahl im Rückfall	"	56	62	61		70
Unterschlagung	"	90	50	31		52
Raub und Erpressung	"	8	16	19		21
Begünstigung und Hehlerei	"	46	36	27		39
Betrug und Untreue	"	182	167	134		159
Urkundenfälschung	"	12	15	20		19
Vergehen i. Straßenverkehr § 315c StGB.	"		111	77		125
Vergehen i. Straßenverkehr § 316 StGB.	"		395	354		420
Vergehen gegen das StVG.	"	215	149	74		104

<sup>1)</sup> Ohne Verkehrsunfälle. — <sup>2)</sup> Ohne §§ 223 und 230. — <sup>3)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsvergehen. — <sup>4)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen. —  
<sup>5)</sup> Ab 1. 1. 1969 Verwarnungen mit Verwarnungsgeld.



# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### 60 800 Hamburger zogen in die Randgebiete

Von 1965 bis 1969 hat sich die Bevölkerung Hamburgs um rd. 40 400 Personen verringert. Wo sind diese Menschen geblieben? In 5 Jahren zogen 371 100 Personen nach Hamburg, 406 200 Personen zogen fort; daraus ergab sich ein Wanderungsverlust von 35 100 Personen. Dazu kam ein Gestorbenenüberschuß von 5 200 Personen.

Die hauptsächlichsten Wanderungsverluste hatte Hamburg gegenüber seinen beiden Nachbarländern. Schleswig-Holstein konnte für sich einen Wanderungsgewinn aus Hamburg von 48 100 Einwohnern buchen, nach Niedersachsen zogen per Saldo 8 100 Personen.

Die Hauptaufnahmegebiete der Fortziehenden waren die unmittelbaren Hamburger Randgebiete, und zwar die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hsgt. Lauenburg in Schleswig-Holstein sowie die Kreise Harburg, Stade und Lüneburg in Niedersachsen. Mit diesen Kreisen allein hatte Hamburg in 5 Jahren einen negativen Wanderungssaldo von rd. 60 800 Personen.

Die Hamburger Randgebiete verzeichneten von 1965 bis 1969 insgesamt einen Bevölkerungszuwachs von nahezu 100 000 Einwohnern, woran Hamburg also mit 60 Prozent beteiligt war. Mitte 1969 bezifferte sich die Umlandbevölkerung in den genannten Kreisen allein auf 1,1 Millionen.

### Zahl der Lichtspieltheater weiter zurückgegangen

Die Zahl der Hamburger Lichtspieltheater hatte sich Ende 1969 von 71 (Ende 1968) auf 65 vermindert. Das Platzangebot sank im gleichen Zeitraum um 3 594 oder knapp 10% auf 34 012 Plätze.

Bei insgesamt 7 067 821 verkauften Eintrittskarten (-3,7% gegenüber dem Vorjahr) besuchte 1969 im Durchschnitt jeder Hamburger etwa viermal eine Kinovorstellung. Die durchschnittliche Platzausnutzung je Vorstellung ist dabei von 16,6% im Jahre 1968 auf 18,1% im vergangenen Jahr angestiegen.

### Gesamtausgaben der Kriegsopterfürsorge seit 1967 rückläufig

Im Rahmen der Kriegsopterfürsorge, die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) besondere Hilfen zusätzlich zu den Rentenleistungen an den Kreis der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vorsieht und im Gegensatz zu der mehr schematisch ausgerichteten Kriegsopterversorgung auf die individuelle Hilfestellung abgestellt ist, wurden in Hamburg im Jahre 1969 rd. 17,3 Mio DM ausgegeben. Von den Ausgaben entfielen rd. je ein Fünftel auf Erziehungsbeihilfen (3,9 Mio DM), Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (3,2 Mio DM), Erholungsfürsorge

(3,5 Mio DM), ein Zehntel auf Berufsfürsorge (1,7 Mio DM) und gut ein Viertel auf sonstige Hilfen (4,8 Mio DM). Während sich die Gesamtleistungen von 1963 auf 1966 um 25% (3,9 Mio DM) erhöhten, erfolgte von 1966 bis 1969 eine Abnahme der Gesamtaufwendungen um rd. 10%. Eine Ausnahme bildete die Erholungsfürsorge, die sich auch weiterhin kontinuierlich auf 3,5 Mio DM erhöhte. Den größten Anteil an der Abnahme haben die Berufsfürsorge und die Erziehungsbeihilfen, die von 3,5 bzw. 5,0 Mio DM im Jahre 1963 auf 1,7 bzw. 3,9 Mio DM im Jahre 1969 zurückgegangen sind. Diese Entwicklung ist auf den ständigen Rückgang an Versorgungsberechtigten zurückzuführen.

### Steigende Verkäufe bebauter und unbebauter Grundstücke

Im Jahr 1969 gingen in Hamburg 2 287 bebaute Grundstücke mit einer Fläche von rd. 2,6 Mio qm zu einem Betrag von 462,5 Mio DM sowie 1 645 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von rd. 4,4 Mio qm zu einem Betrag von 216,1 Mio DM durch Kauf in andere Hände über. Im Vergleich mit 1968 haben bei den bebauten Grundstücken die Fläche um 37,1% und der Betrag um 35,0%, bei den unbebauten Grundstücken die Fläche um 23,8% und der Betrag um 49,5% zugenommen.

Auf die Fläche bezogen, konzentrierte sich die Verkaufstätigkeit 1969 besonders auf das Ortsamtsgebiet Blankenese, das Kerngebiet des Bezirks Harburg, das Ortsamtsgebiet Lokstedt, das Kerngebiet des Bezirks Wandsbek sowie die Ortsamtsgebiete Alstertal, Walddörfer, Rahlstedt und Billstedt.

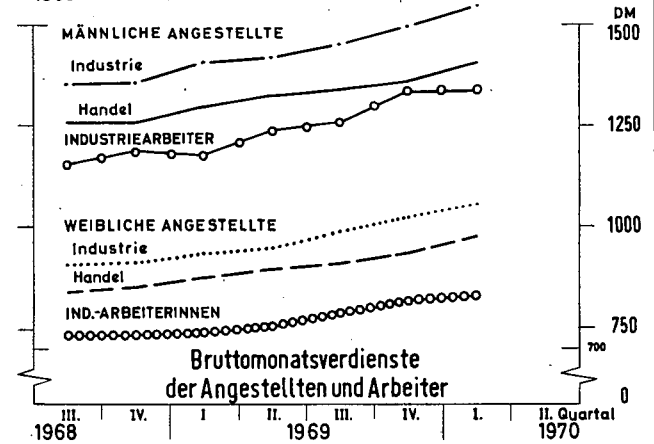
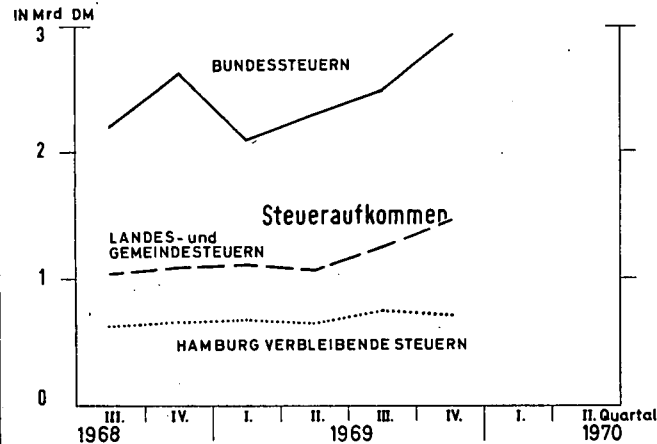
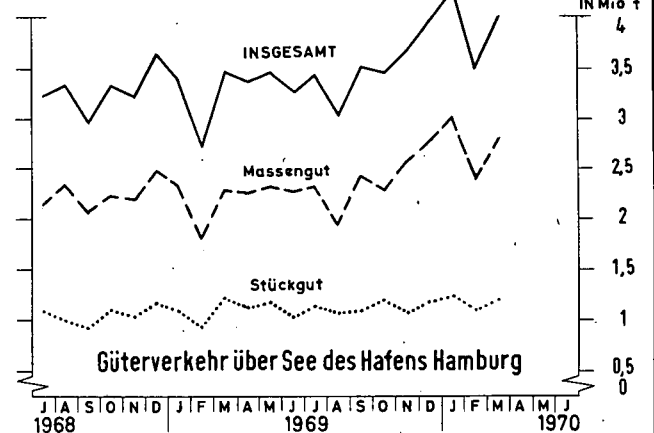
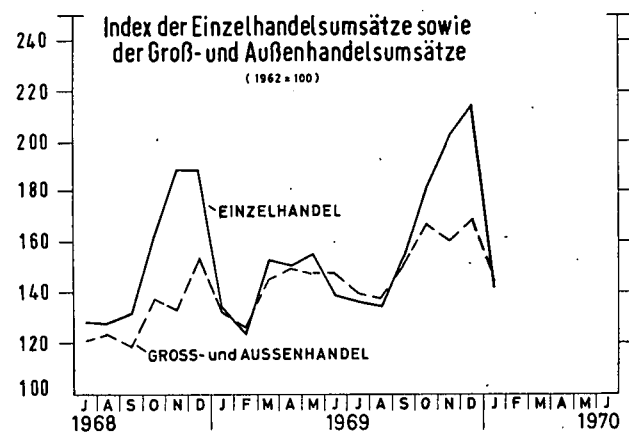
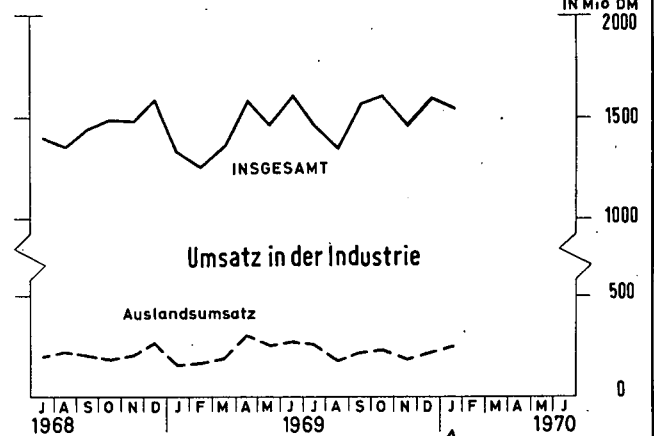
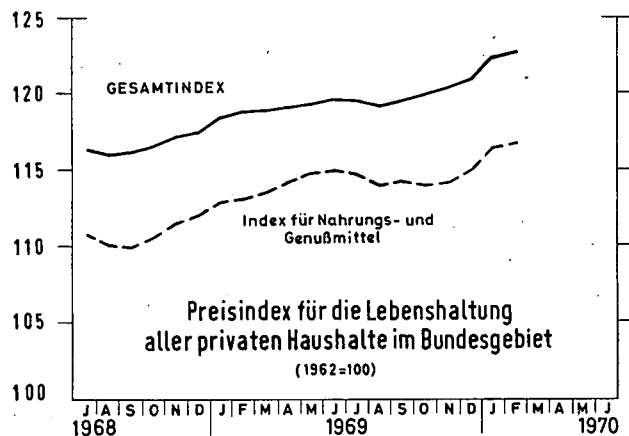
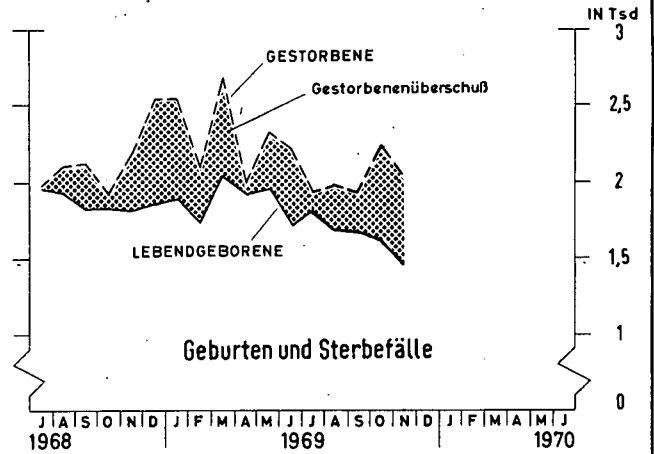
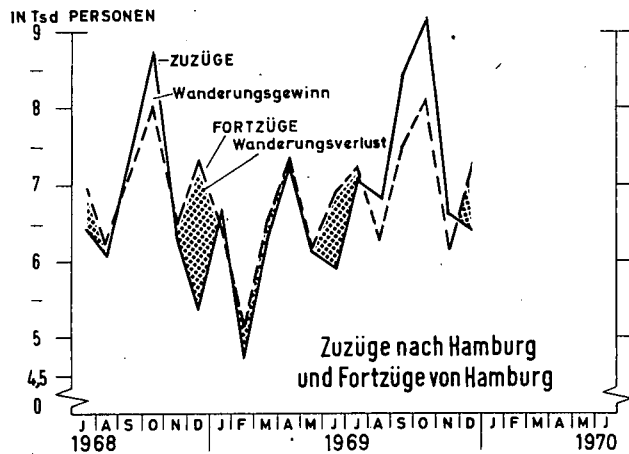
### Wohnungsbau 1969

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen hat sich mit rd. 15 000 gegenüber dem Vorjahr um 3 200 oder 17% verringert; auch die Baugenehmigungen im Wohnungsbau sind mit rd. 12 400 um rd. 2 600 Wohnungen oder 17% zurückgegangen.

Der Bauüberhang am Jahresende 1969 nahm um 2 000 Wohnungen ab; mit rd. 18 300 Wohnungen lag er 10% niedriger als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen an den insgesamt fertiggestellten Wohnungen beträgt 48,3% (1968 = 52,6%, 1967 = 60,2%, 1966 = 67,1%).

Im Nichtwohnbau hat sich die Bauleistung – gemessen am umbauten Raum – so entwickelt, daß bei den Baugenehmigungen im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 0,4 Mio cbm auf 5,3 Mio cbm oder ca. 8% eingetreten ist, während sich bei den Baufertigstellungen der umbaute Raum um ca. 0,1 Mio cbm oder 2% auf 4,8 Mio cbm verringert hat.



# Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985

*„Die Geschichte der Bevölkerungsprognosen ist eine Geschichte der Irrtümer.“*  
W. Bickel

## 1. Bedeutung und Grenzen der Aussagekraft von Bevölkerungsvorausschätzungen

Die im Motto wiedergegebene selbstkritische Betrachtung des namhaften Schweizer Bevölkerungsstatistikers Wold in einem Festvortrag durch ein bemerkenswertes Schaubild eindrucksvoll dokumentarisch belegt. In das Kurvenbündel der bedeutendsten schwedischen Bevölkerungsprognosen seit Anfang der 30er Jahre hatte er die Kurve der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung eingetragen, und es zeigte sich dabei, daß auch in keinem Falle eine wirklich befriedigende Übereinstimmung der Kurvenverläufe in ihrem Gesamtverlauf festzustellen war.

Trotzdem werden immer wieder Bevölkerungsprognosen unternommen und verlangt, denn die Kenntnis oder zumindest eine bestmöglich fundierte Vorstellung von der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung ist, unabhängig vom politischen und wirtschaftlichen System, für die Dispositionen der staatlichen aber auch der privatwirtschaftlichen Stellen von grundlegender Bedeutung. Aus diesem Grunde werden seit einer Reihe von Jahren für das gesamte Bundesgebiet und für die meisten Bundesländer Vorausschätzungen der zukünftigen Bevölkerungszahl vorgenommen. Sie werden nach einem einheitlichen Maschinenprogramm durchgeführt und auch unter Zugrundelegung einheitlicher Grundannahmen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, daß angesichts der gleichartigen Annahmen über die künftige Entwicklung die Länderergebnisse zu einem Bundesergebnis summiert und vor allem auch untereinander verglichen werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen allerdings diese vergleichbaren Ergebnisse noch nicht für alle Länder vor.

## 2. Zur Problematik der Bevölkerungsvorausschätzungen

Bevölkerungsvorausschätzungen sind keine Prognosen im eigentlichen Sinne, sondern stellen Modellrechnungen dar, bei denen mit Hilfe mathematischer Methoden die bestehende Struktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen gewissermaßen „fortgeschrieben“ wird. Die Annahmen beziehen sich auf den künftigen Verlauf der Komponenten einer jeden natürlichen Bevölkerungsentwicklung, d. s. die Geburten und Sterbefälle einerseits, die Zu- und Fortzüge andererseits.

Die mathematischen Methoden der Fortschreibung sind heute weitgehend ausgereift. Das Problem der Vorausschätzung beruht daher fast ausschließlich darin, die richtigen An-

nahmen über den künftigen Verlauf der Entwicklungskomponenten zu gewinnen. Es liegt auf der Hand, daß der Sicherheitsgrad für die einzelnen Entwicklungskomponenten schon aus ihrer Natur heraus sehr unterschiedlich sein muß.

Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge, unterliegen weitgehend der freien Willensbildung des einzelnen und sind daher so gut wie nicht voraussehbar. Vor allem ist sowohl die Schwankungsbreite sehr viel größer als bei den biologischen Vorgängen und auch die Wechsellagen ändern sich u. U. außerordentlich kurzfristig.

Die Entwicklung der Eheschließungen und der Geburten unterliegt zwar ebenfalls weitgehend der freien Willensbildung, doch ist der Spielraum durch gewisse biologische Gesetzmäßigkeiten eingeengt. Daher sind auch die Schwankungen sowohl quantitativ erheblich geringer als auch in ihrem zeitlichen Ablauf konstanter. Für eine spezifische „stabile“ Bevölkerung kann daher unter Berücksichtigung von Geschlechterproportion, Altersaufbau und Familienstand die Fortschreibung des biologisch bestimmten Bestandes erheblich leichter durchgeführt werden, eben weil die genannten Elemente den Entwicklungsrahmen weitgehend determinieren. Selbst die Verhaltenskomponente, nämlich die Geburtenfreudigkeit der Menschen, stellt keine wirklich unabhängige Variable dar und ist darüber hinaus auch nur einer unter mehreren Bestimmungsfaktoren.

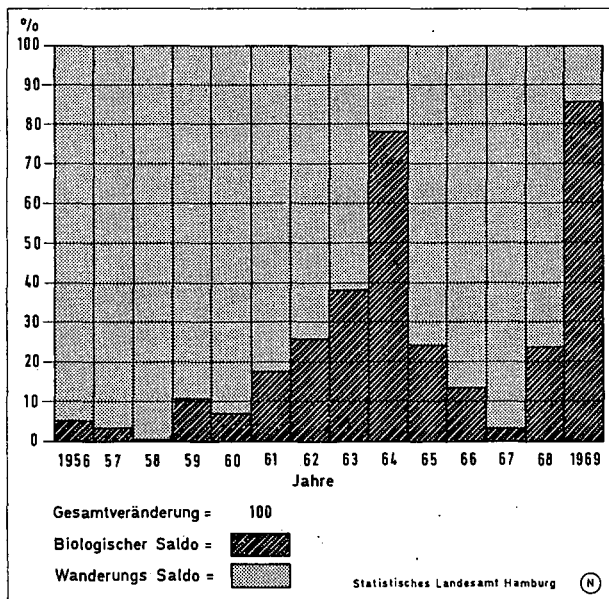
Die andere Komponente der biologischen Entwicklung stellen die Sterbefälle dar. Sie sind der Willensentscheidung nahezu völlig entzogen, denn sie werden weitgehend von biologischen Gesetzmäßigkeiten bestimmt, die sich sogar mathematisch exakt in den Sterbetafeln festhalten lassen und deren Genauigkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Existenz und das Geschäft der Lebensversicherung darstellen.

Wie unterschiedlich die einzelnen Komponenten sich auf die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs in den letzten 14 Jahren ausgewirkt haben, veranschaulicht das Schaubild 1. Aus ihm geht deutlich hervor, wie stark sich die Wanderungen auf die Entwicklung der Einwohnerzahl ausgewirkt haben; man erkennt auch deutlich die absolut starken Ausschläge der Schwankungen und deren äußerst kurzfristige Wechsellage.

Das Schaubild 2 unterstreicht den Eindruck von dem insgesamt ziemlich geringen Gewicht des biologischen Saldos auf die gesamte Bevölkerungsentwicklung der Stadt. Sie zeigt aber auch, wie stark sich das Gewicht des Wanderungssaldos von Jahr zu Jahr

Schaubild 1

Die Einflüsse der biologischen Faktoren und der Mobilität  
auf die Bevölkerungsentwicklung 1956-1969  
— in % —



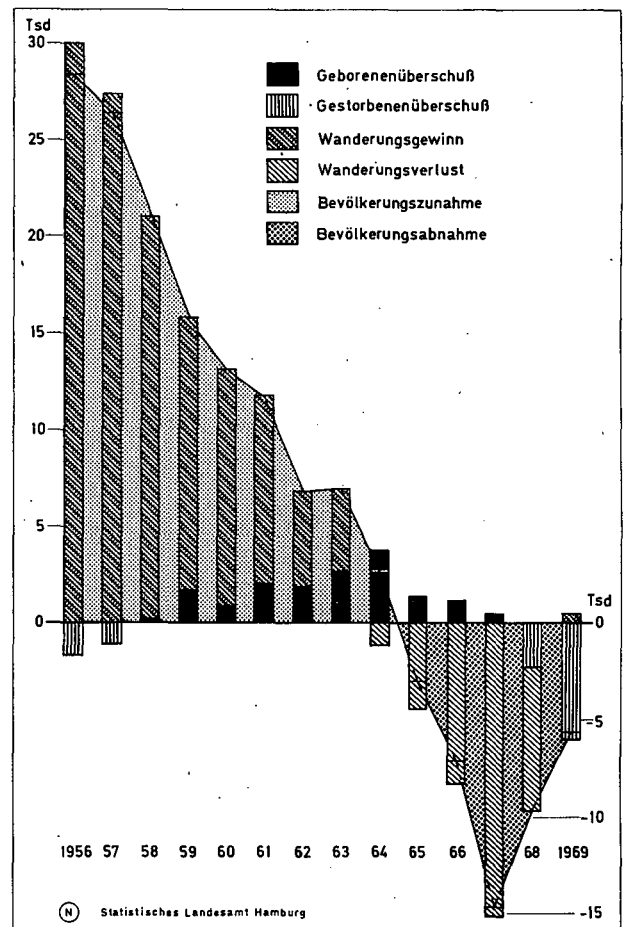
verändern kann: sein Anteil an der Gesamtveränderung der Bevölkerung sank innerhalb von 4 Jahren (1960 bis 1964) von rd. 92 % auf nur 22 % und stieg dann wieder innerhalb von 3 Jahren sogar auf 98 % an.

Aus dem ersten Schaubild wird deutlich, daß die Gesamtzahl der Einwohner Hamburgs, die seit Ende des Krieges zunächst eine ununterbrochene Aufwärtsentwicklung zeigte, sich seit einigen Jahren in einer Umbruchsituation befindet und daß der im voraus so schwer bestimmbare Saldo der Zu- und Fortzüge immer wieder die Richtung der weiteren Entwicklung der Einwohnerzahl entscheidend beeinflussen kann (vgl. Tabelle 1).

Die weiter oben bereits angedeutete Unsicherheit der Beurteilung künftiger Wanderungsbewegungen ließ es geraten erscheinen, zunächst eine Untersuchung der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung nur unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsvorgänge, also der Geburten und Sterbefälle vorzunehmen. Die in diesem Beitrag vorgelegten Ergebnisse geben somit

Schaubild 2

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung  
1956 bis 1969



einen Hinweis darauf, wie sich die Gesamtzahl und die Zusammensetzung der Hamburger Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht entwickeln würde, wenn kein Bevölkerungsaustausch über die Landesgrenzen stattfände bzw. die Zu- und Fortzüge sich in Zahl und Struktur völlig entsprechen würden.

Die Ergebnisse dieser Modellrechnung werden trotz der aufgezeigten Begrenzungen veröffentlicht, weil sich daraus bereits eine Reihe wichtiger Probleme erkennen läßt, die sich in den nächsten 15 Jahren allein aus dem zerklüfteten Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung ergeben werden.

Tabelle 1

Der Einfluß der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung  
auf die Einwohnerzahl Hamburgs 1961 bis 1969

Jahre (jeweils 31. 12.)	Bevölkerung insgesamt	Natürliche Bevölkerungsbewegung			Wanderungsbewegung			Gesamt- veränderung des Bevöl- kerungsstandes
		Lebend- geborene	Gestorbene	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	
		1	2	3	4	5	6	
1961 .....	1 840 515	25 469	23 387	+ 2 082	78 422	68 747	+ 9 675	+ 11 757
1962 .....	1 847 495	25 941	24 116	+ 1 825	74 281	69 126	+ 5 155	+ 6 980
1963 .....	1 854 637	27 520	24 788	+ 2 732	74 600	70 190	+ 4 410	+ 7 142
1964 .....	1 857 431	27 729	23 830	+ 3 899	71 868	72 973	— 1 105	+ 2 794
1965 .....	1 854 361	26 842	25 367	+ 1 475	74 092	78 637	— 4 545	— 3 070
1966 .....	1 847 267	27 424	26 184	+ 1 240	74 136	82 470	— 8 334	— 7 094
1967 .....	1 832 560	26 160	25 630	+ 530	68 494	83 731	— 15 237	— 14 707
1968 .....	1 822 837	24 277	26 597	— 2 320	72 574	79 977	— 7 403	— 9 723
1969p <sup>1)</sup> .....	1 817 073	21 039	27 213	— 6 174	81 819	81 409	+ 410	— 5 764

<sup>1)</sup> Fortschreibungsergebnisse (ohne Neuwerk).



### 3. Die methodischen Grundlagen und die Entwicklungshypothesen

Die methodische Grundlage für die Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung ist die der jahrgangsweisen Fortschreibung. Hierbei wird davon ausgegangen, daß die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes jährlich um ein Jahr älter wird und sich dabei um die Zahl der Sterbefälle verringert und um die Zahl der Geburten erhöht. Um eine solche Fortschreibung durchzuführen, müssen gewisse Annahmen über die künftigen Entwicklungskomponenten gemacht werden.

Die demodynamischen Vorgänge werden:

bei den Abgängen — durch die Sterbefälle,  
bei den Zugängen — durch die Eheschließungen  
und vor allem die Geburten bestimmt.

Um die natürliche Entwicklung der Hamburger Bevölkerung, ausgehend vom Zeitpunkt vom 1. 1. 1969, vorausszuschätzen, wurde von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

#### Die Ermittlung der Sterbefälle

Für die Vorausschätzung der Sterbefälle wurde angenommen, daß die Sterblichkeit in den einzelnen Altersjahren auch in Zukunft den durchschnittlichen Sterbeverhältnissen der Jahre 1965/67 entspricht. Diese Annahme ist insofern begründet, als die Sterblichkeit unter normalen Verhältnissen nur sehr geringen Veränderungen unterworfen ist, wie das z. B. auch ein Vergleich der Hamburger Sterbetafeln für 1949/50 und 1960/62 zeigt.

Durch Multiplikation der altersspezifischen Sterbeziffern<sup>1)</sup> mit dem Bestand der Männer bzw. Frauen entsprechenden Alters wurde für Männer und Frauen der einzelnen Altersjahre die Zahl der Personen ermittelt, die voraussichtlich jährlich in dem Vorausschätzungszeitraum sterben und den Bevölkerungsbestand vermindern werden. Der nach Abzug der Gestorbenen eines Jahres für die einzelnen Geburtsjahrgänge jeweils errechnete neue Bestand wurde der weiteren Berechnung zugrunde gelegt.

Die Vorausschätzung der Zahl der Lebendgeborenen

Die jährliche Zahl der Geborenen wird bestimmt

von der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter,  
ihrer Zusammensetzung nach dem Familienstand,  
der Zahl der Eheschließungen und  
dem allgemeinen generativen Verhalten.

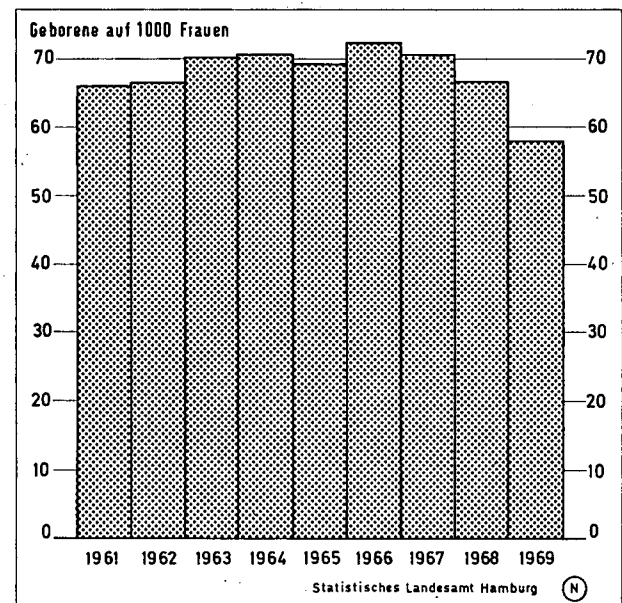
Die voraussichtliche Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter kann unter Berücksichtigung der Sterbefälle aus dem gegenwärtigen Bestand der Frauen in den einzelnen Altersjahren geschätzt werden.

Die zukünftige Familienstandsgliederung, wesentlich beeinflusst von der Heiratsneigung und das voraussichtliche generative Verhalten sind dagegen von den verschiedensten Faktoren abhängig, die der Berechnungsmöglichkeit

<sup>1)</sup> Prozentzahl der im Durchschnitt in einem bestimmten Altersjahr Gestorbenen bezogen auf die gleichaltrigen Lebenden.

Schaubild 3

**Generatives Verhalten der Bevölkerung 1961 bis 1969**  
— Geborene auf 1000 Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren —



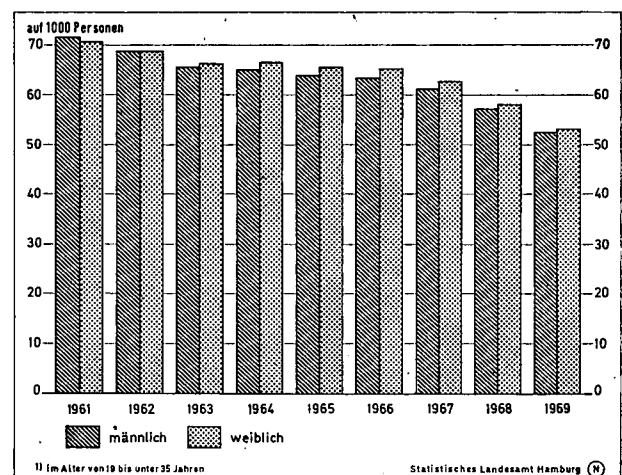
fast ebenso entzogen sind wie die Entwicklung der Wanderungen. Es erscheint aber als zulässig, anzunehmen, daß in den nächsten Jahren in dieser Richtung keine grundlegenden Veränderungen eintreten werden. Es wurde daher davon ausgegangen,

daß Heiratsneigung und Kinderzahlen auch in Zukunft etwa den Verhältnissen der Jahre 1967/68 entsprechen werden;

somit wurden die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der genannten Jahre der Modellrechnung unverändert zugrunde gelegt. Die erwähnten Ziffern geben an, wieviel Lebendgeborene im Durchschnitt von Frauen der einzelnen Altersjahre je Jahr geboren werden. Die jährliche Zahl der Lebendgeborenen ergibt sich durch Multiplikation dieser Fruchtbarkeitsziffern mit dem Bestand der jeweils am Jahresende vorhandenen Frauen im gebärfähigen Alter; in die Modellrechnung wurden nur die jeweiligen Bestandszahlen der 15- bis unter

Schaubild 4

**Die Eheschließenden<sup>1)</sup> in den Jahren 1961 bis 1969**  
— auf 1000 Personen<sup>2)</sup> —



50jährigen Frauen im „gebärfähigen Alter“ einbezogen. Auch bei dieser Berechnung wurden keine Veränderungen im Bevölkerungsbestand durch die Wanderungsbewegung berücksichtigt.

Eine Trennung der vorausgeschätzten Geburtenzahlen nach ehelichen und unehelichen Kindern erfolgte nicht, da die hierfür erforderlichen Unterlagen über die Familienstandsgliederung nicht vorlagen; es wären aber auch bei Berücksichtigung dieses Strukturmerkmals keine wesentlich abweichenden Ergebnisse zu erwarten gewesen.

Für die Unterteilung der vorausgeschätzten Gesamtzahl der Lebendgeborenen nach Knaben und Mädchen wurde ebenfalls eine konstante Sexualproportion angenommen, die dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Hiernach kamen auf 100 lebendgeborene Mädchen rd. 105 lebendgeborene Knaben.

#### 4. Die Ergebnisse der Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Starker Geburtenrückgang bis Anfang der 80er Jahre

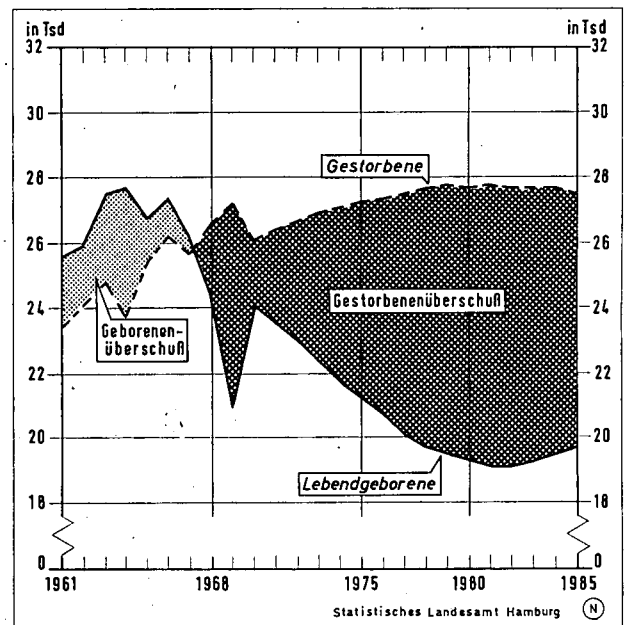
Die Vorausschätzung ergibt bis 1981 einen ständigen Rückgang der Zahl der Lebendgeborenen von rd. 24 300 im Jahre 1968 auf rd. 19 100 in den Jahren 1981/82, davon rd. 9 800 Knaben und rd. 9 300 Mädchen. Dabei ist der Unterschied zwischen zwei aufeinanderfolgenden Geburtsjahrgängen in dem Zeitraum von 1970 bis 1975 besonders groß (Tabelle 2). So werden z. B. voraussichtlich im Jahre 1973 rd. 600 Kinder mehr geboren als für 1974 zu erwarten sind.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre wird die Geburtenzahl dann allerdings – wenn auch nur sehr zögernd – wieder ansteigen, so daß schätzungsweise 1985 rd. 19 700 Geburten zu registrieren sein werden.

Diese starke Verminderung der jährlichen Zahl der Lebendgeborenen ist vor allem dadurch bedingt, daß die Gesamtzahl der Frauen im gebärfähigen Alter abnimmt, weil die nachrück-

Schaubild 5

Geborene, Gestorbene und Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß 1961 bis 1985



Anmerkung: Die starken Ausbuchtungen bis 1969 stellen die tatsächlichen Ergebnisse der Fortschreibung dar.

kenden Jahrgänge verhältnismäßig schwach besetzt sind, während die stark besetzten Jahrgänge die obere Altersgrenze erreichen. Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, daß gerade diese jüngeren Altersklassen zwischen 20 und 30 Jahren, verglichen mit den anderen Altersklassen, die relativ höchste altersspezifische Fruchtbarkeit aufweisen. Selbst eine allgemeine Erhöhung der Fruchtbarkeit könnte daher kaum den vorausgerechneten starken Rückgang der jährlichen Geburtenzahl verhindern.

Stetige Zunahme der Sterbefälle, vor allem bei den Frauen

Im Gegensatz zu den Geburten wird die jährliche Zahl der Sterbefälle in dem Vorausschätzungszeit-

Tabelle 2

Die Hamburger Wohnbevölkerung sowie die Gestorbenen- und Lebendgeborenenzahlen 1968 bis 1985  
– Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung der Wanderung –  
Basis 31. 12. 1968

Jahre (jeweils 31. 12.)	Bevölkerung			Gestorbene			Lebendgeborene		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1968 <sup>1)</sup>	844 421	978 416	1 822 837	13 309	13 288	26 597	12 619	11 658	24 277
1969 p <sup>1)</sup>	843 602	973 471	1 817 073	13 518	13 695	27 213	10 841	10 198	21 039
1970	844 000	975 500	1 819 500	12 700	13 400	26 100	12 400	11 700	24 100
1971	843 400	973 300	1 816 700	12 700	13 700	26 400	12 100	11 500	23 600
1972	842 500	970 600	1 813 100	12 800	13 900	26 700	11 800	11 200	23 000
1973	841 200	967 400	1 808 600	12 800	14 100	26 900	11 500	10 900	22 400
1974	839 600	963 700	1 803 300	12 800	14 300	27 100	11 200	10 600	21 800
1975	837 700	959 400	1 797 100	12 800	14 500	27 300	10 900	10 300	21 200
1976	835 500	954 800	1 790 300	12 700	14 700	27 400	10 600	10 100	20 700
1977	833 100	949 800	1 782 900	12 700	14 800	27 500	10 300	9 800	20 100
1978	830 600	944 400	1 775 000	12 700	15 000	27 700	10 100	9 600	19 700
1979	827 900	938 800	1 766 700	12 700	15 100	27 800	10 000	9 500	19 500
1980	825 200	933 100	1 758 300	12 600	15 100	27 700	9 900	9 400	19 300
1981	822 400	927 200	1 749 600	12 600	15 200	27 800	9 800	9 300	19 100
1982	819 700	921 200	1 740 900	12 500	15 200	27 700	9 800	9 300	19 100
1983	817 200	915 400	1 732 600	12 400	15 300	27 700	9 900	9 400	19 300
1984	814 800	909 600	1 724 400	12 400	15 300	27 700	10 000	9 500	19 500
1985	812 600	904 000	1 716 600	12 300	15 200	27 500	10 100	9 600	19 700

<sup>1)</sup> durch Fortschreibung ermittelte Zahlen (ohne Neuwerk).

raum von rd. 26 600 im Jahre 1968 auf rd. 27 800 im Jahre 1981 ansteigen (Tab. 2). Danach setzt langsam ein Rückgang ein, dennoch sind für 1985 immer noch rd. 27 500 Sterbefälle zu erwarten. Hierbei ist zwischen den beiden Geschlechtern deutlich eine unterschiedliche Entwicklung festzustellen. Während nämlich die Zahl der Sterbefälle bei den Frauen 1968 etwa der bei den Männern entsprach (1968 jeweils rd. 13 300 Sterbefälle), ist damit zu rechnen, daß sich mit Beginn der 70er Jahre dieses Verhältnis ändern wird. So wird die jährliche Zahl der Sterbefälle bei den Frauen bis 1983/84 auf rd. 15 300 jährlich steigen, wogegen die der männlichen Bevölkerung im Vorausschätzungszeitraum voraussichtlich tiefer als am Ende der 60er Jahre liegen wird und ab 1975 sogar ständig rückläufig sein dürfte, so daß für 1985 bei den Männern rd. 1000 Sterbefälle weniger zu erwarten sind als 1968. Das erklärt sich im wesentlichen aus den Unterschieden im Altersaufbau zwischen beiden Geschlechtern. Unter den Frauen sind die Geburtsjahrgänge, die einer erhöhten Sterblichkeit unterliegen, wesentlich stärker vertreten als bei den Männern, wo gerade diese Altersgruppen bereits durch die Kriegsereignisse sehr stark dezimiert worden sind.

**Erhebliche Abnahme der Hamburger Einwohnerzahl durch Sterbeüberschüsse**

Die Verringerung der Geburtenzahlen und die Zunahme der Sterbefälle haben auf die Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung Hamburgs Rückwirkungen von beachtenswerterem Ausmaß (Tab. 2). Wie die Vorausschätzungsergebnisse (ausgehend vom Bevölkerungsbestand am 1. 1. 1969 mit rd. 1 822 800) zeigen, nimmt der Bevölkerungsbestand Hamburgs bei beiden Geschlechtern im Vorausschätzungszeitraum ununterbrochen ab, so daß die Gesamtbevölkerungszahl Hamburgs Ende 1985 mit 1 716 600 erheblich tiefer als 1968 liegen wird; dabei nimmt der durchschnittliche jährliche Bevölkerungsrückgang von Jahrfünft zu Jahrfünft zu.

Die Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergibt für 1985 eine Gesamtbevölkerungszahl von rd. 812 600 Männern und 904 000 Frauen. Die Bevölkerungsabnahme zwischen 1968 und 1985 ist mit rd. 31 800 Männern und rd. 74 400 Frauen sowohl absolut als auch relativ beim weiblichen Geschlecht (7,6 %) erheblich stärker als beim männlichen (3,8 %).

Die geschilderte zahlenmäßige Entwicklung führt in den nächsten 15 Jahren auch zu einem weiteren Rückgang des Frauenüberschusses, so daß im Gegensatz zu 1968, wo auf 100 Männer etwa 116 Frauen entfielen, die entsprechende Zahl für die Frauen 1985 voraussichtlich nur noch etwa 111 betragen wird.

## 5. Die Ergebnisse der Vorausschätzung über den Altersaufbau

### 5.1 Der gegenwärtige Altersaufbau der Hamburger Wohnbevölkerung

Durch den gegenwärtig recht zerklüfteten Altersaufbau bedingt wird auch die altersmäßige Zusammen-

setzung der Hamburger Wohnbevölkerung in den nächsten 15 Jahren einige recht bedeutsame Veränderungen erfahren. Eine kurze Charakterisierung der gegenwärtigen Altersstruktur sei zur Verdeutlichung der voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung vorausgeschickt (vgl. Schaubild 7).

**Hoher Anteil der über 50jährigen vermindert das Erwerbspotential**

Die männliche wie auch die weibliche Hamburger Wohnbevölkerung ist durch einen sehr großen Anteil von Personen der höheren Altersgruppen gekennzeichnet. 642 506 oder 35,2 % der Einwohner Hamburgs waren Anfang 1969 50 Jahre und älter. Dabei war der entsprechende Anteil bei den Frauen mit 384 156 oder 39,3 % bedeutend höher als bei den Männern mit 258 350 oder 30,6 %.

Im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung bis 1985 spielen die 50- bis unter 65-jährigen eine entscheidende Rolle. Der größte Teil dieser Bevölkerungsgruppe — soweit er heute erwerbstätig ist — wird in den nächsten Jahren aus Gründen der natürlichen Alterung oder aus anderen Gründen aus dem Erwerbsprozeß ausscheiden. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Wohnbevölkerung betrug mit 147 193 Männern 17,4 %, bei den Frauen war die Zahl mit 198 449 (20,3 %) sogar noch höher.

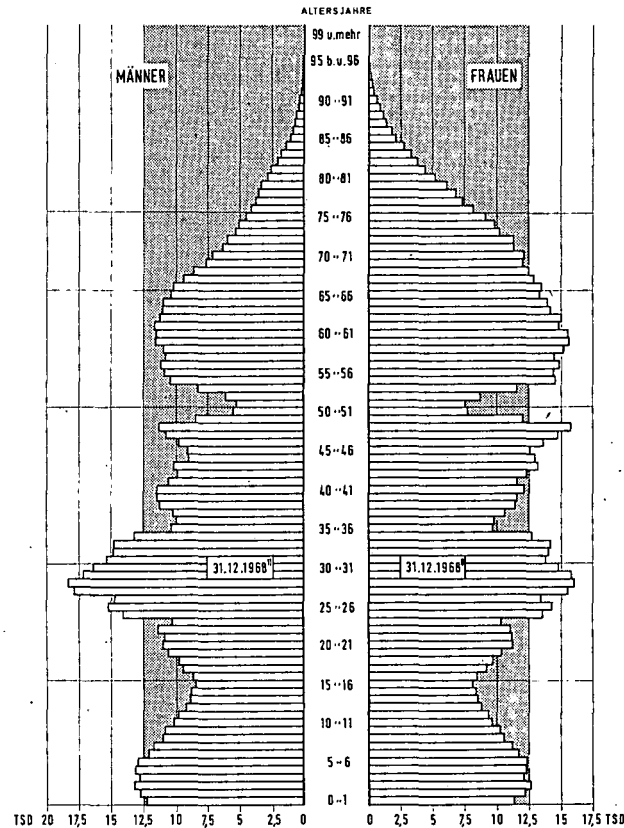
**Die nachrückenden Altersjahrgänge unter 15 Jahren reichen für den Ersatz nicht aus**

Die zweite für die Veränderung der Wohnbevölkerungszahl und ihrer Zusammensetzung in den nächsten 15 Jahren bedeutsame Gruppe bilden die heute unter 15jährigen Personen. Mit 331 373 (18,2 %), davon 169 607 männliche und 161 766 weibliche Jugendliche, ist die in das erwerbsfähige Alter hineinwachsende Bevölkerung um rd. 14 300 Personen kleiner als die daraus ausscheidende Gruppe der älteren Menschen. Der Altersaufbau der unter 15jährigen — entscheidend geformt durch das Aufrücken der geburtenstarken Geburtsjahrgänge nach 1933 in das heiratsfähige Alter, die Zunahme der Frühehen und die höhere Fruchtbarkeit mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung nach 1950 — zeigt, wie der Altersaufbau der 50- bis unter 65jährigen, etwa die Form einer Birne, die im Fall der Kinder auf der Blüte, bei den 50- bis 65jährigen jedoch auf dem Stil steht. D. h. also, daß z. B. die Zahl der in den nächsten 5 Jahren das Rentenalter erreichenden Personen bei einer Besetzung von rd. 130 000 60- bis unter 65jährigen 1969 wesentlich größer ist als die gegenwärtige Zahl der 10- bis unter 15jährigen mit nur rd. 92 000.

Die gesamte Gruppe der Personen im sog. erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) umfaßt bei 563 657 (66,8 %) Männern und 630 943 (64,5 %) Frauen 65,5 % der Hamburger Wohnbevölkerung. In ihrem Altersaufbau spiegeln sich die Einflüsse der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Vergangenheit recht eindrucksvoll wider. So sind die Einbuchtungen durch die Geburtenausfälle im ersten Weltkrieg und gegen Ende des zweiten Weltkrieges, der starke Geburtenanstieg nach 1933 sowie die Verluste durch die Kriegseinwirkungen insbesondere auch auf der Seite der Männer deutlich nachweisbar.

Schaubild 6

Der Altersaufbau der



1) Bevölkerungsbestand nach der Fortschreibung. — 2) Bevölkerungsbestand nach der Vorausschätzung ohne Wanderung.

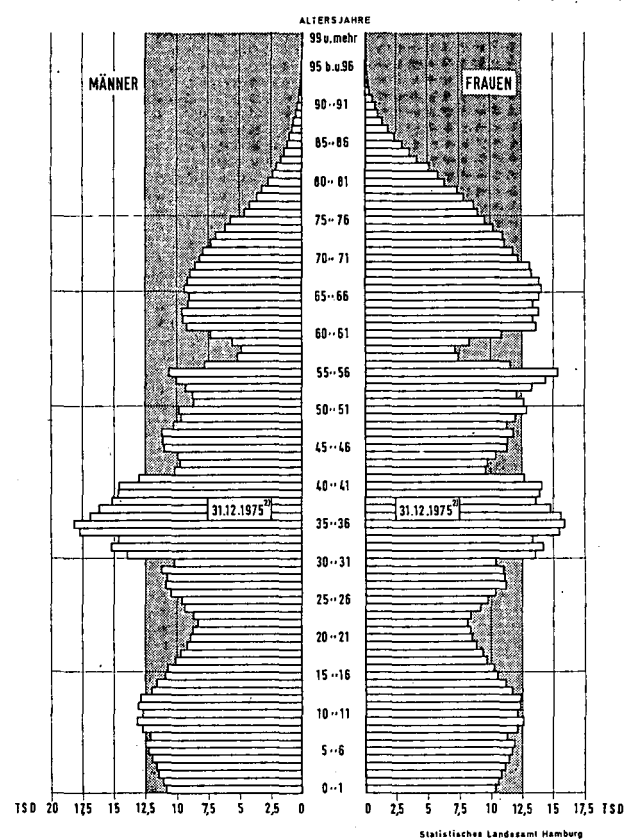
Tabelle 3

Die Hamburger Wohnbevölkerung 1968, 1970, 1975, 1980 und 1985 nach Alter und Geschlecht

— Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung der Wanderung —  
Basis 31. 12. 1968

Alter von .... bis unter .... Jahren (jeweils 31. 12.)	Wohnbevölkerung insgesamt		davon			
			Männer		Frauen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
<b>1968<sup>1)</sup></b>						
0—15 .....	331 373	18,1	169 607	20,1	161 766	16,5
15—40 .....	617 383	33,9	315 993	37,4	301 390	30,8
40—65 .....	577 217	31,7	247 664	29,3	329 553	33,7
65 u. älter ...	296 864	16,3	111 157	13,2	185 707	19,0
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 822 837</b>	<b>100</b>	<b>844 421</b>	<b>100</b>	<b>978 416</b>	<b>100</b>
<b>1970</b>						
0—15 .....	344 700	18,9	176 400	20,9	168 300	17,3
15—40 .....	605 000	33,3	310 200	36,8	294 800	30,2
40—65 .....	563 100	30,9	242 600	28,7	320 500	32,8
65 u. älter ...	306 700	16,9	114 800	13,6	191 900	19,7
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 819 500</b>	<b>100</b>	<b>844 000</b>	<b>100</b>	<b>975 500</b>	<b>100</b>
<b>1975</b>						
0—15 .....	355 900	19,8	182 200	21,8	173 700	18,1
15—40 .....	586 100	32,6	300 600	35,8	285 500	29,8
40—65 .....	531 100	29,6	236 100	28,2	295 000	30,7
65 u. älter ...	324 000	18,0	118 800	14,2	205 200	21,4
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 797 100</b>	<b>100</b>	<b>837 700</b>	<b>100</b>	<b>959 400</b>	<b>100</b>
<b>1980</b>						
0—15 .....	331 800	18,9	169 900	20,6	161 900	17,4
15—40 .....	550 300	31,3	280 100	33,9	270 200	28,9
40—65 .....	558 700	31,8	262 000	31,8	296 700	31,8
65 u. älter ...	317 500	18,0	113 200	13,7	204 300	21,9
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 758 300</b>	<b>100</b>	<b>825 200</b>	<b>100</b>	<b>933 100</b>	<b>100</b>
<b>1985</b>						
0—15 .....	305 300	17,8	156 300	19,3	149 000	16,5
15—40 .....	532 400	31,0	270 000	33,2	262 400	29,0
40—65 .....	598 000	34,8	290 100	35,7	307 900	34,1
65 u. älter ...	280 900	16,4	96 200	11,8	184 700	20,4
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 716 600</b>	<b>100</b>	<b>812 600</b>	<b>100</b>	<b>904 000</b>	<b>100</b>

1) durch Fortschreibung ermittelte Zahlen.



## 5.2 Ergebnisse der Vorausschätzung

Starke Zunahme der noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen

Ausgehend von dieser Betrachtung über die gegenwärtige Altersgliederung der Hamburger Wohnbevölkerung gibt Tabelle 3 einen Ausblick auf die Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten. Das wichtigste Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist dabei die Erhöhung der Zahl der Personen, die normalerweise noch nicht oder nicht mehr in den Erwerbsprozeß eingegliedert sind.

Zunahme der Kinder und Jugendlichen bis 1974; Bestand 1985 geringer als heute

Verfolgt man die entsprechenden Zahlenreihen von der Gegenwart bis 1985, dann wird sich die Gruppe der jetzt unter 15jährigen in den Jahren bis etwa 1974 von 331 373 auf etwa 356 600 erhöhen, um dann bis 1985 unter den heutigen Bestand, nämlich bis auf etwa 305 300, kontinuierlich abzunehmen (Schaubild 7, Tabelle 3, Anhangtabelle). Bezogen auf die Wohnbevölkerung bedeutet das, daß der Anteilssatz der unter 15jährigen von heute 18,1 % auf rd. 20 % steigen wird, während er bis 1985 dann wieder auf knapp 18 % sinkt.

Die starke Zunahme der Kinder und Jugendlichen ist besonders im Hinblick auf die Einrichtung zusätzlicher Kindergärten und Schulen sowie die Bereitstellung des erforderlichen Ausbildungspersonals von Bedeutung; auch ohne Berücksichtigung eines in Zukunft unter Umständen höheren Schulungsgrades (vermehrter Besuch der Gymnasien, höhere Abiturientenquoten, Verlängerung der Ausbildung an

# Wohnbevölkerung 1968, 1975, 1980 und 1985

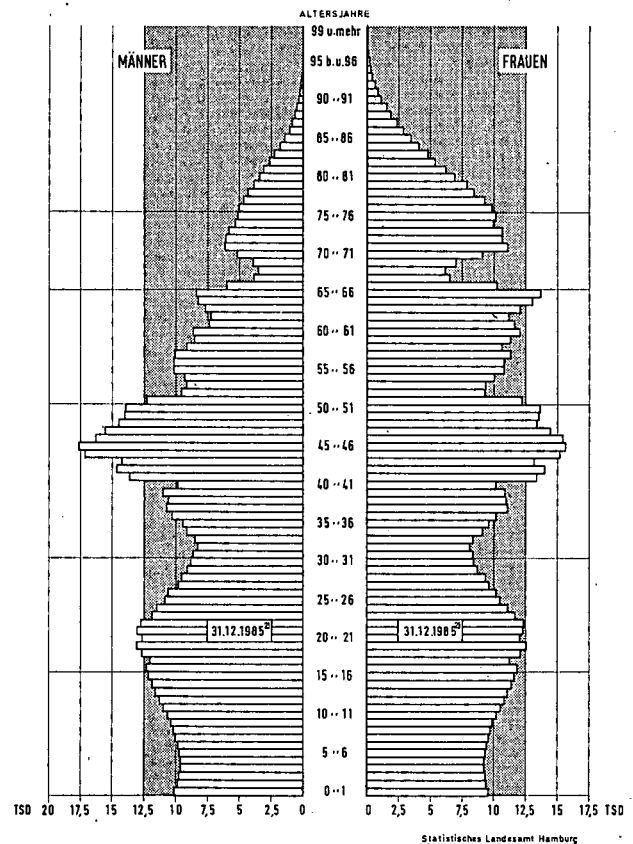
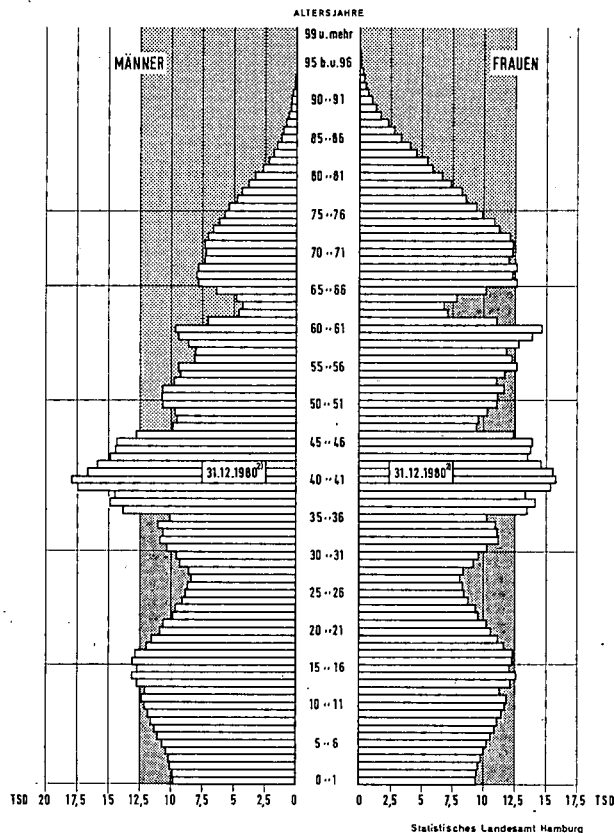
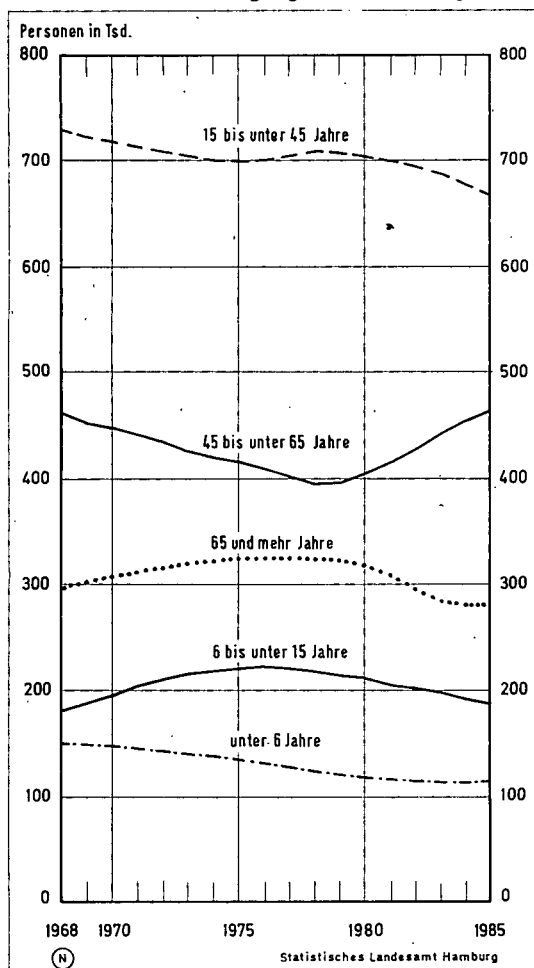


Schaubild 7

**Die Hamburger Wohnbevölkerung 1968 bis 1985 nach Altersgruppen**  
 — Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung der Wanderung —



Volksschulen u. ä.) werden die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen<sup>2)</sup> voraussichtlich bis mindestens 1977/78 ständig zunehmen.

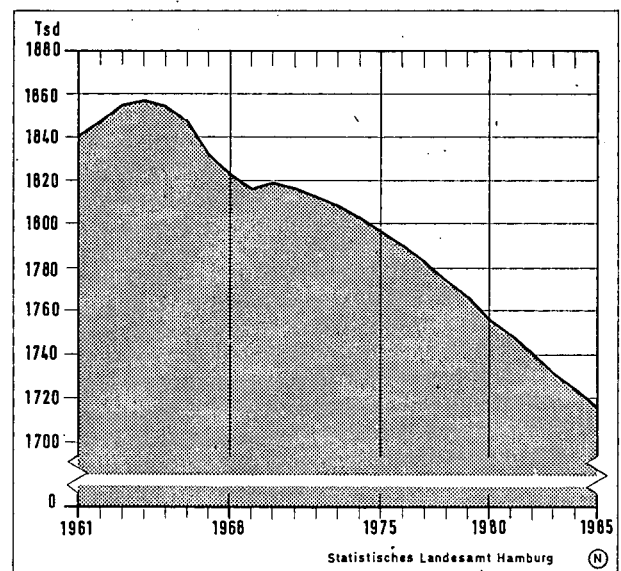
Erhebliche Zunahme der 65jährigen und älteren Personen

Ähnlich wie bei den unter 15jährigen wird auch die Zahl der 65jährigen und älteren Personen insgesamt (von heute 296 864, d. s. 16,3 % der Wohnbevölkerung) bis 1977 (auf rd. 325 000, d. s.

<sup>2)</sup> Volksschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen.

Schaubild 8

**Entwicklung des Bevölkerungsbestands 1961 bis 1985**



18,2 %) anwachsen, um dann aber bis 1985 (auf rd. 280 900, d. s. 16,4 %) ständig abzunehmen (Schaubild 7, Tabelle 3, Anhangtabelle).

Vor allem die Zahl der 75jährigen und älteren Personen wird wegen der starken Besetzung der Geburtsjahrgänge um die Jahrhundertwende bis 1984/85 auf über 131 000 zunehmen (vgl. Anhangtabelle). Bei einer Ausgangszahl von heute 101 580 werden sie bis 1985 auf rd. 131 300 oder rd. 29 % zunehmen. Sie ist damit auch wesentlich größer als die Zunahme der 65- bis 75jährigen, die in dem Zeitraum von Anfang 1969 bis zum Maximalpunkt im Jahre 1974 von 195 284 auf rd. 207 100 ansteigt, im Jahre 1985 aber mit rd. 150 000 sogar niedriger als heute sein wird.

Die angeführten Zahlenbeispiele zeigen deutlich, daß die Probleme im Hinblick auf Lebensgestaltung, Unterbringung und Gesunderhaltung der älteren, aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Menschen in den nächsten Jahrzehnten eine erhöhte Bedeutung gewinnen werden.

#### Erhöhte wirtschaftliche Belastung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Als Folge der weiter oben dargestellten Entwicklung wird die Bevölkerung im Alter unter 15 Jahren und 65 Jahren und älter wesentlich zunehmen, während gleichzeitig die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sich verringert. Da die für die Lebensbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie der älteren Menschen erforderlichen finanziellen Mittel indirekt oder direkt auf dem Wege über die Sozialversicherungen o. ä. von der erwerbstätigen Bevölkerung aufgebracht werden müssen, wird sich deren durchschnittliche Belastung wesentlich verstärken. Einen Eindruck von dem Ausmaß der zusätzlichen Belastung vermitteln die folgenden Angaben. So wird die Zahl der außerhalb des erwerbsfähigen Alters stehenden Personen, bezogen auf 1000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, von Anfang 1969 mit rd. 526 bis zum Maximalpunkt 1975 sogar auf rd. 609 zunehmen und auch 1985 noch immer rd. 519 betragen. Betrachtet man allerdings die absolute Zahl der Personen ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse bei jungen und alten Menschen, dann stellt man fest, daß im gesamten Beobachtungszeitraum die wirtschaftliche Belastung durch Kinder und Jugendliche größer als die durch die 65jährigen und älteren Menschen ist (Tabelle 3 und 4).

#### 6. Unterschiedliche Entwicklung der Sexualproportion in den einzelnen Altersgruppen

Im Hinblick auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung sind auch die Veränderungen der Sexualproportion in den einzelnen Altersgruppen von großer Bedeutung.

Bei einem Verhältnis von knapp 105 Knaben auf 100 Mädchen wird die Sexualproportion der unter 15jährigen im Beobachtungszeitraum relativ konstant bleiben, da sie im wesentlichen von der nur geringen Schwankungen unterworfenen Sexualproportion der Lebendgeborenen (von uns als konstant angenommen) und der heute bei den beiden Ge-

schlechtern im Kindesalter kaum unterschiedlichen Sterblichkeit abhängt.

In den mittleren Altersgruppen sind demgegenüber in den nächsten 15 Jahren wesentliche Veränderungen zu erwarten. Während nämlich Anfang 1969 in Hamburg nur die jüngeren Jahrgänge bis zum vollendeten 36. Lebensjahr einen Männerüberschuß aufwiesen, wird — bedingt durch die natürliche jährliche Alterung der entsprechenden Geburtsjahrgänge — in Zukunft auch noch in höheren Altersstufen ein Männerüberschuß vorhanden sein. So werden 1985 voraussichtlich auch im höheren Alter bis etwa 45 Jahre die Männer in der Überzahl sein.

Es liegt auf der Hand, daß damit unter Umständen die Familienstandsgliederung der Bevölkerung und möglicherweise auch die Fruchtbarkeit in Richtung auf höhere Geborenenzahlen Veränderungen erfahren könnten. Da jedoch über die Auswirkungen dieser Veränderungen keine fundierten zahlenmäßigen Annahmen gemacht werden konnten, wurde diese mögliche Erhöhung der Fruchtbarkeit bei der Vorausschätzung der Geborenenzahlen nicht berücksichtigt.

Bei den 40- bis unter 65jährigen ist die Entwicklung der Sexualproportion wegen des sehr stark zerklüfteten Altersaufbaus nicht einheitlich. Die Schaubilder 6 und 7 geben für die einzelnen Altersjahre einen genauen Überblick.

Bei den 65jährigen und älteren Personen zeigt die zukünftige Entwicklung demgegenüber wieder ein einheitlicheres Bild. Hier wird der Frauenüberschuß je 100 Männer von heute 167 Frauen ununterbrochen bis 1985 auf 192 Frauen je 100 Männer zunehmen. Das ist in erster Linie durch das Hineinrücken der durch Kriegsverluste besonders stark betroffenen Jahrgänge der männlichen Bevölkerung in das Rentenalter bedingt.

#### 7. Wandlungen in der Zahl und der Zusammensetzung der erwerbsfähigen Bevölkerung

Bedeutende Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die zahlenmäßige Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Hamburgs von größter Bedeutung. Wie die Anhangtabelle zeigt, wird die Gesamtzahl der 15- bis unter 65jährigen Personen in Hamburg in den nächsten Jahren ständig abnehmen. Ausgehend von dem Bestand von rd. 1 194 600 Anfang 1969, wird sie sich bis 1976 auf rd. 1 113 000 um rd. 81 000 Personen verringern. Die Abnahme der Personen in dieser Altersgruppe ist, wie bereits erwähnt, allein durch den zerklüfteten Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung bedingt. Bis 1985 wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter dann allerdings wieder auf rd. 1 130 000 ansteigen; sie liegt damit aber noch immer rd. 65 000 oder 5,4 % tiefer als 1969.

Rückgang vor allem bei den Frauen

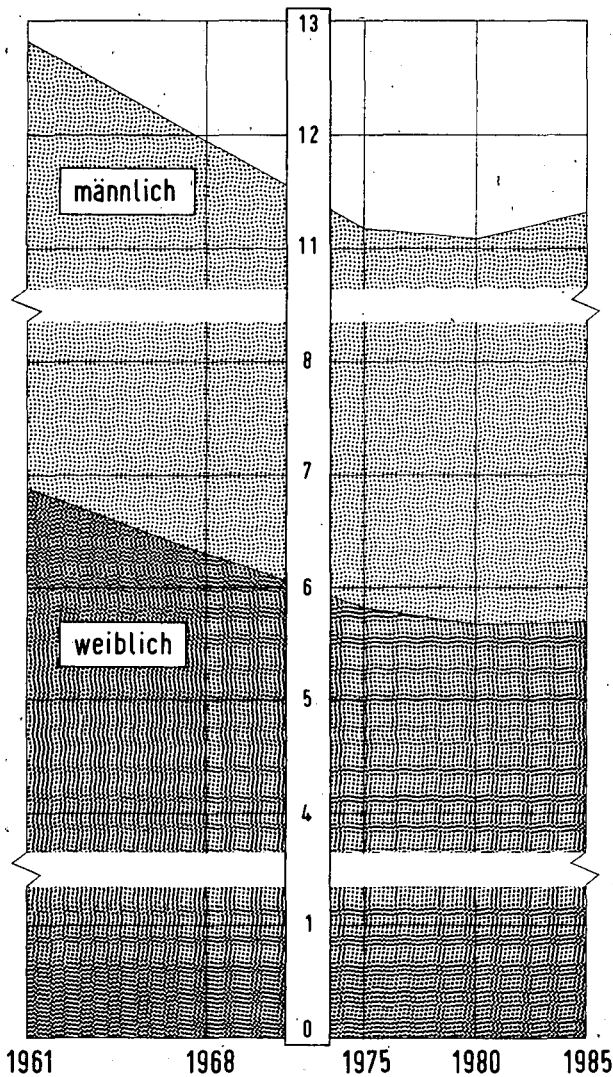
Wie die Aufgliederung der 15- bis unter 65jährigen nach dem Geschlecht erkennen läßt



Schaubild 9

Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter<sup>1)</sup> 1961 bis 1985 nach dem Geschlecht

IN 100 000 PERSONEN



h)

Statistisches Landesamt Hamburg

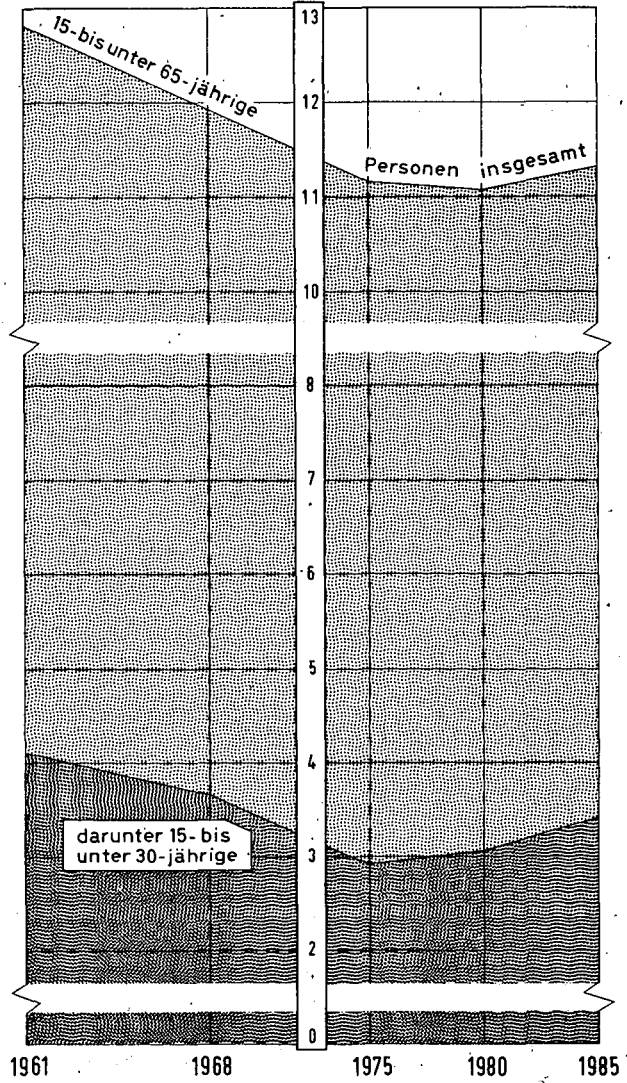
<sup>1)</sup> 15- bis unter 65-jährige

(Tabelle 4), wird sich in den nächsten Jahren sowohl die Zahl der Männer wie auch die der Frauen vermindern. Der Rückgang ist bei den Frauen allerdings zahlenmäßig wesentlich größer und zugleich anhaltender. Während nämlich bei den 15- bis unter 65-jährigen

Schaubild 10

Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter 1961 bis 1985

IN 100 000 PERSONEN



h)

Statistisches Landesamt Hamburg

rigen Männern bereits in dem Jahrfünft 1975–1980 eine leichte Zunahme feststellbar ist, setzt der Wiederanstieg bei den gleichaltrigen Frauen – wenn auch nur geringfügig – erst nach 1980 ein, wobei jedoch der vorausgeschätzte Bestand der Frauen dieser Altersgruppe auch 1985 noch um rd. 61 000 unter dem heutigen liegen dürfte.

Tabelle 4

Die Hamburger Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1968, 1975, 1980 und 1985 nach Altersgruppen und Geschlecht

– Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung der Wanderung –  
Basis 31. 12. 1968

Jahre (jeweils 31. 12.)	Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren insgesamt				davon im Alter von .... bis unter .... Jahren												darunter im Alter von 45 bis unter 60 Jahren			
					15 — 30				30 — 50				50 — 65							
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13.	14	15	16	17	18	19	20
1968 <sup>1)</sup>	563 657	100	630 943	100	187 988	33,4	178 480	28,3	228 476	40,5	254 014	40,3	147 193	26,1	198 449	31,4	140 133	24,9	193 779	30,7
1975	536 700	100	580 500	100	147 900	27,5	144 500	24,9	263 400	49,1	255 300	44,0	125 400	23,4	180 700	31,1	133 700	24,9	173 300	29,9
1980	542 100	100	566 900	100	156 500	28,9	150 700	26,6	259 900	47,9	248 700	43,9	125 700	23,2	167 500	29,5	151 500	27,9	175 800	31,0
1985	560 100	100	570 300	100	174 400	31,1	167 300	29,3	243 700	43,5	233 400	40,9	142 000	25,4	169 600	29,8	180 900	32,3	181 900	31,1

<sup>1)</sup> durch Fortschreibung ermittelte Zahlen.

Da für erwerbstätige Frauen die Möglichkeit besteht, bereits mit 60 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ist für die Beurteilung der zukünftigen Arbeitsmarktsituation auch die Veränderung der Gesamtzahl der 15- bis unter 60jährigen Frauen von Bedeutung (Tabelle 4). Auch diese Altersgruppe zeigt naturgemäß eine bedeutende Abnahme. So verringert sich der Bestand von Anfang 1969 (557 209) bis 1975 um rd. 42 000 Personen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist allerdings vorübergehend ein geringfügiger Wiederanstieg zu erwarten, so daß 1980 — ohne Berücksichtigung von Wanderungen — rd. 519 400 Frauen dieser Altersgruppe in Hamburg leben werden; aber schon 1985 werden es voraussichtlich wieder nur noch rd. 510 000 sein.

#### Verjüngungstendenz der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die altersmäßige Zusammensetzung der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung wird bei den Männern wie Frauen, bedingt durch die unterschiedliche Besetzung der einzelnen Geburtsjahrgänge, beträchtliche Veränderungen erfahren (Tabelle 4). Da in den nächsten 15 Jahren relativ stark besetzte Geburtsjahrgänge bei beiden Geschlechtern das 65. Lebensjahr erreichen, wird sich das Arbeitskräftepotential bei einem Rückgang der Gesamtzahl verjüngen.

Bis 1975 wird sich sowohl die absolute Zahl wie auch der Anteil der 30- bis unter 50jährigen am Erwerbspotential erhöhen. Die zahlenmäßige Bedeutung der 50- bis unter 65jährigen und der 15- bis unter 30jährigen wird dagegen bis zu diesem Zeitpunkt sehr beträchtlich zurückgehen. Die Entwicklung verläuft bei beiden Geschlechtern in gleicher Richtung, wobei aber die Verschiebungen zwischen den einzelnen Altersgruppen bei den Männern sehr viel größer als bei den Frauen sind.

Bei den Männern sind die Entwicklungsaussichten günstiger

Betrachtet man die Veränderungen der absoluten Zahlen bei den 30- bis unter 65jährigen Männern und

geht man davon aus, daß die Erwerbsquote zwischen 90 und 100 % liegt, dann läßt sich deutlich erkennen, daß ein beträchtlicher Teil der heute von 50- bis unter 65jährigen Männern wahrgenommenen Positionen in Zukunft mit jüngeren Männern der Altersgruppe 30- bis unter 50 Jahre besetzt werden muß. Rein zahlenmäßig gesehen dürfte das möglich sein, da die Gesamtzahl der 30- bis unter 65jährigen Männer in Zukunft absolut sogar höher als gegenwärtig sein wird. Somit wird der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vor allem zu Lasten der Arbeitsplätze gehen, die heute mit 15- bis unter 30jährigen besetzt sind.

Für die Zeit nach 1975 ist bei einem Wiederanstieg der Gesamtzahl der männlichen Personen im erwerbsfähigen Alter wiederum auch mit einer Zunahme der 15- bis unter 30jährigen und der 50- bis unter 65jährigen zu rechnen, so daß 1985 nahezu der gegenwärtige Stand wieder erreicht sein dürfte. Gleichzeitig wird die mittlere Altersgruppe an Bedeutung etwas verlieren.

Beim weiblichen Geschlecht sind die Möglichkeiten für die Wiederbesetzung der heute von Frauen eingenommenen Stellen bei deren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in allen Altersgruppen wesentlich schlechter als bei den Männern. So wird bis 1985 — also anders als bei den Männern — auch die Gesamtzahl der 30- bis unter 65jährigen Frauen ständig abnehmen und 1985 um rd. 50 000 unter dem heutigen Stand (452 463) liegen. Nicht unwesentlich trägt dazu die Verringerung der Gruppe der 50- bis 65jährigen Frauen bei. Es kommt hinzu, daß die Altersjahrgänge mit den relativ höchsten Erwerbsquoten, nämlich die 15- bis unter 30jährigen, wegen der schlechten Besetzung dieser Geburtsjahrgänge bis in die erste Hälfte der 70er Jahre ebenfalls einen sehr starken Rückgang an Erwerbspersonen erwarten lassen (1975 rd. 34 000 weniger als heute), der auch 1985 die gegenwärtige Besetzungszahl dieser Altersgruppe noch nicht wieder ausgleicht. Es kann also auch nicht davon ausgegangen werden, daß die heute von 30- bis 65jährigen Frauen wahrgenommenen Arbeitsplätze in Zukunft durch jüngere Frauen besetzt werden können.

## 8. Zusammenfassung

Die Vorausschätzung der zukünftigen Hamburger Wohnbevölkerung wurde in der Untergliederung nach Alter und Geschlecht bis zum Jahre 1985 durchgeführt. Es handelt sich hierbei um eine Modellrechnung, bei der allerdings nur die durch Geburten und Sterbefälle, nicht aber die durch Zu- und Fortzüge im Bevölkerungsbestand hervorgerufenen Veränderungen berücksichtigt wurden.

Nach der Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung Hamburgs wäre in den nächsten Jahren mit einem ständigen Rückgang der Wohnbevölkerungszahl zu rechnen, wenn man davon ausgehen könnte, daß die Zahl der Zuzüge etwa der der Fortzüge entspricht und durch die Wanderungsbewegung auch keine Veränderungen im Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung herbeigeführt würden. Die für Ende 1985 ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung für Hamburg vorausgeschätzte Bevölkerungszahl beträgt rd. 1 717 000 und liegt damit um rd. 106 000 unter der für Ende 1968 festgestellten Hamburger Einwohnerzahl.

Diese Bevölkerungsentwicklung ist im wesentlichen bedingt durch eine in Zukunft zu erwartende Abnahme der Lebendgeborenenjahrgänge von etwa 24 300 (1968) auf rd. 19 700 (1985). Im gleichen Zeitraum wird die jährliche Zahl der Sterbefälle von rd. 26 600 auf rd. 27 500 im Jahre 1985 zunehmen.



Die zukünftige natürliche Bevölkerungsentwicklung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bevölkerungsbestandes. Betrachten wir die zukünftige Altersgliederung der Hamburger Wohnbevölkerung, so ist besonders die Erhöhung der Zahl der Personen, die normalerweise noch nicht oder nicht mehr in den Erwerbsprozeß eingegliedert sind, erwähnenswert. So wird sich der Anteil der unter 15jährigen an der Hamburger Wohnbevölkerung von heute etwa 18,1 % auf rd. 20 % im Jahr 1974 erhöhen und dann allerdings bis 1985 wieder auf knapp 18 % abnehmen. Das hat starke Rückwirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Zahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen (Volksschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen), die voraussichtlich bis mindestens 1977/78 zunehmen wird.

Die Zahl der 65jährigen und älteren Menschen wird bis 1977 von heute 296 864 oder 16,3 % auf rd. 325 000 oder 18,2 % der Wohnbevölkerung anwachsen, um dann bis 1985 auf rd. 280 900 (16,4 %) abzunehmen. Bei dieser Zunahme ist allerdings zu beachten, daß die Zahl der 75jährigen und älteren Personen bis 1985 zunehmen wird, und zwar von heute 101 580 Personen auf rd. 131 400 Personen.

Die zahlenmäßige Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren) ist für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Hamburgs von besonderer Bedeutung. Die Vorausschätzung zeigt, daß die Gesamtzahl der 15- bis unter 65jährigen Personen in Hamburg in den nächsten Jahren ständig abnehmen wird, und zwar von rd. 1 194 600 Anfang 1969 auf rd. 1 113 000 im Jahre 1976. Die Abnahme der Personen dieser Altersgruppe ist durch den zerklüfteten Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung bedingt. Bis 1985 ist dann allerdings ein Wiederanstieg auf rd. 1 130 000 zu erwarten.

Wie eine tiefere Untergliederung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zeigt, ist damit zu rechnen, daß sich das Arbeitskräftepotential bei einem Rückgang der Gesamtzahl in den nächsten Jahren verjüngen wird. Eine zunehmende zahlenmäßige Bedeutung werden in dem gesamten Beobachtungszeitraum bei Männern und Frauen vor allem die mittleren Altersgruppen (30–50 Jahre) erringen, während die 50jährigen und älteren Jahrgänge zahlenmäßig stark abnehmen. Dasselbe gilt für die 15- bis 30jährigen, die ihre gegenwärtige Bedeutung auch 1985 noch nicht wiedererlangen werden.

Die vorstehend kommentierten Ergebnisse der Modellrechnung beschränkten sich auf die in Hamburg wohnhafte Bevölkerung. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß ein Rückgang der Hamburger Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht in jedem Fall auch einen Rückgang des dem Hamburger Wirtschaftsleben zur Verfügung stehenden Arbeitskräftepotentials bedeutet; für eine solche Betrachtung wäre auch die Entwicklung der Wohnbevölkerung entsprechenden Alters in den an Hamburg angrenzenden Randkreisen zu untersuchen. Außerdem wurden, wie weiter oben schon hervorgehoben, Veränderungen im Bevölkerungsbestand durch Zu- und Fortzüge im Austausch mit anderen Gebieten nicht berücksichtigt.

Nicht alle Veränderungen im Ablauf der Bevölkerungsvorgänge sind dem Statistiker zum Zeitpunkt der Schätzung bekannt oder können auch nur annähernd vorausgesehen werden. Dadurch werden sich beim späteren Vergleich der vorausgeschätzten Bevölkerungszahlen mit der tatsächlich eingetretenen Entwicklung immer Abweichungen ergeben, die — je weiter sich die Vorausschätzung in die Zukunft erstreckt — unter Umständen um so größer sein können. Eine ständige Überprüfung der Vorausschätzungsergebnisse anhand der neuesten Entwicklung ist daher unumgänglich. Mit Hilfe der modernen Großrechenanlagen ist eine Wiederholung der Modellrechnung in kürzeren Zeitabständen möglich.

Barbara Hüttel / Olaf Boustedt

## Anhangtabelle

**Die Hamburger Wohnbevölkerung 1968 bis 1985 nach Altersgruppen und Geschlecht**  
 — Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung der Wanderung —  
 Basis 31. 12. 1968

Jahre (jeweils 31. 12.)	Bevölkerung			davon im Alter von .... bis unter .... Jahren¹														
				unter 6			6 — 15			15 — 45			45 — 65			65 und älter		
	männ- lich	weiblich	insgesamt	männ- lich	weiblich	zusammen	männ- lich	weiblich	zusammen	männ- lich	weiblich	zusammen	männ- lich	weiblich	zusammen	männ- lich	weiblich	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1968 absolut¹)	844 421	978 416	1 822 837	77 174	73 205	150 379	92 433	88 561	180 994	367 276	363 430	730 706	196 381	267 513	463 894	111 157	185 707	296 864
% .....	100	100	100	9,1	7,5	8,2	10,9	9,1	9,9	43,5	37,1	40,1	23,3	27,3	25,5	13,2	19,0	16,3
1969 absolut¹) p	843 602	973 471	1 817 073	76 768	73 010	149 778	91 953	88 586	180 539	366 967	361 159	728 126	196 559	265 757	462 316	111 355	184 959	296 314
% p .....	100	100	100	9,1	7,5	8,2	10,9	9,1	9,9	43,5	37,1	40,1	23,3	27,3	25,5	13,2	19,0	16,3
1970 absolut ..	844 000	975 500	1 819 500	75 700	71 900	147 600	100 700	96 400	197 100	364 500	353 500	718 000	188 300	261 800	450 100	114 800	191 900	306 700
% .....	100	100	100	9,0	7,4	8,1	11,9	9,9	10,8	43,2	36,2	39,5	22,3	26,8	24,7	13,6	19,7	16,9
1971 absolut ..	843 400	973 300	1 816 700	75 000	71 200	146 200	104 100	99 700	203 800	363 200	349 700	712 900	185 000	257 500	442 500	116 100	195 200	311 300
% .....	100	100	100	8,9	7,3	8,1	12,3	10,2	11,2	43,1	35,9	39,2	21,9	26,5	24,4	13,8	20,1	17,1
1972 absolut ..	842 500	970 600	1 813 100	73 500	69 800	143 300	107 500	102 800	210 300	361 900	347 300	709 200	182 200	252 700	434 900	117 400	198 000	315 400
% .....	100	100	100	8,7	7,2	7,9	12,8	10,6	11,6	43,0	35,8	39,1	21,6	26,0	24,0	13,9	20,4	17,4
1973 absolut ..	841 200	967 400	1 808 600	72 100	68 400	140 500	110 200	105 400	215 600	360 000	344 700	704 700	180 600	248 000	428 600	118 300	200 900	319 200
% .....	100	100	100	8,5	7,1	7,8	13,1	10,9	11,9	42,8	35,6	39,0	21,5	25,6	23,7	14,1	20,8	17,6
1974 absolut ..	839 600	963 700	1 803 300	71 000	67 700	138 700	111 500	106 400	217 900	358 900	343 100	702 000	179 200	243 000	422 200	119 000	203 500	322 500
% .....	100	100	100	8,5	7,0	7,7	13,3	11,1	12,1	42,7	35,6	38,9	21,3	25,2	23,4	14,2	21,1	17,9
1975 absolut ..	837 700	959 400	1 797 100	69 300	66 000	135 300	112 900	107 700	220 600	358 200	342 000	700 200	178 500	238 500	417 000	118 800	205 200	324 000
% .....	100	100	100	8,3	6,9	7,5	13,5	11,2	12,3	42,7	35,6	39,0	21,3	24,9	23,2	14,2	21,4	18,0
1976 absolut ..	835 500	954 800	1 790 300	67 500	64 300	131 800	113 400	108 100	221 500	359 200	342 400	701 600	177 000	234 000	411 000	118 400	206 000	324 400
% .....	100	100	100	8,1	6,7	7,4	13,6	11,3	12,3	43,0	35,9	39,2	21,2	24,5	23,0	14,1	21,6	18,1
1977 absolut ..	833 100	949 800	1 782 900	65 800	62 600	128 400	113 300	107 900	221 200	360 800	344 000	704 800	175 200	228 400	403 600	118 000	206 900	324 900
% .....	100	100	100	7,9	6,6	7,2	13,6	11,4	12,4	43,3	36,2	39,5	21,0	24,0	22,7	14,2	21,8	18,2
1978 absolut ..	830 600	944 400	1 775 000	64 100	61 100	125 200	112 100	106 600	218 700	362 900	346 400	709 300	174 100	223 300	397 400	117 400	207 000	324 400
% .....	100	100	100	7,7	6,5	7,1	13,5	11,3	12,3	43,7	36,7	39,9	21,0	23,6	22,4	14,1	21,9	18,3
1979 absolut ..	827 900	938 800	1 766 700	62 600	59 600	122 200	110 300	105 000	215 300	362 500	345 900	708 400	176 400	221 200	397 600	116 100	207 100	323 200
% .....	100	100	100	7,6	6,3	6,9	13,3	11,2	12,2	43,8	36,8	40,1	21,3	23,6	22,5	14,0	22,1	18,3
1980 absolut ..	825 200	933 100	1 758 300	61 300	58 400	119 700	108 600	103 500	212 100	360 100	343 600	703 700	182 000	223 300	405 300	113 200	204 300	317 500
% .....	100	100	100	7,4	6,3	6,8	13,2	11,1	12,1	43,6	36,8	40,0	22,1	23,9	23,0	13,7	21,9	18,1
1981 absolut ..	822 400	927 200	1 749 600	60 300	57 400	117 700	106 100	101 100	207 200	358 000	342 000	700 000	189 300	227 700	417 000	108 700	199 000	307 700
% .....	100	100	100	7,4	6,2	6,7	12,9	10,9	11,9	43,5	36,9	40,0	23,0	24,6	23,8	13,2	21,4	17,6
1982 absolut ..	819 700	921 200	1 740 900	59 500	56 700	116 200	103 900	98 900	202 800	355 200	340 300	695 500	197 500	232 800	430 300	103 600	192 500	296 100
% .....	100	100	100	7,3	6,2	6,7	12,7	10,7	11,7	43,3	36,9	39,9	24,1	25,3	24,7	12,6	20,9	17,0
1983 absolut ..	817 200	915 400	1 732 600	59 000	56 300	115 300	102 000	97 400	199 400	350 800	336 600	687 400	206 500	238 800	445 300	98 900	186 300	285 200
% .....	100	100	100	7,2	6,1	6,6	12,5	10,6	11,5	42,9	36,8	39,7	25,3	26,1	25,7	12,1	20,4	16,5
1984 absolut ..	814 800	909 600	1 724 400	59 000	56 100	115 100	99 600	95 000	194 600	346 000	332 600	678 600	213 800	242 000	455 800	96 400	183 900	280 300
% .....	100	100	100	7,2	6,2	6,7	12,2	10,4	11,3	42,5	36,6	39,3	26,3	26,6	26,4	11,8	20,2	16,3
1985 absolut ..	812 600	904 000	1 716 600	59 100	56 300	115 400	97 200	92 700	189 900	339 900	328 300	668 200	220 200	242 000	462 200	96 200	184 700	280 900
% .....	100	100	100	7,3	6,2	6,7	12,0	10,3	11,1	41,8	36,3	38,9	27,1	26,8	26,9	11,8	20,4	16,4

¹) durch Fortschreibung ermittelte Zahlen (ohne Neuwerk).

# Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Hamburg und im Bundesgebiet 1969

Der Anteil der hamburgischen Landwirtschaft am Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet beträgt etwa 1%, eine Zahl, die offenbar wenig Aufmerksamkeit verdient. Wenn man aber berücksichtigt, daß dieses Ergebnis auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche erzielt wird, die nur 0,24% der des Bundesgebietes beträgt, so ergibt sich daraus eine mehrfache Leistung je ha/LN gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Sie ist nur möglich durch besonders intensive Nutzungsarten, wie sie z. B. der Erwerbsgartenbau und hier vor allem der Anbau von Blumen und Zierpflanzen darstellt. Die starke Konzentration des Blumen- und Zierpflanzenanbaus in Hamburg dient in erster Linie zur Deckung des Platzkonsums und ist darüber hinaus bei einer Reihe von Erzeugnissen von überregionaler Bedeutung. Die amtliche Statistik kann leider den überregionalen Absatzverflechtungen nicht im einzelnen nachgehen. Unverhältnismäßig hohe Anteile Hamburgs an der Anbaufläche des Bundesgebietes geben aber Hinweise auf das Ausmaß der überregionalen Bedeutung der jeweiligen Produktion.

## 1. Zusammensetzung und Nutzung der Grundfläche

Überdurchschnittliche Zunahme der Unterglasflächen

Bei der Totalerhebung 1969 über den Anbau von Blumen und Zierpflanzen haben sich gegenüber der letzten Totalerhebung im Jahre 1966 die Grundflächen für den Anbau auf dem Freiland kaum verändert, sie betragen rd. 450 ha. Die mit dem Anbau von Blumen und Zierpflanzen genutzten Unterglasflächen haben dagegen um 36% auf 160 ha zugenommen. Im gleichen Zeitraum nahm im Bundesgebiet die im Freiland für den Blumen- und Zierpflanzenanbau genutzte Grundfläche um knapp 12%, die Grundfläche unter Glas dagegen nur um 27% zu. Der Anteil Hamburgs an der Bundessumme betrug beim Freiland 9,4% und bei der Grundfläche unter Glas 7,7%. Strukturell unterscheiden sich die Anlagen in Hamburg vom Bundesdurchschnitt durch einen höheren Anteil von Hochglasanlagen, und zwar 87,8% der Grundfläche gegenüber 78,9% im Bundesgebiet. Der Zugang an Unterglasanlagen bestand zu jeweils über 90% in heizbaren Hochglasanlagen.

## Charakteristische Nutzungsarten in Hamburg

Bezüglich der Nutzung der Grundfläche ergaben sich zwischen Hamburg und dem Bundesdurchschnitt wesentliche Unterschiede. Auf dem Freiland nimmt vor allem der Anbau zur Vermehrung und Anzucht mit 49,3% einen erheblich höheren Anteil ein als im Bundesgebiet (29,2%), wogegen die Aufstellflächen für Topf- oder Ballenpflanzen in Hamburg mit 1,4% an der Gesamtfläche gegenüber dem Bundesdurchschnitt mit 8,2% stark zurücktreten. Auch der Anbau von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt nimmt in

Hamburg mit 52,1% einen geringeren Anteil ein als im Bundesgebiet insgesamt (61,1%). Dagegen nimmt diese Anbauart von der Grundfläche in Unterglasanlagen in Hamburg 83,8% gegenüber 63,1% im Bundesdurchschnitt ein.

## 2. Der Anbau auf dem Freiland

Der erwähnte hohe Anteil Hamburgs an der Grundfläche des Zierpflanzenanbaus gibt natürlich nur einen Durchschnittswert wieder. Besondere Schwerpunkte des Blumen- und Zierpflanzenanbaus in Hamburg — auch im Rahmen des Bundesgebietes

Tabelle 1

Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen auf dem Freiland in Hamburg 1969

Flächenarten	1969 ha	Anteil am Bundes- gebiet %
A. Grundfläche .....	450,14	9,4
B. Anbaufläche insgesamt .....	462,77	9,8
davon		
1. Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt zusammen .....	234,45	8,0
davon		
Tulpen .....	9,56	5,3
Narzissen .....	9,46	8,3
Gladiolen .....	17,49	6,1
Nelken .....	4,13	7,8
Rosen .....	2,57	0,7
Chrysanthemen .....	73,10	14,1
Sonstige Zierpflanzen und -gehölze zum Schnitt zusammen .....	118,14	8,3
davon		
Trockenblumen <sup>1)</sup> ...	5,91	3,6
übrige krautartige Schnittblumen <sup>2)</sup> ....	92,28	10,6
Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt ...	19,95	5,1
2. Vermehrungs- und Anzucht- flächen zusammen .....	221,95	15,9
davon		
Tulpen .....	1,39	0,7
Narzissen .....	0,64	1,2
andere Zwiebel- gewächse <sup>3)</sup> .....	0,29	3,2
Maiblumen zusammen ..	34,51	27,7
davon		
verkaufsfertig .....	17,10	24,4
noch nicht verkaufs- fertig .....	17,41	31,9
Blumenknollen <sup>4)</sup> .....	1,94	1,8
Blumensamen .....	7,47	22,3
Stauden .....	13,43	5,4
Sonstige Frühlings- und Sommerblumen .....	162,28	26,3
darunter		
Stiefmütterchen ....	136,74	.
3. Aufstellflächen auf dem Freiland von Topf- und Ballenpflanzen .....	6,37	1,6

<sup>1)</sup> z. B. Statice (Limonium) und Helichrysum. — <sup>2)</sup> z. B. Margariten, Astern, Lilien, Dahlien. — <sup>3)</sup> z. B. Krokusse, Hyazinthen, Lilien. — <sup>4)</sup> z. B. Knollenbegonien, Dahlien, Freesien, Gladiolen.

— sind jedoch erst zu erkennen, wenn man den Anbau einzelner Blumengruppen oder -arten vergleicht.

So entfallen auf Hamburg z. B. folgende Anteile am Anbau im Bundesgebiet:

34,5 ha Maiblumen mit einem Anteil von 27,7 %, 162,3 ha sonstige Frühlings- und Sommerblumen (darunter 136,7 ha Stiefmütterchen) mit einem Anteil von 26,3 % und 73,1 ha Chrysanthemen zum Schnitt mit einem Bundesanteil von 14,1 %. Einen Bundesanteil von 22 bzw. 16 % erreichen die Anbauflächen für Blumensamen (7,5 ha) und die Vermehrungs- und Anzuchtflächen auf dem Freiland (222 ha). Bedeutend sind auch die Anbauflächen folgender Schnittblumen: Gladiolen 17,5 ha, Tulpen 9,6 ha, Narzissen 9,5 ha und Nelken 4,1 ha. Der Bundesanteil Hamburgs bei diesen Blumenarten lag zwischen 5,3 und 8,3 %.

Eine günstigere Entwicklung als im Bundesgebiet hat Hamburg bei den Vermehrungs- und Anzuchtflächen mit einer Zunahme um 38,8 % aufzuweisen, gegenüber 14,4 % im Bundesgebiet. Dagegen war der Rückgang der Anbaufläche von Blumen und Zierpflanzen zum Schnitt mit — 34,8 % in Hamburg weit stärker als im Bundesdurchschnitt mit — 0,6 %. Gleichzeitig ist jedoch die Anbaufläche von Blumen zum Schnitt in Unterglasanlagen in Hamburg wesentlich erhöht worden.

### 3. Der Anbau in Unterglasanlagen

Beim Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen tritt der Anbau zur Vermehrung und Anzucht, der im Freiland fast 50 % der Grundfläche beträgt, stark zurück und erreicht hier lediglich 6 %. Demgegenüber beansprucht der Anbau von Blumen

Tabelle 2

#### Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen in Hamburg 1969

Flächenarten	1969 ha	Anteil am Bundes- gebiet %
A. Grundfläche .....	160,49	.
B. Anbaufläche insgesamt <sup>1)</sup> .....	144,09	.
davon		
1. Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt zusammen .....	134,46	10,3
davon		
Tulpen .....	7,74	6,2
Narzissen .....	2,00	3,8
Freesien .....	8,62	11,4
Rosen .....	42,60	21,9
Nelken .....	27,86	11,0
Chrysanthemen .....	31,98	8,2
Schnittgrün .....	1,14	1,8
Orchideen .....	0,56	5,2
Sonstige Zierpflanzen und -gehölze .....	11,96	8,1
davon		
Gerbera .....	1,72	8,3
übrige Zierpflanzen .	9,37	8,4
Treibgehölze .....	0,87	5,4
2. Vermehrungs- und Anzuchtflächen .....	9,63	.

<sup>1)</sup> ohne Topfpflanzen.

und Zierpflanzen zum Schnitt in Hamburg 84 % der Grundfläche (Bundesgebiet 63 %).

Von der Anbaufläche unter Glas von Blumen zum Schnitt — sie betrug 1969 134 ha und erhöhte sich seit 1966 um 28 ha — entfallen mit 43 ha fast ein Drittel auf Rosen, nahezu ein Viertel (32 ha) auf Chrysanthemen und etwa ein Fünftel (28 ha) auf Nelken. Allein bei Rosen beträgt die Vermehrung der Anbaufläche gegenüber 1966 13,4 ha oder 46 %.

Diese in Hamburg sehr beachtlichen Anbauflächen unter Glas haben — auch auf das Bundesgebiet bezogen — erhebliches Gewicht. So machen die Anbauflächen unter Glas von Rosen zum Schnitt 21,9 % der Anbaufläche unter Glas dieser Blumenart in gesamten Bundesgebiet aus, die von Freesien 11,4 %, von Nelken 11,0 %, von kleinblumigen Chrysanthemen 10,2 % und von sonstigen Zierpflanzen und -gehölzen 8,1 %.

Die Zunahme der Anbauflächen unter Glas von Blumen zum Schnitt von 1966 auf 1969 war in Hamburg mit 26,7 % dagegen nicht ganz so hoch wie im Bundesdurchschnitt (30,2 %), wobei aber die erreichte Struktur und der hohe Anteil Hamburgs an der Gesamtproduktion berücksichtigt werden müssen.

### 4. Regionale Schwerpunkte des Blumen- und Zierpflanzenanbaus in Hamburg

Über drei Viertel der Anbauflächen in den Vierlanden

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Bezirk Bergedorf, und hier die Vierlande, für den Blumenanbau in Hamburg von überragender Bedeutung ist. Dennoch ist man überrascht, daß nicht weniger als 79 % der Anbaufläche im Freiland und 77 % der Anbaufläche in Unterglasanlagen (ohne Topfpflanzen) auf die Vierlande (Curslack, Altengamme, Neuengamme, Kirchwerder) entfallen. Die Vierlande bilden jedoch nicht für alle Anbauarten den regionalen Schwerpunkt. Zu beachten ist, daß sich sogar die einzelnen Ortsteile der Vierlande auf bestimmte Blumen- bzw. Anbauarten spezialisiert haben.

Außerhalb der Vierlande treten hervor:

Auf dem Freiland

der Bezirk Hamburg-Nord

mit der größten Vermehrungs- und Anzuchtfläche für Stauden (5,6 ha oder 41,4 % der Staudenfläche im Freiland),

der Bezirk Eimsbüttel

mit der größten Aufstellungsfläche für Topf- oder Ballenpflanzen (2,7 ha oder 42,2 % der Aufstellungsfläche im Freiland)

und

der Bezirk Wandsbek

mit der größten Anbaufläche von Gehölzen zum Grün- und Blütenschnitt (9,4 ha oder 47,3 % dieser Anbaufläche) sowie mit der größten Vermehrungs- und Anzuchtfläche für sonstige Frühlings- und Sommerblumen ohne Stiefmütterchen (18,8 ha oder 73,6 % dieser Anbaufläche).

Tabelle 3

## Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen auf dem Freiland in Hamburg 1969 nach Bezirken und ausgewählten Ortsteilen

Bezirke/Ortsteile	Grund- fläche in ha	Anbauflächen auf dem Freiland in ha										
		insgesamt	davon									
			zusammen	Schnittblumen								
				davon								
				Tulpen	Nar- zissen	Gladi- olen	Nelken	Rosen	Chry- san- themen	Trok- ken- blumen	übrige kraut- artige Schnitt- blumen	Ge- hölze zum Grün- und Blüten- schnitt
1	2	3.	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Hamburg insgesamt .....	450,14	463,03	234,63	9,57	9,47	17,53	4,14	2,57	73,10	5,91	92,38	19,96
davon												
Hamburg-Mitte .....	1,57	1,63	1,47	0,03	—	0,05	—	—	0,18	0,01	0,31	0,90
Altona .....	5,22	5,27	3,86	0,20	0,13	0,13	0,01	0,20	0,52	0,04	1,72	0,91
Eimsbüttel .....	8,94	9,06	5,19	0,18	0,04	0,23	0,30	0,16	1,29	0,33	1,52	1,16
Hamburg-Nord .....	12,16	12,63	4,95	0,07	0,03	0,08	0,01	0,05	0,13	0,05	4,41	0,13
Wandsbek .....	36,10	36,18	14,17	0,10	0,07	0,18	0,01	0,50	1,72	0,01	2,14	9,45
Bergedorf .....	381,88	393,84	203,77	8,95	9,18	16,60	3,74	1,47	69,07	5,49	81,94	7,33
darunter												
Curslack .....	55,78	58,03	52,74	3,41	2,55	1,96	2,66	0,70	14,74	0,83	21,94	3,86
Altengamme .....	43,98	44,54	20,93	2,11	2,62	1,72	0,17	0,09	4,52	0,64	8,72	0,34
Neuengamme .....	95,78	97,90	80,18	3,22	3,50	8,36	0,72	0,31	21,84	3,11	37,31	1,83
Kirchwerder .....	161,53	167,55	43,42	0,16	0,48	3,78	0,16	0,25	24,92	0,81	12,43	0,45
Ochsenwerder .....	14,62	15,31	1,62	—	—	0,22	0,03	—	0,90	—	0,48	—
Reitbrook .....	0,16	0,17	0,03	—	—	0,03	—	—	0,00	—	—	—
Allermöhe .....	3,56	3,64	1,78	0,01	0,02	0,13	0,01	—	1,08	0,06	0,43	0,03
Moorfleet .....	0,50	0,50	0,37	—	—	0,06	—	—	0,20	—	0,11	—
Tatenberg .....	2,90	3,01	0,70	—	—	0,30	—	—	0,33	—	0,08	—
Harburg .....	4,27	4,40	1,20	0,04	0,02	0,25	0,07	0,19	0,20	0,00	0,34	0,09

## Fortsetzung Tabelle 3

Bezirke/Ortsteile	Anbaufläche auf dem Freiland in ha										
	davon										
	Vermehrungs- und Anzuchtflächen										
	zusammen	davon									Auf- stellungs- flächen von Topf- und Ballen- pflanzen
		Tulpen	Nar- zissen	andere Zwie- belge- wächse	Mai- blumen	Blu- men- knollen	Blu- men- samen	Stau- den	Stief- mütter- chen	übrige Früh- lings- und Som- mer- blumen	
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Hamburg insgesamt .....	222,03	1,39	0,64	0,29	34,51	1,94	7,48	13,43	136,74	25,61	6,37
davon											
Hamburg-Mitte .....	0,00	0,00	0,00	0,00	—	—	—	—	0,00	0,00	0,16
Altona .....	1,19	0,10	0,07	0,05	0,02	0,14	0,01	0,50	0,09	0,22	0,22
Eimsbüttel .....	1,18	0,01	—	—	0,03	0,04	0,01	0,29	0,13	0,67	2,69
Hamburg-Nord .....	7,67	0,01	—	—	0,10	0,50	0,05	5,57	1,04	0,39	0,00
Wandsbek .....	20,90	0,01	0,01	0,00	0,11	0,02	0,01	1,72	0,18	18,85	1,11
Bergedorf .....	188,14	1,26	0,56	0,24	34,26	1,22	7,35	3,71	134,26	5,29	1,94
darunter											
Curslack .....	5,08	0,04	0,02	0,01	1,29	0,56	0,12	1,40	0,21	1,44	0,21
Altengamme .....	23,57	0,14	0,32	0,01	19,25	0,07	0,14	0,36	2,60	0,70	0,04
Neuengamme .....	16,83	1,04	0,22	0,18	7,14	0,51	0,22	1,45	4,27	1,80	0,89
Kirchwerder .....	124,09	—	—	—	6,16	—	6,01	0,12	110,66	1,14	0,02
Ochsenwerder .....	13,69	0,04	—	—	0,05	—	0,65	0,35	12,59	0,01	0,00
Reitbrook .....	0,13	—	—	—	—	—	0,00	—	0,07	0,06	0,00
Allermöhe .....	1,86	—	—	—	0,34	—	0,07	—	1,45	—	0,00
Moorfleet .....	0,13	—	—	—	—	0,03	0,01	—	0,10	—	0,00
Tatenberg .....	2,21	—	—	0,05	0,01	0,05	0,10	—	1,99	0,01	0,10
Harburg .....	2,95	—	—	—	—	0,02	0,05	1,64	1,04	0,19	0,25

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

Tabelle 4

Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen in Hamburg 1969 nach Bezirken und ausgewählten Ortsteilen

Bezirke/ Ortsteile	Grund- fläche in ha	Anbauflächen unter Glas in ha <sup>1)</sup>								
		ins- gesamt	davon							
			Schnittblumen							
			zusam- men	davon					Chrysanthemen	
				Tul- pen	Nar- zissen	Free- sien	Rosen	Nelken	groß- blumige	klein- blumige
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Hamburg insgesamt .....	160,49	144,09	134,46	7,47	2,10	8,62	42,60	27,86	16,51	15,47
davon										
Hamburg-Mitte .....	0,96	0,12	0,05	0,01	—	0,01	—	—	0,02	0,01
Altona .....	2,44	1,32	0,88	0,15	0,06	—	—	—	0,28	0,17
Eimsbüttel .....	7,00	4,07	0,99	0,24	0,06	—	0,01	0,00	0,18	0,03
Hamburg-Nord .....	1,88	0,74	0,31	0,05	0,02	—	—	—	0,13	0,04
Wandsbek .....	13,99	7,40	3,59	0,42	0,08	0,00	1,53	0,11	0,23	0,37
Bergedorf .....	130,50	129,04	127,48	6,76	1,73	8,55	40,96	27,48	15,48	14,65
darunter										
Curslack .....	32,17	32,63	32,32	1,29	0,38	2,32	18,05	3,73	1,56	1,85
Altengamme .....	5,90	6,37	6,31	1,06	0,40	0,32	2,09	1,14	0,40	0,44
Neuengamme .....	33,34	34,93	34,42	2,17	0,42	1,95	12,14	6,74	2,17	4,26
Kirchwerder .....	40,88	37,06	36,92	1,60	0,47	2,28	5,42	12,42	6,60	5,54
Ochsenwerder .....	7,43	7,81	7,68	0,33	0,00	0,62	0,61	1,80	2,94	1,12
Reitbrook .....	2,37	2,20	2,17	0,02	0,02	0,57	0,92	0,27	0,06	0,22
Allermöhe .....	2,02	1,98	1,98	0,22	0,03	0,13	0,27	0,42	0,35	0,45
Moorfleet .....	2,34	2,53	2,49	0,05	—	0,18	0,71	0,44	0,58	0,41
Tatenberg .....	1,35	1,41	1,35	—	—	0,09	0,64	0,18	0,13	0,08
Harburg .....	3,73	1,40	1,17	0,11	0,04	0,06	0,10	0,27	0,27	0,20

Fortsetzung Tabelle 4

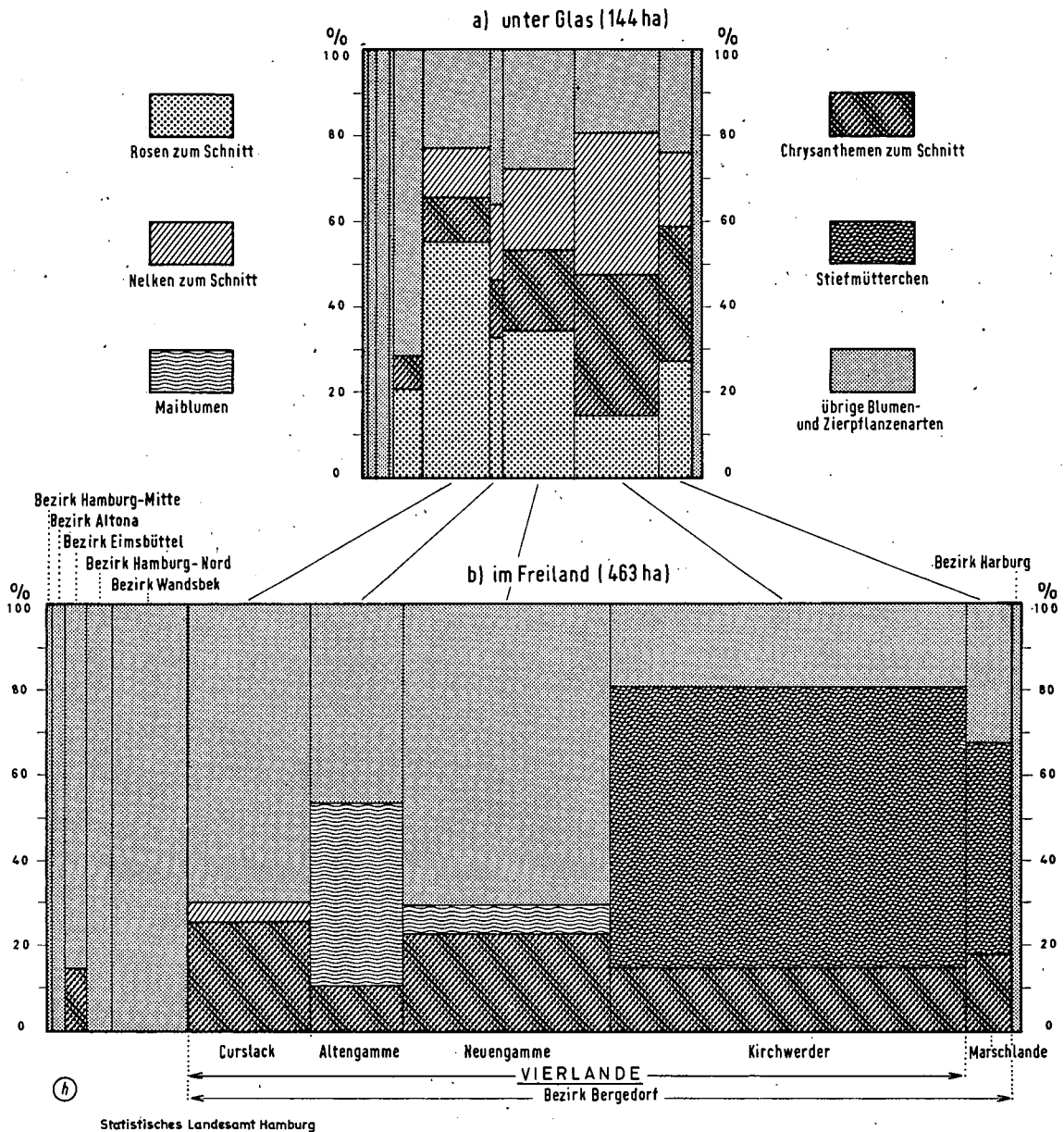
Bezirke/ Ortsteile	Anbaufläche unter Glas in ha <sup>1)</sup>							
	davon							
	Schnittblumen					Vermehrungs- u. Anzucht- flächen		
	davon					davon		
	Schnitt- grün	Orchideen	Ger- bera	son- stige Zier- pflan- zen	Treib- gehölze	zu- sammen	Samen- träger und Mutter- pflan- zen	Steck- linge und Jung- pflanzen
	11	12	13	14	15	16	17	18
Hamburg insgesamt .....	1,14	0,56	1,72	9,37	0,87	9,63	3,40	6,23
davon								
Hamburg-Mitte .....	—	—	—	—	—	0,07	—	0,07
Altona .....	0,07	0,07	—	0,08	—	0,44	0,23	0,22
Eimsbüttel .....	0,20	0,03	—	0,21	0,02	3,08	1,36	1,72
Hamburg-Nord .....	0,02	0,00	—	0,05	—	0,43	0,16	0,27
Wandsbek .....	0,14	0,16	—	0,05	0,48	3,81	1,22	2,59
Bergedorf .....	0,66	0,29	1,70	8,94	0,36	1,56	0,40	1,16
darunter								
Curslack .....	0,32	0,06	0,37	2,26	0,15	0,30	0,06	0,24
Altengamme .....	0,01	0,03	0,07	0,34	—	0,06	0,01	0,05
Neuengamme .....	0,15	0,20	0,61	3,51	0,11	0,51	0,12	0,39
Kirchwerder .....	0,09	—	0,54	1,98	—	0,14	0,01	0,13
Ochsenwerder .....	0,01	—	0,01	0,25	—	0,13	0,05	0,08
Reitbrook .....	—	—	0,06	0,04	—	0,03	0,01	0,02
Allermöhe .....	—	—	0,03	0,02	0,07	—	—	—
Moorfleet .....	0,06	—	0,02	0,08	—	0,04	—	0,04
Tatenberg .....	0,02	—	—	0,21	—	0,06	—	0,06
Harburg .....	0,05	—	0,02	0,04	—	0,23	0,02	0,21

<sup>1)</sup> ohne Topfpflanzen.

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

Schaubild

Die Anbauflächen von Blumen und Zierpflanzen 1969 nach Anbaubereichen und ausgewählten Blumenarten



Bei allen übrigen Blumen- und Anbauarten liegt der Schwerpunkt eindeutig in den Vierlanden. Dabei nimmt den ersten Platz ein

Curslack

bei Nelken zum Schnitt (64,3 %) und Tulpen zum Schnitt (35,7 %),

Altengamme

bei den Vermehrungs- und Anzuchtflächen für Maiblumen (55,8 %) und Narzissen (50,0 %),

Neuengamme

bei Gladiolen zum Schnitt (47,7 %) und Narzissen zum Schnitt (37,0 %) sowie den Vermehrungs- und Anzuchtflächen für Tulpen (74,8 %) und

Kirchwerder

bei den Chrysanthemen zum Schnitt (34,1 %) sowie den Vermehrungs- und Anzuchtflächen für Stiefmütterchen (80,9 %). Erwähnt werden muß, daß auf Kirchwerder auch der größte Anteil der Grundfläche im Freiland (35,9 %), der Anbaufläche im Freiland (36,2 %) und der Vermehrungs- und Anzuchtflächen im Freiland (55,9 %) entfällt.

In Unterglasanlagen

Mit den größten Anbauflächen unter Glas (ohne Topfpflanzen) behaupten sich außerhalb der Vierlande

der Bezirk Eimsbüttel

mit 40 % bei den Vermehrungsflächen für Samenträger und Mutterpflanzen und 27,7 % für

Stecklinge und Jungpflanzen sowie  
der Bezirk Wandsbek

mit einem Anteil von 36,0 % und 41,6 % bei  
den gleichen Nutzungsarten sowie 55,2 % bei  
Treibgehölzen zum Schnitt.

Von den Stadtteilen der Vierlande stehen im Vor-  
dergrund

Curslack

im Anbau von Rosen (42,4 %) und Freesien (26,9 %)   
zum Schnitt,

Neuengamme

mit Orchideen (35,7 %) und Tulpen (28,0 %) zum  
Schnitt und

Kirchwerder

mit Nelken (44,6 %), Chrysanthemen (38,0 %) und

Narzissen (23,3 %) zum Schnitt. Kirchwerder hat zu-  
gleich auch die größte Grundfläche bzw. Anbaufläche  
unter Glas und die größte Schnittblumenfläche unter  
Glas aufzuweisen.

Bei Topfpflanzen (nur Fertigware) überwiegt  
der Anteil der Vierlande nicht so sehr. Bei Hortensien  
übertrifft die Produktion von Hamburg-Mitte (29,0 %)   
die von Bergedorf nicht, bei Lorraine- und Elatior-  
Begonien (46,8 %), Topfchrysanthemen (71,8 %),  
Azaleen (43,0 %), Pelargonien (29,3 %), Hyazinthen  
(36,8 %), Anthurien (59,3 %), Saintpeulien (69,8 %),  
Gloxinien (53,8 %) u. a. liegt der Bezirk Wandsbek  
klar an der Spitze. Im Bezirk Bergedorf liegt der  
Schwerpunkt der Produktion dagegen bei Cyclamen  
(27,2 %), Erica gracilis (70,9 %), Begonia semper-  
florens (71,7 %) und Topfpflanzen insgesamt (39,3 %).

### 5. Zusammenfassung

Das Hamburger Blumenanbaugebiet stellt mit seiner Konzentrierung und Spezialisierung einen sehr leistungs-  
fähigen Wirtschaftszweig mit einem außerordentlich breiten Angebot für den Platzbedarf und auf überregionaler  
Ebene dar. Sowohl in den einzelnen Ortsteilen der Vierlande als auch in den übrigen Bezirken ist der Anbau von  
Blumen und Zierpflanzen aufgrund der natürlichen Verhältnisse, der Standortbedingungen und der traditionellen  
Anbauformen artenmäßig außerordentlich differenziert. Der ständige Zwang zur Anpassung an den Markt und  
die sich wandelnden Absatzverhältnisse haben teilweise zu einer Nivellierung, teilweise aber auch zu einer wei-  
teren Spezialisierung im Blumenanbau und Steigerung der Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges geführt.  
Zusammen mit den Rosenanbaugebieten und Baumschulflächen im angrenzenden Schleswig-Holstein dürfte das  
im Raum Hamburg konzentrierte Anbaugebiet für Blumen und Zierpflanzen zu den leistungsfähigsten überhaupt  
gehören.

Erich Böhm



# Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968

## 1. Einleitung

In den letzten Jahren haben sich im Handel außerordentlich starke Umschichtungsprozesse abgespielt. Zwar ergaben sich als Folge des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums in allen Bereichen der Wirtschaft erhebliche Wandlungen, diese waren jedoch im Handel besonders intensiv. Hierzu haben die durch die angespannte Arbeitsmarktlage ausgelösten Rationalisierungsbemühungen ebenso beigetragen wie der sich verstärkende Konkurrenzdruck der Industrie sowie der interne Wettbewerb innerhalb des Handels. Hinzu kam die notwendige Anpassung an eine sich bei steigendem Verbrauchereinkommen schnell verändernde Nachfrage. Die Reaktion des Handels bestand nicht nur in einer Veränderung und Ausweitung des Warensortiments, sondern vor allem auch in modernen Betriebs- und Bedienungsformen (z. B. Selbstbedienung, cash and carry, Verbrauchermärkte) sowie in einer Verstärkung der betrieblichen Kooperation. Unter regionalen Aspekten verdient die räumliche Konzentration von Einzelhandelsunternehmen zu „Einkaufszentren“ besondere Beachtung.

Aufgabe der Handels- und Gaststättenzählung 1968 (Handelszensus)<sup>1)</sup> war es, die derzeitige Situation zu veranschaulichen und damit gleichzeitig aktuelles Zahlenmaterial als Grundlage für wirtschafts- und regionalpolitische Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Das war um so mehr erforderlich, als seit der letzten Erhebung ähnlichen Umfangs mittlerweile acht Jahre vergangen sind.

Der Handel — insbesondere der Groß- und Außenhandel — hat in einer Hafenstadt wie Hamburg schon immer eine hervorragende Stellung gehabt. Das kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß dieser Wirtschaftsbereich nach der Industrie mit einem Beitrag von 25 % zum Bruttoinlandsprodukt den zweiten Rang im Wirtschaftsgefüge unserer Stadt einnimmt. Daher kommt den Ergebnissen des Handelszensus für Hamburg ganz besondere Bedeutung zu.

Im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählung 1968 wurde zunächst die allgemeine Erhebung durchgeführt, für die sämtliche Unternehmen des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes<sup>2)</sup> befragt wurden. Stichtag dieser Erhebung war der 30. September 1968. Für das Gastgewerbe wurde unter Berücksichtigung der Saisonbetriebe als Stichtag der 31. August gewählt, um auf diese Weise ein möglichst vollständiges Bild dieses Wirtschaftszweiges zu erhalten.

Als zweiter Teil dieses Zählungswerkes folgt im Herbst 1970 eine repräsentative Ergänzungserhebung, die sich mit tiefergehenden Fragen an etwa 15 % der in die Grunderhebung einbezogenen Unternehmen wendet.

<sup>1)</sup> Rechtsgrundlage: Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968 (BGBl. I, Nr. 19, S. 241 f.).

<sup>2)</sup> Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird im weiteren kurz „Gastgewerbe“ genannt.

In diesem Beitrag soll zunächst ein Überblick gegeben werden über die wichtigsten methodischen Grundsätze sowie über die im Handelszensus 1968 verwendeten Abgrenzungen und Definitionen. Auf diese Weise kann die spätere Ergebniskommentierung weitgehend von methodischen Ausführungen entlastet werden.

## 2. Die Erhebungseinheiten

Als Erhebungseinheit galt für den Handelszensus das rechtlich selbständige Unternehmen. Diese Regelung hatte zur Folge, daß bei Organkreisen und Unternehmereinheiten die angeschlossenen Firmen einzeln für sich zu berichten hatten. Des weiteren war Voraussetzung für die Berichtspflicht, daß das Unternehmen im Erhebungszeitraum auch wirtschaftlich tätig gewesen war. So wurden z. B. „ruhende“ Firmen, die praktisch nur als Firmenmantel existierten und keine eigenen Umsätze erzielten, nicht einbezogen. Ebenso wurde bei in Konkurs geratenen oder in Liquidation befindlichen Unternehmen verfahren, von denen man ohnehin kaum noch relevante Auskünfte erhalten hätte. Andererseits wurden alle bis zum Stichtag neu gegründeten Unternehmen mit einbezogen, auch wenn Angaben aus dem betreffenden Rechnungsjahr noch nicht oder nur für ein Teilgeschäftsjahr vorlagen.

Ein wesentliches Ziel des Handelszensus war die regionale Zuordnung von wirtschaftlich relevanten Daten für bestimmte Gebiete wie z. B. Hamburg. Zu diesem Zweck war außer der Erfassung von Unternehmenszahlen erforderlich, auch Angaben von Mehrbetriebsunternehmen für ihre einzelnen rechtlich unselbständigen und räumlich getrennten Zweigniederlassungen zu ermitteln. Dabei wurde ein Austausch dieser Zweigniederlassungsangaben zwischen den Statistischen Landesämtern vorgesehen. So müssen außerhalb Hamburgs gelegene Arbeitsstätten von Hamburger Unternehmen an das betreffende Statistische Landesamt gemeldet werden. Umgekehrt erhält Hamburg die Meldung von hiesigen Zweigniederlassungen auswärtiger Unternehmen. Als Beispiel seien hier die großen Kaufhausunternehmen im Einzelhandel mit ihren beträchtlichen Zweigniederlassungsumsätzen in fast allen Bundesländern erwähnt; ohne diese Angaben würde z. B. der Umsatz der großen Warenhausfilialen nicht in den Hamburger Ergebnissen enthalten sein.

## 3. Abgrenzung der erfaßten Wirtschaftszweige

Bei allen statistischen Erhebungen ist eine genaue wirtschaftssystematische Zuordnung immer wieder besonders schwierig. Das beginnt zunächst bei der Frage, ob ein Unternehmen überhaupt zum Kreis der auskunftspflichtigen Firmen des Handelszensus gehört. Voraussetzung für die Erfassung

im Handelszensus war nicht nur, daß ein Unternehmen die Funktionen des Handels oder des Gastgewerbes ausübte, sondern daß hierin auch die überwiegende Tätigkeit gesehen wurde. Handelstätigkeiten lagen dann vor, wenn Waren bezogen und weiterveräußert wurden und/oder zwischen Verkäufern und Käufern einer Ware vermittelt wurden. Wesentlich war dabei, daß die Waren vom Verkäufer nicht verändert — d. h. nicht mehr als handelsüblich bearbeitet — werden durften (Handelsware). Zu den „handelsüblichen Manipulationen“, die den Charakter einer Ware als „Handelsware“ nicht berührten, gehörten z. B. Sortieren, Zerteilen, Mischen, Verpacken. Problematisch war diese Abgrenzung aber z. B. beim Kaffeehandel. Wurde beim Handelszensus 1960 noch das Rösten von Kaffee zur handelsüblichen Manipulation gerechnet, so waren beim jetzigen Handelszensus die Kaffeegrößtöstereien wegen ihrer kapitalintensiven Produktionsanlagen der Industrie zuzurechnen. Durch diese unterschiedlichen Definitionen werden die Vergleiche beider Zählungen partiell erschwert.

#### Schwerpunktsprinzip

Für alle Unternehmen, die mehrere Tätigkeiten ausübten, entstand ein besonderes Problem dadurch, welche dieser Tätigkeiten als wichtigste anzusehen war. Im Handelszensus wurde hierbei eine Zuordnung nach dem Schwerpunkt, d. h. nach der überwiegenden Tätigkeit vorgenommen. Auf diese Weise ist zwar stets eine einwandfreie wirtschaftssystematische Abgrenzung möglich, es muß jedoch dabei in Kauf genommen werden, daß ein bestimmter Teil der wirtschaftlichen Leistung der Handelsunternehmen aus branchenfremden Tätigkeiten besteht. Andererseits führt das Schwerpunktsprinzip dazu, daß alle Handelstätigkeiten von Unternehmen, die schwerpunktmäßig anderen Wirtschaftsbereichen zugehören, unberücksichtigt bleiben.

Eine Schwierigkeit besonderer Art bildet dabei das Kriterium, nach dem das Überwiegen einer Funktion zu beurteilen ist. Der Idealfall, nämlich als Maßstab die Wertschöpfung zu nehmen, ließ sich nicht verwirklichen. Im Rahmen dieser Zählung konnten aus erhebungstechnischen Gründen und wegen zu großer Belastung der befragten Unternehmen zur Ermittlung des Eigenbeitrages nur die beiden wichtigsten Größen, nämlich Umsatz und Wareneinsatz, ermittelt werden. Infolgedessen mußte statt der reinen Wertschöpfung eine Hilfsgröße als „Nettoleistung“ oder „Rohertrag“ aus der Differenz von Umsatz und Wareneinsatz gebildet werden. Dabei war es jedoch unzulässig, diese Begriffe als Maßstab für den Gewinn anzusehen, da in ihnen noch verschiedene Kostengrößen enthalten sind.

#### Häufige Kombination von Handels- und Handwerksfunktion

Als häufigste Kombination verschiedener gewerblicher Tätigkeiten war von vornherein die Verbindung von Handel und Handwerk (z. B. Optiker, Kfz-Händler) zu vermuten. Im Laufe der Jahre haben sich immer mehr Handwerksbetriebe Handelsfunktionen eingegliedert, so daß sich auch bei einer methodisch einwandfreien Abgrenzung eine gewisse Willkür nicht

vermeiden läßt, nämlich immer dann, wenn beide Tätigkeiten in annähernd gleichem Umfange ausgeübt werden.

Da gleichzeitig mit dem Handelszensus eine Handwerkszählung durchgeführt wurde, lag es nahe, beide Zählungswerke miteinander zu „verzahnen“. Dies geschah in Hamburg in der Form, daß an die durch Vorbefragung ermittelten „kombinierten“ Unternehmen ein für beide Zählungen gemeinsamer Fragebogen verschickt wurde. So konnte eine doppelte Anschreibung derselben Firmen vermieden werden und nach dem Rücklauf eine einwandfreie Bereichszuordnung nach dem Schwerpunkt erfolgen.

#### Erfassung der Verkaufsstellen der Industrie

Ein weiteres typisches Beispiel für die Eingliederung von Handelsfunktionen in andere Bereiche stellen die offenen Verkaufsstellen der Industrie dar. In einigen Branchen gibt es eine ganze Reihe von Unternehmen, die ihre Produktion, ohne die Funktionen des Handels in Anspruch zu nehmen, direkt an den Letztverbraucher absetzen, wie z. B. in der Schuh- und Kaffeeindustrie. Um ein möglichst vollständiges Bild vom Handel zu erhalten, erwies es sich als sinnvoll, diesen, außerhalb der Unternehmen mit überwiegenden Handelsfunktionen entstehenden Absatz mit einzubeziehen. Zu diesem Zweck wurden also auch von den Industrieunternehmen diejenigen eigenen, rechtlich unselbständigen Verkaufsstellen erfaßt, die jedermann Zutritt gewähren und selbst hergestellte Erzeugnisse und/oder Handelsware an Letztverbraucher absetzen.

#### Handelszweige

Innerhalb der vom Handelszensus erfaßten Wirtschaftsbereiche wurde zunächst unterschieden zwischen Großhandel, Einzelhandel, Handelsvermittlung und Gastgewerbe. War beim Großhandel der Absatz an Wiederverkäufer oder an Kunden, die die Waren weiterverarbeiteten oder überwiegend in größeren Mengen bezogen, charakteristisch, so stand beim Einzelhandel die unmittelbare Absatzverbindung zu den Letztverbrauchern im Vordergrund. In verschiedenen Branchen gibt es jedoch auch Einzelhandelsgeschäfte, bei denen der Absatz an weiterverarbeitende Unternehmen überwiegt. Dadurch entstanden Schwierigkeiten bei der Abgrenzung gegenüber dem Großhandel. Die wichtigsten Beispiele hierfür waren der Handel mit Eisenwaren, Büromaschinen und Bürobedarf, Kraftfahrzeugen, Landmaschinen, Lacken und Farben. In solchen Fällen wurde die Zuordnung zum Einzelhandel dann vorgezogen, wenn die Waren überwiegend in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form (z. B. im Ladengeschäft) und/oder in vergleichsweise kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abgesetzt wurden. Der Einzelhandel wird meist in jedermann zugänglichen offenen Verkaufsstellen (Ladengeschäfte) ausgeübt. Es gibt jedoch auch andere Formen wie z. B. den Versandhandel, den Handel ohne feste Arbeitsstätte, den Stubenhandel, den Handel vom Lagerplatz.

Erfolgte beim Einzel- und Großhandel der Absatz stets in eigenem Namen, so galt als Kriterium für die

Handelsvermittlung der Absatz in fremdem Namen. Zu diesem Bereich sind in erster Linie die Handelsvertreter und Handelsmakler<sup>3)</sup> zu rechnen, die mit Ausnahme der Versandhandelsvertreter meist auf der gleichen Stufe tätig sind wie der Großhandel. Außerdem gehören hierzu die vorwiegend das „Fremdgeschäft“ betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften sowie die Agenturtankstellen.

Galt es bisher, die Unternehmen den einzelnen Wirtschaftsbereichen zuzuschreiben, so erfolgte nun eine Feingliederung nach den Wirtschaftsklassen der „Systematik der Wirtschaftszweige“<sup>4)</sup> gemäß der Art und Zusammensetzung des Warensortiments des einzelnen Unternehmens. Dies Verfahren stieß auf gewisse Schwierigkeiten, da man sich bei einer Totalerhebung häufig mit Schätzungen der Warensortimente durch die Auskunftspflichtigen begnügen mußte.

#### Gastgewerbe

Es erschien sinnvoll, das Gastgewerbe in den Handelszensus einzubeziehen, weil dies Gewerbe wie der Handel zum Dienstleistungssektor gehört und außerdem zum größten Teil auch Waren wie der Einzelhandel an Letztverbraucher absetzt. Alle Unternehmen wurden erfaßt, die überwiegend in den verschiedenen Sparten des Gaststättengewerbes (Speisewirtschaft, Café usw.) und/oder des Beherbergungsgewerbes (Hotel, Pension usw.) tätig waren. Dagegen blieben unberücksichtigt alle Dienstleistungsinstitutionen des Gastgewerbes, die von Organisationen ohne Erwerbscharakter, von Gebietskörperschaften oder der Sozialversicherung betrieben wurden (z. B. Erholungsheime, Kantinen). Anders als beim Handel erfolgte die Bestimmung der Wirtschaftsklasse beim Gastgewerbe nach der Betriebsart (Hotel, Gast- und Speisewirtschaft, Bar, Kantine usw.). In Zweifelsfällen war die Selbsteinschätzung der Betriebsinhaber ausschlaggebend.

Die Abgrenzung der vier Wirtschaftsbereiche innerhalb des Handelszensus erfolgte ebenfalls nach dem Prinzip der überwiegenden Nettoleistung.

#### 4. Frageprogramm

Das Frageprogramm war jeweils speziell gestaltet für die vier Bereiche des Handelszensus einerseits und für Unternehmen, Zweigniederlassungen und offene Verkaufsstellen der Industrie andererseits. Da in der Handelsvermittlung Zweigniederlassungen nicht erfaßt wurden, gab es acht verschiedene Fragebogentypen. Über das Frageprogramm soll im folgenden nur ein grober Überblick gegeben und auf die im Detail unterschiedlichen Fragestellungen nur bei wichtigen Positionen eingegangen werden.

#### Kennzeichnung des Unternehmens

Die Fragen nach dem Anteil der gewerblichen Tätigkeiten am Umsatz und nach den hauptsächlich ge-

führten Warenarten dienten einer genauen wirtschaftssystematischen Zuordnung des Unternehmens.

#### Rechtsform des Unternehmens

#### Flüchtlingseigenschaft des Inhabers

#### Arten der Bindung

Von großem Interesse war beim Großhandel und Einzelhandel die Frage nach der Zugehörigkeit z. B. zu einer Kette oder Ein- oder Verkaufsvereinigung u. a. Durch Auswertung dieser Frage soll deutlich werden, wie weit durch Zusammenschluß beim Bezug bzw. durch eine gemeinsame Absatzorganisation eine Verflechtung der Handelswege durch Kooperation fortgeschritten ist. In der Handelsvermittlung wurden an dieser Stelle die Auftraggeber und der Kundenkreis erfaßt.

#### Umsatz

Um gewisse Schwerpunkte erkennen zu können, war der Gesamtumsatz in den drei Bereichen des Handels aufzugliedern. So waren im Einzelhandel Versandhandelsumsatz und Umsatz im Markt-, Straßen- und Hausierhandel, in der Handelsvermittlung Umsatz aus Eigen- und aus Fremdgeschäft getrennt anzugeben. Der Gesamtwert der vermittelten Waren gehörte dabei nicht zum Umsatz, sondern diente der Ermittlung der prozentualen Provisionshöhe. Um im Großhandel der Außenhandelstätigkeit besonders Rechnung zu tragen, waren vom Gesamtumsatz neben Provisionseinnahmen aus der Warenvermittlung und Umsatz aus Selbstbedienungsgroßhandel (cash and carry) die Ausfuhren und Transithandels-geschäfte gesondert auszuweisen.

#### Wareneingang

Hier wurden im Großhandel die Einfuhren und Transithandelskäufe getrennt dargestellt.

#### Warenbestände am Anfang und Ende des Geschäftsjahres

Die Kenntnis der Lagerbestände in Verbindung mit dem Wareneingang ermöglicht nicht nur die Errechnung des Wareneinsatzes<sup>5)</sup>, sondern darüber hinaus auch wichtiger Kennzahlen über die Lagerbewirtschaftung wie z. B. durchschnittlicher Lagerbestand, Umschlagshäufigkeit des Lagers und durchschnittliche Lagerdauer. Ferner läßt sich mit Hilfe von Umsatz und Wareneinsatz der Rohertrag ermitteln, eine für zahlreiche Analysen wichtige Ausgangsgröße. Der Rohertrag, ausgedrückt in Prozent vom Umsatz, ergibt als Rohertragsquote eine branchentypische Kennzahl.

#### Personalkosten

Hier waren Löhne und Gehälter mit den gesetzlichen Sozialaufwendungen für das Geschäftsjahr 1967 anzugeben.

#### Beschäftigte

Die Zahlen für die tätigen Personen waren für die Stichtage 30. 9. 1967 und 30. 9. 1968 (im Gastgewerbe jeweils einen Monat früher) anzugeben. Dabei wurde sowohl nach der sozialen Stellung im Betrieb als auch nach dem Geschlecht und nach Voll- und Teil-

<sup>3)</sup> Hierzu gehören nicht Finanz-, Wohnungs-, Versicherungsmakler usw.

<sup>4)</sup> Die offizielle „Systematik der Wirtschaftszweige“ enthält für den Einzelhandel 83, für den Großhandel 120 und für die Handelsvermittlung 68 Wirtschaftsklassen.

<sup>5)</sup> Wareneinsatz = Wareneingang + Anfangsbestand - Endbestand.

beschäftigung untergliedert. Diese Darstellung soll die im Handel in besonderem Maße heterogene Beschäftigtenstruktur transparent machen, da gerade im Handel und Gastgewerbe die Teilzeitbeschäftigung und die Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer vermutlich häufiger zu finden sind als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen.

#### Betriebsausstattung

Die Angaben zur Betriebsausstattung wurden nur im Einzelhandel und im Gastgewerbe erhoben. In diesen beiden Dienstleistungsbereichen, die in unmittelbarem Kontakt zum Letztverbraucher stehen, sind Größe und Ausstattung der Betriebe von erheblicher Bedeutung für die zu erbringenden Leistungen. So wurden im Einzelhandel die Betriebsform (Ladengeschäft, Versandhandel usw.), die Bedienungsform und die Kapazität ermittelt. Allerdings konnten die Flächenangaben nur unvollständig erfaßt werden, da die Auskunftspflichtigen hierfür oft gar keine oder nur ungenaue Angaben lieferten. Im Gastgewerbe waren neben der jährlichen Öffnungszeit die Anzahl und Ausstattung der Fremdenzimmer sowie die Sitzplätze in bewirtschafteten Räumen anzugeben.

#### Zusatzerhebung „Hafen Hamburg“

Außer dem in diesem Aufsatz dargestellten bundeseinheitlichen Erhebungsprogramm wurden in Hamburg dem Großhandel auf freiwilliger Grundlage zwei Fragen gestellt, die dem Umfang der auf der Bezugs- und/oder Absatzseite über den Hamburger Hafen gehenden Warenströme galten. Durch diese besonders ausführliche Darstellung der Großhandelszahlen lassen sich für diesen Bereich genauere Analysen in zweifacher Richtung durchführen. Durch die Kombination von Ausfuhr und Einfuhr mit Umsatz bzw. Wareneingang gewinnt man einen aufschlußreichen Überblick über Umfang und Intensität der Außenhandelsverflechtung. Durch die beiden Fragen der Zusatzerhebung kommt die Hafenverbundenheit des hiesigen Großhandels zum Ausdruck.

#### Ergebnisse

Da die Grunderhebung sich sowohl an die Unternehmen als auch an die örtlichen Niederlassungen wandte, gliedern sich die Ergebnisse für den Handel und das Gastgewerbe in zwei große Teile. Während im ersten Teil alle Unternehmen dargestellt werden, enthält der zweite Teil die Angaben für die Arbeitsstätten.

Die Ergebnisse werden sowohl in wirtschaftssystematischer als auch in regionaler Hinsicht sehr weit aufgegliedert. So ist als kleinste Gebietseinheit für die Flächenländer die Gemeinde vorgesehen. Für Hamburg sollen statt dessen in einem Regionalprogramm Angaben für die einzelnen Ortsteile geliefert werden. Es ist beabsichtigt, nach Vorliegen der Ergebnisse die einzelnen Bereiche in mehreren Aufsätzen ausführlich zu kommentieren.

#### 5. Organisatorischer Ablauf

Als Grundlage der Erhebung diente laut § 6 des Handelszählungsgesetzes das Anschriftenmaterial

der Finanzämter. Die Statistischen Landesämter erhielten die Anschriften aller Umsatzsteuerpflichtigen und prüften aufgrund der verschiedenen Gewerkekennziffern, welche Unternehmen im Handelszensus angeschrieben werden sollten. Im allgemeinen lagen bei den Finanzämtern Anschriften nur für Umsatzsteuerpflichtige mit Jahresumsätzen von 12 500 DM und mehr vor. Im Gegensatz zum Handelszensus 1960 wurden daher diesmal die Kleinstunternehmen mit Umsätzen unter 12 500 DM nicht erfaßt.

Während und nach dem Rücklauf der Erhebungsunterlagen stellten sich z. T. erhebliche Mängel des Anschriftenmaterials heraus, die man zwar schon vermutet hatte, aber mangels eines besseren Ausgangsmaterials hatte in Kauf nehmen müssen. So war insbesondere die Bestimmung der Branchenzugehörigkeit veraltet. Das hatte zur Folge, daß alle in Frage kommenden Fälle zunächst mit einbezogen wurden, später aber z. T. wieder ausgeschieden werden mußten. Ferner mußten zur Vervollständigung des Adressenmaterials mehrere Vorbeiführungen an anderen Anschriftensammlungen durchgeführt werden, um auf diese Weise gewisse Unzulänglichkeiten zu beheben. Erschwert wurde die Erhebung auch dadurch, daß wegen der überaus starken Fluktuation innerhalb des Einzelhandels und des Gastgewerbes in zahlreichen Fällen die neuen Inhaber erst nach intensiver Ermittlungsarbeit erfaßt werden konnten. Ferner ließ sich bei Anschriftenwechsel ein Doppelversand häufig nicht vermeiden, der nicht nur die Auskunftspflichtigen belastete, sondern auch die Arbeit der Statistischen Landesämter sehr erschwerte.

Im Anschluß an eine Vollzähligkeitskontrolle und eine manuelle Vorprüfung der Erhebungsunterlagen erfolgte die weitere Aufbereitung des Erhebungsmaterials mittels elektronischer Datenverarbeitungsanlagen. Dabei wurden die einzelnen qualitativen und quantitativen Angaben auf Vollständigkeit und Wahrscheinlichkeit überprüft und gegebenenfalls nach Rückfragen bei den Firmen korrigiert.

#### 6. Ergänzende Repräsentativerhebung

Die Ergänzungserhebung bezieht sich auf höchstens 15 % der in die Grunderhebung einbezogenen Unternehmen des Großhandels, des Einzelhandels und des Gastgewerbes. Dagegen werden die Handelsvermittler und Industrieunternehmen mit offenen Verkaufsstellen nicht einbezogen. Das Auswahlverfahren ist eine nach Ländern, Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen geschichtete Zufallsstichprobe, die die bis zur Stichprobenauswahl erfolgten Neugründungen berücksichtigt. Die Ergänzungserhebung wird im Jahre 1970 mit Angaben aus dem Rechnungswesen für das Jahr 1969 durchgeführt. Das Frageprogramm ist wesentlich tiefer gegliedert als in der Grunderhebung, um vor allem detailliertes Material für strukturelle Analysen zu erhalten. Dadurch wird dieser Teil des Handelszensus 1968 einerseits für die betroffenen Auskunftspflichtigen eine viel größere Belastung bringen als die Grunderhebung und ein entsprechendes Maß von Verantwortung verlangen. Andererseits werden auch an die Statistischen Landesämter trotz der geringeren Zahl der Erhebungsfälle außerordentlich hohe Anforderungen gestellt werden, um die Auskunfts-

pflichtigen bei der Beantwortung zu unterstützen, und um bei der Aufbereitung des Erhebungsmaterials die schwierigen Fragenkomplexe zu überprüfen.

Im folgenden sollen nur die wichtigsten Fragen aufgeführt werden, soweit sie von der Grunderhebung abweichen. Im Mittelpunkt stehen Bilanz, Umsatz, Wareneingang und das Sortiment. So sind entsprechend der Einkommen- oder Körperschaftssteuerbilanz nicht nur die Positionen für Anfang und Ende 1969 aufzuführen, sondern darüber hinaus zur Ermittlung der Investitionen auch die Veränderungen der einzelnen Arten des Anlagevermögens. Der Umsatz ist im Einzelhandel und im Großhandel nach Kundenkreisen, und diese sind im Großhandel

weiter nach ihrem regionalen Sitz, zu unterscheiden. Da im Gastgewerbe oft mehrere Tätigkeiten ausgeübt werden, ist der Umsatz entsprechend zu differenzieren (z. B. Getränke- und Speiseumsatz, Übernachtungsumsatz). Der Wareneingang wird in mehrfacher Hinsicht durchleuchtet. So werden neben den Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten die regionale Herkunft der Waren (BRD, SBZ, Ausland) und die Lieferanten (z. B. Großhändler, Genossenschaften, Industriebetriebe) erfragt. Für eingehende Sortimentsanalysen wird eine genaue Aufteilung des Haupt- und Nebensortiments an Hand des Wareneingangs verlangt.

Erich Walter

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	761,2	763,6	759,5	754,9	757,7
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	— 3,4	— 2,6	— 0,7	— 1,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	86	86	85	84
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	7	8	8	8	7
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	28	22	70	69
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	28	31	33	58
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	19	19	15	10
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	26	21	26	21
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende)</b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1 p	...	...	...	266,9
" Altona	"	264,3	261,1 p	...	...	...	260,8
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4 p	...	...	...	260,5
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2 p	...	...	...	369,1
" Wandsbek	"	357,5	368,3 p	...	...	...	367,6
" Bergedorf	"	82,6	91,6 p	...	...	...	90,0
" Harburg	"	199,0	207,2 p	...	...	...	206,9
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9 p	1 817 p	1 816 p	1 815 p	1 821,7
dav. männlich	"	861,9	844,1 p	...	...	...	844,2
weiblich	"	995,0	975,8 p	...	...	...	977,5
dar. Ausländer <sup>6)</sup>	"	59,8	70,4	77,4	78,5	79,6	65,9
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
* Eheschließungen <sup>7)</sup>	Anzahl	1 510	1 208 p	1 260 p	800 p	940 p	1 030 p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,6 p	8,2 p	5,2 p	6,7 p	7,4 p
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 750 p	1 640 p	1 550 p	1 490 p	1 725 p
dar. unehelich	"	143	130 p	140 p	120 p	100 p	118 p
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	9,6 p	10,6 p	10,0 p	10,7 p	12,3 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4 p	8,5 p	7,7 p	6,8 p	6,8 p
* Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 250 p	3 100 p	2 740 p	2 190 p	2 109 p
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	37 p	42 p	30 p	35 p	32 p
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	12,4 p	20,1 p	17,8 p	15,7 p	15,1 p
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	20,6 p	25,6 p	19,4 p	23,5 p	19,5 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	500 p	1 460 p	1 190 p	700 p	384 p
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>8)</sup>	"	0,8	2,7 p	9,5 p	7,7 p	5,0 p	2,7 p
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	+	—	—	—	—	—
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+	—	—	—	—	—
<b>3. Wanderungen</b>							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	6 444 r	6 200 p	6 200 p	4 829 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	7 296 r	6 500 p	6 200 p	5 214
* Fortgezogene Personen	"	379	+ 34	852 r	300 p	—	385
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	558	—	—	78
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	342	— 121	294	...	...	307
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	15 575	15 005	13 130 p	12 834 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 687	1 676 r	...	...	1 181 r
Schleswig-Holstein	"	835	1 003	1 014 r	...	...	684 r
dar. angrenzende Kreise <sup>9)</sup>	"	1 091	1 114	1 065 r	...	...	762 r
Niedersachsen	"	272	315	283 r	...	...	259 r
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	2 006	1 922	1 713 r	...	...	1 432 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 095	1 990 r	...	...	1 454 r
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	...	...	...	...	...	...
b) Fortgezogene nach	"	2 351	2 554	2 412 r	...	...	1 918
Schleswig-Holstein	"	1 620	1 825	1 817 r	...	...	1 423
dar. angrenzende Kreise <sup>9)</sup>	"	1 268	1 241	1 331 r	...	...	971
Niedersachsen	"	525	548	647 r	...	...	467
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	2 167	1 976	1 903 r	...	...	1 577
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	767	1 013	1 650 r	...	...	748
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	...	...	...	...	...	...

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — <sup>7)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>8)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>9)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>10)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>11)</sup> Hierzu gehören: sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	11 749	11 193	11 201	11 200	11 200	11 204
Pflege tage		273 169	266 678	243 995	271 910	262 321	265 642
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	81,8	74,2	82,1	87,2	87,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	4 573	4 557	4 558	4 639	4 639	4 559
Pflege tage		123 729	123 153	113 120	125 478	119 951	120 139
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	88,3	79,6	86,8	91,4	93,0
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	745	763	655	655	659	781
Pflege tage		19 012	19 323	14 276	17 385	17 934	20 984
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	63,9	82,5	91,8	90,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflege tage		21 274	19 141	16 699	20 750	20 172	19 662
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	75,2	62,9	78,2	84,2	83,0
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	1 084	997	988	998	998	998
Pflege tage		25 626	23 821	20 580	21 637	20 842	24 119
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	80,2	67,1	70,1	74,6	88,1
3. Anstalten für Geisteskränke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg, Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflege tage		48 245	47 809	47 031	47 541	43 783	45 557
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	92,0	89,4	90,4	92,6	94,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflege tage		38 084	38 394	39 150	39 159	35 938	35 507
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,7	97,7	97,8	99,3	98,1
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Pflege tage		43 630	42 737	43 643	43 236	38 950	38 864
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	98,8	98,9	98,0	97,8	98,0
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	709,2	713,8	715,0	714,7	707,2
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	600,0	610,7	612,4	613,2	593,3
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	369 528	427 515	400 508	384 698
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	4 811	5 282	3 948	4 220
3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	29 148	34 294	35 980	34 291
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	13 150	12 968	16 548	15 864
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	50 925	42 303	48 115	35 019
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	687,4	684,4	683,6	674,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	405,0	405,2	407,2	395,3
Rentner	"	175,5	224,5	226,0	226,4	227,4	223,5
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	56,4	52,8	49,0	56,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	25,4	34,1	34,9	30,1
dav. männlich	"	17,9	17,8	17,2	23,5	23,0	20,2
weiblich	"	8,8	8,8	8,2	10,6	11,9	9,9

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>5)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

# Zahlungsspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
* Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	3 219	3 480	3 401	4 852
*   dav. männlich	"	2 318	1 955	1 787	1 923	1 863	3 063
weiblich	"	1 092	1 411	1 432	1 557	1 538	1 789
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	55	39	25	364
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	43	48	48	55
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	45	60	54	123
Elektriker	"	24	12	11	20	12	20
Chemiewerker	"	55	25	27	20	28	27
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	11	15	18	18
Graphische Berufe	"	44	47	52	58	45	65
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	8	11	10	19
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	41	47	56	92
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	161	153	118	211
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	69	102	100	143
Kaufmännische Berufe	"	368	424	384	422	538	500
Verkehrsberufe	"	313	287	240	232	239	474
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	781	732	728	812
Künstlerische Berufe	"	177	181	181	187	167	195
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	23 489	25 385	28 137	22 045
dav. männlich	"	13 014	14 530	12 862	13 754	15 494	9 898
weiblich	"	12 813	12 621	10 627	11 631	12 643	12 147
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 942	4 959	5 845	7 020	5 998
dav. männlich	"	4 134	4 106	3 381	4 165	5 084	4 167
weiblich	"	1 707	1 836	1 578	1 680	1 936	1 831
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	7 737	9 639	9 844	7 080
dav. männlich	"	9 955	8 038	7 045	8 874	9 020	6 524
weiblich	"	572	706	692	765	824	556
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	7 745	7 549	8 435	9 047	9 638
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 552	3 956	4 282	5 222
weiblich	"	2 787	3 799	3 997	4 479	4 765	4 416
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 788	2 107	1 612	1 945
*   dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	87,0	89,6	89,4	85,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	10,4	13,1	11,1	12,6
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 663	10 691	10 237	9 910
dav. lose	"	3 529	2 526	2 070	2 177	2 037	2 432
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 593	8 514	8 200	7 478
Mager- und Buttermilch	"	382	509	240	251	268	275
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	10,1	9,7	8,3	7,0
Kälber	"	2,6	1,7	1,8	1,5	1,5	1,6
Schweine	"	47,0	37,4	39,6	36,5	33,2	35,1
Schafe	"	2,7	1,1	1,1	1,2	0,9	0,9
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	9,4	8,7	7,5	6,8
* Kälber	"	2,5	1,7	1,7	1,5	1,5	1,5
* Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	39,0	42,5	38,9	34,8	36,5
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	t	6 229	6 034	6 431	6 176	5 363	5 293
*   dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 336	2 205	1 886	1 724
Kälber	"	187	139	142	124	120	127
Schweine	"	4 318	3 723	3 910	3 792	3 316	3 398

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 517	1 503	1 513	1 542
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	210	211	212	208
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	138	138	138	139	138
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	"	24 859	21 987	22 792	21 951	22 046	21 296
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	163	147	146	121
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	126	113	113	96
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	10	11	13	11	11
Gasverbrauch	1 000 Nm <sup>3</sup>	6 418	2 076	2 619	2 923	2 688	2 828
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	93	96	85	83
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	148	153	144	133
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	14	12	12
Umsatz <sup>5)</sup>	Mio DM	1 304	1 476	1 602	1 544	1 531	1 267
dar. Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	"	155	223	222	248	251	169
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	128,0	121,3	126,8	116,0
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	126,6	119,5	125,7	115,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	138,1	129,5	133,2	120,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	134,4	121,5	132,3	115,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	115,8	105,2	127,3	118,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	109,0	110,5	109,8	107,7
Bauindustrie	"	103,7	107,3	73,6	63,8	70,5	64,5
<b>Umsatz <sup>7)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 602	1 544	1 531	1 267
Chemische Industrie	"	215	262	285	244	239	218
Elektroindustrie	"	101	130	116	147	131	121
Maschinenbau	"	143	164	208	172	181	144
	"	83	110	143	88	114	95
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	12	11
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	781	789	691	621
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm <sup>3</sup>	59	102	172	178	154	127
Vj.-Durchschnitt <sup>8)</sup>				2. Vj. 1969	3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	4. Vj. 1968
1965		1969					
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	83,8	84,1	86,8	84,7
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	116,1	122,8	171,3	144,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	111,7	121,2	173,3	145,5
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
Monatsdurchschnitt				Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
1965		1969					
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	44 669	43 690	43 397	41 803
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 286	1 309	1 279	1 286
Angestellte	"	4 684	5 167	5 309	5 276	5 354	4 998
Arbeiter <sup>2)</sup>	"	43 102	37 982	38 074	37 105	36 764	35 519
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	4 039	3 341	3 430	3 478
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 069	811	830	964
gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 110	1 108	1 123	1 082
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	1 860	1 422	1 477	1 432
Löhne (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	Mio DM	46,3	48,3	38,8	31,4	30,4	24,9
Gehälter Bruttosumme <sup>4)</sup>	"	5,9	8,4	11,4	8,7	8,6	7,0
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) <sup>5)</sup>	"	126,2	138,0	306,0	130,4	89,4	69,6
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	87,9	53,4	19,8	25,1
gewerblich und industr. Bau	"	31,0	34,9	65,7	19,4	14,3	21,3
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	53,0	65,5	152,4	57,6	55,3	23,2
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	181	186	119	79
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"		101	59	139	71	43
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	591	283	221	183
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	73,3	38,0	30,4	27,9
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	129	59	47	35
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	60	98	69	49
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	362	674	402	417
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	38,1	51,6	24,0	29,4
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	72	107	73	71
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 918	764	633	638

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>6)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>7)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>8)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>9)</sup> ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — <sup>10)</sup> ab Januar 1968 bis Dezember 1969 mit, ab Januar 1970 ohne Mehrwertsteuer; mit den entsprechenden Angaben aus den Vorjahren nicht vergleichbar.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	217	131	23	59
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	700	188	47	142
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	90,4	25,3	6,7	18,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	91	63	28	32
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	511	458	362	240
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	40,7	31,8	25,6	24,7
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	2 230	578	151	452
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	1 016	30	47	54
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	608	23	31	25
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	2 160	102	97	117
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	265,1	5,7	13,2	16,7
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	443	9	21	27
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	370	25	18	36
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	2 423	106	110	90
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	291,8	9,6	9,2	8,2
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	460	22	17	25
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	6 446	114	271	375
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	2 985	32	162	46
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) *)	Anzahl	17 696	14 592	11 000	15 100	14 900	13 900
Im Bau befindliche Wohnungen	"	7 136	3 731	6 300	3 900	4 400	6 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"						
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	...	...	...	...
Wohnungen	"	636	688	...	...	...	...
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	...	...	...	...	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	157	215	142	144	125
dar. Warenhäuser	"	130	217	341	205	176	157
Facheinzelhandel	"	120	133	187	132	123	107
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	169	146	148	126
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	172	145	153	129
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	164	147	139	121
3. Handel mit Berlin (West) *)							
• Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	136 130	133 503	...	128 207
• Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	195 639	199 651	...	180 791
4. Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	268	...	...	222
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft	"	17	23	21	...	...	18
• Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	247	...	...	204
dav. Rohstoffe	"	2	2	2	...	...	2
• Halbwaren	"	50	65	63	...	...	46
• Fertigwaren	"	143	193	182	...	...	156
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	16	...	...	14
• Enderzeugnisse	"	134	177	166	...	...	142
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
• Europa	"	152	208	183	...	...	160
dar. EWG-Länder	"	65	91	90	...	...	71
• EFTA-Länder	"	67	91	65	...	...	63

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	127	130	123	103
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	145	136	133	123
Gaststättengewerbe	"	108	114	123	128	120	98
6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	83	96	92	84
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	24	25	25	23
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	166	200	185	165
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	48	54	51	46
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 621	1 638	1 450 p	1 381 p	1 344
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 675	1 622	1 378 p	1 250 p	1 366
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	4 116	4 288 p	3 515 p	2 749
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 123	3 283 p	2 611 p	2 060
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 444	2 592 p	2 036 p	1 550
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 379	1 813 p	1 445 p	1 108
Kohle	"	192	167	282	324 p	207 p	118
Getreide	"	180	116	184	110 p	71 p	97
Sack- und Stückgut	"	595	600	679	591 p	575 p	510
Versand	"	713	876	993	1 005 p	904 p	689
dav. Massengut	"	292	365	462	450 p	390 p	252
Sack- und Stückgut	"	421	511	531	555 p	514 p	437
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	268	69	101 p	183
* Güterversand	"	309	426	367	170	204 p	354
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 085	2 131 p	1 962 p	2 066
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 083	2 131 p	1 962 p	2 015
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	87,2	88,5 p	89,9 p	76,2
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	88,1	89,2 p	88,7 p	76,7
Angekommene Fracht	t	578	965	1 082	980 p	1 032 p	793
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 219	1 095 p	1 158 p	983
Angekommene Post	"	185	256	330	246 p	265 p	253
Abgegangene Post	"	229	323	428	320 p	324 p	346
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>2)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 905	11 588	10 765	11 612
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	16 324	15 815	14 860	15 339
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 760	5 574	5 182	5 860
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	13 076	12 672	11 679	12 295
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 283	2 273	2 185	2 153
Private Kraftomnibusse	"	301	239	171	233	216	165
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>3)</sup> (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	424,5	424,9	427,4	396,5
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	"	310,8	384,2	384,2	384,8	387,1	358,4
* b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	Anzahl	5 071	5 488	4 574	4 394	5 563	3 902
Lastkraftwagen	"	4 632	4 943	4 061	4 002	4 988	3 517
	"	362	463	435	338	500	336
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>5)</sup>	Anzahl	859	959	1 019	894 p	902 p	910
* Getötete Personen	"	26	27	34	35 p	32 p	31
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 352	1 164 p	1 192 p	1 148

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>3)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>4)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>5)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
* Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	...	24 300,8	24 302,0	24 495,5	20 930,8
* dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	...	7 594,7	7 502,9	7 637,0	6 497,4
* an Unternehmen und Privat- personen	"	.	...	7 590,8	7 497,7	7 630,6	6 484,9
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) <sup>2)</sup>	"	.	...	3 384,6	3 378,6	3 399,5	2 739,6
* an Unternehmen und Privat- personen	"	.	...	3 054,2	3 045,1	3 060,5	2 386,7
* Langfristige Kredite <sup>2)</sup>	"	.	...	13 321,5	13 420,5	13 459,0	11 693,8
* an Unternehmen und Privat- personen	"	.	...	11 748,4	11 845,9	11 871,5	10 265,7
darunter durchlaufende Kredite	"	.	...	676,0	679,0	671,4	621,9
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	...	16 068,7	15 828,8	15 974,3	14 316,0
* dav. Sicht- und Termingelder	"	.	...	8 829,2	8 560,4	8 689,3	7 608,9
* von Unternehmen und Privat- personen	"	.	...	7 707,1	7 427,8	7 502,0	6 661,2
* Spareinlagen	"	4 069,9	...	7 239,5	7 268,4	7 285,0	6 707,1
* bei Sparkassen	"	2 792,9	...	4 865,0	4 901,3	4 923,0	4 512,0
* Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	...	463,3	606,0	430,3	354,1
* Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	...	484,8	593,3	413,9	304,5
* Zinsgutschriften	"	12,9	...	280,2	2,3	0,2	0,2
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	...	14	16	14	16
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	...	900	882	863	844
Betrag	1 000 DM	1 314	...	2 086	2 684	2 215	1 448
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren</b>							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	...	22 993	19 743	21 941	18 923
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	...	3 151	3 463	3 473	3 084
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	...	1 314	1 717	1 271	1 278
Abgeleistete Offenbarungseide	"	353	...	380	520	449	435
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg</b>							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	...	148	149	149	156
Grund-Kapital	Mio DM	3 975	...	4 737	4 738	4 740	4 879
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	...	4 884	4 888	4 917	4 603
Stamm-Kapital	Mio DM	2 962	...	4 030	4 030	4 099	3 786
<b>Steuern</b>							
<b>1. Gemeinschaftssteuern</b>							
1 000 DM							
* dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	...	645 508	210 549	197 168	142 955
* dav. Lohnsteuer	"	89 007	...	245 771	164 856	133 063	107 460
* Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	...	190 223	16 241	12 796	12 409
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	...	799	32 505	47 487	18 418
* Körperschaftsteuer	"	36 706	...	208 716	3 053	3 822	4 667
* Steuern vom Umsatz	"		...	284 319	258 843	279 830	265 035
* dav. Umsatzsteuer	"	82 827	...	110 801	172 949	121 743	93 465
* Einfuhrumsatzsteuer	"		...	173 518	85 894	158 086	171 570
<b>2. Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	...	1 244 982	268 899	519 031	792 264
* dar. Zölle	"	45 076	...	117 554	4 436	48 377	21 458
* Verbrauchsteuern	"	358 150	...	830 940	250 846	446 189	503 862
* dar. Mineralölsteuer	"	261 342	...	650 805	209 898	385 758	445 018
<b>3. Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	...	41 038	36 139	59 674	76 073
* dar. Vermögensteuer	"	11 355	...	7 040	4 635	37 309	34 432
* Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	...	10 921	10 132	9 107	6 832
* Biersteuer	"	2 430	...	2 536	2 783	2 003	2 342
<b>4. Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	...	26 130	.	.	.
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	...	23 627	.	.	.
* Grundsteuer A	"	73	...	46	.	.	.
* Grundsteuer B	"	5 134	...	1 236	.	.	.
<b>5. Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	...	1 470 910	542 687	803 286	842 298
<b>6. Einnahmen des Landes</b>	1 000 DM	157 752	...	460 618	206 390	231 997	189 820
* dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	...	419 580	92 592	88 374	152 279
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	...	.	77 653	93 949	.
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	...	.	...	...	.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1969	November 1969	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude A <sup>1)</sup>	1962 = 100	113,1	127,7	128,3	133,5	141,5	123,1
Einfamiliengebäude A <sup>1)</sup>	"	113,3	128,1	128,6	133,7	141,5	123,5
Mehrfamiliengebäude A <sup>1)</sup>	"	113,0	127,4	128,0	133,4	141,5	122,7
Gemischt genutzte Gebäude A <sup>1)</sup>	"	112,8	127,5	128,2	133,4	141,8	122,5
Bürogebäude A <sup>1)</sup>	"	112,2	126,9	127,8	135,5	147,7	120,7
Bürogebäude B <sup>1)</sup>	"	...	113,9	115,1	120,3	127,6	108,8
Gewerbliche Betriebsgebäude A <sup>1)</sup>	"	112,4	125,8	127,6	133,4	142,1	119,7
Gewerbliche Betriebsgebäude B <sup>1)</sup>	"	...	113,4	115,0	120,2	128,0	107,8
<b>Löhne und Gehälter<sup>2)</sup></b>				April 1969	Juli 1969	Oktober 1969	Oktober 1968
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	284	289	307	273
• weibliche Arbeiter	"	140	180	174	180	188	170
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,22	6,33	6,70	5,97
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,19	4,33	4,48	4,06
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,7	45,7	45,8	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,6	41,6	41,9	41,8
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	41,1	36,5	44,6	44,5
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	37,0	29,6	41,0	40,7
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 379	1 401	1 444	1 313
• weiblich	"	747	983	954	983	1 020	914
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 456	1 492	1 544	1 398
• weiblich	"	748	988	941	993	1 036	913
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 321	1 331	1 357	1 264
• weiblich	"	668	899	887	899	922	837
<b>In Industrie und Handel<sup>3)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 336	1 349	1 380	1 277
• weiblich	"	688	921	904	921	948	856
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 460	1 495	1 543	1 399
• weiblich	"	838	1 147	1 067	1 157	1 214	1 077
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>				Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	392	514	423	358	307
• dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	123	121	85	78
• bekämpfte Brände	"	221	302	391	302	273	229
• dav. Großbrände	"	9	14	17	11	11	8
• Mittelbrände	"	28	43	41	43	27	23
• Kleinbrände	"	98	130	153	119	117	99
• Entstehungsbrände	"	80	105	156	111	99	75
• Schornsteinbrände	"	6	10	24	18	19	24
Hilfeleistungen aller Art	"	...	...	...	819	612	...
Rettungswageneinsätze	"	...	...	...	11 344	9 431	...
• dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 545	1 589	1 461	1 138
• Betriebsunfälle	"	544	416	450	434	437	358
• Krankentransporte	"	...	...	...	4 598	3 617	...
Anzahl der beförderten Personen	"	...	...	...	11 881	9 389	...
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	...	...	...	12 586	10 401	...
Außerdem Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	...	...	...	85	71	...
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	10 523	9 198	9 466	9 783
• dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	270	163	179	362
• Mord und Totschlag	"	4	6	7	5	6	6
• Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	124	104	135	107	124
• Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 626	3 792	3 923	4 050
• Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 235	2 151	2 037	2 086
• Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	6 861	5 943	5 960	6 136
• dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	...	...	...	...	...	...
• diebstahl	"	180	256	255	224	194	194
• Unterschlagung	"	203	229	236	221	244	189
• Raub und Erpressung	"	41	67	42	44	73	56
• Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	179	134	94	121
• Betrug und Untreue	"	722	973	1 026	807	928	908
• Brandstiftung	"	33	47	45	52	43	32
Außerdem:	"	...	...	...	...	...	...
• Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 234	970	1 219	1 439	986
• Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen <sup>6)</sup>	"	8 929	16 625	14 726	13 888	16 653	13 915
• Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	256	768	529	1 279
• Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>7)</sup>	"	31 317	29 706	27 933	23 427	27 620	23 997

<sup>1)</sup> A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — <sup>2)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>3)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>4)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>7)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Dezember 1969	Januar 1970	Januar 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	4,8 p
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	...	...	...	...	15,7 p
Gestorbene		11,5	...	...	...	...	12,6 p
Arbeitslose	1 000	146	176	119	192	...	369
INDUSTRIE <sup>1)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 310 p	8 502	8 479 p	...	8 094
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	995 p	1 036	987 p	...	990
Umsatz <sup>3)</sup> einschl. Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 209 p	42 457	42 897 p	...	34 299
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 815 p	7 970	8 947 p	...	6 268
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstgllch)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	147,7	171,3	155,7	144,2 p	130,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,1	175,6	159,9	147,2 p	132,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	169,8	188,0	166,9	163,7 p	149,9
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	145,7	175,1	167,2	145,6 p	123,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	170,7	149,4	137,8 p	129,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,3	155,7	137,5	127,7 p	120,5
Bauindustrie	"	118,9	125,5	148,8	87,4	68,0 p	82,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 514,6	1 472,7	...	1 416,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	217,0	133,3	...	147,6
Umsatz einschl. Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer <sup>5)</sup>	Mio DM	3 698,0	3 968,6	5 263,5	7 051,9	...	2 580,3
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	...	48 538	40 717	...	28 708
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	43 298	...	...	...
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	172	219	...	127
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	161	169	146	133
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>6)</sup>	1 000 t	8 794	10 260 p	9 530 p	10 940 p	11 172 p	9 505
dav. Empfang	"	6 943	...	...	...	...	7 504
Versand	"	1 851	...	...	...	...	2 001
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	157 805	147 942	169 227	118 416
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	32 794	25 732 p	...	19 847
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 885	1 336 p	...	955
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	45 035	35 299 p	...	26 599
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	2 705	3 524	3 206	2 630
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	215	3 832	359	386
Körperschaftsteuer	"	681	908	257	2 644	238	411
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	3 780	3 168	3 842	2 832
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	101,5	103,9	104,3	105,8	100,0
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	105,5	106,8	107,5	106,9
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	113,4	113,7	115,0	108,6
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5	129,6			
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	"	109,0	119,3	120,1	120,6	122,1	118,1
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	113,9	114,7	116,5	112,9
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	164,0	164,3	165,2	157,9
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	5,56	5,65	5,97	5,31
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	44,8	45,1	45,2	44,7

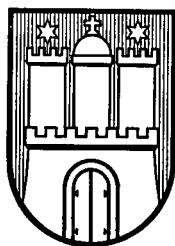
<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> ab Januar 1970 ohne Umsatzsteuer. — <sup>6)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — Quelle: Statistisches Bundesamt.







# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Relativ gute Beteiligung der 18- bis 21jährigen Jungwähler an der Hamburger Bürgerschaftswahl

Die 18- bis 21jährigen Jungwähler weisen in den Altersgruppen der unter 35 Jahre alten Wahlberechtigten die höchste Wahlbeteiligung auf; rund 69 % der männlichen und knapp 66 % der weiblichen Jungwähler machten bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im März dieses Jahres von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Demgegenüber lag die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen nur bei gut 60 % (Männer) und nicht ganz 54 % (Frauen). Bei den 25- bis 30jährigen gaben Männer und Frauen zu jeweils rd. 59 % ihre Stimme ab. In der Altersgruppe der 30- bis 35jährigen wählten 64 % der Männer und 65 % der Frauen.

Wie auch bei früheren Wahlen nahm in den Gruppen mit höherem Lebensalter der Anteil der Wählenden erheblich zu. Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete die Gruppe der 60- bis 70jährigen mit über 84 % bei den Männern und knapp 82 % bei den Frauen.

Bei einer Gesamtwahlbeteiligung von rd. 73 % beteiligten sich an der Bürgerschaftswahl annähernd 74 % der stimmberechtigten Männer und mehr als 72 % der stimmberechtigten Frauen.

Diese Ergebnisse, die aus einer Repräsentativauszählung der Stimmabgabe von rd. 4 % der wahlberechtigten Hamburger gewonnen wurden, bedeuten für alle Altersgruppen eine leichte Zunahme der Wahlbeteiligung gegenüber der Bürgerschaftswahl von 1966 (69,8 %).

### Jeder 23. Hamburger Einwohner ist Ausländer

Hamburg war aufgrund seiner Lage als Handels-, Industrie- und Hafenstadt stets ein Anziehungspunkt für ausländische Staatsangehörige; ihre Zahl ist von Jahr zu Jahr ständig gestiegen. 1950 gab es in Hamburg rd. 22 500 Ausländer, im März 1970 waren es rd. 79 600. Allein in den letzten 5 Jahren hat sich die Zahl der Ausländer in Hamburg um über 20 000 erhöht.

Naturgemäß ist das starke Anwachsen dieser Zahlen auf den konjunkturbedingten Zustrom von Gastarbeitern zurückzuführen. Ihre Zahl stieg seit Anfang 1965 von rd. 23 000 auf 42 067 bis Ende März 1970.

Waren im Jahr 1965 Italiener mit 3 600 Personen die stärkste in Hamburg vertretene Ausländergruppe unter den Gastarbeitern, so sind sie heute mit rd. 4 400 Personen an

die dritte Stelle gerückt, denn Jugoslawen stellen jetzt mit 8 740 Personen die größte Zahl an ausländischen Arbeitnehmern, gefolgt von Türken mit 8 200 Personen.

### 688 000 Wohnungen in Hamburg Ende 1969

Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 mit der Bautätigkeitsstatistik ergab Ende 1969 für Hamburg 182 062 Wohngebäude und 688 096 Wohnungen.

Der Wohnungsbestand gliederte sich nach der Raumzahl — wobei die Küche jeweils als Raum gezählt wird — wie folgt: 11 % waren Ein- oder Zweiraumwohnungen. Den höchsten Anteil hatten die Wohnungen mit vier Räumen (36 %), gefolgt von den Dreiraumwohnungen (34 %). Etwa jede 8. Wohnung hatte fünf Räume, und jede 14. Wohnung war größer.

### 12,5 Mio DM Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung 1969

Die Zahl der gemäß dem Bundesversorgungsgesetz anerkannten Versorgungsberechtigten betrug für den Bereich des Versorgungsamtes Hamburg im Durchschnitt des Jahres 1969 insgesamt rd. 85 400, und zwar

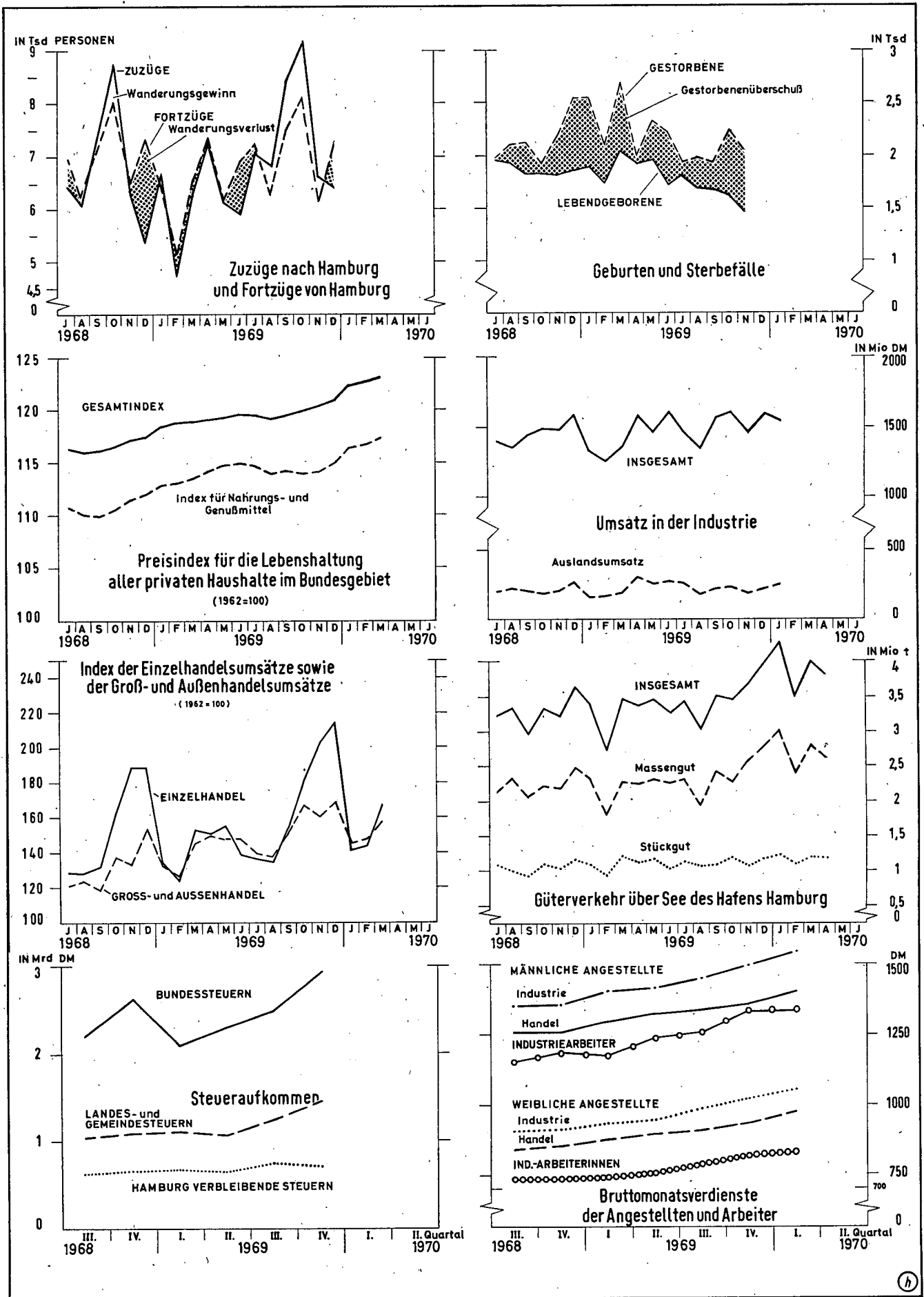
36 100 Kriegsbeschädigte

35 700 Kriegerwitwen und Kriegerwaisen sowie

13 600 Kriegereltern (Eltérnpaare bzw. Elternteile).

Die an den Kreis der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gezahlten Renten betrugen im Jahre 1969 rd. 12,5 Mio DM. Anteilmäßig hieran waren die Renten an die Kriegsbeschädigten mit 40 % (5,0 Mio DM), an die Kriegerwitwen und Waisen mit 52 % (6,5 Mio DM) und an die Kriegereltern mit 8 % (1,0 Mio DM) beteiligt. Gegenüber dem Jahre 1967, in dem die gezahlten Renten ihren Höchststand mit 12,9 Mio DM erreichten, sind sie in den Jahren 1968 und 1969 geringfügig zurückgegangen. Über einen Zeitraum von 10 Jahren gesehen weisen die Gesamtleistungen der Kriegsopferversorgung — trotz des Rückganges der Versorgungsberechtigten — von 1960 bis 1969 jedoch eine Steigerungsrate von 50 % aus.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Die Entwicklung der Alkoholunfälle in Hamburg bis 1969

Vor nicht allzulanger Zeit ist die Diskussion über die Strafverfolgung von Kraftfahrern, die unter Alkoholeinfluß am Straßenverkehr teilgenommen haben, wieder aufgeflammt. Und zwar entzündete sie sich diesmal an der Tatsache, daß es offensichtlich noch immer keine absolut einwandfreien Methoden gibt, die eine Rückrechnung des Blutalkoholgehalts vom Zeitpunkt der Blutentnahme auf den Augenblick des Unfalls mit der erforderlichen Genauigkeit ermöglichen. So wichtig solche Fragen sind, um dem einzelnen in der gerichtlichen Verfolgung kein Unrecht zuzufügen, so erweckt die Diskussion andererseits aber oft auch den Anschein, daß über diesen technischen Fragen vergessen wird, in welchem Ausmaß das verantwortungslose Handeln alkoholisierter Fahrer zu der erschreckenden Bilanz der Verkehrsunfälle beiträgt.

Im Februar-Heft dieser Zeitschrift wurde ausführlich über die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Hamburg berichtet. So wurde unter anderem gezeigt, daß sich allein 1969 rund 11 500 Unfälle mit Personenschaden ereigneten, bei denen 326 Verkehrsteilnehmer getötet wurden. Weitere 6 000 Personen mußten schwer verletzt in Krankenhausbehandlung überführt werden, und mehr als 9 100 wurden leicht verletzt.

Es besteht nun kein Zweifel darüber, daß fast jedem dieser Unfälle menschliches Versagen in irgendeiner Form zugrunde lag, auch wenn man berücksichtigt, daß bei der Kompliziertheit des heutigen Straßenverkehrs ein auf die Dauer völlig fehlerfreies Verhalten nahezu unmöglich ist. Auf der anderen Seite wird man aber auch zugeben müssen, daß Fahren unter Alkoholeinfluß nicht nur eine der folgenschwersten Unfallursachen ist, sondern auch eine der am schwersten entschuldbaren Formen menschlichen Versagens im Straßenverkehr darstellt.

## 1. Methodische Vorbemerkungen

Das Zahlenmaterial der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik enthält nur sehr wenige Anhaltspunkte, die zur Untersuchung der Alkoholunfälle herangezogen werden können. Lediglich über die Auszählung der Unfallursachen kann man die Zahl der alkoholbedingten Straßenverkehrsunfälle in etwa bestimmen. Wie eine Sonderuntersuchung in Hamburg gezeigt hat, ist die Zahl der Unfälle, bei denen zwei oder mehr Unfallbeteiligte alkoholisiert waren, so gering (nur etwa 2% der Alkoholunfälle), daß man sie — ohne einen allzugroßen Fehler zu begehen — vernachlässigen kann. Unterstellt man aber jeweils nur einen angetrunkenen Verkehrsteilnehmer — was durchaus berechtigt ist — so ist die Zahl der Unfälle, bei denen als Ursache „Alkoholeinfluß“ ermittelt wurde, gleich der Zahl der Alkoholunfälle insgesamt.

Auf der Unfallanzeige wird die Unfallursache „Alkoholeinfluß“ in aller Regel immer dann von dem den Unfall aufnehmenden Polizeibeamten angegeben werden, wenn aufgrund der Verfärbungen des Reaktionsgemisches im Alcotest-Prüfgerät eine Blutalkoholkonzentration (BAK) von mindestens 0,7 ‰ angegeben werden kann.

In diesem Fall wird anschließend eine Blutprobe entnommen. Es ist jedoch möglich, daß von der Polizei auch ohne „Pusten“ sofort eine Blutentnahme angeordnet wird, zum Beispiel wenn das Verhalten des Unfallbeteiligten kurz vor oder nach der Kollision stark auf Alkoholeinwirkung hindeutet oder bei einer Weigerung, den nicht erzwingbaren Alcotest durchzuführen, oder weil bei Ohnmacht, schweren Verletzungen oder Unfallflucht ein zu großer zeitlicher Abstand zwischen Unfall und Alcotest bestehen würde. In der Regel wird davon auszugehen sein, daß bei den so abgegrenzten Alkoholunfällen ein BAK von 0,7 ‰ und mehr vorliegt. Lediglich wenn einer Blutentnahme kein Alcotest vorausgegangen ist, sind auch geringere BAK-Anteile denkbar, jedoch ist diese Zahl verhältnismäßig gering.

Seit Mitte der 60er Jahre werden in Hamburg über das normale Erhebungsprogramm der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik hinaus auch die Unfallfolgen aller Unfälle mit Alkoholeinfluß bei einem der Beteiligten laufend registriert. Auf diese Weise ist es möglich, aus der Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden, die Alkohol- und die Nichtalkoholunfälle getrennt darzustellen und zu analysieren.

## 2. Starker Anstieg der Alkoholunfälle

Zunächst soll versucht werden, die zahlenmäßige Entwicklung der Alkoholunfälle in Hamburg nachzuzeichnen. Das hierüber zur Verfügung stehende Material reicht bis 1953 zurück und ermöglicht so einen geschlossenen Überblick über einen ziemlich langen Zeitraum. Da man die Alkoholunfälle nicht losgelöst von den übrigen Straßenverkehrsunfällen betrachten kann, stellt Tabelle 1 die Personenschadensunfälle in ihrer Zusammensetzung aus Alkohol- und Nichtalkoholunfällen im Zeitablauf dar.

Tabelle 1

**Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in ihrer Zusammenstellung aus Alkohol- und Nichtalkoholunfällen in Hamburg 1953 bis 1969**

Jahre	Personenschadensunfälle insgesamt		davon				
			Alkoholunfälle			Nichtalkoholunfälle	
	Anzahl	1953 = 100	Anzahl	1953 = 100	% von Sp. 1	Anzahl	1953 = 100
	1	2	3	4	5	6	7
1953 ...	9 592	100	527	100	5,5	9 065	100
1954 ...	10 042	104,7	601	114,0	6,0	9 441	104,1
1955 ...	11 225	117,0	754	143,1	6,7	10 471	115,5
1956 ...	11 995	125,1	906	171,9	7,6	11 089	122,3
1957 ...	12 627	131,6	903	171,3	7,2	11 724	129,3
1958 ...	11 118	115,9	768	145,7	6,9	10 350	114,2
1959 ...	12 331	128,6	1 000	189,8	8,1	11 331	125,0
1960 ...	12 972	135,2	1 144	217,1	8,8	11 828	130,5
1961 ...	12 604	131,4	1 008	191,3	8,0	11 596	127,9
1962 ...	12 745	132,9	1 315	249,5	10,3	11 430	126,1
1963 ...	11 750	122,5	1 452	275,5	12,4	10 298	113,6
1964 ...	11 015	114,8	1 478	280,5	13,4	9 537	105,2
1965 ...	10 312	107,5	1 416	268,7	13,7	8 896	98,1
1966 ...	11 226	117,0	1 752	332,4	15,6	9 474	104,5
1967 ...	11 182	116,6	1 776	337,0	15,9	9 406	103,8
1968 ...	11 627	121,2	1 752	332,4	15,1	9 875	108,9
1969 ...	11 506	120,0	1 863	353,5	16,2	9 643	106,4

Betrachtet man zunächst einmal in Tabelle 1 die Entwicklung der Personenschadensunfälle insgesamt, so zeigt sich, daß ihre Zahl in der ersten Zeit nach dem Kriege unter dem Einfluß des sprunghaft einsetzenden Motorisierungsbooms und der damit verbundenen Verkehrsverdichtung ständig gestiegen ist. Dieser — wenn auch verhältnismäßig langsame — Anstieg wird zwar von der Einführung der Geschwindigkeitsbeschränkung innerhalb geschlossener Ortschaften (1. 9. 1957) unterbrochen, setzt sich danach aber kontinuierlich fort bis zum Jahre 1960. Anschließend werden im Straßenverkehr verstärkt positive Einflußfaktoren wirksam. Hier sind vor allem die Umschichtung der Verkehrsteilnehmer (starke Abnahme der vor allem gefährdeten Zweiradfahrzeuge) sowie das Sinken der durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeit als Folge der zunehmenden Verkehrsverdichtung in den Berufsverkehrsspitzen und auf den Hauptverkehrsstraßen Hamburgs zu nennen. Dadurch verringerte sich zwischen 1960 und 1965 die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ständig. In der bisher letzten Phase der Nachkriegsentwicklung (seit 1965) kehren sich die Tendenzen jedoch wieder um. Der von dem Umstrukturisierungsprozeß ausgehende positive Effekt scheint nahezu aufgebraucht, die Unfallzahlen beginnen tendenziell wieder zu steigen und alles spricht dafür, daß diese negative Entwicklung auch in naher Zukunft anhält.

Zwischen 1953 (9 600) und 1969 (11 500) ist die Zahl der Personenschadensunfälle um rund 1 900 oder um 20% gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von knapp 1,3% in den 16 Jahren des Berichtszeitraums entspricht. Gemessen an der rapiden Zunahme der Verkehrsdichte, liegt damit eine verhältnismäßig günstige Entwicklung vor. Betrachtet man allein die Nichtalkoholunfälle, so gelten die obigen Aussagen in noch stärkerem Ausmaße. Die Unfälle ohne Alkoholeinfluß sind seit 1953 nur um 6,4% (+600) gestiegen. Schon hieraus läßt sich aber erkennen, daß mehr als zwei Drittel der gesamten Zunahme an Personenschadensunfällen in der Nachkriegszeit auf die relativ kleine Teilmasse der Alkoholunfälle entfiel.

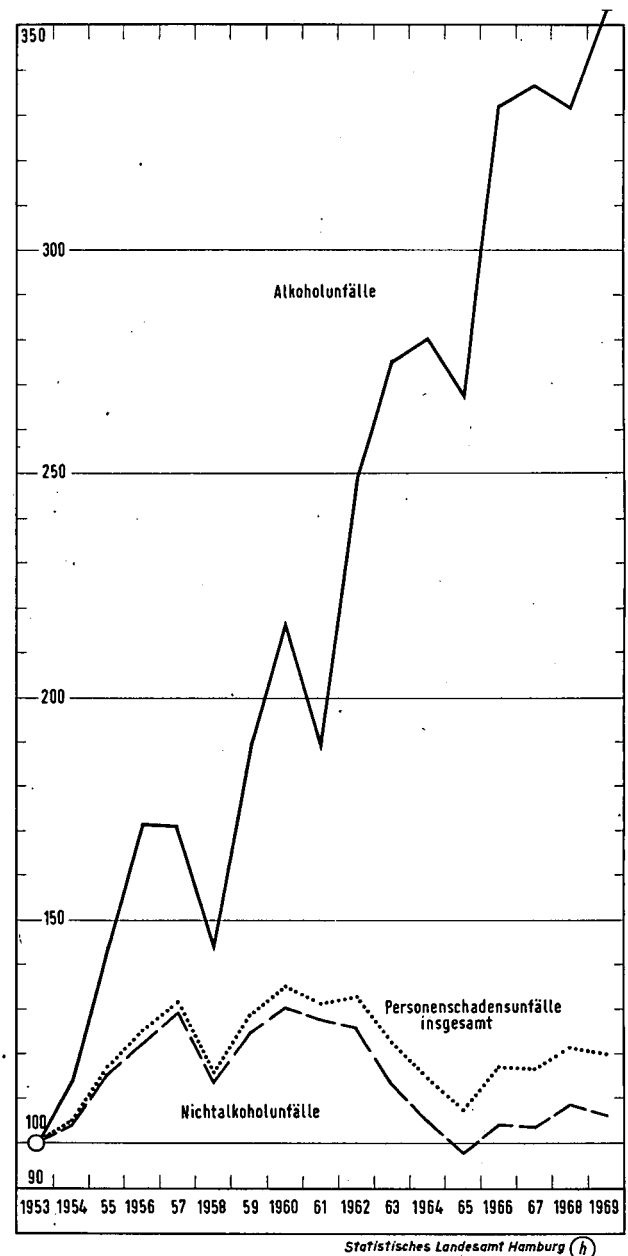
Wenn man schon bei der Untersuchung der Personenschadensunfälle insgesamt<sup>1)</sup>, trotz der relativ positiven Entwicklung in der Vergangenheit, nicht die günstigsten Zukunftsprognosen stellen konnte, so rechtfertigen die Veränderungen in der Zahl der Alkoholunfälle allergrößte Skepsis. Die alkoholbedingten Personenschadensunfälle stiegen von etwas mehr als 500 im Jahr 1953 auf nahezu 1 900 im Jahre 1969 an. Das entspricht einem Zuwachs von nicht weniger als 254%. Seit 1953 hat damit die Zahl der Alkoholunfälle Jahr um Jahr durchschnittlich um knapp 16% zugenommen. Über diese besorgniserregende Entwicklung darf auch nicht hinwegtäuschen, daß in den letzten drei Jahren die Ergebnisse verhältnismäßig konstant geblieben sind. Das Schaubild zeigt, daß ein zeitweiliges Verharren auf einem bestimmten Niveau und ein darauf folgendes sprunghaftes Emporschnellen der Unfallzahlen für die bisherige Entwicklung der Alkoholunfälle eher typisch war. Es steht daher zu befürchten, daß sich die Aufwärtsent-

wicklung der Zahl der Alkoholunfälle in Zukunft fortsetzt, wobei allerdings eine gewisse Verlangsamung wahrscheinlich ist.

Die divergierende Entwicklung der Alkoholunfälle einerseits und der Personenschadensunfälle insgesamt andererseits läßt sich auch sehr gut erkennen, wenn man die Quote der alkoholbedingten Unfälle an der Gesamtunfallzahl im Zeitablauf errechnet. Der Anteil der Alkoholunfälle hat sich von 5,5% im Jahre 1953 ziemlich kontinuierlich bis auf 15,9% im Jahre 1967 erhöht. Zwar sank die Alkoholunfallquote im Jahre 1968 auf 15,1% vorübergehend ab, betrug aber 1969 bereits wieder 16,2%, d.h., daß bei knapp jedem sechsten Personenschadensunfall in Hamburg einer der Unfallbeteiligten angetrunken war.

#### Schaubild

Entwicklung der Personenschadensunfälle mit und ohne Alkoholeinfluß in Hamburg 1953 — 1969  
1953 = 100



<sup>1)</sup> Vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, Februar-Heft, S. 47 ff.

Durch die graphische Darstellung werden die völlig andersartigen Kurvenverläufe zwischen Alkohol- und Nichtalkoholunfällen noch einmal mit zeichnerischen Mitteln deutlich hervorgehoben. Von gewissen Unregelmäßigkeiten in der Kurve der Alkoholunfälle einmal abgesehen, erkennt man, in welchem Ausmaß die beiden Streckenzüge immer mehr auseinanderlaufen. Bemerkenswert ist auch, daß sich der starke Anstieg der Alkoholunfälle auch in der Zeit zwischen 1960 und 1965 fortgesetzt hat, als die Gesamtzahl der Personenschadensunfälle rückläufig war. Das Ausmaß dieser Auseinanderentwicklung ist derartig eklatant, daß hierdurch auch der ab und an erhobene Einwand überspielt wird, daß ein Teil der Zunahme der Alkoholdelikte möglicherweise auf eine Verbesserung des Erfassungsgrades zurückzuführen sei — insbesondere seit Anwendung der Alcotest-Prüfgeräte durch die Polizei<sup>2)</sup>.

### 3. Die besondere Gefährlichkeit der Alkoholunfälle

Charakteristisch für die Alkoholunfälle ist aber nicht nur, daß sie besonders zahlreich sind, sondern auch, daß sie im Regelfall erheblich schwerere Unfallfolgen nach sich ziehen, als Unfälle, bei denen kein Alkohol im Spiel war.

#### Jeder vierte Unfalltote ein Opfer des Alkohols

Bei den knapp 1 900 Alkoholunfällen des Jahres 1969 kamen insgesamt 74 Menschen ums Leben. Rund 1 100 Verkehrsteilnehmer wurden schwer und 1 400 leicht verletzt, so daß sich eine Zahl von insgesamt 2 600 Verunglückten ergibt. Bezieht man diese Zahlen auf die Gesamtzahl aller bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten des Jahres 1969, so läßt sich unschwer errechnen, daß knapp 17 % aller Verunglückten bei Unfällen mit Alkoholeinfluß zu Schaden kamen.

Ein erstes Indiz dafür, daß Alkoholunfälle besonders schwere Unfallfolgen aufweisen, ergibt sich daraus, daß die entsprechenden Quoten mit knapp 23 % aller im Straßenverkehr Getöteten und 18 % aller Schwerverletzten weitaus höher lagen. Jeder fünfte bis sechste Schwerverletzte und knapp jeder vierte Unfalltote ist damit ein Opfer des Alkohols. Das ist um so erschreckender, als diese Unfälle größtenteils vermeidbar wären oder aber doch wesentlich milder auslaufen könnten. Während bei den übrigen Unfällen die Beteiligten oft mit einer plötzlichen Gefahrensituation konfrontiert werden, deren Bewältigung ihre Fähigkeiten übersteigt, liegt hier das menschliche Versagen viel früher, dann nämlich, wenn der Angetrunkene sich entschließt, trotz Alkoholeinflusses am Straßenverkehr teilzunehmen.

#### Erheblich schwerere Unfallfolgen bei Alkoholunfällen

Um zu zeigen, in welchem Ausmaß sich die Unfallfolgen bei Alkohol- und Nichtalkoholunfällen unterscheiden, sind für beide Unfallarten die jeweils Ver-

unglückten nach der Schwere der Unfallschäden aufgegliedert (Tabelle 2). In allen Jahren seit 1965 zeigt sich ganz eindeutig, daß der Anteil der Getöteten und der Schwerverletzten an den Verunglückten bei Alkoholunfällen wesentlich höher ist als bei Nichtalkoholunfällen. Da die Zahlen in den einzelnen Jahren verhältnismäßig klein und damit für zufällige Abweichungen anfällig sind, wurden abschließend in dieser Tabelle die Ergebnisse der fünf Jahre zwischen 1965 und 1969 zusammengefaßt. Während bei den Nichtalkoholunfällen nur 2,0 % aller Verunglückten getötet wurden, war diese Quote bei den Alkoholunfällen um etwa die Hälfte höher (2,9 %). Auch der Anteil der Schwerverletzten überstieg mit 41,1 % bei Alkoholunfällen die entsprechende Quote der Nichtalkoholunfälle beträchtlich (35,1 %).

Tabelle 2

#### Unfallfolgen bei Alkohol- und Nichtalkoholunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1965 bis 1969

Jahre	Verunglückte insgesamt	davon					
		Getötete		Schwer-verletzte		Leichtverletzte	
		Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1
		1	2	3	4	5	6
Alkoholunfälle							
1965 ...	1 910	71	3,7	745	39,0	1 094	57,3
1966 ...	2 359	84	3,5	917	38,9	1 358	57,6
1967 ...	2 445	50	2,0	1 036	42,4	1 359	55,6
1968 ...	2 463	67	2,7	1 049	42,6	1 347	54,7
1969 ...	2 583	74	2,9	1 088	42,1	1 421	55,0
1965-1969	11 760	346	2,9	4 835	41,1	6 579	56,0
Nichtalkoholunfälle							
1965 ...	11 681	243	2,1	3 769	32,3	7 669	65,6
1966 ...	12 491	246	2,0	4 080	32,6	8 165	65,4
1967 ...	12 377	267	2,2	4 335	35,0	7 775	62,8
1968 ...	13 156	226	1,7	4 877	37,1	8 053	61,2
1969 ...	12 860	252	2,0	4 904	38,1	7 704	59,9
1965-1969	62 565	1 234	2,0	21 965	35,1	39 366	62,9

Nimmt man als Maßzahl für die Schwere der Unfälle die Zahl der Verunglückten bezogen auf 100 Personenschadensunfälle, so zeigt Tabelle 3, daß bei Nichtalkoholunfällen 1969 im Schnitt 133 Personen getötet oder verletzt wurden. Bei Alkoholunfällen verunglückten dagegen 139 Menschen bei je 100 Unfällen<sup>3)</sup>. Mit anderen Worten ausgedrückt heißt das, daß bei einem Alkoholunfall im Durchschnitt mehr Menschen zu Schaden kommen als bei einem Unfall ohne Alkoholeinfluß. Das wird zum Teil daran liegen, daß bei Alkoholunfällen verhältnismäßig häufig die Nebenursache „erhöhte Geschwindigkeit“ festgestellt wird. Bei Geschwindigkeitsunfällen treten erfahrungsgemäß meist erhebliche Unfallschäden auf. Es mag aber möglicherweise auch von Bedeutung sein, daß bei abendlichen und nächtlichen „Vergnügungsfahrten“ — und diese spielen bei Alkoholunfällen leider eine beträchtliche Rolle<sup>4)</sup> —, die durchschnittliche Fahrgastbesetzung der Fahrzeuge höher liegt als am Tage. Immerhin zeigt Tabelle 3, daß diese Kennziffer bei den Alkoholunfällen nicht nur höher ist, sondern auch seit 1965 wesentlich schneller gestiegen ist als bei Nichtalkoholunfällen. Der leichte Rückgang zwischen 1968 und 1969 kann dabei zufallsbedingt sein.

<sup>2)</sup> Die Polizei setzt in Hamburg seit Anfang der sechziger Jahre Alcotest-Prüfgeräte ein, ohne daß sich dadurch wesentliche Änderungen in der Kurve der Alkoholunfälle ergeben hätten.

<sup>3)</sup> Im Vorjahr war die Diskrepanz der beiden Kennziffern noch größer, da bei Nichtalkoholunfällen auf 100 Unfälle ebenfalls 133 Verunglückte kamen, bei Alkoholunfällen jedoch 141.

<sup>4)</sup> Aus einer 1964 durchgeführten Sonderuntersuchung ging hervor, daß 72 % aller Alkoholunfälle sich in der Zeit zwischen 18 und 6 Uhr ereigneten (vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1967, März-Heft, S. 53 f.).

Tabelle 3

**Kennziffer zur Beurteilung der Schwere von Alkohol- und Nichtalkoholunfällen in Hamburg 1965 bis 1969**

Jahre	Auf 100 Personenschadensunfälle entfielen ... Verunglückte		Auf 100 Leichtverletzte entfielen ... Getötete und Schwerverletzte	
	bei Alkoholunfällen	bei Nichtalkoholunfällen	bei Alkoholunfällen	bei Nichtalkoholunfällen
	1	2	3	4
1965 .....	135	131	75	52
1966 .....	135	132	74	53
1967 .....	138	132	80	59
1968 .....	141	133	83	63
1969 .....	139	133	82	67

Mit der Zahl der Verunglückten je Unfall wird jedoch noch nicht berücksichtigt, daß es einen beträchtlichen Unterschied bedeutet, ob es sich bei den Unfallopfern um Leichtverletzte oder um Schwerverletzte oder gar Getötete handelt. Zur Ergänzung der obigen Aussage bietet sich daher eine Kennziffer an, die die

Schwere der bei einem Unfall aufgetretenen Personenschäden mißt. Dies kann am besten dadurch geschehen, daß man die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten auf je 100 Leichtverletzte berechnet. Leider ist es nicht möglich, die Aussagefähigkeit dieser Kennziffer dadurch noch zu erhöhen, daß man auch die unverletzt gebliebenen Verkehrsteilnehmer in die Rechnung einbezieht. Während 1969 bei den Nichtalkoholunfällen 67 Getötete und Schwerverletzte auf 100 Leichtverletzte entfielen, waren es bei den Alkoholunfällen nicht weniger als 82. Diese Kennziffer deutet an, daß das Risiko, daß man bei einem Personenschadensunfall getötet wird oder schwere Gesundheitsschäden erleidet, bei Alkoholunfällen wesentlich höher ist als bei Unfällen, bei denen kein Alkohol im Spiel ist. Allerdings zeigt ein Zeitvergleich mit 1965, daß die Maßzahl für die Schwere der Personenschäden bei den Nichtalkoholunfällen zwar auf einem geringeren Niveau liegt, daß sie aber andererseits auch stärker gestiegen ist als die der Alkoholunfälle.

#### 4. Zusammenfassung

Im Gegensatz zur Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden insgesamt sind die Alkoholunfälle in Hamburg in einem bedenklichen Ausmaß gestiegen. Während zwischen 1953 und 1969 die Personenschadensunfälle ohne Alkoholeinfluß nur um 6 % anstiegen, ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Alkoholunfälle auf mehr als das Dreieinhalbfache angewachsen. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von nicht weniger als knapp 16 %. Dadurch hat sich der Anteil der Unfälle, die durch alkoholisierte Fahrer verursacht wurden, von 5,5 % (1953) auf 16,2 % im Jahre 1969 erhöht.

Alkoholunfälle sind aber bedauerlicherweise nicht nur sehr zahlreich, sie erweisen sich im Regelfall auch als besonders gefährlich. Bei den knapp 1 900 Alkoholunfällen des Jahres 1969 wurden insgesamt 2 600 Personen getötet oder verletzt. Damit entfielen auf 100 Unfälle, bei denen Alkoholeinfluß eine Rolle spielte, 139 Verunglückte. Diese Kennziffer liegt deutlich höher als bei Nichtalkoholunfällen (133). Bedenklich ist aber vor allem, daß auch die Unfallfolgen bei Alkoholunfällen viel schwerer sind. So ist im Durchschnitt der letzten Jahre der Anteil der Getöteten (2,9 %) und der Schwerverletzten (41,1 %) an den bei Unfällen mit Alkoholeinfluß verunglückten Personen erheblich höher als bei Unfällen ohne Alkohol (2,0 % bzw. 35,1 %). Während 1969 bei den durch alkoholisierte Fahrer verursachten Unfällen auf 100 Leichtverletzte 82 Getötete und Schwerverletzte entfielen, lag diese Maßzahl, die die Schwere der Unfallschäden ausdrückt, bei allen Nichtalkoholunfällen mit 67 wesentlich niedriger.

Rechnet man diese negativen Aspekte zusammen und berücksichtigt man den Umstand, daß die Alkoholunfälle ein Ausmaß erreicht haben, das geeignet ist, das gesamte Unfallbild negativ zu beeinflussen, so ist es kaum übertrieben, wenn man feststellt, daß diese Entwicklung bedrohliche Formen angenommen hat. Bei jedem sechsten Personenschadensunfall war 1969 einer der Unfallbeteiligten angetrunken und jeder vierte im Straßenverkehr Getötete war ein Opfer des Alkohols.

Hans-Eckhard Stegen

# Personalfluktuation in der hamburgischen Verwaltung 1968/69

— Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen  
und Löhne im öffentlichen Dienst —

## 1. Einleitung

Mit dem Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968 hat sich unter anderem auch diese bemerkenswerte Neuerung vollzogen: Die sonst rein statische Betrachtungsweise der amtlichen Bundesstatistik über die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist erstmalig durch eine dynamische ergänzt worden. Der Personalkörper wurde nun nicht nur in seinem Bestand, sondern auch in seiner Bewegung, in der Form von Zu- und Abgängen, untersucht. Die Zeit war reif dazu. Denn im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu einem Voll- und Überbeschäftigungsniveau in der Bundesrepublik Deutschland tritt das Phänomen der Arbeitnehmermobilität auch auf dem öffentlichen Sektor immer fühlbarer auf. Die Gewinnung eines Anhalts für den durch die Personalfluktuation insgesamt entstehenden Personalbedarf und eine Diagnose der Arbeitsplatzwechselursachen ließen sich also nicht mehr länger aufschieben. In das Programm der einmaligen Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst 1968/69 haben somit detaillierte Angaben über die Personalzu- und -abgänge nach Arten in der Gliederung nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe sowie Geschlecht Eingang gefunden, ein Datenkomplex, der zwar nicht alle — so fehlt beispielsweise das Merkmal „Beruf“ und das Merkmal „Betriebszugehörigkeitsdauer“ als Maß für die Belegschaftsstabilität —, aber doch wichtige, an eine aussagefähige Personalwechselstatistik zu stellende Anforderungen erfüllt.

Als Zeitraum für die Zusammenstellung der zu erhebenden Zahlen des Personalwechsels wurde ein volles Jahr vom 1. Oktober 1968 an gewählt. Unter Ausschaltung saisonal bedingter Schwankungen wollte man den erforderlichen Gesamtüberblick über die Personalfluktuation unter Berücksichtigung der hierzu benötigten Anschreibung der Fälle durch die Beschäftigungsstellen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt bekommen.

Oberbegrifflich wird die Bezeichnung „Personalfluktuation“ (hier als Synonyme verwendet für: Personalwechsel, Arbeitsplatzwechsel, Arbeitnehmermobilität) im Rahmen dieser Statistik ambivalent ausgelegt. Sie beinhaltet die Abgangs- wie die Zugangsseite, was nicht ausschließt, daß bei getrennter Darlegung von Zu- und Abgängen die Bezeichnung ebenfalls benutzt wird. In der einschlägigen betriebswirtschaftlichen Literatur versteht man dagegen unter „Personalfluktuation“ gelegentlich nur die Personalabgänge. Da letzteren naturgemäß das Hauptinteresse gilt, liegt die Betonung der nachfolgenden Ausführungen darauf.

Wie die anderen Teile der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst hatte die Personalwechselstatistik ebenfalls in Hamburg die Adressaten „Hoheitsverwaltung“, „nichtrechtsfähige, kaufmännisch betriebene öffentliche Wirtschaftsunternehmen“<sup>1)</sup> und „Sozialversicherungsträger“. Diese Abhandlung geht nur auf die zusammengefaßten Bereiche „Hoheitsverwaltung“ und „Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit“ ein, die der Einfachheit halber als Verwaltung bezeichnet werden.

Was die zu subsumierenden Fälle anbelangt, so hat man sich nicht für den Personalwechsel im engeren Sinne entschieden, der durch vorübergehende oder definitive Austritte von in der Verwaltung Beschäftigten entsteht, die eine unmittelbare Ersetzung durch Neu- oder Wiedereinstellung notwendig machen. Man hat im Gegenteil die Abgrenzung so umfassend wie möglich gewählt. Das bedeutet, daß neben Kündigungen, Versetzungen usw. auch die naturbedingten, d. h. biologisch bedingten Veränderungen des Personalkörpers, hervorgerufen beispielsweise durch Ableben, durch Erreichen der Altersgrenze, durch Invalidisierung, erfaßt wurden, ferner neben den Ersatzeinstellungen die Neueinstellungen aufgrund eines erweiterten Stellenplans. Selbst die (quasi) innerbetriebliche Fluktuation fand Berücksichtigung. Versteht man nämlich die gesamte Hamburger Verwaltung als einen Superbetrieb, dann gehören Übergänge von einer Behörde zur anderen folgerichtig zum innerbetrieblichen Arbeitsplatzwechsel. Versetzungen innerhalb einer Behörde bleiben jedoch ausgenommen. Um das Bild vom Personalwechsel abzurunden, wurden zudem die Bewegungen bei dem in Ausbildung befindlichen Personal registriert, so u. a. die Zu- und Abgänge von Medizinalassistenten, Justizreferendaren. Auch das Ausscheiden und das baldige Wiedereintreten eines Assessors nach bestandener Prüfung war als Personalab- und -zugang anzuschreiben, zumal mit dieser Veränderung ja auch ein Wechsel des Dienstverhältnisses verbunden sein konnte. Nicht erfaßt wurden die Personalbewegungen bei der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten.

## 2. Personalfluktuation nach Geschlecht und Dienstverhältnis

Bei dem Personal der öffentlichen Verwaltung handelt es sich, allgemein betrachtet, um eine sog. Erneuerungsmasse, um eine offene Gesamtheit. Der Personalkörper ist im Zeitablauf durch ständige Zugänge (Neueinstellungen von Arbeitnehmern) und Abgänge (Beendigung des Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern) einer kontinuierlichen Veränderung hinsichtlich seiner strukturellen Komposition oder auch bezüglich der Höhe seines zahlenmäßigen Bestands unterworfen. Diese beiden Be-

<sup>1)</sup> Enumeration im Anhang zum hamburgischen Stellenplan zu finden.

wegungsmassen, die Zugangsmasse der Neueingestellten und die Abgangsmasse der ausscheidenden Bediensteten, verändern im Zeitablauf den Personalbestand der Verwaltung.

Im Durchschnitt hat beinahe jeder sechste Bedienstete seinen Arbeitsplatz aufgegeben bzw. gewechselt

Die im Rahmen der Personalstrukturhebung durchgeführte Registrierung des Personalwechsels förderte ein zunächst mal in seiner Höhe bemerkenswertes Ergebnis zutage. Im Verlauf einer Zeitspanne von nur zwölf Monaten wurden in der hamburgischen Verwaltung 27 397 Arbeitsplatzwechselfälle festgestellt, wovon 13 521 Abgänge und 13 876 Zugänge waren. Was diese Zahlen besagen, wird erst dann so recht deutlich, wenn man sie in Relation zum Personalbestand<sup>2)</sup> sieht. Danach sind 16,8 % aller hauptberuflich vollbeschäftigten Bediensteten ausgeschieden; gleichzeitig sind jedoch gemessen am Personalbestand 17,2 % in den öffentlichen Dienst neu oder wieder eingetreten. Der Saldo dieser beiden Bewegungsmassen gibt den Zugängen ein leichtes Übergewicht. Zweifellos ist es in Anbetracht der kostenbezogenen Auswirkungen ein für die staatliche Personalwirtschaft ernstzunehmender Tatbestand, wenn im Durchschnitt beinahe jeder sechste Bedienstete seinen Arbeitsplatz aufgegeben bzw. gewechselt hat! Denn bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses, der Anwerbung und Einstellung einer Ersatzkraft, der Einarbeitung usw. entstehen Kosten, welche je nach Qualifikation des Bediensteten niedriger oder höher sein können.

Abgangsfrequenz der Frauen doppelt so hoch wie die der Männer

Um in die Struktur der Personalfluktuations einzudringen, muß man die Gesamtdurchschnittszahlen unter

Tabelle 1

**Personalwechsel hauptberuflich Vollbeschäftigter  
vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969 nach Dienstverhältnis  
und Geschlecht**

Dienstverhältnis  Geschlecht	Abgänge		Zugänge		Saldo der Ab- und Zugänge	
	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes
	1	2	3	4	5	6
Beamte/Richter	2 588	7,5	2 958	8,6	+ 370	1,1
davon						
männlich	1 872	7,0	1 851	6,9	— 21	0,1
weiblich	716	9,2	1 107	14,2	+ 391	5,0
Angestellte	8 394	24,5	8 660	25,3	+ 266	0,8
davon						
männlich	2 797	18,1	2 809	18,2	+ 12	0,1
weiblich	5 597	29,8	5 851	31,1	+ 254	1,4
Arbeiter	2 539	21,3	2 258	19,0	— 281	2,4
davon						
männlich	1 757	18,1	1 483	15,3	— 274	2,8
weiblich	782	35,6	775	35,3	— 7	0,3
Insgesamt	13 521	16,8	13 876	17,2	+ 355	0,4
davon						
männlich	6 426	12,4	6 143	11,8	— 283	0,5
weiblich	7 095	24,7	7 733	26,9	+ 638	2,2

<sup>2)</sup> am 1. April-1969.

einer Reihe verschiedener Gesichtspunkte analysieren. Als erster Schritt in dieser Richtung sollen die Ergebnisse in der Unterscheidung nach dem Geschlecht betrachtet werden. Es zeigt sich, daß der Arbeitsplatzwechsel bei den weiblichen Bediensteten den bei den männlichen absolut wie relativ übertrifft. Erstere hatten 14 828 Personalwechselfälle zu verzeichnen, letztere 12 569. Die Fluktuationskennzahlen — Ab- und Zugänge in % des jeweiligen Personalbestands — geben einen noch frappanteren Geschlechterunterschied zu erkennen. So war die Abgangsfrequenz der Frauen doppelt so hoch wie die der Männer und das Gegenstück, die Zugangsfrequenz, betrug sogar das 2,3fache. Will man Erklärungen für diese Divergenzen im Stabilitätsgrad von weiblichen und männlichen Arbeitnehmern finden, dann erweist es sich als unerlässlich, eine genaue Analyse der Arbeitsplatzwechselursachen vorzunehmen. Zuvor jedoch ein Blick auf die Zusammensetzung der Fluktuationshäufigkeit nach dem Dienstverhältnis und der Laufbahngruppe.

Verhältnismäßig geringe Abgangsintensität bei Beamten und Richtern

Das Dienst- oder Anstellungsverhältnis des Staatspersonals kennt vier Ausprägungen: den Richter, den Beamten, den Angestellten und den Arbeiter. Während Richter und Beamte je für sich einem besonderen öffentlich-rechtlichen Treue- bzw. Anstellungsstatus unterliegen, sind Angestellte und Arbeiter Arbeitnehmer aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages. Der Begriff „Arbeitnehmer“ wird in dieser Abhandlung dessenungeachtet extensiv verwendet, d. h. für alle vier Dienstkategorien gemeinsam.

Von der Gesamtheit der 27 397 Personalwechselfälle entfielen 62,3 % auf die Angestellten, 20,2 % auf die Richter und Beamten sowie 17,5 % auf die Arbeiter. Die echte Abstufung nach dem Dienstverhältnis zeigen aber die Fluktuationskennzahlen auf, weil erst sie den eigentlichen Vergleich ermöglichen. So wurde bei den Angestellten auf der Abgangsseite ein Fluktuationsgrad von 24,5 %, bei den Arbeitern von 21,3 % und den Beamten sowie Richtern von 7,5 % ermittelt. Am auffälligsten unterscheidet sich die geringe Abgangsintensität der Beamten/Richter von der der zwei anderen Personalkategorien, was allerdings ohne weiteres mit der besonderen Rechtsnatur ihres Dienstverhältnisses zu erklären ist; der typische Beamte ist ja eben Beamter auf Lebenszeit. Beamte und Richter werden hier als eine Gruppe behandelt, da die Zahl der Richter zu klein ist, um sie getrennt auszuweisen.

Auf der Zugangsseite sind im großen und ganzen dieselben Relationen zu finden, während die Saldobildung den Beamtinnen und den weiblichen Angestellten ein Einstellungsplus und den Arbeitern ein Einstellungsdefizit für das Berichtsjahr bescheinigt.

### 3. Personalfluktuations nach Laufbahngruppen

Von Interesse ist auch zu erfahren, wie der Arbeitsplatzwechsel je nach Qualifikation des Personals, d. h. von Laufbahngruppe zu Laufbahngruppe streut.



Unter dem Laufbahnprinzip, das zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG gehört, versteht man die Aufgliederung der Beamtenverhältnisse in die vier Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes, für die der Bewerber durch eine bestimmte Vorbildung, die durch einen besonderen Gang der Ausbildung und durch abschließende Prüfungen den Nachweis ihrer Befähigung erbringen müssen. Mutatis mutandis läßt sich sagen, daß für die einfache Laufbahn der Volksschulabschluß, für die mittlere Laufbahn die mittlere Reife, für die gehobene Laufbahn das Abitur und für die höhere Laufbahn ein mit einer anerkannten Prüfung abgeschlossenes Hochschulstudium Vorbedingung ist. Eine gesetzlich geregelte Einteilung der Angestellten nach Laufbahngruppen gibt es dagegen nicht; sie werden aber ihrer Funktion gemäß weitgehend den Beamten vergleichbar eingestuft, so daß bestimmte Vergütungsgruppen den Besoldungsgruppen einer Beamtenlaufbahn korrespondieren. Bei den Arbeitern schließlich existiert diese Klassifizierung überhaupt nicht.

Tabelle 2

**Personalwechsel hauptberuflich Vollbeschäftigter vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969 nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppe**

Dienstverhältnis  Laufbahn- bzw. vergleichbar zusammengefaßte Vergütungsgruppen	Abgänge		Zugänge		Saldo der Ab- und Zugänge	
	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes	Anzahl	in % des jeweilig. Personalbestandes
	1	2	3	4	5	6
Beamte/Richter davon höherer Dienst ....	2 588	7,5	2 958	8,6	+ 370	1,1
gehobener Dienst ....	1 052	11,8	1 219	13,6	+ 167	1,9
mittlerer Dienst ....	798	6,7	866	7,2	+ 68	0,6
einfacher Dienst ....	724	5,4	825	6,2	+ 101	0,8
Angestellte ...	14	5,5	48	18,8	+ 34	13,3
davon übertariflich, BAT Ia bis IIb ...	8 394	24,5	8 660	25,3	+ 266	0,8
BAT III bis Va/b, Kr. VII bis X	1 113	39,1	1 520	53,4	+ 407	14,3
BAT Vc bis VIII, Kr. II bis VI	575	13,1	548	12,5	— 27	0,6
BAT IXa/b, X, Kr. I ...	4 938	20,9	4 636	19,6	— 302	1,3
	1 768	53,4	1 956	59,1	+ 188	5,7

**Überdurchschnittliche Fluktuationsquoten im höheren Dienst**

Beim Betrachten der in Tabelle 2 hierarchisch gegliederten Abgangsergebnisse springen zunächst die überdurchschnittlichen Fluktuationsquoten des höhe-

<sup>3)</sup> d =  $\frac{(\text{Bestand am 1. 4. 1969}) \cdot 2}{(\text{Zugang} + \text{Abgang}) \text{ im Berichtsjahr}}$

ren Dienstes sowohl bei den Angestellten als auch bei den Beamten (einschl. Richter) ins Auge. Die Austrittsrate der Beamten ist stark beeinflußt durch die Miterfassung der Studienreferendare und Justizreferendare sowie der Referendare im höheren technischen Verwaltungsdienst, die lt. § 30 Abs. 5 HmbBG automatisch ausscheiden; sie sind nämlich Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und ihr Beamtenverhältnis endet mit der Ablegung der für ihre Laufbahn vorgeschriebenen Prüfung, soweit dies durch Gesetz, Rechtsverordnung oder allgemeine Anordnung bestimmt ist. Auch die wissenschaftlichen Assistenten, die insbesondere am Universitätskrankenhaus Eppendorf tätig sind und dieses in vielen Fällen nur als Durchgangsstation betrachten, wirken sich auf das Ergebnis aus. Für sie gelten die §§ 198 und 199 HmbBG. Die Abgangsrate der höheren Angestellten hat ein überhöhtes Niveau wegen der mitberücksichtigten Fluktuation der Medizinalassistenten und der angestellten Assistenzärzte. Sehr bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß über die Hälfte des Personalbestandes der Angestellten mit den niedrigsten Vergütungsgruppen im Berichtsjahr 1968/69 aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden ist. Hierbei spielen eine Rolle die zahlreichen Angestellten mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen, ferner das besonders fluktuationsanfällige, nicht examinierte Krankenpflegepersonal, das ebenfalls oft nur aus- hilfsweise beschäftigt wird.

Per Saldo überwog der Personalzuwachs in sämtlichen Laufbahngruppen von Beamten/Richtern, während dies bei den Angestellten nur für die oberste und unterste Laufbahngruppe zutraf; im gehobenen und mittleren Dienst wurden hingegen geringfügige Abnahmen registriert.

**4. Exkurs über die durchschnittliche Beschäftigungsdauer**

Männliche Beamte mit der längsten, Arbeiterinnen mit der kürzesten Betriebszugehörigkeitsdauer

Die vorliegende Personalwechselstatistik hat es nicht unternommen, die Beschäftigungs- (Betriebszugehörigkeits-) dauer der Arbeitnehmer, d. h. die Zeitspanne zwischen Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, als wichtigen Bestimmungsfaktor für das Arbeitsplatzwechselgeschehen zu untersuchen; das Merkmal wurde nicht erfaßt. Um dennoch wenigstens einen Anhaltspunkt für die bloße Größenordnung der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer zu bekommen, ist diese Kennzahl (d) behelfsweise unter Verwendung einer einfachen Formel<sup>3)</sup> rechnerisch

Tabelle 3

**Durchschnittliche Beschäftigungsdauer nach Dienstverhältnis und Geschlecht 1968/69**  
— in Jahren —

Dienstverhältnis	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Beamte/Richter	14,4	8,5	12,5
Angestellte	5,5	3,3	4,0
Arbeiter	6,0	2,8	5,0
Insgesamt	8,3	3,9	5,9

risch ermittelt worden, und zwar kombiniert nach Dienstverhältnis und Geschlecht. Die Resultate sind der Tabelle 3 zu entnehmen. Bei ihrer Beurteilung ist zu bedenken, daß ihnen nicht mehr als approximative Aussagekraft innewohnt.

Vergleicht man die durchschnittliche Beschäftigungsdauer sinnvollerweise mit der Abgangsrate, dann zeigt sich, daß beide negativ miteinander korreliert sind, mit anderen Worten, sie haben eine gegenläufige Tendenz: je höher die mittlere Beschäftigungsdauer, um so niedriger die Abgangsrate und umgekehrt. So ist es denn nicht verwunderlich, wenn sich die männlichen Beamten mit der längsten und die Arbeiterinnen mit der kürzesten Betriebszugehörigkeitsdauer ausweisen.

##### 5. Fluktuationsmotive

Die statistische Erfassung der Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels reicht für eine zweckentsprechende Personalpolitik zur Kontrolle und Beeinflussung der Arbeitsplatzwechselvorgänge noch nicht aus. Denn hohe Fluktuationszahlen können lediglich ein Warnsignal für die Personalleitung sein, daß etwas im betrieblichen Organismus nicht in Ordnung ist. Um die richtigen und geeigneten Maßnahmen zur Lenkung des Personalwechsels hinsichtlich seines Umfangs und seiner Wirkungsrichtung ergreifen zu können, muß aber ergänzend eine Diagnose der Personalwechselmotive vorgenommen werden.

In dem Berichtsstellenbogen für die zu meldenden Personalzu- und -abgänge waren die Abgänge der hauptberuflich vollbeschäftigten Bediensteten in zwei Hauptgruppen eingeteilt: Abgänge vor Erreichen einer Altersgrenze — Abgänge nach Erreichen einer Altersgrenze. Innerhalb dieser Gruppen wurden noch andere Unterscheidungen getroffen, die sich als biologische und nichtbiologische Ausscheidungsgründe systematisieren lassen.

Zu ersteren, den naturbedingten Anlässen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses, zählten das Ableben, die vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) und das Erreichen einer Altersgrenze schlechthin.

Nichtbiologische Faktoren waren die Auflösung des Dienstverhältnisses nach Zeitablauf, die Kündigung seitens des Arbeitgebers und seitens des Arbeitnehmers sowie der Übergang zu anderen Dienstherren oder Dienststellen der öffentlichen Verwaltung.

Die Residualspalte „Sonstige auf eigenen Wunsch Ausgeschiedene“ erfährt eine zusätzliche Aufschlüsselung in „Übergänge als Arbeitnehmer in die Privatwirtschaft“ (insbesondere aus Gründen einer dort höheren Bezahlung), „Übernahme einer selbständigen Tätigkeit“ (als Unternehmer oder freiberuflich Tätiger), „die vollständige Aufgabe der Erwerbstätigkeit“ und in „sonstige oder unbekannte Gründe des Ausscheidens auf eigenen Wunsch“. Sämtliche die Restspalte differenzierenden Angaben waren nur summarisch, d. h. ohne Untergliederung nach dem Dienstverhältnis, der Laufbahngruppe und dem Geschlecht zu machen.

Bei den Personalzugängen hat man sich begnügt, danach zu fragen, ob die eingestellten Arbeitnehmer von anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes gekommen und wie viele auf unbestimmte oder begrenzte Zeit eingestellt worden sind.

Nicht alle Fluktuationsmotive ließen sich aus der Sache heraus objektiv feststellen. Es mußte deshalb auch mittels Abgangsinterviews bzw. durch Befragung der bisherigen Vorgesetzten nach den Ursachen des Arbeitsplatzwechsels geforscht werden. Dabei war natürlich nicht ganz auszuschließen, daß auch subjektiv gefärbte, die genuinen Motive verschleiерnde Begründungen abgegeben wurden.

Wenig Schwierigkeiten bereitete hingegen die eindeutige Zuordnung der konkreten Einzelfälle zu einer der Ursachenkategorien, weil sich die Gründe für einen Arbeitsplatzwechsel weitgehend gegenseitig ausschlossen. Gewisse Überschneidungen hätten sich jedoch beim Ausscheiden auf eigenen Wunsch und beim Übergang zu anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes ergeben können. Dem wurde dadurch begegnet, daß man die Rubrik „Übergang zu anderen Dienstherren oder Dienststellen“ auf den Nachweis der Versetzten und mit dem Ziel der Versetzung Abgeordneten beschränkte.

Da die den öffentlichen Dienst aus freien Stücken quittierenden Arbeitnehmer im Prinzip nicht verpflichtet sind, sich über ihren Beweggrund zu äußern, konnte bei einer Anzahl von Abgängen dieser Gruppe die Motivierung nicht in Erfahrung gebracht werden.

##### Dominanz der Personalabgänge vor Erreichen einer Altersgrenze

Die erste überraschende Feststellung, zu der man bei der Auswertung der Tabelle 4 kommt, ist die Dominanz der Personalabgänge vor Erreichen einer Altersgrenze. Das ist deshalb auf den ersten Blick so überraschend, weil doch nicht das Ausscheiden vor, sondern nach Überschreitung der Altersgrenze eigentlich den Normalfall darstellt, und man aus diesem Grund hätte erwarten können, daß letztere in entscheidendem Maße überwiegen. Statt dessen entfallen von den insgesamt 13 521 Abgängen 11 811 oder 87,4 % auf die vor Erreichen einer Altersgrenze und nur 1 710 oder 12,6 % auf die nach Erreichen einer Altersgrenze. Mehr ins Detail einsteigend sieht man, daß das zu einem guten Teil mit der Zusammensetzung der erfaßten Fluktuationsfälle erklärbar ist. Allein die automatisch endenden, zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beanspruchen einen Anteil von gut 25 %. Wenn man ferner bedenkt, wie viele Bedienstete nach abgeschlossener Ausbildung kraft Gesetzes erst pro forma ausscheiden müssen, um alsbald wieder eingestellt zu werden, dann ist zu verstehen, daß der echte, vom Dienstherren beeinflussbare Personalwechsel wesentlich unterhalb der erwähnten 87 %-Marge liegt. Immerhin dürfte der verbleibende Anteil der Abgänge vor Erreichen einer Altersgrenze, die wegen ihrer Steuerungsmöglichkeiten für die Personalpolitik von außerordentlicher Bedeutung sind, noch mehr als 50 % betragen. Es muß im Interesse einer rationellen Betriebsführung liegen, diese Quote tunlichst gering zu halten!

Tabelle 4

Personalwechsel hauptberuflich Vollbeschäftigter vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969 nach Dienstverhältnis und Gründen

Gründe der Ab- bzw. Zugänge	Beamte und Richter			Angestellte			Arbeiter			Insgesamt	
	absolut	in % der		absolut	in % der		absolut	in % der		absolut	in % der
	1	Ab- bzw. Zugänge insgesamt	Zeilen- gesamt- heit	2	Ab- bzw. Zugänge insgesamt	Zeilen- gesamt- heit	3	Ab- bzw. Zugänge insgesamt	Zeilen- gesamt- heit	4	Ab- bzw. Zugänge insgesamt
Abgänge .....	2 588	100	19,1	8 394	100	62,1	2 539	100	18,8	13 521	100
davon vor Erreichen einer Altersgrenze .....	2 020	78,1	17,1	7 654	91,2	64,8	2 137	84,2	18,1	11 811	87,4
davon durch Ableben .....	90	3,5	33,0	133	1,6	48,7	50	2,0	18,3	273	2,0
durch vorzeitige Dienst-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeit ...	125	4,8	26,8	179	2,1	38,4	162	6,4	34,8	466	3,4
nach Zeitablauf .....	—	—	—	2 953	35,2	86,7	453	17,8	13,3	3 406	25,2
durch Entlassung durch die Beschäftigungsstelle ...	530	20,5	36,1	540	6,4	36,8	399	15,7	27,2	1 469	10,9
auf eigenen Wunsch .....	578	22,3	13,0	3 084	36,7	69,4	780	30,7	17,6	4 442	32,9
durch Übertritt zu anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes .....	697	26,9	39,7	765	9,1	43,6	293	11,5	16,7	1 755	13,0
nach Erreichen einer Altersgrenze .....	568	21,9	33,2	740	8,8	43,3	402	15,8	23,5	1 710	12,6
davon allgemeine Altersgrenze und später .....	345	13,3	29,5	496	5,9	42,4	329	13,0	28,1	1 170	8,7
besondere Altersgrenze ..	223	8,6	41,3	244	2,9	45,2	73	2,9	13,5	540	4,0
Zugänge .....	2 958	100	21,3	8 660	100	62,4	2 258	100	16,3	13 876	100
davon von anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes .....	562	19,0	36,5	849	9,8	55,1	129	5,7	8,4	1 540	11,1
sonstige Zugänge	2 396	81,0	19,4	7 811	90,2	63,3	2 129	94,3	17,3	12 336	88,9

Hauptsächlichste Austrittsmotiv: Beendigung des Dienstverhältnisses auf eigenen Wunsch

In der Palette der einzelnen Austrittsmotive spielt die Beendigung des Dienstverhältnisses auf eigenen Wunsch die größte Rolle. Jeder dritte Bedienstete, der aus dem Hamburger Staatsdienst ausgeschieden ist, tat dies auf eigenes Verlangen hin, d. h. er kündigte von sich aus. In der Berichtszeit vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969 machten davon insgesamt 4 442 Angehörige des öffentlichen Dienstes Gebrauch. Darunter befanden sich 795 Frauen (=18%), die wegen Übernahme häuslicher Pflichten (Heirat, Mutterpflichten, Hausfrauenaufgaben) aus dem Arbeitskräftevolumen ausschieden, um später vielleicht wieder die Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Aufgrund einer kleinen Anfrage im Bundestag wurde nachträglich auch eine Interpretation der sonstigen Gründe, die zu einer Kündigung durch den Arbeitnehmer führten, veranlaßt. Dabei stellte sich heraus, daß von 3 647 auf eigenen

Wunsch ausgeschiedenen Bediensteten 36 % in die Privatwirtschaft übergewechselt hatten, zur Hauptsache, weil für sie dort eine bessere Bezahlung erzielbar war; 6 %, vorwiegend Ärzte der staatlichen Krankenhäuser, hatten sich für die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit entschieden; 9 % schieden völlig aus dem Erwerbsleben aus und 49 % gaben anderweitige Gründe oder überhaupt keinen Grund an. Verhältnismäßig wenige Abgänge vor Erreichen der Altersgrenze wurden aus biologischen Ursachen registriert: 273 Personen (2,0 %) starben und 466 (3,4 %) wurden vorzeitig durch Erkrankung oder Unfall dienst-, berufs- oder erwerbsunfähig.

Lediglich zwei Unterscheidungen hat man bei den Personalabgängen nach Erreichen einer Altersgrenze getroffen: einmal die allgemeine Altersgrenze und später, zum anderen die besonderen Altersgrenzen. Die allgemeine gesetzliche Altersgrenze der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist auf das vollendete

65. Lebensjahr abgestellt, die der Sonderlaufbahnen der Polizei und Feuerwehr auf das vollendete 60. Lebensjahr. Der Richter auf Lebenszeit oder Zeit tritt mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem er das 68. Lebensjahr vollendet. Hochschullehrer scheiden bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze nicht aus, sie emeritieren nur, verbleiben aber auch danach im aktiven Staatsdienst. Eine besondere Altersgrenze gibt es bei den Beamten, welche das 62. Lebensjahr vollendet haben: Sie können auf Antrag auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, sofern keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. Sodann existiert noch eine besondere Altersgrenze für die weiblichen Angestellten und Arbeiter, die bei 60 Jahren liegt, und von der ebenfalls auf Antrag Gebrauch gemacht werden kann. Die Masse der Versetzungen in den Ruhestand vollzog sich beim Überschreiten der regulären gesetzlichen Altersgrenze; 1170 derartige Fälle wurden gezählt. Bezogen auf die Summe aller Abgänge waren das 8,7 %. Die Möglichkeit, schon zu einem früheren Zeitpunkt Pension bzw. Rente zu beziehen, nahmen 540 Angehörige des öffentlichen Dienstes wahr, was einem Anteil an der Gesamtzahl der Abgänge von 4,0 % entspricht.

Je nach gegebenem Anstellungsverhältnis schieben sich diese oder jene Abgangsursachen mehr in den Vordergrund. Bei den Beamten und Richtern spielt der Übertritt zu einem anderen Dienstherren oder einer anderen Behörde die bedeutsamste Rolle. Da das hamburgische Beamtengesetz und das Richter-gesetz — angewandt auf den Landesbereich — den Begriff des Beamten oder Richters auf Zeit im Sinne dieser Erhebung nicht kennen, sind in dieser Gruppe auch keine Abgänge nach Zeitablauf aufgetreten. Die Angestellten im Staatsdienst scheiden in erster Linie auf eigenen Wunsch hin und nach Zeitablauf aus; über 70 % ihrer Fluktuationsfälle sind dergestalt motiviert. Auch die Arbeiter geben ihr Arbeitsverhältnis schwerpunktmäßig auf eigenen Entschluß hin auf.

Fast alle Frauen sind vorzeitig ausgeschieden

Signifikante Unterschiede traten bei den Fluktuationsmotiven des männlichen und weiblichen Personals auf. Nicht nur absolut, sondern auch relativ waren die Abgänge weiblicher Bediensteter vor Erreichen einer Altersgrenze noch weitaus häufiger als die der Männer. Etwas überspitzt kann man sogar sagen, daß fast alle Frauen vorzeitig ausgeschieden sind; nur jede 13. blieb bis zur normalen Altersgrenze im Dienst. Die meisten beendeten ihr Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch oder weil ihre zeitlich begrenzte Beschäftigung auslief. Während bei den Männern aus diesen Gründen 41,2 % ihren Arbeitsplatz aufgaben, waren es bei den Frauen 73,4 %. Persönliche, familiäre Motive dürften bei der Mehrzahl der Frauen ausschlaggebend gewesen sein, die auf eigenen Entschluß hin den Dienst quittiert haben. Zunächst ledig und dann jung verheiratet, arbeiten viele Frauen bis kurz vor der Geburt ihres ersten Kindes, scheiden dann ihrer Mutterpflichten und Hausfrauenaufgaben wegen aus dem Arbeitskräftevolumen aus, um irgendwann vielleicht wieder die Berufstätigkeit aufzunehmen. Die biologischen Gründe, welche zu einem vorzeitigen Abgang führten, spielten bei den Frauen eine noch wesentlich geringere Rolle als bei den Männern: 1,5 % aller weiblichen Abgänge entfielen auf vorzeitige Invalidität und 0,8 % auf Todesfälle; bei den Männern lauteten die korrespondierenden Quoten 5,6 % sowie 3,4 %.

Auf die aus der Merkmalskombination „Gründe der Ab-/Zugänge mit Laufbahngruppen“ resultierenden Informationen soll hier wegen ihres zu speziellen Charakters nicht weiter eingegangen werden. Der Leser vermag aus der Anhangtabelle die ihn interessierenden Details zu entnehmen.

Zum Schluß sei noch ein kurzer Blick auf die Personalzugänge geworfen. Als einzige Differenzierung figuriert hier der Zugang von anderen Dienstherren

Tabelle 5

Personalwechsel hauptberuflich Vollbeschäftigter vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969 nach Geschlecht und Gründen

Gründe der Ab- bzw. Zugänge	Männliche Bedienstete		Weibliche Bedienstete	
	absolut	in % der Ab- bzw. Zugänge insgesamt	absolut	in % der Ab- bzw. Zugänge insgesamt
	1	2	3	4
Abgänge .....	6 426	100	7 095	100
davon vor Erreichen einer Altersgrenze .....	5 250	81,7	6 561	92,5
davon durch Ableben .....	219	3,4	54	0,8
durch vorzeitige Dienst-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeit .....	363	5,6	103	1,5
nach Zeitablauf .....	1 173	18,3	2 233	31,5
durch Entlassung durch die Beschäftigungsstelle .....	923	14,4	546	7,7
auf eigenen Wunsch .....	1 471	22,9	2 971	41,9
durch Übertritt zu anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes .....	1 101	17,1	654	9,2
nach Erreichen einer Altersgrenze .....	1 176	18,3	534	7,5
davon allgemeine Altersgrenze und später .....	994	15,5	176	2,5
besondere Altersgrenze .....	182	2,8	358	5,0
Zugänge .....	6 143	100	7 733	100
davon von anderen Dienstherren oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes .....	800	13,0	740	9,6
sonstige Zugänge .....	5 343	87,0	6 993	90,4

oder Dienststellen des öffentlichen Dienstes. In Relation zur Gesamtheit der Einstellungen waren es 11,1 %, die aus den Diensten einer anderen Gebietskörperschaft in den Dienst des hamburgischen Staates übernommen worden sind bzw. innerhalb der Hamburger Verwaltung die Behörde gewechselt haben. Die entsprechende Beziehungszahl war mit 19,0 % am höchsten bei den Beamten/Richtern; bei den Angestellten erreichte sie 9,8 %, bei den Arbeitern 5,7 %.

Auffallend bei den Einstellungen ist der hohe Prozentsatz der nur auf Zeit in den öffentlichen Dienst Übernommenen: 34,4 % haben temporär befristete Verträge. Den Zugängen ist also von vornherein die sichere Anlage für eine beträchtliche Fluktuation inhärent. Ein Indiz für die zunehmende Beschäftigung von Zeitbediensteten ist der Tatbestand, daß der Anteil der nach Zeitablauf Ausgeschiedenen an sämtlichen Abgängen in der gleichen Zeitspanne merklich geringer war, nämlich 25,2 %.

#### **6. In Zukunft periodische Personalwechselstatistik auf Bundesebene?**

Ähnlich wie die unternehmerische Privatwirtschaft

scheint sich inzwischen auch die öffentliche Hand von der betriebswirtschaftlichen Bedeutung einer Personalwechselstatistik überzeugt zu haben. Der Bund plant nämlich, im Zuge einer Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes vom 8. Juni 1960 auch die regelmäßige Ermittlung von Daten über die Personalfluktuationsstatistik gesetzlich zu verankern. Wie weit der Programmrahmen dabei gesteckt werden soll, ist noch offen. Es ist also damit zu rechnen, daß es sich bei der vorliegenden offiziellen Fluktuationsstatistik nicht um eine isolierte, einmalige Zählung handelt und somit in absehbarer Zeit Vergleichszahlen zur Verfügung stehen werden, die auch etwas über den Entwicklungsgang der Personalfluktuationsstatistik — Rückgang, Stagnation oder Zunahme — auszusagen vermögen.

#### **7. Hinweis auf die Anhangtabelle zu diesem Aufsatz**

Im Anhang sind noch einmal die aggregierten absoluten Ergebnisse der Statistik der Personalzu- und -abgänge in einer Tabelle wiedergegeben, die der Fassung der Originalaufbereitungstabelle der Betriebsstellen vollinhaltlich entspricht.

### **8. Zusammenfassung**

Mit der Personalwechselstatistik 1968/69 ist die sonst rein statische Betrachtungsweise der amtlichen Bundesstatistik über die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erstmalig durch eine dynamische ergänzt worden. Der Personalkörper wurde nun nicht nur in seinem Bestand, sondern auch in seiner Bewegung, in der Form von Zu- und Abgängen, untersucht.

Im Verlauf einer Zeitspanne von lediglich zwölf Monaten (1. Oktober 1968 bis 30. September 1969) wurden in der hamburgischen Verwaltung 27 397 Arbeitsplatzwechselfälle festgestellt, wovon 13 521 Abgänge und 13 876 Zugänge waren. Was diese Zahlen besagen, wird erst dann so recht deutlich, wenn man sie in Relation zum Personalbestand sieht. Danach sind 16,8 % aller hauptberuflich vollbeschäftigten Bediensteten ausgeschieden; gleichzeitig sind jedoch gemessen am Personalbestand 17,2 % in den öffentlichen Dienst neu oder wieder eingetreten. Der Saldo dieser beiden Bewegungsmassen gibt den Zugängen ein leichtes Übergewicht. Zweifellos ist es in Anbetracht der kostenbezogenen Auswirkungen ein für die staatliche Personalwirtschaft ernstzunehmender Tatbestand, wenn im Durchschnitt beinahe jeder sechste Bedienstete seinen Arbeitsplatz aufgegeben bzw. gewechselt hat!

In der Unterscheidung nach dem Geschlecht zeigt sich, daß der Arbeitsplatzwechsel bei den weiblichen Bediensteten den bei den männlichen absolut wie relativ übertraf: So war die Abgangsfrequenz der Frauen doppelt so hoch wie die der Männer und das Gegenstück, die Zugangsfrequenz, betrug sogar das 2,3fache.

Bei den Angestellten wurde auf der Abgangsseite ein Fluktuationsgrad von 24,5 %, bei den Arbeitern von 21,3 % und den Beamten einschl. Richtern von 7,5 % ermittelt. Am auffälligsten unterscheidet sich also die geringe Abgangsintensität der Beamten/Richter von der der zwei anderen Personalkategorien, was allerdings ohne weiteres mit der besonderen Rechtsnatur ihres Dienstverhältnisses zu erklären ist; der typische Beamte ist ja eben Beamter auf Lebenszeit.

Die Ergebnisse nach Laufbahngruppen lassen überdurchschnittliche Fluktuationsquoten des höheren Dienstes sowohl bei den Angestellten als auch bei den Beamten erkennen. Die Austrittsrate der höheren Beamten ist allerdings stark beeinflusst durch die Miterfassung der Studienreferendare und Justizreferendare sowie der Referendare im höheren technischen Verwaltungsdienst, die als Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst lt. § 30 Abs. 5 HmbBG erst einmal automatisch ausscheiden. Auch der häufige Personalwechsel bei den wissenschaftlichen Assistenten wirkt sich auf das Ergebnis aus. Die Abgangsrate der höheren Angestellten hat ein überhöhtes Niveau wegen der mitberücksichtigten Fluktuation der Medizinalassistenten und der angestellten Assistenzärzte. Sehr bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß über die Hälfte des Personalbestandes der Angestellten mit den niedrigsten Vergütungsgruppen ausgeschieden ist. Hierbei spielen jedoch u. a. eine Rolle die zahlreichen Angestellten mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen.

Um die richtigen und geeigneten Maßnahmen zur Lenkung des Personalwechsels hinsichtlich seines Umfanges und seiner Wirkungsrichtung zu ermöglichen, mußte die Statistik auch eine Diagnose der Personalwechselformen vornehmen. Die erste überraschende Feststellung dabei ist die Dominanz der Personalabgänge vor Erreichen einer Altersgrenze. Das ist deshalb auf den ersten Blick so überraschend, weil doch nicht das Ausscheiden vor, sondern nach Überschreitung der Altersgrenze eigentlich den Normalfall darstellt, und man deswegen hätte erwarten können, daß letztere in entscheidendem Maße überwiegen. Statt dessen entfallen von den insgesamt 13 521 Abgängen 87,4 % auf die vor Erreichen einer Altersgrenze und nur 12,6 % auf die nach Erreichen einer Altersgrenze. Das ist zu einem guten Teil mit der Zusammensetzung der erfaßten Fluktuationfälle erklärbar.

In der Palette der einzelnen Austrittsmotive spielt nämlich die Beendigung des Dienstverhältnisses auf eigenen Wunsch die größte Rolle: Jeder dritte Bedienstete, der aus dem Hamburger Staatsdienst ausgeschieden ist, tat dies auf eigenes Verlangen hin, d. h. er kündigte von sich aus. Viele bekundeten die Absicht, in die Privatwirtschaft überzuwechseln, weil für sie dort eine bessere Bezahlung in Aussicht stand.

Verhältnismäßig wenige Abgänge vor Erreichen der Altersgrenze wurden aus biologischen Ursachen registriert: 2,0 % starben und 3,4 % wurden vorzeitig durch Erkrankung oder Unfall dienst-, berufs- oder erwerbsunfähig.

Die Masse der Versetzungen in den Ruhestand vollzog sich beim Überschreiten der regulären Altersgrenze. Bezogen auf die Summe aller Abgänge waren das 8,7 %. Die Möglichkeit, schon zu einem früheren Zeitpunkt Pension bzw. Rente zu beziehen, nahmen 540 Angehörige des öffentlichen Dienstes wahr, was einem Anteil an der Gesamtzahl der Abgänge von 4,0 % entspricht.

In Relation zur Gesamtheit der Einstellungen waren es 11,1 %, die aus den Diensten einer anderen Gebietskörperschaft in den Dienst des hamburgischen Staates übernommen worden sind bzw. innerhalb der Hamburger Verwaltung die Behörde gewechselt haben. Auffallend bei den Einstellungen ist außerdem der hohe Prozentsatz der nur auf Zeit in den öffentlichen Dienst Übernommenen: 34,4 % hatten temporär befristete Verträge. Den Zugängen ist also von vornherein die sichere Anlage für eine beträchtliche Fluktuation inhärent. Ein Indiz für die zunehmende Beschäftigung von Zeitbediensteten ist der Tatbestand, daß der Anteil der nach Zeitablauf Ausgeschiedenen an sämtlichen Abgängen in der gleichen Zeitspanne merklich geringer war.

Francisco Villalaz

## Anhangtabelle

**Personalstrukturhebung 1968**  
 Personalzu- und -abgänge vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969  
 Beschäftigungsbereich Nr. 21 und 22: Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen zusammen

Dienstverhältnis  Laufbahn- bzw. zusammengefaßte Vergütungsgruppen <sup>1)</sup>	Hauptberuflich Vollbeschäftigte																	
	Abgänge												Zugänge					
	vor Erreichen einer Altersgrenze								nach Erreichen einer Altersgrenze				insgesamt (Sp. 8 und 12)	von anderen Dienst- herren oder Dienst- stellen des öffentlichen Dienstes <sup>4)</sup>	Son- stige	insgesamt (Sp. 14 und 15)	davon eingestellt	
	durch Ableben	durch vor- zeitige Dienst-, Berufs-, Er- werbs- un- fähig- keit	nach Zeit- ablauf <sup>2)</sup>	durch Ent- lassung durch die Be- schäfti- gungs- stelle <sup>3)</sup>	auf eigenen Wunsch		zu anderen Dienst- herren oder Dienst- stellen des öffentl. Dienstes über- getreten <sup>4)</sup>	zusammen (Sp. 1 bis 7)	allge- meine Alters- grenze <sup>5)</sup> und später	besondere Altersgrenze; auf Antrag		zusam- men (Sp. 9 bis 11)						
					Frauen wegen Über- nahme häusl. Pflich- ten	Son- stige <sup>6)</sup>				Beamte und Richter <sup>7)</sup>	Arbeit- nehme- rinnen <sup>8)</sup>							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
Beamte und Richter																		
Richter .....	2	1	—	1	—	2	9	15	7	9	—	16	31	8	23	31	31	
Beamte <sup>9)</sup>																		
Höherer Dienst (B, H, A 16 bis A 13)	23	13	—	508	12	140	154	850	95	76	—	171	1 021	106	1 082	1 188	1 188	
Gehobener Dienst (A 13 „S“ bis A 9)	30	49	—	9	100	85	323	596	103	99	—	202	798	299	567	866	866	
Mittlerer Dienst (A 9 „S“ bis A 5) ..	33	59	—	12	25	214	209	552	136	36	—	172	724	148	677	825	825	
Einfacher Dienst (A 5 „S“ bis A 1) ..	2	3	—	—	—	—	2	7	4	3	—	7	14	1	47	48	48	
Z u s a m m e n .....	88	124	—	529	137	439	688	2 005	338	214	—	552	2 557	554	2 373	2 927	2 927	
Beamte und Richter z u s a m m e n ..	90	125	—	530	137	441	697	2 020	345	223	—	568	2 588	562	2 396	2 958	2 958	
darunter weiblich .....	8	16	—	155	137	109	234	659	16	41	—	57	716	227	880	1 107	1 107	
Angestellte (einschl. Angestellte mit Beamtenbesoldung)																		
Übertarifflich, BAT Ia bis IIb .....	4	8	659	14	18	240	144	1 087	22	—	4	26	1 113	180	1 340	1 520	628	
BAT III bis Va/b, Kr. VII bis X .....	27	24	122	18	44	116	96	447	96	—	32	128	575	51	497	548	347	
BAT Vc bis VIII, Kr. II bis VI .....	82	121	1 222	340	444	1 737	465	4 411	326	—	201	527	4 938	523	4 113	4 636	2 750	
BAT IXa/b, X, Kr. I .....	20	26	950	168	60	425	60	1 709	52	—	7	59	1 768	95	1 861	1 956	871	
Z u s a m m e n .....	133	179	2 953	540	566	2 518	765	7 654	496	—	244	740	8 394	849	7 811	8 660	4 596	
darunter weiblich .....	44	56	2 017	279	566	1 881	394	5 237	116	—	244	360	5 597	476	5 375	5 851	3 098	
Arbeiter .....	50	162	453	399	92	688	293	2 137	329	—	73	402	2 539	129	2 129	2 258	1 555	
darunter weiblich .....	2	31	216	112	92	186	26	665	44	—	73	117	782	37	738	775	522	
I n s g e s a m t .....	273	466	3 406	1 469	795	3 647	1 755	11 811	1 170	223	317	1 710	13 521	1 540	12 336	13 876	9 109	
darunter weiblich .....	54	103	2 233	546	795	2 176	654	6 561	176	41	317	534	7 095	740	6 993	7 733	4 727	

<sup>1)</sup> Beamte und Angestellte in Ausbildung sind den Laufbahngruppen (bzw. vergleichbar zusammengefaßten Vergütungsgruppen) zugeordnet, die ihrer Ausbildung entsprechen. Angestellte mit anderer Vergütung als BAT und Kr. (z. B. TOK) sind den in der Höhe ihrer Vergütungen und ihrer Tätigkeit vergleichbaren Vergütungsgruppen des BAT zugeordnet. — <sup>2)</sup> soweit nicht in Spalte 7 erfaßt. — <sup>3)</sup> einschließlich Entlassungen im gegenseitigen Einvernehmen. — <sup>4)</sup> Versetzte und mit dem Ziel der Versetzung Abgeordnete. — <sup>5)</sup> 65 Jahre, bei Sonderlaufbahnen abweichend. — <sup>6)</sup> ab 62 Jahre, bei Sonderlaufbahnen abweichend. — <sup>7)</sup> ab 60 Jahre. — <sup>8)</sup> Der Zusatz „S“ bezeichnet ggf. vorkommende Spitzenämter gem. Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes.

# Umsätze und ihre Besteuerung in Hamburg

— Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968 —

## 1. Einleitung

Mit Wirkung vom 1. Januar 1968 ist das fünfzig Jahre alte System der kumulativen Brutto-Allphasenumsatzsteuer durch eine Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug abgelöst, die als Mehrwertsteuer, aber auch als Netto-Umsatzsteuer bezeichnet wird. Obwohl das neue Umsatzsteuerrecht weitgehend auf den Begriffen und den veranlagungs- und zahlungstechnischen Regelungen des früheren Umsatzsteuerrechts aufbaut, hat der Systemwechsel doch weitgehende Auswirkungen nicht nur auf das Preisgefüge und das Rechnungswesen der Unternehmen, sondern auch auf die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik. Während die bisherige Umsatzsteuer grundsätzlich auf jeder Stufe, die eine Ware von der Produktion bis zum Verbraucher durchlief, vom gesamten Entgelt einschließlich der jeweils in dem Warenpreis einkalkulierten Umsatzsteuer erhoben wurde, wird nach dem neuen Gesetz die Umsatzsteuer nur vom Mehrwert erhoben, dem Wert also, den ein Unternehmen durch eigene Leistung erwirtschaftet hat. Dies wird mit Hilfe des Vorsteuerabzugs erreicht.

Bei der Umsatzsteuerstatistik 1968 wurde den Vorschriften des neuen Gesetzes weitgehend Rechnung getragen, indem fast alle für steuerpolitische Zwecke besonders relevanten Tatbestände berücksichtigt wurden. Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit den entsprechenden Daten aus der Umsatzsteuerstatistik 1966 ist wegen der teilweise beträchtlichen Auswirkungen des neuen Umsatzsteuerrechts nur unter großen Vorbehalten möglich. Dieses gilt nicht nur für die Gegenüberstellung von Daten des Umsatzes, sondern auch von Daten der Steuerpflichtigen und der Um-

satzsteuer. Grundlage der Statistik bildeten wie in vergangenen Jahren Angaben aus dem Umsatzsteuer-Überwachungsbogen, der von den Finanzämtern anhand der Umsatzsteuer-Voranmeldungen der steuerpflichtigen Unternehmen geführt wird.

## 2. Steuerpflichtige und Umsatz

Bei der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1968 wurde in Hamburg ein Umsatz von 92,8 Mrd DM erfaßt. Hier- von unterlagen 83,8 Mrd DM der Besteuerung, 9,0 Mrd DM waren nichtsteuerbare Umsätze im Freihafengebiet und auf Schiffen. Die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen belief sich auf 61 100, der Gesamtbetrag der Umsatzsteuervorauszahlungen hatte eine Höhe von 1,27 Mrd DM. Nicht erfaßt wurden in der Statistik alle Unternehmen, deren Jahresumsätze weniger als 12 000 DM betrugen, und solche Unternehmen, deren Jahresumsatzsteuer mutmaßlich 360 DM nicht überstieg und die deshalb von den Finanzämtern im allgemeinen von der Verpflichtung zur Abgabe der Voranmeldung und Entrichtung der Vorauszahlung entbunden waren. Wie sich Steuerpflichtige und Umsatz auf die in der Umsatzsteuerstatistik unterschiedenen Wirtschaftsbereiche verteilen, ergibt sich aus Tabelle 1.

Die meisten Steuerpflichtigen stellte mit mehr als zwei Fünfteln der Handel, die zweitgrößte Gruppe bildete die Wirtschaftshauptabteilung „Übrige Wirtschaftsbereiche“ (37,9 %), in der insbesondere die sehr heterogenen Wirtschaftszweige des Verkehrs, des Bank- und Versicherungsgewerbes sowie der Dienstleistungen von Unternehmen und

Tabelle 1

Steuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer in Hamburg 1968

Wirtschaftsbereiche	Steuerpflichtige <sup>1)</sup>		Steuerbare Umsätze <sup>2)</sup>		Nicht steuerbare Umsätze	Bruttoumsätze <sup>3)</sup>	Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge	Steuer für den Selbstverbrauch	Abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer (Vorauszahlung)		
	Anzahl	%	Mio DM	%	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM	%	% <sup>4)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei .....	360	0,6	175	0,2	0	186	11	0	7	4	0,3	2,28
Produzierendes Gewerbe .....	12 425	20,3	42 379	50,5	1 284	47 337	3 771	99	2 508	1 080	85,3	2,55
Industrie .....	2 252	3,7	39 751	47,4	1 211	44 415	3 531	78	2 366	990	78,2	2,49
Handwerk .....	9 096	14,9	2 441	2,9	45	2 689	221	20	128	84	6,6	3,44
Sonstiges .....	1 077	1,7	187	0,2	28	233	19	1	14	6	0,5	3,21
Handel .....	25 156	41,2	31 594	37,7	5 209	39 047	2 267	25	2 215	— 32 <sup>5)</sup>	—	2,5
Großhandel .....	6 399	10,5	24 735	29,5	5 086	31 481	1 671	11	1 765	— 138 <sup>5)</sup>	— 10,9	.
Handelsvermittlung .....	4 725	7,7	889	1,1	85	1 038	67	3	44	23	1,8	2,59
Einzelhandel .....	14 032	23,0	5 970	7,1	38	6 528	529	11	406	83	6,6	1,39
Übrige Wirtschaftsbereiche .....	23 166	37,9	9 691	11,6	2 492	12 712	560	35	325	214	16,9	2,21
Insgesamt .....	61 107	100	83 839	100	8 985	99 282	6 609	159	5 055	1 266	100	1,51

<sup>1)</sup> nur Steuerpflichtige mit Umsätzen über 12 000 DM. — <sup>2)</sup> ohne Umsatzsteuer. — <sup>3)</sup> Bruttoumsatz = steuerbarer Umsatz + nichtsteuerbarer Umsatz + Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge, abzüglich Steuer für den Selbstverbrauch (bei nach § 19 UStG besteuerten Steuerpflichtigen: der in der Umsatzsteuer-Voranmeldung gemeldete Gesamtumsatz + ggf. nichtsteuerbarer Umsatz, abzüglich Kürzungsbetrag nach dem BHG). — <sup>4)</sup> Anteil am steuerbaren Umsatz des Wirtschaftsbereichs. — <sup>5)</sup> Vorsteuerüberhänge.



freien Berufen enthalten sind. Gut ein Fünftel der Steuerpflichtigen entfiel auf die unter dem Begriff „Produzierendes Gewerbe“ zusammengefaßten Wirtschaftszweige (Industrie, Handwerk und Sonstiges produzierendes Gewerbe). In diesem Bereich war das Handwerk zahlenmäßig relativ stark vertreten und machte rd. 15 % der Gesamtzahl aus.

Die Aufgliederung der Umsätze zeigt dagegen ein ganz anderes Bild. Auf die kleine Gruppe der Industrieunternehmen (3,7 %) entfielen 1968 rd. 40 Mrd DM oder 47 % des gesamten steuerbaren Umsatzes. Über die Hälfte des industriellen Umsatzes entfiel auf die drei Wirtschaftsgruppen Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Ähnlich wie bei der Industrie lag es beim Großhandel, der mit seinem Umsatz einen Anteil am gesamten steuerbaren Umsatz von 29,5 % erreichte. Die beiden dominierenden Bereiche Industrie und Großhandel hatten somit zusammen über drei Viertel des gesamten von in Hamburg ansässigen Unternehmen getätigten steuerbaren Umsatzes zu verzeichnen. An den nichtsteuerbaren Umsätzen ist nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Wirtschaftszweigen beteiligt. Entsprechend dem hohen Anteil, den der Großhandel hat, entfielen fast drei Fünftel auf den Handel. Weitere nichtsteuerbare Umsätze sind bei der Schiffbauindustrie, den Seehafenbetrieben und Lagereien im Freihafen erfaßt.

Bei diesen Vergleichen ist immer zu beachten, daß sich die Anteilssätze der einzelnen Wirtschaftsbereiche, wie sie die Umsatzsteuerstatistik bietet, nicht auf die in Hamburg befindlichen Betriebsstätten und damit auf die Wirtschaft im Hamburger Gebiet projizieren lassen. Die Steuerstatistik vermag nur Meßgrößen für das Wirtschaftspotential der in Hamburg ansässigen Unternehmen zu geben, deren Betriebsstätten und Organgesellschaften zum Teil weit über das Bundesgebiet verstreut sein können.

### 3. Vergleich mit 1966 und 1967

#### Rückgang in der Zahl der Steuerpflichtigen

Wenn man trotz der eingangs gemachten Vorbehalte eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968 und der Statistik von 1966 vornimmt, so ergibt sich bei den Steuerpflichtigen insgesamt eine Abnahme in der Zahl von fast 1 800 oder 3 %. Von dieser rückläufigen Entwicklung sind mit Ausnahme der Handelsvermittlung und der Gruppe „Übrige Wirtschaftsbereiche“ sämtliche Wirtschaftsbereiche mehr oder weniger stark betroffen. Bei der Handelsvermittlung war es vor allem der Wegfall des Freibetrages von 20 000 DM für Handelsvertreter, Makler und Angehörige freier Berufe und damit die Einbeziehung von Pflichtigen mit Jahresumsätzen von 12 000 bis unter 20 000 DM, die den zahlenmäßigen Zugang beeinflussten. Das gleiche dürfte auch bei der Gruppe der „Übrigen Wirtschaftsbereiche“ zutreffen, wobei jedoch zu beachten ist, daß nach dem neuen Umsatzsteuergesetz Ärzte, Zahnärzte und andere Heilberufe (ohne Tierärzte) von der Steuer befreit

sind. Unter den Abnahmen befindet sich offenbar eine größere Zahl von Steuerpflichtigen, die 1968 mit Einführung des neuen Umsatzsteuersystem bei den Finanzämtern und damit auch in der Statistik nicht erfaßt sind, weil sich infolge hoher Abzüge für Vorsteuern oder durch Entlastung der Altvorräte eine verhältnismäßig niedrige oder sogar negative Steuer-schuld ergab.

Die Umsätze der vergleichbaren Steuerpflichtigen gingen zurück

Für die Vergleichbarkeit der Umsatzzahlen ist von Bedeutung, daß sich der für 1968 statistisch ermittelte steuerbare und nichtsteuerbare Umsatz nicht mit dem bisherigen Begriff „Gesamtumsatz“ deckt. Um jedoch eine Annäherungsgröße zu erhalten, wurde ein fiktiver „Bruttoumsatz“ errechnet, der sich aus dem steuerbaren Umsatz unter Hinzurechnung der nichtsteuerbaren Umsätze und der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge, abzüglich der Steuer für den Selbstverbrauch zusammensetzt.

Wegen der einschneidenden steuer- und erhebungstechnischen Konsequenzen des Systemwechsels sind Vergleiche der Umsatzzahlen mit den Ergebnissen früherer Umsatzsteuerstatistiken nicht sinnvoll. Daher beschränkt sich die Darstellung der Gegenüberstellung der Umsätze auf solche Unternehmen, die sowohl 1968 als auch 1967 ganzjährig tätig waren, also ohne 1967 oder 1968 neugegründete oder 1968 aufgelöste Unternehmen.

Tabelle 2  
Steuerpflichtige in Hamburg 1968 mit Angabe  
des Vorjahresumsatzes

Wirtschaftsbereiche	Steuerpflichtige <sup>1)</sup>	Bruttoumsätze 1968 <sup>2)</sup>	Veränderung 1968 gegenüber 1967
	Anzahl	Mio DM	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei ..	296	75	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe	10 592	44 570	+ 9,1
Industrie .....	1 893	42 001	+ 10,0
Handwerk .....	7 891	2 374	— 5,1
Sonstiges .....	808	195	+ 20,7
Handel .....	20 983	32 677	+ 6,3
Großhandel .....	5 210	26 196	+ 6,9
Handelsvermittlung ....	3 880	486	+ 3,0
Einzelhandel .....	11 893	5 995	+ 3,7
Übrige Wirtschaftsbereiche	18 570	8 788	— 2,7
Insgesamt .....	50 441	86 110	+ 6,7

<sup>1)</sup> ohne 1967 oder 1968 neugegründete und 1968 aufgelöste Unternehmen (s. Anmerkung 1 zu Tabelle 1). — <sup>2)</sup> siehe Anmerkung 3 (zu Tabelle 1).

Die rd. 50 400 Steuerpflichtigen mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen hatten 1968 einen Bruttoumsatz von 86,1 Mrd DM, der um 6,7 % über dem im Vorjahr erzielten Gesamtumsatz lag. Unter den in Tabelle 2 aufgeführten Bereichen sind 1968 gegenüber 1967 besonders stark die Umsätze der Industrie (+ 10,0 %) gestiegen, wenn man von der — am Umsatz gemessen — kleinsten Gruppe des Sonstigen Produzierenden Gewerbes absieht. Mit Steigerungsquoten von fast 7 % bzw. 3,7 % folgen der Großhandel und der Einzelhandel. Das Produzierende Hand-

werk hebt sich aus der Gesamtentwicklung durch die relativ starke Abnahme des Umsatzes hervor, die hauptsächlich eine Folge der Umstellung von der Ist- zur Sollbesteuerung ist, und nicht eine Folge des wirtschaftlichen Verlaufs.

#### 4. Umsatzsteuer

Die umsatzsteuerliche Belastung betrug bei ihrer Einführung 10% und wurde zum 1. Juli 1968 auf 11% angehoben. Auf gewisse Waren und Leistungen, insbesondere von wichtigen Nahrungsmitteln, für die Umsätze der freien Berufe — mit Ausnahme der Heilberufe, die von der Mehrwertsteuer freigestellt sind —, für kulturelle Leistungen und für die Beförderung von Personen im Schienenbahnverkehr, sieht das Gesetz ermäßigte Steuersätze von 5% bzw. ab 1. Juli 1968 5,5% vor. Eine Reihe weiterer Bereiche sind gänzlich befreit. Der Befreiungskatalog beschränkt sich auf Tatbestände, bei denen eine Befreiung aus bestimmten Gründen notwendig ist, z. B. bei der Ausfuhr oder wenn auf einer Leistung statt der Umsatzsteuer eine Ersatzsteuer ruht und auf Tatbestände, die aus sozialen Gründen begünstigt werden sollen. Endlich besteht für kleinere Unternehmen mit Umsätzen bis zu 60 000 DM im vorangegangenen Kalenderjahr eine Sonderregelung, nach der die Unternehmen weiterhin nach altem Recht (4% des steuerpflichtigen Umsatzes) besteuert werden.

Aus der Besteuerung der steuerpflichtigen Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen sowie dem Eigenverbrauch der Unternehmen ergab sich 1968 ein Umsatzsteuerbetrag vor Abzug der Vorsteuern von 6,6 Mrd DM. Für die Übergangszeit (1968 bis 1972) unterliegt neben den steuerpflichtigen Umsätzen auch der Selbstverbrauch der Umsatzsteuer. Dieser Betrag hatte eine Höhe von 159 Mio DM. Die am 31. Dezember 1967 in allen Wirtschaftsbereichen lagernden Warenvorräte (sog. Altvorräte) waren sämtlich — teils höher, teils niedriger — mit alter Umsatzsteuer belastet. Um zu vermeiden, daß diese Altvorräte nach Einführung der Mehrwertsteuer erneut umsatzsteuerlich herangezogen werden, sieht das Gesetz eine teilweise Entlastung der Altvorräte von der Bruttoumsatzsteuer für das Jahr 1968 vor. Die Umsatzsteuerbelastung der Unternehmen betrug nach Abzug der auf den Vorstufen angefallenen Vorsteuern (5 055 Mio DM), der Beträge zur Entlastung des Vorratsvermögens (301 Mio DM) und der Kürzungen nach dem Berlinhilfegesetz insgesamt 1 266 Mio DM.

Bei den steuerpflichtigen Unternehmen treten infolge des Systemwechsels Mehr- oder Minderbelastungen in ihrer Umsatzsteuerzahllast ein. Dabei werden diese Mehr- oder Minderbelastungen um so größer sein, je mehr die Wertschöpfung der einzelnen Unternehmen von dem Punkt abweicht, der sich unter Zugrundelegung der früheren Umsatzsteuerbelastung im Verhältnis zwischen Entgelt und vorsteuerabzugsfähigen Vorleistungen ergibt. Wie schwierig jedoch ein Vergleich der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968 mit früher erstellten Umsatzsteuerstatistiken ist, zeigen die Zahlenangaben über die Umsatzsteuervor-

auszahlungen des Großhandels. Die in Tabelle 1, Sp. 10, aufgeführten Minus-Steuerbeträge entstehen vornehmlich durch die sogenannten „Vorsteuerüberhänge“, d. h. es sind erstattungsfähige Vorsteuerbeträge vorhanden, die höher sind als die zu entrichtende Umsatzsteuer.

Die Belastung der einzelnen Wirtschaftszweige durch die Umsatzsteuer ist durch die Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen, die den Unternehmen bei bestimmten Lieferungen und Leistungen gewährt werden, sowie durch hohe Vorsteuerabzüge, z. T. infolge umfangreicher Investitionen, unterschiedlich. Der höchste durchschnittliche Steuersatz (Steuer in Prozent des steuerbaren Umsatzes) wurde für das Produzierende Handwerk ermittelt; er betrug bei der letzten Statistik im Durchschnitt 3,44%. Aber auch in den beiden anderen Wirtschaftsbereichen des Produzierenden Gewerbes — Industrie und Sonstiges produzierendes Gewerbe — liegt die relative Umsatzsteuerbelastung über dem für die gesamte Wirtschaft festgestellten Durchschnittssatz von 1,51%. Diese Zahl wird maßgeblich durch die eingangs erwähnten Minus-Steuerbeträge beim Großhandel beeinflusst. Im Einzelhandel belief sich der Anteil der Umsatzsteuerleistung am Umsatz durchschnittlich auf 1,39%.

#### 5. Umsatzgrößenklassen

Um eine Vorstellung zu vermitteln, in welcher Weise Kleinunternehmen und Großunternehmen an der Wirtschaftstätigkeit beteiligt sind, ist in der Statistik eine Gruppierung der erfaßten Umsatzsteuerpflichtigen nach der Höhe der von ihnen im Jahre 1968 getätigten Umsätze vorgenommen worden. Aus Tabelle 3 kann man entnehmen, daß fast die Hälfte (30 438) aller Steuerpflichtigen ein Umsatzergebnis von weniger als 100 000 DM hatte. Auf sie entfielen jedoch nur knapp 1,5% des Bruttoumsatzes.

Rund 5 500 oder 9% aller Steuerpflichtigen zählten zur Klasse der „Umsatzmillionäre“, die allein 91,2% der Bruttoumsätze auf sich vereinigen konnten. Unter den Steuerpflichtigen mit einem Umsatz von über 1 Mio DM waren 53 Unternehmen, die einen Umsatz von 100 bis 250 Mio DM tätigten. Fast die Hälfte des Bruttoumsatzes (47 Mrd DM) entfiel auf nur 40 Steuerpflichtige mit einem Umsatz von 250 Mio DM und mehr. Das Umsatzvolumen der in Hamburg ansässigen Steuerpflichtigen wird somit weitgehend von einer kleinen Gruppe von Großunternehmen und Organkreisen bestimmt.

Betrachtet man die Umsatzsteuerpflichtigen nach Wirtschaftsbereichen, so ändert sich das Bild wesentlich.

In der Industrie wurden nur rd. 2 300 Steuerpflichtige mit einem Bruttoumsatzbetrag von 44,4 Mrd DM erfaßt. Den größten Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen wies mit 25,1% die Größenklasse von 1 Mio bis unter 5 Mio DM nach, in der aber nur 2,9% des Gesamtbruttoumsatzes von Industrieunternehmen erzielt wurden. Der weitaus größte Umsatzbetrag mit einem Anteil von fast 94% ist in der Grö-

Tabelle 3

Steuerpflichtige und Bruttoumsätze in Hamburg 1968 nach Umsatzgrößenklassen

Bruttoumsatzgrößenklassen von ... DM bis unter ... DM	Insgesamt		darunter									
			Industrie		Produzierendes Handwerk		Großhandel		Handelsvermittlung		Einzelhandel	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zahl der Steuerpflichtigen <sup>1)</sup>												
12 000 — 30 000 ..	10 254	16,8	82	3,6	1 338	14,7	384	6,0	1 177	24,9	1 168	8,3
30 000 — 60 000 ..	10 928	17,9	124	5,5	1 594	17,5	509	8,0	1 299	27,5	1 806	12,8
60 000 — 100 000 ..	9 256	15,1	134	6,0	1 321	14,5	468	7,3	846	17,9	2 264	16,1
100 000 — 250 000 ..	14 622	23,9	329	14,6	2 406	26,5	1 148	17,9	913	19,3	4 837	34,5
250 000 — 500 000 ..	6 693	11,0	311	13,8	1 282	14,1	933	14,6	273	5,8	2 285	16,3
500 000 — 1 Mio ..	3 895	6,4	344	15,3	671	7,4	824	12,9	107	2,3	1 052	7,5
1 Mio — 5 Mio ..	3 836	6,3	565	25,1	438	4,8	1 362	21,3	81	1,7	502	3,6
5 Mio — 10 Mio ..	755	1,2	147	6,5	35	0,4	329	5,1	20	0,4	66	0,5
10 Mio und mehr	868	1,4	216	9,6	11	0,1	442	6,9	9	0,2	52	0,4
Insgesamt .....	61 107	100	2 252	100	9 096	100	6 399	100	4 725	100	14 032	100
Bruttoumsätze <sup>2)</sup> in Mio DM												
12 000 — 30 000 ..	205	0,2	2	0,0	24	0,9	8	0,0	25	2,4	24	0,4
30 000 — 60 000 ..	480	0,5	5	0,0	70	2,6	23	0,1	56	5,4	81	1,2
60 000 — 100 000 ..	726	0,7	10	0,0	104	3,9	37	0,1	66	6,4	180	2,8
100 000 — 250 000 ..	2 316	2,3	55	0,1	389	14,5	189	0,6	137	13,2	784	12,0
250 000 — 500 000 ..	2 349	2,4	112	0,3	454	16,9	336	1,0	93	9,0	792	12,1
500 000 — 1 Mio ..	2 720	2,7	248	0,6	463	17,2	591	1,9	72	6,9	720	11,0
1 Mio — 5 Mio ..	8 219	8,3	1 310	2,9	805	29,9	3 108	9,9	178	17,1	916	14,0
5 Mio — 10 Mio ..	5 241	5,3	1 000	2,3	230	8,5	2 320	7,4	141	13,6	436	6,7
10 Mio und mehr	77 026	77,6	41 673	93,8	150	5,6	24 869	79,0	270	26,0	2 595	39,8
Insgesamt .....	99 282	100	44 415	100	2 689	100	31 481	100	1 038	100	6 528	100

<sup>1)</sup> nur Steuerpflichtige mit Umsätzen über 12 000 DM. — <sup>2)</sup> siehe Anmerkung 3 zu Tabelle 1.

Benklasse von 10 Mio DM und mehr mit 216 Steuerpflichtigen nachgewiesen. An diesen Umsatzsteuerpflichtigen waren 17 Pflichtige, die einen Umsatz von über 250 Mio DM haben.

Im Produzierenden Handwerk, in dem die Klein- und Mittelbetriebe an Zahl und Umsatz stark vertreten sind, hatten die Gruppen mit 12 000 DM bis unter 100 000 DM einen Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen von 46,7 % (Umsatzanteil von 7,4 %). An der Gesamtzahl der 9 096 Steuerpflichtigen waren die Unternehmen mit Umsätzen von 100 000 bis unter 250 000 DM noch mit 26,5 % beteiligt.

Die Steuerpflichtigen sind im Großhandel hauptsächlich in dem mittleren Bereich von 100 000 bis unter 1 Mio DM konzentriert (mit einem Anteil von 45,4 %). Auf die Größenklassen von 1 Mio DM

und mehr entfielen ein Drittel der Steuerpflichtigen. Bei den Umsätzen des Großhandels in Höhe von 31,5 Mrd DM entfällt auf die Größenklasse von 250 Mio DM und mehr der höchste Anteil (28,8 %), der von nur 15 Unternehmen erzielt wird, was einem Durchschnittsumsatz von 600 Mio DM entspricht.

Im Einzelhandel ist die Zahl der Steuerpflichtigen mit 14 032 die größte aller Wirtschaftshauptbereiche. Die Gliederung der Pflichtigen nach Größenklassen entspricht weitgehend derjenigen im Produzierenden Handwerk. Der Hauptanteil der Umsätze wird besonders bei den Klassen der mittleren Betriebe nachgewiesen, wenn drei Unternehmen mit Umsätzen über 100 Mio DM unberücksichtigt bleiben.

Gustav Hohmann

## Verdienste der Industriearbeiter in ausgewählten Großstädten im Oktober 1969

Bei den Erörterungen über die unterschiedliche Entwicklung der Einwohnerzahlen der Städte taucht immer wieder die Frage nach den hierfür maßgeblichen Gründen auf. Jürgensen hat für die Erklärung der Attraktivkräfte die Begriffe „des Wohnwertes, des Lohnwertes und des Freizeitwertes“ eingeführt; ihre quantitative Messung bereitet allerdings erhebliche Schwierigkeiten. Die Gründe hierfür sind u. a. darin zu sehen, daß die für diesen Zweck benötigten Statistiken etwa über Löhne, Preise, Mieten usw. nur auf meist ziemlich schmaler repräsentativer Basis durchgeführt werden. Sie liefern daher schon allein aus rein methodischen Gründen entweder gar keine regionalen Daten, oder aber die Regionalvergleiche sind sehr problematisch.

Trotz dieser Vorbehalte soll mit Hilfe der vierteljährlichen repräsentativen Verdiensterhebung ein Vergleich der Verdienste von Industriearbeitern in fünf ausgewählten Großstädten auf der Basis vom Oktober 1969 durchgeführt werden. Ausgewählt wurden die drei Stadtstaaten Berlin (West), Hamburg und Bremen, die durch eigene Landesämter die Erhebungen durchführen, sowie zwei weitere Großstädte — München und Frankfurt am Main —, von denen die Vergleichsdaten beschafft wurden.

Bei diesem Vergleich handelt es sich weniger um eine Gegenüberstellung der absoluten Höhe der Stundenverdienste, sondern mehr um eine Darstellung der Relationen und der Strukturen; daher können auch diese Zahlen noch interessante Einblicke in diese Zusammenhänge vermitteln, zumal sich Relationen und Strukturen nur langfristig zu verändern pflegen.

Betrachtet werden hier nur die Stundenverdienste der Arbeiter in der Industrie insgesamt und in sechs ausgewählten Industriezweigen nach häufigsten Leistungsgruppen und nach dem Geschlecht der Arbeiter, weil die Stundenverdienste die besten Vergleichsmöglichkeiten bieten. Bei den Wochenverdiensten müßten die regional und fachlich unterschiedlichen bezahlten Wochenarbeitsstunden berücksichtigt werden.

Selbst beim Vergleich der Stundenverdienste muß aber beachtet werden, daß es sich bei den dargebotenen Zahlen nicht immer um echte Niveauunterschiede handelt. Die angegebenen Fachbereiche bilden zwangsläufig u. U. recht weitgespannte Aggregate mit erheblichen regionalen Strukturunterschieden; deshalb muß man insbesondere bei extremen Unterschieden und fachlich weitgespannten Zusammenfassungen beim Vergleich sehr behutsam vorgehen. Trotzdem scheinen die Daten einige so signifikante und hinreichend fundierte Niveauunterschiede aufzuweisen, daß ihre Veröffentlichung gerechtfertigt erscheint, evtl. zugleich als Anregung, den hierfür maßgeblichen Ursachen durch Hinzuziehung weiterer Informationen nachzuspüren. Andererseits sind auch solche Durchschnittswerte als ein Indiz für effektive Verdienstunterschiede zu werten und verdienen daher entsprechende Beachtung.

Höchste Verdienste der Facharbeiter in Hamburg ....

Im Durchschnitt der gesamten Industrie lagen die Brutstundenerwerbsverdienste der männlichen Arbeiter in der Leistungsgruppe 1 (= Facharbeiter) im Oktober 1969 in Hamburg mit 7,07 DM an der Spitze; es folgten Berlin mit 6,80 DM und Frankfurt mit 6,71 DM. Am Ende der Rangskala, mit einem Abstand von nur 0,67 DM vom Spitzenreiter Hamburg, stand Bremen mit 6,40 DM. Diese nicht unerhebliche Differenz kann z. T. auf echten Verdienstunterschieden, z. T. aber auch auf wesentlichen Unterschieden in der Branchen-, Größen- und Produktionsstruktur der Industrie dieser Städte beruhen. Bei einzelnen Industriezweigen ergeben sich z. T. noch erheblichere Differenzen zwischen den Städten, worauf im folgenden eingegangen werden soll.

..... und der Facharbeiterinnen in Bremen

Im Vergleich der fünf aufgeführten Großstädte waren die Stundenverdienste im Durchschnitt der gesamten Industrie für die Facharbeiterinnen im Oktober 1969 mit 5,96 DM in Bremen am höchsten; sie lagen vor Hamburg mit 5,38 DM und Frankfurt mit 5,23 DM und waren um 1,41 DM höher als in Berlin, das mit einem durchschnittlichen Stundenverdienst für Facharbeiterinnen in Höhe von 4,55 DM an der letzten Stelle der Skala rangierte; auch hier dürften Unterschiede in der Industriestruktur evtl. eine beachtliche Rolle spielen.

Dadurch, daß Bremen unter den fünf Großstädten bei den Stundenverdiensten der Facharbeiter im Durchschnitt der gesamten Industrie die letzte und bei den Facharbeiterinnen die erste Stelle einnahm, war dort die Differenz zwischen den Verdiensten der männlichen und der weiblichen Facharbeiter mit 0,44 DM nur sehr gering. In Berlin dagegen war dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern in den Stundenverdiensten der Facharbeiter mit 2,25 DM mehr als fünfmal so groß.

Verdienstniveau in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie an der Spitze

In vier der Großstädte — Berlin macht hier eine Ausnahme — hatten die männlichen Facharbeiter in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie die höchsten Verdienste aufzuweisen; Hamburg stand auch hier wiederum mit 8,63 DM an der Spitze; mit 7,27 DM lag Bremen an der letzten Stelle der Rangfolge, woraus sich eine Differenz zwischen diesen beiden Städten von 1,36 DM ergab. Den weiblichen Arbeitern der Leistungsgruppe 2 (= angelernte Arbeiter) wurde der höchste Stundenverdienst in diesem Industriezweig in Frankfurt/Main mit 4,76 DM gezahlt. Der Abstand zum geringsten Stundenlohn, den in den Vergleichsstädten die angelernten Arbeiterinnen — in Bremen mit 4,26 DM — erhielten, betrug nur 0,50 DM; das ist die geringste Differenz, die zwischen den jeweils höchsten und niedrigsten in der Tabelle aufgeführten Stundenverdiensten festzustellen ist.

Tabelle

**Bruttostundenverdienste der Arbeiter in ausgewählten Industriezweigen und in ausgewählten Großstädten im Oktober 1969 in DM**

— Ergebnisse der lfd. Verdiensterhebung —

Industrie, Industriezweige	Leistungsgruppen	Hamburg	Berlin (West)	München	Frankfurt/M.	Bremen (Land)
	1	2	3	4	5	6
Industrie insgesamt <sup>1)</sup>						
männliche Arbeiter .....	1	7,07	6,80	6,48	6,71	6,40
weibliche Arbeiter .....	1	5,38	4,55	4,87	5,23	5,96
Chemische Industrie						
männliche Arbeiter .....	1	6,45	5,67	5,43	7,15	5,83
weibliche Arbeiter .....	2	4,99	4,08	4,14	4,72	
Maschinenbau						
männliche Arbeiter .....	1	6,91	6,49	6,55	6,86	6,33
weibliche Arbeiter .....	2	4,87	4,12	4,61	4,93	
Elektrotechnische Industrie						
männliche Arbeiter .....	1	6,47	5,99	5,91	6,14	6,28
weibliche Arbeiter .....	2	4,88	4,25	4,27	4,88	5,09
Druckerei- u. Vervielf. Industrie						
männliche Arbeiter .....	1	8,63	8,08	7,42	8,25	7,27
weibliche Arbeiter .....	2	4,58	4,32	4,51	4,76	4,26
Bekleidungsindustrie						
männliche Arbeiter .....	1	6,01	5,86	6,48	5,49	5,29
weibliche Arbeiter .....	2	4,51	4,58	4,87		4,23
Hoch- u. Tiefbau <sup>2)</sup>						
männliche Arbeiter .....	1	7,75	8,67	6,75	6,60	6,45
männliche Arbeiter .....	2	5,96	7,06	5,53	5,40	5,50
männliche Arbeiter .....	3	5,55	5,98	5,15	5,11	5,25

<sup>1)</sup> einschließlich Hoch- u. Tiefbau. — <sup>2)</sup> einschließlich Handwerk.

**Größte Unterschiede bei den Verdiensten der Bauarbeiter**

Zwischen den fünf Großstädten gab es bei den Bruttostundenverdiensten der Facharbeiter im Hoch- und Tiefbau die größten Unterschiede in der Höhe dieser Verdienste: Zwischen dem Spitzenreiter Berlin (West) mit 8,67 DM — übrigens der höchste überhaupt in der Tabelle genannte Stundenverdienst — und Bremen mit 6,45 DM lag die sehr große Spanne von 2,22 DM, die bei keinem anderen Industriezweig auch nur annähernd erreicht wurde. Auch bei den Arbeitern im Hoch- und Tiefbau in den Leistungsgruppen 2 (= angelernte Arbeiter) und 3 (= ungelernte Arbeiter) wurden in Berlin die höchsten Stundenverdienste gezahlt; in den Leistungsgruppen 2 und 3 stand Frankfurt/Main mit einem Abstand von 1,66 DM bzw. 0,87 DM an der

letzten Stelle. Hamburg nahm bei allen drei Leistungsgruppen nach Berlin die zweite Position ein.

Bei den Facharbeitern hatten die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Bruttostundenverdiensten in den anderen aufgeführten Industriezweigen die folgenden Werte:

Chemische Industrie (Frankfurt/Main — München)	1,72 DM
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie (Hamburg — Bremen)	1,36 DM
Bekleidungsindustrie (München — Bremen)	1,19 DM
Maschinenbau (Hamburg — Bremen)	0,58 DM
Elektrotechnische Industrie (Hamburg — München)	0,56 DM

Beachtlich ist, daß Hamburg bei drei der Industriezweige an der Spitze stand; im Hoch- und Tiefbau hatte Berlin, in der Chemischen Industrie Frankfurt/Main und in der Bekleidungsindustrie München den ersten Platz inne. An der letzten Stelle war Bremen bei vier und München bei zwei Industriezweigen zu finden.

**Große Verdienstunterschiede innerhalb der Städte**

Wie dargestellt wurde, gibt es zwischen den genannten fünf Großstädten innerhalb der gleichen Industriezweige und der gleichen Leistungsgruppen erhebliche Unterschiede in den Bruttostundenverdiensten, die sich zwischen 2,22 DM (Facharbeiter im Hoch- und Tiefbau) und 0,50 DM (angelernte Arbeiterinnen in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie) bewegen.

Noch größer aber sind die Differenzen bei den Bruttostundenverdiensten der Facharbeiter zwischen den einzelnen Industriezweigen innerhalb der einzelnen Städte. So verdiente ein Facharbeiter im Oktober 1969 in Berlin im Hoch- und Tiefbau im Durchschnitt genau 3,00 DM mehr in der Stunde als sein Kollege in der Chemischen Industrie. Unterschiede im Stundenverdienst von 2,76 DM in Frankfurt/Main, 2,62 DM in Hamburg und 1,98 DM in Bremen waren bei den Facharbeitern im Vergleich der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie einerseits und der Bekleidungsindustrie andererseits festzustellen. In München betrug der Facharbeiterverdienst je Stunde in der Chemischen Industrie 1,99 DM weniger als in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie.

Trotz dieser überraschend großen Differenzen in den Bruttostundenverdiensten in einigen Industriezweigen zwischen den Städten und allgemein innerhalb der Städte zwischen verschiedenen Industriezweigen scheint die regionale und fachliche Mobilität der Arbeiter nicht sehr groß zu sein, weil sonst derartige Unterschiede mehr und mehr abgebaut werden müßten. Sie sind aber im Gegenteil von Oktober 1968 bis Oktober 1969 z. T. noch größer geworden.

Detlef Schmidt

# Die Verdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1962 bis 1969

Nachdem in einer früheren Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes die Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Hamburg von August 1957 bis 1961 behandelt worden waren <sup>1)</sup>, wird in diesem Beitrag die Entwicklung der Angestelltenverdienste für den Zeitraum 1962 bis 1969 untersucht. Dabei werden Jahresergebnisse zugrunde gelegt. Sie weisen einen stetigeren Verlauf als die viermal im Jahr erhobenen Monatsergebnisse <sup>2)</sup> auf, die durch unterschiedliche jährliche Termine der Tarifabschlüsse stark beeinflusst werden können.

6,8 % jährliche Zunahme bei den Männern und 8,0 % bei den Frauen

Insgesamt sind die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel <sup>3)</sup> in Hamburg von 1962 bis 1969 bei den Männern von 875 DM auf 1 385 DM, d. h. um 58,3 %, und bei den Frauen von 543 DM auf 933 DM gestiegen, d. h. um 71,8 %. Das entspricht einer durchschnittlichen Zunahme pro Jahr von 6,8 % bzw. 8,0 % (vgl. Tabelle 1).

<sup>1)</sup> Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1962, März-Heft, S. 69 ff.  
<sup>2)</sup> Einzelheiten über die laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel können den „Methodischen Bemerkungen“ am Ende dieses Beitrags entnommen werden.  
<sup>3)</sup> Eingeschlossen sind stets die Angestellten bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe.  
<sup>4)</sup> Im Januar 1970 hatten sich die Zuwachsraten der Bruttomonatsverdienste im Vorjahresvergleich bei den männlichen Angestellten nochmals auf 9,4 % (Jahresdurchschnitt 1969: 7,4 %), bei den weiblichen Angestellten auf 11,8 % (Jahresdurchschnitt 1969: 9,4 %) erhöht.

Tatsächlich ergaben sich jedoch von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen der Zuwachsraten. Diese waren am höchsten in den Jahren 1965 und 1966, am niedrigsten 1967 und 1968. Darauf folgte 1969 wieder ein kräftiger Anstieg <sup>4)</sup>. Dieser Rhythmus spiegelt, mit der üblichen Verzögerung, deutlich die Veränderung der Arbeitsmarktlage in Hochkonjunktur, Konjunkturabschwächung und Aufschwung wider.

Tabelle 1  
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1962 bis 1969

Jahre	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	Bruttomonatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Bruttomonatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1	2	3	4
1962 .....	875		543	
1963 .....	933	+ 6,6	587	+ 8,1
1964 .....	997	+ 6,9	634	+ 8,0
1965 .....	1 087	+ 9,0	696	+ 9,8
1966 .....	1 175	+ 8,1	765	+ 9,9
1967 .....	1 228	+ 4,5	805	+ 5,2
1968 .....	1 290	+ 5,0	853	+ 6,0
1969 .....	1 385	+ 7,4	933	+ 9,4
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg in % ...		+ 6,8		+ 8,0

Tabelle 2

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1962 bis 1969 nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht

Wirtschaftsbereiche	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8
Männliche Angestellte								
Energiewirtschaft .....	893	937	988	1 085	1 182	1 259	1 299	1 381
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .....	926	1 016	1 078	1 165	1 274	1 335	1 406	1 546
Investitionsgüterindustrien .....	933	973	1 033	1 110	1 185	1 225	1 284	1 396
Verbrauchsgüterindustrien .....	955	1 021	1 137	1 217	1 327	1 407	1 486	1 612
Nahrungs- und Genussmittelindustrien ..	855	939	992	1 070	1 157	1 215	1 278	1 353
Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup> .....	1 099	1 175	1 255	1 323	1 434	1 470	1 520	1 636
Ein- und Ausfuhrhandel .....	914	968	995	1 085	1 189	1 252	1 340	1 416
Binnengroßhandel .....	832	881	951	1 075	1 151	1 222	1 268	1 349
Einzelhandel .....	792	832	897	987	1 085	1 120	1 178	1 251
Handelsvermittlung .....	917	950	1 016	1 105	1 189	1 258	1 334	1 339
Kredit- und sonstige Finanzierungs-institute .....	(779) <sup>2)</sup>	904	965	1 032	1 109	1 142	1 244	1 355
Versicherungsgewerbe .....	817	862	918	993	1 095	1 149	1 180	1 282
Weibliche Angestellte								
Energiewirtschaft .....	643	678	721	782	845	899	936	1 000
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .....	621	674	723	792	870	917	968	1 065
Investitionsgüterindustrien .....	579	614	655	712	774	809	848	933
Verbrauchsgüterindustrien .....	594	636	689	749	816	856	899	984
Nahrungs- und Genussmittelindustrien ..	587	629	676	728	796	843	893	957
Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup> .....	667	718	772	831	903	926	954	1 053
Ein- und Ausfuhrhandel .....	537	579	623	689	765	811	873	963
Binnengroßhandel .....	539	572	617	680	763	803	842	903
Einzelhandel .....	492	522	568	625	685	721	759	825
Handelsvermittlung .....	551	588	620	688	750	783	847	909
Kredit- und sonstige Finanzierungs-institute .....	(533) <sup>2)</sup>	645	703	773	833	875	925	1 014
Versicherungsgewerbe .....	570	606	647	697	768	806	860	944

<sup>1)</sup> ab 1964 einschließlich Handwerk. — <sup>2)</sup> Dieser Verdienst ist nicht mit dem der übrigen Jahre vergleichbar. Ab Februar 1963 wird nämlich im privaten Bankgewerbe jeweils ein Zwölftel der gemäß Manteltarifvertrag vom 22. Juni 1961 zu zahlenden drei halben Monatsgehälter zum Bruttomonatsverdienst gerechnet und auch so statistisch erfaßt.

Tabelle 3

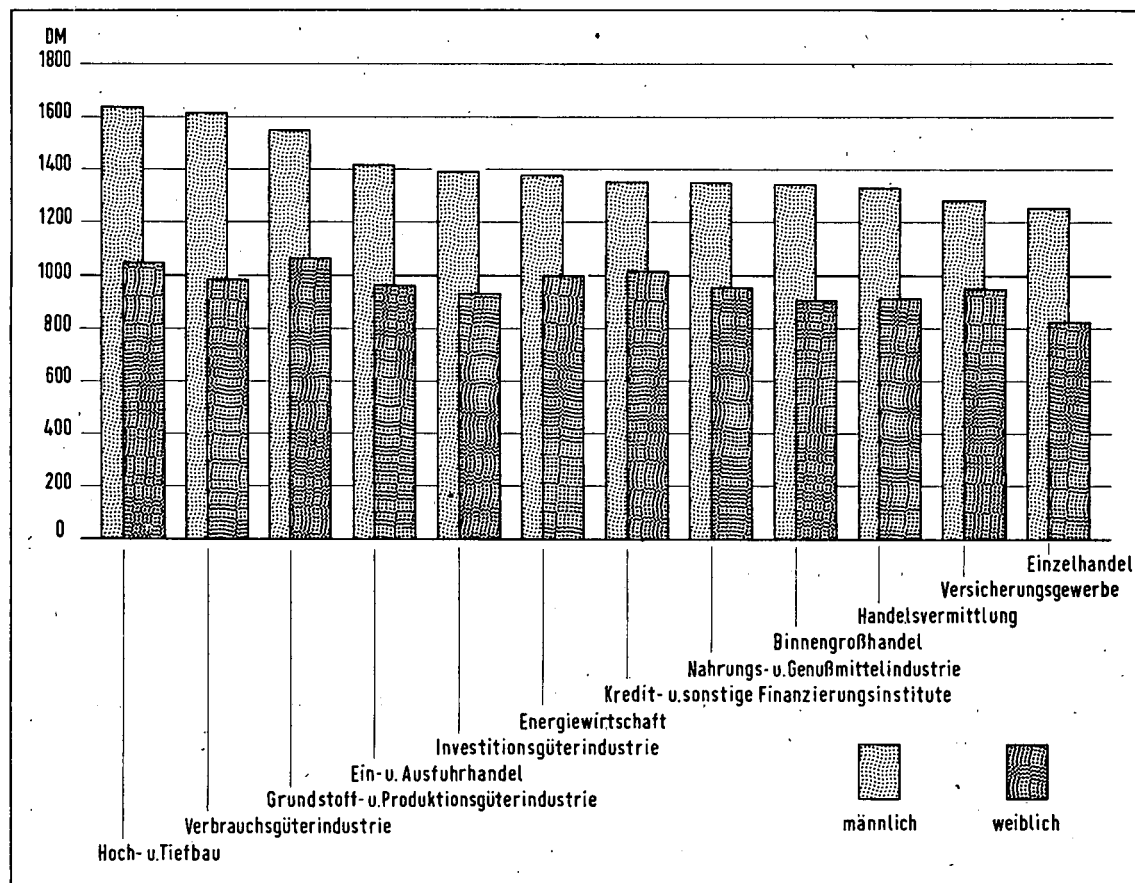
Die Veränderungen der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1963 bis 1969 nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht  
— Veränderung gegenüber Vorjahr in % —

Wirtschaftsbereiche	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Männliche Angestellte</b>							
Energiewirtschaft .....	+ 4,9	+ 5,4	+ 9,8	+ 8,9	+ 6,5	+ 3,2	+ 6,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .....	+ 9,7	+ 6,1	+ 8,1	+ 9,4	+ 4,8	+ 5,3	+10,0
Investitionsgüterindustrien .....	+ 4,3	+ 6,2	+ 7,5	+ 6,8	+ 3,4	+ 4,8	+ 8,7
Verbrauchsgüterindustrien .....	+ 6,9	+11,4	+ 7,0	+ 9,0	+ 6,0	+ 5,6	+ 8,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien .....	+ 6,1	+ 5,6	+ 7,9	+ 8,1	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,9
Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup> .....	+ 6,9	+ 6,8	+ 5,4	+ 8,4	+ 2,5	+ 3,4	+ 7,6
Ein- und Ausfuhrhandel .....	+ 5,9	+ 2,8	+ 9,0	+ 9,6	+ 5,3	+ 7,0	+ 5,7
Binnengroßhandel .....	+ 5,9	+ 7,9	+13,0	+ 7,1	+ 6,2	+ 3,8	+ 6,4
Einzelhandel .....	+ 5,1	+ 7,8	+10,0	+ 9,9	+ 3,2	+ 5,2	+ 6,2
Handelsvermittlung .....	+ 3,6	+ 6,9	+ 8,8	+ 7,6	+ 5,8	+ 6,0	+ 0,4
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute .....	. <sup>2)</sup>	+ 6,7	+ 6,9	+ 7,5	+ 3,0	+ 8,9	+ 8,9
Versicherungsgewerbe .....	+ 5,5	+ 6,5	+ 8,2	+10,3	+ 4,9	+ 2,7	+ 8,6
<b>Weibliche Angestellte</b>							
Energiewirtschaft .....	+ 5,4	+ 6,3	+ 8,5	+ 8,1	+ 6,4	+ 4,1	+ 6,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .....	+ 8,5	+ 7,3	+ 9,5	+ 9,8	+ 5,4	+ 5,6	+10,0
Investitionsgüterindustrien .....	+ 6,0	+ 6,7	+ 8,7	+ 8,7	+ 4,5	+ 4,8	+10,0
Verbrauchsgüterindustrien .....	+ 7,1	+ 8,3	+ 8,7	+ 8,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 9,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien .....	+ 7,2	+ 7,5	+ 7,7	+ 9,3	+ 5,9	+ 5,9	+ 7,2
Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup> .....	+ 7,6	+ 7,5	+ 7,6	+ 8,7	+ 2,5	+ 3,0	+10,4
Ein- und Ausfuhrhandel .....	+ 7,8	+ 7,6	+10,6	+11,0	+ 6,0	+ 7,6	+10,3
Binnengroßhandel .....	+ 6,1	+ 7,9	+10,2	+12,2	+ 5,2	+ 4,9	+ 7,2
Einzelhandel .....	+ 6,1	+ 8,8	+10,0	+ 9,6	+ 5,3	+ 5,3	+ 8,7
Handelsvermittlung .....	+ 6,7	+ 5,4	+11,0	+ 9,0	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,3
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute .....	. <sup>2)</sup>	+ 9,0	+10,0	+ 7,8	+ 5,0	+ 5,7	+ 9,6
Versicherungsgewerbe .....	+ 6,3	+ 6,8	+ 7,7	+10,2	+ 4,9	+ 6,7	+ 9,8

<sup>1)</sup> ab 1964 einschließlich Handwerk. — <sup>2)</sup> Vgl. Fußnote 2 von Tabelle 2.

Schaubild

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1969 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen



Die ausgeprägten konjunkturellen Einflüsse in den letzten drei Jahren waren in allen zwölf Wirtschaftsbereichen zu beobachten (Tabelle 2 und 3). Das galt besonders für die Verlangsamung der Verdienstzunahme im Jahr 1967 und — mit nur vereinzelt Ausnahmen — für die Beschleunigung im Jahr 1969. Lediglich 1968 ergab sich eine weniger einheitliche Entwicklung; teilweise wurden in diesem Jahr erst die geringsten Steigerungen verzeichnet und teilweise vergrößerten sie sich bereits wieder (vgl. Tabelle 3). Darin schlagen sich die unterschiedlichen Termine der Tarifabschlüsse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nieder.

Unterschiedliche Verdienststeigerungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Über den gesamten Zeitraum 1962 bis 1969 hinweg ergaben sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen beachtliche Unterschiede im Anstieg der durchschnittlichen Verdienste. Die größten Zunahmen wiesen bei den Männern die Monatsgehälter in den Verbrauchsgüterindustrien mit 68,8 % und in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 67,0 % auf<sup>5)</sup>. Die geringsten Zunahmen verzeichneten demgegenüber die Gehälter in der Handelsvermittlung (46,0 %) und im Hoch- und Tiefbau (48,9 %). Bei den Frauen standen der Ein- und Ausfuhrhandel und die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit Erhöhungen der durchschnittlichen Monatsgehälter um 79,3 % bzw. 71,5 % an der Spitze, während die Energiewirtschaft mit 55,5 % und der Hoch- und Tiefbau mit 57,9 % die geringsten Zunahmen aufwiesen.

Die absolute Höhe der Angestelltenverdienste wies in den einzelnen Wirtschaftsbereichen beachtliche Unterschiede auf (Tabelle 2). So war bei den Männern das monatliche Durchschnittsgehalt 1969 im Einzelhandel (1 251 DM) fast 24 % niedriger als das Durchschnittsgehalt im Hoch- und Tiefbau (1 636 DM). Bei den Frauen verdienten die Angestellten im Einzelhandel (825 DM) fast 23 % weniger als die Angestellten in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (1 065 DM). Über den gesamten Zeitraum 1962 bis 1969 hinweg haben sich die maximalen Abstände leicht verringert. Sie betrugen 1962 bei den Männern noch 28 %, bei den Frauen noch 26 % (in beiden Fällen Einzelhandel gegenüber Hoch- und Tiefbau)<sup>6)</sup>. Die Verdienstunterschiede zwischen den einzelnen Branchen erklären sich offensichtlich in erheblichem Maß aus der verschiedenartigen Beschäftigungsstruktur. Dabei spielt z. B. das jeweilige Verhältnis von Kaufmännischen und Technischen Angestellten eine Rolle.

Verdienstgefälle zwischen Kaufmännischen und Technischen Angestellten

Im Durchschnitt verdienen nämlich Kaufmännische Angestellte weniger als Technische Angestellte (vgl. Tabelle 4). 1969 betrug der Abstand bei den Männern

knapp 10 % (1 351 DM gegenüber 1 496 DM) und bei den Frauen fast 20 % (921 DM gegenüber 1 147 DM). Bei den Männern hat sich dieser Unterschied seit

Tabelle 4

**Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1962 bis 1969**

Jahre	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	Bruttomonatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Bruttomonatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1	2	3	4
<b>Kaufmännische Angestellte</b>				
1962 .....	846		538	
1963 .....	905	+ 7,0	581	+ 8,0
1964 .....	966	+ 6,7	627	+ 7,9
1965 .....	1 058	+ 9,5	688	+ 9,7
1966 .....	1 145	+ 8,2	757	+ 10,0
1967 .....	1 199	+ 4,7	795	+ 5,0
1968 .....	1 261	+ 5,2	842	+ 5,9
1969 .....	1 351	+ 7,1	921	+ 9,4
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg in % ...		+ 6,9		+ 8,0
<b>Technische Angestellte</b>				
1962 .....	978		664	
1963 .....	1 033	+ 5,6	714	+ 7,5
1964 .....	1 095	+ 6,0	769	+ 7,7
1965 .....	1 176	+ 7,4	838	+ 9,0
1966 .....	1 268	+ 7,8	912	+ 8,8
1967 .....	1 317	+ 3,9	990	+ 8,6
1968 .....	1 380	+ 4,8	1 045	+ 5,6
1969 .....	1 496	+ 8,4	1 147	+ 9,8
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg in % ...		+ 6,3		+ 8,1

1962, als er über 13 % erreichte, leicht verringert. Die Gehälter der Kaufmännischen Angestellten stiegen nämlich in jedem Jahr außer 1969 mehr als die der Technischen Angestellten. Demgegenüber hat sich bei den Frauen keine entsprechende Verschiebung ergeben. Die pauschale Gegenüberstellung von Kaufmännischen und Technischen Angestellten vermittelt allerdings insofern ein schiefes Bild, als die Aufteilung auf die einzelnen Leistungsgruppen jeweils sehr unterschiedlich ist. So entfallen bei den Männern knapp 73 % der Kaufmännischen Angestellten auf die beiden oberen der erfaßten vier Leistungsgruppen, aber 87 % der Technischen Angestellten. Bei den Frauen sind es gut 36 % der Kaufmännischen, aber 47 % der Technischen Angestellten (vgl. Tabelle 5).

Zwischen den Angestelltenverdiensten in den Leistungsgruppen II bis V — die zugehörigen Tätigkeitsmerkmale sind in den „Methodischen Bemerkungen“ am Ende dieses Beitrags beschrieben — besteht ein erhebliches Gefälle (vgl. Tabelle 6). So waren 1969 bei den Männern die durchschnittlichen Monatsgehälter der Leistungsgruppe V (874 DM) um 52 % niedriger als diejenigen der Leistungsgruppe II (1 819 DM). Bei den Frauen erreichte der entsprechende Abstand sogar fast 54 % (705 DM gegenüber 1 519 DM). Im einzelnen bestehen die größten absoluten und relativen Verdienstunterschiede bei Männern wie bei Frauen zwischen den Leistungsgruppen II und III, die geringsten zwischen den Leistungsgruppen IV und V.

<sup>5)</sup> Die Entwicklung in den Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstituten kann nicht verglichen werden, da im Berichtszeitraum eine Änderung im Tarifrecht und damit auch in der statistischen Erfassung erfolgte. Ab Februar 1963 wird im privaten Bankgewerbe jeweils ein Zwölftel der gemäß Manteltarifvertrag vom 22. Juni 1961 zu zahlenden drei halben Monatsgehälter zum Bruttomonatsverdienst gerechnet und auch statistisch so erfaßt.

<sup>6)</sup> Die Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute müssen aus den genannten Gründen ausgeklammert werden.



Tabelle 5

**Prozentuale Verteilung der erfaßten Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg  
im August 1962 und Juli 1969 nach Beschäftigungsart, Leistungsgruppen und Geschlecht**

Zeit	Männliche Angestellte				Weibliche Angestellte			
	Leistungsgruppen				Leistungsgruppen			
	II	III	IV	V	II	III	IV	V
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Kaufmännische Angestellte</b>								
August 1962 .....	23,5	47,1	24,8	4,6	3,4	27,2	58,5	10,9
Juli 1969 .....	27,4	45,2	22,4	5,0	4,3	32,2	52,7	10,8
<b>Technische Angestellte</b>								
August 1962 .....	25,8	55,7	17,3	1,3	4,3	18,2	68,4	9,2
Juli 1969 .....	27,1	59,9	12,6	0,4	18,3	28,7	49,4	3,6
<b>Kaufmännische und Technische Angestellte</b>								
August 1962 .....	24,0	48,9	23,3	3,9	3,5	26,9	58,8	10,8
Juli 1969 .....	27,4	48,7	20,1	3,9	5,0	32,0	52,6	10,4

Tabelle 6

**Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel  
in Hamburg 1962 bis 1969 nach Beschäftigungsart, Leistungsgruppen und Geschlecht**

Jahre	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte				
	Leistungsgruppen *				Insgesamt	Leistungsgruppen				Insgesamt
	II	III	IV	V		II	III	IV	V	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Kaufmännische Angestellte</b>										
1962 .....	1 159	839	606	534	846	932	666	496	396	538
1963 .....	1 245	899	653	591	905	1 021	710	532	444	581
1964 .....	1 342	963	698	628	966	1 094	771	577	476	627
1965 .....	1 452	1 047	762	710	1 058	1 160	837	633	519	688
1966 .....	1 567	1 128	832	761	1 145	1 243	901	691	579	757
1967 .....	1 632	1 176	876	782	1 199	1 290	945	720	619	795
1968 .....	1 688	1 225	928	821	1 261	1 330	993	762	662	842
1969 .....	1 783	1 316	996	873	1 351	1 418	1 075	830	705	921
<b>Technische Angestellte</b>										
1962 .....	1 293	943	682	541	978	1 032	701	565	482	664
1963 .....	1 384	987	724	568	1 033	1 109	741	594	526	714
1964 .....	1 468	1 044	772	631	1 095	1 276	827	638	551	769
1965 .....	1 562	1 113	836	700	1 176	1 375	898	694	586	838
1966 .....	1 666	1 192	900	742	1 268	1 505	962	749	657	912
1967 .....	1 736	1 236	939	786	1 317	1 629	1 021	774	674	990
1968 .....	1 809	1 294	990	823	1 380	1 727	1 033	809	705	1 045
1969 .....	1 933	1 396	1 058	911	1 496	1 946	1 150	883	729	1 147
<b>Kaufmännische und Technische Angestellte</b>										
1962 .....	1 189	866	619	535	875	965	666	498	398	543
1963 .....	1 278	921	666	591	933	1 057	711	535	446	587
1964 .....	1 373	986	711	628	997	1 137	773	580	477	634
1965 .....	1 479	1 067	775	710	1 087	1 205	840	636	520	696
1966 .....	1 593	1 147	844	761	1 175	1 293	903	694	581	765
1967 .....	1 658	1 194	887	782	1 228	1 362	948	723	620	805
1968 .....	1 716	1 245	939	821	1 290	1 415	994	764	662	853
1969 .....	1 819	1 339	1 006	874	1 385	1 519	1 079	832	705	933

Bei der Untergliederung der Leistungsgruppen nach Kaufmännischen und Technischen Angestellten wird wiederum durch alle Jahre hindurch ein Gefälle zugunsten der letzteren offensichtlich; die einzige Ausnahme bildet die Leistungsgruppe V bei den Männern, die indessen bei den Technischen Angestellten mit nur 0,4% der Gesamtzahl (Juli 1969) äußerst schwach besetzt ist und hier insoweit außer Betracht bleiben soll. Es zeigt sich bei dieser detaillierten Betrachtung eindeutig, daß die Differenzierung geringer ist als bei dem früheren pauschalen Vergleich der Bezahlung nach Beschäftigungsarten. So blieben 1969 in der Leistungsgruppe II die monatlichen Verdienste der Kaufmännischen Angestellten um knapp 8% hinter denen der Technischen Angestellten zurück, in den Leistungsgruppen III und IV sogar nur um 6%. Bei den Frauen ergibt sich überwiegend das gleiche Bild. In den Leistungsgruppen III bis V verdienten 1969 die Kaufmännischen Angestellten nur zwischen

7% und 3% weniger als die entsprechenden Technischen Angestellten. Lediglich in der Leistungsgruppe II erreichte der Abstand mit 27% einen Extremwert. Dies erklärt sich daraus, daß in dieser Leistungsgruppe bei den Frauen Apothekerinnen das stärkste Gewicht haben und mit ihrer vergleichsweise hohen Bezahlung den Durchschnittsverdienst maßgeblich beeinflussen. Er ist daher sogar höher als bei den anders strukturierten männlichen Technischen Angestellten der Leistungsgruppe II.

Leichte Tendenz zur Nivellierung in den einzelnen Leistungsgruppen

Die Entwicklung von 1962 bis 1969 war durch eine leichte Tendenz zur Nivellierung der Angestelltenverdienste in den einzelnen Leistungsgruppen gekennzeichnet. Der Anstieg der Monatsverdienste erreichte bei den Männern in der Leistungsgruppe II in

den sieben Jahren insgesamt 53 % und im Durchschnitt pro Jahr 6,3 %, in der Leistungsgruppe V dagegen 63 % bzw. pro Jahr 7,3 % (vgl. Tabelle 7). Bei den Frauen war der Unterschied noch größer. In der Leistungsgruppe II betrug die Zunahme von 1962 bis 1969 insgesamt 57 % und im Durchschnitt pro Jahr 6,7 %, in der Leistungsgruppe V dagegen 77 % bzw. pro Jahr 8,5 %. Insgesamt hat sich bis 1969, verglichen mit 1962, bei Männern wie bei Frauen, in den Leistungsgruppen IV und V der Rückstand der Monatsverdienste gegenüber dem Durchschnittsverdienst für alle Leistungsgruppen verringert; analog ist in den Leistungsgruppen II und III der Vorsprung der Monatsverdienste ebenfalls kleiner geworden (vgl. Tabelle 8).

Wie die Untersuchung zeigte, ist es kaum möglich, die Angestellten nach einem bestimmten Merkmal zu gruppieren und dabei den Einfluß anderer Merkmale auszuschalten. Dies gilt in besonderem Maße auch bei der hier immer geübten Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Angestellten. Insofern ist die Feststellung, daß die monatlichen Durchschnittsgehälter der Frauen in Hamburg 1969 um nahezu 33 % niedriger als die der Männer waren, nur von begrenzter Aussagefähigkeit. Immerhin hat sich der Abstand damit seit 1962, als er noch 38 % betrug, erheblich verringert, wenn auch die absolute Differenz noch gestiegen ist (vgl. dazu Tabelle 1).

Tabelle 7

Die Veränderungen der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1963 bis 1969 nach Beschäftigungsart, Leistungsgruppen und Geschlecht  
— Veränderung gegenüber Vorjahr in % —

Jahre	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte				
	Leistungsgruppen				Insgesamt	Leistungsgruppen				Insgesamt
	II	III	IV	V		II	III	IV	V	
	1	2	3	4		6	7	8	9	
Kaufmännische Angestellte										
1963 .....	+ 7,4	+ 7,2	+ 7,8	+10,7	+ 7,0	+ 9,5	+ 6,6	+ 7,3	+12,1	+ 8,0
1964 .....	+ 7,8	+ 7,1	+ 6,9	+ 6,3	+ 6,7	+ 7,1	+ 8,6	+ 8,5	+ 7,2	+ 7,9
1965 .....	+ 8,2	+ 8,7	+ 9,2	+13,1	+ 9,5	+ 6,0	+ 8,6	+ 9,7	+ 9,0	+ 9,7
1966 .....	+ 7,9	+ 7,7	+ 9,2	+ 7,2	+ 8,2	+ 7,2	+ 7,6	+ 9,2	+11,6	+10,0
1967 .....	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,3	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,2	+ 6,9	+ 5,0
1968 .....	+ 3,4	+ 4,2	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,2	+ 3,1	+ 5,1	+ 5,8	+ 6,9	+ 5,9
1969 .....	+ 5,6	+ 7,4	+ 7,3	+ 6,3	+ 7,1	+ 6,6	+ 8,3	+ 8,9	+ 6,5	+ 9,4
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg ..	+ 6,3	+ 6,6	+ 7,4	+ 7,3	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,6	+ 8,6	+ 8,0
Technische Angestellte										
1963 .....	+ 7,0	+ 4,7	+ 6,2	+ 5,0	+ 5,6	+ 7,5	+ 5,7	+ 5,1	+ 9,1	+ 7,5
1964 .....	+ 6,1	+ 5,8	+ 6,6	+11,1	+ 6,0	+15,1	+11,6	+ 7,4	+ 4,8	+ 7,7
1965 .....	+ 6,4	+ 6,6	+ 8,3	+10,9	+ 7,4	+ 7,8	+ 8,6	+ 8,8	+ 6,4	+ 9,0
1966 .....	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,7	+ 6,0	+ 7,8	+ 9,5	+ 7,1	+ 7,9	+12,1	+ 8,8
1967 .....	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 8,2	+ 6,1	+ 3,3	+ 2,6	+ 8,6
1968 .....	+ 4,2	+ 4,7	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,8	+ 6,0	+ 1,2	+ 4,5	+ 4,6	+ 5,6
1969 .....	+ 6,9	+ 7,9	+ 6,9	+10,7	+ 8,4	+12,7	+11,3	+ 9,1	+ 3,4	+ 9,8
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg ..	+ 5,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 9,5	+ 7,3	+ 6,6	+ 6,1	+ 8,1
Kaufmännische und Technische Angestellte										
1963 .....	+ 7,5	+ 6,4	+ 7,6	+10,5	+ 6,6	+ 9,5	+ 6,8	+ 7,4	+12,1	+ 8,1
1964 .....	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,3	+ 6,9	+ 7,6	+ 8,7	+ 8,4	+ 7,0	+ 8,0
1965 .....	+ 7,7	+ 8,2	+ 9,0	+13,1	+ 9,0	+ 6,0	+ 8,7	+ 9,7	+ 9,0	+ 9,8
1966 .....	+ 7,7	+ 7,5	+ 8,9	+ 7,2	+ 8,1	+ 7,3	+ 7,5	+ 9,1	+11,7	+ 9,9
1967 .....	+ 4,1	+ 4,1	+ 5,1	+ 2,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,2	+ 6,7	+ 5,2
1968 .....	+ 3,5	+ 4,3	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,0	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,7	+ 6,8	+ 6,0
1969 .....	+ 6,0	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,5	+ 7,4	+ 7,3	+ 8,6	+ 8,9	+ 6,5	+ 9,4
Durchschnittlicher jährlicher Anstieg ..	+ 6,3	+ 6,4	+ 7,2	+ 7,3	+ 6,8	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,6	+ 8,5	+ 8,0

Tabelle 8

Prozentuale Verdienstabstufung der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1962 bis 1969 zwischen den Leistungsgruppen<sup>1)</sup>

— Ungewogenes arithmetisches Mittel der vier Leistungsgruppen = 100 —

Jahre	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte				
	Leistungsgruppen				Insgesamt	Leistungsgruppen				Insgesamt
	II	III	IV	V		II	III	IV	V	
	1	2	3	4		6	7	8	9	
1962 .....	148,3	108,0	77,2	66,7	100	152,7	105,4	78,8	63,0	100
1963 .....	147,9	106,6	77,1	68,4	100	153,9	103,5	77,9	64,9	100
1964 .....	148,4	106,6	76,9	67,9	100	153,2	104,2	78,2	64,3	100
1965 .....	146,7	105,9	76,9	70,4	100	150,6	105,0	79,5	65,0	100
1966 .....	146,7	105,6	77,7	70,1	100	149,0	104,0	80,0	66,9	100
1967 .....	146,7	105,7	78,5	69,2	100	149,2	103,8	79,2	67,9	100
1968 .....	145,4	105,5	79,6	69,6	100	147,5	103,6	79,7	69,0	100
1969 .....	144,4	106,3	79,8	69,4	100	146,9	104,4	80,5	68,2	100

<sup>1)</sup> Der Berechnung liegen die absoluten Zahlen aus Tabelle 6 zugrunde.

## Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen durch abweichende Tätigkeit

Wie sehr die Verdienstunterschiede durch die abweichende Tätigkeit von Frauen und Männern beeinflußt werden, zeigt sich bei der Aufteilung der erfaßten Angestellten auf die einzelnen Leistungsgruppen. Während nämlich nach dem Stand vom Juli 1969 von den weiblichen Angestellten nur 37 % zu den überdurchschnittlich bezahlten Leistungsgruppen II und III gehörten, war dieser Anteil bei den männlichen Angestellten mit 76 % mehr als doppelt so hoch. Der Einfluß der strukturellen Unterschiede geht daraus hervor, daß der Rückstand der Monatsverdienste der weiblichen gegenüber den männlichen Angestellten, der 1969 im Gesamtdurchschnitt noch 33 % erreichte, in den einzelnen Leistungsgruppen nur zwischen 16 % und 20 % betrug. Dabei muß angenommen werden, daß auch innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen nochmals ähnliche Faktoren wirksam sind, da die Einordnung der Angestellten in vier Leistungsgruppen nur eine sehr grobe qualitative Aufgliederung der Tätigkeitsmerkmale erlaubt.

### Zusammenfassung

Die Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe betrugen im Jahr 1969 in Hamburg bei den Männern 1 385 DM und bei den Frauen 933 DM. Seit 1962 ergab sich damit ein Anstieg von 58 % bzw. 72 %. Das entspricht im Durchschnitt einer Zunahme um 6,8 % bzw. 8,0 % pro Jahr. Tatsächlich sind die Bruttomonatsverdienste am stärksten 1965 und 1966 gestiegen. Danach nahmen sie aufgrund der konjunkturellen Abschwächung 1967 und 1968 erheblich langsamer zu. Erst 1969 ergab sich wieder eine kräftige Beschleunigung mit einer Erhöhung der Bruttomonatsverdienste von 7,4 % bei den Männern und 9,4 % bei den Frauen.

Die höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste wurden 1969 in Hamburg bei den männlichen Angestellten im Hoch- und Tiefbau (1 636 DM) gezahlt, die niedrigsten im Einzelhandel (1 251 DM). Die weiblichen Angestellten verdienten am meisten in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (1 065 DM) und am wenigsten ebenfalls im Einzelhandel (825 DM). Dabei spielten offensichtlich die Abweichungen in der Beschäftigungsstruktur, z. B. ein unterschiedlicher Anteil der zumeist in höhere Leistungsgruppen fallenden Technischen Angestellten, die entscheidende Rolle. Der Tendenz nach hat sich allerdings die Differenzierung der Gehälter im Hinblick auf unterschiedliche Leistungsanforderungen leicht verringert.

Die Verdienstunterschiede nach Geschlechtern, die im wesentlichen ebenfalls strukturelle Abweichungen der jeweils ausgeübten Tätigkeit widerspiegeln, haben sich in den letzten sieben Jahren verringert.

Blieben die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Frauen in Hamburg 1962 noch um 38 % hinter denen der Männer zurück, so verringerte sich der Abstand bis 1969 auf 33 %.

## Methodische Bemerkungen

Seit 1957 werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel im Bundesgebiet regelmäßig erhoben, und zwar viermal jährlich (Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. 5. 1956, BGBl. I, S. 429). Die laufende Verdiensterhebung, die sich auf eine repräsentative Auswahl von Berichtsfirmen stützt, soll in erster Linie einen Überblick über die Verdienstentwicklung geben. Ein detailliertes Bild des Verdienstgefüges vermittelt dagegen die in drei- bis fünfjährigem Abstand stattfindende Gehalts- und Lohnstrukturhebung (zuletzt 1966).

Die 1957 eingeführte laufende Verdiensterhebung (Einzelheiten über die Methodik finden sich in „Hamburg in Zahlen“, März-Heft 1962, S. 70) wurde 1964 reformiert, um die in den einzelnen Wirtschaftszweigen inzwischen eingetretene Entwicklung zu berücksichtigen; der Stichprobenplan wurde verfeinert (Neuauswahl der Berichtsbetriebe). Gleichzeitig erfolgte auch eine methodische Änderung in der Berechnung der Durchschnittsverdienste. Die ermittelten Stichprobenwerte werden seit 1964 über Hochrechnungsfaktoren auf Totalwerte umgerechnet, während vorher nur ein Durchschnitt der tatsächlich erfaßten Verdienste berechnet worden war. Im Rahmen der Harmonisierungsbestrebungen der Lohnstatistiken im EWG-Raum wurden 1964 auch die Erhebungstermine geändert. Anstelle der Stichmonate Februar, Mai, August und November traten Januar, April, Juli und Oktober. Da die Erhebungsmonate nicht mehr symmetrisch zur Jahresmitte liegen, wird der Jahresdurchschnitt seit 1964 nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{9x_1 + 13x_4 + 17x_7 + 21x_{10}}{60}$$

dabei bedeuten:

$x_1$  = Ergebnis für den Monat Januar

$x_4$  = Ergebnis für den Monat April

$x_7$  = Ergebnis für den Monat Juli

$x_{10}$  = Ergebnis für den Monat Oktober

(Vgl. Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, N: Löhne und Gehälter, 12. 4. 1965, S. 2).

Die Gehaltssummen werden in den Berichtsbetrieben nach Beschäftigungsart (Kaufmännische und Technische Angestellte), Geschlecht und Leistungsgruppe der Angestellten erfaßt. Die Aufgliederung erfolgt von Leistungsgruppe II (z. B. Angestellte mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen verantwortlich zu unterweisen haben) bis Leistungsgruppe V (Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordern). Nicht einbezogen ist die Leistungsgruppe I (leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis). Die genaue Abgrenzung der Leistungsgruppen ist wie folgt:

### Leistungsgruppe II

Kaufmännische und Technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen

in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzuweisen und verantwortlich zu unterweisen haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen.

#### Leistungsgruppe III

Kaufmännische und Technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen.

#### Leistungsgruppe IV

Kaufmännische und Technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit,

deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelernten Arbeitern vorstehen.

#### Leistungsgruppe V

Kaufmännische und Technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Marion Großer

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	761,2	759,5	754,9	756,5	763,4
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	— 2,6	— 0,7	2,2	0,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	86	85	82	74
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	7	8	8	8	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	22	70	80	47
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	31	33	77	127
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	19	15	12	5
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	21	26	26	14
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	-1000	287,6	265,1 p	...	...	...	266,2
" Altona	"	264,3	261,1 p	...	...	...	261,1
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4 p	...	...	...	260,4
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2 p	...	...	...	368,1
" Wandsbek	"	357,5	368,3 p	...	...	...	367,8
" Bergedorf	"	82,6	91,6 p	...	...	...	90,2
" Harburg	"	199,0	207,2 p	...	...	...	207,0
* Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9 p	1 816 p	1 815 p	1 814,0 p	1 820,8
dav. männlich	"	861,9	844,1 p	...	...	...	844,0
weiblich	"	995,0	975,8 p	...	...	...	976,8
dar. Ausländer <sup>6)</sup>	"	59,8	70,4	78,5	79,6	79,9	66,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen <sup>7)</sup>	Anzahl	1 510	1 208 p	800 p	940 p	1 345 p	1 264 r
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,6 p	5,2 p	6,7 p	8,7 p	8,2 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 750 p	1 550 p	1 490 p	1 800 p	2 009 r
dar. unehelich	"	143	130 p	120 p	100 p	145 p	144 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	9,6 p	10,0 p	10,7 p	11,7 p	13,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4 p	7,7 p	6,8 p	8,0 p	7,1 r
* Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 250 p	2 740 p	2 190 p	2 160 p	2 689 r
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	37 p	30 p	35 p	35 p	42
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	12,4 p	17,8 p	15,7 p	14,0 p	17,4
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	20,6 p	19,4 p	23,5 p	19,4 p	21,2 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	500 p	1 190 p	700 p	360 p	680 r
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	0,8	2,7 p	7,7 p	5,0 p	2,6 p	4,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	6 200 p	6 200 p	6 000 p	6 339
* über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	6 500 p	6 200 p	7 000 p	6 554
* Fortgezogene Personen	"	379	+ 34	300 p	—	— 1 000 p	— 275
* über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	...	—	...	+ 93
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	342	— 121	...	—	...	— 308
dav. männlich	"						
weiblich	"						
* Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	15 005	13 130 p	13 080 p	16 410
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	...	...	1 480 p	1 722
dar. angrenzende Kreise <sup>8)</sup>	"	835	1 003	...	...	820 p	1 040
Niedersachsen	"	1 091	1 114	...	...	870 p	1 075
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	272	315	...	...	340 p	294
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	...	...	1 970 p	1 872
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	1 535	2 095	...	...	1 680 p	1 670
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	...	...	2 400 p	2 589
dar. angrenzende Kreise <sup>8)</sup>	"	1 620	1 825	...	...	1 710 p	1 783
Niedersachsen	"	1 268	1 241	...	...	1 200 p	1 180
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	548	...	...	590 p	475
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	...	...	2 120 p	1 945
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	767	1 013	...	...	1 280 p	840

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — <sup>7)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>8)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>9)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>10)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>11)</sup> Hierzu gehören: sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	11 749	11 193	11 200	11 200	11 186	11 204
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		273 169	266 678	271 910	262 321	283 096	291 161
Pflegelage	‰	81,8	81,8	82,1	87,2	85,0	87,0
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Gemeinnützige Krankenanstalten	Anzahl	4 573	4 557	4 639	4 639	4 653	4 559
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		123 729	123 153	125 478	119 951	137 482	131 780
Pflegelage	‰	89,1	88,3	86,8	91,4	94,4	92,3
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
c) Private Krankenanstalten	Anzahl	745	763	655	659	665	781
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		19 012	19 323	17 385	17 934	18 570	22 136
Pflegelage	‰	81,8	79,8	82,5	91,8	87,4	87,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		21 274	19 141	20 750	20 172	21 127	21 208
Pflegelage	‰	81,7	75,2	78,2	84,2	79,6	80,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	997	998	998	998	998
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		25 626	23 821	21 637	20 842	21 946	26 920
Pflegelage	‰	85,0	80,2	70,1	74,6	70,9	88,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Bettenbestand <sup>1)</sup>		48 245	47 809	47 541	43 783	47 487	49 818
Pflegelage	‰	91,4	92,0	90,4	92,6	90,7	93,4
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Bettenbestand <sup>1)</sup>		38 084	38 394	39 159	35 938	39 111	39 174
Pflegelage	‰	98,2	97,7	97,8	99,3	97,6	97,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Bettenbestand <sup>1)</sup>		43 630	42 737	43 236	38 950	43 282	43 339
Pflegelage	‰	97,1	98,8	98,0	97,8	99,2	98,6
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	709,2	715,0	714,7	715,6	708,0
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	600,0	612,4	613,2	616,1	595,6
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	427 515	400 508	407 978	417 792
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	5 282	3 948	3 909	5 074
3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	34 294	35 980	32 251	37 577
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	12 968	16 548	14 818	16 408
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	42 303	48 115	64 733	49 345
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	684,4	683,6	682,9	674,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	405,2	407,2	406,2	394,5
Rentner	"	175,5	224,5	226,4	227,4	227,4	223,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	52,8	49,0	49,3	56,6
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	34,1	34,9	32,1	38,8
dav. männlich	"	17,9	17,8	23,5	23,0	21,4	25,9
weiblich	"	8,8	8,8	10,6	11,9	10,7	12,9

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>5)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
• Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	3 480	3 401	3 016	4 101
•   dav. männlich	"	2 318	1 955	1 923	1 863	1 607	2 542
weiblich	"	1 092	1 411	1 557	1 538	1 409	1 559
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	39	25	23	279
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	48	48	40	48
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	60	54	35	112
Elektriker	"	24	12	20	12	14	19
Chemiewerker	"	55	25	20	28	17	22
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	15	18	16	16
Graphische Berufe	"	44	47	58	45	52	85
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	11	10	8	24
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	47	56	54	81
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	153	118	114	186
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	102	100	102	97
Kaufmännische Berufe	"	368	424	422	538	498	417
Verkehrsberufe	"	313	287	232	239	198	303
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	782	728	580	648
Künstlerische Berufe	"	177	181	187	167	158	161
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	25 385	28 137	30 958	24 036
dav. männlich	"	13 014	14 530	13 754	15 494	17 667	11 577
weiblich	"	12 813	12 621	11 631	12 643	13 291	12 459
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 942	5 845	7 020	7 036	6 128
dav. männlich	"	4 134	4 106	4 165	5 084	5 107	4 179
weiblich	"	1 707	1 836	1 680	1 936	1 929	1 949
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	9 639	9 844	9 654	12 323
dav. männlich	"	9 955	8 038	8 874	9 020	8 838	11 503
weiblich	"	572	706	765	824	816	820
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	7 745	8 435	9 047	8 358	9 023
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 956	4 282	3 862	4 765
weiblich	"	2 787	3 799	4 479	4 765	4 496	4 258
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
• Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	2 107	1 612	2 233	2 518
•   dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	89,6	89,4	90,6	88,4
• Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	13,1	11,1	13,8	14,7
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 691	10 237	10 841	10 858
dav. lose	"	3 529	2 526	2 177	2 037	2 142	2 614
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 514	8 200	8 699	8 244
Mager- und Buttermilch	"	382	509	251	268	322	334
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	9,7	8,3	8,6	8,0
Kälber	"	2,6	1,7	1,5	1,5	2,0	2,3
Schweine	"	47,0	37,4	36,5	33,2	42,9	47,5
Schafe	"	2,7	1,1	1,2	0,9	1,5	1,4
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
• Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	8,7	7,5	7,4	7,3
• Kälber	"	2,5	1,7	1,5	1,5	1,8	2,0
• Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	39,0	38,9	34,8	42,9	44,8
• Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	t	6 229	6 034	6 176	5 363	6 096	6 205
•   dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 205	1 886	1 859	1 865
Kälber	"	187	139	124	120	160	177
Schweine	"	4 318	3 723	3 792	3 316	4 023	4 110

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 503	1 513	1 570	1 535
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	211	212	214	208
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	138	138	139	138	137
* Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	"	24 859	21 987	21 951	22 046	22 265	22 014
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	147	146	156	128
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	113	113	117	97
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	10	13	11	12	11
* Gasverbrauch	1 000 Nm <sup>3</sup>	6 418	2 076	2 923	2 688	2 633	2 755
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	96	85	80	81
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	153	144	148	141
* Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	14	12	14	14
* Umsatz <sup>5)</sup>	Mio DM	1 304	1 476	1 544	1 531	1 643	1 360
dar. Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	"	155	223	248	251	208	189
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	121,3	126,8	134,1	118,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	119,5	125,7	133,2	117,9
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	129,5	133,2	137,8	115,2
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	121,5	132,3	138,3	127,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	105,2	127,3	137,6	120,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	110,5	109,8	121,0	111,2
Bauindustrie	"	103,7	107,3	63,8	70,5	95,0	68,8
<b>Umsatz <sup>7)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 544	1 531	1 643	1 360
Chemische Industrie	"	215	262	244	239	262	231
Elektroindustrie	"	101	130	147	131	133	129
Maschinenbau	"	143	164	172	181	203	163
	"	83	110	88	114	121	103
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	12	13	12
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	789	691	704	649
* Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm <sup>3</sup>	59	102	178	154	154	136
Vj.-Durchschnitt <sup>8)</sup>				2. Vj. 1969	3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	4. Vj. 1968
		1965	1969				
<b>3. Handwerk (Meßziffern)</b>							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	83,8	84,1	86,8	84,7
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	116,1	122,8	171,3	144,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	111,7	121,2	173,3	145,5
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
Monatsdurchschnitt				Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	43 690	43 397	44 324	42 507
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 309	1 279	1 273	1 333
* Angestellte	"	4 684	5 167	5 276	5 354	5 343	5 022
* Arbeiter <sup>2)</sup>	"	43 102	37 982	37 105	36 764	37 708	36 152
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	3 341	3 430	4 797	3 864
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	811	830	1 253	1 016
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 108	1 123	1 329	1 163
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	1 422	1 477	2 215	1 685
* Löhne (Bruttosumme) <sup>3)</sup>	Mio DM	46,3	48,3	31,4	30,4	43,6	28,5
* Gehälter (Bruttosumme) <sup>4)</sup>	"	5,9	8,4	8,7	8,6	8,8	7,3
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) <sup>10)</sup>	"	126,2	138,0	130,4	89,4	72,8	76,4
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	53,4	19,8	24,4	26,6
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	34,9	19,4	14,3	21,4	23,7
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	57,6	55,3	27,0	26,1
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	186	119	240	104
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	101	101	139	71	164	62
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	283	221	367	218
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	38,0	30,4	48,9	29,4
* Wohnfläche	1 000 qm	95	72	59	47	76	45
<b>Nichtwohnbauten</b>							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	98	69	77	97
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	674	402	349	576
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	51,6	24,0	23,8	33,7
* Nutzfläche	1 000 qm	73	82	107	73	55	95
<b>Wohnungen</b>							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	764	633	1 033	710

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>6)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>7)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>8)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>9)</sup> ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — <sup>10)</sup> ab Januar 1968 bis Dezember 1969 mit, ab Januar 1970 ohne Mehrwertsteuer; mit den entsprechenden Angaben aus den Vorjahren nicht vergleichbar.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	131	23	125	40
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	188	47	277	102
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	25,3	6,7	36,8	12,7
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	63	28	61	38
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	458	362	271	531
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	31,8	25,6	17,3	19,9
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	578	151	835	345
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	30	47	43	121
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	23	31	28	41
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	102	97	119	374
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	5,7	13,2	16,1	47,8
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	9	21	25	84
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	25	18	45	25
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	106	110	139	101
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	9,6	9,2	6,7	10,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	22	17	35	19
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	114	271	409	1 212
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	32	162	28	606
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	15 100	14 900	15 400	13 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	3 900	4 400	4 600	6 300
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	180
Wohnungen	"	636	688	688	688	689	677
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 572	2 573	2 574	2 529
Handel, Gasigewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	142	144	168	153
dar. Warenhäuser	"	130	210	205	176	213	188
Facheinzelhandel	"	120	133	132	123	141	126
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	148	146	148	158	145
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	150	145	153	163	152
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	145	147	139	148	132
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	133 503	...	142 591	142 671
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	199 651	...	245 036	227 717
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	268	...	...	327
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	...	...	...	26
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	...	...	...	301
dav. Rohstoffe	"	2	2	...	...	...	2
Halbwaren	"	50	65	...	...	...	62
Fertigwaren	"	143	193	...	...	...	237
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	...	...	...	17
Enderzeugnisse	"	134	177	...	...	...	220
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	...	...	...	250
dar. EWG-Länder	"	65	91	...	...	...	101
EFTA-Länder	"	67	91	...	...	...	119

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

### Zählenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	130	123	...	...
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	136	133	...	...
Gaststättengewerbe	"	108	114	128	120	...	...
6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	96	92	114	106
*   dar. von Auslandsgästen	"	42	41	25	25	33	28
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	200	185	234	201
*   dar. von Auslandsgästen	"	90	78	54	51	68	55
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 450 p	1 381 p	1 534 p	1 628
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 378 p	1 250 p	1 587 p	1 659
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	4 288 p	3 515 p	4 006 p	3 529
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 283. p	2 611 p	3 162 p	2 637
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 592 p	2 036 p	2 479 p	1 984
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 813 p	1 445 p	1 710 p	1 238
Kohle	"	192	167	324 p	207 p	237 p	167
Getreide	"	180	116	110 p	71 p	152 p	167
Sack- und Stückgut	"	595	600	691 p	575 p	683 p	653
Versand	"	713	876	1 005 p	904 p	844 p	892
dav. Massengut	"	292	365	450 p	390 p	332 p	341
Sack- und Stückgut	"	421	511	555 p	514 p	512 p	551
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	69	101 p	...	285
* Güterversand	"	309	426	170	204 p	...	451
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 131 p	1 962 p	2 242 p	2 091
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 131 p	1 962 p	2 241 p	2 036
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	88,5 p	89,9 p	107,2 p	87,6
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	89,2 p	88,7 p	107,9 p	91,8
Angekommene Fracht	t	578	965	980 p	1 032 p	1 188 p	1 050
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 095 p	1 158 p	1 306 p	1 229
Angekommene Post	"	185	256	246 p	265 p	266 p	271
Abgegangene Post	"	229	323	320 p	324 p	336 p	342
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 588	10 765	11 493	11 428
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 047	15 815	14 860	15 936	15 476
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 574	5 182	5 472	5 765
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 672	11 679	12 511	12 215
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 273	2 185	2 289	2 111
Private Kraftomnibusse	"	301	239	233	216	265	160
5. Kraftfahrzeuge <sup>4)</sup>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	424,9	427,4	432,2	402,0
dar. Personenkraftwagen <sup>6)</sup> <sup>4)</sup>	"	310,8	384,2	384,8	387,1	391,3	363,4
* b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	4 394	5 563	...	6 658
*   dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	"	4 632	4 943	4 002	4 988	...	6 050
*   Lastkraftwagen	"	362	463	338	500	...	507
6. Straßenverkehrsunfälle <sup>4)</sup>							
Unfälle mit Personenschaden <sup>5)</sup>	Anzahl	859	959	894 p	902 p	1 012 p	758
* Getötete Personen	"	26	27	35 p	32 p	22 p	18
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 164 p	1 192 p	1 361 p	998

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>3)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>4)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>5)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>6)</sup> Im Vormonatshft wurden irrtümlicherweise in der letzten Spalte statt der Februar-Zahlen 1969 die Ergebnisse für Januar 1969 ausgewiesen. Die dadurch entstehenden Zahlenrelationen sind für einen Vergleich mit dem Vorjahr nicht brauchbar.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	22 034,9	24 302,0	24 495,5	24 382,1	21 392,4
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	6 696,7	7 502,9	7 637,0	7 414,3	6 794,4
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	6 655,0	7 497,7	7 630,6	7 411,3	6 764,8
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) <sup>2)</sup>	"	.	2 961,2	3 378,6	3 399,5	3 502,7	2 773,6
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	2 621,7	3 045,1	3 060,5	3 148,8	2 421,6
• Langfristige Kredite <sup>2)</sup>	"	.	12 377,0	13 420,5	13 459,0	13 465,1	11 824,4
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 846,6	11 845,9	11 871,5	11 886,7	10 341,9
• dar. durchlaufende Kredite	"	.	636,0	679,0	671,4	667,1	629,6
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	15 342,2	15 828,8	15 974,3	15 643,1	14 266,6
• dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	8 460,7	8 560,4	8 689,3	8 342,3	7 526,8
• Spareinlagen	"	.	7 442,7	7 427,8	7 502,0	7 346,9	6 582,6
• bei Sparkassen	"	4 069,9	6 881,5	7 268,4	7 285,0	7 260,8	6 739,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	2 792,9	4 607,3	4 901,3	4 923,0	4 916,9	4 532,2
• Lastschriften auf Sparkonten	"	244,3	407,2	606,0	430,3	417,8	367,4
• Zinsgutschriften	"	203,9	375,0	593,3	413,9	442,3	334,9
	"	12,9	24,1	2,3	0,2	0,3	0,2
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>							
	Anzahl	17	15	16	14	15	17
<b>3. Wechselproteste</b>							
	Anzahl	1 044	979	882	863	834	949
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 684	2 215	1 912	1 468
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren</b>							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	19 743	21 941	20 927	22 263
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 463	3 473	3 275	3 280
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 717	1 271	1 380	1 486
Abgeleitete Offenbarungseide	"	353	462	520	449	513	451
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg</b>							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	149	149	151	155
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 738	4 740	4 744	4 883
Gesellschaften m.b.H.:	Anzahl	3 877	4 729	4 888	4 917	4 934	4 640
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 030	4 099	4 103	3 799
<b>Steuern</b>							
<b>1. Gemeinschaftssteuern</b>							
	1 000 DM			469 392	476 998	685 544	.
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	210 549	197 168	423 373	424 425
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	164 856	133 063	142 017	98 692
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	16 241	12 796	160 636	171 467
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	32 505	47 487	9 180	1 391
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	3 053	3 822	111 540	152 876
• Steuern vom Umsatz	"	.	271 059	258 843	279 830	262 171	251 899
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	172 949	121 743	127 103	120 687
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	146 454	85 894	158 086	135 068	131 212
<b>2. Bundessteuern</b>							
	1 000 DM	523 065	818 450	268 899	519 031	550 440	750 305
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	4 436	48 377	45 150	62 604
• Verbrauchssteuern	"	358 150	492 114	250 846	452 275	485 674	426 675
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	209 698	385 758	378 137	316 128
<b>3. Landessteuern</b>							
	1 000 DM	35 517	47 161	36 139	59 674	26 181	31 618
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	4 635	37 309	3 032	2 745
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	10 132	9 107	10 589	10 682
• Biersteuer	"	2 430	2 894	2 783	2 003	2 274	2 171
<b>4. Gemeindesteuern</b>							
	1 000 DM	46 355	62 376	.	.	.	.
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	.	.	.	.
• Grundsteuer A	"	73	84	.	.	.	.
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	.	.	.	.
<b>5. Einnahmen des Bundes</b>							
	1 000 DM	601 215	923 346	542 687	803 286	924 461	898 854
<b>6. Einnahmen des Landes</b>							
ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern	1 000 DM	157 752	241 969	206 390	157 429	224 867	307 494
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	92 598	88 374	119 501	275 877
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	77 653	9 381	8 185	.
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	.	...	...	.	.
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	...	...	.	.
• dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	.	...	...	.	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	...	...	.	.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1969	November 1969	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A <sup>1)</sup>	1962 = 100	113,1	127,7	128,3	133,5	141,5	123,1
Einfamiliengebäude A <sup>1)</sup>	"	113,3	128,1	128,6	133,7	141,5	123,5
Mehrfamiliengebäude A <sup>1)</sup>	"	113,0	127,4	128,0	133,4	141,5	122,7
Gemischt genutzte Gebäude A <sup>1)</sup>	"	112,8	127,5	128,2	133,4	141,8	122,5
Bürogebäude A <sup>1)</sup>	"	112,2	126,9	127,8	135,5	147,7	120,7
Bürogebäude B <sup>1)</sup>	"	"	113,9	115,1	120,3	127,6	108,8
Gewerbliche Betriebsgebäude A <sup>1)</sup>	"	112,4	125,8	127,6	133,4	142,1	119,7
Gewerbliche Betriebsgebäude B <sup>1)</sup>	"	"	113,4	115,0	120,2	128,0	107,8
Löhne und Gehälter <sup>2)</sup>				April 1969	Juli 1969	Oktober 1969	Oktober 1968
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	284	289	307	273
• weibliche Arbeiter	"	140	180	174	180	188	170
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,22	6,33	6,70	5,97
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,19	4,33	4,48	4,06
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,7	45,7	45,8	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,6	41,6	41,9	41,8
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	41,1	36,5	44,6	44,5
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	37,0	29,6	41,0	40,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 379	1 401	1 444	1 313
• weiblich	"	747	983	954	983	1 020	914
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 456	1 492	1 544	1 398
• weiblich	"	748	988	941	993	1 036	913
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 321	1 331	1 357	1 264
• weiblich	"	668	899	887	899	922	837
In Industrie und Handel <sup>3)</sup> zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 336	1 349	1 380	1 277
• weiblich	"	688	921	904	921	948	856
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 460	1 495	1 543	1 399
• weiblich	"	838	1 147	1 067	1 157	1 214	1 077
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				Januar 1970	Februar 1970	März 1970	März 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	423	358	425	365
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	121	85	109	81
bekämpfte Brände	"	221	302	302	273	316	284
dav. Großbrände	"	9	14	11	11	9	11
Mittelbrände	"	28	43	43	27	42	34
Kleinbrände	"	98	130	119	117	138	111
Entstehungsbrände	"	80	105	111	99	113	105
Schornsteinbrände	"	6	10	18	19	14	23
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	819	612	705	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	11 344	9 431	10 065	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 589	1 461	1 540	"
Betriebsunfälle	"	544	416	434	437	437	"
Krankentransporte	"	"	"	4 598	3 617	3 708	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	11 881	9 389	9 891	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	12 586	10 401	11 195	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	85	71	71	"
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	9 198	9 466	10 980	9 356
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	163	179	227	195
Mord und Totschlag	"	4	6	5	6	6	7
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	124	135	107	126	108
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	3 792	3 923	4 829	3 874
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 151	2 037	2 204	1 809
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	5 943	5 960	7 033	5 683
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	224	194	240	162
Unterschlagung	"	203	229	221	244	226	353
Raub und Erpressung	"	41	67	44	73	73	57
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	134	94	356	88
Betrug und Untreue	"	722	973	807	928	928	1 109
Brandstiftung	"	33	47	52	43	47	48
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 234	1 219	1 439	1 606	1 110
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen <sup>6)</sup>	"	8 929	16 625	13 888	16 653	20 657	14 052
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	768	529	574	899
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>7)</sup>	"	31 317	29 706	23 427	27 620	29 230	23 389

<sup>1)</sup> A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — <sup>2)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>3)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>4)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>7)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

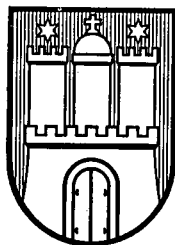
Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1969	Januar 1970	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	6,1 p
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	16,0 p
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	12,7 p
Arbeitslose	1 000	146	176	192	...	3 401	4 852
INDUSTRIE <sup>1)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 479 p	...	...	8 149
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	995	987 p	...	...	947
Umsatz <sup>3)</sup> einschl. Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	42 897 p	...	...	27 025
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 947 p	...	...	6 516
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	155,7	144,2 p	150,3 p	137,6
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	159,9	147,2 p	154,3 p	141,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	166,9	163,7 p	173,1 p	150,3
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	167,2	145,6 p	156,6 p	137,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	149,4	137,8 p	148,1 p	139,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	137,5	127,7 p	113,1 p	124,2
Bauindustrie	"	118,9	127,5	87,4	68,0 p	72,9 p	65,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	1 504,7	1 472,7	...	...	1 401,9
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 472,7	...	...	1 401,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	133,3	...	...	105,9
Umsatz einschl. Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer <sup>5)</sup>	Mio DM	3 698,0	3 968,6	7 051,9	...	...	2 176,7
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	40 717	...	...	36 559
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	...	...	...	...
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	219	...	...	119
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	148	169	146	148	126
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>6)</sup>	1 000 t	8 835 r	10 581 r	10 940 p	11 172 p	...	8 899
dav. Empfang	"	6 950 r	8 252	...	...	...	6 932
Versand	"	1 885 r	2 329	...	...	...	1 967
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	147 942	169 227	169 227	147 114
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	25 732 p	...	902 p	643
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 336 p	...	32 p	17
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	35 299 p	...	1 192 p	867
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 524	3 206	2 290	1 889
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	3 832	359	167	203
Körperschaftsteuer	"	681	908	2 644	238	135	146
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	3 168	3 842	3 158	2 273
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	101,5	104,3	105,8	106,3	100,1
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,8	107,5	108,0	107,3
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	113,7	115,0	115,4	109,0
Preisindex für Wohngebäude	"	112,2 r	124,5	...	...	...	120,3
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	"	109,0	119,3	120,6	122,1	122,5	118,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	114,7	116,5	116,9	113,1
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	164,3	165,2	166,0	159,0
				April 1969	Juli 1969	Oktober 1969	Oktober 1968
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,56	5,65	5,97	5,31
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,8	45,1	45,2	44,7

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> ab Januar 1970 ohne Umsatzsteuer. — <sup>6)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — Quelle: Statistisches Bundesamt.





# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

**Fast 60 % der Wohnungen in Hamburg sind Neubauwohnungen**

Bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung, die am 25. Oktober 1968 stattfand, wurden in Hamburg rd. 670 000 Wohnungen ermittelt. Nach dem Gebäudealter gegliedert befanden sich von diesen Wohnungen:

12 % in vor der Jahrhundertwende errichteten Gebäuden

12 % in Gebäuden mit Baujahren 1901 bis 1918

18 % waren zwischen 1919 und der Währungsreform entstanden und

58 % — also mehr als die Hälfte des gegenwärtigen Wohnungsbestandes — lagen in Neubauten, d. h. sie waren nach 1948 erbaut worden.

**Zahl der Ehescheidungen steigt ständig**

Im Jahr 1969 wurden in Hamburg 4 892 Ehen durch rechtskräftiges Urteil geschieden. Damit hat die Scheidungsziffer mit 26,9 Fällen je 10 000 Einwohner den höchsten Stand der 60er Jahre erreicht. Übertroffen wurde diese Zahl allerdings in den Nachkriegsjahren: 1950 ergab sich bei 5 208 Ehescheidungen eine Scheidungsziffer von 32,8, die dann bis 1960 auf den Tiefstand von 18,6 absank.

Ein Drittel der im Jahr 1969 geschiedenen Ehepaare hatte jeweils ein minderjähriges Kind, fast 42 % waren ohne Kinder.

**Starker Umsatzanstieg im hamburgischen Einzelhandel**

Die Gesamtumsätze des hamburgischen Einzelhandels lagen im April 1970 um 18 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Das Ausmaß der prozentualen Veränderung wurde zwar wesentlich von dem verstärkt einsetzenden Frühjahrsgeschäft im Versandhandel beeinflusst, jedoch konnten auch der Facheinzelhandel (+14 %) und die Wa-

renhäuser (+9 %) erhebliche Umsatzsteigerungen erzielen. Das größte Umsatzplus entfiel dabei auf die Warengruppe Hausrat und Wohnbedarf (+31 %).

In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug der Umsatzzuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum insges. 14 %. Eine gleich hohe Zuwachsrate erzielte der Facheinzelhandel, während die Warenhäuser ein um 11 % höheres Umsatzergebnis erreichten.

**Hohe Zuwachsrate bei der Lohnsteuer**

Das kassenmäßige Steueraufkommen im Land Hamburg erreichte in den ersten 5 Monaten des Jahres 1970 nach vorläufigen Angaben ein Volumen von 5 550 Mio DM; das sind 265 Mio DM oder 5,0 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1969.

Höhere Effektivverdienste, Überstunden und die höhere Zahl der Beschäftigten führten dazu, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 737,0 Mio DM stiegen. Sie war damit nach der Mineralölsteuer die stärkste Aufkommensquelle.

Mehreinnahmen traten u. a. bei folgenden Steuerarten auf:

Lohnsteuer	+ 138,1 Mio DM (+ 23,1 %)
Mineralölsteuer	+ 163,9 Mio DM (+ 10,3 %)
Umsatzsteuer	+ 65,9 Mio DM (+ 11,0 %)

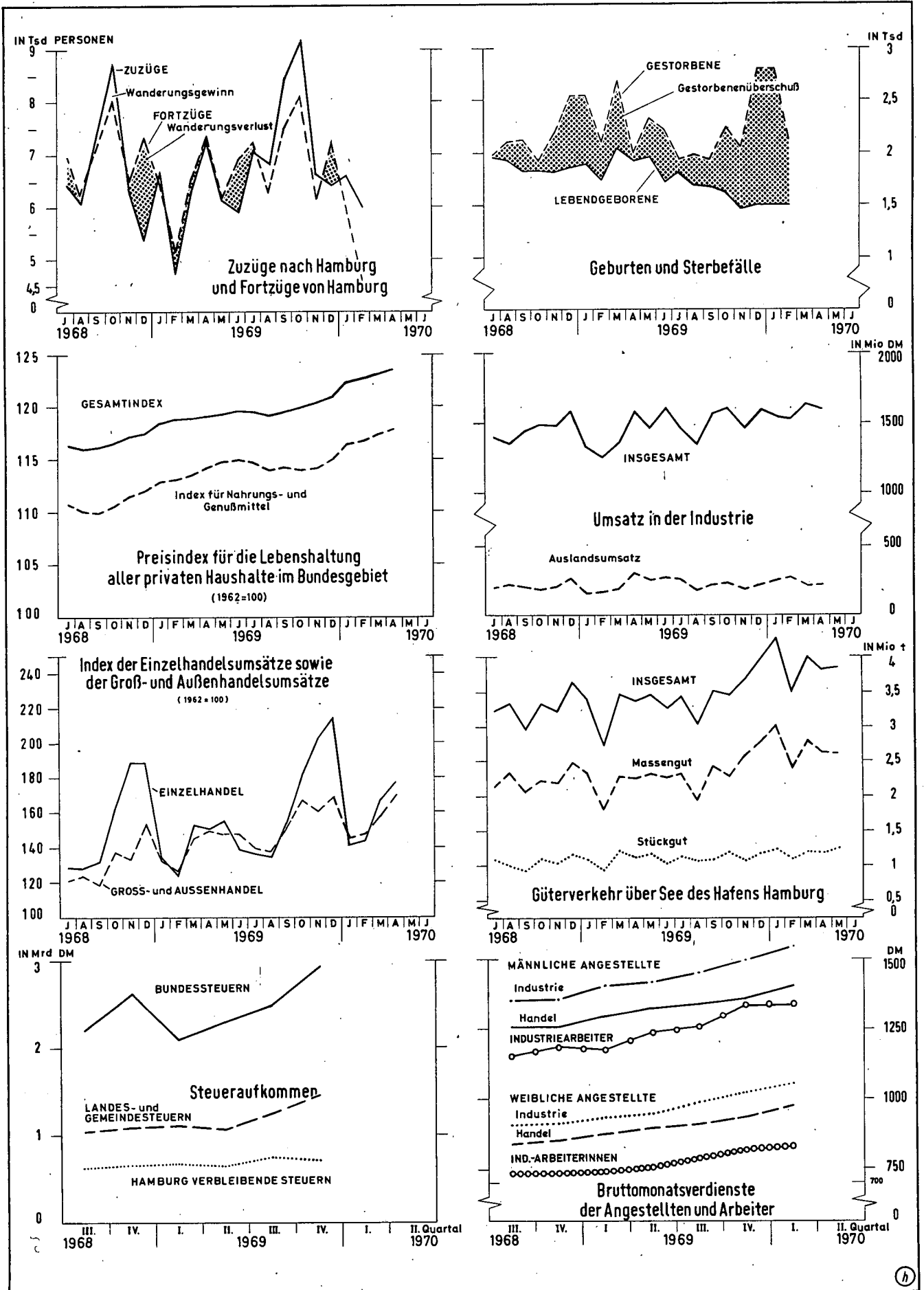
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag + 47,1 Mio DM (+ 78,1 %)

Mindereinnahmen wirkten sich per Saldo auf den Gesamtzuwachs verringernd aus. Es verzeichneten z. B. Rückgänge:

Körperschaftsteuer	- 71,8 Mio DM (- 37,0 %)
Zölle	- 35,9 Mio DM (- 15,5 %)
Veranlagte Einkommensteuer	- 36,4 Mio DM (- 14,1 %)



Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems 1958 bis 1968 unter Berücksichtigung des Herzinfarktes

## Vorbemerkungen

Im Rahmen der Medizinalstatistik werden seit vielen Jahren Kreislaufkrankheiten als häufigste Todesursache ausgewiesen, und zwar mit weitem Abstand vor Krebserkrankungen. Innerhalb der Krankheiten des Kreislaufsystems stehen diejenigen der Herzkranzgefäße — in der Öffentlichkeit vielfach mit Herzinfarkt gleichgesetzt — im Vordergrund. Im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten werden Sterbefälle leitender und noch relativ junger Männer der Wirtschaft, Politik und Verwaltung fast automatisch mit der Ursache „Herzinfarkt“ in Zusammenhang gebracht; dieses Leiden gilt als typische Erscheinung für den überbeanspruchten Manager unserer Tage. Der folgende Beitrag soll daher Informationen zu diesem vielfach diskutierten Thema vermitteln, insbesondere die statistischen Daten, welche die Mediziner in die Lage versetzen, sich über die bisherigen Häufigkeiten dieser Todesursache zu orientieren und Anhaltspunkte über die künftige Entwicklung zu gewinnen. Die Bereitstellung dieses Materials erfolgte nicht zuletzt auf Anregung von Prof. Bansi, Hamburg, der sich speziell mit wissenschaftlichen Untersuchungen über die Soforthilfe bei Infarktkranken mit modernen Behandlungsmethoden und Medikamenten befaßt<sup>1)</sup>.

Der Beitrag soll weiterhin dazu dienen, Sterblichkeitsunterschiede im regionalen Bezug deutlich werden zu lassen; die Statistischen Landesämter stellten dankenswerterweise ihr Material für diese Zwecke zur Verfügung. Die Notwendigkeit, Todesursachen für agglomerierte und nichtagglomerierte Gebiete sowie für Naturräume nachzuweisen, steht damit in Verbindung.

Untersuchungen über die Einwirkung sozioökonomischer Faktoren auf die Sterblichkeit wurden auf der Internationalen Bevölkerungskonferenz 1969 in London angeregt.

Es wird anhand des Hamburger Materials über die Sterbefälle 1968 am Beispiel der Herzinfarkte versucht, Zusammenhänge zwischen der Stellung im Erwerbsleben, dem sozialen Status und der Berufszugehörigkeit aufzuzeigen.

Nicht zuletzt ist beabsichtigt, durch einen Vergleich der Ergebnisse 1967 und 1968 darzulegen, wie sich die 1968 in der Bundesrepublik eingeführte Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) bei der Todesursache Herzinfarkt ausgewirkt hat, um eventuellen Fehlinterpretationen in Zeitreihen vorzubeugen.

## Zur Analyse der Todesursachenstatistik

Wie bei kaum einer anderen Statistik bedürfen Einzeldaten und insbesondere Zeitreihen bei Mortalitätsuntersuchungen einer besonders sorgfältigen, kritischen Analyse und eingehenden Interpretation. Zahlreiche Faktoren beeinflussen die Sterblichkeitsverhältnisse; werden sie nicht beachtet, können aus den statistischen Ergebnissen falsche Schlußfolgerungen gezogen werden. So ist vor allem zu beachten, daß demographische Vorgänge in den letzten Jahrzehnten den Altersaufbau der Bevölkerung nachhaltig beeinflussten. Die Folgen der beiden letzten Kriege, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Prozesse mit erheblichen Veränderungen der Lebensgewohnheiten, Mobilitäten bisher nicht gekannten Ausmaßes und der damit einhergehende Verstärkungsprozeß haben die heutige Bevölkerungsstruktur und die Wohnverhältnisse entscheidend geprägt. Ein noch nicht zum Stillstand gekommener Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgrößen, der steigende Anteil der Alten an der Bevölkerung in den Kerngebieten der Agglomerationen infolge verstärkter Abwanderung jüngerer Familien in die Randzonen der Stadtregionen sind Erscheinungen, die für die Beurteilung von Sterblichkeitsverhältnissen im regionalen Bezug zweifellos wichtig sind. Leider sind systematische Untersuchungen über diese Zusammenhänge bislang weder in das Programm der Todesursachenstatistiken aufgenommen noch im Rahmen der Regionalforschung behandelt worden.

Schließlich wäre darauf hinzuweisen, daß bei längerfristigen Zeitvergleichen von Todesursachenstatistiken die Verbesserungen der Diagnostik, Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und die Entwicklung neuer Medikamente zu berücksichtigen sind, welche die Lebenserwartung der Bevölkerung beträchtlich erhöht haben. Schwankungen der Mortalität und die Häufung bestimmter Todesursachen können auch durch exogene Einflüsse hervorgerufen werden; so wurden in den Grippejahren 1957, 1960, 1963 und 1968 relativ zahlreiche Sterbefälle an Krankheiten der Atmungsorgane und an Herzgefäß- und Kreislaufleiden registriert; darunter war ein hoher Anteil von älteren, anfälligen Personen, deren „vorweggenommener“ Tod die Sterblichkeitsziffern der folgenden Jahre reduzierte. Diese wenigen Hinweise deuten die Problematik an, welche mit einer sachgemäßen Auswertung der Todesursachenstatistik verbunden ist.

## Statistische Auswertung hängt entscheidend von der Diagnose und Krankheitsdefinition ab

Der Aussagewert der amtlichen TU-Statistik hängt maßgebend von der Fragestellung nach der Todesursache ab und einer möglichst exakten Feststellung der Ursache, die den Tod tatsächlich herbeigeführt hat. Auf der Todesbescheinigung hat der den Tod feststellende Arzt das Grundleiden, Begleitkrankheiten und evtl. nachfolgende Krankheiten anzugeben sowie die Frage zu beantworten, welches der genannten Leiden den Tod unmittelbar herbeigeführt hat<sup>2)</sup>. Nach Beurkundung des Sterbefalles beim Stan-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu: Bansi, Hans Wilhelm: Prävention, Therapie und Prognose des Herzinfarktes. — In: Hamburger Ärzteblatt, 24. Jg.

<sup>2)</sup> Die Fragen auf der Todesbescheinigung lauten:

- a) Welches Leiden hat den Tod **unmittelbar** herbeigeführt?
- b) Welche Krankheiten oder äußere Ursachen sind dem Leiden **ursächlich** vorausgegangen?
- c) Andere wesentliche Krankheitszustände, die z. Z. des Todes bestanden haben . . .

desamt werden Todesbescheinigung und die ständesamtliche Sterbefallzählkarte dem zuständigen Gesundheitsamt übersandt. Die Fachliche Weisung Nr. 8/63 der Hamburger Gesundheitsbehörde vom 11. 12. 1963 über die Regelung des Verfahrens mit Todesbescheinigungen sieht vor, daß die Angaben zur Todesursache im Gesundheitsamt vom Amtsarzt oder den von ihm beauftragten Ärzten auf Vollständigkeit zu prüfen und ggf. durch Rückfrage bei den Ausstellern der Todesbescheinigungen zu ergänzen sind. Das Bezirks-Gesundheitsamt überträgt sodann aufgrund der Angaben im vertraulichen Teil der Todesbescheinigung die dem Grundleiden entsprechende Positionsnummer der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD)<sup>3)</sup> 1968 – 8. Revision – unter Beachtung der darin ergangenen Signierregeln auf die Todesbescheinigung und auf das rote Sterbefallzählblatt<sup>4)</sup>. Ist in einem Krankenhaus oder im Gerichtsärztlichen Dienst eine Sektion erfolgt, so wird dem Gesundheitsamt eine Zweitausfertigung der Vertraulichen Todesbescheinigung mit der endgültigen Diagnose der Prosektur zugeleitet und dort die entsprechende Verschlüsselung nach der ICD vorgenommen. Weicht diese Diagnose von der klinisch festgestellten ab, geht der Sektionsbefund in die Todesursachenstatistik ein. In Hamburg wurden 1969 bei insgesamt 27 200 Sterbefällen 6 750 Sektionen durchgeführt, das bedeutet, daß durchschnittlich in jedem vierten Sterbefall eine Sektion erfolgte. Ganz überwiegend handelt es sich dabei um Sterbefälle in öffentlichen Krankenanstalten (12 500 = 54 %, jeder vierte Sterbefall ereignete sich im Hause).

Durch die intensive Beteiligung der sieben Gesundheitsämter und die Bemühungen der Amtsärzte um eine vollständige und richtige Ausfüllung der Angaben zur Todesursache in den Todesbescheinigungen und deren Signierung auf den Sterbefallzählkarten ist in Hamburg eine optimale Auswertung der Todesursachenstatistik gewährleistet.

Ein entscheidender Mangel der deutschen Todesursachenstatistik ist allerdings darin zu sehen, daß sie lediglich unikausal aufbereitet wird, d. h. sie berücksichtigt nur eine Krankheit, das Grundleiden oder die Hauptkrankheit; das Zusammentreffen mit weiteren Krankheiten, die den Sterbefall mitverursacht haben, wird statistisch nicht ausgewertet. Daß wissenschaftliche Untersuchungen zur Mortalität jedoch erfolgversprechend nur mit Hilfe von Multikausalanalysen durchzuführen sind, ist seit langem bekannt; viele Sterbefälle lassen sich nicht auf eine einzige Todesursache zurückführen, so daß die Beschränkung auf das Grundleiden und die Nichtberücksichtigung anderer Krankheiten in der Todesursachenstatistik auf längere Sicht untragbar ist. Für

die Erforschung der Syntropie von Krankheiten bietet die amtliche Statistik leider z. Z. noch keine Unterlagen. Auszählungen über Krankheitskombinationen hat bereits vor dem Kriege Magdeburg<sup>5)</sup> vorgenommen, nach dem Kriege wurden in Düsseldorf<sup>6)</sup>, Württemberg-Hohenzollern<sup>7)</sup> und Hessen<sup>8)</sup> entsprechende Untersuchungen durchgeführt. Es bleibt zu hoffen, daß neuere Bemühungen der WHO zur Einführung einer multikausalen Todesursachenstatistik in absehbarer Zeit zu verbesserten Methoden und Informationen auf dem Gebiet der medizinischen Statistik führen werden (im Oktober 1969 fand eine Konsultation in Genf statt, bei der von England, den USA, der UdSSR, Frankreich, Schweden, Dänemark, Israel und der Tschechoslowakei Ausarbeitungen hierzu vorgelegt wurden).

#### Sterblichkeitstrend im langfristigen Zeitvergleich

Um die Mortalität an Krankheiten des Kreislaufsystems besser beurteilen zu können, sei ein Überblick der allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse seit der Jahrhundertwende in Hamburg vorangestellt.

Tabelle 1

Zahl der Gestorbenen auf 10 000 Einwohner in Hamburg

Jahre	Männlich	Weiblich	Insgesamt
1900 .....	192	157	174
1925 .....	121	105	113
1950 .....	114	96	105
1955 .....	130	103	115
1960 .....	146	112	127
1965 .....	150	125	136
1968 .....	157	135	145

Die durchschnittliche Sterbeziffer, welche die Zahl der Sterbefälle auf 10 000 Lebende in einem Jahr ausdrückt, betrug im Jahre 1968 für die Männer 157 und für die Frauen 135 (vgl. Tab. 1). Gegenüber den Vergleichsdaten für die Jahrhundertwende (192 bzw. 157) bedeutet dies zwar einen Rückgang um 18 % bei den Männern und um 14 % bei Frauen; die Ergebnisse der Tabelle 1 zeigen jedoch, daß der Sterblichkeitstrend, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts stark rückläufig, seit 1950 stetig ansteigt. In dem Zeitraum 1950 bis 1968 nahm die Mortalität der Männer um 38 %, diejenige der Frauen sogar um 41 % zu. Die Gründe hierfür liegen primär in den Veränderungen des Altersaufbaues: Die ständig fortschreitende Zunahme des Altenanteils an der Bevölkerung durch die hohen Verluste von Männern im heiratsfähigen Alter während der beiden Weltkriege, dadurch bedingte schwache Geburtenjahrgänge, die längere Lebenserwartung und schließlich die Abwanderung jüngerer Personen in das Umland läßt sich besonders eindrucksvoll an den Anteilen der männlichen bzw. weiblichen Personen im Alter von 65 und mehr Jahren an der Bevölkerung beobachten.

Aus den Ergebnissen der Tabelle 2 geht hervor, daß – auf die Gesamtbevölkerung bezogen – zur Zeit in Hamburg der Anteil der alten Leute gut viermal so hoch ist wie um die Jahrhundertwende. Daß sich dadurch die Sterbeintensität an denjenigen Krankheiten, die wesentlich an das Lebensalter gebunden sind, verändert, muß bei der Interpretation dieser Todesursachen beachtet werden. Auch im Bundesgebiet hat

<sup>3)</sup> International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death.

<sup>4)</sup> Nach diesen international festgelegten Signierregeln wird bei zusammenhängenden Krankheiten das Ausgangsleiden, bei nicht zusammenhängenden das rascher zum Tode führende Leiden signiert. Als Sonderregelung werden u. a. Infektionskrankheiten, Grippe, Hirnblutung sowie unnatürliche Todesursachen vor anderen Leiden signiert.

<sup>5)</sup> Stat. Jahrbuch der Stadt Magdeburg 1930.

<sup>6)</sup> Jahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf 43. u. 44. Jg.

<sup>7)</sup> Württ.-Hohenzollern in Zahlen. Jg. 1951, Nr. 5.

<sup>8)</sup> Staat und Wirtschaft in Hessen. 9. Jg., 6. Heft u. 11. Jg., 3. Heft.

Tabelle 2

**Prozentualer Anteil der Bevölkerung in Hamburg und im Bundesgebiet (bzw. Reichsgebiet) im Alter von 65 Jahren und älter an der Gesamtbevölkerung**

— jeweiliger Gebietsstand —

Jahre	Männlich		Weiblich		Insgesamt	
	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6
1900 .....	3,0	4,4	4,5	5,3	3,8	4,9
1925 (VZ) .....	4,8	5,2	6,4	6,1	5,7	5,7
1939 (VZ) .....	8,3	7,4	9,0	8,4	8,7	7,9
1950 (VZ) .....	10,4	9,0	11,3	9,7	10,9	9,4
1958 (31. 12.) ..	11,8	9,2	14,5	11,4	13,1	10,4
1968 (31. 12.) ..	13,3	10,4	19,1	15,1	16,4	12,8

der Anteil der alten Leute stark zugenommen, dies belegen ebenfalls die Zahlen der Tabelle 2. Die relative Überalterung der Hamburger Bevölkerung kommt darin zum Ausdruck, daß Ende 1968 rd. 19 % der Frauen bereits 65 Jahre oder älter waren, im Bundesgebiet dagegen betrug die Vergleichszahl 15,1 %; bei den Männern lag der entsprechende Anteil in Hamburg um rd. 3 Punkte höher als im Bund.

Die für Hamburg ausgewiesenen Anteile werden noch weiter steigen; die Ergebnisse der biologischen Vorausschätzungen für die Hamburger Bevölkerung lassen folgende Werte erwarten:

Jahre	Männlich	Weiblich	Insgesamt
1979	14,0 %	22,1 %	18,3 %
1985 <sup>1)</sup>	11,8 %	20,4 %	16,4 %

**Steigende Sterbeziffern seit 1950 insbesondere bei über 60 Jahre alten Männern**

Die Entwicklung der Sterbeziffern ab 1910 nach dem Geschlecht und Altersgruppen, wie sie in Tabelle 3 für Hamburg dargestellt ist, zeigt bemerkenswerte Unterschiede:

Tabelle 3

**Die Gestorbenen in Hamburg nach Altersgruppen und Geschlecht**

— auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe —

Jahre	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren					
	unter 50		50–60	60–70	70 u. älter	insgesamt
	zusammen	darunter 0–1 <sup>1)</sup>				
	1	2	3	4	5	6
<b>Männlich</b>						
1910 ...	109	1 618	245	470	1 060	150
1925 ...	65	881	170	393	1 054	121
1950 ...	32	488	124	284	823	114
1960 ...	25	288	134	340	1 013	145
1965 ...	21	193	130	352	1 058	150
1968 ...	22	203	125	354	1 106	157
<b>Weiblich</b>						
1910 ...	87	1 300	152	320	954	128
1925 ...	54	743	130	281	846	105
1950 ...	23	379	76	201	741	96
1960 ...	17	223	65	174	755	112
1965 ...	14	150	66	178	762	125
1968 ...	16	194	69	176	752	135

<sup>1)</sup> Die im ersten Lebensjahr Gestorbenen sind auf die Lebendgeborenen des Zeitraumes bezogen, aus dem sie stammen.

- die Sterblichkeit der Frauen war in dem gesamten Berichtszeitraum von 58 Jahren stets niedriger als bei den Männern, und zwar in allen Altersgruppen;
- bei allen Altersgruppen gingen die Sterbeziffern, bezogen auf die jeweils Lebenden der gleichen Altersgruppen, zwischen 1910, 1925 und 1950 beträchtlich zurück, und zwar bei beiden Geschlechtern, wobei die Säuglingssterblichkeit besonders stark abnahm;
- die Sterbeziffer für das Jahr 1950 war — wie bereits erwähnt — außergewöhnlich niedrig;
- die beträchtliche Zunahme der Sterblichkeitsziffern zwischen 1950 und 1968, wie sie zunächst im Gesamtdurchschnitt aller Gestorbenen zum Ausdruck kommt, verlief — bei Berücksichtigung der Relationen zwischen Gestorbenen und der Zahl der Lebenden nach Geschlecht und Altersgruppen — durchaus unterschiedlich, z. T. setzte sich auch die in der ersten Jahrhunderthälfte beobachtete rückläufige Entwicklung weiter fort. So nahm die Säuglingssterblichkeit weiterhin beträchtlich ab; bei den Altersgruppen der unter 70jährigen Frauen wurden ebenfalls niedrigere Sterbeziffern als 1950 errechnet. Erst bei den Frauen, die 70 Jahre oder älter waren, nahm die Sterblichkeit zu. Allerdings bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie dies für die Männer — und hier bereits vom 60. Lebensjahr ab — zutraf. Diese allgemeinen Tendenzen müssen bei den weiteren Ausführungen zur Sterblichkeit an Krankheiten des Kreislaufsystems im Auge behalten werden, da sie durch letztere wesentlich beeinflußt werden.

**Sterblichkeit an Herzinfarkt in Hamburg höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes**

Als erstes wichtiges Ergebnis der Untersuchung über die Sterbefälle an Herzinfarkt im Zeitraum 1958 bis 1968 stellt sich heraus, daß die Gefährdung an diesem Leiden in Hamburg offensichtlich höher ist als im Bundesgebiet und daß sowohl in Hamburg als auch im Bundesdurchschnitt diese Todesursache bei **Männern** häufiger registriert wird als bei Frauen.

Die in der Todesursachenstatistik ausgewiesenen Infarktfälle müssen allerdings als **Mindestzahlen** gewertet werden. Anlässlich einer Hamburger Sonderauszählung von 1000 Sektionsbefunden und dem Vergleich mit den entsprechenden klinischen Diagnosen wurde folgendes festgestellt: Außer 213 nach der Sektion festgestellten Herzinfarkten gab es weitere 48 Fälle, bei denen — abweichend vom Sektionsbefund — ein Infarkt als Grundleiden klinisch angegeben war; bei schnell zum Tode führenden Infarkten ist diese Todesursache für den Pathologen teilweise nicht feststellbar. Schließlich war in 81 Fällen ein Herzinfarkt als Begleitkrankheit diagnostiziert; zumeist handelte es sich dabei um chronische Infarkte, die in Verbindung mit sonstigen Kreislauf-erkrankungen und Krankheiten der Atmungsorgane auftraten. Würde man alle diese Fälle einer direkten oder indirekten Infarktbeteiligung berücksichtigen, so käme man jedenfalls in dieser Stichprobe auf einen Anteil von einem Drittel aller untersuchten Sterbefälle (in der Todesursachenstatistik werden dagegen 21 % nachgewiesen).

Tabelle 4

**Sterbefälle in Hamburg 1958—1968 unter Berücksichtigung der Krankheiten des Kreislaufsystems**  
— mit Vergleichsdaten für das Bundesgebiet —

Jahre	Sterbefälle in Hamburg insgesamt	darunter				Vergleichsdaten Bundesgebiet <sup>2)</sup>				
		durch Krankheiten des Kreislaufsystems (Pos. Nr. 4) <sup>1)</sup>		durch Herzinfarkt (Pos. Nr. 455) <sup>1)</sup>		Sterbefälle insgesamt		darunter in %		
		Anzahl	Anzahl	% (Sp. 2 v. Sp. 1)	Anzahl	% (Sp. 4 v. Sp. 2)	Anzahl	Anteil Hamburgs in %	Pos. Nr. 4	Pos. Nr. 455
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Männlich										
1958 .....	11 331	3 448	30,4	1 854	53,8	293 300	38,63	23,9	42,2	
1959 .....	11 479	3 493	30,4	1 861	53,3	297 349	38,60	24,2	43,3	
1960 .....	12 336	3 498	28,4	2 025	57,9	315 511	39,10	24,2	44,8	
1961 .....	12 044	3 592	29,8	2 025	56,4	307 638	39,15	25,5	46,8	
1962 .....	12 562	3 746	29,8	2 041	54,5	335 082	37,49	26,3	46,7	
1963 .....	12 835	3 795	29,6	1 971	51,9	347 717	36,91	25,7	46,9	
1964 .....	12 386	3 755	30,3	2 063	54,9	333 879	37,10	26,6	49,2	
1965 .....	12 937	3 940	30,5	2 140	54,3	347 968	37,18	27,3	49,6	
1966 .....	13 164	3 793	28,8	2 082	54,9	351 301	37,47	27,5	49,7	
1967 .....	13 005	3 921	30,1	2 156	55,0	350 517	37,10	28,4	48,8	
1968 <sup>3)</sup> .....	13 311	4 214 <sup>4)</sup>	31,7	2 514 <sup>5)</sup>	59,7	371 393	35,84	28,7	54,0	
Weiblich										
1958 .....	10 613	2 964	27,9	1 014	34,2	270 610	39,22	23,9	24,0	
1959 .....	10 467	3 074	29,4	980	31,9	273 603	38,26	23,9	24,3	
1960 .....	11 052	3 091	28,0	1 056	34,2	291 342	37,93	24,3	25,4	
1961 .....	11 319	3 173	28,0	1 107	34,9	284 212	39,83	25,0	26,7	
1962 .....	11 570	3 246	28,1	1 179	36,3	309 737	37,35	25,5	26,8	
1963 .....	11 979	3 487	29,1	1 121	32,1	325 352	36,82	25,1	27,0	
1964 .....	11 473	3 304	28,8	1 151	34,8	310 249	36,98	25,6	28,3	
1965 .....	12 406	3 644	29,4	1 223	33,6	329 660	37,63	26,1	29,2	
1966 .....	12 950	3 581	27,7	1 248	34,9	335 020	38,65	26,5	29,3	
1967 .....	12 640	3 674	29,1	1 367	37,2	336 832	37,53	27,6	28,8	
1968 <sup>3)</sup> .....	13 282	4 087 <sup>4)</sup>	30,8	1 833 <sup>5)</sup>	44,8	362 668	36,62	28,2	36,2	

<sup>1)</sup> Pos. Nrn. des Deutschen Todesursachenverzeichnisses von 1958. — <sup>2)</sup> 1958 bis 1961 ohne Berlin. — <sup>3)</sup> nach der ICD 1968. — <sup>4)</sup> Krankheiten des Kreislaufsystems (ohne Hirngefäßkrankheiten [400.2, 430—438]) nach der ICD 1968. Diese Krankheitsgruppe ist mit den Ergebnissen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar. — <sup>5)</sup> davon 410, 411, 412, 413, 414.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, starben 1968 in Hamburg an Herzinfarkt 2 514 Männer — das entsprach übrigens etwa der Zahl der männlichen Sterbefälle an Krebsleiden — und 1 833 Frauen. Gegenüber 1958 ist demnach eine beträchtliche Steigerung der Infarktsterbefälle bei Männern und Frauen feststellbar, im Schaubild 1 wird vor allem deutlich, daß ab 1962 die Steigerungsquote bei den Frauen höher als bei den Männern war. Auf die extrem hohen Zahlen der Infarktsterbefälle des Jahres 1968 wird später noch eingegangen. Abgesehen hiervon zeigten auch die beiden vorangegangenen Jahre (1966 und 1967) bei den Frauen eine große Sterblichkeit, während bei den Männern 1965 und 1967 hohe Sterbefallzahlen beobachtet werden.

In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich mit dem zeitlichen Verlauf der Sterbefälle für die gesamte Gruppe der Krankheiten des Kreislaufsystems von Interesse, da der Herzinfarkt einen ganz beträchtlichen Anteil an diesen bildet (vgl. Sp. 5 der Tab. 4). Ende 1968 wurde bei fast 60 % der an Kreislauferkrankungen gestorbenen Männer die Todesursache Herzinfarkt festgestellt, bei Frauen lag der Anteil mit rund 45 % zwar niedriger, er zeigte aber gegenüber den Vorjahren zunehmende Tendenz.

Bemerkenswert ist, daß sich im Grippejahr 1960 bei den Herzinfarkten eine deutliche Steigerung abzeichnet (Schaubild 1), die bei den Kreislauferkrankungen insgesamt weniger stark ausgeprägt war. Nicht er-

klärbar ist die relativ hohe Zahl weiblicher Todesfälle an Herzinfarkt im Jahre 1962 (bei relativ niedrigen Sterbefällen an Kreislauferkrankungen), während andererseits 1963 die sich bei den Kreislauferkrankungen abzeichnende Spitze vermutlich mit dem Grippejahr in Zusammenhang gebracht werden kann.

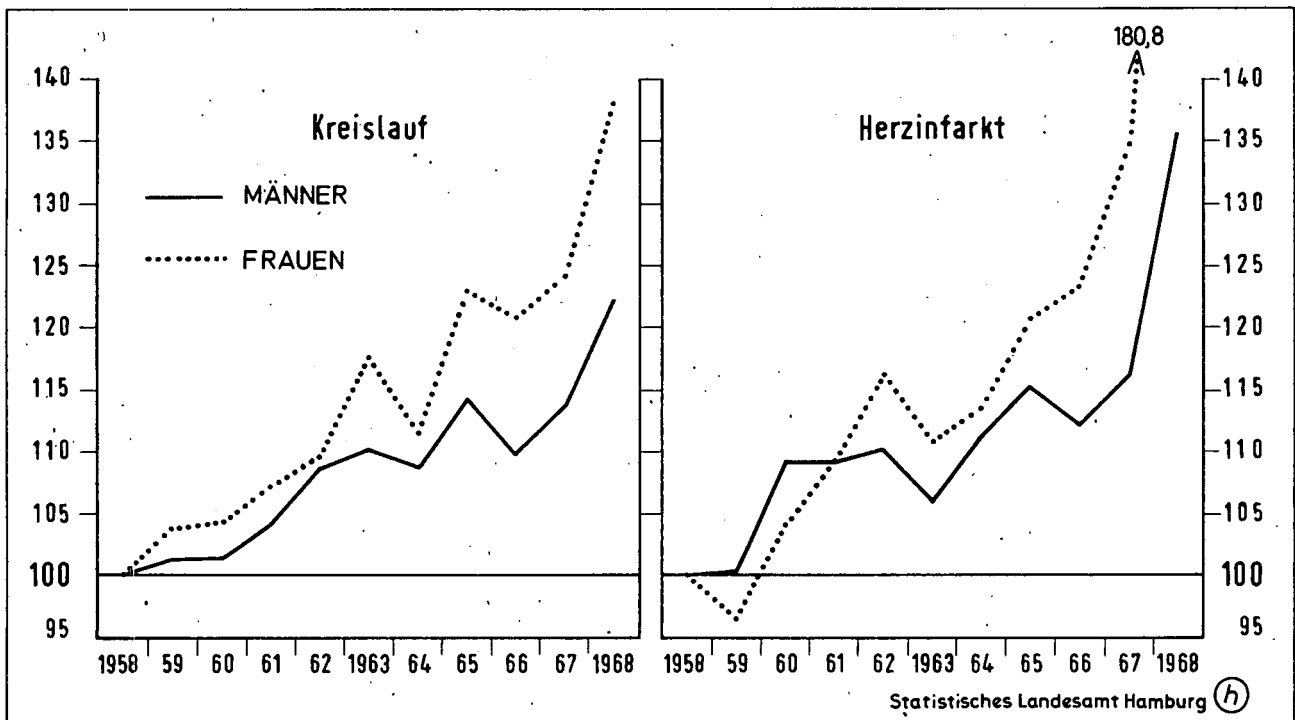
Daß sich die Grippejahre in den Sterbeziffern deutlich abheben, kann am Schaubild 2 demonstriert werden. Dort ist die Entwicklung der Sterblichkeit in Hamburg und im Bundesgebiet zwischen 1958 bis 1968 auf Basis 1958 dargestellt. Die Meßziffern für das Bundesgebiet sind in den Grippejahren 1960, 1963 und 1968 besonders hoch; in Hamburg zeichnet sich darüber hinaus 1966 als Jahr mit überhöhter Sterblichkeit ab, und zwar ausgeprägt bei den Frauen. Es wäre gesondert zu untersuchen, inwieweit Witterungsverhältnisse darauf einen Einfluß hatten.

Die auf die Gestorbenen je 10 000 Einwohner bezogenen Meßziffern im Schaubild 2 erlauben weitere Rückschlüsse auf die Sterblichkeitsunterschiede zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet; während in Hamburg diese Meßziffern in etwa parallel zu denjenigen der Gestorbenen (nach absoluten Zahlen) verlaufen, liegen die auf die Einwohnerzahlen des Bundesgebietes berechneten Sterbeziffern weit darunter. Die Sterblichkeit liegt danach in Hamburg bei Männern und Frauen erheblich höher als im Bundesdurchschnitt. Bei diesen Relationen ist vor allem zu

Schaubild 1

Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems insgesamt und an Herzinfarkt in Hamburg 1958 bis 1968

— Meßziffern 1958 = 100 —



beachten, daß sich die Einwohnerzahl zwischen 1958 und 1968 im Bundesgebiet von 54,6 Mio auf 60,5 Mio, d. h. um 5,9 Mio oder 11 % erhöhte; Hamburgs Bevölkerung dagegen nahm im gleichen Zeitraum nur um 15 00 Personen (= 0,8 %) zu. Auf die relative Überalterung der Hamburger Bevölkerung wurde eingangs bereits hingewiesen. Durch die starke Bevölkerungszunahme im Bundesgebiet ist übrigens auch

bei den Sterbefällen der Anteil Hamburgs laufend zurückgegangen (vgl. Sp. 7 der Tab. 4).

Das Gewicht der Herzinfarktsterbefälle in der Hamburger Todesursachenstatistik und der hohe Anteil an den Kreislaufsterbefällen im Vergleich zu den Daten für das Bundesgebiet läßt sich auch mit Ergebnissen der Tabelle 4 und der zeichnerischen Darstel-

Schaubild 2

Entwicklung der Sterblichkeit in Hamburg und im Bundesgebiet 1958 bis 1968

— Meßziffern 1958 = 100 —

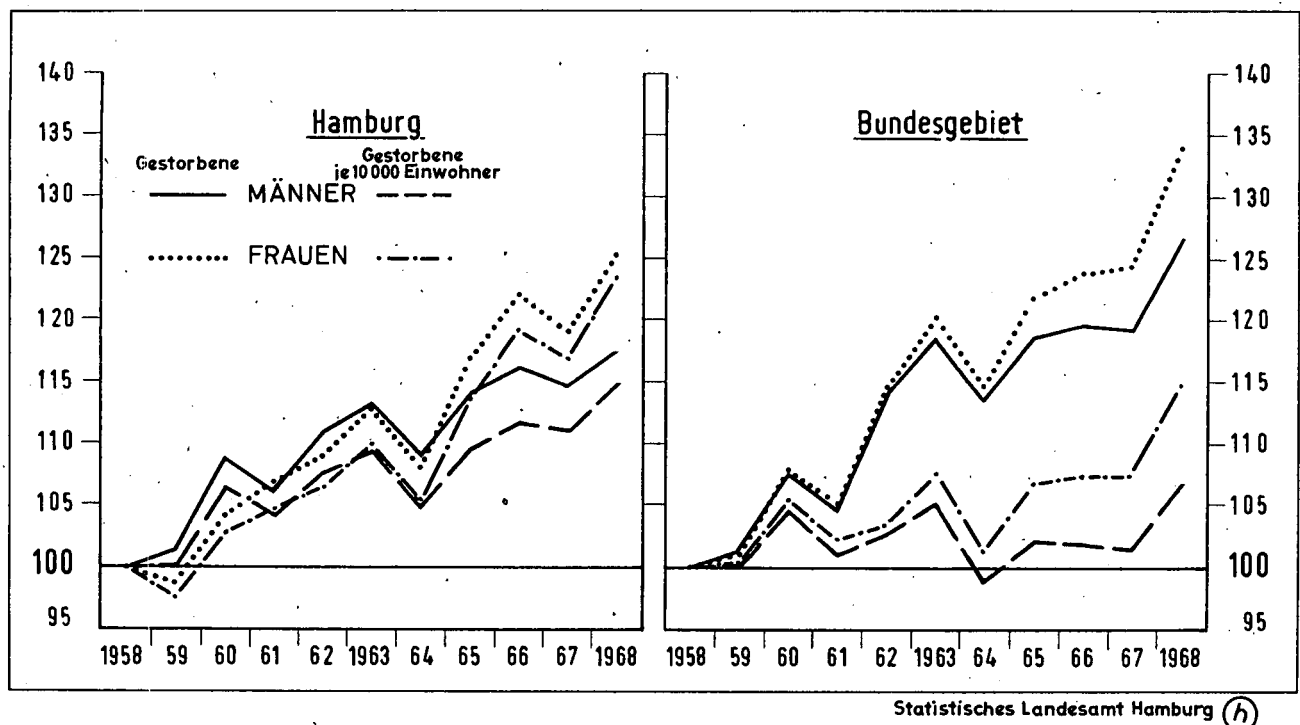
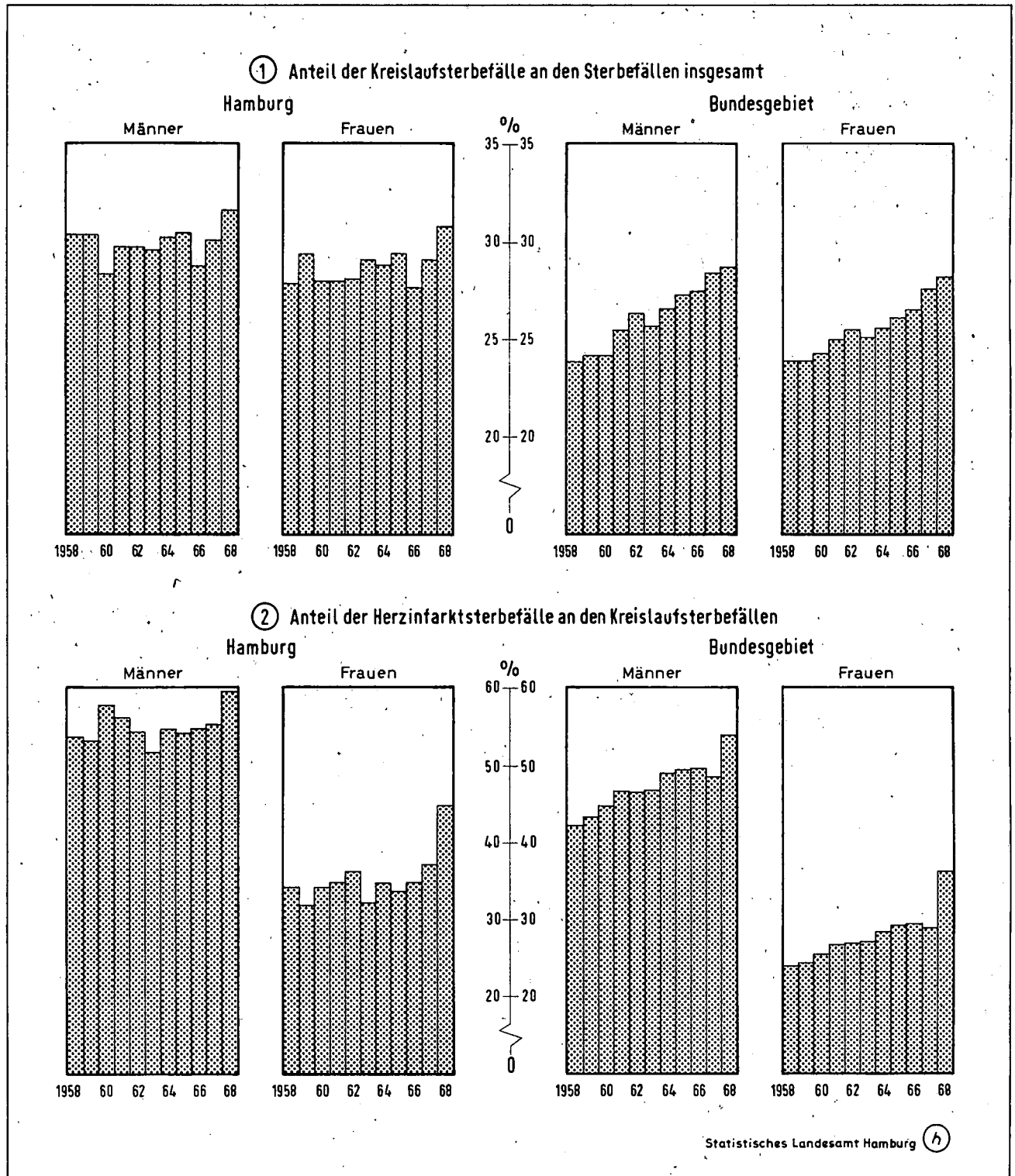


Schaubild 3

Sterbefälle in Hamburg und im Bundesgebiet 1958 bis 1968 unter Berücksichtigung der Krankheiten des Kreislaufsystems und des Herzinfarktes



lung im Schaubild 3 belegen. Danach lag im gesamten Zeitraum 1958 bis 1968 der Anteil der Herzinfarktsterbefälle an den Kreislaufsterbefällen in Hamburg bei Männern und Frauen beträchtlich höher als im Bundesgebiet; dies traf auch für den Anteil der Kreislaufsterbefälle an den Sterbefällen insgesamt zu. Wesentlich ist, daß Hamburg im gesamten Berichtszeitraum hohe Anteile an Herzinfarktsterbefällen hatte, im Bundesgebiet dagegen waren – von einem niedrigeren Niveau ausgehend – laufend Steigerungen

zwischen 1958 und 1968 zu beobachten. Die wesentlich geringere Gefährdung der Frauen durch Herzinfarkt gegenüber den Männern ist nicht nur für Hamburg, sondern auch für das Bundesgebiet nachweisbar.

**Infarkt mortalität bei Männern und Frauen im Alter besonders hoch**

Mehr als drei Viertel der 1968 an einem Herzinfarkt gestorbenen Frauen und jeder zweite diesem Leiden

erlegene Mann war 70 Jahre oder älter. Rechnet man dazu noch die im Alter zwischen 60 und 70 Jahren Gestorbenen hinzu, kommt man 1968 bei den Frauen auf einen Anteil von 96 % und bei den Männern auf 85 % aller Infarktsterbefälle. Im einzelnen ist die Aufgliederung der Sterbefälle an Herzinfarkt in Hamburg nach Alter und Geschlecht in den Tabellen 5a und 5b vorgenommen, außerdem sind in den Schaubildern 4 und 5 diese Ergebnisse graphisch dargestellt.

Tabelle 5a

**Sterbefälle der Männer an Herzinfarkt (TU-Nr. 455<sup>1)</sup>  
in Hamburg 1958 bis 1968 nach Altersgruppen**

Jahre	Männer ins- gesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
		unter 50	50-55	55-60	60-65	65-70	70 u. älter
		1	2	3	4	5	6
Anzahl							
1958 . . . .	1 854	87	137	227	253	327	823
1959 . . . .	1 861	67	132	226	275	314	847
1960 . . . .	2 025	92	138	231	306	339	919
1961 . . . .	2 025	76	145	214	288	344	958
1962 . . . .	2 041	81	129	239	329	339	924
1963 . . . .	1 971	78	117	249	331	324	872
1964 . . . .	2 063	77	111	208	337	363	967
1965 . . . .	2 140	71	139	220	360	388	962
1966 . . . .	2 082	102	99	214	371	345	951
1967 . . . .	2 156	99	90	213	359	401	994
1968 <sup>2)</sup> . . .	2 514 <sup>3)</sup>	98	92	189	351	480	1 304
Verhältniszahlen							
1958 . . . .	100	4,7	7,4	12,2	13,7	17,6	44,4
1959 . . . .	100	3,6	7,1	12,1	14,8	16,9	45,5
1960 . . . .	100	4,5	6,8	11,4	15,1	16,8	45,4
1961 . . . .	100	3,7	7,2	10,6	14,2	17,0	47,3
1962 . . . .	100	4,0	6,3	11,7	16,1	16,6	45,3
1963 . . . .	100	4,0	5,9	12,6	16,8	16,4	44,3
1964 . . . .	100	3,7	5,4	10,1	16,3	17,6	46,9
1965 . . . .	100	3,3	6,5	10,3	16,8	18,1	45,0
1966 . . . .	100	4,9	4,7	10,3	17,8	16,6	45,7
1967 . . . .	100	4,6	4,2	9,9	16,6	18,6	46,1
1968 <sup>2)</sup> . . .	100 <sup>3)</sup>	3,9	3,6	7,5	14,0	19,1	51,9
auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe							
1958 . . . .	22,4	1,6	20,2	36,9	54,9	87,4	138,6
1959 . . . .	22,2	1,2	19,6	35,7	57,9	84,1	139,5
1960 . . . .	23,9	1,6	20,8	35,9	62,0	91,3	149,1
1961 . . . .	24,0	1,4	22,3	32,7	55,4	90,1	148,6
1962 . . . .	23,9	1,4	20,4	36,8	60,4	86,8	143,1
1963 . . . .	23,0	1,4	19,1	38,7	58,9	81,5	134,8
1964 . . . .	24,0	1,3	18,7	32,7	58,6	89,3	148,7
1965 . . . .	24,8	1,2	24,7	35,5	61,8	92,7	147,4
1966 . . . .	24,2	1,7	19,3	35,6	63,8	79,8	145,9
1967 . . . .	25,2	1,7	20,0	36,7	62,5	89,7	152,6
1968 <sup>2)</sup> . . .	29,7 <sup>3)</sup>	1,7	23,8	33,6	62,0	104,8	200,6

<sup>1)</sup> Pos. Nr. des Deutschen Todesursachenverzeichnisses von 1958. —  
<sup>2)</sup> nach der ICD 1968. — <sup>3)</sup> Pos. Nrn. 410, 411, 412, 413, 414. Diese Krankheitsgruppe ist mit den Ergebnissen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.

Diese Informationen bestätigen die starke Altersabhängigkeit beim Herzinfarkt: Die unter 50jährigen Männer waren zu 4 bis 5 % an den Sterbefällen beteiligt, bei den Frauen stand nur etwa jede hundertste in dieser Altersgruppe. Bereits erheblich stärker gefährdet waren die 50- bis 60jährigen, und zwar speziell Männer; Frauen dieses Lebensalters werden offensichtlich weniger davon betroffen. Im Jahre 1968 betrug der Anteil der 50- bis 60jährigen Männer an den Infarktsterbefällen 11 %, derjenige der Frauen nur 3 %. Im Schaubild 4 zeichnet sich in dieser Al-

tersgruppe bei Männern seit 1958 ein deutlicher Rückgang ab, eine Folge der durch den Krieg dezimierten Jahrgangsstärken. Mit zunehmendem Alter steigt dann die Häufigkeit der Infarktsterbefälle ganz beträchtlich. Zu erwähnen wäre noch, daß bei den 60- bis 70jährigen immer noch erheblich mehr Männer als Frauen an dieser Todesursache starben: Jeder dritte männliche Sterbefall resultierte aus dieser Altersgruppe, bei den Infarkten der Frauen dagegen war jede fünfte Gestorbene 60 bis 70 Jahre alt.

Tabelle 5b

**Sterbefälle der Frauen an Herzinfarkt (TU-Nr. 455<sup>1)</sup>  
in Hamburg 1958 bis 1968 nach Altersgruppen**

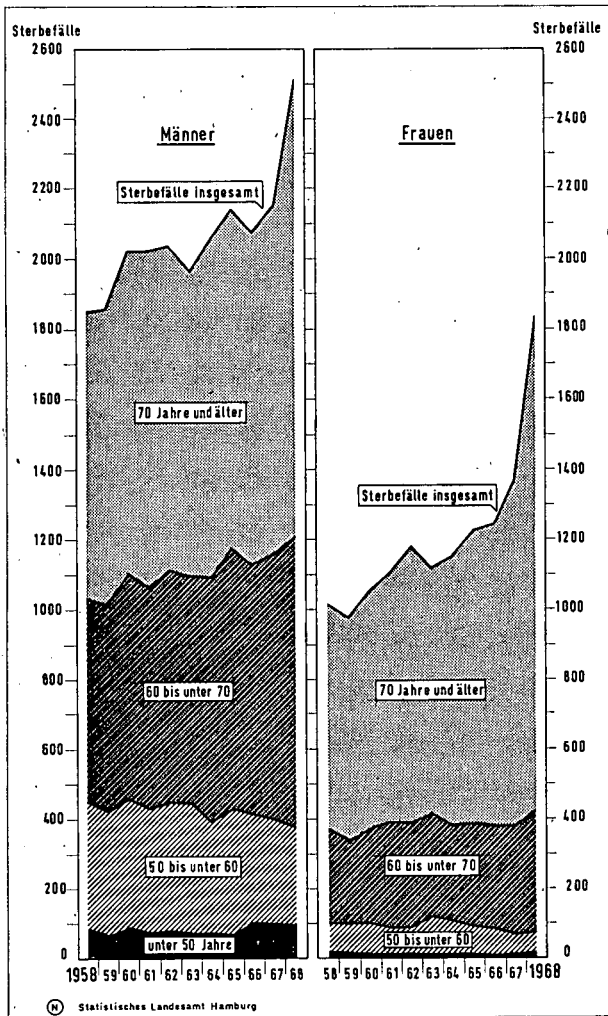
Jahre	Frauen ins- gesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 50	50-55	55-60	60-65	65-70	70 u. älter
		1	2	3	4	5	6
Anzahl							
1958	1 014	21	24	56	107	163	643
1959	980	20	22	58	98	139	643
1960	1 056	13	23	66	105	160	689
1961	1 107	15	21	53	114	187	717
1962	1 179	19	20	52	95	198	795
1963	1 121	17	29	75	105	189	706
1964	1 151	17	19	71	92	184	768
1965	1 223	14	23	58	110	182	836
1966	1 248	11	20	56	109	186	866
1967	1 367	15	13	43	115	193	988
1968 <sup>2)</sup>	1 833 <sup>3)</sup>	20	13	44	127	222	1 407
Verhältniszahlen							
1958	100	2,1	2,4	5,5	10,5	16,1	63,4
1959	100	2,1	2,2	5,9	10,0	14,2	65,6
1960	100	1,2	2,2	6,3	9,9	15,2	65,2
1961	100	1,3	1,9	4,8	10,3	16,9	64,8
1962	100	1,6	1,7	4,4	8,1	16,8	67,4
1963	100	1,5	2,6	6,7	9,4	16,8	63,0
1964	100	1,5	1,6	6,2	8,0	16,0	66,7
1965	100	1,1	1,9	4,7	9,0	14,9	68,4
1966	100	0,9	1,6	4,5	8,7	14,9	69,4
1967	100	1,1	1,0	3,1	8,4	14,1	72,3
1968 <sup>2)</sup>	100 <sup>3)</sup>	1,1	0,7	2,4	6,9	12,1	76,8
auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe							
1958	10,5	0,3	3,0	7,7	15,9	30,1	77,7
1959	10,0	0,3	2,7	7,9	14,4	24,8	74,4
1960	10,7	0,2	2,8	8,9	15,3	27,7	76,3
1961	11,2	0,3	2,6	7,0	16,3	31,3	74,9
1962	11,9	0,3	2,5	6,7	13,5	31,9	80,6
1963	11,3	0,3	3,7	9,6	14,9	29,9	68,9
1964	11,6	0,3	2,5	9,0	13,0	28,8	71,9
1965	12,3	0,2	3,1	7,3	15,4	28,3	75,5
1966	12,6	0,2	2,9	7,1	15,1	28,9	76,0
1967	13,9	0,3	2,1	5,6	15,8	29,9	84,4
1968 <sup>2)</sup>	18,7 <sup>3)</sup>	0,3	2,4	5,8	17,3	34,4	117,2

Daß ganz allgemein die Frauen weniger anfällig für den Herzinfarkt sind, geht auch aus dem Schaubild 5 hervor, in welchem diese Sterbefälle auf je 10 000 Lebende der Altersgruppen bezogen sind und es bestätigen sich im wesentlichen die bereits anhand der absoluten Sterbefallzahlen erkennbar gewordenen Tendenzen. Die Zehnjahresgruppe der 60- bis 70jährigen wurde im Schaubild 5 nochmals unterteilt, um festzustellen, ob sich in den beiden Fünfjahresgruppen signifikante Unterschiede ergeben. Die Gefährdung der 65- bis unter 70jährigen ist demnach be-



Schaubild 4

**Sterbefälle an Herzinfarkt in Hamburg 1958 bis 1968  
nach Geschlecht und Altersgruppen**



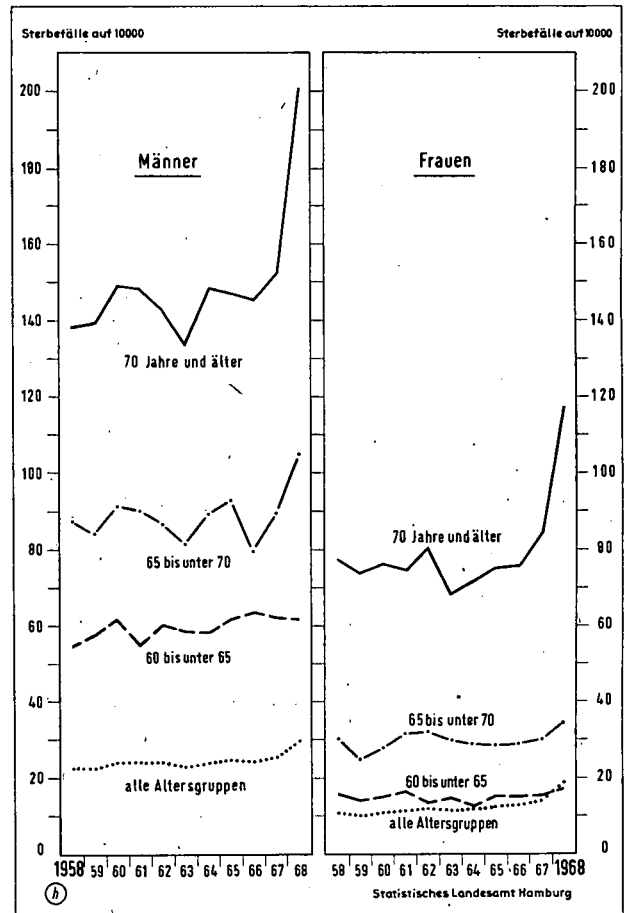
trächtlich höher als diejenige der 60- bis 65jährigen, und zwar bei Männern wiederum ausgeprägter als bei Frauen.

Die altersspezifischen Sterbeziffern an Herzinfarkt für den Durchschnitt des Bundesgebietes sind in Tabelle 6 aufgeführt. Während bei den im Alter von weniger als 60 Jahren an Herzinfarkt gestorbenen Männern und Frauen – vor allem in den letzten Jahren – keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Sterbeziffern im Bundesgebiet und Hamburg bestehen, werden diese mit zunehmendem Alter der Gestorbenen größer. Hamburg hat vor allem bei den über 70jährigen Männern und Frauen anscheinend eine weit höhere Sterblichkeit an Herzinfarkt, denn für das Jahr 1967 betrug beispielsweise deren Sterbeziffer – auf 10 000 Lebende dieser Altersgruppe bezogen – für die Männer 201, im Bundesdurchschnitt dagegen nur 117; bei den Frauen betrugen die Vergleichswerte 117 gegenüber rd. 60.

In welchem Umfang dies durch Unterschiede in der Diagnostizierung der Herzinfarkte bedingt ist, kann nicht ermittelt werden.

Schaubild 5

**Sterbefälle an Herzinfarkt in Hamburg 1958 bis 1968  
nach Geschlecht und Altersgruppen  
- auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe -**



**Männer überwiegend vom akuten Herzmuskelinfarkt bedroht, Frauen sterben relativ häufig an chronischen Herzkrankheiten**

Mit Einführung der neuen WHO-Klassifikation können ab 1968 die Sterbefälle an Herzkranzgefäßerkrankungen – für die bis 1967 praktisch nur eine Positionsnummer zur Verfügung stand – nach fünf Krankheitsbildern gegliedert werden, und zwar wie folgt:

- 410 akuter Herzmuskelinfarkt
- 411 sonstige akute und subakute Formen von ischämischen Herzkrankheiten
- 412 chronische ischämische Herzkrankheiten
- 413 Angina pectoris
- 414 symptomlose ischämische Herzkrankheiten (diagnostiziert durch EKG).

Dabei wird jede dieser Krankheitsarten (mit Ausnahme von 414) unterteilt nach solchen mit oder ohne Angabe eines Bluthochdrucks.

Diese Systematisierung und Differenzierung der Herzkranzgefäßerkrankungen ermöglicht wesentlich ver-

Tabelle 6

**Sterbefälle an Herzinfarkt (TU-Nr. 455<sup>1)</sup>) im Bundesgebiet 1958 bis 1968 nach Altersgruppen**

Jahre	Ins- gesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
		unter 50	50—55	55—60	60—65	65—70	70 u. älter
		1	2	3	4	5	6
Verhältniszahlen							
Männer							
1958 <sup>2)</sup> . . .	100	7,0	8,7	14,2	15,3	16,1	38,7
1962 . . . .	100	6,3	7,7	13,8	17,4	16,7	38,1
1966 . . . .	100	6,2	6,2	11,7	17,7	19,3	38,9
1967 . . . .	100	6,3	5,4	11,4	17,4	20,0	39,5
1968 <sup>3)</sup> . . .	...	...	...	...	...	...	...
Frauen							
1958 <sup>2)</sup> . . .	100	3,3	3,5	6,6	11,1	16,8	58,7
1962 . . . .	100	2,4	3,0	6,4	11,2	17,3	59,7
1966 . . . .	100	2,2	2,7	5,7	10,7	16,7	62,0
1967 . . . .	100	2,1	2,1	5,4	10,6	16,3	63,5
1968 <sup>3)</sup> . . .	...	...	...	...	...	...	...
auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe							
Männer							
1958 <sup>2)</sup> . . .	12,0	1,2	14,4	26,3	40,4	55,9	81,9
1962 . . . .	15,3	1,4	17,8	32,0	48,9	70,1	101,0
1966 . . . .	16,9	1,4	19,6	33,0	52,7	77,6	115,1
1967 . . . .	17,1	1,5	19,5	33,0	52,7	78,0	116,9
1968 <sup>3)</sup> . . .	...	...	...	...	...	...	...
Frauen							
1958 <sup>2)</sup> . . .	5,6	0,3	2,6	5,6	11,1	21,3	48,0
1962 . . . .	7,0	0,3	2,7	6,4	12,8	24,1	53,1
1966 . . . .	8,3	0,3	3,3	6,6	13,9	25,7	58,4
1967 . . . .	8,5	0,3	3,1	6,5	14,0	25,2	59,5
1968 <sup>3)</sup> . . .	...	...	...	...	...	...	...

<sup>1)</sup> Pos. Nr. des Deutschen Todesursachenverzeichnisses von 1958. —  
<sup>2)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin. — <sup>3)</sup> Ergebnisse lagen bei Redaktions-  
 schluß noch nicht vor.

besserte Aussagen gegenüber früher, insbesondere können ab 1968 die Sterbefälle an akutem Herzmuskelinfarkt getrennt von denjenigen der chronischen ischämischen Herzkrankheiten untersucht werden.

Die Änderung der Klassifizierung der Herzkranzgefäßerkrankungen hat nun offensichtlich aus statistisch-methodischen Gründen eine gewisse Erhöhung der Infarktfälle zwischen 1967 und 1968 zur Folge gehabt, und zwar nicht nur in Hamburg, sondern — worauf später noch eingegangen wird — auch in anderen Ländern des Bundesgebietes.

Abgesehen von Umsetzungen in einzelnen Krankheitsgruppen trat teilweise auch eine Änderung der Signierung in Fällen von „Bluthochdruck mit Herz-beteiligung“ ein. Während diese 1967 nach der alten Systematik im allgemeinen unter der Pos. Nr. 461, also unter der Krankheitsgruppe „Bluthochdruck“, zu erfassen waren, werden sie nach erfolgter Revision ab 1968 infolge der präziseren Zuordnungsmöglichkeiten bei den ischämischen Herzkrankheiten, also bei den Positionen 410—413, nachgewiesen. Leider besteht nicht die Möglichkeit, einen exakten Nachweis der „echten“ Zunahme — also der nicht durch die methodische Umstellung bedingten Erhöhung — zu führen.

Das „Grippejahr“ 1968 weist ganz allgemein eine relativ hohe Sterblichkeit bei Männern und Frauen aus; in solchen Jahren erhöht sich teilweise auch die Zahl der Gestorbenen an sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane sowie an Krankheiten des Kreislaufsystems. Wenn auch nicht in allen Grippejahren eine Zunahme der Herzinfarkte feststellbar ist, traf dies doch z. B. 1960 bei den Männern zu. Daß auch eine echte Erhöhung der Sterbefälle an Herzkranzgefäßerkrankungen 1968 in Hamburg eingetreten ist, kann daraus geschlossen werden, daß gegenüber 1967 die Zahl der Gestorbenen im Alter von mehr als 60 Jahren — also mit starker Infarktgefährdung — beträchtlich zugenommen hat (Männer + 464, Frauen + 619). Diese Schwierigkeiten beim Vergleich der Ergebnisse 1967 und 1968 zeigen, daß es dringend geboten ist, bei der nächsten Revision des Internationalen Verzeichnisses für die Positionen, die geändert werden sollen, im Umstellungsjahr eine Doppelsignierung (nach der alten und neuen Bezeichnung) vorzunehmen, um die Auswirkung von methodischen Änderungen quantifizieren zu können.

In Tabelle 7 wurden die 1968 in Hamburg an ischämischen Herzkrankheiten Gestorbenen nach den neuen Krankheitsbildern gegliedert. Am akuten Infarkt starben danach 1 522 Männer und 945 Frauen, also 577 mehr Männer als Frauen. Bei den chronischen Herzkrankheiten dagegen ist bemerkenswert, daß diese bei Frauen offensichtlich eine weit größere Bedeutung haben als bei Männern (944 männlichen Sterbefällen standen 849 weibliche Gestorbene gegenüber, also ein Unterschied von nur 95). Im Schaubild 6 ist dies besonders deutlich er-

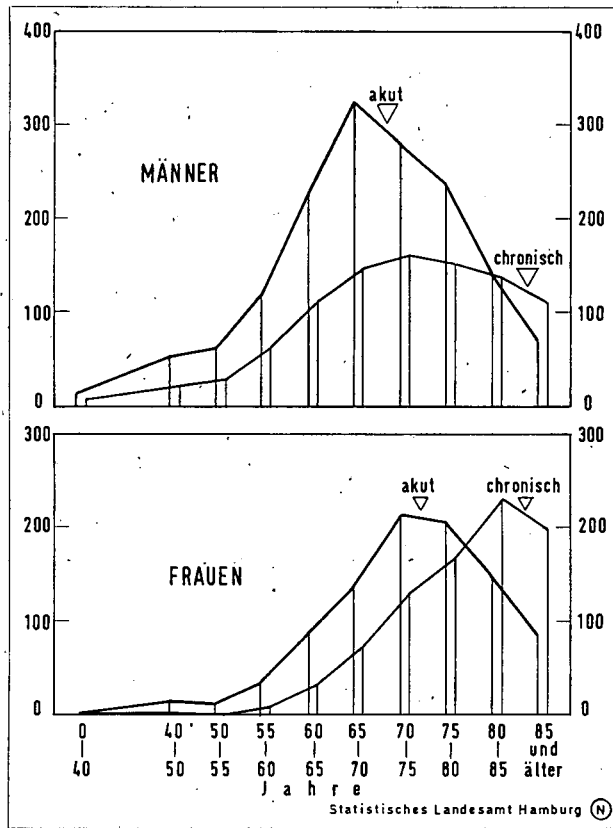
Tabelle 7

**Sterbefälle an ischämischen Herzkrankheiten in Hamburg 1968**

Todesursache (Pos.-Nr. ICD 1968)	Männlich		Weiblich		Männlich	Weiblich
	mit Bluthochdruck	ohne Bluthochdruck	mit Bluthochdruck	ohne Bluthochdruck	insgesamt	
	1	2	3	4	5	6
410 Akuter Herzmuskelinfarkt .....	146	1 376	158	787	1 522	945
411 Sonstige akute und subakute Formen von ischämischen Herzkrankheiten .....	6	22	6	20	28	26
412 Chronische ischämische Herzkrankheiten .....	139	805	204	645	944	849
413 Angina pectoris .....	6	14	3	10	20	13
414 Symptomlose ischämische Herzkrankheiten (diagnostiziert durch EKG) .....	—	—	—	—	—	—
Insgesamt .....	297	2 217	371	1 462	2 514	1 833

Schaubild 6

Sterbefälle an akutem Herzmuskelinfarkt (ICD 410) und an chronischen ischämischen Herzkrankheiten (ICD 412) in Hamburg 1968 nach Geschlecht und Alter der Gestorbenen



kennbar, ebenso daß auch der altersmäßige Verlauf bei den Geschlechtern unterschiedlich ist.

Während bei den Männern die Sterbefälle an chronischen Herzerkrankungen schon relativ früh — vom 40. Lebensjahr ab — einsetzten, mit Höhepunkt bei den 70- bis 75jährigen, trat eine entsprechende Sterbehäufigkeit bei den Frauen erst vom 60. Lebensjahr ab ein; der Höhepunkt war bei den 80- bis 85jährigen erreicht, also 10 Jahre später als bei den Männern. Außerdem ist interessant, daß das Maximum der Sterbefälle an chronischen Erkrankungen bei den Frauen höher lag als die Höchstzahl der akuten weiblichen Infarkte, die bei den 70- bis 75jährigen festgestellt wurde.

Die starke Bedrohung der Männer zwischen 65 und 75 Jahren durch den akuten Herzmuskelinfarkt — 39 % aller Infarkte entfielen 1968 auf diese Zehn-jahresgruppe — ist hier ebenfalls noch einmal zu erwähnen, die Sterbefälle an chronischen Herzkrankheiten lagen erstmals bei den 85jährigen Männern höher als die akuten Infarkte.

An den Gruppen 410 „akuter Herzmuskelinfarkt“ und 412 „chronische ischämische Herzkrankheiten“ gemessen wurden Sterbefälle an „sonstigen akuten und subakuten Formen von ischämischen Herzkrankheiten“ (411) sowie an „Angina pectoris“ (413) nur vereinzelt registriert; in der Gruppe 414 „symptomlose ischämische Herzkrankheiten (diagnostiziert durch EKG)“ ist 1968 kein Fall registriert worden.

Tabelle 8

Sterbefälle an akutem Herzmuskelinfarkt (ICD 410) und an chronischen ischämischen Herzkrankheiten (ICD 412) in Hamburg 1968 nach Geschlecht und Alter der Gestorbenen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Akuter Infarkt (ICD 410)				Chronische ischämische Herzkrankheiten (ICD 412)			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
unter 40 ....	14	0,9	2	0,2	7	0,7	1	0,1
40—50 .....	53	3,5	15	1,6	22	2,3	2	0,2
50—55 .....	62	4,1	13	1,4	27	2,9	—	—
55—60 .....	121	8,0	34	3,6	64	6,8	8	1,0
60—65 .....	229	15,0	92	9,7	112	11,9	34	4,0
65—70 .....	324	21,3	137	14,5	149	15,8	76	9,0
70—75 .....	271	17,8	214	22,6	161	17,1	131	15,4
75—80 .....	240	15,8	206	21,8	154	16,3	168	19,8
80—85 .....	139	9,1	148	15,7	137	14,5	231	27,2
85 u. älter ..	69	4,5	84	8,9	111	11,7	198	23,3
Insgesamt ..	1 522	100	945	100	944	100	849	100

Der Nachweis der Infarktsterbefälle mit bzw. ohne Bluthochdruck (Tab. 7) ergab, daß bei den chronischen Herzkrankheiten relativ mehr Fälle mit Bluthochdruck registriert wurden als bei den akuten Infarkten, und zwar jeweils bei Frauen ein höherer Anteil als bei Männern. Annähernd bei jedem vierten Sterbefall an chronischen Herzkrankheiten von Frauen war Bluthochdruck angegeben. Inwieweit diese Daten vollständig sind — die Diagnostizierung dürfte (nicht zuletzt bei Sektionen) gelegentlich auf Schwierigkeiten stoßen — muß dahingestellt bleiben. Die künftigen Jahresergebnisse der Todesursachenstatistik wären in dieser Richtung näher zu analysieren.

#### Anstieg der Infarktsterbefälle nicht nur infolge Zunahme der älteren Personen

Das Ausmaß der Veränderung der Sterbeintensität durch die relative Überalterung der Bevölkerung läßt sich modellmäßig berechnen, indem man die Altersstruktur eines Basisjahres für eine Zeitreihe beibehält und darauf die jeweiligen (jährlichen) Sterbeziffern überträgt. Man unterstellt also dabei, daß sich die Bevölkerung in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung nicht verändern würde. Für die Berechnung der in Tabelle 9 ausgewiesenen Ergebnisse wurde dementsprechend zunächst die Hamburger Bevölkerung 1967 und 1968 nach der prozentualen Altersgliederung von 1958 umgerechnet; auf die einzelnen Altersgruppen sind sodann die für 1967 und 1968 auf 10 000 der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung berechneten Sterbeziffern insgesamt und an Herzinfarkt übertragen worden, so daß sich eine fiktive Gesamtzahl der Gestorbenen insgesamt bzw. der Gestorbenen an Herzinfarkt unter Berücksichtigung des Altersaufbaus 1958 ergab.

Nach dieser Berechnung betrug die Zunahme der Infarktsterbeziffer für die Männer zwischen 1958 und 1968 aufgrund der tatsächlichen Entwicklung rd. 33 %, unter Berücksichtigung des Altersaufbaus 1958 dagegen nur 25 %; bei den an Herzinfarkt gestorbenen Frauen wirkte sich die Alterskomponente noch erheb-

Tabelle 9

Die tatsächliche Zahl der Gestorbenen insgesamt und der Gestorbenen an Herzinfarkt in Hamburg 1967 und 1968 sowie die entsprechenden Zahlen unter Berücksichtigung des Altersaufbaus im Jahre 1958

Jahre	Tatsächliche Zahlen		Unter Berücksichtigung des Altersaufbaus 1958		Gestorbene auf 10 000 der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung <sup>1)</sup>			
					tatsächlich		unter Berücksichtigung des Altersaufbaus 1958	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	männlich	weiblich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gestorbene insgesamt								
1958 .....	11 331	10 613	11 331	10 613	136,8	109,5	136,8	109,5
1967 .....	13 005	12 640	12 351	10 117	152,3	128,1	144,7	102,6
1968 .....	13 311	13 282	12 564	10 436	157,3	135,4	148,5	106,4
Gestorbene an Herzinfarkt								
1958 .....	1 854	1 014	1 854	1 014	22,4	10,5	22,4	10,5
1967 .....	2 156	1 367	2 047	1 058	25,3	13,9	24,0	10,7
1968 .....	2 514	1 833	2 381	1 372	29,7	18,7	28,1	14,0

<sup>1)</sup> durchschnittliche Jahresbevölkerung nach dem Alter.

lich stärker aus, hier wäre bei stationärem Altersaufbau mit einer Zunahme der Sterbeziffer bis 1968 um 33 % zu rechnen gewesen, tatsächlich erhöhte sie sich jedoch um 78 %. Wenn diesen Ergebnissen wegen der Umstellung der Systematik 1968 auch nur bedingte Aussagekraft zukommen kann, so sind die Auswirkungen der Überalterung auf die Sterbeintensität doch deutlich erkennbar. Vor allem geht aus den Ergebnissen der Tabelle 9 hervor, daß die Sterbeziffern aller Gestorbenen — und dies trifft in besonderem Maße für die weiblichen Sterbefälle zu — durch die Alterskomponente weniger beeinflußt waren als dies speziell bei den Infarkten zu beobachten ist.

#### In verdichteten Gebieten höhere Sterbeziffern an Herzinfarkt

In der Gesundheitsstatistik ist das — auf anderen statistischen Gebieten stark vordringende — Raumbewußtsein und die Nachfrage nach regional gegliederten Daten anscheinend noch gering. Die Ergebnisse der amtlichen Todesursachenstatistik werden länderweise und für das Bundesgebiet aufbereitet, für weitere Raumeinheiten stehen vergleichbare Informationen nicht zur Verfügung. In der Städtestatistik gibt es ebenfalls noch keine Empfehlungen für ein einheitliches Programm zur Todesursachenstatistik, obwohl von einigen kommunalstatistischen Ämtern methodisch interessante Einzeluntersuchungen durchgeführt wurden. Eine Auswertung der Länderdaten gibt bereits Hinweise darauf, daß dem regionalen Moment in der Todesursachenstatistik künftig größere Beachtung geschenkt werden sollte.

Bei der Infarktsterblichkeit lassen sich — bei aller Problematik von Ländervergleichen — signifikante räumliche Unterschiede anhand der nach Ländern gegliederten Todesursachenstatistik nachweisen. Zieht man z. B. die auf 10 000 der männlichen Bevölkerung berechnete Sterblichkeitsziffer für Herzinfarkte als Maßstab heran — und zwar nicht für 1968, sondern für das Jahr 1967, um evtl. statistisch-methodische Unterschiede auszuschalten —, so ergibt sich zunächst für den Durchschnitt des Bundesgebietes die Meßziffer 17, d. h. 1967 starben von 10 000 Männern 17 an Herzinfarkt.

Weit über diesem Durchschnitt lagen die Stadtstaaten:

Berlin	27,8
Hamburg	25,3
Bremen	20,9

sodann folgte das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 19,1.

Die Bundesländer mit den niedrigsten Anteilen waren:

Bayern	14,9
Rheinland-Pfalz	13,9
und Baden-Württemberg	12,3.

Schleswig-Holstein, Hessen, Niedersachsen und das Saarland bildeten eine mittlere Gruppe mit Durchschnitten zwischen 18,8 und 16,1.

Es ist nun sicher kein Zufall, daß die Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen mit seinem hohen Anteil an verdichteter Bevölkerung überdurchschnittliche Sterbeziffern an Herzinfarkt aufweisen und daß die Länder, in denen ein verhältnismäßig geringer Bevölkerungsanteil in Großstädten wohnt, beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Ergebnisse einer Korrelationsrechnung zwischen Einwohnerdichte und den männlichen Sterbeziffern an Herzinfarkt lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Zusammenhang zwischen den beiden Größen vermuten (der Korrelationskoeffizient betrug 0,89).

Im Rahmen dieses Beitrages lassen sich selbstverständlich die Ursachen dieser räumlichen Unterschiede nicht nachweisen, dazu wären eingehende interdisziplinäre Untersuchungen erforderlich. Es gibt zweifellos viele Faktoren, die zum Stadt-Land-Gefälle der Herzinfarkthäufigkeit beitragen; hier sei auf die altersmäßigen und soziologischen Aspekte verwiesen, insbesondere auf Unterschiede in der beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung und dem dadurch bedingten Lebensrhythmus sowie Umwelteinflüssen (Gefährdung durch Luftverschmutzung, Lärm usw.). Inwieweit klimatische Faktoren auf die Infarktanfälligkeit Einfluß haben und Lebensgewohnheiten (Rauchen, falsche Ernährung, körperliche Betätigung usw.) müßte ebenfalls untersucht werden. Zu beachten wäre außerdem, daß Unterschiede in der Erreichbar-

keit von Ärzten, Krankenhäusern usw. zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß z. T. die Leichenschau von Ärzten durchgeführt werden muß, welche die Gestorbenen zuvor nicht behandelt hatten, so daß die Diagnose dadurch zwangsläufig erschwert wird.

Zur Durchführung und Abstützung einschlägiger Analysen wäre es dringend geboten, die Todesursachenstatistik regional tiefer zu gliedern und sie für agglomerierte und agglomerationsfreie Gebiete aufzubereiten (z. B. nach dem für die Volkszählung 1970 vorgesehenen Programm einer Stadt-Land-Gliederung für die BRD, nach den 68 Stadtregionen oder einem sonstigen, für diese Zwecke geeigneten Raumkonzept).

Ergänzend sollte für die medizinische Forschung ein Nachweis von Todesursachen für Naturräume vorgesehen werden, um Regionalklima, Geländegestalt (Oberflächenformen und Gestein), Wasserhaushalt, Böden und Pflanzengesellschaften in spezifischen Kombinationen mit zu berücksichtigen.

Im Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands<sup>9)</sup> sind die rd. 400 naturräumlichen Einheiten beschrieben. Eine Auszählung von Todesursachen nach Naturräumen wurde erstmals für Württemberg-Hohenzollern im Zusammenhang einer Auswertung kombinierter Todesursachen im Jahre 1950 durchgeführt<sup>10)</sup>.

Maßnahmen zur Regionalisierung der Todesursachenstatistik nach Agglomerationen bzw. ländlich strukturierten Gebieten einerseits und Naturräumen andererseits könnten zweifellos dazu beitragen, die bisher nur aus Länderdaten bestehenden Informationen wesentlich zu verbessern und für wissenschaftliche Zwecke nutzbar zu machen, wobei die Auswahl der regional nachzuweisenden Krankheitsbilder zwangsläufig zu begrenzen wäre.

Die Tabellen 10 und 11 sowie die Schaubilder 7 und 8 geben Anhaltspunkte über die Häufigkeit von Sterbefällen an Krankheiten des Kreislaufsystems und an Herzinfarkt in den Bundesländern ab 1958. Aus Raumgründen können die absoluten Zahlen hier nicht abgedruckt werden (Interessenten können sie im Statistischen Landesamt einsehen), für 1968 standen Daten noch nicht von allen Ländern zur Verfügung. In den Schaubildern entspricht die Reihenfolge der Länder der vorerwähnten Gruppierung, d. h. der Infarkthäufigkeit von Männern im Jahre 1967; bemerkenswert ist, daß in diesem Jahr die gleiche regionale Reihenfolge sich auch aufgrund der weiblichen Infarkthäufigkeit ergibt. Aus Tabelle 10 geht u. a. hervor, daß im Durchschnitt für das Bundesgebiet die Sterblichkeit an Herzinfarkt der Männer zwischen 1958 und 1962 besonders stark angestiegen ist; in Hamburg war diese Erhöhung jedoch nicht so ausgeprägt wie in den meisten anderen Bundesländern. Daß die Sterblichkeit an Herzinfarkt im Bundesgebiet bei Männern und Frauen im Be-

Tabelle 10

**Sterbefälle an Herzinfarkt in den Bundesländern auf 10 000 der Bevölkerung**

— Reihenfolge der Länder nach der Häufigkeit 1967 —

Länder	1958	1962	1966	1967	1968
	1	2	3	4	5
<b>Männer</b>					
Berlin (West) .....	23,3	29,4	28,0	27,8	36,9
Hamburg .....	22,4	24,0	24,2	25,3	29,7
Bremen .....	15,2	19,4	19,9	20,9	21,6
Nordrhein-Westfalen ..	12,6	16,5	18,4	19,1	22,5
Schleswig-Holstein ..	14,6	18,0	18,7	18,8	26,2
Hessen .....	13,9	16,2	17,8	18,3	22,9
Niedersachsen .....	10,0	12,4	16,5	16,3	...
Saarland .....	10,0	14,0	16,5	16,1	...
Bayern .....	12,9	14,7	15,1	14,9	15,9
Rheinland-Pfalz .....	9,3	12,5	14,2	13,9	15,0
Baden-Württemberg ..	8,1	10,3	12,3	12,3	13,2
Bundesgebiet .....	12,0	15,3	16,9	17,1	...
<b>Frauen</b>					
Berlin (West) .....	10,1	13,1	14,4	15,1	24,9
Hamburg .....	10,5	11,9	12,6	13,9	18,7
Bremen .....	7,2	8,6	9,8	10,2	12,5
Nordrhein-Westfalen ..	6,0	7,4	9,1	9,7	13,2
Schleswig-Holstein ..	6,4	8,4	9,0	9,3	16,3
Hessen .....	6,3	7,4	8,7	8,7	13,8
Niedersachsen .....	4,1	4,9	8,0	7,8	...
Saarland .....	4,0	5,8	7,2	8,1	...
Bayern .....	6,4	7,1	7,1	7,2	8,8
Rheinland-Pfalz .....	4,4	5,8	6,6	6,3	7,5
Baden-Württemberg ..	3,9	4,9	5,9	5,9	6,9
Bundesgebiet .....	5,6	7,0	8,3	8,5	...

rechtszeitraum stetig angestiegen ist, und daß diejenige der Männer jeweils doppelt so hoch war wie die der Frauen, ist für die Beurteilung der Unterschiede von Länderergebnissen in Tabelle 10 ein wichtiger Anhaltspunkt.

Im Schaubild 7 sind die Sterbefälle an Herzinfarkt in den Bundesländern nach altersspezifischen Ziffern für Männer und Frauen dargestellt. Im großen und ganzen zeichnet sich in allen Ländern bei den an Herzinfarkt Gestorbenen eine ähnliche altersmäßige Grundstruktur ab. Relativ niedrige und länderweise auch nicht stark variierende Anteile in den Altersgruppen unter 60 Jahren, Höchstwerte bei den über 70jährigen mit stark zunehmender Anfälligkeit der Frauen. Die regionalen Besonderheiten kommen in den oberen Altersgruppen deutlich zum Vorschein, bei den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen liegen die Sterbeziffern höher als in den übrigen Ländern; auch die Umstellung der Systematik 1968 und ihre Auswirkung auf die Zahlen der im Alter von über 70 Jahren Gestorbenen fällt dort (außerdem in Hessen) stark ins Auge, Bremen bildet hiervon allerdings eine Ausnahme.

In der Tabelle 11 und im Schaubild 8 ist noch für die Bundesländer der Anteil der Kreislaufsterbefälle an allen Sterbefällen und derjenige von Infarkten an den Kreislaufsterbefällen dargestellt; im Schaubild wurde die Reihenfolge der Länder nach der altersspezifischen Infarkthäufigkeit 1967 beibehalten, obwohl sich bei diesen Relationen andere Gruppierungen herausbilden. Es bedürfte noch zusätzlicher Untersuchungen, um die entsprechenden regionalen Abweichungen erklären zu können; an dieser Stelle sei nur auf folgende Besonderheiten hingewiesen: Schleswig-Holstein hatte — wie aus Tabelle 11 ersichtlich —

<sup>9)</sup> hrsg. von Meynen, Emil und Schmithüsen, Josef, 1953—1962, 9 Lieferungen.

<sup>10)</sup> Matti, Werner: Die Todesursachen in Württemberg-Hohenzollern in den Jahren 1948—1950. — In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Jg. 1951, Heft 5.

Schaubild 7

**Sterbefälle an Herzinfarkt in den Bundesländern 1958, 1962 und 1966 bis 1968 nach Geschlecht und Altersgruppen**  
 – auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppen –

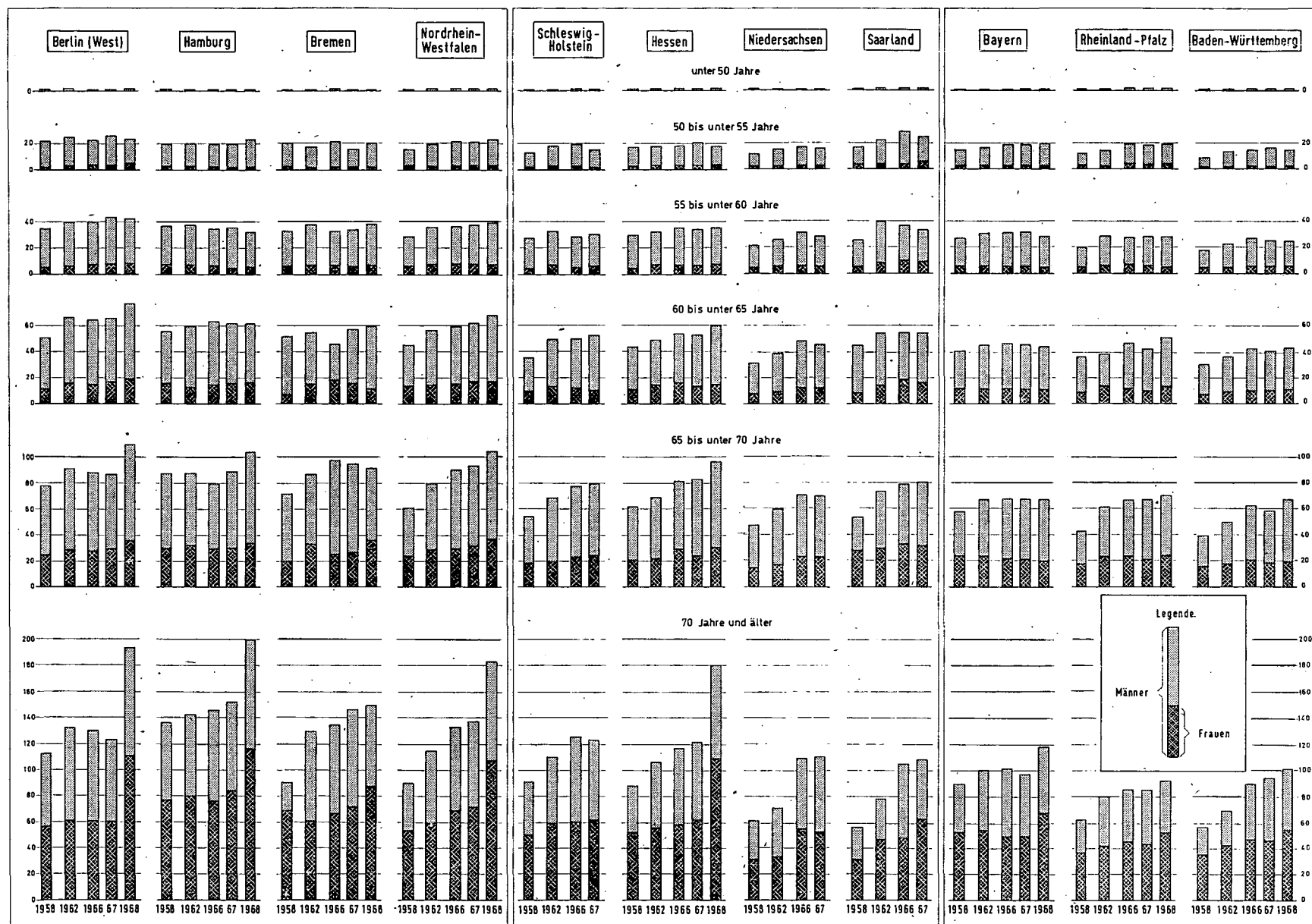


Schaubild 8

**Anteil der Kreislaufsterbefälle an den Sterbefällen insgesamt**

**Anteil der Herzinfarktsterbefälle an den Kreislaufsterbefällen**

— in den Bundesländern 1958, 1962 und 1966 bis 1968 —

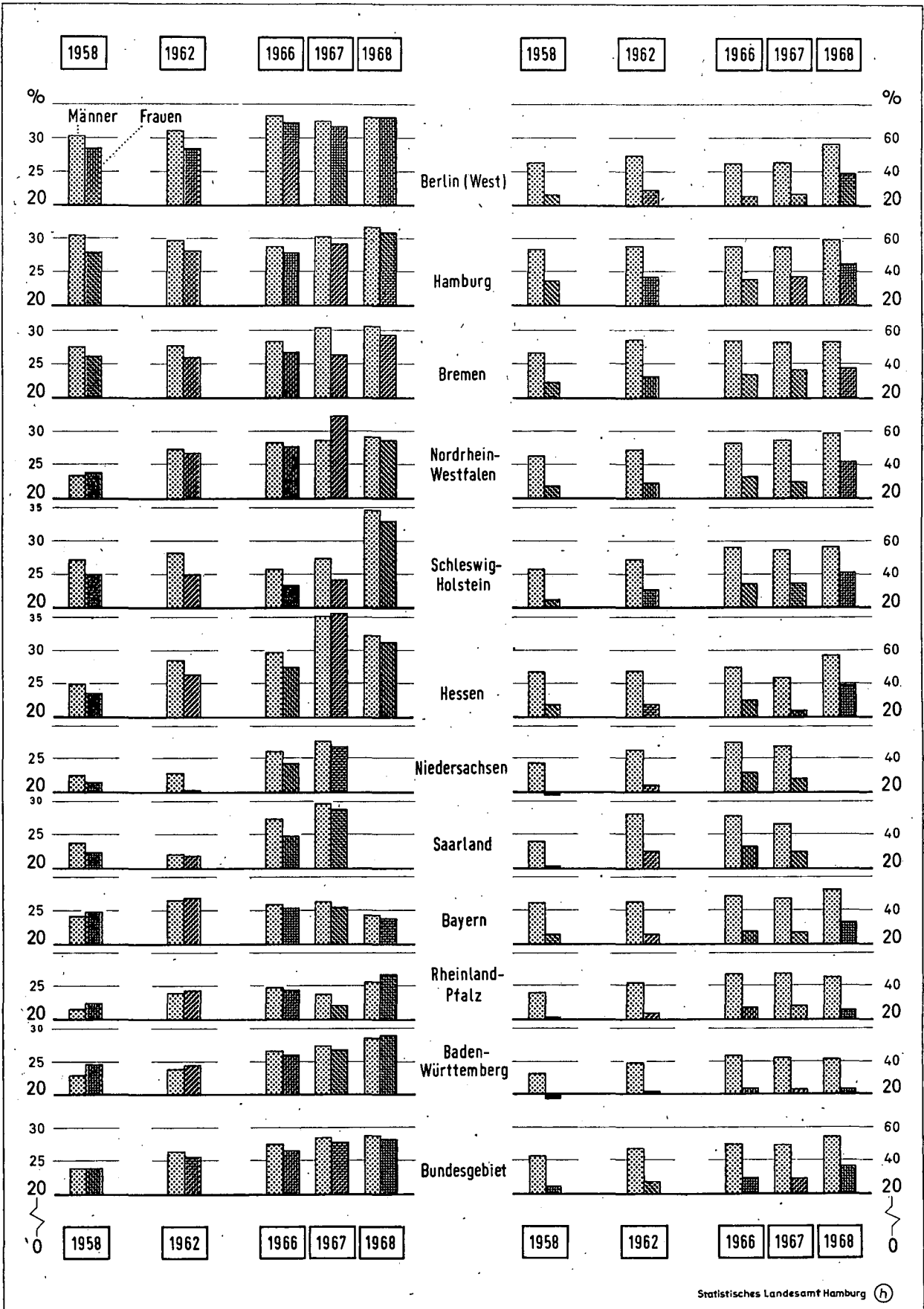


Tabelle 11

Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems in den Ländern des Bundesgebietes

Länder	Krankheiten des Kreislaufsystems (Pos. 4) <sup>1)</sup> in % aller Sterbefälle					Herzinfarkt (Pos. 455) <sup>1)</sup> in % der Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems (Pos. 4)				
	1958	1962	1966	1967	1968 <sup>2)</sup>	1958	1962	1966	1967	1968 <sup>2)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Männer										
Schleswig-Holstein	27,2	28,2	25,9	27,3	34,6	42,5	48,9	55,9	54,3	56,2
Hamburg	30,4	29,8	28,8	30,1	31,7	53,8	54,5	54,9	55,0	59,7
Niedersachsen	22,5	22,7	26,0	27,6		36,9	44,8	50,0	47,7	...
Bremen	27,5	27,8	28,4	30,5	30,8	46,3	54,2	53,9	52,6	53,2
Nordrhein-Westf.	23,3	27,2	28,3	28,6		45,2	49,2	52,7	54,5	59,1
Hessen	25,0	28,5	29,6	35,4	32,2	46,9	47,0	49,8	43,2	56,6
Rheinland-Pfalz	21,5	23,9	24,8	23,7	25,5	35,9	41,7	46,7	47,4	44,6
Baden-Württemberg	22,9	23,8	26,5	27,3	28,5	32,4	39,4	43,3	41,9	41,1
Bayern	24,2	26,5	25,9	26,2	24,3	44,2	45,0	48,2	46,9	52,1
Saarland	23,7	22,0	27,3	29,7		35,3	52,1	51,4	46,0	...
Berlin	30,2	31,1	33,4	32,5	33,1	45,8	49,7	44,7	45,7	56,2
Bundesgebiet	23,9	26,3	27,5	28,4	28,7	42,2	46,7	49,7	48,8	54,0
Frauen										
Schleswig-Holstein	25,0	25,0	23,1	24,1	33,0	24,5	30,7	34,1	34,6	40,8
Hamburg	27,9	28,1	27,7	29,1	30,8	34,2	36,3	34,9	37,2	44,8
Niedersachsen	21,4	20,3	24,2	26,7		19,2	23,6	30,4	27,4	...
Bremen	26,1	26,0	26,8	26,4	29,4	28,7	32,1	33,5	36,1	37,4
Nordrhein-Westf.	23,8	26,6	27,6	32,4	28,7	26,6	28,7	32,2	29,4	41,7
Hessen	23,5	26,3	27,4	35,5	31,1	26,7	27,0	29,7	23,5	39,3
Rheinland-Pfalz	22,3	24,2	24,2	22,0	26,6	20,3	23,1	26,2	27,5	25,0
Baden-Württemberg	24,6	24,5	26,0	26,6	28,9	16,7	21,3	23,4	22,8	23,2
Bayern	24,7	26,7	25,3	25,4	23,8	25,7	25,5	27,3	26,4	33,0
Saarland	22,2	21,7	24,8	28,7		20,6	30,0	32,1	29,5	...
Berlin	28,5	28,5	32,3	31,7	33,1	25,9	29,2	25,7	26,4	39,6
Bundesgebiet	23,9	25,5	26,5	27,6	28,2	24,0	26,8	29,3	28,8	36,2

<sup>1)</sup> Pos. Nrn. des Deutschen Todesursachenverzeichnisses von 1958. — <sup>2)</sup> nach der ICD 1968.

1968 unter den verstorbenen Männern den höchsten Anteil von Kreislauferkrankten — er lag noch beträchtlich über dem Berliner Durchschnitt —, bei den Frauen waren die Anteile etwa gleich hoch; dabei war die Veränderung in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr auffallend stark. Bayern und Rheinland-Pfalz hatten 1968 bei den Kreislaufsterbefällen unter dem Bundesdurchschnitt liegende Werte. Im Jahre 1967 stand Hessen an der Spitze der Bundesländer mit Anteilen, die bei Männern und Frauen wiederum vor Berlin rangierten; eine weitere Besonderheit in diesem Jahr war, daß Nordrhein-Westfalen bei den Frauen eine überraschend hohe Kreislaufsterblichkeit verzeichnete; ihr Anteil lag erstmals über demjenigen der Männer.

Betrachtet man die Häufigkeit der Kreislauferkrankungen an den Sterbefällen im Ausgangsjahr 1958, so standen damals die Stadtstaaten mit deutlichem Abstand an der Spitze der Bundesländer, die zwischenzeitlichen Veränderungen waren dort nicht so ausgeprägt wie bei den meisten Flächenländern. Schleswig-Holstein hatte bereits 1958 relativ hohe Ziffern.

Bei der zweiten Relation, der Infarkthäufigkeit an den Kreislaufsterbefällen, wäre zunächst darauf hinzuweisen, daß Hamburg bei Männern und Frauen im gesamten Zeitraum an der Spitze der Bundesländer stand (lediglich 1966 hatte Schleswig-Holstein bei Männern einen höheren Anteil), und daß bereits 1958 die Infarkthäufigkeit in Hamburg die der beiden anderen Stadtstaaten und der übrigen Bundesländer

weit übertraf. Nordrhein-Westfalen verzeichnete in den letzten Jahren starke Zunahmen, so daß das größte Bundesland 1968 bereits an zweiter Stelle stand; Schleswig-Holstein hatte in diesem Jahr ebenfalls eine höhere Infarkthäufigkeit, die nun etwa dem Stand von Berlin entsprach. Inwieweit bei Schleswig-Holstein diese Entwicklung durch die Mortalität in den Verdichtungsgebieten des Hamburger Umlandes beeinflußt wird, müßte gesondert untersucht werden. Diese kurzen Hinweise auf regionale Unterschiede bei Kreislauf- bzw. Infarkthäufigkeiten belegen die Notwendigkeit zusätzlicher Untersuchungen; es sei daher auf das statistisch-technische Hilfsmittel einer Bildung von regionalen Mortalitätsziffern hingewiesen. Eine Modellrechnung für Hamburg, bei der die Sterblichkeitsunterschiede seit 1958 gegenüber dem Bund in den einzelnen Jahren und im zeitlichen Verlauf dargestellt sind, enthält Tabelle 12. Die regionale Mortalitätsziffer für Hamburg — jeweils auf 10 000 männliche bzw. weibliche Einwohner bezogen — errechnet sich wie folgt:

$$RMZ = \frac{\text{Sterbeziffer Hamburg}}{\text{Sterbeziffer Bundesgebiet}} \cdot 100$$

Für 1968 besagt dieser Meßwert z. B., daß in Hamburg die Sterblichkeit der Männer um 21 %, diejenige der Frauen um 18 % höher lag als im Durchschnitt für das Bundesgebiet. Gleichzeitig wies die Mortalitätsziffer in Hamburg bei Männern und Frauen gegenüber 1958 jeweils einen um 8 % höheren Stand aus.



Tabelle 12

Die Entwicklung der Sterblichkeit in Hamburg und im Bundesgebiet 1958 bis 1968

Jahre	Gestorbene auf 10 000 Einwohner								Regionale Mortalitätsziffer (RMZ) für Hamburg		RMZ	
	Bundesgebiet				Hamburg				(Sp. 5: Sp. 1) x 100	(Sp. 6: Sp. 2) x 100	1958 = 100	
	Männer	Frauen	1958 = 100		Männer	Frauen	1958 = 100					
			Männer	Frauen			Männer	Frauen				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1958 .....	121	100	100	100	137	110	100	100	112,7	110,0	100	100
1959 .....	122	100	100,2	100,3	137	107	100,1	97,7	112,6	107,2	99,9	97,5
1960 .....	127	105	104,6	105,5	146	112	106,5	102,6	114,8	106,9	101,9	97,2
1961 .....	123	102	101,1	102,3	143	115	104,2	104,6	116,2	112,4	103,1	102,2
1962 .....	125	103	102,7	103,4	147	117	107,7	106,5	118,2	113,3	104,9	103,0
1963 .....	128	107	105,2	107,6	150	120	109,5	110,0	117,4	112,4	104,2	102,2
1964 .....	121	101	99,4	101,3	144	115	105,3	105,1	119,4	114,1	106,0	103,7
1965 .....	124	106	102,2	106,8	150	125	109,7	113,8	120,9	117,2	107,3	106,5
1966 .....	124	107	102,0	107,5	153	131	111,8	119,3	123,5	122,0	109,6	110,9
1967 .....	123	107	101,6	107,5	152	128	111,3	117,0	123,5	119,7	109,6	108,8
1968 .....	130	114	106,8	114,8	157	135	114,9	123,6	121,3	118,4	107,6	107,6

Anm. Die Berechnungen in den Spalten 3, 4 und 7 bis 12 beruhen auf den ungerundeten Zahlen der Spalten 1, 2 sowie 5 und 6.

Diese an sich schon wichtigen Aussagen, hier lediglich am Modell nach der allgemeinen Sterblichkeitsentwicklung abgeleitet, lassen sich bei der Berechnung für einzelne Krankheitsbilder und unter Verwendung altersspezifischer Sterbeziffern im Formelansatz für den regionalstatistischen Vergleich noch erheblich differenzieren und verbessern. So würde sich z. B. die altersspezifische regionale Mortalitätsziffer der 1967 in Hamburg an Herzinfarkt gestorbenen Männer zwischen 65–70 Jahren wie folgt berechnen:

$$\text{RMZ} \quad (\text{Pos. 455, M [65–70]}) = \frac{89,7^*)}{78,0^{**}} \cdot 100 = 115$$

\*) vgl. Tab. 5a. — \*\*) vgl. Tab. 6.

Die entsprechenden Berechnungen für alle Bundesländer nach dem Stande von 1968 konnten mit dem vorliegenden, noch unvollständigen Material leider nicht durchgeführt werden (die altersspezifischen Ziffern für den Bund 1968 standen bei Redaktionsschluß noch aus).

**Selbständige, Angestellte und Angehörige der Verwaltungsberufe stärker infarktgefährdet**

Wie eingangs erwähnt, wurde auf der Internationalen Bevölkerungskonferenz 1969 in London angeregt, Untersuchungen über die Einwirkung sozioökonomischer Faktoren auf die Sterblichkeit durchzuführen. Da in Hamburg die Sterbefallzählkarten Angaben über die Erwerbstätigkeit der Gestorbenen enthalten, soll am Beispiel der Herzinfarktsterbefälle des Jahres 1968 versucht werden, Zusammenhänge zwischen sozioberuflicher Schichtung der Bevölkerung und Herzinfarktanfälligkeit aufzuzeigen. In der Zählkarte ist bei Erwerbstätigen der (vor dem Tode) zuletzt ausgeübte Beruf, bei Rentnern, Pensionären u. ä. der frühere Beruf anzugeben. Sodann wird die Stellung im Beruf nachgewiesen, also ob der Gestorbene Selbständiger, Mithelfender Familienangehöriger, Beamter, Angestellter oder Arbeiter war. Schließlich soll die Stellung zum Erwerbsleben näher bezeichnet werden, d. h. ob der Gestorbene erwerbstätig (Erwerbsperson) oder ohne Erwerbstätigkeit war; Rentner, Pensionäre werden dabei als dritte Gruppe nachgewiesen.

Die von den Angehörigen oder deren Beauftragten bei der Anzeige des Sterbefalles gemachten Angaben zur Erwerbstätigkeit des Gestorbenen dürften nicht immer den gewünschten Genauigkeitsgrad haben; dies gilt speziell bei Sterbefällen von älteren Personen, die schon seit längerer Zeit nicht mehr im Erwerbsleben standen. Um diese Mängel nach Möglichkeit auszuschalten, wurden in die Untersuchung nur die bis zum 65. Lebensjahr Gestorbenen einbezogen, da bei diesen der Kontakt zur Erwerbstätigkeit in der Regel noch gegeben war. Bei der vorliegenden Modelluntersuchung wurde auf die Auszählung der weiblichen Sterbefälle nach der Erwerbstätigkeit ganz verzichtet, handelt es sich bei diesen doch ganz überwiegend um im hohen Lebensalter verschiedene Frauen, für die — soweit es sich nicht um Hausfrauen handelte — statistisch zuverlässige Angaben zur Erwerbstätigkeit ohnehin nicht zu erwarten waren.

In Tabelle 13 ist die sozioberufliche Gliederung der 1968 an Herzinfarkt gestorbenen Männer nach 4 Altersgruppen dargestellt, und zwar getrennt für die an akutem Herzmuskelinfarkt (ICD 410) und die an chronischen Herzkrankheiten (ICD 412) Gestorbenen. Als erstes wichtiges Ergebnis stellte sich heraus, daß von den insgesamt 710 Gestorbenen im Alter bis zu 65 Jahren (TU 410 einschl. 412) 197 oder rd. 28 % zum Zeitpunkt ihres Todes bereits nicht mehr im Erwerbsleben standen, sie waren Rentner oder Pensionäre; diese Relation galt übrigens sowohl für die an akutem Infarkt Gestorbenen als auch für die an chronischen Herzleiden Verschiedenen. Erwartungsgemäß befanden sich die meisten dieser Rentner oder Pensionäre zum Zeitpunkt des Todes im Alter zwischen 60 und 65 (70 % bzw. 73 %), die Zahl der Frührentner war beachtlich groß. Die Aufgliederung dieses Personenkreises nach der im früheren Beruf innegehabten sozialen Stellung zeigt, daß fast die Hälfte Arbeiter und ein Viertel Angestellte waren; Beamte bildeten einen Anteil von 13 %, Selbständige rd. 8 %. Sie waren ehemals überwiegend in industriellen und handwerklichen Berufen tätig (42 %), jeder vierte gehörte zu den Handels- und Verkehrsberufen und für rd. 17 % waren Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege angegeben worden.

Tabelle 13

**Sozioberufliche Gliederung der an Herzinfarkt (TU 410 und 412) in Hamburg 1968 gestorbenen Männer unter 65 Jahren nach Altersgruppen**

Sozioberufliche Gliederung	TU 410				TU 412				An den TU 410 und 412 gestorbene Männer unter 65 Jahren	
	Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren									
	unter 50	50–55	55–60	60–65	unter 50	50–55	55–60	60–65	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8		
Stellung im Beruf										
Erwerbspersonen										
Selbständige . . . . .	12	7	16	26	3	3	11	13	91	17,7
Beamte . . . . .	4	8	4	9	3	2	6	2	38	7,4
Angestellte . . . . .	23	23	31	49	10	7	15	29	187	36,5
Arbeiter . . . . .	14	17	29	44	10	9	21	18	162	31,6
Unbekannt oder ohne Angabe . . . . .	5	4	12	8	2	1	—	3	35	6,8
Rentner, Pensionäre nach dem früheren Beruf										
Selbständige . . . . .	—	1	4	6	—	—	—	4	15	7,6
Beamte . . . . .	—	—	5	16	—	2	1	2	26	13,2
Angestellte . . . . .	1	—	5	20	1	—	3	19	49	24,9
Arbeiter . . . . .	6	—	14	46	—	3	7	21	97	49,2
Unbekannt oder ohne Angabe . . . . .	1	2	1	5	—	—	—	1	10	5,1
Berufsabteilungen										
Erwerbspersonen										
Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft . . . . .	—	2	2	5	—	—	2	—	11	2,1
Industrielle und handwerkliche Berufe . . . . .	15	12	25	37	11	9	18	21	148	28,8
Technische Berufe . . . . .	6	4	8	11	2	3	5	8	47	9,2
Handels- und Verkehrsberufe . . . . .	12	11	14	29	6	2	8	15	97	18,9
Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung . . . . .	1	3	3	5	—	1	7	2	22	4,3
Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege . . . . .	18	19	22	34	5	6	13	12	129	25,1
Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens . . . . .	1	4	6	7	2	—	—	3	23	4,5
Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf . . . . .	5	4	12	8	2	1	—	4	36	7,0
Rentner, Pensionäre nach dem früheren Beruf										
Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft . . . . .	—	1	—	—	—	—	—	2	3	1,5
Industrielle und handwerkliche Berufe . . . . .	4	—	14	35	—	2	4	23	82	41,6
Technische Berufe . . . . .	—	—	1	3	1	—	—	2	7	3,6
Handels- und Verkehrsberufe . . . . .	2	—	6	27	—	2	5	8	50	25,4
Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung . . . . .	—	—	1	4	—	—	1	2	8	4,1
Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege . . . . .	1	—	5	16	—	1	1	9	33	16,8
Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens . . . . .	—	—	1	2	—	—	—	—	3	1,5
Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf . . . . .	1	2	1	6	—	—	—	1	11	5,6
Stellung zum Erwerbsleben										
Erwerbspersonen . . . . .	58	59	92	136	28	22	53	65	513	72,2
Rentner, Pensionäre usw. . . . .	8	3	29	93	1	5	11	47	197	27,8

Für die Männer, welche mehr oder weniger unmittelbar aus dem Erwerbsleben herausgerissen wurden und an Herzinfarkt verstarben, zeigte sich eine wesentlich andere soziale Schichtung. Die Selbständigen waren davon besonders stark betroffen (rd. 18 %) und auch für die Angestellten ergab sich ein beträchtlich höherer Anteil (36,5 %) als in der vergleichbaren Gruppe der Rentner und Pensionäre. Umgekehrt wurden Arbeiter unter den Erwerbspersonen verhältnismäßig weniger häufig registriert. In der Auszählung der Sterbefallzählkarten nach der Berufszugehörigkeit der Gestorbenen zeichnen sich schwerpunktmäßig drei Berufsabteilungen ab: die industriellen und handwerklichen Berufe (29 %), Verwaltungsberufe (25 %) sowie Handels- und Verkehrsberufe (19 %). Der wesentliche Unterschied gegenüber den Rentnern und Pensionären ist demnach bei

den industriellen und handwerklichen Berufen zu sehen, wo der Anteil wesentlich höher lag (42 %).

Um Vergleichsdaten zur sozioberuflichen Gliederung der 1968 an Herzinfarkt gestorbenen Männer zu erhalten, wurde in Tabelle 14 die entsprechende Schichtung sämtlicher Hamburger Sterbefälle von Männern unter 65 Jahren angegeben. Leider fehlen die für diesen Vergleich ebenfalls erforderlichen Gesamtzahlen zur sozioökonomischen Gliederung der Hamburger Bevölkerung nach dem Stande 1968. Beheftsmäßig wurden in Tabelle 14 die entsprechenden Anteile zur Stellung im Beruf und für die Berufsabteilungen nach der Volks- und Berufszählung 1961 angegeben, obwohl zu vermuten ist, daß zwischenzeitlich strukturelle Änderungen eingetreten sind. Es wird darauf hingewiesen, daß diese an sich proble-

Tabelle 14

Vergleichsdaten zur sozioberuflichen Gliederung der an Herzinfarkt (TU 410 und 412) in Hamburg 1968 gestorbenen Männer unter 65 Jahren

Sozioberufliche Gliederung	Anteil bei der Volks- u. Berufszählg. 1961	Anteil bei allen Sterbefällen des Jahres 1968			Anteil der 1968 an Herzinfarkt Gestorbenen
		Erwerbspersonen	Rentner, Pensionäre <sup>1)</sup>	insgesamt	
	1	2	3	4	5
<b>Stellung im Beruf</b>					
Selbständige .....	11,1	15,2	6,0	12,5	14,9
Beamte .....	7,9	6,1	9,1	7,0	9,0
Angestellte .....	27,7	29,8	23,0	27,8	33,2
Arbeiter .....	46,4	39,7	57,9	45,0	36,5
Unbekannt und ohne Angabe .....	6,9	9,2	4,1	7,7	6,3
<b>Berufsabteilungen</b>					
Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft .....	1,6	1,8	1,8	1,8	2,0
Industrielle und handwerkliche Berufe ..	41,0	33,9	48,7	38,2	32,4
Technische Berufe .....	7,4	6,8	5,3	6,4	7,6
Handels- und Verkehrsberufe .....	24,6	21,1	18,8	20,4	20,7
Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistungen .....	4,1	4,4	3,7	4,2	4,2
Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege .....	16,3	19,1	15,0	17,9	22,8
Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens .....	3,6	3,7	1,9	3,1	3,7
Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf ..	1,4	9,2	4,8	7,9	6,6

<sup>1)</sup> nach dem früheren Beruf.

matischen Daten von 1961 nur in Anbetracht des Modellcharakters der Untersuchung aufgenommen worden sind; sie sollen deshalb auch nicht interpretiert werden. Nach Vorliegen der Ergebnisse des Zensus 1970 lassen sich in dieser Richtung eingehendere Analysen durchführen.

Der Vergleich der sozioberuflichen Schichtung aller im Jahre 1968 gestorbenen Männer (im Alter bis zu 65 Jahren) und der an Herzinfarkt (einschl. der chronischen Herzerkrankungen) Gestorbenen läßt deutliche Unterschiede sowohl beim Merkmal Stellung im Beruf als auch in der Besetzung der Berufsabteilungen erkennen. So betrug der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Sterbefälle 12,5 %, bei den Infarkten 14,9 %; diese Differenz war bei Angestellten noch größer, nämlich 27,8 % gegenüber 33,2 %. Auch Beamte waren unter den an Herzinfarkt Gestorbenen überproportional vertreten (7 % gegen 9 %). Demgegenüber scheinen Arbeiter weniger infarktgefährdet zu sein; ihr Anteil an allen Sterbefällen belief sich auf 45 %, unter den Infarktfällen auf 36,5 %.

Ergänzend seien noch zwei Feststellungen aufgrund der Auszählung über die Berufszugehörigkeit der Gestorbenen erwähnt: Die Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege wiesen unter

den Infarktsterbefällen einen Anteil von rd. 23 % aus, der damit beträchtlich über der allgemeinen Sterblichkeit dieser Berufsabteilung lag (rd. 18 %); dies erklärt auch mindestens zum Teil die höhere Infarkt anfälligkeit unter den Angestellten und Beamten. Die zweite Berufsabteilung, bei der für die darin Beschäftigten ein evidenter Unterschied zwischen allgemeiner Sterbequote und Infarkthäufigkeit beobachtet wird, sind die industriellen und handwerklichen Berufe; der relativ niedrige Anteil der an Herzinfarkt Gestorbenen (32,4 % gegenüber 38,2 %) beruht darauf, daß in ihr ganz überwiegend Arbeiter beschäftigt sind; auf deren relativ niedrige Infarktquote wurde bereits hingewiesen. In diesem Zusammenhang sei noch festgestellt, daß in dieser Berufsabteilung — wie bereits bei der Infarkthäufigkeit innerhalb der sozioberuflichen Gruppen zu beobachten war — die Zahl der Rentner unter den vor dem 65. Lebensjahr Gestorbenen relativ hoch war (vgl. Tab. 14, Sp. 13).

Die vorliegenden — zwangsläufig globalen — Ergebnisse zur sozioberuflichen Gliederung der Gestorbenen geben Anhaltspunkte dafür, daß sozioökonomische Faktoren die Sterblichkeit beeinflussen. In der Todesursachenstatistik sollten deshalb Vorkehrungen getroffen werden, diesbezügliche Untersuchungen auf breiterer Basis durchzuführen.

### Zusammenfassung

Die vorliegenden Informationen zur Häufigkeit der Infarktsterbefälle 1958 bis 1968 stammen aus der Todesursachenstatistik, d. h. sie dokumentieren lediglich die Infarktmortalität, über den gesamten Umfang der Morbidität dieses Leidens erlauben sie keine Aussagen. Zweifelloos haben sich die Heilungs-Chancen bei dieser Krankheit in den letzten Jahren durch moderne Behandlungsmethoden, Medikamente usw. verbessert.

In Hamburg starben 1968 an Herzinfarkt 2 514 Männer (etwa so viele wie an Krebsleiden) und 1 833 Frauen; Männer sind demnach wesentlich stärker infarktgefährdet als Frauen. Im letzten Jahrzehnt ist eine beträchtliche Steigerung von männlichen und weiblichen Sterbefällen bei dieser Todesursache zu verzeichnen. Bei fast 60% der 1968 an Kreislauferkrankungen gestorbenen Männer lag Herzinfarkt vor, bei Frauen betrug der Anteil 45%.

Die hohen Sterbefallzahlen an Herzinfarkt in Hamburg sind wesentlich durch den ungünstigen Altersaufbau verursacht. Mehr als drei Viertel der 1968 an einem Herzinfarkt gestorbenen Frauen und jeder zweite diesem Leiden erlegene Mann war 70 Jahre oder älter; einschließlich der im Alter zwischen 60 und 70 Jahren Gestorbenen errechnet sich für die Frauen sogar ein Anteil von 96% und bei den Männern von 85% aller Infarktsterbefälle. Die starke Altersabhängigkeit beim Herzinfarkt zeichnet sich damit deutlich ab; andererseits wird in dem Beitrag nachgewiesen, daß die Zunahme der Infarktfälle gegenüber 1958 nicht lediglich eine Folge der relativen Überalterung war.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Untersuchung — für 1968 erstmals nachweisbar — ist, daß die chronisch ischämischen Herzkrankheiten bei Frauen eine weit größere Bedeutung als bei Männern haben, dagegen dominiert bei den Männern der akute Infarkt. Auch der altersmäßige Verlauf dieser beiden Krankheitsbilder zeigte bei Männern und Frauen prägnante Unterschiede.

Die Umstellung der Klassifizierung von Herzkranzgefäßerkrankungen mit der 8. Revision der ICD führte 1968 aus statistisch-methodischen Gründen zu einer gewissen Erhöhung der Infarktfälle gegenüber dem Vorjahr. Bei der Interpretation von Zeitreihen ist dies zu beachten; es sollten Vorkehrungen getroffen werden, daß bei künftigen Umstellungen des Internationalen Verzeichnisses für die zu ändernden Positionen im Umstellungsjahr Doppelsignierungen vorgenommen werden, damit Auswirkungen methodischer Änderungen quantifiziert werden können.

Die regionale Analyse der Sterbeziffern an Herzinfarkt für die Bundesländer läßt auf signifikante räumliche Unterschiede schließen: Die Stadtstaaten sowie Nordrhein-Westfalen mit seinem hohen Anteil an verstädterter Bevölkerung wiesen überdurchschnittliche Werte auf; Länder mit einem verhältnismäßig geringen Bevölkerungsanteil in Großstädten wie Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg lagen bei der Infarkthäufigkeit beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt. Um in dieser Richtung zu verbesserten und für die Forschung nutzbaren Aussagen zu kommen, wird vorgeschlagen, für eine Auswahl von Krankheitsbildern Ergebnisse nach Agglomerationen bzw. ländlich strukturierten Gebieten einerseits sowie nach Naturräumen zu erstellen. Die Verwendung von einheitlichen regionalen Mortalitätsziffern bei der Analyse dieser Informationen wird empfohlen.

Schließlich ist in dem Beitrag für Hamburg der Versuch unternommen, Zusammenhänge zwischen sozioberuflicher Schichtung der Bevölkerung und Herzinfarktanfälligkeit aufzuzeigen. Untersucht wurden Angaben zur Erwerbstätigkeit von 710 an Herzinfarkt gestorbenen Männern im Alter bis zu 65 Jahren. Von ihnen waren 28% zum Zeitpunkt ihres Todes bereits nicht mehr im Erwerbsleben. Hinsichtlich der sozialen Stellung waren Selbständige, Angestellte und Beamte anscheinend stärker infarktgefährdet als Arbeiter. Die Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege hoben sich mit überdurchschnittlicher Infarkthäufigkeit deutlich ab. Um diese Zusammenhänge der Einwirkung sozioökonomischer Faktoren auf die Sterblichkeit besser untersuchen zu können (insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur der in den Berufsabteilungen Beschäftigten), müssen Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 abgewartet werden.

Werner Matti

# Unfallbeteiligte und Verursacher bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1964 bis 1968

## 1. Vorbemerkungen

Im Februar-Heft dieses Jahres wurde in dieser Zeitschrift bereits ausführlich über die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Hamburg berichtet. Dabei wurde u. a. auch die Struktur der in Straßenverkehrsunfällen verwickelten Verkehrsteilnehmer dargestellt. Zu den Unfallbeteiligten rechnen nun aber sowohl die Verursacher von Straßenverkehrsunfällen als auch diejenigen Personen, die ohne eigenes Verschulden in den Unfall hineingezogen wurden. Der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik war es bisher nicht möglich, Aussagen allein über die am Zustandekommen des Unfalls Schuldigen zu machen. Für Strukturuntersuchungen wurden daher immer die Unfallbeteiligten zugrunde gelegt, in der Hoffnung, daß die Verteilung der Unfallverursacher nicht allzu stark abweicht.

Seit 1964 wird von der Polizei in den Verkehrsunfallanzeigen, deren Angaben die Grundlage für die Aufbereitung der Straßenverkehrsunfallstatistik bilden, angegeben, welchem der Unfallbeteiligten aufgrund der vorläufigen Untersuchungen die Schuld am Zustandekommen des Unfalls angelastet wird. Traf mehrere Verkehrsteilnehmer ein Verschulden, so war anhand des Unfallhergangs zu entscheiden, welcher der Beschuldigten als Hauptverursacher des Unfalls anzusehen und wem nur ein Mitverschulden zuzurechnen war. Dabei gab selbstverständlich das schwerere Verschulden den Ausschlag. Auf diese Weise kann die Gruppe der Unfallbeteiligten in Verursacher und Nichtschuldige<sup>1)</sup> gegliedert werden. Allerdings muß ausdrücklich betont werden, daß dieser Einteilung nur die vorläufigen Feststellungen der Polizei zugrunde liegen. Die endgültige Klärung der Schuldfrage erfolgt bekanntlich erst bei den Gerichten. Da aber Abweichungen zwischen den vorläufigen Feststellungen der Polizei zur Schuldfrage und den endgültigen Feststellungen der Gerichte verhältnismäßig selten sind, wird davon die Aussagefähigkeit der folgenden Ausführungen kaum berührt.

Das hier vorgelegte Zahlenmaterial beruht auf Sonderuntersuchungen in den Jahren seit 1964<sup>2)</sup>. Mit diesen Ergebnissen kann nun der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Zahl der Unfallbeteiligten aus Verursachern und Nichtschuldigen zusammengesetzt ist. Damit aber lassen sich auch gewisse Einblicke in das Schuldverhalten der Verkehrsteilnehmer gewinnen. Setzt man nämlich die Zahl der Verursacher einer beliebigen Verkehrsteilnehmergruppe in Beziehung zu den gesamten Unfallbeteiligten derselben Gruppe, so ergibt sich eine Kennziffer, die man als „Schuldquote“ charakterisieren könnte.

Noch besser geeignet ist jedoch eine Kennziffer, die die Zahl der Verursacher von Straßenverkehrsunfällen auf jeweils 100 Nichtschuldige bezieht. Im Vergleich zur erstgenannten Maßzahl tritt hierbei eine Art „Lupeneffekt“<sup>3)</sup> zutage, der die Unterschiede zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen deutlicher herauszuarbeiten in der Lage ist.

Aufgabe dieses Beitrages soll es sein, für die wichtigsten Gruppen von Verkehrsbeteiligten spezifische Schuldquoten zu errechnen, wobei nach der Art der Verkehrsbeteiligung, nach Geschlecht, Alter und Fahrpraxis differenziert werden muß. Dabei ist zu untersuchen, ob gewisse Gesetzmäßigkeiten erkennbar werden:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, soll jedoch bereits an dieser Stelle auf gewisse methodische Besonderheiten hingewiesen werden: Zunächst einmal sei erwähnt, daß die Ergebnisse der folgenden Sonderuntersuchungen sich jeweils nur auf Unfälle mit Personenschaden beziehen. Das war erforderlich, da die amtliche Straßenverkehrsunfallstatistik in wesentlichen Teilen, die als Bezugsgrößen herangezogen werden mußten, auch diese Abgrenzung zugrunde legt.

Vor allem aber sei betont, daß sich mit diesem Zahlenmaterial nicht die Frage beantworten läßt, ob gewisse Gruppen von Verkehrsteilnehmern häufiger als andere für das Zustandekommen von Straßenverkehrsunfällen verantwortlich gemacht werden müssen. Um korrekte Aussagen zu dieser Frage zu ermöglichen, ist es nötig, eine Bezugsgröße zu kennen, die die Beteiligung der einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen am Straßenverkehr quantitativ beschreibt. So eine Bezugsgröße wäre für die Kraftfahrer z. B. die von ihnen erbrachte Fahrleistung. Zahlenmaterial über die jährliche Fahrleistung deutscher Führerscheininhaber steht jedoch mit Ausnahme einer Hamburger Untersuchung, die auf der Basis der Volkszählung 1961 durchgeführt wurde, nicht zur Verfügung. Über die Ergebnisse dieser Untersuchung wurde ausführlich in dieser Zeitschrift berichtet<sup>4)</sup>. Damals konnte man zwar gewisse Unfallhäufigkeitsziffern für einzelne Gruppen von Verkehrsteilnehmern errechnen, leider war jedoch die Unterscheidung zwischen Verursachern von Verkehrsunfällen und nichtschuldigen Verkehrsteilnehmern unmöglich.

Hinzu kommt, daß der folgenden Untersuchung alle Beteiligten an Verkehrsunfällen in Hamburg zugrunde gelegt sind, d. h. in diesen Zahlen ist auch ein nicht unerheblicher Anteil von Verkehrsteilnehmern enthalten, die außerhalb Hamburgs wohnen. Insbesondere bei den Kraftfahrzeugführern ist es daher nicht zulässig, die hier gewonnenen Kennzahlen auf Strukturdaten der Hamburger Bevölkerung zu beziehen. Ebenso ist eine Bezugnahme auf die Ergebnisse der damaligen Hamburger Untersuchung über die Unfallhäufigkeit der Hamburger Wohnbevölkerung nur mit aller Vorsicht und nur in Ausnahme-

<sup>1)</sup> einschließlich derjenigen Unfallbeteiligten, denen zwar ein Mitverschulden, nicht aber die Hauptschuld angelastet wurde.

<sup>2)</sup> Zahlenmaterial in der Gliederung nach dem Ausstellungsjahr des Führerscheins als Maßstab für die Fahrpraxis liegt jedoch erst seit 1965 vor.

<sup>3)</sup> Vgl. Schaub, G.: Werden die Straßenverkehrsunfälle schwerer? — In: Zeitschrift für Verkehrssicherheit, Jg. 14/1968, H. 2, S. 83.

<sup>4)</sup> Vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1966, März- und April-Heft.

fällen möglich. Es steht nämlich mit ziemlicher Sicherheit fest, daß die auswärtigen Kraftfahrer eine deutlich andere Verkehrsbeteiligten-, Geschlechts- und vor allem aber Altersstruktur aufweisen.

Die Analyse ist so aufgebaut, daß im folgenden Abschnitt zunächst ein Gesamtüberblick über das Schuldverhalten aller Gruppen von Verkehrsbeteiligten gegeben wird. Im weiteren Verlauf wird die Untersuchung eingeschränkt auf Fahrzeugführer, da insbesondere die Kraftfahrer bei der Differenzierung nach Geschlecht und Lebensalter eine völlig andere Struktur aufweisen als die Fußgänger, bei denen die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren eine unverhältnismäßig große Rolle spielen. Den deutschen Bestimmungen zur Erteilung einer Fahrerlaubnis entsprechend, ist der Anteil dieser Altersklasse bei den Kraftfahrzeugführern verhältnismäßig gering, da hierfür fast ausschließlich Moped- und Motorradfahrer in Frage kommen. Außerdem ist das Merkmal Fahrpraxis ohnehin nur für die Kraftfahrer von Bedeutung.

Es ist jedoch beabsichtigt, in einem Folgebeitrag über unfallverursachende und unfallbeteiligte Fußgänger zu berichten. Das bietet sich auch deshalb an, da hier die Beziehung auf die Hamburger Wohnbevölkerung möglich ist, so daß für die Gruppe der Fußgänger Unfallhäufigkeitsziffern errechnet werden können.

## 2. Schuldquoten nach der Art der Verkehrsbeteiligung

Um zu einem ersten Überblick zu gelangen, bietet es sich an, zunächst die Struktur der Unfallbeteiligten nach der Art ihrer Verkehrsbeteiligung zu untersuchen. Je nach dem Grad der vorgenommenen Untergliederung sind die zugrundeliegenden Zahlen eines einzigen Jahres für viele Gruppen von Verkehrsteilnehmern — in diesem ersten Abschnitt für die Motorrad-, Moped- und Radfahrer — verhältnismäßig klein. Um Zufallsschwankungen genügend auszuschalten, müssen daher im folgenden häufig Zusammenfassungen vorgenommen werden. Das geschieht entweder auf Kosten der detaillierten Ausgliederung von Verkehrsteilnehmergruppen, oder aber bei Aufrechterhaltung einer möglichst feinen Gliederung durch Zusammenfassung des gesamten zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials der fünf Jahre von 1964 bis 1968. Nur so ist gewährleistet, daß die bei der Errechnung der Schuldquoten für die einzelnen Gruppen zutage tretenden Unterschiede auch als signifikant angesehen werden können. Wenn trotzdem bei den nur schwach besetzten Randgruppierungen die Grundzahlen allzuklein waren, so sind die errechneten Schuldquoten in Klammern gesetzt worden, um den Benutzer dieser Zahlen zur Vorsicht zu mahnen.

In den fünf Jahren des Untersuchungszeitraumes wurden insgesamt rd. 112 000 Unfallbeteiligte registriert, von denen 87 000 oder 78 % Kraftfahrer

waren. Tabelle 1 zeigt dabei das eindeutige Übergewicht der Fahrer von Kraftwagen, insbesondere von Pkw. Immerhin war aber auch die Gruppe der Fußgänger, auf die etwa ein Sechstel aller Unfallbeteiligten (18 400) entfiel, zahlenmäßig von Bedeutung. Betrachtet man dagegen die prozentuale Aufgliederung der Hauptverursacher von Personenschadensunfällen, so zeigen sich deutliche Unterschiede zu der Gliederung der Unfallbeteiligten. So werden ganz allgemein für die Fahrer von Kraftfahrzeugen wesentlich niedrigere, für Radfahrer und Fußgänger dagegen wesentlich höhere Anteilssätze nachgewiesen.

### Zum Begriff der Schuldquote

Um nun zu untersuchen, in welchem Ausmaß die einzelnen Gruppen der Verkehrsbeteiligten Schuld am Zustandekommen der Personenschadensunfälle trugen, soll im folgenden — aus den in der Einleitung genannten Gründen — die Zahl der Hauptverursacher auf jeweils 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte berechnet werden. Diese Kennziffer, die wir als „Schuldquote“ bezeichnen wollen, wird für die Gesamtheit aller Verkehrsteilnehmer grundsätzlich nahe bei 100 liegen. Der Erwartungswert würde genau 100 betragen, wenn es sich nur um Unfälle mit zwei Beteiligten handelte und auch jeweils bei mindestens einem der Beteiligten ein individuelles Verschulden vorläge.

Von den insgesamt 112 300 Unfallbeteiligten wurden 54 800 (48,8 %) von der Polizei als Hauptverursacher des jeweiligen Unfalls bezeichnet. Daraus ergibt sich, daß auf 100 nichtschuldige Verkehrsteilnehmer etwa 95 Hauptverursacher kamen. Der hauptsächliche Grund dafür, daß die durchschnittliche Schuldquote etwas unter 100 liegt, ist darin zu sehen, daß die Zahl der Unfälle mit mehr als zwei Beteiligten in Hamburg als Folge der Verkehrsdichte verhältnismäßig groß ist<sup>5)</sup>. Bei allen diesen Unfällen entfallen auf einen Verursacher zwei und mehr Nichtschuldige. In gleicher Richtung wirkt auch die verhältnismäßig kleine Zahl von Unfällen, bei denen keinen der Unfallbeteiligten ein individuelles Verschulden trifft<sup>6)</sup>.

### Schuldquote der Fußgänger mehr als doppelt so hoch wie die der Autofahrer

Bei den Ergebnissen der Tabelle 1 ist zunächst einmal auffällig, daß bei allen Gruppen von Kraftfahrern die Nichtschuldigen deutlich überwiegen. Für die Fahrer von Kraftfahrzeugen errechnet sich ein Gesamtdurchschnitt von 83 Hauptverursachern auf 100 Nichtschuldige. Die gleiche Schuldquote gilt im übrigen auch für die Pkw-Fahrer allein. Lediglich bei den Fahrern von sonstigen Kraftwagen, unter denen Lkw, Omnibusse, Zugmaschinen und Sonderkraftfahrzeuge zu verstehen sind, liegt die Schuldquote mit 91 zwar noch immer unter dem Gesamtdurchschnitt, aber doch deutlich über dem Durchschnitt aller Kraftfahrzeugführer. Hierzu dürfte beigetragen haben, daß insbesondere die großen Lastkraftwagen und Sattelzüge im Stadtverkehr besonders schwierig zu steuern sind. Am günstigsten schneiden die Motorradfahrer ab, bei denen sich das Verhältnis von Hauptverursachern zu Nichtschuldigen auf 69 zu 100 stellt. Aber auch die Schuldquote der Mopedfahrer liegt mit 84 noch sehr nahe beim

<sup>5)</sup> Grundsätzlich verschieben die Alleinunfälle den Erwartungswert über 100 hinaus, während Unfälle mit 3 und mehr Beteiligten den allgemeinen Durchschnittswert unter 100 sinken lassen. Zwischen 1964 und 1968 betrug der Anteil der Personenschadensunfälle mit mehr als zwei Beteiligten 11,9 % und übertraf damit die Alleinunfälle (9,6 %) deutlich.

<sup>6)</sup> z. B., wenn der Unfall allein durch schlechte Straßenverhältnisse oder ungünstige Witterungseinflüsse verursacht wurde.

Tabelle 1

**Unfallbeteiligte und Hauptverursacher bei  
Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg  
1964 bis 1968 nach der Art der Verkehrsbeteiligung**

Art der Verkehrsbeteiligung	Unfallbeteiligte					Auf 100 Nichtschuldige entfielen Hauptverursacher
	insgesamt		davon			
			Hauptverursacher		Nichtschuldige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
1	2	3	4	5	6	
Fahrer von PKW .....	68 605	61,1	31 044	56,6	37 561	83
sonstigen Kraftwagen ..	12 211	10,9	5 820	10,6	6 391	91
Motorrädern, -rollern .....	4 012	3,6	1 635	3,0	2 377	69
Mopeds, Mofas .....	2 292	2,0	1 043	1,9	1 249	84
Kraftfahrer zusammen .....	87 120	77,6	39 542	72,1	47 578	83
Radfahrer .....	6 818	6,1	3 548	6,5	3 270	109
Fußgänger .....	18 362	16,3	11 746	21,4	6 616	178
Verkehrsteilnehmer insg. ....	112 300	100	54 836	100	57 464	95

Durchschnitt aller Kraftfahrer, eine Tatsache, die durchaus nicht der allgemeinen Vorstellung der Verkehrsteilnehmer entspricht, die — offensichtlich etwas voreilig — insbesondere den Mopedfahrern ein undiszipliniertes Fahrverhalten anlasten.

Im Gegensatz hierzu überwiegen bei den Radfahrern die Verursacher von Straßenverkehrsunfällen. Die Schuldquote der Radfahrer liegt mit 109 Hauptverursachern auf 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte bereits erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt. Noch sehr viel ungünstiger sieht die Schuldbilanz der Fußgänger aus. Knapp zwei Drittel aller unfallbeteiligten Fußgänger waren als Verursacher des jeweiligen Unfalls anzusehen. Die für diese Verkehrsteilnehmergruppe errechnete Schuldquote liegt mit 178 mehr als doppelt so hoch wie die der Kraftfahrer. Es ist sicherlich nicht unbekannt, daß die Fußgänger häufig am Zustandekommen des Unfalls, in den sie verwickelt wurden, Schuld tragen. Das Ausmaß überrascht jedoch. Zu einem Teil kann die außerordentlich hohe Schuldquote der Fußgänger dadurch erklärt werden, daß zu den Fußgängern ja auch die Kinder rechnen. Eine Altersanalyse würde zeigen, daß insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren die Schuldquote eine Höhe von knapp 300 erreicht. Dieser Umstand zieht natürlich auch die durchschnittliche Schuldquote der Fußgänger beträchtlich nach oben. In gewissem Umfang läßt sich dies auch für die Radfahrer anführen, während die Kraftfahrer — sieht man einmal von den Mopedfahrern ab — normalerweise erst ab 18 Jahren mit einem Fahrzeug am Straßenverkehr teilnehmen dürfen. Hinzu kommt, daß die Kraftfahrer im Regelfall auch eine Fahrprüfung durchlaufen müssen, wobei neben der technischen Beherrschung des Fahrzeugs ein starkes Gewicht auch auf die Kenntnis der Verkehrsregeln gelegt wird. Fußgänger und Radfahrer dagegen haben in den meisten Fällen niemals

eine Art Verkehrsunterricht gehabt. Ihre Kenntnis des heutigen Straßenverkehrs und der Regeln, nach denen er abläuft, ist häufig lückenhaft:

Es wäre jedoch zu einfach, die hohe Schuldquote der Fußgänger allein auf die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zurückzuführen. Auch bei Ausschaltung dieser Altersjahrgänge läge die Schuldquote der Fußgänger immer noch bei rd. 135. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß der heutige Straßenverkehr weitgehend auf die Belange des Fahrverkehrs abgestellt und damit „fußgängerfeindlich“ ist. Man mag das bedauern, aber man sollte die Augen nicht vor dieser Realität verschließen. Auch die Schaffung von gesicherten Fußgängerüberwegen vermag hier nur teilweise zu helfen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Fußgänger äußerst „umwegempfindlich“ ist. Er hat also immer wieder die Tendenz, Straßen auch bei fließendem Verkehr unmitttelbar zu überqueren, anstatt den nächsten gesicherten Fußgängerüberweg aufzusuchen. Bei der Dichte des heutigen Fahrverkehrs ist es kein Wunder, daß hieraus immer wieder Unfälle resultieren und daß den Fußgänger hierbei in den meisten Fällen die Schuld trifft. Es wird sehr schwer sein, hier Änderung zu schaffen. Die Einrichtung von Einkaufstraßen nur für Fußgänger kann dabei sicherlich nur partiell helfen. Ob eine verstärkte Verkehrserziehung mit Hilfe der Massenmedien wirksam Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten.

#### Schuldquoten für Kraftfahrer ständig gesunken

Interessante zusätzliche Aufschlüsse vermag Tabelle 2 zu liefern. Hier wird die Veränderung der Schuldquoten für die einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen im Verlauf der letzten fünf Jahre ausgewiesen. Dabei war es wegen der geringen Besetzungszahlen erforderlich, die Fahrer von Motorrädern und Mopeds zusammenzufassen. Die Tabelle zeigt ziemlich eindeutig, daß die Schuldquoten für Kraftfahrzeugführer in den letzten fünf Jahren ständig gesunken sind. Während z. B. 1964 auf 100 nichtschuldige Pkw-Fahrer 88 Hauptverursacher von Personenschadensunfällen entfielen, betrug die gleiche Kennziffer 1968 nur noch 79. Noch stärker war der Rückgang des Anteils der Hauptverursacher bei den Fahrern der Lastkraftwagen, Omnibusse und Zugmaschinen.

Tabelle 2

**Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen  
mit Personenschaden Beteiligten in Hamburg 1964 bis 1968  
nach der Art der Verkehrsbeteiligung**

Art der Verkehrsbeteiligung	Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher				
	1964	1965	1966	1967	1968
	1	2	3	4	5
Fahrer von PKW .....	88	86	83	79	79
sonstigen Kraftwagen ..	95	99	92	88	82
Motorrädern, -rollern, Mopeds und Mofas ..	74	71	72	81	72
Kraftfahrer zusammen ..	87	87	83	81	79
Radfahrer .....	93	101	112	120	117
Fußgänger .....	159	156	175	205	198
Verkehrsteilnehmer insgesamt .....	97	96	96	95	93

Lediglich für die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen ist die Schuldquote im Untersuchungszeitraum verhältnismäßig konstant geblieben.

Umgekehrt zeigen die Schuldquoten der Radfahrer und besonders der Fußgänger eine steigende Tendenz. Bei den Radfahrern stieg die Zahl der Hauptverursacher auf 100 Nichtschuldige von 93 (1964) auf 117 im Jahre 1968. Bei den Fußgängern stieg die Kennziffer im gleichen Zeitraum sogar von 159 auf 198 an. Man wird ohne Übertreibung sagen können, daß der Straßenverkehr in zunehmendem Ausmaß für die beiden zuletzt genannten Verkehrsteilnehmergruppen ungünstiger wird. Eine gewisse Portion Leichtsinn, vor allem aber Unterschätzung der Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge sowie Unkenntnis der Zusammenhänge zwischen Fahrgeschwindigkeit und Bremsweg sind einige der Ursachen, die immer wieder dazu führen, daß Radfahrer und Fußgänger schuldhaft einen Unfall verursachen, bei dem sie ja zumeist die Hauptleidtragenden sind.

### 3. Schuldquoten für Männer und Frauen

Die Frage, ob Männer oder Frauen die besseren Autofahrer sind, ist nicht nur ein weit verbreitetes, sondern auch ein ebenso beliebtes wie umstrittenes Thema. Es soll daher noch einmal der Hinweis wiederholt werden, daß auch mit dem hier vorgelegten Zahlenmaterial diese Frage nicht beantwortet werden kann, da ein Bezug zur quantitativen Beteiligung der Frau am Straßenverkehr nicht möglich ist.

Von den etwas mehr als 83 000 unfallbeteiligten Kraftfahrern in den Jahren 1964–1968 waren nicht ganz 7 300 Frauen. Das entspricht einem durchschnittlichen Anteil von 8,7 %, wobei sich der Anteil der weiblichen Kraftfahrer von 6,7 % (1964) auf immerhin 10,3 % im Jahre 1968 gesteigert hat.

<sup>1)</sup> So stieg der Anteil der Frauen an den Ersterteilungen von Führerscheinen in Hamburg von 37 % (1964) auf 47 % (1967). 1968 war allerdings ein leichter Rückgang zu verzeichnen (44,5 %).

Aus der Statistik der Erteilung von Fahrerlaubnissen ist bekannt, daß Frauen sich in wachsendem Ausmaß mit Erfolg um Führerscheine bemühen<sup>1)</sup>. Insofern mag die relativ starke Erhöhung des Anteils der weiblichen Kraftfahrer an den Unfallbeteiligten in den letzten Jahren durchaus ihrer wachsenden Bedeutung im Straßenverkehr entsprechen. Tabelle 3 zeigt aber auch sehr deutlich, daß in allen Jahren der Anteil der Frauen bei den Hauptverursachern deutlich höher lag als bei den Unfallbeteiligten. Im gesamten Berichtszeitraum betrug die Quote der Frauen bei den Hauptverursachern 9,8 %, während es — wie gesagt — bei den Unfallbeteiligten nur 8,6 % waren. Hier wird schon deutlich, daß die Schuldquoten der weiblichen Kraftfahrer erheblich über denjenigen der Männer liegen werden.

Die genaue Errechnung der Schuldquoten zeigt denn auch, daß im Gesamtdurchschnitt auf 100 Nichtschuldige bei den männlichen Kraftfahrern „nur“ 79 Hauptverursacher entfielen, während es bei den Frauen 98 waren. Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß die für die weiblichen Kraftfahrer insgesamt errechnete Schuldquote nahezu identisch ist mit der für die weiblichen Pkw-Fahrer. Das ist darauf zurückzuführen, daß innerhalb der Gruppe der unfallbeteiligten Kraftfahrer rd. 97 % aller Frauen einen Pkw führen.

Die Schuldquote der Frauen liegt nach den Angaben der Tabelle 3 also um nahezu ein Viertel höher als die der Männer. Diese Unterschiede sind doch sehr deutlich und lassen sich in allen Jahren seit 1964 in etwa der gleichen Größenordnung nachweisen. Bemerkenswert ist dabei auch noch, daß die Schuldquote der männlichen Kraftfahrer eine deutlich sinkende Tendenz zeigt, und zwar von 82 (1964) auf 75 im Jahre 1968. Bei den am Kraftverkehr teilnehmenden Frauen läßt sich diese günstige Tendenz dagegen nicht nachweisen. Unter Berücksichtigung der Schwankungen wird man sagen können, daß die Schuldquote der Frauen im wesentlichen seit 1964 gleichgeblieben ist.

Tabelle 3

Unfallbeteiligte und -verursachende Fahrzeugführer bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968 nach dem Geschlecht

Art der Verkehrsbeteiligung	Unfallbeteiligte				Von den Unfallbeteiligten insgesamt waren								Auf 100 Nichtschuldige entfielen . . . Hauptverursacher	
	insgesamt	davon			Hauptverursacher				Nichtschuldige					
		Männer	Frauen	%	zusammen	davon		%	zusammen	davon		Männer	Frauen	
						Männer	Frauen			Männer	Frauen			
Anzahl		% v. Sp. 1		Anzahl		% v. Sp. 5		Anzahl						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
Kraftfahrer <sup>1)</sup>														
1964 .....	16 215	15 125	1 090	6,7	7 361	6 817	544	7,4	8 854	8 308	546	82	100	
1965 .....	15 427	14 190	1 237	8,0	6 984	6 339	645	9,2	8 443	7 851	592	81	109	
1966 .....	16 875	15 398	1 477	8,8	7 500	6 779	721	9,6	9 375	8 619	756	79	95	
1967 .....	16 937	15 294	1 643	9,7	7 438	6 646	792	10,6	9 499	8 648	851	77	93	
1968 .....	17 672	15 857	1 815	10,3	7 692	6 795	897	11,7	9 980	9 062	918	75	98	
1964—1968 ..	83 126	75 864	7 262	8,7	36 975	33 376	3 599	9,8	46 151	42 488	3 663	79	98	
Radfahrer <sup>1)</sup>														
1964—1968 ..	6 600	5 022	1 578	23,9	3 376	2 656	720	21,3	3 224	2 366	858	112	84	

<sup>1)</sup> nur Verkehrsteilnehmer mit Angaben über Geschlecht und Art der Verkehrsbeteiligung.



Aus der schon erwähnten Sonderuntersuchung über das Fahrverhalten und die Unfallhäufigkeit der Hamburger Bevölkerung ging hervor, daß die weiblichen Führerscheininhaber gemessen an ihrer Fahrleistung etwas weniger häufig in Personenschadensunfälle verwickelt waren als ihre männlichen Kollegen<sup>1)</sup>. Wenn man einmal trotz aller methodischen Bedenken die Ergebnisse dieser Untersuchung über das Schuldverhalten auf die damalige Analyse anlegen würde, so deutet alles darauf hin, daß bezogen auf die jeweilige Fahrleistung Frauen in Hamburg häufiger Unfälle verursacht haben als Männer. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß wegen der genannten methodischen Bedenken eine Quantifizierung nicht möglich ist. Man wird auch berücksichtigen müssen, daß diese Aussage möglicherweise nur unter den Bedingungen des Großstadtverkehrs gilt. Vor allem aber läßt das vorliegende Zahlenmaterial erkennen, daß der Anteil der Anfänger im Straßenverkehr bei den Frauen erheblich größer ist als bei den Männern. Die in der Kennziffer aufgetretenen Unterschiede sind also möglicherweise nicht geschlechtsbedingt, sondern beruhen unter Umständen lediglich auf dem Einfluß der unterschiedlichen Fahrpraxis.

#### 4. Altersspezifische Schuldquoten

Wie nicht anders zu erwarten stand, zeigen sich erhebliche Unterschiede, wenn man bei den einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen die Schuldquoten nach

<sup>1)</sup> So waren weibliche Kraftfahrer im Durchschnitt erst nach rund 264 000 km Fahrleistung einmal an einem Personenschadensunfall beteiligt, während bei den Männern auf 250 000 Fahrkilometer ein Unfall kam (vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1966, April-Heft, S. 122 ff).

Altersgrößenklassen differenziert. Dabei soll so vorgegangen werden, daß wir uns zunächst den Kraftfahrern zuwenden und danach die in Personenschadensunfällen verwickelten Radfahrer behandeln.

In Tabelle 4 sind die insgesamt rd. 87 000 Kraftfahrer, die in den Jahren zwischen 1964 und 1968 in Hamburg an Personenschadensunfällen beteiligt waren, nach Geschlecht und Alter untergliedert. Dabei mußten allerdings knapp 4 000 Kraftfahrzeugführer ausgeklammert werden, da für sie die entsprechenden Alters- und/oder Geschlechtsangaben nicht vorlagen. Abgesehen von Fehlern beim Ausfüllen der Unfallanzeigen und bei der statistischen Bearbeitung, handelt es sich hierbei überwiegend entweder um Personen, die Verkehrsunfallflucht begangen haben, oder aber um solche, die bewußtlos in ein Krankenhaus eingeliefert wurden und keinerlei Personalpapiere bei sich trugen. Die hohe Schuldquote von 180 Hauptverursachern auf 100 nichtschuldige Kraftfahrer dieser Gruppe läßt darauf schließen, daß die Zahl der Verkehrsunfallflüchtigen verhältnismäßig groß war. Für die Errechnung der altersspezifischen Schuldquoten verbleiben also rd. 83 000 unfallbeteiligte Kraftfahrer, denen knapp 37 000 Hauptverursacher gegenüberstanden, woraus sich eine allgemeine Schuldquote von 80 errechnen läßt. An der Höhe dieses allgemeinen Durchschnitts für alle unfallbeteiligten Kraftfahrer werden die einzelnen Schuldquoten im folgenden zu messen sein.

Bei der Betrachtung der einzelnen Altersgruppen nehmen die unter 18jährigen eine gewisse Sonderstellung ein. Die Unfallbeteiligten dieser Gruppe bestehen fast ausschließlich aus den Fahrern von Zweiradkraftfahrzeugen, also von Motorrädern, Motorrollern und Mopeds. Alle übrigen Altersklassen dage-

Tabelle 4

#### Unfallbeteiligte und -verursachende Kraftfahrer bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968 nach Geschlecht und Lebensalter

Lebensalter	Unfallbeteiligte			Von den Unfallbeteiligten insgesamt waren						Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher		
	insgesamt	davon		Hauptverursacher			Nichtschuldige			insgesamt	davon	
		Männer	Frauen	zusammen	davon		zusammen	davon				
					Männer	Frauen		Männer	Frauen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
unter 18 Jahren	1 437	1 428	9	649	643	6	788	785	3	82	82	(200) <sup>1)</sup>
18 bis unter 21 Jahren	6 357	5 935	422	3 358	3 107	251	2 999	2 828	171	112	110	147
21 bis unter 25 Jahren	12 731	11 662	1 069	6 135	5 576	559	6 596	6 086	510	93	92	110
25 bis unter 35 Jahren	28 680	26 266	2 414	12 064	10 931	1 133	16 616	15 335	1 281	73	71	88
35 bis unter 45 Jahren	14 577	13 068	1 509	5 842	5 140	702	8 735	7 928	807	67	65	87
45 bis unter 55 Jahren	9 768	8 577	1 211	4 097	3 500	597	5 671	5 057	614	72	69	97
55 bis unter 65 Jahren	7 645	7 110	535	3 674	3 386	288	3 971	3 724	247	93	91	117
65 und älter	1 931	1 838	93	1 156	1 093	63	775	745	30	149	147	(210) <sup>1)</sup>
Zusammen .....	83 126	75 864	7 262	36 975	33 376	3 599	46 151	42 488	3 663	80	79	98
Ohne Angaben ....	3 994	.	.	2 567	.	.	1 427	.	.	180	.	.
Insgesamt .....	87 120	.	.	39 542	.	.	47 578	.	.	83	.	.

<sup>1)</sup> Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 200 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind in Klammern gesetzt.

gen werden eindeutig durch die Kraftwagenfahrer bestimmt. Insofern verwundert es auch nicht, daß die unter 18jährigen eine verhältnismäßig niedrige Schuldquote (82) aufweisen, die nur geringfügig über dem allgemeinen Durchschnitt, aber wesentlich unter der Schuldquote der folgenden Altersklassen liegt. In einem der vorangegangenen Abschnitte wurde bereits nachgewiesen, daß die Motorrad- und Mopedfahrer ohnehin eine sehr niedrige allgemeine Schuldquote aufweisen, und es wird an späterer Stelle noch gezeigt, daß das insbesondere für die jugendlichen Fahrer gilt.

#### Hohe Schuldquoten der Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren und der über 65jährigen Kraftfahrer

Erheblich über dem Durchschnitt liegt die Schuldquote der jungen Kraftfahrer zwischen 18 und 21 Jahren. Bei dieser Altersgruppe entfielen 112 Hauptversacher auf 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte. Vergleicht man die Schuldquoten durch alle Altersgruppen hindurch, so ergibt sich eine stetige Abnahme bis zu den 35 bis unter 45 Jahre alten Kraftfahrern, die mit einer Kennziffer von 67 das Minimum aller Altersklassen aufweisen. In den darauffolgenden Altersjahrgängen steigt die Schuldquote wieder an, und schon die 55- bis unter 65jährigen Kraftfahrer liegen erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt. Die mit Abstand höchsten Schuldquoten werden für die über 65jährigen Kraftfahrer errechnet. Mit einem Verhältnis von 149 Hauptversachern zu 100 Nichtschuldigen wird hier ein extremer Wert erreicht, der nahezu doppelt so hoch liegt wie die Schuldquote für alle Kraftfahrer. Sieht man einmal von den unter 18jährigen wegen der genannten Sonderverhältnisse ab, so sind es vor allem die unter 25jährigen sowie die über 55 Jahre alten Kraftfahrer, deren Schuldkonto besonders belastet ist.

Hinsichtlich der jugendlichen Kraftfahrer wird man berücksichtigen müssen, daß aus der schon mehrfach zitierten Untersuchung über die Unfallhäufigkeit der Hamburger Bevölkerung hervorging, daß die unter 25jährigen — gemessen an ihrer Fahrleistung — auch weitaus am häufigsten von allen Altersgruppen an Verkehrsunfällen beteiligt waren<sup>9)</sup>. Wenn nun hier nachgewiesen wird, daß auch ihre Schuldquote erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt liegt, so bedeutet das, daß die jugendlichen Kraftfahrer weit überproportional für das Zustandekommen von Verkehrsunfällen verantwortlich waren<sup>10)</sup>. Allerdings wird man die Ursachen hierfür nicht ausschließlich darin sehen können, daß Leichtsinns, Überschätzung des eigenen Könnens und wohl auch vermindertes Verantwortungsbewußtsein gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern bei Jugendlichen häufiger zu finden sind als in allen anderen Altersgruppen. Eine ganz erhebliche Rolle dürfte auch spie-

len, daß unter den jugendlichen Kraftfahrern ein besonders hoher Prozentsatz von Anfängern im Straßenverkehr zu finden ist, so daß sich hier der Einfluß mangelnder Fahrpraxis bemerkbar macht.

Bei den älteren Kraftfahrern dagegen ist die überdurchschnittlich hohe Schuldquote gepaart mit einer verhältnismäßig niedrigen Unfallbeteiligung<sup>11)</sup>. Daraus wird man den Schluß ziehen können, daß eine relativ lange Fahrpraxis sowie eine abgeklärtere Einstellung zur Hektik des heutigen Straßenverkehrs in der Lage sind, gewisse altersmäßig bedingte Ausfallerscheinungen wie eine Verlangsamung der Reaktionen, Nachlassen der Sehschärfe usw. weitgehend zu kompensieren, so daß die älteren Kraftfahrer verhältnismäßig selten in Unfälle verwickelt werden. Wenn das jedoch der Fall ist, so tragen sie in erheblichem Ausmaß Schuld am Zustandekommen des jeweiligen Unfalls.

So interessant die hier errechneten Schuldquoten für die einzelnen Altersjahrgänge auch sind, so wird man doch in Rechnung stellen müssen, wie hoch die absolute Zahl der Unfallbeteiligten in den einzelnen Altersklassen ist. Bei einer vergleichenden Betrachtung der absoluten Zahlen in Tabelle 4 wird erfreulicherweise sichtbar, daß den mit hohen Schuldquoten belasteten Altersjahrgängen ein verhältnismäßig geringes Gewicht zukommt, während umgekehrt die Altersgruppen mit relativ niedrigen Schuldquoten den größten Anteil der Unfallbeteiligten stellen. Insoweit sollte auch das Ausmaß der hohen Schuldquoten der Jugendlichen und der alten Kraftfahrer auf das Unfallgeschehen unserer Stadt nicht überschätzt werden.

Vergleicht man die Schuldquoten der männlichen und der weiblichen Kraftfahrer, so zeigen sich im Prinzip die gleichen Grundtendenzen in den Abstufungen zwischen den Altersklassen. Sieht man einmal von den Randgruppen ab, die wegen ihrer geringen Besetzungszahlen ohnehin starken Zufallseinflüssen unterworfen sind, so liegen die Schuldquoten für die weiblichen Kraftfahrer ziemlich einheitlich um knapp 20 Punkte höher, so daß keine altersspezifischen Besonderheiten nachweisbar sind.

#### Hohe Schuldquote der Radfahrer weitgehend durch Kinderunfälle beeinflusst

Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen zeigt Tabelle 5 die Schuldquoten kombiniert nach dem Lebensalter und der Art der Verkehrsbeteiligung. Am Anfang dieser Arbeit wurde bereits darauf hingewiesen, daß zwischen den einzelnen Verkehrsbeteiligungengruppen doch erhebliche Unterschiede in der Schuldquote insgesamt bestehen. Läßt man diese Niveauunterschiede einmal außer Ansatz, so gelten die für die Kraftfahrer insgesamt gemachten Aussagen mit einigen Modifikationen auch für die einzelnen Gruppen der Fahrzeugführer. Dabei muß jedoch auf zwei Besonderheiten hingewiesen werden. Einmal ist die Gruppe der unter 18jährigen Fahrer von Pkw und sonstigen Kraftwagen so gering, daß die

<sup>9)</sup> Für alle Kraftfahrer insgesamt wurde eine Fahrstrecke von 254 000 km errechnet, während der man im Durchschnitt einmal damit rechnen mußte, in einen Personenschadensunfall verwickelt zu werden. Die Unfallhäufigkeit der jugendlichen Kraftfahrer unter 25 Jahren war dagegen knapp zweieinhalb mal so hoch. Bei dieser Altersklasse muß bereits nach 106 000 km mit einem Unfall gerechnet werden (vgl. Hamburg in Zahlen, a.a.O. S. 125 ff.).

<sup>10)</sup> Dabei können auch die bestehenden methodischen Bedenken gegen einen solchen Vergleich das Ergebnis nur graduell verschieben.

<sup>11)</sup> Die älteren Kraftfahrer über 65 Jahre hatten nach den Ergebnissen von 1961 erst nach 306 000 km mit einem Personenschadensunfall zu rechnen (allgemeiner Durchschnitt: 254 000 km). Vgl. hierzu: Hamburg in Zahlen, a.a.O. S. 125 ff.

Tabelle 5

**Schuldquoten für ausgewählte Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968 nach dem Lebensalter**

Lebensalter	Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher bei				
	Kraftfahrern insgesamt	davon bei Fahrern von			Radfahrern
		PKW	sonstigen Kraftwagen	Motorrädern, -rollern, Mopeds und Mofas	
	1	2	3	4	5
unter 18 Jahren	82	(457) <sup>1)</sup>	(700) <sup>1)</sup>	78	146
18 bis unter 21 Jahren	112	128	136	70	66
21 " " 25 "	93	92	116	66	69
25 " " 35 "	73	71	85	62	68
35 " " 45 "	67	65	72	83	75
45 " " 55 "	72	72	77	71	72
55 " " 65 "	93	94	90	80	90
65 und älter	149	150	(183) <sup>1)</sup>	(111) <sup>1)</sup>	196
Zusammen	80	80	88	72	105
Ohne Angaben	180	183	160	(224) <sup>1)</sup>	374
Insgesamt	83	83	91	74	109

<sup>1)</sup> Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 200 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind in Klammern gesetzt.

aufgrund dieser Zahlen errechneten Schuldquoten mit Vorsicht zu gebrauchen sind. Vor allem aber zeigen sich bei den Fahrern von Zweiradkraftfahrzeugen in allen Altersgruppen extrem niedrige Schuldquoten im Vergleich zu den Kraftwagenfahrern. Erwähnenswert erscheint auch noch, daß hier die Schuldquote bei den 25- bis 35jährigen Fahrern am geringsten ist. Danach beginnt sie bereits wieder zu steigen und liegt nahezu in allen folgenden Altersklassen über dem allgemeinen Durchschnitt. Entgegen den landläufigen Vorstellungen weisen also die jugendlichen Motorrad- und Mopedfahrer eine besonders günstige Schuldbilanz auf.

Außer den Fahrern von Kraftfahrzeugen sind in Tabelle 5 jedoch auch die Radfahrer berücksichtigt. Für diese Gruppe von Verkehrsbeteiligten ist der außerordentlich hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren an den Unfallbeteiligten insgesamt charakteristisch. Nicht weniger als 39 % aller unfallbeteiligten Radfahrer entfielen auf diese Altersgruppe, während — wie wir gesehen haben — die Zahl der gleichaltrigen Kraftfahrer wegen des bestehenden Mindestalters zur Erlangung einer Fahrerlaubnis nahezu bedeutungslos ist.

Bei der vergleichenden Betrachtung der Schuldquoten für Radfahrer ergibt sich ein eigenartiges Bild. Für alle Altersklassen zusammen überwiegen die Hauptverursacher die Nichtschuldigen knapp, so daß sich eine allgemeine Schuldquote von 105 ergibt. Dieser Durchschnittswert wird aber fast ausschließlich bestimmt durch die extrem hohen Schuldquoten der unter 18jährigen sowie der alten Menschen über 65 Jahre. In erster Linie sind es dabei — wegen ihres hohen zahlenmäßigen Gewichtes — die Kinder und

Jugendlichen, die offensichtlich noch nicht gelernt haben, sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen. Neben der Nichtkenntnis von Verkehrsregeln sind es vor allem die Unerfahrenheit, der Leichtsinn und die Unaufmerksamkeit der jungen Radfahrer, die häufig zu Unfällen führen. Mit 146 ist jedenfalls die Schuldquote der unter 18jährigen mehr als doppelt so hoch wie die der folgenden Altersjahrgänge.

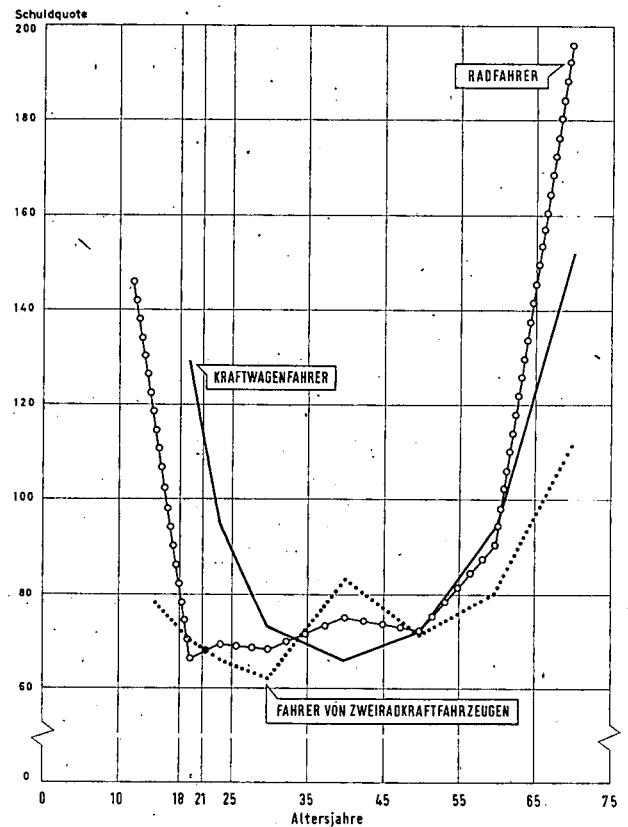
Noch ungünstiger schneiden jedoch die über 65jährigen ab, bei denen auf 100 Nichtschuldige nahezu die doppelte Anzahl von Hauptverursachern kommt. Allerdings ist das zahlenmäßige Gewicht dieser Altersgruppe weitaus geringer. Bei den alten Leuten dürfte es vor allem einer gewissen altersbedingten Unbeholfenheit und wohl auch einem Sich-nicht-mehr-Zurechtfinden im modernen Straßenverkehr zuzuschreiben sein, daß immer wieder unfallträchtige Situationen herbeigeführt werden.

Bei der Beurteilung des Schuldverhaltens der Radfahrer wird man im Auge behalten müssen, daß mit Ausnahme der Kinder und der alten Leute alle anderen Altersjahrgänge nicht nur weit unter dem allgemeinen Durchschnitt aller Radfahrer liegen, sondern daß sie auch durchaus nicht stärker belastet sind als die einzelnen Gruppen der Kraftfahrer.

Die eben geschilderten Zusammenhänge sind im einzelnen auch sehr gut an dem Schaubild ablesbar. Hier sind für die wichtigsten Gruppen der Verkehrsbeteiligten die Schuldquoten nach dem Lebensalter abgetragen. Die Streckenzüge zeigen deutlich ein

Schaubild

**Schuldquoten für ausgewählte Gruppen von Fahrzeugführern in Hamburg nach dem Lebensalter (Zusammengefaßte Angaben 1964 bis 1968)**



U-förmiges Verteilungsbild für die Kraftwagenfahrer und auch für die Radfahrer, wobei für die letzteren der abfallende Ast allerdings in wesentlich jüngeren Altersjahrgängen liegt. Die Graphik zeigt daneben aber auch sehr deutlich, daß bei den mittleren Altersjahrgängen zwischen 25 und 65 Jahren für alle Gruppen von Verkehrsbeteiligten nicht nur die Schuldquoten im Durchschnitt am niedrigsten liegen, sondern daß sie auch untereinander die geringsten Unterschiede aufweisen.

### 5. Schuldquoten nach der Dauer der Fahrpraxis

Um gewisse Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, inwieweit die Verkehrserfahrung Einfluß auf die Höhe der Schuldquoten hat, wird in Hamburg seit einigen Jahren für alle unfallbeteiligten Kraftfahrer festgehalten, in welchem Jahr sie ihre erste Fahrerlaubnis erworben haben. Der angestrebte Aufschluß über die Fahrpraxis ist mit der Frage nach dem Jahr der Ersterteilung einer Fahrerlaubnis natürlich nur mit Einschränkungen erzielbar, da die Dauer des Führerscheinsbesitzes nur bedingt Schlüsse über die Verkehrsleistung des Inhabers zuläßt. Sicherlich wird oft ein schon früh erworbener Führerschein wenig ausgenutzt, so daß auch wenig Verkehrserfahrung vorhanden ist. Gewisse Unschärfen müssen daher wohl in Kauf genommen werden. Alle bisherigen Erfahrungen mit der Auswertung des „Führerscheinalters“ als Ersatz für die Dauer der Fahrpraxis haben jedoch gezeigt, daß man mit diesem Maßstab Ergebnisse mit einem relativ hohen Verlässlichkeitsgrad erzielen kann. Das gilt auch dann noch, wenn man berücksichtigt, daß bei etwa 11 % aller Kraftfahrer eine Aufgliederung nach dem Ausstellungsjahr des Führerscheins nicht vorgenommen werden konnte. Hier handelt es sich einmal wiederum um Verkehrsunfallflüchtige sowie um Personen, die bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefert wurden und keinerlei Papiere bei sich trugen. Hinzu kommen aber auch die Fälle, in denen der Fahrer ohne gültigen Führerschein gefahren ist oder seinen Führerschein nicht bei sich hatte und ein Nachtrag auf der Unfallmeldung vergessen wurde.

Im folgenden Abschnitt ist ferner zu berücksichtigen, daß Tabellierungen nach dem Ausstellungsjahr des Führerscheins in Hamburg erst seit 1965 vorgenommen worden sind. In den Tabellen konnte daher auch nur das Zahlenmaterial für 4 Jahre zusammengefaßt werden, wodurch sich erhebliche Abweichungen der absoluten Zahlen zu denen der voranstehenden Tabellen ergeben.

#### Starkes Absinken der Schuldquoten mit der Dauer der Fahrpraxis

Die Ergebnisse der Tabelle 6 sind in ihrer Tendenz nicht überraschend. Für die Kraftfahrzeuge insgesamt und ebenso für die Pkw und die sonstigen Kraftwagen besagen sie, daß mit zunehmender Fahrpraxis die Schuldquote abnimmt. Erst in den letzten Gruppen, bei denen die durchschnittliche Fahrpraxis bereits 21 beziehungsweise 41 Jahre beträgt, ist wiederum ein Anstieg der Schuldquoten zu verzeichnen. Das dürfte aber ganz einfach dem Umstand zuzuschreiben sein, daß es sich bei Personen mit einer derartig langen Fahrpraxis zumeist auch um alte Menschen handelt, so daß hier altersmäßige Verschlechterungen zum Tragen kommen.

Tabelle 6

**Schuldquoten für ausgewählte Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1965 bis 1968 nach der Dauer des Führerscheinsbesitzes**

Durchschnittliche Dauer des Führerscheinsbesitzes in Jahren	Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher bei			
	Kraftfahrern insgesamt	davon bei Fahrern von		
		PKW	sonstigen Kraftwagen	Motorrädern, -rollern, Mopeds und Mofas
	1	2	3	4
0,5 .....	130	150	130	75
1,5 .....	111	122	122	64
2,5 .....	93	92	120	65
3,5 .....	88	87	99	66
4,5 .....	72	73	75	58
5,5 .....	71	70	84	61
8,5 .....	63	60	79	70
13,5 .....	59	58	67	(54) <sup>1)</sup>
21 .....	65	64	67	(74) <sup>1)</sup>
31 .....	84	83	92	(73) <sup>1)</sup>
41 .....	108	111	(105) <sup>1)</sup>	(31) <sup>1)</sup>
Zusammen .....	77	77	86	66
Ohne Angabe ..	132	139	118	115
Insgesamt .....	82	81	90	74

<sup>1)</sup> Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 200 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind in Klammern gesetzt.

Was jedoch bemerkenswert erscheint, ist das Ausmaß, in dem die Schuldquoten mit der Dauer des Führerscheinsbesitzes absinken. Da die Pkw-Fahrer mit Abstand die wichtigste Verkehrsbeteiligtegruppe darstellen, soll dies an ihrem Beispiel dokumentiert werden. Die Neulinge im Straßenverkehr mit einer durchschnittlichen Fahrpraxis von nur einem halben Jahr haben mit 150 eine nahezu doppelt so hohe Schuldquote wie der Durchschnitt aller Pkw-Fahrer.

In den folgenden Jahren sinkt die Schuldquote nur verhältnismäßig langsam ab. Selbst die Fahrer mit einer im Durchschnitt dreieinhalbjährigen Verkehrserfahrung liegen mit 87 noch um 10 Punkte über dem allgemeinen Durchschnitt (77). Erst danach werden unterdurchschnittliche Werte erzielt. Das Minimum mit 58 Hauptverursachern auf 100 Nichtschuldige erreichen die Fahrer, die im Durchschnitt bereits dreizehneinhalb Jahre im Besitz einer Fahrerlaubnis waren. Wie bereits erwähnt, steigt danach die Schuldquote wieder an, was in erster Linie auf den Einfluß des zunehmenden Lebensalters zurückzuführen sein dürfte.

Auch bei den Fahrern von Omnibussen, Lkw, Zugmaschinen und Sonderkraftfahrzeugen sind ähnliche Grundtendenzen zu beobachten. Zwar sind gewisse Modifikationen erkennbar, die jedoch möglicherweise durch Zufallseinflüsse bedingt sein können. Bemerkenswert sind jedoch die altersspezifischen Schuldquoten für die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen. Überraschenderweise läßt sich hier nämlich kein Einfluß der Fahrpraxis nachweisen. Zwar schwanken die Schuldquoten — wenn auch nur in geringem Umfang — ohne daß sich jedoch eine eindeutige Ten-

denz erkennen läßt. Die Ergebnisse für diese Verkehrsbeteiligtegruppe sind jedoch ohnehin nur, mit äußerster Vorsicht zu gebrauchen. Die Besetzungszahlen in den einzelnen Größenklassen nach der Dauer des Führerscheinsbesitzes sind zumeist so klein, daß viele Ergebnisse vom Zufall beeinflußt sein können. Hinzu kommt, daß bei einem ungewöhnlich großen Teil von Fahrern (19 %) keine Angaben über das Ausstellungsjahr des Führerscheins vorlagen. Generell wird man also wohl nur sagen können, daß offensichtlich die Beherrschung eines Zweiradkraftfahrzeugs keine längere Fahrpraxis voraussetzt.

#### Höhere Schuldquote der Frauen bedingt durch geringere Verkehrserfahrung

Abschließend bleibt nur noch die Frage zu klären, ob sich durchgehend unterschiedliche Schuldquoten in den einzelnen Größenklassen nach der Dauer des Führerscheinsbesitzes auch für männliche und weibliche Kraftfahrer getrennt zeigen. Das hierüber vorhandene Zahlenmaterial ist in Tabelle 7 niedergelegt. Zunächst einmal wird hier erkennbar, daß unsere weiter oben geäußerte Vermutung, nach der die erheblich höhere Schuldquote der Frauen zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, daß unter den weiblichen Kraftfahrern ein erheblich größerer Teil von Anfängern enthalten ist, zutrifft. Nimmt man als Abgrenzung für die „Anfänger“ im Straßenverkehr diejenigen Kraftfahrer mit einer Fahrpraxis bis maximal zweieinhalb Jahre, so entfielen hierauf bei den weiblichen Unfallbeteiligten nicht weniger als 36 %, während es bei den Männern nur 26 % waren. Die Tabelle 7 zeigt, daß bis zu einer Dauer des Führerscheinsbesitzes von fünfeinhalb Jahren die Frauen relativ stärker vertreten sind, während bei den Kraftfahrern mit einer noch längeren Verkehrserfahrung die Männer ebenso deutlich überwiegen.

Allerdings zeigt Tabelle 7 auch unmißverständlich, daß die höhere Schuldquote der Frauen nicht nur auf die deutlich größere Anfängerquote zurückzuführen ist. Von einigen Unregelmäßigkeiten abgesehen, die möglicherweise auf die bei den Frauen verhältnismäßig geringen Besetzungszahlen zurückzuführen sind, liegen die Schuldquoten der Frauen in nahezu allen Größenklassen über der der Männer. Das aber bedeutet, daß unabhängig von der Dauer des Führerscheinsbesitzes die weiblichen Unfallbeteiligten häufiger Schuld an den jeweiligen Unfällen trugen. Trotzdem läßt sich hier nicht ohne weiteres daraus folgern, daß die höhere Schuldquote der Frauen geschlechtsspezifisch ist. Es könnte auch ganz einfach daran liegen, daß das Merkmal Dauer des Führerscheinsbesitzes bei den Frauen — im Vergleich zu den männlichen Kraftfahrern — nicht in der Lage ist, als Gradmesser für die Fahrpraxis zu dienen. Bekanntlich gibt es eine Vielzahl von Frauen, die zwar einen Führerschein erworben haben, von dieser Fahrerlaubnis jedoch nur in Ausnahmefällen Gebrauch machen. Aus der Untersuchung über die Beteiligung der Hamburger Bevölkerung am Straßenverkehr 1961 ging eindeutig hervor, daß die durchschnittliche jährliche Fahrleistung der Frauen nur 6 700 km betrug, die der Männer dagegen 16 700 km. Vermutlich hat sich in der Zwischenzeit diese Relation etwas zugunsten der Frauen verschoben. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die jährliche Fahrleistung der Männer noch immer beträchtlich höher sein wird als die der Frauen. Insoweit kann man unterstellen, daß auch bei gleich langem Führerscheinsbesitz die männlichen Kraftfahrer über eine erheblich größere Fahrpraxis verfügen als die weiblichen.

Vergleicht man die Schuldquoten für Männer und Frauen im einzelnen, so fällt auf, daß insbesondere in den Größenklassen, die eine mittlere Ver-

Tabelle 7

#### Unfallbeteiligte und -verursachende Kraftfahrer bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1965 bis 1968 nach dem Geschlecht und der Dauer des Führerscheinsbesitzes

Durchschnittliche Dauer des Führerscheinsbesitzes in Jahren	Unfallbeteiligte					Von den Unfallbeteiligten insgesamt waren							Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher		
	insgesamt	davon				Hauptverursacher				Nichtschuldige			insgesamt	davon	
		Männer	Frauen	zusammen	davon		zusammen	davon							
					Männer	Frauen		Männer	Frauen						
										Anzahl	%	Anzahl		%	
															Anzahl
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
0,5 .....	3 653	3 168	5,6	485	8,4	2 063	1 740	323	1 590	1 428	162	130	122	199	
1,5 .....	7 120	6 199	10,9	921	15,9	3 752	3 229	523	3 368	2 970	398	111	109	131	
2,5 .....	5 944	5 256	9,3	688	11,9	2 859	2 533	326	3 085	2 723	362	93	93	90	
3,5 .....	5 459	4 890	8,6	569	9,8	2 548	2 267	281	2 911	2 623	288	88	86	98	
4,5 .....	5 168	4 645	8,2	523	9,0	2 168	1 940	228	3 000	2 705	295	72	72	77	
5,5 .....	4 558	4 126	7,3	432	7,5	1 891	1 714	177	2 667	2 412	255	71	71	69	
8,5 .....	15 623	14 295	25,2	328	23,0	6 020	5 434	586	9 603	8 861	742	63	61	79	
13,5 .....	7 913	7 387	13,0	526	9,1	2 946	2 703	243	4 967	4 684	283	59	58	86	
21 .....	4 070	3 909	6,9	161	2,8	1 601	1 527	74	2 469	2 382	87	65	64	(85) <sup>1)</sup>	
31 .....	2 165	2 039	3,6	126	2,2	988	924	64	1 177	1 115	62	84	83	(103) <sup>1)</sup>	
41 .....	812	785	1,4	27	0,4	422	403	19	390	382	8	108	105	(238) <sup>1)</sup>	
Zusammen ..	62 485	56 699	100	5 786	100	27 258	24 414	2 844	35 227	32 285	2 942	77	76	97	
Ohne Angabe.	7 645					4 348			3 297			132			
Insgesamt ...	70 130					31 606			38 524			82			

<sup>1)</sup> Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 200 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind in Klammern gesetzt.

kehrserfahrung (von durchschnittlich zweieinhalb bis fünfeinhalb Jahren seit Erwerb des Führerscheins) haben, die Schuldquoten für beide Geschlechter verhältnismäßig nahe beieinander liegen. Es sind daher vor allem zwei Gruppen von weiblichen Kraftfahrern, deren Schuldkonto erheblich stärker belastet ist als das der Männer. Zunächst einmal ist dies bei den absoluten Neulingen im Straßenverkehr der Fall, dann aber auch bei den besonders erfahrenen Fahrzeugführerinnen. Hier können die sehr niedrigen Schuldquoten der Männer nicht erreicht werden.

<sup>12)</sup> Vgl. Hamburg in Zahlen, a.a.O., S. 128.

Wie nicht anders zu erwarten, wird man von den untersuchten Faktoren den Einfluß der Fahrpraxis als besonders wichtig für die Höhe der Schuldquoten ansehen müssen, zumal die Ergebnisse der Sonderuntersuchung von 1961 gezeigt haben, daß auch die Beteiligung an Unfällen mit der Dauer der Verkehrserfahrung stark abnimmt<sup>12)</sup>. Der Einfluß des Lebensalters ist dagegen nur mit Vorbehalt zu interpretieren, da in den einzelnen Altersjährgängen die durchschnittliche Fahrpraxis sehr unterschiedlich sein dürfte. Leider läßt das zur Verfügung stehende Material eine kombinierte Auszählung nach der Dauer des Führerscheinbesitzes und dem Lebensalter nicht zu, so daß wir uns mit den hier gewonnenen Erkenntnissen begnügen müssen.

### Zusammenfassung

Seit 1964 besteht in der Straßenverkehrsunfallstatistik die Möglichkeit, innerhalb der Unfallbeteiligten zwischen Hauptverursachern und Nichtschuldigen zu unterscheiden. Damit lassen sich gewisse Einblicke in das Schuldverhalten der einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen gewinnen. Setzt man die Zahl der Verursacher in Beziehung zu den ohne eigenes Verschulden an Personenschadensunfällen Beteiligten derselben Gruppe, so ergibt sich eine Kennziffer, die als „Schuldquote“ zu charakterisieren ist.

Bei der Differenzierung nach der Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, daß sämtliche Gruppen von Kraftfahrern vergleichsweise niedrige Schuldquoten aufweisen. So entfielen auf jeweils 100 Nichtschuldige bei den Mopedfahrern 84, bei den Pkw-Fahrern 83 und bei den Motorradfahrern sogar nur 69 Hauptverursacher. Sehr viel ungünstiger ist dagegen die Schuldbilanz der Radfahrer und vor allem der Fußgänger, deren Schuldquote (178) mehr als doppelt so hoch lag wie die der Autofahrer. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß hierzu — ebenso wie bei den Radfahrern — in erheblichem Maße die Unfälle von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beigetragen haben. Diese Altersgruppe spielt bei den Kraftfahrern wegen des Mindestalters zum Erwerb einer Fahrerlaubnis so gut wie keine Rolle. Aber auch bei Ausschaltung dieser Altersjährgänge läge die Schuldquote der Fußgänger immer noch weit über dem Durchschnitt aller Verkehrsteilnehmer. Zu beachten ist auch, daß sich die Schuldquote der Fußgänger und die der Radfahrer in den letzten fünf Jahren nicht unbeträchtlich erhöht hat, während die der Kraftfahrer im gleichen Zeitraum ständig gesunken ist.

Gliedert man nach dem Geschlecht, so ergibt sich für die weiblichen Kraftfahrer eine deutlich höhere Schuldquote (98) als für ihre männlichen Kollegen (79). Dabei spielt jedoch auch eine Rolle, daß der Anteil der Anfänger im Straßenverkehr bei den Frauen erheblich größer ist und sich so die vergleichsweise geringere Fahrpraxis ausdrückt.

Interessante Aufschlüsse bringt die Einbeziehung des Lebensalters. Von einem weit über dem Durchschnitt liegenden Ausgangsniveau bei den jugendlichen Kraftfahrern (112) — allerdings auch hier zum Teil bedingt durch einen vergleichsweise hohen Anteil von Anfängern — sinkt die Schuldquote mit steigendem Lebensalter zunächst kontinuierlich ab und erreicht mit 67 ihr Minimum bei den 35- bis 45jährigen. Danach verschlechtert sich die Schuldbilanz wieder. Mit 149 Hauptverursachern je 100 nichtschuldigen Unfallbeteiligten liegt der Höchstwert bei den über 65 Jahre alten Kraftfahrern. Erfreulich ist jedoch, daß den mit hohen Schuldquoten belasteten Altersjährgängen zahlenmäßig nur ein relativ geringes Gewicht zukommt und umgekehrt.

Die genannten Abstufungen der Schuldquoten zeigen sich mit gewissen Variationen bei allen Fahrzeugführern. Für die Radfahrer ist jedoch bemerkenswert, daß ihre hohe allgemeine Schuldquote (105) fast ausschließlich durch die zahlreichen Unfälle von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren hervorgerufen ist.

Nimmt man die Dauer des Führerscheinbesitzes als Gradmesser der Fahrpraxis, so zeigt sich erwartungsgemäß, daß mit steigender Verkehrserfahrung die Schuldquote abnimmt. Erwähnenswert ist jedoch, daß beispielsweise bei den Pkw-Fahrern die Neulinge im Straßenverkehr eine mehr als doppelt so hohe Schuldquote aufweisen (150) wie der Durchschnitt aller Autofahrer und daß die Schuldquoten mit wachsender Fahrpraxis nur relativ langsam absinken. Der niedrigste Wert mit 58 Hauptverursachern wird dadurch erst von den Fahrern erreicht, die im Schnitt bereits dreizehneinhalb Jahre im Besitz einer Fahrerlaubnis waren. Danach steigt die Schuldquote zwar wieder an, was jedoch teilweise dem Einfluß des zunehmenden Lebensalters zuschreiben ist. Interessant erscheint auch noch die Tatsache, daß für die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen kein Einfluß der Verkehrserfahrung nachzuweisen ist. Offensichtlich erfordert die Beherrschung von Motorrädern und Mopeds keine längere Fahrpraxis.

Hans-Eckhard Stegen

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	761,2	754,9	756,5	757,2	760,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	— 0,7	2,2	5,5	8,0
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	85	82	78	71
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	7	8	8	7	5
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	70	80	126	96
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	33	77	102	169
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	15	12	9	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	26	26	27	18
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende)</b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1 p	...	...	...	265,5 r
" Altona	"	264,3	261,1 p	...	...	...	261,3 r
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4 p	...	...	...	260,5 r
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2 p	...	...	...	367,7 r
" Wandsbek	"	357,5	368,3 p	...	...	...	368,0 r
" Bergedorf	"	82,6	91,6 p	...	...	...	90,4 r
" Harburg	"	199,0	207,2 p	...	...	...	207,2 r
• Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9 p	1 815 p	1 814,0 p	1 814,0 p	1 820,6 r
dav. männlich	"	861,9	844,1 p	...	...	...	844,0 r
dav. weiblich	"	995,0	975,8 p	...	...	...	976,6 r
dar. Ausländer <sup>6)</sup>	"	59,8	70,4	79,6	79,9	80,7 p	67,3
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
• Eheschließungen <sup>7)</sup>	Anzahl	1 510	1 208	940 p	1 345 p	1 161 p	1 172 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0 r	6,7 p	8,7 p	7,8 p	7,8 r
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753 r	1 490 p	1 800 p	1 620 p	1 908 r
dar. unehelich	"	143	129 r	100 p	145 p	126 p	130 r
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6 r	10,7 p	11,7 p	10,9 p	12,8 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	6,8 p	8,0 p	7,8 p	7,0 r
• Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	6,8 p	8,0 p	7,8 p	7,0 r
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268 r	2 190 p	2 160 p	2 090 p	2 243 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	35 p	35 p	33 p	30 r
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0 r	15,7 p	14,0 p	14,0 p	15,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	20,7 r	23,5 p	19,4 p	20,4 p	15,8 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>8)</sup>	"	+	— 515 r	— 700 p	— 360 p	— 470 p	— 335 r
• Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	+	— 3,4 r	— 5,0 p	— 2,6 p	— 3,2 p	— 2,2 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	— 3,4 r	— 5,0 p	— 2,6 p	— 3,2 p	— 2,2 r
<b>3. Wanderungen</b>							
• Zugewogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	6 100 p	6 000 p	8 300 p	7 281 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	5 200 p	7 000 p	7 400 p	7 343 r
• Fortgezogene Personen	"	— 379	+ 34	+ 900 p	— 1 000 p	+ 900 p	— 62 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	+ 155	...	...	...	+ 91 r
• Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 121	...	...	...	— 153 r
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
dav. weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	13 127 r	13 080 p	15 000 p	15 699
<b>Nach Gebieten</b>							
a) Zugewogene aus	"						
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 500 p	1 480 p	2 000 p	1 806
dar. angrenzende Kreise <sup>9)</sup>	"	835	1 003	700 p	820 p	1 200 p	1 032
Niedersachsen	"	1 091	1 114	1 060 p	870 p	1 600 p	1 538
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	272	315	300 p	340 p	400 p	366
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	1 540 p	1 970 p	2 300 p	2 333
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	1 535	2 095	2 000 p	1 680 p	2 400 p	1 604
b) Fortgezogene nach	"						
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	1 850 p	2 400 p	2 600 p	2 740
dar. angrenzende Kreise <sup>9)</sup>	"	1 620	1 825	1 350 p	1 710 p	1 900 p	1 955
Niedersachsen	"	1 268	1 241	900 p	1 200 p	1 400 p	1 495
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	548	450 p	590 p	700 p	645
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	1 520 p	2 120	2 200 p	2 275
Ausland und Sonstige <sup>11)</sup>	"	767	1 013	930 p	1 280	1 200 p	833

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> nach den Angaben des Amts für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — <sup>7)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>8)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>9)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>10)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>11)</sup> Hierzu gehören: sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenanstalten in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	11 749	11 193	11 200	11 186	11 186	11 204
Pflegtage		273 169	266 678	262 321	283 096	274 903	261 197
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	81,8	87,2	85,0	85,3	80,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	4 573	4 557	4 639	4 653	4 612	4 559
Pflegtage		123 729	123 153	119 951	137 482	125 541	119 149
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	88,3	91,4	94,4	89,6	86,5
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	745	763	659	665	665	786
Pflegtage		19 012	19 323	17 934	18 570	18 286	19 296
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	91,8	87,4	85,5	79,5
<b>2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegtage		21 274	19 141	20 172	21 127	20 471	19 947
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	75,2	84,2	79,6	79,7	78,6
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	1 084	997	998	998	1 013	998
Pflegtage		25 626	23 821	20 842	21 946	21 065	25 202
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	80,2	74,6	70,9	70,8	86,2
<b>3. Anstalten für Geisteskrankhe</b>							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegtage		48 245	47 809	43 783	47 487	45 958	47 546
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	92,0	92,6	90,7	91,0	92,1
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegtage		38 084	38 394	35 938	39 111	38 569	37 763
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,7	99,3	97,6	99,5	97,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Pflegtage		43 630	42 737	38 950	43 282	42 041	42 326
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	98,8	97,8	99,2	98,6	99,0
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1: Rundfunk und Fernsehen</b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	709,2	714,7	715,6	719,5	707,9
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	600,0	613,2	616,1	623,3	596,7
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	400 508	407 978	432 561	354 370
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	3 948	3 909	4 521	4 042
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>4)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	35 980	32 251	40 549	36 031
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	16 548	14 618	16 864	16 434
<b>4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen</b>							
	Anzahl	43 961	51 057	48 115	64 733	49 210	46 782
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>5)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	683,6	682,9	682,0	674,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	407,2	406,2	403,9	394,1
Rentner	"	175,5	224,5	227,4	227,4	227,7	224,1
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	49,0	49,3	50,4	56,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	34,9	32,1	27,2	33,1
dav. männlich	"	17,9	17,8	23,0	21,4	18,2	21,5
weiblich	"	8,8	8,8	11,9	10,7	9,0	11,6

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>5)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.



# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	3 401	3 016	2 776	3 540
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 863	1 607	1 476	2 107
weiblich	"	1 092	1 411	1 538	1 409	1 300	1 433
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	25	23	15	99
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	48	40	42	44
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	54	35	33	60
Elektriker	"	24	12	12	14	12	8
Chemiewerker	"	55	25	28	17	22	30
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	18	16	13	13
Graphische Berufe	"	44	47	45	52	63	41
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	10	8	9	20
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	56	54	49	71
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	118	114	92	185
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	100	102	98	93
Kaufmännische Berufe	"	368	424	538	498	492	455
Verkehrsberufe	"	313	287	239	198	137	365
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	728	580	556	651
Künstlerische Berufe	"	177	181	167	158	176	192
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	28 137	30 958	32 276	26 280
dav. männlich	"	13 014	14 530	15 494	17 667	19 152	13 601
weiblich	"	12 813	12 621	12 643	13 291	13 124	12 679
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 942	7 020	7 036	7 192	6 053
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 084	5 107	5 330	4 163
weiblich	"	1 707	1 836	1 936	1 929	1 862	1 890
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	9 844	9 654	9 721	9 413
dav. männlich	"	9 955	8 038	9 020	8 838	8 842	8 713
weiblich	"	572	706	824	816	879	700
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	7 745	9 047	8 358	7 840	7 628
dav. männlich	"	5 512	3 946	4 282	3 862	3 675	4 071
weiblich	"	2 787	3 799	4 765	4 496	4 165	3 557
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 612	2 233	2 396	2 435
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	89,4	90,6	88,9	87,1
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	11,1	13,8	15,3	14,7
<b>2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 237	10 841	11 458	10 796
dav. lose	"	3 529	2 526	2 037	2 142	2 155	2 527
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 200	8 699	9 303	8 269
Mager- und Buttermilch	"	382	509	268	322	365	443
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	8,3	8,6	10,7	8,1
Kälber	"	2,6	1,7	1,5	2,0	2,0	1,7
Schweine	"	47,0	37,4	33,2	42,9	38,1	35,6
Schafe	"	2,7	1,1	0,9	1,5	0,9	0,7
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	7,5	7,4	9,8	7,7
Kälber	"	2,5	1,7	1,5	1,8	2,0	1,9
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	39,0	34,8	42,9	41,9	40,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	t	6 229	6 034	5 363	6 096	6 656	5 906
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	1 886	1 859	2 466	1 940
Kälber	"	187	139	120	160	168	154
Schweine	"	4 318	3 723	3 316	4 023	3 972	3 774

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 513	1 570	1 504	1 534
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	212	214	213	209
• dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	138	139	138	138	139
• Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	"	24 859	21 987	22 046	22 265	23 378	22 375
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	146	156	161	137
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	113	117	115	99
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	10	11	12	11	9
• Gasverbrauch	1 000 Nm <sup>3</sup>	6 418	2 076	2 688	2 633	2 379	2 248
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	85	80	78	73
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	144	148	152	135
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	12	14	13	11
• Umsatz <sup>5)</sup>	Mio DM	1 304	1 476	1 531	1 643	1 605	1 582
• dar. Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	"	155	223	251	208	214	306
<b>Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	126,8	134,1	128,7	126,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	125,7	133,2	125,6	125,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	133,2	137,8	136,7	129,5
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	132,3	138,3	130,2	127,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	127,3	137,6	119,6	128,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	109,8	121,0	109,9	116,6
Bauindustrie	"	103,7	107,3	70,5	95,0	130,5	121,3
<b>Umsatz <sup>7)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 531	1 643	1 605	1 582
Chemische Industrie	"	215	262	239	262	269	265
Elektroindustrie	"	101	130	131	133	154	132
Maschinenbau	"	143	164	181	203	172	135
	"	83	110	114	121	122	102
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	12	13	12	12
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	691	704	655	545
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm <sup>3</sup>	59	102	154	154	131	102
Vj.-Durchschnitt <sup>8)</sup>				3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	1. Vj. 1969
		1965	1969				
<b>3. Handwerk (Meßziffern)</b>							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	84,1	86,8	85,4	82,5
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	122,8	171,3	111,5	97,2
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	121,2	173,3	106,8	93,6
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
Monatsdurchschnitt				Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>9)</sup></b>							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	43 397	44 324	45 728	43 793
• dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 279	1 273	1 266	1 320
• Angestellte	"	4 684	5 167	5 354	5 343	5 414	5 047
• Arbeiter <sup>10)</sup>	"	43 102	37 982	36 764	37 708	39 048	37 426
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	3 430	4 797	7 234	6 414
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	830	1 253	1 892	1 899
• gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 123	1 329	1 868	1 646
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	1 477	2 215	3 474	2 869
• Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	46,3	48,3	30,4	43,6	62,8	52,2
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>12)</sup>	"	5,9	8,4	8,6	8,8	8,8	7,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	89,4	72,8	109,7	93,0
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	19,8	24,4	24,8	26,7
• gewerblich und industr. Bau	"	31,0	34,9	14,3	21,4	34,5	29,6
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	55,3	27,0	50,4	36,7
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	119	240	208	173
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	101	101	71	164	143	143
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	221	367	380	245
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	30,4	48,9	53,3	33,5
• Wohnfläche	1 000 qm	95	72	47	76	78	47
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	69	77	80	101
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	402	349	624	515
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	24,0	23,8	81,3	41,9
• Nutzfläche	1 000 qm	73	82	73	55	122	89
<b>Wohnungen</b>							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	633	1 033	1 058	675

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>6)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>7)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>8)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>9)</sup> ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	23	125	146	202
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	47	277	241	379
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	6,7	36,8	32,5	47,1
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	28	61	111	125
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	362	271	529	535
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	25,6	17,3	59,4	40,7
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	151	835	651	1 027
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	47	43	75	114
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	31	28	55	80
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	97	119	140	229
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	13,2	16,1	18,9	30,3
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	21	25	27	50
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	18	45	61	81
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	110	139	161	197
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	9,2	6,7	7,7	7,9
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	17	35	38	49
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	271	409	393	646
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	162	28	82	76
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	14 900	15 400	15 600	13 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	4 400	4 600	5 000	6 000
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	181
Wohnungen	"	636	688	688	689	689	677
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 573	2 574	2 575	2 531
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	144	168	178	151
dar. Warenhäuser	"	130	210	176	213	215	197
Facheinzelhandel	"	120	133	123	141	151	133
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	148	158	171	150
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	153	163	171	157
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	139	148	171	135
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	215 907	142 591	...	148 793
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	131 002	245 036	...	219 552
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	250	243	...	306
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	22	18	...	24
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	228	225	...	282
dav. Rohstoffe	"	2	2	3	3	...	2
Halbwaren	"	50	65	68	58	...	62
Fertigwaren	"	143	193	157	164	...	218
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	16	17	...	18
Enderzeugnisse	"	134	177	141	147	...	200
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	175	179	...	238
dar. EWG-Länder	"	65	91	79	82	...	85
EFTA-Länder	"	67	91	71	74	...	123

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

### Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	1970 März	April 1970	April 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	123			120
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	133			146
Gaststättengewerbe	"	108	114	120			113
6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	92	114	126	124
*   dar. von Auslandsgästen	"	42	41	25	33	43	43
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	185	234	250	234
*   dar. von Auslandsgästen	"	90	78	51	68	83	78
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 621	1 309 r	1 534 p	1 510 p	1 550
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 675	1 321 r	1 587 p	1 661 p	1 641
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 677 r	4 006 p	3 806 p	3 432
dav. Empfang	"	2 229	2 533	2 797 r	3 162 p	2 972 p	2 587
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 204 r	2 479 p	2 331 p	1 973
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 586 r	1 710 p	1 446 p	1 374
Kohle	"	192	167	233 r	237 p	285 p	132
Getreide	"	180	116	67 r	152 p	156 p	130
Sack- und Stückgut	"	595	600	593 r	683 p	641 p	614
Versand	"	713	876	880 r	844 p	834 p	845
dav. Massengut	"	292	365	394 r	332 p	287 p	321
Sack- und Stückgut	"	421	511	486 r	512 p	547 p	524
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	101	291	462	426
* Güterversand	"	309	426	203 r	592	671	493
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	1 971 r	2 242 p	2 582 p	2 321
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	1 968 r	2 241 p	2 582 p	2 327
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	89,8 r	107,2 p	121,1 p	102,2
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	88,3 r	107,9 p	120,1 p	97,7
Angekommene Fracht	t	578	965	1 030 r	1 188 p	1 315 p	918
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 167 r	1 306 p	1 426 p	1 089
Angekommene Post	"	185	256	267 r	266 p	311 p	235
Abgegangene Post	"	229	323	325 r	336 p	355 p	276
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>2)</sup> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	10 765	11 493	12 360	11 291
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	14 860	15 936	16 767	14 849
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 182	5 472	5 826	5 627
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	11 679	12 511	13 169	12 015
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 185	2 289	2 509	2 111
Private Kraftomnibusse	"	301	239	216	265	293	197
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>3)</sup> (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	427,4	432,2	432,6	407,3
dar. Personenkraftwagen <sup>3) 4)</sup>	"	310,8	384,2	387,1	391,3	391,6	367,9
* b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	5 563	7 545	8 660	7 426
*   dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	"	4 632	4 943	4 988	6 906	7 978	6 717
*   Lastkraftwagen	"	362	463	500	543	573	615
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>5)</sup>	Anzahl	859	959	902 p	1 012 p	1 040 p	856
* Getötete Personen	"	26	27	32 p	22 p	25 p	17
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 192 p	1 361 p	1 375 p	1 120

<sup>1)</sup> ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr so weit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>3)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>4)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>5)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	22 034,9	24 495,5	24 382,1	24 493,8	21 528,5
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	6 696,7	7 637,0	7 414,3	7 490,5	6 739,9
an Unternehmen und Privat- personen	"	.	6 655,0	7 630,6	7 411,3	7 461,5	6 726,0
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) <sup>2)</sup>	"	.	2 961,2	3 399,5	3 502,7	3 546,9	2 838,4
an Unternehmen und Privat- personen	"	.	2 621,7	3 060,5	3 148,8	3 180,4	2 490,0
Langfristige Kredite <sup>2)</sup>	"	.	12 377,0	13 459,0	13 465,1	13 456,4	11 950,2
an Unternehmen und Privat- personen	"	.	10 846,6	11 871,5	11 886,7	11 914,8	10 450,8
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	636,0	671,4	667,1	673,2	630,5
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	15 342,2	15 974,3	15 643,1	15 785,6	14 394,4
dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privat- personen	"	.	8 460,7	8 689,3	8 342,3	8 544,7	7 623,0
Spareinlagen	"	4 069,9	7 442,7	7 502,0	7 346,9	7 519,7	6 718,6
bei Sparkassen	"	2 792,9	6 881,5	7 285,0	7 260,8	7 240,9	6 771,4
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	4 607,3	4 923,0	4 916,9	4 910,8	4 545,5
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	407,2	430,3	417,8	435,8	348,3
Zinsgutschriften	"	12,9	375,0	413,9	442,3	456,6	317,3
			24,1	0,2	0,3	0,9	0,5
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>							
Anzahl	Anzahl	17	15	14	15	24	18
<b>3. Wechselproteste</b>							
Betrag	1 000 DM	1 044	979	863	834	916	998
		1 314	1 863	2 215	1 912	2 585	1 426
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren</b>							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	21 941	20 927	26 762	26 259
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 473	3 275	3 735	3 397
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 271	1 380	1 685	982
Abgeleistete Offenbarungseide	"	353	462	449	513	558	445
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg</b>							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	149	151	151	155
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 740	4 744	4 746	4 889
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	4 917	4 934	4 972	4 669
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 099	4 103	4 110	3 804
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftsteuern</b>							
	1 000 DM	.	.	476 998	685 544	427 702	.
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	197 168	423 373	186 857	149 494
dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	133 063	142 017	148 577	111 325
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	12 796	160 636	22 760	18 684
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	47 487	9 180	13 216	9 247
Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	3 822	111 540	2 305	10 238
Steuern vom Umsatz	"	.	271 059	279 830	262 171	240 845	259 710
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	121 743	127 103	99 663	128 808
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	146 454	158 086	135 068	141 182	130 902
<b>2.* Bundessteuern</b>							
	1 000 DM	523 065	818 450	519 031	550 440	555 026	689 281
dar. Zölle	"	45 076	50 217	48 377	45 150	54 707	37 893
Verbrauchssteuern	"	358 150	492 114	452 275	485 674	484 100	389 726
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	385 758	378 137	362 897	290 244
<b>3.* Landessteuern</b>							
	1 000 DM	35 517	47 161	59 674	26 181	31 725	34 650
dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	37 309	3 032	5 457	2 398
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	9 107	10 589	13 466	11 610
Biersteuer	"	2 430	2 894	2 003	2 274	2 748	2 525
<b>4.* Gemeindesteuern</b>							
	1 000 DM	46 355	62 376	.	.	33 303	28 172
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	.	.	12 106	7 440
Grundsteuer A	"	73	84	.	.	11	13
Grundsteuer B	"	5 134	6 769	.	.	767	825
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>							
	1 000 DM	601 215	923 346	803 286	924 461	805 052	741 604
<b>6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>							
	1 000 DM	157 752	241 969	157 429	224 867	121 884	131 821
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	88 374	119 501	81 435	97 171
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	9 381	8 185	8 724	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	.	.	.	.	.
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	.	.	59 290	28 172
dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	.	.	.	23 987	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	.	.	181 174	159 993

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite.

# Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1969	November 1969	Februar 1970	Februar 1969
		1965	1969				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude A 1)	1962 = 100	113,1	127,7	128,3	133,5	141,5	123,1
Einfamiliengebäude A 1)	"	113,3	128,1	128,6	133,7	141,5	123,5
Mehrfamiliengebäude A 1)	"	113,0	127,4	128,0	133,4	141,5	122,7
Gemischt genutzte Gebäude A 1)	"	112,8	127,5	128,2	133,4	141,8	122,5
Bürogebäude A 1)	"	112,2	126,9	127,8	135,5	147,7	120,7
Bürogebäude B 1)	"	"	113,9	115,1	120,3	127,6	108,8
Gewerbliche Betriebsgebäude A 1)	"	112,4	125,8	127,6	133,4	142,1	119,7
Gewerbliche Betriebsgebäude B 1)	"	"	113,4	115,0	120,2	128,0	107,8
<b>Löhne und Gehälter 2)</b>				<b>Juli 1969</b>	<b>Oktober 1969</b>	<b>Januar 1970</b>	<b>Januar 1969</b>
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste	DM	232	291	289	307	308	270
• männliche Arbeiter		140	180	180	188	191	171
Bruttostundenverdienste	"	5,10	6,39	6,33	6,70	6,78	6,03
• männliche Arbeiter		3,32	4,32	4,33	4,48	4,57	4,11
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,4	45,7	45,8	45,5	44,7
• männliche Arbeiter		42,2	41,7	41,6	41,9	41,7	41,7
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	41,0	36,5	44,6	41,7	42,2
• männliche Arbeiter		37,2	36,5	29,6	41,0	37,7	39,0
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 405	1 401	1 444	1 497	1 360
• männlich		747	983	983	1 020	1 049	941
Technische Angestellte	"	1 182	1 494	1 492	1 544	1 587	1 436
• männlich		748	988	993	1 036	1 063	935
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 332	1 331	1 357	1 403	1 290
• männlich		668	899	899	922	962	860
<b>In Industrie und Handel 3) zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 351	1 349	1 380	1 427	1 308
• männlich		688	921	921	948	984	881
Technische Angestellte	"	1 176	1 496	1 495	1 543	1 587	1 438
• männlich		838	1 147	1 157	1 214	1 240	1 082
				<b>Februar 1970</b>	<b>März 1970</b>	<b>April 1970</b>	<b>April 1969</b>
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	392	358	425	436	560
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	85	109	102	99
bekämpfte Brände	"	221	302	273	316	334	461
dav. Großbrände	"	9	14	11	9	9	17
Mittelbrände	"	28	43	27	42	48	121
Kleinbrände	"	98	130	117	138	136	204
Entstehungsbrände	"	80	105	99	113	124	109
Schornsteinbrände	"	6	10	19	14	17	10
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	612	705	671	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	9 431	10 065	9 922	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 461	1 540	1 464	1 189
Betriebsunfälle	"	544	416	437	437	493	386
Krankentransporte	"	"	"	3 617	3 708	3 770	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 389	9 891	9 857	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	10 401	11 195	10 927	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	71	71	57	"
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	9 466	10 980	11 964	9 943
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	179	227	207	165
Mord und Totschlag	"	4	6	6	6	4	6
Körperverletzung 4)	"	91	124	107	126	144	127
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	3 923	4 829	4 974	3 854
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 037	2 204	2 761	2 201
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	5 960	7 033	7 735	6 055
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	194	240	333	207
Unterschlagung	"	203	229	244	226	191	200
Raub und Erpressung	"	41	67	73	73	76	66
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	94	356	143	255
Betrug und Untreue	"	722	973	928	928	1 217	1 018
Brandstiftung	"	33	47	43	47	45	88
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen 5)	"	778	1 234	1 439	1 606	1 556	1 201
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen 6)	"	8 929	16 625	16 653	20 657	20 237	17 588
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	529	574	371	507
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld 7)	"	31 317	29 706	27 620	29 230	30 738	31 802

<sup>1)</sup> A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — <sup>2)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>3)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>4)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Ordnungswidrigkeitenanzeigen. — <sup>7)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1969	Februar 1970	März 1970	März 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	60 643,9
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	6,8
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	16,2
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	13,3
Arbeitslose	1 000	146	176	286	264	198	243
INDUSTRIE <sup>1)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 488	...	...	8 220
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	995	989	...	...	993
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	38 569	...	...	30 071
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	7 343	...	...	7 799
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	143,3 r	150,0 r	159,0	143,1
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	146,3 r	155,2 r	162,8	146,5
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	163,2 r	171,4 r	176,4	162,3
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	144,4 r	156,5 r	165,6	141,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	137,3 r	147,0 r	155,4	145,6
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	126,6 r	126,3 r	134,2	125,2
Bauindustrie	"	118,9	127,5	65,4 r	69,4 r	102,0	97,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	...	...	...	1 459,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	...	...	...	165,6
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	...	...	...	2 273,2
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	35 396	40 291	45 880	44 684
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	11 309	14 731	15 746	16 403
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	141	133 p	161	145
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	146	148	158	145
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 581	11 172 p	...	...	10 370
dav. Empfang	"	6 950	8 252	...	...	...	7 989
Versand	"	1 885	2 329	...	...	...	2 381
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	137 551 r	169 227	237 155	220 973
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	21 946 p	25 707 p	26 542 p	21 677
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 054 p	1 176 p	1 202 p	934
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	31 037 p	34 485 p	38 033 p	29 825
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 206	2 290	1 988,7	1 576,6
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	359	167	3 369,1	3 429,9
Körperschaftsteuer	"	681	908	238	135	1 999,0	1 998,4
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	3 842	3 158	2 634,3	2 357,1
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte <sup>6)</sup>	1962=100	104,0	101,5	105,8	106,3	106,6	100,2
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	107,5	108,0	109,0	108,2
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	115,0	115,4	115,6	109,3
Preisindex für Wohngebäude	"	112,2	124,5		137,0		
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>7)</sup>	"	109,0	119,3	122,1	122,5	123,0	118,6
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	116,5	116,9	117,4	113,5
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	165,2	166,0	166,6	159,9
				April 1969	Juli 1969	Oktober 1969	Oktober 1968
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,56	5,65	5,97	5,31
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,8	45,1	45,2	44,7

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>7)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — Quelle: Statistisches Bundesamt.